

HPM 26/2019

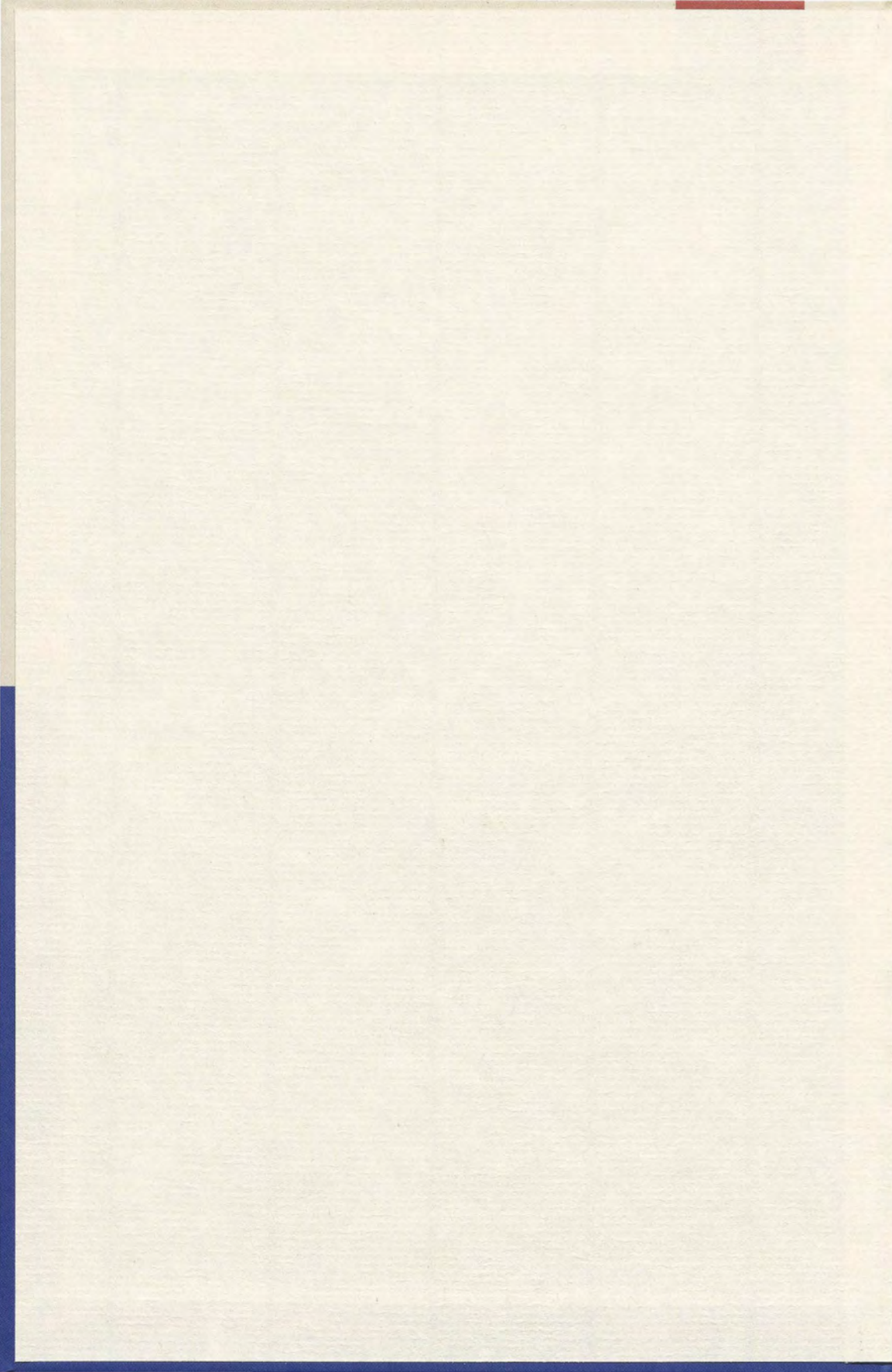
# HISTORISCH- POLITISCHE MITTEILUNGEN

ARCHIV FÜR  
CHRISTLICH-DEMOKRATISCHE  
POLITIK

böhlau

böhlau

26 / 2019







# HISTORISCH-POLITISCHE MITTEILUNGEN

## Archiv für Christlich-Demokratische Politik

Im Auftrag der  
Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.  
herausgegeben von

Michael Borchard, Thomas Brechenmacher, Günter Buchstab,  
Hans-Otto Kleinmann und Hanns Jürgen Küsters

26. Jahrgang  
2019

Böhlau Verlag Wien Köln Weimar

## HISTORISCH-POLITISCHE MITTEILUNGEN

Archiv für Christlich-Demokratische Politik

26. Jahrgang 2019

Im Auftrag der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

herausgegeben von

Dr. Michael Borchard, Prof. Dr. Thomas Brechenmacher, Dr. Günter Buchstab,

Prof. Dr. Hans-Otto Kleinmann und Prof. Dr. Hanns Jürgen Küsters

Redaktion: Dr. Wolfgang Tischner, Dr. Christopher Beckmann

Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

Wissenschaftliche Dienste / Archiv für Christlich-Demokratische Politik

Rathausallee 12

53757 Sankt Augustin

Tel. 02241 / 246 2240

Fax 02241 / 246 2669

E-Mail: zentrale-wd@kas.de

Internet: www.kas.de

© 2019 by Böhlau Verlag GmbH & Cie., Wien Köln Weimar

Lindenstr. 14, D-50674 Köln, [www.vandenhoeck-ruprecht-verlage.com](http://www.vandenhoeck-ruprecht-verlage.com)

Alle Rechte vorbehalten

Satz: SchwabScantechnik, Göttingen

Druck: ⊕ Hubert & Co. BuchPartner, Göttingen

ISSN: 0943-691X

ISBN: 978-3-412-51845-5

Bezugsbedingungen:

Erscheinungsweise: jährlich. Preise: € 20,- [D] / € 21,- [A].

Jeweils zzgl. Versandkosten. Preisänderungen vorbehalten.

Die Bezugsdauer verlängert sich, wenn das Abonnement nicht bis zum

01.10. gekündigt wird. Die Kündigung ist schriftlich zu richten an den

Leserservice Brockhaus Commission, Kreidlerstr. 9, 70806 Kornwestheim,

Tel.: (0 71 54) 13 27-75, Fax: (07154) 13 27-13, E-Mail: [r.haesler@brocom.de](mailto:r.haesler@brocom.de).

## Inhalt

### ESSAYS

- Thomas Brechenmacher* ..... 5  
70 Jahre Israel. Die *Shoah* als Faktor der Staatsgründung?
- Matthias Oppermann* ..... 15  
„Studentischer Karneval“. Raymond Aron und die Ereignisse  
des Mai 1968

### AUFSÄTZE

- Michael Schellhorn* ..... 27  
„Mit dem Zentrum niemals!“ Alfred Hugenberg und die Deutsche  
Zentrumspartei in der Endphase der Weimarer Republik (1928–1933)
- Bertram Triebel* ..... 65  
Innenleben einer Blockpartei. Die Thüringer CDU in der DDR  
und ihre Mitglieder
- Norman Siewert* ..... 87  
Ernst Nolte und Armin Mohler – zwei Intellektuelle zwischen  
Liberal- und Radikalkonservatismus
- Rudolf Morsey* ..... 117  
Hans Buchheims Forschungsprojekt (1963–1966) „Die Politik der  
Bundesregierung Adenauer“: Früher Zugang zu amtlichem Schriftgut im  
Bundeskanzleramt – aber (zu) späte Publikation von Teilergebnissen
- Peter Rütters* ..... 153  
Querelen um das Amt des Alterspräsidenten im Deutschen Bundestag

### AUS ARCHIVEN

- Andreas Schirmer* ..... 173  
Der Nachlass Ludwig Erhards im Archiv der Ludwig-Erhard-Stiftung

## CHRISTLICHE DEMOKRATEN IM EXIL

<i>Hanns Jürgen Küsters</i> .....	181
Einführung	
<i>Rudolf Morsey</i> .....	185
Ludwig Kaas – Exilant in Rom und im Vatikan (1933–1952)	
<i>Wolfgang Tischner</i> .....	207
Christen in der Volksfront? Die Exil-KPD, die katholische Kirche und das Nationalkomitee „Freies Deutschland“ 1933–1945	
<i>Oliver Salten</i> .....	223
Die Exil-CDU – ein wenig beachteter Akteur im Kalten Krieg	
<i>Natalia Urigüen López de Sandaliano</i> .....	245
Franco's repression of Spanish Christian Democracy: the “Munich Conspiracy”	
NEUERSCHEINUNGEN ZUR CHRISTLICHEN DEMOKRATIE ...	257
Abstracts – Résumés – Zusammenfassungen .....	271
Mitarbeiter dieses Bandes .....	283



## ESSAYS

### 70 Jahre Israel.

#### Die *Shoah* als Faktor der Staatsgründung?\*

Thomas Brechenmacher

Der deutsch-jüdische Publizist Bruno Blau schrieb 1951 aus dem New Yorker Exil einen Artikel für die „Frankfurter Hefte“ mit dem Titel „Der Staat Israel im Werden“. Dieser Artikel begann so:

„Der Staat Israel verdankt, so seltsam dies auch erscheinen mag, seine Errichtung den Ereignissen, die sich während der zwölf Jahre des ‚Tausendjährigen Reiches‘ zugetragen haben. Ob die Vereinten Nationen diesen Judenstaat, den Theodor Herzl und seine Anhänger ersehnten, auch ohne jene Ereignisse wahr gemacht hätten, ist sehr fraglich. So aber wollte und mußte man eine Zufluchtsstätte für die zahlreichen Opfer des Nazismus schaffen, und schließlich auch für jene Menschen, denen vielleicht ein gleiches Schicksal bevorstanden hätte.“<sup>1</sup>

Blau, eine der Gründerfiguren der wissenschaftlichen Statistik des Judentums,<sup>2</sup> persönlich kein Zionist, aber doch ein aufmerksamer und gut informierter Beobachter jüdischer Schicksale in aller Welt, stellte hier einen kausalen Zusammenhang her zwischen den vom nationalsozialistischen Deutschland begangenen Verbrechen an den Juden Europas, die in die planmäßige Vernichtung – die *Shoah* – mündeten, und der Gründung des Staates Israel. Blau war nicht der erste, der diese These aufgestellt hat. Aber er formulierte sie früh für den deutschen Nachkriegskontext, an prominenter Stelle – in dem von Walter Dirks und Eugen Kogon seit 1946 herausgegebenen „linkskatholisch“-kulturpolitischen Organ – und fast mustergültig pointiert. Für Blau, der die Verfolgung in Deutschland selbst nur knapp überlebt hatte, stand außer Frage: Der Eindruck des millionenfachen Mordes musste einfach so stark sein, dass den Verantwortlichen für eine globale Nachkriegsordnung gar nichts anderes übrig blieb, als den jüdischen Staat jetzt zu schaffen.

Aus den unterschiedlichsten Blickwinkeln, jüdisch-zionistischen wie nicht-jüdischen, geschichts- wie realpolitischen, scheint die These unmittelbar evi-

---

\* Verschriftlichte und etwas erweiterte Fassung meines Kurzvortrags auf der Konferenz der Konrad-Adenauer-Stiftung „70 Jahre Israel“ in Berlin am 11. Juni 2018. Die essayistische Form wurde beibehalten.

1 Bruno Blau: Der Staat Israel im Werden, in: Frankfurter Hefte. Zeitschrift für Kultur und Politik 6 (1951), S. 927–932, hier 927.

2 Zu Blau vgl. Thomas Brechenmacher/Christoph Bothe: Bruno Blau. Ein deutsch-jüdisches Leben. Berlin 2018.

dent zu sein. Sie ist „griffig“, einprägsam und wie viele historiographische Einführungen hervorragend geeignet, unterschiedlichen legitimatorischen Zwecken Vorschub zu leisten. Noch pointierter als bei Blau lautet sie: „Ohne Holocaust kein Israel“; am pointiertesten: „Ohne Hitler kein Israel“.<sup>3</sup>

In exakt diesem Wortlaut wurde die These mehr als ein Vierteljahrhundert nach Blau geradezu ins allgemeine Geschichtswissen der Bundesrepublik implantiert, durch eines ihrer populärsten und bis heute weit verbreiteten Geschichtsbücher, Sebastian Haffners „Anmerkungen zu Hitler“: „Zum ersten Mal seit fast zweitausend Jahren haben die Juden seit Hitler wieder einen Staat – einen stolzen und ruhmbedeckten Staat. Ohne Hitler kein Israel.“<sup>4</sup> Auch in einem gerade an Multiplikatoren wie Studenten und Lehrer gerichteten vielrezipierten historischen Lehrwerk der späten 1980er Jahre, Imanuel Geiss’ „Geschichte im Überblick“, ist Ähnliches zu lesen.<sup>5</sup> Haffner und Geiss verbanden mit ihren Geschichtsbüchern durchaus einen aufklärerischen Impetus, weniger aber politische Ambitionen. Geschichtspolitisch-legitimatorisch wurde die These während der Kanzlerschaft Helmut Schmidts wirksam, als sie dazu diente, eine eigenwillige Volte der bundesdeutschen Nahost-Politik zu legitimieren: Wenn „Hitler“ die Ursache für die Gründung Israels war, musste er dann nicht auch am israelisch-palästinensischen Konflikt zumindest mit „schuld“ sein, und war es dann nicht auch Pflicht der Bundesrepublik, sich für die Palästinenser einzusetzen?<sup>6</sup> Der damalige israelische Premierminister Menachem Begin war mit dieser Art von „Verantwortungsschach“ nicht einverstanden, und nicht zuletzt deshalb verschlechterte sich das bundesrepublikanisch-israelische Verhältnis während der Schmidt-Jahre erkennbar.<sup>7</sup>

3 Michael Wolffsohn hat den „Mythencharakter“ der „Hitler-Israel-These“ wiederholt dekonstruiert; z. B. Michael Wolffsohn: *Ewige Schuld? 40 Jahre deutsch-jüdisch-israelische Beziehungen*. München 1988, S. 10–20; ders.: *Die ungeliebten Juden. Israel – Legenden und Geschichte*. München/Zürich 1998, S. 47–51; ders.: *Auferstanden – Die Gründung Israels: Geschichte und Legenden*, in: Hardy Ostry (Hg.): *50 Jahre Israel*. Trier 1999, S. 13–32, hier 28–32.

4 Sebastian Haffner: *Anmerkungen zu Hitler*. 205.–216. Tausend Frankfurt am Main 1990, S. 142. Das Buch, zuerst erschienen 1978, erlebte bis 2003 im Kindler Verlag vier, in der Taschenbuchausgabe des Fischer Verlages bis 2008 27 Auflagen (Übersetzungen ins Englische, Französische, Niederländische). Seit 2001 liegt es auch als Hörbuch vor. 1978/79 stand es 43 Wochen lang auf dem ersten Platz der „Spiegel“-Bestsellerliste (Angaben nach Wikipedia).

5 Imanuel Geiss: *Geschichte im Überblick. Daten und Zusammenhänge der Weltgeschichte*. Überarb. und erw. Neuausgabe Hamburg 2000 (zuerst 1986, Neudruck zuletzt 2006), S. 415: „Der größte Antrieb zur Gründung des Staates Israel, auch als Kompensation für das schlechte Gewissen des Westens gegenüber Juden während der Verfolgungen in NS-Deutschland, war der Völkermord an den europäischen Juden – ‚Endlösung‘, ‚Holocaust‘.“

6 Wolffsohn: *Ewige Schuld?*, S. 19.

7 Vgl. Michael Wolffsohn/Thomas Brechenmacher: *Israel*, in: Siegmund Schmidt/Gunther Hellmann/Reinhard Wolf (Hg.): *Handbuch zur deutschen Außenpolitik*. Wiesbaden 2007, S. 506–520, hier 512; *Dokumente in Rolf Vogel (Hg.): Der deutsch-israelische Dialog*.

Ohne an dieser Stelle alle Varianten der These vom kausalen Zusammenhang zwischen „Hitler“/Shoah und der Gründung Israels einschließlich ihrer möglichen Zwecke durchspielen zu können, sei mit Blick auf Israel selbst, seine Gründer und die späteren israelischen Interpretatoren der Staatsgründung gefragt, in welcher Hinsicht denn ein Ereignis wie die *Shoah* überhaupt eine Rolle spielen *konnte*? Zu unterscheiden sind dabei drei Ebenen: eine moralisch-legitimatorische (I.) und eine kausal-faktische (II.) im direkten Zusammenhang mit der Staatsgründung sowie eine geschichtspolitische im Rahmen deren nachgelagerter historisch-politischer Beurteilung (III.).

### I.

Die israelische Unabhängigkeitserklärung vom 14. Mai 1948 nennt die *Shoah* als einen von mehreren Legitimationsfaktoren des jüdischen Staates: „Die Katastrophe, die in unserer Zeit über das jüdische Volk hereinbrach und Millionen von Juden in Europa vernichtete, bewies unwiderleglich aufs neue, daß das Problem der jüdischen Heimatlosigkeit durch die Wiederherstellung des jüdischen Staates im Lande Israel gelöst werden muß.“<sup>8</sup> Die offizielle Gründungserzählung formuliert imperativisch: Ein jüdischer Staat sei nun noch dringlicher als ehemals schon, weil es diese Katastrophe gab. Das war nicht zuletzt das Ergebnis einer narrativen Strategie des späteren Staatsgründers David Ben Gurion, der seit etwa Mitte 1944 begann, die Judenvernichtung in Europa in seine Reden über die Notwendigkeit eines unabhängigen jüdischen Staates einzubauen.<sup>9</sup>

Zweifellos zählte die *Shoah* zu den Legitimationsfaktoren, die das Nachdenken und Reden über eine Staatsgründung in den letzten Kriegsjahren und in der unmittelbaren Nachkriegszeit verändert und die Staatsgründung selbst atmosphärisch antizipiert haben. Die zionistische Bewegung brachte den Mord an den europäischen Juden als Argument für eine Staatsgründung durchaus in Anschlag. Überlebende tatsächlich zu retten, wurde jedoch kaum als Schwerpunkt der Tätigkeit der führenden Zionisten in der vorstaatlichen jüdischen Gemeinschaft in Palästina (*Jischuw*), allen voran David Ben Gurions, angesehen. Neben dem Gefühl, den Ereignissen in Europa gegenüber ohnehin machtlos zu sein, spielte dabei auch eine gewisse Verachtung der jüdischen Diaspora eine Rolle: Die noch in Europa verbliebenen Juden hätten schon viel früher auf den Appell des Zionismus hören und auswandern können, ja müssen!<sup>10</sup>

Ben Gurion tendierte dazu, die Flüchtlingsfrage eher den Repräsentanten des Zionismus zu überlassen, die von außerhalb Palästinas agierten und mit denen er

Dokumentation eines erregenden Kapitels deutscher Außenpolitik. Teil I: Politik, Bd. 2, München/New York 1988, S. 601–805.

8 Druck bei Timm (Hg.): Friedensinitiativen (wie Anm. 15), S. 139–141, hier 139.

9 Tom Segev: David Ben Gurion. Ein Staat um jeden Preis. München 2018, S. 369.

10 Ebd., S. 349, 353 f., 362, 373.

phasenweise in heftigem Streit lag. Im Mai 1942 sprach die Abschlusserklärung der Biltmore-Konferenz, einer Art außerordentlichem Zionistenkongress in einem New Yorker Hotel, direkt das Unglück der „Juden in den Ghettos und Konzentrationslagern des von Hitler beherrschten Europa“ an und appellierte an die britische Mandatsmacht, die „Tore Palästinas“ für die jüdische Einwanderung endlich zu öffnen.<sup>11</sup> Auf dem ersten Nachkriegszionistenkongress in Basel im Dezember 1946 forderte der Präsident des Jüdischen Weltkongresses, Chaim Weizmann, in seiner Eröffnungsrede fast ultimativ die Staatsgründung, die angesichts der sechs Millionen Ermordeten und dem Leid der überlebenden jüdischen Flüchtlinge mehr denn je eine „moralische Pflicht“ sei.<sup>12</sup> Wo anders sollten – dieser Perspektive zufolge – die Überlebenden legitimerweise eine Zuflucht finden als in einem jüdischen Staat in Palästina? Auch Nahum Goldmann, Funktionär des Weltkongresses und der Jewish Agency, und Louis Brandeis, exponierter Vertreter des amerikanischen Zionismus, argumentierten und agierten in diese Richtung.<sup>13</sup> Goldmann, seit 1949 Nachfolger Weizmanns als Präsident des Jüdischen Weltkongresses, hat noch lange nach der Staatsgründung bezweifelt, „ob der jüdische Staat ohne Auschwitz heute bestehen würde“.<sup>14</sup>

## II.

Doch wie stark war der Ursache-Wirkungs-Zusammenhang wirklich? Gehörte die *Shoah* zu den *notwendigen* Voraussetzungen der Gründung Israels? Um hier deutlicher zu sehen, ist nach den regionalen und globalen Problemlagen zu fragen, die nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs überwunden werden mussten – „gelöst“ wäre ein Euphemismus –, um den jüdischen Staat zu etablieren.

11 Declaration adopted by the Extraordinary Zionist Conference at the Biltmore Hotel of New York City, 11 May 1942, <https://unispal.un.org/UNISPAL.NSF/0/t86e0b8fe540dedd85256ced0070c2a5> (Abruf 20. September 2019); vgl. auch James Gelvin: *The Israel-Palestine Conflict. One Hundred Years of War*. Cambridge 2005, S. 122, und Timm (Hg.): *Friedensinitiativen* (wie Anm. 15), S. 102 f.; in der Erklärung v. a. Punkt 2 und 8.

12 Presidential address by Chaim Weizmann, Twenty-Second Zionist Congress Basle, 9th December, 1946. ND Frankfurt am Main 2001, hier bes. S. 12.

13 Vgl. dazu z. B. Nahum Goldmann: *Mein Leben als deutscher Jude*. München/Wien 1980, S. 356; desgl. die von Goldmann überlieferte Äußerung von Louis Brandeis, „als uns die ersten Nachrichten über die Judenvernichtung in den KZs erreichten [...] ‚Jetzt brauchen wir den Zionismus nicht mehr zu begründen. Hitler hat bewiesen, daß eine jüdische Heimstatt nötig, die Juden in Palästina, daß sie möglich ist.“ Nahum Goldmann: *Staatsmann ohne Staat. Autobiographie*. Köln/Berlin 1970, S. 261 f.; Ervin Pollack (Hg.): *The Brandeis Reader*. New York 1956; [Louis D. Brandeis:] *Brandeis on Zionism*. Washington D.C. 1942 [Reprint 1999].

14 Nahum Goldmann: *Das jüdische Paradox. Zionismus und Judentum nach Hitler*. Köln/Frankfurt am Main 1978, hier Tb.-Ausg. 1983, S. 126.

Drei zentrale Problemlagen sind zu identifizieren:<sup>15</sup>

- 1) die Frage der britischen Mandats Herrschaft und speziell des Verhältnisses der zionistischen Bewegung zu Großbritannien;
- 2) die Araber- beziehungsweise Palästinenserfrage. Auch hier spielt das Verhältnis der zionistischen Bewegung zur britischen Mandatsmacht eine wesentliche Rolle, außerdem beider Verhältnis zu den arabischen Staaten und Bewegungen in der Region;
- 3) die Frage der internationalen Akzeptanz eines jüdischen Staates im Rahmen einer globalen Nachkriegsordnung. Hier ist das Verhältnis der zionistischen Bewegung zu den beiden Großmächten USA und Sowjetunion berührt, aber auch jenes zur internationalen Völkergemeinschaft, wie sie sich im Verbund der „Vereinten Nationen“ neu konstituierte.<sup>16</sup>

### 1) Mandats Herrschaft

Unter den Augen der britischen Mandatsmacht und mit deren Zusicherung aus der Balfour-Erklärung vom November 1917, die Errichtung einer „nationalen Heimstätte in Palästina für das jüdische Volk“ fördern zu wollen, hatte die zionistische Bewegung seit dem Ende des Ersten Weltkriegs mit dem Aufbau einer „vorstaatlichen Gemeinschaft“ – des *Jischuw* – begonnen und dessen institutionelle Ausgestaltung weit vorangetrieben. Mit diesem „Staat auf dem Weg“ war eine zukünftige Staatsgründung bereits von langer Hand vorbereitet. Die entscheidende und unter den zionistischen Politikern durchaus umstrittene Frage war freilich, wie diese Staatsgründung im Verhältnis zur Mandatsmacht umgesetzt werden sollte: mit oder gegen sie? Die Politik der Briten ihrerseits gegenüber dem *Jischuw* war uneindeutig, und das gegenseitige Verhältnis verschlechterte sich über die 1930er Jahre hinweg dramatisch. Um einer „nationalen Heimstätte für das jüdische Volk“ willen waren die Briten immer weniger bereit, Konflikte mit den Arabern zu riskieren, zumal nicht nach dem arabischen Aufstand von 1936 bis 1939. Vor allem widersetzten sich die Briten zunehmend einer der zentralen Forderungen der Zionisten: der-

15 Zur Geschichte Israels und zum israelisch-palästinensischen Konflikt liegt eine Masse an Literatur vor. An dieser Stelle muss es genügen, einige Empfehlungen auszusprechen. In den genannten Titeln finden sich die nötigen Quellen- und Literaturhinweise sowie Belege für die nachfolgende knappe Argumentation, die auf Einzelnachweise weitgehend verzichtet. – Michael Wolffsohn: *Israel. Legenden und Geschichte*; ders.: *Wem gehört das Heilige Land? Die Wurzeln des Streits zwischen Juden und Arabern*. München/Zürich 9. Aufl. 2009; ders./Tobias Grill: *Israel. Geschichte, Politik, Gesellschaft, Wirtschaft*. 8. Aufl. Opladen 2016; Colin Shindler: *A History of Modern Israel*. Cambridge University Press 2008; Anita Shapira: *Israel. A History*. Brandeis University Press 2012; Segev: Ben Gurion; Benny Morris: *Righteous Victims: A History of the Zionist-Arab Conflict, 1881–2001*. New York 2001. Nützliche Quellensammlung: Angelika Timm (Hg.): *Friedensinitiativen für Israel und Palästina 1917–2017*. 100 Dokumente aus 100 Jahren. Berlin 2017.

16 Für alle drei Fragen grundlegend: Ritchie Ovendale: *Britain, the United States, and the End of the Palestine Mandate, 1942–1948*. Suffolk 1989.

jenigen nach weiterer Einwanderung von Juden. Je mehr – nun schon eine Folge der nationalsozialistischen Judenverfolgung in Deutschland – die Flüchtlingsströme answollen, umso mehr riegelte die Mandatsmacht Palästina ab. Das sogenannte „Weißbuch“ („White Paper“) vom Mai 1939 – ein Ergebnis auch des arabischen Aufstands – mit seinen äußerst restriktiven Regelungen zur jüdischen Immigration und Landnahme markierte den Tiefpunkt des Verhältnisses vor dem Beginn des Zweiten Weltkriegs.<sup>17</sup>

Der Weltkrieg führte zu einer Paradoxie: Einerseits rettete die britische Armee durch ihren Sieg über die deutschen und italienischen Afrika-Verbände den *Jischuw* vor einer drohenden deutschen Invasion; andererseits blieb die Mandatsmacht von den Nachrichten über die Vernichtung der europäischen Juden ungerührt und fand sich nicht bereit, ihre Einwanderungspolitik zu überdenken. Im Gegenteil: Palästina blieb nahezu hermetisch abgeriegelt. Trotz aller Appelle zionistischer Akteure und trotz des Drucks, den US-Präsident Truman auf die Briten auszuüben versuchte, beharrte die Mandatsmacht auf der Politik des Weißbuches. Dies förderte einerseits die illegale Einwanderung, und fachte andererseits die terroristischen Aktionen der jüdischen Milizen an, die im Untergrund agierten wie eine Freiheitsbewegung gegen eine Besatzungsmacht.

Das Problem der britischen Mandats Herrschaft über Palästina wurde in dieser verfahrenen Situation dadurch „gelöst“, dass sich die Briten schließlich zurückzogen und ihr Mandat im September 1947 an die Nachfolgeinstitution des Völkerbunds, die Vereinten Nationen, übergaben. Die *Shoah* hatte sie jedenfalls nicht dazu bewegen können, dem Gedanken einer jüdischen Staatsgründung näherzutreten.

## 2) Palästinenserfrage

Auch die Frage des Zusammenlebens zwischen Juden und Arabern wurde von der *Shoah* zwar überschattet aber doch nicht maßgeblich beeinflusst (abgesehen vielleicht davon, dass die europäische Judenkatastrophe den ohnehin bereits schwächeren „revisionistisch“-zionistischen Flügel, der sich eher mit der Idee eines gemeinsamen jüdisch-arabischen Staates hätte anfreunden können, noch weiter in die Defensive brachte). Faktisch herrschte in Palästina spätestens seit dem arabischen Aufstand auch der Kriegszustand zwischen Arabern und Juden unter den Augen der zunehmend hilflosen Mandatsmacht. Der erste, von der sogenannten Peel-Kommission ausgearbeitete Teilungsplan von 1937<sup>18</sup> stieß bei keiner der Parteien auf Zustimmung, bei Zionisten und Arabern ebenso wenig wie bei der Mandatsmacht selbst. „Palästinenserführer“ Amin al-Husseini versuchte sogar das NS-Regime für eine Stellungnahme gegen den Peel-Plan zu gewinnen; seine Affinität zum radikalen Antisemitismus des Nationalsozialismus

17 Vgl. Timm (Hg.): Friedensinitiativen, S. 91–100.

18 Druck ebd., S. 55–72.

ist kein Geheimnis. Für die arabische Seite gab es schlichtweg kein Argument für einen Judenstaat in Palästina; auch die *Shoah* konnte keines sein.

Auch der UN-Teilungsplan vom November 1947<sup>19</sup> stieß bekanntermaßen bei den Arabern nicht nur nicht auf Zustimmung, sondern war für sie Anlass, einen offenen Bürgerkrieg gegen die Juden in Palästina anzuzetteln. Der Teilungsbeschluss führte aber auch die Konstellation herbei, in der die (im *Jischuw* seit langem vorbereitete) Staatsgründung international-politisch möglich wurde. Deshalb müsste, um die Hypothese eines unmittelbaren, kausalen Einflusses der *Shoah* auf die Staatsgründung doch noch zu untermauern, am ehesten hier gesucht werden.

### 3) Internationale Akzeptanz

Israel wurde nicht – wie übrigens auch Bruno Blau in seinem Artikel von 1951 irrtümlich behauptete – durch den Teilungsbeschluss der Vereinten Nationen gegründet, sondern durch die Unabhängigkeitserklärung vom 14. Mai 1948. Aber diese Unabhängigkeitserklärung, die sich natürlich auf den Teilungsbeschluss bezog, konnte nur in einem bestimmten internationalen Kontext erfolgen, zu dem vor allem die beiden Supermächte, USA und Sowjetunion, beitrugen. Dies war, zumindest innerhalb der UN-Vollversammlung, der Fall, wenngleich es trotz massiver Lobbyarbeit der Zionisten bis zuletzt unsicher war, ob die nötige Zweidrittelmehrheit für den Teilungsbeschluss dort zustande kommen würde. Ein überwältigendes Manifest des Völkerhumanismus im Gedenken an die 6 Millionen ermordeter europäischer Juden war der Teilungsbeschluss aber durchaus nicht: 33 Staaten stimmten für ihn, 13 (im wesentlichen arabische) dagegen, zehn (darunter Großbritannien und China) enthielten sich. Dass sowohl die USA als auch (ausgerechnet und überraschenderweise) die Sowjetunion bereits vorab ihre Zustimmung signalisiert hatten, bereitete den Boden für die Zweidrittelmehrheit; dass Frankreich sich in der Abstimmungssitzung für ein „Ja“ entschied, entfaltete weitere Signalwirkung. Im Rahmen der Überzeugungsarbeit und der vorangehenden Debatten spielte die *Shoah* natürlich ihre Rolle – so etwa in der aufsehenerregenden Rede des sowjetischen Repräsentanten vor der UN-Vollversammlung am 14. Mai 1947, in der Gromyko seinerseits den legitimatorischen Schluss von den Ereignissen der *Shoah* auf die Notwendigkeit eines jüdischen Staates zog.<sup>20</sup> Wenn auch die Argumentationskraft dieses Schlusses vielfach nur in taktischer Absicht mobilisiert wurde, sprechen starke Indizien für die Annahme, dass er das Zustandekommen des Teilungsbeschlusses doch in hohem Maße beeinflusst hat. Sogar Stalin selbst soll noch in den letzten Kriegesmonaten geäußert haben: „Wir wissen, daß dem jüdischen

19 Druck ebd., S. 109–136.

20 Vgl. Ya'acov Ro'i: *From Encroachment to Involvement. A Documentary Study of Soviet Policy in the Middle East, 1945–1973*. New York 1974.

Volk in diesen Jahren schweres Unrecht widerfahren ist. Wir werden alles tun, um es wiedergutzumachen.“<sup>21</sup>

Ob die sowjetischen Waffenlieferungen, die zwischen März und August 1948 im *Jischuw* beziehungsweise in Israel ankamen, dann Stalins spezifischer Beitrag zur „Wiedergutmachung“ waren, darf mit Recht dahingestellt bleiben; für die Sowjetunion ging es vor allem darum, im Moment des Rückzugs der Briten einen Fuß im Nahen Osten zu haben. Ungeachtet der Motivation trugen aber diese Waffen sehr wesentlich zum Überleben des *Jischuw* zunächst im „Bürgerkrieg“ gegen die Araber (November 1947 – Mai 1948) und dann des frisch gegründeten jüdischen Staates im ersten israelisch-arabischen Krieg (Mai 1948 – Januar 1949) bei. Aus den Vereinigten Staaten erhielt Israel in dieser Phase keinerlei Unterstützung, im Gegenteil: Präsident Truman hatte sich unmittelbar nach der Abstimmung in der UN-Vollversammlung für ein Waffenembargo über die gesamte Region entschieden. Damit schadete er den Juden sehr viel mehr als den Arabern. Faktisch hieß dies: Die USA waren nicht bereit, sich für die Entstehung eines jüdischen Staates besonders einzusetzen, Shoah hin oder her. Sogar ihre Zustimmung zum Teilungsplan nahm die Truman-Administration im Frühjahr 1948 wieder zurück, zugunsten des Vorschlags einer „treuhänderischen“ UN-Mandatsverwaltung Palästinas, bis die Völker in der Region in der Lage seien, sich selbst zu regieren.

### III.

In Israel selbst hatten die überlebenden Opfer der *Shoah* lange keinen guten Ruf; sie wurden eher despektierlich betrachtet, als Teil jener „Lämmerherde“ des europäischen Judentums, die sich widerstandslos habe zur Schlachtbank führen lassen.<sup>22</sup> Der Blick auf das historische Ereignis *Shoah* veränderte sich in Israel erst seit dem Eichmann-Prozess von 1961. Unabhängig von der historischen Bewertung des Verhaltens der betroffenen Juden gegenüber der NS-Ausrottungsmaschinerie und dem damit verbundenen wenig sensiblen Umgang mit den überlebenden Opfern wird für die Identifikation der israelischen Gesellschaft ein tief verwurzelt „Holocaustsyndrom“ diagnostiziert, das sich in der trotzigen Mentalität äußere, „die ganze Welt“ sei gegen Israel.<sup>23</sup>

Die Staatsgründungsmythologie wurde während der nationalistisch-religiösen Koalitionsregierung unter Menachem Begin (Likud) seit Mitte 1977 neu akzen-

21 Zit. nach Goldmann; Staatsmann ohne Staat, S. 300; etwas anderer Wortlaut dieser von Edvard Beneš überlieferten Aussage in: ders.: Das jüdische Paradox, S. 128 f.: „Bestellen Sie Ihren jüdischen Freunden, daß die Sowjetunion sehr wohl weiß, wie sie zur Zeit leiden, und daß wir alles tun werden, um ihnen einen Ausgleich zu verschaffen.“

22 Grundlegend Tom Segev: Die siebte Million. Der Holocaust und Israels Politik der Erinnerung. Reinbek 1995.

23 Vgl. ausführlich Wolffsohn/Grill: Israel, S. 25–29.



tuert: Jetzt rückte die *Shoah* geschichtspolitisch und nachgerade regierungsamtlich in den Rang eines Fixpunkts israelischer Staatsräson. War sie in der Unabhängigkeitserklärung von 1948 noch lediglich als einer unter mehreren Faktoren der Staatsgründung genannt worden, wurde sie jetzt als zentraler Faktor herausgehoben.<sup>24</sup>

Um diese geschichtspolitische Neu- und Umbewertung – deren Ziel nicht zuletzt darin bestand, eine kämpferische und verteidigungsbereite, notfalls auch expansionistische israelische Identität mit größter Nachhaltigkeit zu untersetzen – entbrannte in der Folgezeit eine erbitterte Debatte, eine Art israelischer „Historikerstreit“.<sup>25</sup> Darin traten sich „Zionisten/Neozionisten“ und „Antizionisten/Postzionisten“ gegenüber, wobei auf der zionismuskritischen Seite intellektuelle „Postzionisten“ und ultraorthodox-religiöse Antizionisten mitunter eigenartige taktische Allianzen eingingen.<sup>26</sup> Wenngleich beide Gruppierungen in ihren Denkweisen und Zielen – postmoderner Dekonstruktivismus hier, religiöser Fundamentalismus da – meilenweit voneinander entfernt liegen, bestand doch Einigkeit in dem Vorwurf, die Zionisten hätten die *Shoah* für die Staatsgründung zynisch ausgenutzt und seien weit davon entfernt gewesen, „alles“ für die Überlebenden zu tun. Der *Jischuw* sei den zionistischen Staatsgründern wichtiger gewesen als die Rettung der verfolgten Juden in Europa. Extreme Positionen, vor allem auf der ultraorthodoxen Seite, gehen sogar so weit, den Zionismus selbst für die *Shoah* verantwortlich zu erklären, während radikal „linke“ Antizionisten die Auffassung von der „Einzigartigkeit der Shoah“ als ein kolonialistisch-zionistisches Narrativ zurückweisen, das dazu diene, die Unterdrückung der palästinensisch-arabischen Bevölkerung zu rechtfertigen.<sup>27</sup>

Dem gegenüber steht ein mitunter als „revisionistisch“ bezeichneter „Neozionismus“, in dem sich religiöse und ethnische Konzepte von Judentum mit der Absicht vereinigen, die besondere jüdische Berechtigung auf das Land Israel zu unterstreichen und hoch umstrittene Siedlungsprojekte (Westjordanland) zu legitimieren.<sup>28</sup>

24 Wolffsohn: Israel – Legenden und Geschichte; außerdem Moshe Zimmermann: Wende in Israel. Zwischen Nation und Religion. Berlin 1996.

25 Guter Überblick bei Angelika Timm: Israel. Gesellschaft im Wandel. Opladen 2003, S. 237–272; desgl. Amnon Rubinstein: Geschichte des Zionismus. Von Theodor Herzl bis heute. München 2001, S. 238–309.

26 Rubinstein: Zionismus, S. 276 f.

27 Ebd., S. 277 f.

28 Anita Shapira/Derek J. Penslar (Hg.): Israeli Historical Revisionism. From Left to Right. London/New York 2002.

*Fazit*

Rolle und Bedeutung der *Shoah* für die Staatsgründung Israels waren und sind in geschichtspolitischen Legitimationsdebatten umstritten. Der Mord an den europäischen Juden diene als argumentativer Spielball auf dem Weg zur Staatsgründung und diene in innerisraelischen „Kulturkämpfen“ über das Wesen des jüdischen Staates und über den Weg seiner Politik auch aktuell noch als rhetorisches Druckmittel, oftmals wenig subtil oder gar pietätvoll. Geschichte kann eben auch als Waffe eingesetzt werden.

Eine nüchterne Faktenprüfung zeigt freilich: Der Staat Israel verdankt seine Entstehung durchaus nicht in kausaler Weise den Ereignissen der „zwölf Jahre“ NS-Deutschland, nicht dessen Diktator, und auch nicht der Judenvernichtung. Dies gilt mit Blick auf das Verhältnis der jüdischen Gemeinschaft in Palästina zur britischen Mandatsmacht, zur arabischen Bevölkerung, wie mit Blick auf die internationalen Konstellationen rund um den UN-Teilungsbeschluss. Der eingangs zitierten Auffassung Bruno Blaus und aller anderen, die von einem (mono-)kausalen Zusammenhang sprechen, wird also zu widersprechen sein. Trotzdem haben diese Ereignisse, allen voran die *Shoah*, für die Gründung des jüdischen Staates in den besonderen Umständen der Jahre nach dem Zweiten Weltkrieg ihren Stellenwert. Primo Levi versucht diesen Stellenwert, anknüpfend an die Gründungserzählung der Unabhängigkeitserklärung, so auf den Punkt zu bringen: „Der Staat Israel [...] sollte ein Rettungsfloß sein, die Zufluchtsstätte, zu der die in anderen Ländern bedrohten Juden hinströmen konnten. So sah die Idee der Gründerväter aus, und sie war vor der nazistischen Tragödie entstanden. Die nazistische Tragödie hat sie vertausendfacht. Dieses Land der Rettung wurde nun unbedingt gebraucht.“<sup>29</sup> Dies alles trifft zu, wie andererseits zutrifft, dass der Staat Israel auch ohne diese Tragödie mit größter Wahrscheinlichkeit gegründet worden wäre. „Israel ist in erster Linie durch die politische, wirtschaftliche, gesellschaftliche und militärische Leistung seiner Gründer errichtet worden“, schreibt Michael Wolffsohn.<sup>30</sup> Aber die Gründung erfolgte konkret im Lichte der Tragödie, so dass sich mit Tom Segev schließen lässt, der die Staatsgründung wie „auch alle anderen besonders schicksalsschweren Entscheidungen in der Geschichte Israels im Schatten des Holocaust“ stehen sieht.<sup>31</sup>

29 Primo Levi: „Ich suche nach einer Lösung, aber ich finde sie nicht.“ Im Gespräch mit Ferdinando Camon. München/Zürich 1993, S. 61 f.

30 Wolffsohn: *Ewige Schuld?*, S. 18 f.

31 Segev: *Die siebte Million*, S. 21 f.

## „Studentischer Karneval“. Raymond Aron und die Ereignisse des Mai 1968

Matthias Oppermann

Wer immer an die befreiende Wirkung des Mai 1968 glaubt, sollte sich folgenden Vorgang vergegenwärtigen: Ein international renommierter Soziologieprofessor soll an einer der ältesten deutschen Universitäten den Montaigne-Preis der Hamburger Stiftung F.V.S. erhalten und anlässlich der Verleihung einen Vortrag halten. Die „offizielle Studentenvertretung“ fordert ihn auf, nach dem Vortrag für eine Diskussion zur Verfügung zu stehen. Der Rektor übermittelt diese Forderung und gibt zu bedenken, dass man mit „gewissen Störversuchen“ rechnen müsse, wenn der auswärtige Professor sich weigere.<sup>1</sup> Der will nicht nein sagen, hat aber seinerseits Forderungen:

„[B]estimmte Bedingungen müssen meiner Ansicht nach erfüllt werden. [...] Wenn die Tübinger Studenten eine Diskussion mit mir haben wollen, sollen sie sich jedenfalls direkt an mich wenden und mich einladen. Einladung vielleicht, Aufforderung oder Ultimatum, nein. [...] Wenn [...] die Studenten meinen Vortrag stören oder unmöglich machen, werde ich die Sache mit so viel Humor als möglich hinnehmen [...]. Lassen Sie mich hinzufügen, dass ich die Störung des Vortrags dem Polizeischutz vorziehe.“<sup>2</sup>

Die gewünschte Einladung wird jedoch nicht ausgesprochen. Stattdessen muss der Gast erleben, dass er nicht öffentlich sprechen kann. Statt im Festsaal der Universität findet die Preisverleihung in einem außerhalb der Stadt gelegenen Institut für Biologie statt – und zwar unter Ausschluss der Studentenschaft und unter Polizeischutz.<sup>3</sup>

Abstrakt betrachtet, ist diese Geschichte nichts Ungewöhnliches. Ähnliches geschah wahrscheinlich oft während des Mai 1968 und auch in den Monaten danach, ob nun in den Vereinigten Staaten von Amerika, in Frankreich oder in der Bundesrepublik Deutschland. Sieht man genauer hin, hat dieser Vorgang aber doch etwas Besonderes: Man muss ihn vor dem Hintergrund der deutschen Geschichte sehen, vor dem Hintergrund des „Dritten Reichs“, des Völkermords an den europäischen Juden, aber auch vor dem Hintergrund der deutsch-französischen Beziehungen nach 1949. Denn der Professor, der am 28. November

1 Heinrich Landahl an Raymond Aron, 11. Juni 1968, in: Archives personnelles Raymond Aron, Karton 80. Der Nachlass wurde in der École des hautes études en sciences sociales in Paris konsultiert. Mittlerweile befindet er sich in der Bibliothèque nationale. Der Brief lässt sich ausfindig machen mit Hilfe von Élisabeth Dutarte: Fonds Raymond Aron. Inventaire. Paris 2007.

2 Raymond Aron an Ludwig Raiser, 18. November 1968 (Durchschlag), ebd. Im Original auf Deutsch.

3 Raymond Aron an Ludwig Raiser, 12. Dezember 1968 (Durchschlag) ebd.

1968 in Tübingen geehrt werden sollte, war nicht irgendjemand. Es war der Philosoph und Soziologe Raymond Aron, der führende französische liberale Denker der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts – ein großer französischer Patriot und außerdem Jude.<sup>4</sup>

Im November 1968, heißt das, konnte ein reformorientierter, weltoffener französischer Gelehrter jüdischer Herkunft an der Universität Tübingen nur abseits des Geschehens und unter Polizeischutz sprechen, weil er von Studenten dazu gezwungen wurde. Der Grund dafür war Arons kritische Haltung zu den Maiereignissen in Paris, die er in mehreren Leitartikeln in der liberalen Tageszeitung *Le Figaro*, in der Broschüre „*La révolution introuvable*“ und in einigen Aufsätzen zur Philosophie der neuen Linken dargelegt hatte.<sup>5</sup> Die Kinder und Enkel derjenigen Deutschen, die den Nationalsozialismus getragen hatten, versuchten den Vortrag eines französischen Juden zu stören, weil er die liberale Demokratie und die zu ihr gehörenden Verfahrensweisen verteidigte. Darin liegt die eigentliche Bedeutung dieses Vorgangs.

Doch Aron, der ein großzügiges Naturell hatte, sah die Rolle der Tübinger Studenten gar nicht als entscheidend an. Er hatte sogar vor der Preisverleihung in einer Vorlesung mit ihnen diskutiert.<sup>6</sup> Dass er nicht im Festsaal sprechen konnte, machte ihm wenig aus. Viel mehr als das ärgerte ihn die *Laudatio* des dafür ausgewählten Tübinger Kollegen Klaus von Beyme, der den Begriff *Lobrede* recht eigenwillig auslegte.<sup>7</sup> Beyme hielt es für unnötig, auf die Grundlinien von Arons Denken einzugehen und spitzte die Rede stattdessen auf die Tagespolitik zu. Die schwache Würdigung von Arons Werk diente im Grunde

- 
- 4 Zu Arons Biographie vgl. Nicolas Baverez: *Raymond Aron. Un moraliste au temps des idéologies*. Paris 1993.
- 5 Stellvertretend für die vielen Texte, die Aron im Mai 1968 und danach über die Ereignisse verfasste siehe Raymond Aron: *La Révolution introuvable. Réflexions sur la Révolution de Mai*. Paris 1968. Mit seinen Schriften überschritt Aron die Grenze vom bloßen Beobachter zum Handelnden. Siehe dazu ders.: *Mémoires. 50 ans de réflexion politique*. Paris 1983, S. 474. Zu Arons Haltung und Engagement im Mai 1968 im allgemeinen vgl. ebd., S. 471–497; ders.: *Le Spectateur engagé. Entretiens avec Jean-Louis-Missika et Dominique Wolton*. Paris 1981, S. 247–263. Außerdem Baverez: Aron, S. 391–407; Valérie Hannon: *Raymond Aron. Un penseur libéral au Figaro*, in: Siep Stuwemann (Hg.): *Les libéralismes, la théorie politique et l'histoire*. Amsterdam 1994, S. 150–158, hier 156–158; Jean-François Sirinelli: *Deux intellectuels dans le siècle, Sartre et Aron*. Paris 1995, S. 338–345.
- 6 Klaus von Beyme an Raymond Aron, 2. Dezember 1968, in: *Archives personnelles Raymond Aron*, Karton 80.
- 7 Eine gekürzte Fassung der Rede findet sich in Klaus von Beyme: *Ein pragmatischer Moralist. Die Laudatio*, in: *Die Zeit* vom 6. Dezember 1968. In der vollständigen Rede verglich Beyme Aron mit Daniel Cohn-Bendit. Siehe dazu Beymes Entschuldigung: „Tief erschüttert über die Nachwirkung meiner Rede. Pointen sind mir doch weniger wichtig als Freunde. Ich werde den Vergleich mit Cohn streichen.“ Klaus von Beyme an Raymond Aron, 30. November 1968 (Telegramm), in: *Archives personnelles Raymond Aron*, Karton 80. Wenige Tage zuvor hatte er schon geschrieben: „[W]enn ich Sie damit kränkte, daß ich Sie mit Cohn-Bendit in einem Atem nannte, so bitte ich dafür um Verzeihung.“ Klaus von Beyme an Raymond Aron, 2. Dezember 1968, ebd.

nur einer Auseinandersetzung mit dessen Urteilen über die Mai-Ereignisse. So warf er Aron vor, zu Beginn des „gaullistischen Regimes“, wie er es nannte, sei dessen „Applaus [...] ein bißchen laut ausgefallen“, und er merkte an, Montaigne und Aron sei „ein gewisses Phlegma gegen die Herrschaftsform, in die sie hineingestellt wurden“, gemeinsam.<sup>8</sup>

Diese politische Kritik verband er mit Angriffen auf Arons Engagement im Mai 1968. Beyme glaubte offenbar, die Studentenunruhen seien aus der sogenannten, rhetorisch viel missbrauchten „Mitte der Gesellschaft“ gekommen. Jedenfalls warf er Aron vor, dieser habe sich mit seiner Kritik an den Studenten von der politischen Mitte isoliert. Auch als Soziologe habe Aron versagt, da er die Studentenbewegung „allzu simpel als ‚Pseudo-Revolution‘ abgetan“ und ihre Bedeutung für die Reform der immobil gewordenen westlichen Gesellschaften nicht erkannt habe.<sup>9</sup> Dazu ein etwas längeres Zitat von Beyme über Aron:

„Die Intellektuellen werden allzu pauschal für ihren Ideologismus verketzert, dem kubanischen Experiment wird die historische Bedeutung abgesprochen, und allzu leichtfertig wird der ‚Teufel Anarchismus‘ mit dem ‚Beelzebub Marx‘ ausgetrieben und der kommunistische Opportunismus in den Mai-Tagen zu beschönigend als ‚weiser Pragmatismus‘ gefeiert.“<sup>10</sup>

Selbst für ein SPD-Mitglied wie Beyme gehörte einiges dazu, Castros Tyrannei als berechtigtes „Experiment“ zu bezeichnen und darüber zu klagen, dass die Kommunistische Partei Frankreichs davon Abstand genommen hatte, mit den revoltierenden Studenten den Aufstand gegen die Fünfte Republik zu wagen.

Diese Aussagen richteten sich also im Grunde selbst. Sie waren ärgerlich für Aron, aber nicht von großer Bedeutung. Wichtiger war ihm ein anderer Aspekt von Beymes Laudatio, nämlich die Absicht des Redners. Denn was war die Rede anderes als eine kaum verhüllte Solidarisierung mit den Tübinger Nachwuchsrevolutionären? So etwas, meinte Aron, habe er schon einmal erlebt. Dem Rektor der Universität Tübingen schrieb er dazu: „Erlauben Sie mir, es Ihnen mit der gleichen Brutalität zu sagen, die er“ – Aron meinte damit Beyme – „mir gegenüber an den Tag gelegt hat: Er hat mich an die deutschen Professoren der 30er Jahre erinnert, die ihre akademische Pflicht verrieten, um die Zustimmung revoltierender (damals also nationalsozialistischer) Studenten zu erhalten.“<sup>11</sup>

Diese Assoziation hatte Aron nicht nur in Beymes Fall, sondern zuvor schon im Pariser Mai. Tatsächlich liegt hier einer von drei Gründen, aus denen der am 14. März 1905 als Sohn einer Familie des mittleren französischen Bürgertums in Paris geborene Aron auf die Mai-Ereignisse mit kompromissloser Ablehnung

8 Ebd.

9 Siehe ebd.

10 Ebd.

11 Raymond Aron an Ludwig Raiser, 12. Dezember 1968 (Durchschlag), in: Archives personnelles Raymond Aron, Karton 80. Dieses und alle anderen französischsprachigen Zitate wurden vom Verfasser ins Deutsche übersetzt.

reagierte.<sup>12</sup> Nach seinem Philosophiestudium an der Ecole normale supérieure und dem Wehrdienst hatte er, indem er einer Tradition französischer Philosophen der Dritten Republik folgte, dreieinhalb Jahre in Deutschland verbracht – zunächst von Januar 1930 bis September 1931 als Lektor an der Universität Köln und dann bis September 1933 als Stipendiat des Französischen Akademikerhauses in Berlin.<sup>13</sup> Aron hatte also nicht nur den Aufstieg des Nationalsozialismus hautnah verfolgen können, sondern auch die Machteinsetzung Hitlers und den Beginn der Errichtung einer totalitären Tyrannei.

Diese und andere Erfahrungen in Deutschland hatten einen solchen Einfluss auf Aron gehabt, dass aus dem Sozialisten und entschiedenen Pazifisten ein Liberaler und ein außenpolitischer Realist geworden war, als er im September 1933 nach Frankreich zurückkehrte.<sup>14</sup> In den 1930er Jahren analysierte er die krieglerischen Absichten Hitlers, hielt sich aber mit unmittelbaren politischen Äußerungen weitgehend zurück, um dann in den Jahren 1940 bis 1944 im Londoner Exil als Chefredakteur der Zeitschrift *La France libre* den Kampf gegen den Nationalsozialismus aufzunehmen.<sup>15</sup> Der antitotalitäre und konservative Liberalismus, der Aron nach dem Zweiten Weltkrieg auszeichnete und zum führenden Vertreter der nicht-marxistischen Minderheitsströmung im französischen Intellektuellenmilieu machte, wurzelte tief in seinen politischen und wissenschaftlichen Lehrjahren in der Weimarer Republik.

Im Mai 1968 fühlte er sich an diese Lehrjahre erinnert, auch wenn er die revoltierenden Studenten und die linken Philosophen, die er ins Visier nahm, nicht mit den Nationalsozialisten gleichsetzen wollte. Er sah lediglich zwei Parallelen zwischen den Vorgängen an den französischen Universitäten im Mai 1968 und denjenigen an den deutschen in den letzten Jahren der Weimarer Republik. Die eine betraf, wie gesagt, das Verhalten der Professoren. Klaus von Beyme war für Aron nur der anschaulichste Fall eines größeren Problems, das er schon aus Frankreich kannte.

Als Aron 1944 aus London nach Paris zurückkehrte, verzichtete er zunächst auf eine Universitätskarriere, da sie ihn in die Provinz geführt hätte.<sup>16</sup> Stattdessen wollte er in Paris als Journalist zum politischen Wiederaufbau des Landes beitragen. Das tat er vor allem als Leitartikler für den *Figaro*. 1955 wurde er dann aber doch auf einen Lehrstuhl für Politische Soziologie an der Sorbonne gewählt.<sup>17</sup> Schon damals kam ihm die Welt der französischen Universitäten – ver-

12 Zu Arons Herkunft und Familie siehe Aron: *Mémoires*, S. 9–26.

13 Vgl. dazu Baverez: Aron, S. 53–92; Matthias Oppermann: Raymond Aron und Deutschland. Die Verteidigung der Freiheit und das Problem des Totalitarismus. Ostfildern 2008, S. 37–68.

14 Vgl. Baverez: Aron, S. 93.

15 Vgl. Oppermann: Raymond Aron und Deutschland, S. 141–278.

16 Siehe dazu und zum Folgenden Aron: *Mémoires*, S. 196–249.

17 Siehe ebd., S. 335–337.

glichen mit den englischen und amerikanischen, die er kennengelernt hatte – wie ein Relikt des 19. Jahrhunderts vor.<sup>18</sup> Den Ordinarien, den sogenannten „Mandarinern“, stand er skeptisch gegenüber. Von ihrer eigenen Allmacht betört, nahmen sie die Studenten überhaupt erst nach dem Abschluss der „licence“, also nach dem dritten Studienjahr zur Kenntnis. Aus diesem und anderen Gründen setzte sich Aron seit den 1950er Jahren für Universitätsreformen ein, freilich ohne Erfolg. Die Selbstgerechtigkeit der „Mandarine“ war das eine, was Aron an der französischen Universität verzweifeln ließ, das andere war die politisch gewollte Entwicklung zur Massenuniversität. Im Januar 1968 ließ er die Sorbonne desillusioniert hinter sich und zog sich an die *École pratiques des hautes études* zurück. Da er dort nur noch Doktoranden zu betreuen hatte, entkam er den nun an den großen Universitäten herrschenden Zuständen.<sup>19</sup> Mit seinen Forderungen nach der Reform der französischen Universität stand Aron weitgehend allein. Die „Mandarine“ – ganz gleich welcher politischen Richtung sie zuneigten, aber in der Regel standen sie links – sahen keinen Grund, etwas zu ändern.

Dann aber kam der Mai 1968. Und plötzlich stellten sich manche derjenigen, die bislang jede Änderung abgelehnt hatten, auf die Seite der Studenten. Die „schlimmsten Konservativen“, so sagte Aron, ließen sich nun von der Welle mitreißen.<sup>20</sup> So wie Beyme in Tübingen biederten sich viele französische Professoren bei den Studenten an, ließen sich von der Feierstimmung anstecken. Manche Professoren scheuten sich nicht einmal, den Studenten auch in den Umgangsformen entgegenzukommen: Studenten und Lehrende, die sich plötzlich beim Vornamen nannten und duzten, boten in Arons Augen ein besonders unwürdiges Schauspiel – vor allem weil die Beziehungen zwischen Studenten und Professoren in Frankreich traditionell besonders förmlich gewesen waren, weit mehr als in den angelsächsischen Ländern, weit mehr sogar als in Deutschland:

„Was mir im Mai 1968 wirklich gegen den Strich ging und mich zu manchen Malen außer Fassung brachte, das waren nicht die Studenten [...], sondern die Feigheit so vieler Mitglieder des Lehrkörpers, die bei diesem Mummenschanz mittaten [...]. Was mich niederdrückte, war das Spektakel, das vor unseren Augen abrollte, wie Plato es in der *Politeia* beschrieben hat: der Niedergang der Demokratie; die Erwachsenen benehmen sich wie Kinder und die Kinder spielen erwachsen.“<sup>21</sup>

18 Siehe dazu und zum Folgenden ebd., S. 338 f., 471 f. Vgl. außerdem Nicolas Baverez: Raymond Aron. *Qui suis-je?*. Paris 1986, S. 32–36.

19 Siehe Aron: *Mémoires*, S. 342. Vgl. ders.: *Spectateur*, S. 247 f.

20 Raymond Aron an Ludwig Raiser, 12. Dezember 1968 (Durchschlag), in: *Archives personnelles Raymond Aron*, Karton 80. Vgl. dazu Aron: *La Révolution introuvable*, S. 12.

21 Ders.: *Zeuge und Kritiker des Geschehens*, in: *Verleihung des Goethepreises der Stadt Frankfurt am Main an Raymond Aron am 28. Mai 1979 in der Paulskirche*. Hg. vom Dezernat Kultur und Freizeit der Stadt Frankfurt am Main. Frankfurt am Main 1980, S. 19–24, hier 21. Siehe dazu ders.: *Spectateur*, S. 253.

Aron kam das alles wie ein großer „revolutionärer“ oder „studentischer Karneval“ vor.<sup>22</sup> Er konnte weder die den Aufstand probenden Studenten noch die sich mit ihnen verbrüdernden Hochschullehrer ernst nehmen. Bedeutsamer war aus seiner Sicht die Art, wie die „68er“ mit denjenigen unter den Professoren umgingen, die sich diesem Spektakel verweigerten. Und damit kommen wir zum zweiten der drei Gründe, aus denen Aron so entschieden Position gegen die sogenannte „Studentenrevolution“ bezog.

Auf formaler Ebene kann man Arons Reaktion ähnlich erklären, wie diejenige Edmund Burkes auf die Französische Revolution.<sup>23</sup> In beiden Fällen stellte sich ein reformorientierter Geist auf die Seite der bestehenden Ordnung, weil er glaubte, dass ihre liberalen Institutionen durch eine gewaltsame und ideologische Revolution unwiederbringlich zerstört werden könnten. Im Mai 1968 war Aron wie Burke im Jahr 1790 gleichzeitig liberal und gegenrevolutionär.

Auch hier spielte für Aron die Erinnerung an die 1930er Jahre eine Rolle. Hatten am Ende von Weimar nicht auch nationalistische oder gar nationalsozialistische Studenten jüdische oder andersdenkende Professoren daran gehindert, ihre Vorlesungen zu halten? Zumindest einen solchen Fall hatte Aron 1932 von Berlin aus für eine französische Zeitschrift beschrieben.<sup>24</sup> Der aggressive, konfrontative Stil der „68er“ rief ihm diese Zeit wieder ins Gedächtnis. Noch ein Jahr später schrieb er empört in einem Aufsatz über die Freiheitsidee der Neuen Linken vom Fall eines Dekans in Nanterre, der hundert Mal sein Leben in der Résistance riskiert habe und von den jungen Revolutionären als SS-Mann bezeichnet worden sei.<sup>25</sup>

Die Universität war für Aron ein Ort gemeinsamer Wahrheitsuche, nicht der politischen Auseinandersetzung – und ganz besonders nicht, wenn die Auseinandersetzung in inhumaner und unaufgeklärter Weise erzwungen werden sollte. Aron konnte die Verletzung des akademischen Anstands durch die revoltierenden Studenten nur schwer ertragen. Als er 1981 in einem Interview von zwei linken französischen Journalisten gefragt wurde, ob die Studenten im Mai 1968 denn nicht einfach nur dieselben Reformen gefordert hätten, für die er sich immer eingesetzt habe, fiel seine Antwort kompromisslos aus: Er glaube nicht daran, dass sie *dieselben* Forderungen gestellt hätten. Wenn aber doch, dann hätten sie es jedenfalls nicht *im selben Geiste* getan.<sup>26</sup>

22 Ders.: *La Révolution introuvable*, S. 15; ders.: *Mémoires*, S. 476.

23 Bertrand de Jouvenel hat festgestellt, die „Aushöhlung höflicher Umgangsformen in der Französischen Revolution“ sei „die eigentliche Erklärung für die heftige Reaktion Burkes“ gewesen. Bertrand de Jouvenel: *Reine Theorie der Politik*. Neuwied/Berlin 1967 (engl. 1963), S. 231.

24 Siehe Raymond Aron: *Nouvelles perspectives allemandes*, in: *Europe* 28, 110 (1932), S. 295–305, hier 298.

25 Siehe ders.: *Liberté, libérale ou libertaire?* (1969), in: ders.: *Études politiques*. Paris 1972, S. 235–274., hier 272 f.

26 Siehe ders.: *Le Spectateur engagé*, S. 249.



Das führt mich zum dritten Grund für Arons Stellungnahmen im Mai 1968: die Geisteshaltung der Revolutionäre. Der Stil war nicht alles; wichtiger war für Aron natürlich, was diese jungen Leute aus bürgerlichen Elternhäusern dazu trieb, der französischen Universität und sogar der Fünften Republik den Fehdehandschuh hinzuwerfen. Es kann hier nicht ausführlich auf Arons Analyse der Ursachen der „Studentenrevolution“ in Frankreich und in den westlichen Demokratien insgesamt eingegangen werden. Nur so viel: Aron sah die Ursache der Krise in einer weit verbreiteten Enttäuschung über die Konsumgesellschaft. Hinzugekommen sei der überall anzutreffende Gegensatz der Hoffnungen vieler junger Menschen und der tatsächlichen oder vermeintlichen Unbeweglichkeit der Regierenden.<sup>27</sup>

Beides – die Enttäuschung und die Hoffnungen – hatte jedoch auch eine ideelle Komponente. Enttäuschung und Hoffnung entstanden aus Arons Sicht aus einem problematischen philosophisch-politischen Denken. Damit meinte er die Ideologie der Neuen Linken, die ihre Ursprünge zum einen in den Vereinigten Staaten, zum anderen in Frankreich hatte.<sup>28</sup> Anders als Jürgen Habermas, der selbst vielleicht einiges zur Entstehung dieser Neuen Linken beigetragen hatte, ließ sich Aron nicht dazu hinreißen, von einem „linken Faschismus“<sup>29</sup> zu sprechen. Der Stil eines kleinen Teils der Studenten mochte „faschistische“ Züge tragen, ihre Ideologie tat es nicht.<sup>30</sup> Vielmehr handelte es sich um ein Denken, in dem sich der Marxismus mit anderen Einflüssen mischte. Wenngleich Aron es nicht für einfach hielt, die diversen ideologischen Versatzstücke zu entwirren, glaubte er, einiges davon aus der Weimarer Republik zu kennen, nämlich die Elemente eines freudianisch-hegelianisch-existentialistischen Marxismus.

Das marxistische oder paramarxistische Denken der Studenten tauchte in den 1960er Jahren nicht aus dem Nichts auf. In Frankreich wurde es aus Arons Sicht durch die intellektuellen Debatten der Nachkriegszeit vorbereitet, die ihn an die Auseinandersetzungen der deutschen Linksintellektuellen in der Weimarer Republik erinnerten. Insofern war die französische Philosophie der Zeit nach 1945 für ihn eine „hyperbolische Wiederholung der deutschen Philosophie“<sup>31</sup>.

27 Siehe dazu allgemein und ausführlich ders.: *La Révolution introuvable*.

28 Zur Neuen Linken vgl. Arthur Hirsh: *The French New Left. An Intellectual History from Sartre to Gorz*. Boston 1981, S. 137–235; Gerd Langguth: *Protestbewegung. Entwicklung – Niedergang – Renaissance. Die Neue Linke seit 1968*, 2. Aufl. Köln 1984; Paul Lyons: *New Left, New Right, and the Legacy of the Sixties*. Philadelphia 1996.

29 Zit. nach Gerd Langguth: *Mythos '68. Die Gewaltphilosophie von Rudi Dutschke – Ursachen und Folgen der Studentenbewegung*. München 2001, S. 84.

30 Siehe dazu die Einleitung zu Raymond Aron: *Marxismes imaginaires. D'une sainte famille à l'autre*. Nachdr. der 2. Aufl. von 1970 Paris 1998 (erstmalig 1969 als: *D'une Sainte Famille à l'autre. Essai sur les marxismes imaginaires*), S. 20.

31 Luc Ferry/Alain Renaut: *La pensée 68. Essai sur l'anti-humanisme contemporain*. Taschenbuchausgabe Paris 1988, S. 60.

Bis 1933 sei Deutschland „das geistige Vaterland des Marxismus“ gewesen.<sup>32</sup> In Deutschland hätten sich nicht nur die Doktrin der Zweiten Internationale, sondern auch „diverse Schulen“ entwickelt, die „sich auf unterschiedliche Weise auf Marx und Freud beriefen“. Nach 1945 sei dann Paris zur Hauptstadt der „marxistischen Bewegung“ geworden.<sup>33</sup> Vor allem Louis Althusser hatte großen Einfluss auf die Ideen der revoltierenden Studenten. Die „althussériens“ stellten für Aron eine französische Version der Neuen Linken dar, die gleichermaßen den Humanismus und den Historizismus von Karl Marx leugnete.<sup>34</sup>

Von dieser französischen Besonderheit einmal abgesehen, suchte Aron die ideologischen Wurzeln der „pensée 68“<sup>35</sup> aber vor allem im Denken der Frankfurter Schule. Vor allem Herbert Marcuse, der sich zeitlebens als deutscher Intellektueller verstand, habe mit seiner um die Begriffe „Repression“ und „Manipulation“ kreisenden paramarxistischen Philosophie Einfluss auf die Studentenbewegung ausgeübt.<sup>36</sup> Die ideologische Sprache des Mai 1968 habe die Themen von Marcuses kulturkritischen Büchern wiederaufgenommen und popularisiert.<sup>37</sup>

Freilich wollte Aron nicht behaupten, die Studenten, besonders die radikalen unter ihnen, hätten über eine umfassende Ideologie verfügt. Marcuse habe ihnen aber doch zumindest die Parolen für einen „Pseudo-Marxismus“<sup>38</sup> geliefert, der an das linke Denken der Weimarer Republik Anschluss gefunden habe. Er scheine eine Revolte gegen die liberale und merkantile Zivilisation des Westens zu rechtfertigen, zumal er sich nicht länger mit der originär marxistischen Idee der revolutionären Rolle des Proletariats belaste. Angesichts eines ständigen Wachstums der Wirtschaft im „Kapitalismus“ und der Mängel der sowjetischen Gesellschaft sei Marcuse nichts anderes übrig geblieben, als die ökonomisch-soziale Kritik des Marxismus durch eine kulturelle Kritik an

32 Dazu und zum Folgenden: Collège de France, *Le Marxisme de Marx. Cours dactylographiés*, 4. Januar 1977, S. 7, in: Archives personnelles Raymond Aron, Karton 32

33 Zu den verschiedenen Richtungen des französischen Nachkriegsmarxismus vgl. Mark Poster: *Existential Marxism in Postwar France. From Sartre to Althusser*. Princeton 1975.

34 Siehe Raymond Aron: *Althusser ou la lecture pseudo-structuraliste de Marx*, in: ders.: *Marxismes imaginaires*, S. 175–323, hier 307, 322. Zu Althussters Antihumanismus vgl. Hirsh: *French New Left*, S. 163–167.

35 Ferry/Renaut: *Pensée 68*.

36 Aron: *Liberté, libérale ou libertaire*, S. 265 f. Zu Marcuses Einfluss vgl. Leszek Kołakowski: *Die Hauptströmungen des Marxismus. Entstehung – Entwicklung – Zerfall*. 3 Bde. München 1977–1979 (poln. 1976–1978), Bd. III, S. 431.

37 Siehe Aron: *Mémoires*, S. 483. Siehe dazu Herbert Marcuse: *Der eindimensionale Mensch. Studien zur Ideologie der fortgeschrittenen Industriegesellschaft* (Herbert Marcuse, Schriften, 7; engl. 1964). Frankfurt am Main 1989. Vgl. zu diesem Buch Kołakowski: *Hauptströmungen*, S. 442–446.

38 Für eine Diskussion über diesen „Pseudo-Marxismus“ siehe Raymond Aron/Herbert Marcuse: *„Something To Say“*. Interview by Bryan Magee. Transmitted 12.6.1972. Thames Television Series (Typoskript), S. 16–18.

der wissenschaftlich-technischen Zivilisation zu ersetzen.<sup>39</sup> In Arons Augen war das eine zweifelhafte Verkehrung des Marxismus. Marcuse lehne mit der „Großen Weigerung“, wie er es nannte, die liberale Moderne ab, ohne etwas Positives dagegen zu setzen.<sup>40</sup>

Ob nun beim trotzkistischen „Studentenkarneval“ in Paris, bei den SDS in Berkeley oder beim SDS in Frankfurt – eines hatten die revoltierenden Studenten verschiedener Länder und Richtungen Aron zufolge gemeinsam: den mit Marx und Mao in Verbindung gebrachten und aus dem Werk Marcuses entnommenen Antimodernismus, der unterschiedliche Folgen haben konnte.<sup>41</sup> Dazu Aron wörtlich: „An einem Ende drohen die drei M (Marx, Mao, Marcuse) die Söhne der Bourgeoisie bis zur Baader-Meinhof-Bande und zur Stadtguerilla zu führen; am anderen Ende führen sie sie zur Ökologie, zur Rückkehr zur Erde, zu den Hippies.“<sup>42</sup>

Gleichwohl wäre Aron nie auf die Ideen gekommen, in Marcuses Werk die einzige Ursache der Unruhen in verschiedenen Ländern zu sehen. Er ging auch nicht so weit, Marcuse vorzuwerfen, die „Studentenrevolution“ mit voller Absicht herbeigeschrieben zu haben. Während der „heißen Wochen des Mai 1968“, schreibt Aron in seinen Memoiren, hätten sich die studentischen „Revolutionäre“ auf Marcuse berufen, ohne ihn wirklich gelesen zu haben. Und die deutschen und italienischen Terroristen hätten der „Großen Weigerung“ einen Sinn gegeben, die der ehemalige Assistent Martin Heideggers nicht gutgeheißen hätte.<sup>43</sup>

Und doch war der in Berkeley lehrende Marcuse für Aron nicht völlig von den Folgen der Studentenrevolution freizusprechen, wie er im Mai 1968 in einem Vortrag vor der Unesco zum 150. Geburtstag von Karl Marx spöttisch andeutete. Die Doktrin der permanenten Revolution, sagte er dort, sei schon vor langer Zeit vom Tribunal der Geschichte verurteilt worden: „Vielleicht ist mein Kollege Herbert Marcuse hier eine Ausnahme; er, dessen revolutionärer Glaube nichts von seiner Frische eingebüßt hat, der alle Reize Kaliforniens genießt, und dessen Berliner Schüler zum Sturm auf universitäre Bastillen blasen und eine friedfertige Gesellschaft vorbereiten, indem sie ihre Professoren aus dem Fenster stürzen.“<sup>44</sup>

39 Siehe Aron: *Liberté, libérale ou libertaire?*, S. 249.

40 Ebd.

41 Siehe *École pratiques des hautes études, Séminaires consacrés à l'idéologie. Textes dactylographiés, Séminaire du 2 octobre 1970. Intervention de Raymond Aron*, S. 5, in: *Archives personnelles Raymond Aron*, Karton 15.

42 Aron: *Mémoires*, S. 484. Siehe auch ders.: *Liberté, libérale ou libertaire?*, S. 246 f.

43 Aron: *Mémoires*, S. 417.

44 Ders.: *Équivoque et inépuisable* (1969), in: ders.: *Marxismes imaginaires*, S. 325–345, hier 327.

Wer wie Aron die 1930er Jahre erlebt hatte, konnte die Philosophie Marcuses, die Aufforderung, sich der liberalen westlichen Zivilisation zu verweigern, wohl nicht ohne Bedenken betrachten. Diese Skepsis traf nicht nur Marcuse. In Wirklichkeit erstreckten sich Arons Bedenken auf die gesamte Frankfurter Schule. Dass er seit den 1970er Jahren die Ansicht vertrat,<sup>45</sup> die Vertreter dieser Schule hätten ihre Verantwortung in der Weimarer Republik nicht wahrgenommen, hatte auch mit den Turbulenzen des Mai 1968 zu tun. Anfang der 1970er Jahre tauschte sich Aron darüber mit Karl Popper aus, und es ist schwer zu sagen, wer von beiden die Frankfurter mehr verachtete.<sup>46</sup>

Was Aron betrifft, so war er jedenfalls der Ansicht, das Denken der Frankfurter Schule habe zu einer „Krise des Irrationalismus“ beigetragen, die zu den Mitauslösern der „Studentenrevolution“ gehörte. Dass Adorno selbst unter den revoltierenden Studenten zu leiden hatte, war da nur eine ironische Volte der Geschichte. Wichtiger war in Arons Augen, dass Adorno ebenso wenig wie Marcuse zu einem Befürworter der liberalen Demokratie geworden war. Die Vertreter der Frankfurter Schule hatten Aron zufolge nichts aus den totalitären Experimenten des Jahrhunderts gelernt. Seine Verurteilung der Frankfurter Schule war mindestens ebenso sehr politischer wie wissenschaftlicher Natur. Seine Ablehnung der Schule war – wie sein Engagement gegen die „Studentenrevolution“ und die Neue Linke insgesamt – abgeleitet aus seinem Eintreten für den Liberalismus, also aus der ihn stets motivierenden Absicht, die Freiheit zu verteidigen.<sup>47</sup>

Die liberale Ordnung verteidigen hieß für Aron, daran zu erinnern, dass sie nicht nur auf der Anerkennung des Rechts, sondern auch auf der Achtung vor respektablen Autoritäten beruhte.<sup>48</sup> Die Kirche, die Armee, die Schule und die Universität – das waren Institutionen, ohne die die liberale Demokratie nicht auskommen konnte, auch wenn sie in gewissen Grenzen den demokratischen Regeln entzogen bleiben mussten. Aron näherte sich im Mai 1968 und danach immer mehr Alexis de Tocqueville an.<sup>49</sup> Der normannische Aristokrat war schon vorher eine seiner wichtigsten Referenzen gewesen, nun nannte Aron ihn „mon maître“.<sup>50</sup> Tocqueville, der in der Julimonarchie zum linken Zentrum gehört

45 So Aron in der 1978 geschriebenen Einleitung zu ders.: *La sociologie allemande contemporaine*. 4. Aufl. Paris 1981 (erstmalig 1935), S. XV. Vgl. auch ders.: *Mémoires*, S. 86; ders.: *Liberté, libérale ou libertaire*, S. 270 f.

46 Vgl. Oppermann: *Aron und Deutschland*, S. 416–418.

47 Siehe dazu zum Beispiel Aron: *Liberté, libérale ou libertaire?*, S. 271.

48 Siehe ebd., S. 272.

49 Vgl. Stuart L. Campbell: *The Tocquevillian Liberalism and Political Sociology of Raymond Aron*, in: *The Historian* 53 (1991), S. 303–316, hier 314 f.

50 Aron: *La Révolution introuvable*, S. 30.

hatte, war den Revolutionären im Februar 1848 wie ein Reaktionär erschienen.<sup>51</sup> Geprägt durch die Revolutionserfahrung seiner Familie hatte er Versuchen gewaltsamer Veränderungen ebenso skeptisch gegenübergestanden wie der durch die nationalsozialistische Revolution sensibilisierte Aron. Auch deshalb verglich letzterer sein Engagement im Mai 1968 mit Tocquevilles Haltung zur Februarrevolution.<sup>52</sup>

Daraus kann man nicht schließen, dass Aron politisch nach rechts gerückt wäre. Er veränderte seinen Standort und seine Prinzipien ebenso wenig wie Tocqueville im Jahre 1848. Aber er vergaß die Lehren aus der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts nicht und sah in den studentischen „Revolutionären“ Feinde des Liberalismus. Seit den 1930er Jahren war Aron ein antirevolutionärer Liberaler. Nach dem Mai 1968 war er es mehr denn je.

---

51 Zu Tocquevilles Entscheidung für einen Platz in der linken Mitte der Abgeordnetenkommission vgl. Jean-Louis Benoît: *Tocqueville. Un destin paradoxal*. Taschenbuchausg. Paris 2013, S. 324–326. Zu seiner Haltung zur Revolution von 1848 vgl. André Jardin: *Alexis de Tocqueville. Leben und Werk*. Lizenzausgabe Darmstadt 1991 (frz. 1984), S. 345–375.

52 Siehe dazu Raymond Aron: *Immuable et changeante*, in: *Le Figaro* vom 29. Mai 1968; ders.: *La Révolution introuvable*, S. 23, 29 f., 134.



## AUFSÄTZE

### „Mit dem Zentrum niemals!“

### Alfred Hugenberg und die Deutsche Zentrumspartei in der Endphase der Weimarer Republik (1928–1933)

Michael Schellhorn

Eine Woche nach der Reichstagswahl vom 5. März 1933 beglückwünschte Leo Wegener<sup>1</sup> seinen langjährigen Vertrauten, den Reichsminister Alfred Hugenberg, zum Ergebnis der Abstimmung, wobei er ihm seine Hochachtung für das bisher Geleistete aussprach. Schließlich habe Hugenberg „allein [...] 14 Jahre gegen das schädliche Zentrum gekämpft und es endlich kaltgestellt“.<sup>2</sup> Wegener meinte sogar, Hugenbergs Feindschaft zum Zentrum schon in dessen Schulzeit im protestantischen Hannover ausmachen zu können. Dieser Versuch entsprang aber eher dem Wunschdenken Wegeners als der tatsächlichen Einstellung Hugenbergs.<sup>3</sup>

Hugenbergs Kritik am Zentrum speiste sich nicht aus einer ideologischen Ablehnung des Katholizismus. Bei ihm eng verbundenen Weggefährten saß die Feindschaft hingegen tiefer. Der Ruhrindustrielle Emil Kirdorf argumentierte aus einer völkischen Weltsicht heraus und sah das „Zentrum im engsten Verband mit der sozialdemokratischen Partei [...] zielbewußt an der Vernichtung

- 1 Wegener lernte Hugenberg 1898 während seiner Forschungen zu seiner Dissertation in Posen kennen, als Hugenberg für die Königlich Preußische Ansiedlungskommission für Westpreußen und Posen tätig war. Fortan verband beide eine bis zu Wegeners Tod 1936 anhaltende Freundschaft. Nach dem Rücktritt Hugenbergs 1903 führte Wegener die Landesgenossenschaftsbank in Posen und übernahm 1905 auch den Direktorenposten der dortigen Raiffeisengenossenschaften. Beide Ämter behielt er bis 1925. Ebenso saß Wegener in zahlreichen Aufsichtsräten von Hugenbergs Unternehmen (unter anderem auch bei der Ufa). Mit der Übersiedlung Wegeners nach Kreuth 1925 wurde er endgültig zum engsten politischen Berater Hugenbergs. Vgl. u. a. Friedrich Swart: Dr. Leo Wegener und sein Lebenswerk, in: ders.: Aus Leo Wegeners Lebensarbeit. Posen 1938, S. 7–21. Zu Wegener liegen keine wissenschaftlichen Arbeiten vor, siehe aber Dankwart Guratzsch: Macht durch Organisation. Die Grundlegung des Hugenbergischen Presseimperiums (Studien zur modernen Geschichte 7). Düsseldorf 1972, S. 29–47.
- 2 Leo Wegener an Alfred Hugenberg, 12. März 1933, in: Bundesarchiv Koblenz (BAK) N 1231 Nachlass Alfred Hugenberg, 50, Bl. 225.
- 3 Handschriftlicher Kommentar Wegeners auf einem Auszug aus einem Drama, BAK N 1003 Nachlass Leo Wegener, 68, Bl. 195–197, hier 195. Bei dem Drama handelt es sich aller Wahrscheinlichkeit nach um „Heinrich IV.“, das Hugenberg während seiner Gymnasialzeit verfasst und später verbrannt haben soll. Notiz Leo Wegeners, o. D., BAK N 1003, 67, Bl. 191 f., hier 192.

des Deutschtums“<sup>4</sup> arbeiten. Heinrich Claß<sup>5</sup>, der Vorsitzende des Alldeutschen Verbandes, hatte das Stereotyp der katholischen, ultramontanen „Reichsfeinde“ vollkommen verinnerlicht, wenn er in seinem „Kaiserbuch“ dem Zentrum vorwarf, dass es „für nationale Politik entweder kein Gefühl hat, oder daß es sie aus Rücksicht auf kirchliche Interessen nicht treiben will“.<sup>6</sup> Als eine vordringliche Aufgabe des Alldeutschen Verbandes erachtete er es daher, dafür zu sorgen, „daß in den Kreisen der deutschen Katholiken sich die Erkenntnis verbreite, daß derjenige, welcher dem Zentrum angehört, ein Feind des Vaterlandes sei“.<sup>7</sup> Während des Kaiserreichs war Hugenbergs Verhältnis zum Zentrum von tagespolitischen Auseinandersetzungen in Sachthemen geprägt. Insbesondere im Zuge der Reichstagswahlen 1907 hatte Hugenberg seine Hoffnung auf die Bildung einer Mehrheit ohne das Zentrum gesetzt. Diese wurzelte vor allem in seinen Erfahrungen bei der Ansiedlungskommission in Posen und als Direktor der dortigen Raiffeisen-Genossenschaften sowie der für die Germanisierungspolitik Preußens als gefährlich bekämpften Verbindung aus Polentum und Katholizismus, in der er die antinationale Ausrichtung der Zentrumspartei zu erkennen glaubte.<sup>8</sup>

Anders als bei den führenden Vertretern des Alldeutschen Verbandes entwickelte sich seine Haltung gegenüber dem Zentrum erst während der Weimarer Zeit und war bis weit in die Republik offen, auch wenn er der Partei stets mit großem Misstrauen begegnete. Wodurch reifte dann seine unerbittliche Feindschaft, wenn ihm in der Rückschau angeblich vor dem 30. Januar 1933 „die Erkenntnis von der Notwendigkeit eines Sturzes des Zentrumsturmes, wie ihn schon Bismarck ersehnt hat“<sup>9</sup>, als handlungsleitend erschien? In den Jahren 1932 und 1933 erreichte Hugenbergs Hass seinen Höhepunkt, als das Zentrum für ihn zum Sinnbild des verachteten Parlamentarismus und Parteigeistes

4 Emil Kirdorf: Erinnerungen 1847–1930. Düsseldorf [1930], S. 217, in: Bergbauarchiv Bochum (BBA) 55 Gelsenkirchener Bergwerks-AG, hierin Nachlass Emil Kirdorf, 2938.

5 Zu Heinrich Claß vgl. Johannes Leicht: Heinrich Claß 1868–1953. Die politische Biographie eines Alldeutschen. Paderborn u. a. 2012. Speziell zu dessen Verhältnis zu Alfred Hugenberg demnächst Björn Hofmeister: Einleitung, in: ders. (Hg.): Heinrich Claß. Politische Erinnerungen des Vorsitzenden des Alldeutschen Verbandes 1915–1933/36. Ich danke Herrn Hofmeister für die Vorabesicht in das Manuskript.

6 Daniel Frymann (= Heinrich Claß): Das Kaiserbuch. Politische Wahrheiten und Notwendigkeiten, Leipzig 7. Auflage 1925, S. 137. Ähnlich dann auch in Deutsche Geschichte von Einhart. Leipzig 16. Auflage 1936, S. 276, wenn Claß dem Zentrum ein „Einsetzen [...] für fremde, undeutsche Zwecke“ vorwarf, weil es seine Entscheidungen nicht nach dem „Bedürfnisse des eigenen trifft, sondern nach demjenigen einer außerhalb des eigenen Volkes stehenden Macht, wie sie das Papsttum darstellt“. Ich danke Dr. Björn Hofmeister für den Hinweis.

7 Redebeitrag von Heinrich Claß in der Sitzung des Geschäftsführenden Ausschusses, 21. März 1925, in: Bundesarchiv Berlin (BAB) R 8048 Alldeutscher Verband, 142, Bl. 73–101, hier 86.

8 Alfred Hugenberg an Otto Röse, 2. September 1907, in: BAK N 1231, 55, Bl. 67–70.

9 Alfred Hugenberg an Adolf Hitler, 28. Januar 1934, in: BAK N 1231, 37, Bl. 5.



der Weimarer Republik avancierte. Zudem stand das Zentrum in wechselnden Konstellationen seinem eigenen Machtanspruch im Wege.

Die Forschung hat den deutschnationalen Parteivorsitzenden Alfred Hugenberg – sieht man von wenigen knappen Darstellungen ab – weitestgehend vernachlässigt.<sup>10</sup> Der Schwerpunkt bisheriger Studien liegt auf seiner wirtschaftlichen und unternehmerischen Tätigkeit und auf der Zeit vor der Wahl zum DNVP-Vorsitzenden.<sup>11</sup> Für die Zeit von 1928 bis 1933 herrscht Einigkeit darin, Hugenberg habe den Nationalsozialismus „salonfähig“ gemacht und damit seinen Beitrag zur nationalsozialistischen „Machtergreifung“ geleistet. Das wenig aussagekräftige, doch stets wiederkehrende Prädikat des „Steigbügelhalters“ unterstreicht diese Annahme noch zusätzlich.<sup>12</sup> Dadurch erweckt die Forschung den Eindruck einer Folgerichtigkeit in der historischen Entwicklung, die mit der Übernahme des Parteivorsitzes durch den erklärten Republikgegner Hugenberg begann und mit seinem Eintritt in das Kabinett Hitler am 30. Januar 1933 ihren Abschluss fand.

- 
- 10 John A. Leopold: *Alfred Hugenberg. The Radical Nationalist Campaign Against the Weimar Republic*. New Haven/London 1977; Larry E. Jones: „The Greatest Stupidity of My Life“: Alfred Hugenberg and the Formation of the Hitler Cabinet, January 1933, in: *Journal of Contemporary History* 27 (1992), S. 63–88; Thomas Mergel: Das Scheitern des Tory-Konservatismus. Die Umformung der DNVP zu einer rechtsradikalen Partei 1928–1932, in: *Historische Zeitschrift (HZ)* 276 (2003), S. 323–369; Friedrich Hiller von Gaertringen: Die Deutschnationale Volkspartei, in: Erich Matthias/ Rudolf Morsey (Hg.): *Das Ende der Parteien*. Düsseldorf 1960, S. 541–652; Klaus-Peter Hoepke: Die Kampffront Schwarz-Weiß-Rot. Das Scheitern des national-konservativen „Zähmungs“-Konzepts an den Nationalsozialisten im Frühjahr 1933, in: *Fridericiana. Zeitschrift der Karlsruher Universitätsgesellschaft* 36 (1984), S. 34–52. Die weitaus umfangreichste Arbeit endet 1930. Dennis Paul Walker: *Alfred Hugenberg and the Deutschnationale Volkspartei, 1918 to 1930*. Phil. Diss. Cambridge 1976.
- 11 Valeska Dietrich: *Alfred Hugenberg. Ein Manager in der Publizistik*. Berlin 1960; Guratzsch: *Macht*; Klaus-Peter Hoepke: *Alfred Hugenberg*. Aus dem Lebenslauf eines romantischen Bürgers. Teil I: 1865 bis 1914, Phil. Habil. Karlsruhe 1978; ders.: *Alfred Hugenberg als Vermittler zwischen großindustriellen Interessen und Deutschnationaler Volkspartei*, in: Hans Mommsen (Hg.): *Industrielles System und politische Entwicklung in der Weimarer Republik*. Düsseldorf 1974, S. 907–919; Heidrun Holzbach: „Das System Hugenberg“. Die Organisation bürgerlicher Sammlungspolitik vor dem Aufstieg der NSDAP (*Studien zur Zeitgeschichte* 18). Stuttgart 1981; Klaus Wernecke/Peter Heller: *Der vergessene Führer. Alfred Hugenberg. Pressemacht und Nationalsozialismus*. Hamburg 1982. Auch die von Maik Ohnezeit vorgelegte Arbeit zur Geschichte der DNVP endet mit der Übernahme des Parteivorsitzes durch Hugenberg. Maik Ohnezeit: *Zwischen „schärfster Opposition“ und dem „Willen zur Macht“*. Die Deutschnationale Volkspartei (DNVP) in der Weimarer Republik 1918–1928 (*Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien* 158). Düsseldorf 2011.
- 12 Heidrun Holzbach: *Alfred Hugenberg*. Hitlers „Steigbügelhalter“, in: *Der Stern* vom 26. November 2003. Holzbach versteigt sich in diesem Artikel sogar zu der Behauptung, dass Hitler ohne Hugenberg nie an die Macht gekommen wäre.

### *I. Konstanten von Hugenbergs politischem Denken*

Zum Jahreswechsel 1923/24 zog Hugenberg eine erste politische Bilanz von fünf Jahren Weimarer Republik, „der sozialistischen Experimentierstube Deutsches Reich“. Wer der Gegner seiner Politik war, daran ließ er keinen Zweifel. Deutschland müsse sich vom Sozialismus lösen, wenn es überhaupt wieder eine Chance haben wolle, zu wirtschaftlicher Blüte zu gelangen. Demnach gelte es, „der Krankheit des Sozialismus endlich Herr [zu] werden. Wer, wie der Sozialismus es gezeigt hat, keine schöpferischen Gedanken hat, kann nur zerstören. Eine Lehre aber, die nur zerstören kann, ist keine Weltanschauung, sondern eine Krankheit. Von dieser Krankheit müssen wir gesunden [...]. Wir müssen alles auswerfen, was wir an Bakterien des Sozialismus mit uns herumtragen.“ Und sogleich gab er seiner Partei die Losung für eine eventuelle Regierungsbeteiligung mit auf den Weg, die für die Folgezeit die erklärte Richtschnur werden sollte. „Zu dem Zweck muß diese Experimentierstube vorweg gründlich ausgeräuchert werden. Nur mit denen zusammen, die hierzu bereit sind, können die Deutschnationalen regieren.“<sup>13</sup> Hugenberg stand einer Regierungsbeteiligung der Deutschnationalen in einer breit angelegten Koalition, in der man sich unter dem Banner des Antimarxismus sammelte, also offen gegenüber und lehnte diese nicht konsequent ab, knüpfte sie aber an Bedingungen. Den Deutschnationalen musste in einer Regierung das letzte Wort gehören, um „für die Sicherung des nationalen Charakters der deutschen Politik zu sorgen“. Dazu brauchte es eine „Front der nichtsozialdemokratischen Mehrheit des Volkes“.<sup>14</sup> In diese Majorität schloss Hugenberg das Zentrum mit ein, das für ihn eine christlich-bürgerliche Partei darstellte und nach seinen weltanschaulichen Grundsätzen antimarxistisch sein musste. In Hugenbergs Ordnungsvorstellung einer rational definierten Welt ließ das nur den Schluss zu, dass das Zentrum davon überzeugt werden müsste, seine „widernatürliche“ Bindung an die Sozialdemokratie aufzugeben und in die Reihe der nichtsozialdemokratischen Parteien zurückzukehren.

Anfang des Jahres 1926 präsentierte er sein Resümee über die deutschnationale Beteiligung am „Bürgerblock-Kabinett“ des parteilosen Hans Luther von Januar bis Oktober 1925. Zum Verantwortlichen für das Scheitern der Koalition stempelte er Gustav Stresemann, der mit seiner Locarno-Politik das Ende der Koalition besiegelt und überhaupt eine Verbindung zwischen DVP und DNVP verhindert habe. In Hugenbergs Vorstellung würde aus einem Zusammenschluss der beiden Parteien „alsbald eine mächtige Nationalpartei,

13 Alfred Hugenberg: Wiedergeburt im neuen Jahre?, in: Schaumburger Anzeiger vom 31. Dezember 1923, in: BAK N 1231, 112, Bl. 37.

14 Arbeitsausschuss Deutschnationaler Industrieller an die industriellen Freunde der Deutschnationalen Volkspartei, 2. Dezember 1924, in: Staatsarchiv Hamburg (StAHH) 621-1/72 Blohm & Voss, 1210.

die nicht eigentlich eine ‚Partei‘ mehr wäre, sondern die Trägerin einer Weltanschauung“<sup>15</sup>, erwachsen. Das Ziel einer Zusammenfassung einer wirklichen nationalen Rechten, bestehend aus DNVP und DVP, das er seit Beginn der Republik verfolgte, schien ihm nun weiter entfernt denn je.<sup>16</sup> Der zweiten Regierungsbeteiligung der Deutschnationalen im vierten Kabinetts des Zentrumspolitikers Wilhelm Marx, das vom 27. Januar 1927 bis zum 15. Februar 1928 amtierte, stand er dann schon weitaus skeptischer gegenüber, vor allem da Marx erneut, wie schon 1924, Richtlinien<sup>17</sup> vorgab, die nach Hugenbergs Meinung nicht dazu geeignet erschienen, deutschnationale Politik zu betreiben. Gegenüber seinem Vertrauten Reinhold Quaatz sprach er sich deswegen „gegen jedes Kabinetts mit Stresemann u[nd] Marx“ aus.<sup>18</sup>

1927 entwickelte Hugenberg seine Pläne zur Umgestaltung der Reichsverfassung, auf deren Grundlage ein Sonderausschuss der Partei unter seiner Führung eine „Notstandsverfassung“ ausarbeitete, die nichts anderes war als die Bismarck'sche Reichsverfassung ohne Kaiser und König. Letztlich sollte das unregelmäßige Nebeneinander zwischen dem Reich und Preußen wieder aufgelöst, beide in Personalunion regiert sowie die Verantwortlichkeit der Regierung gegenüber dem Parlament (Art. 54 WRV) abgeschafft werden.<sup>19</sup> Letzt-

15 Alfred Hugenberg: Parteien und Parlamentarismus, in: Der Tag vom 10. Januar 1926. Wieder veröffentlicht in ders.: Streiflichter aus Vergangenheit und Gegenwart, Berlin 1927, S. 79–83. Auf Nachfrage auf dem lippischen Landesparteitag wurde Hugenberg in Richtung Stresemann noch deutlicher: „Es wird und muß der Deutschen Volkspartei oder ihren Wählern im Lande zum Bewußtsein kommen, daß Herr Stresemann es war, der die von der ganzen bürgerlichen Welt Deutschlands gewünschte gemeinsame Regierungsarbeit der beiden Parteien durch die Art der Führung der auswärtigen Politik unmöglich gemacht hat.“ Hugenberg zur Wirtschaftskrise, in: Der Tag vom 26. Januar 1926.

16 Holzbach: System, S. 70–89.

17 Richtlinien der Reichsregierung für Verhandlungen über die Regierungsbildung, 7. Oktober 1924, in: Akten der Reichskanzlei (AdR). Die Kabinette Marx I/II, Bd. 2, Nr. 318, S. 1093 f.; Vorschläge über Richtlinien der künftigen Regierungspolitik, 26. Januar 1927, in: Rudolf Morsey (Bearb.): Die Protokolle der Reichstagsfraktion und des Fraktionsvorstandes der Deutschen Zentrumspartei 1926–1933 (Veröffentlichungen der Kommission für Zeitgeschichte, Reihe A: Quellen, Bd. 9). Mainz 1969, S. 95–96. Zur Entstehung der zweiten Richtlinien Ulrich von Hehl: Wilhelm Marx 1863–1946. Eine politische Biographie. Mainz 1987, S. 400.

18 Tagebucheintrag, 18./19. Januar 1927, Tagebuch 1924–1928, in: BAK N 1247 Nachlass Reinhold Quaatz, 16.

19 Zu den Grundgedanken der Verfassungsreform Alfred Hugenberg: Die Wiederaufrichtung eines wirklichen Bundesstaates, in: Der Tag vom 26. November 1926. Wieder veröffentlicht in ders.: Streiflichter, S. 20–31; Wege zur Verfassungsreform, in: Unsere Partei vom 15. Dezember 1927, S. 201 f.; Alfred Hugenberg an Abraham Frowein, 24. Juni 1928, in: BAK N 1231, 114, Bl. 137–140. Zum Ausschuss: Hans Hilpert: Meinungen und Kämpfe. Meine politischen Erinnerungen, in: Bayerisches Hauptstaatsarchiv München (BayHStA), Nachlass Hilpert, Hans, 6, S. 3157–3163. Die Grundgedanken der Reform reklamierte Reinhold Quaatz in seinem Tagebuch für sich, eine Übereinstimmung mit Hugenbergs Einstellung ist jedoch unzweifelhaft. Tagebucheintrag, 25. November 1927, Tagebuch 1924–1928, in: BAK N 1247, 16.

endlich stand dahinter der Versuch, das „sozialistische Bollwerk Preußen“ zu zerschlagen. Der Überwindung der „Vorherrschaft des Parlamentarismus [...], weil dies Voraussetzung für die Gesundung unseres Volks- und Wirtschaftslebens sei“<sup>20</sup>, ordnete Hugenberg in seinem Denken und Handeln fortan alles Weitere unter.

Sein „ferner Leitstern am Horizonte“<sup>21</sup> war damit klar definiert: Abschaffung des Parlamentarismus, klarer Antimarxismus unter Einschluss aller bürgerlichen nichtsozialdemokratischen Parteien, einheitliche Regierung von Reich und Preußen. Mit diesem klar konturierten Programm ging er noch als Vorsitzender des Arbeitsausschusses Deutschnationaler Industrieller in den Wahlkampf des Jahres 1928.<sup>22</sup> Um diese Ziele zu erreichen, musste sein politischer Einfluss aber ausgebaut werden. Im Hintergrund waren diese Versuche insbesondere von Wegener und Claß vorangetrieben worden und bereits seit Ende 1925 im Gange. Hugenberg sollte zunächst den Parteivorsitz der Deutschnationalen übernehmen. Hierbei muss deutlich herausgestellt werden, dass die DNVP zu diesem Zeitpunkt die bei Weitem stärkste bürgerliche Partei bildete. Bei der Reichstagswahl im Dezember 1924 entfielen auf sie 20,5 % der Stimmen, während das Zentrum 13,6 % und die DVP 10,1 % auf sich vereinigten. Die Übernahme des Parteivorsitzes stellte damit die Voraussetzung für die angestrebten höheren Weihen dar: „Sie müssen Reichskanzler werden!“<sup>23</sup> Nachdem sich Hugenberg erst einmal auf dieses Vorhaben eingelassen hatte, trieb er es unerschütterlich gegen alle Widerstände und mit allen Konsequenzen voran. Zur Basis der Erreichung des ersten Etappenziels – des Parteivorsitzes – wurden in der Folge die über die kompromissbereite Politik der Parteiführung enttäuschten Landesverbände.

## 2. Gegen den Youngplan – mit allen Konsequenzen

Die Reichstagswahlen vom Mai 1928 brachten für die Deutschnationalen nicht nur in Hinblick auf die Verluste bei den Mandaten gravierende Einschnitte. Die Partei fiel auf 14,2 % der Stimmen zurück. Angestoßen vom Artikel „Monarchismus“<sup>24</sup> des DHV-Funktionärs und Reichstagsabgeordneten Walther Lambach

20 Ohne Staatserneuerung keine Freiheit, in: Der Tag vom 9. Juli 1932.

21 So nannte Hugenberg seine Ziele in seiner programmatischen Ansprache einen Tag nach seiner Wahl zum Parteivorsitzenden am 21. Oktober 1928. Diesen Leitstern brauche es, „denn er ist der Wegweiser. Mag das, was dazwischenliegt, noch so verwirrend sein, man braucht nicht hineinzugeraten in Abwege und Umwege, wenn dahinter der Stern steht, der auch im Dunklen, im innersten Herzen leuchtet.“ Tagung der Parteivertretung am 20. und 21. Oktober in Berlin, in: Unsere Partei vom 1. November 1928, S. 338–341, hier 341.

22 Rundschreiben des Arbeitsausschusses Deutschnationaler Industrieller, März 1928, in: StAHH 621–1/72, 1215.

23 Leo Wegener an Alfred Hugenberg, 31. Dezember 1925, in: BAK N 1231, 719.

24 Walther Lambach: Monarchismus, in: Politische Wochenschrift vom 14. Juni 1928, S. 495–497.

entbrannte ein Grundsatzstreit über die Ausrichtung der Partei, an dessen Ende sich die Fronten soweit verhärteten, dass er sich zu einer „Führerfrage“ auswuchs. Die Lage wurde auf einer undurchsichtigen und turbulenten Parteivertretertagung am 20. und 21. Oktober 1928 in Berlin mit hauchdünner Mehrheit der abgegebenen Stimmen zugunsten Hugenbergs geklärt.<sup>25</sup> Der erste Schritt auf Hugenbergs Weg zur Macht war damit genommen. Für die „Germania“ stand die Wahl Hugenbergs gleichbedeutend mit einem neuen Programm der Partei, einem „neuen Kurs der Deutschnationalen Volkspartei, und dieser Umstand gibt dem gestrigen Beschluß eine weittragende politische Bedeutung“. Hugenberg verkörpere „die radikalste Richtung seiner Partei und gehört zu den unversöhnlichen Gegnern des neuen Staates“.<sup>26</sup> Für den ehemaligen Reichskanzler Wilhelm Marx war damit unweigerlich eine „Bedrohung des inneren Friedens in Deutschland“ verknüpft.<sup>27</sup> Marx hatte als Reichskanzler einer gemeinsamen Regierung mit der DNVP Hugenbergs ablehnende Haltung genauestens miterlebt.

Als Hugenberg sein Amt als Parteivorsitzender der Deutschnationalen antrat, regierten im Reich und in Preußen Koalitionen, an denen die Sozialdemokratie und das Zentrum beteiligt waren. Entsprechend seiner inneren Überzeugung richteten sich seine Angriffe zunächst in erster Linie gegen den politischen und weltanschaulichen Hauptgegner. So geißelte er den Sozialismus als „eine seelische Erkrankung des modernen Großstadtmenschen, die überall in der Welt vorhanden ist“.<sup>28</sup> Ehe Hugenberg sich aber der innenpolitischen Auseinandersetzungen widmen konnte, kümmerte er sich um die eigene Partei, die er durch gezielte Personalveränderungen nach seinen strategischen Interessen umgestaltete<sup>29</sup>, „damit daraus keine neuen Umtriebe entstehen können“.<sup>30</sup> Des Weiteren wurden seine Bestrebungen durch eine Bronchialerkrankung unterbrochen, die ihn Mitte April zu einer 14-tägigen Erholungsreise ins schweizerische Lugano zwang.<sup>31</sup>

Der paramilitärische und republikfeindliche Stahlhelm, ein Bund ehemaliger Frontsoldaten, hatte im September 1928 angekündigt, ein Volksbegehren auf

25 Zur Wahl Hugenbergs zum Parteivorsitzenden und deren Vorgeschichte Holzbach: System, S. 192–239; Leopold: Hugenberg, S. 27–54; ders.: The Election of Alfred Hugenberg as Chairman of the German National Peoples Party, in: Canadian Journal of History 7 (1972), S. 149–171; Ohnezeit: Opposition, S. 429–448.

26 Hugenberg Parteiführer, in: Germania vom 21. Oktober 1928.

27 Marx zur politischen Lage, in: Germania vom 22. Oktober 1928.

28 Letzte Mahnung an die Dawesgläubiger, in: Der Tag vom 22. Januar 1929.

29 Mergel: Scheitern, S. 346–350.

30 Alfred Hugenbergs an Leo Wegener, 1. November 1928, in: BAK N 1003, 65, Bl. 274 f., hier 275.

31 Tagebucheintrag, 30. April 1929, in: Hermann Weiß/Paul Hoser (Hg.): Die Deutschnationalen und die Zerstörung der Weimarer Republik. Aus dem Tagebuch von Reinhold Quaatz 1928–33 (Schriftenreihe der Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 59). München 1989, S. 69. Alfred Hugenbergs an Maximilian von Dziembowski, 26. April 1929, in: Bayrisches Hauptstaatsarchiv (BayHStA) Nachlass Dziembowski, Maximilian von, 16.

den Weg bringen zu wollen, das ganz in Hugenbergs Sinne die Abschaffung der Verantwortlichkeit der Regierung gegenüber dem Reichstag forderte. Hugenberg war noch vor seiner Wahl zum Parteivorsitzenden in Kreuth bei Wegener mit dem Ersten Bundesführer des Stahlhelms, Franz Seldte, zusammengekommen, um ein gemeinsames Vorgehen zu verabreden, das sich nach der Wahl intensivierte.<sup>32</sup> Dass das Treffen bei Wegener stattfand, war nichts Ungewöhnliches. Dieser besaß im Kurort Kreuth seit 1926 ein von Hugenberg mitfinanziertes Haus, das häufig zu politischen Aussprachen in der Abgeschiedenheit der oberbayerischen Berge genutzt wurde. Mit der Veröffentlichung des Pariser Sachverständigenberichts zur Neuregelung der deutschen Reparationszahlungen (dem „Youngplan“) tat sich jedoch ein neues, für Hugenberg weitaus erfolgversprechenderes Thema für ein Volksbegehren auf. Auf einer eilig anberaumten Sitzung beschloss der Parteivorstand, „den Weg für ein Volksbegehren freizumachen, das unser deutsches Volk selbst vor die Frage stellt, ob es Kinder und Kindeskinde von eines einmaligen Linsengerichtes willen in Not, Sklaverei und Würdelosigkeit stoßen will“.<sup>33</sup> Im Plebiszit gegen den Youngplan<sup>34</sup> erblickte er zudem die Möglichkeit, seiner Idee von einer „Sammlung der nationalen Opposition“ einen Schritt näher zu kommen, die er im engen Kreis seinen Vertrauten bereits Anfang des Jahres offenbart hatte,<sup>35</sup> zumal Hitler die Umgestaltung des Volksbegehrens zur Voraussetzung seiner Mitarbeit gemacht hatte.<sup>36</sup> Zu diesem Zweck formierte sich auf Hugenbergs Initiative am 9. Juli 1929 im Berliner Herrenhaus der „Reichsausschuss für das Deutsche Volksbegehren“, woran sich neben der DNVP unter anderem der Stahlhelm, der Reichslandbund, der Alldeutsche Verband und nach zähem Ringen auch Hitlers NSDAP beteiligten. Offiziell übernahm der Reichsausschuss das vom Stahlhelm angedachte Plebis-

32 Franz Seldte an Leo Wegener, 19. Oktober 1928, in: BAK N 1003, 28, Bl. 49; Franz Seldte an Leo Wegener, 19. Oktober 1928, ebd., Bl. 50; Franz Seldte an Leo Wegener, 16. November 1928, ebd., Bl. 44 f.

33 Gegen den Tributplan, in: Berliner Lokal-Anzeiger vom 16. Juni 1929.

34 Hierzu nach wie vor lesenswert: Elisabeth Friedenthal: Volksbegehren und Volksentscheid gegen den Young-Plan und die deutschnationale Sezession. Phil. Diss. Tübingen 1957.

35 Tagebucheintrag, 31. Januar 1929, in: Weiß/ Hoser: Zerstörung, S. 62. Quatz vermutete, dass Hugenberg „mit Nazi schon Tuchfühlung“ habe. Ein erstes Treffen mit Hitler dürfte demnach um den Jahreswechsel 1928/29 stattgefunden haben. Hugenberg gab später an, „den bis dahin von mir immer gemiedenen Hitler“ 1928 das erste Mal getroffen zu haben. Alfred Hugenberg an Werner Otto von Hentig, 18. Mai 1948, in: BAK N 1231, 172, Bl. 361–365, hier 362. Jedoch muss darauf hingewiesen werden, dass Hugenbergs Erinnerungen nach 1945 in wenigen Fällen genau zutrafen.

36 Maximilian von Dziembowski an Alfred Hugenberg, 21. Juni 1929, in: BayHStA Nachlass Dziembowski, 16.

zit.<sup>37</sup> Tatsächlich aber fiel die Stahlhelmidée mit dem Youngplan-Volksbegehren zur Gänze unter den Tisch.<sup>38</sup>

Nachdem die organisatorischen Vorarbeiten abgeschlossen waren, begab sich Hugenberg erneut in den Sommermonaten zu seiner jährlichen Kur ins Bad Kissinger Sanatorium Uibelesen. Hugenberg mischte auch hier Kur mit Arbeit, da er wiederum politischen Besuch aus Berlin empfing. So traf in diesem Jahr auch der neugewählte Zentrumsvorsitzende Prälat Ludwig Kaas am unterfränkischen Kurort an der Saale ein. Bei einem ausgedehnten Spaziergang zeigte sich Kaas gegenüber den Überlegungen Hugenbergs, die um die verderbliche Wirkung des Sozialismus kreisten, aufgeschlossen und gestand sogar ein, „daß das Zusammenregieren mit der SPD weder leicht noch genußreich sei“. Eine weitere vertrauliche Unterredung mit Kaas wurde in Aussicht genommen. Otto Schmidt(-Hannover), der dem Gespräch beiwohnte, zeigte sich zuversichtlich, dass der erste Schritt einer Verständigung zur Lösung des Zentrums von einer Zusammenarbeit mit der SPD gemacht worden sei. Hugenberg allerdings blieb skeptisch: „Ja, wenn das Zentrum nicht das Zentrum wäre.“<sup>39</sup>

Einen Tag vor dem DNVP-Parteitag am 22. November 1929 in Kassel wandte sich Hugenberg, die Gespräche von Kissingen aufgreifend, nochmals schriftlich an Kaas, da dieser entgegen der Zusagen einer zweiten Unterhaltung bislang ausgewichen war. Dahinter stand der letzte, sicher ernstgemeinte Versuch, den Zentrumsvorsitzenden von der Notwendigkeit eines umfassenden, das heißt im Reich wie in Preußen, dauerhaften Bündnisses mit den Deutschnationalen zu überzeugen: „Ich möchte keine Unklarheit darüber aufkommen lassen, daß ich nach meiner ganzen Einstellung selbstverständlich in einem starken regierungsfähigen antimarxistischen Block die gegebene Entwicklung der Zukunft und die Grundlage der Ordnung und Gesundung der deutschen Verhältnisse erblicke.“ Dies würde aber nur eintreten, wenn sich dieser Block „gleichzeitig auf Reich und Preußen erstreckt und die Gewähr seiner Dauer in sich trägt“.<sup>40</sup> Kaas ließ mit einer Antwort bis zum neuen Jahr auf sich warten, in der er mit Verweis auf

37 Kampf gegen die Versklavung, in: Unsere Partei vom 15. Juli 1929, S. 230–233.

38 Volker R. Berghahn: Der Stahlhelm. Bund der Frontsoldaten 1918–1935. Düsseldorf 1966, S. 119 f.; ders.: Das Volksbegehren gegen den Youngplan und die Ursprünge des Präsidialregimes 1928–1930, in: Dirk Stegmann (Hg.): Industrielle Gesellschaft und politisches System. Beiträge zur politischen Sozialgeschichte. Bonn 1978, S. 431–448, hier 437.

39 Otto Schmidt(-Hannover): Umdenken oder Anarchie. Männer – Schicksale – Lehren. Göttingen 1959, S. 247 f., hier 248. Das Treffen fand entgegen der Erinnerung von Otto Schmidt(-Hannover) nicht im September, sondern bereits im August statt. Alfred Hugenberg an Alfred von Tirpitz, 15. August 1929, in: Bundesarchiv-Militärarchiv Freiburg (BAMA) N 253 Nachlass Alfred von Tirpitz, 192, Bl. 12 f., hier 12.

40 Alfred Hugenberg an Ludwig Kaas, 20. November 1929, in: Politik und Wirtschaft in der Krise. Quellen zur Ära Brüning. Erster Teil. Bearb. von Ilse Maurer und Udo Wengst (Quellen zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, Dritte Reihe 4/I). Düsseldorf 1980, S. 8–11, hier 9.

die inzwischen eingetretene Spaltung der DNVP und das Ergebnis des Volksentscheids eine weitere Aussprache ausschloss.<sup>41</sup>

Der DNVP-Parteitag des Jahres 1929 stand ganz im Zeichen des gerade erfolgreich abgeschlossenen Volksbegehrens gegen den Young-Plan. Ebenso offenbarte er aber die trennenden Linien innerhalb der Partei. Hugenberg nutzte den Parteitag auch, um seine grundlegenden Auffassungen vor dem Parteivorstand auszubreiten. Selbst wenn er das Zentrum in seiner Rede mit keinem einzigen Wort erwähnte, konnte es keinen Zweifel darüber geben, wem die zahlreichen Vorwürfe galten. Seit elf Jahren werde die innerpolitische Entwicklung Deutschlands dadurch gehemmt, dass nichtmarxistische Parteien die Vorherrschaft der SPD, einer „marxistischen Minderheit“, ermöglichten, führte Hugenberg aus: „Wenn diese Parteien das jetzt fortsetzen, so werden sie fortan kein Recht haben, sich über den wirtschaftlichen Niedergang, die Unsauberkeit, die Mißwirtschaft und Unfreiheit [...] und schließlich über einen von links entfachten Bürgerkrieg zu beklagen oder zu entrüsten. Vielmehr sind sie daran mitschuldig.“ In seiner Logik konnte es „nur dann in Deutschland besser werden, wenn diese Parteien ihren Pakt mit der Sozialdemokratie lösen“. Dazu bedürfe es aber eines grundsätzlichen Umdenkens seitens der anderen „nicht-marxistischen Parteien“, da „der innere Vorbehalt, demnächst wieder mit Links regieren zu wollen, jede Offensive der Rechten lähmt“. Letztlich war es für den Parteivorsitzenden damit zwingend erforderlich, dass sich „eine bewußte und klare Kampfstellung gegen den Marxismus“ sowohl im Reich und Preußen zu bilden hatte.<sup>42</sup> Nach außen suggerierte der Parteitag das Bild großer Geschlossenheit und Einmütigkeit und bekannte sich zu den vom Parteivorsitzenden aufgestellten Leitsätzen.<sup>43</sup> Jedoch war die Uneinigkeit innerhalb der Reichstagsfraktion bereits einige Tage zuvor offen zutage getreten, die schon lange hinter den Kulissen schwelte.<sup>44</sup> In einer hitzigen achtstündigen Fraktionssitzung hatte eine Handvoll Abgeordneter erklärt, „sie würden gegen den § 4 stimmen“.<sup>45</sup>

Der Reichstag lehnte das „Freiheitsgesetz“ am Folgetag erwartungsgemäß ab. Die DNVP-Fraktion bot nach der Einschätzung von Reinhold Quaatz „ein

41 Ludwig Kaas an Alfred Hugenberg, 7. Januar 1930, ebd., S. 14 f.

42 Rede Dr. Hugenbergs vor dem Parteivorstand, [22. November 1929], in: BAB R 8005 Deutschnationale Volkpartei, 54, Bl. 3 f.

43 Vgl. Unsere Partei vom 1. Dezember 1929.

44 Erasmus Jonas: Die Volkskonservativen 1928–1933. Entwicklung, Struktur, Standort und politische Zielsetzung (Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien 30). Düsseldorf 1965, S. 47–57.

45 Tagebucheintrag, 18. November 1929, in: Weiß/Hoser: Zerstörung, S. 89. Das vom Reichsausschuss für das deutsche Volksbegehren eingebrachte Gesetz gegen die Versklavung des deutschen Volkes („Freiheitsgesetz“) sah in § 4 vor, Bevollmächtigte des Reichs bei Unterzeichnung von internationalen Verträgen zum Nachteil Deutschlands wegen Hochverrats zu belangen.



Jammerbild“<sup>46</sup>. Nur 53 von 72 anwesenden Abgeordneten (fünf fehlten offiziell entweder wegen Krankheit oder waren beurlaubt) stimmten dem Paragraphen 4 zu, 19 enthielten sich der Stimme.<sup>47</sup> In der Folgewoche setzte eine Austrittswelle ein, an deren Ende zwölf Abgeordnete die Fraktion verlassen hatten. Ob Hugenberg die Austritte in machiavellistischer Manier durch sein Verhalten auf dem Kasseler Parteitag in vollem Wissen um die möglichen Folgen bewusst provozierte, als er einen von Gottfried Reinhold Treviranus geschriebenen Privatbrief verlas, auf dessen Grundlage er ein Ausschlussverfahren gegen den Verfasser einleitete, muss dahin gestellt bleiben.<sup>48</sup> Gänzlich unlegen dürfte ihm die Abspaltung nicht gekommen sein. Jedenfalls zeigte sie ihm, dass die Partei noch lange nicht der prinzipienfeste Block<sup>49</sup> war, den er anstrebte. Durch die Ablehnung des Reichstags musste das „Freiheitsgesetz“ dem Volksentscheid unterbreitet werden, der am 22. Dezember zur Durchführung gelangte.<sup>50</sup> Wegen seines unbestreitbar verfassungsändernden Charakters war für sein Inkrafttreten das positive Votum der Hälfte aller Stimmberechtigten, rund 21 Millionen Stimmen, vonnöten<sup>51</sup> – ein aussichtsloses Unterfangen. Am Ende stimmten 5,8 Millionen „gegen die Versklavung des deutschen Volkes“. Zwar steigerte sich die Zahl der Befürworter um 1,7 Millionen, was die Hugenberg-Presse auch euphorisch feierte, das änderte aber nichts an der Tatsache, dass der Volksentscheid krachend gescheitert war.<sup>52</sup>

46 Tagebucheintrag, 30. November 1929, ebd., S. 92.

47 Stenographische Berichte des Reichstages (StBR), IV. Wahlperiode 1928, Bd. 423, S. 3370 f. Die Angaben bei Jonas: Die Volkskonservativen, S. 54, sind aufgrund der namentlichen Abstimmung in den Reichstagsprotokollen ebenso nachweislich falsch wie die noch rätselhafteren Ausführungen bei Thomas Mergel, der restümiert: „Mehr als die Hälfte der Fraktion stand also gegen Hugenberg“. Mergel: Scheitern, S. 354.

48 Gottfried Treviranus an Wilhelm von Ahlefeld, 1. November 1929, in: BAK N 1211 Nachlass Otto Schmidt(-Hannover), 73, Bl. 96 f. Treviranus' Privatbrief, in: Vossische Zeitung vom 14. Dezember 1929. Brief Treviranus', in: Unsere Partei vom 15. Dezember 1929. Vgl. Jonas: Die Volkskonservativen, S. 51. Treviranus übte darin Kritik an Hugenbergs Bindung an den Nationalsozialismus und strebte entweder eine Ablösung Hugenbergs als Parteivorsitzenden an oder erwog für den Fall, dass Hugenberg nicht zurücktreten würde, eine Parteineugründung.

49 Hugenberg hatte in einem zweiteiligen programmatischen Aufsatz während des „Falls Lambach“ gefordert, die Partei müsse Block werden und dürfe nicht „Brei“ sein. Alfred Hugenberg: Block oder Brei?, in: Berliner Lokal-Anzeiger vom 26./28. August 1928.

50 Nur sechzig Stimmen, in: Berliner Tageblatt vom 1. Dezember 1929.

51 Der Reichsminister des Innern an die Reichsminister, 5. November 1929, in: AdR Müller II/2, Nr. 341, S. 1114 f. Volksbegehren verfassungsändernd, in: Berliner Tageblatt vom 23. November 1929.

52 Otmär Jung: Direkte Demokratie in der Weimarer Republik. Die Fälle „Aufwertung“, „Fürstenenteignung“, „Panzerkreuzerverbot“ und „Youngplan“. Frankfurt am Main 1989, S. 126. Der Erfolg des Volksentscheides, in: Der Tag vom 24. Dezember 1929. Ueberraschende Zunahme beim Volksentscheid, in: Berliner Lokal-Anzeiger vom 23. Dezember 1929.

Im neuen Jahr beschlossen die Regierungsvertreter auf der zweiten Haager Konferenz (3.–20. Januar 1930) die Annahme des Youngplans, den der Reichstag am 12. März mit 265 gegen 192 Stimmen bei drei Enthaltungen verabschiedete.<sup>53</sup> Seine letzte, wiewohl illusorische Hoffnung setzte Hugenberg in den Reichspräsidenten, der die Gesetze noch zu unterzeichnen hatte. Dabei klammerte er sich „an den Gedanken, daß ein Mann im richtigen Augenblick Schmach und Unglück von einem Volk wenden kann“<sup>54</sup>. Doch schon am nächsten Tag unterschrieb Hindenburg „[s]chweren, aber festen Herzens“ und setzte den Youngplan damit in Kraft.<sup>55</sup>

Mit dem Volksbegehren gegen den Youngplan änderte sich auch Hugenbergs Einstellung zu den Parteien, die ihn auf seinem Weg zur Kanzlerschaft unterstützen sollten. Mit Kaas' Absage vom 3. Januar 1930 und der Bewilligung des Youngplans schied das Zentrum für Hugenberg aus der gemeinsamen Front der nationalen und gegen die Sozialdemokratie gerichteten Parteien zunächst aus. Sein Augenmerk verschob sich zur aufstrebenden NSDAP, die sich in ihrer kompromisslosen Haltung gegen den Youngplan für Hugenberg in dieser Hinsicht bewährt hatte. In der Folgezeit galt es, den Schwung, den Hitler für die „nationale Opposition“ erzeugte, auszunutzen und zusammen den Schlag gegen das „System von Weimar“ durchzuführen.

### 3. Gegen die Regierung Brüning I

Nach dem Rücktritt der Regierung des Sozialdemokraten Hermann Müller berief der Reichspräsident am 29. März 1930 ein neues Kabinett ohne die SPD unter dem Zentrumspolitiker Heinrich Brüning. Gleichzeitig blieb die Preußenkoalition aus SPD, Zentrum und DDP unter Otto Braun bestehen, sodass sich Hugenbergs Bestrebungen gegen das Zentrum auf lange Sicht nach Preußen verlagerten: „Das beständige politische Bild der letzten 11 Jahre sei die dauernde, gemeinsame Regierung des Zentrums mit der Sozialdemokratie in Preußen.“<sup>56</sup> Hier sei es mit der SPD „auf Gedeih und Verderb verbunden“.<sup>57</sup> Hugenberg erklärte deshalb die Haltung der Brüning-Regierung gegenüber der SPD zum „Prüfstein für die Ernsthaftigkeit des Verhaltens der jetzigen Regierung [...]“, also die Frage, ob sie in einer neuen Koalition mit der Sozialdemokratie landet

53 Friedenthal: Volksbegehren, S. 158.

54 Alfred Hugenberg: Ein schwarzer Tag!, in: Berliner Lokal-Anzeiger vom 13. März 1930. Hugenberg hätte es ohnedies besser wissen müssen. Eine erneute Bitte zu einer Audienz bei Hindenburg hatte dieser mehr als deutlich abgewiesen. Hindenburg an Hugenberg, 8. März 1930, in: BAB R 601 Präsidialkanzlei, 146, Bl. 33.

55 Hindenburg an das deutsche Volk, in: Berliner Tageblatt vom 13. März 1930.

56 Das Aktionsprogramm der DNVP, in: Der Tag vom 20. Juni 1930.

57 Die christliche Kultur in Gefahr!, in: Der Tag vom 13. Juni 1930.

oder im wirklichen Kampf mit ihr im Reich und in Preußen“.<sup>58</sup> Als sich diese Hoffnung nicht erfüllte und die Regierung Brüning – wenn auch widerwillig – auf die Tolerierung durch die Sozialdemokratie nach den Septemberwahlen angewiesen blieb,<sup>59</sup> musste Hugenberg dieses als gescheitert betrachten.

Schon am 3. April stand die DNVP wieder vor einer Zerreißprobe. Brüning brachte die Abstimmung über das Osthilfegesetz gekoppelt an einen Misstrauensantrag der SPD in den Reichstag ein. Um dem Wunsch des Reichspräsidenten nach umfassender Hilfe für die Landwirtschaft Rechnung zu tragen, musste der Regierung das Vertrauen ausgesprochen werden. Nach langen Debatten in der Fraktion gab Hugenberg, dem die angedachten Maßnahmen nicht weit genug gingen, dem Ansinnen einer Fraktionsmehrheit nach und ermöglichte dadurch den Fortbestand der Regierung Brüning.<sup>60</sup> Ihr Abstimmungsverhalten begründete die Partei damit, dass es „[d]as Endziel des politischen Einsatzes der Reichstagsfraktion war, das Zentrum zu zwingen, in Preußen sich von der Sozialdemokratie zu lösen. Denn darin liegt überhaupt die letzte Voraussetzung für jede wirkliche Agrarreform.“<sup>61</sup> Ganz im Sinne seines Parteichefs vermutete der Reichstagsabgeordnete Walter Stubbendorf hinter dem Vorgehen Brünings das Ziel, „die Deutschnationale Volkspartei auseinander zu manövrieren“. Brüning stand wie selbstverständlich als Sinnbild für das gesamte Zentrum. Stubbendorf formulierte die grundlegende Annahme über das Zentrum, die in der Folgezeit jeden Umgang mit der Partei bestimmen sollte, wenn er schrieb: „Das Zentrum [...] sieht seine beherrschende Schlüsselstellung in der Erhaltung der Möglichkeit, stets nach Belieben einmal mit den Sozialdemokraten, das andere Mal mit der Rechten zu regieren, womöglich mit beiden zugleich, und zwar in Preußen und im Reich.“ Dabei gehe es ihm lediglich um den eigenen Machterhalt und nicht, wie von der DNVP gefordert, um die nationalen Interessen.<sup>62</sup>

Die Unterstützung der DNVP für die Regierung Brüning hatte auch Folgen für Hugenbergs Bündnisabsichten mit der NSDAP. Hitler kündigte noch am selben Tag die Mitgliedschaft seiner Partei im Reichsausschuss auf.<sup>63</sup> In seinem Antwortbrief versicherte Hugenberg Hitler, dass es sich bei diesem

58 Dr. Hugenberg in Herford, in: *Unsere Partei vom 1. Mai 1930*, S. 85.

59 Karl Dietrich Bracher: *Die Auflösung der Weimarer Republik. Eine Studie zum Problem des Machtverfalls in der Demokratie*. Königstein im Taunus 1978, S. 334. Herbert Hömig: *Brüning. Kanzler in der Krise der Republik. Eine Weimarer Biographie*. Paderborn u. a. 2000, S. 185. Hugenberg fragte am 27. Januar 1931 in Berlin rhetorisch in die Menge: „Denn was ist dies Ballspielen zwischen Sozialdemokratie und Zentrum anderes als eine verkappte Große Koalition?“ *Deutschnationale Riesenkundgebung in Berlin*, in: *Unsere Partei vom 1. Februar 1931*, S. 33.

60 Mergel: *Scheitern*, S. 357.

61 Walter von Medem: *Im Freiheitskampf*, in: *Der Tag vom 16. April 1930*.

62 Walter Stubbendorf-Zabel: *Der Streit zwischen Landbund und Partei*, in: *Der Tag vom 1. Mai 1930*.

63 Adolf Hitler an Alfred Hugenberg, 3. April 1930, in: BAK N 1211, 30, Bl. 9.

Abstimmungsverhalten „nicht um eine grundsätzliche, nationalpolitische Entscheidung“ gehandelt habe. Vielmehr sei es eine „parlamentarisch-taktische Frage“ gewesen, die zum Votum der Deutschnationalen geführt habe.<sup>64</sup> Seine Beteuerung verfolgte das Ziel, Hitler in den eigenen Reihen zu halten. Hugenberg war nach wie vor der Meinung, in Hitler einen Bundesgenossen gefunden zu haben, der sich bereitwillig seinem Führungsanspruch unterwarf. Dass ihm die Führung in dieser Partnerschaft zufallen musste, sah er nicht nur durch seine Erfahrung, seinen bürgerlichen Status und seine fachliche Expertise als begründet an. Vielmehr betrachtete sich der inzwischen 64jährige Geheime Finanzrat als großväterlicher Lehrer der noch jungen nationalsozialistischen Bewegung, der er helfen wollte, sich „nach der nationalen Seite mehr festzulegen und ihr Abgleiten zum Sozialismus oder Kommunismus zu verhüten“<sup>65</sup>.

Hugenberg wandte sich nun wieder dem eigentlichen politischen Gegner zu. In seiner Rede in Frankfurt am Main vom 11. Juni 1930, die zur großen Abrechnung mit dem Zentrum wurde, wies er deutlich den Weg für die weitere Auseinandersetzung. Darin offenbarte er erneut die Schwarz-Weiß-Kategorien seines politischen Denkens: „Das Zentrum und seine Anhänger im Lande müssen es unmißverständlich wissen, daß es keine Hintertüren mehr gibt. Sie können nur entweder Deutschland gemeinschaftlich mit der Sozialdemokratie vernichten oder es mit uns zusammen retten. Es gibt keinen dritten Weg.“<sup>66</sup> Er bemühte auch die christliche Grundlage des Zentrums, um ihm die Widernatürlichkeit der Verbindung „mit der atheistischen regierungsfeindlichen Sozialdemokratie“ vor Augen zu führen.<sup>67</sup> Schon in Kassel beschwor er das Zentrum, mit der DNVP „für den wirklich christlichen Charakter unseres Staats- und Volkslebens ein[zu]treten“. Diese Argumentationsfigur wurde er in der Folgezeit nicht müde, immer und immer wieder zu anzuführen. Hugenberg schloss seine an Vorwürfen reiche Rede mit der Mahnung: „Die Zwiespältigkeit von Taten und Worten ist ein Eiterherd, der geöffnet werden muß. Die vom Zentrum offiziell geduldete Zersetzungsarbeit betrifft ebenso die deutsche und die christliche Seite unserer Kultur, die beide eins sind. [...] Dieser Zustand wird solange andauern, bis das Zentrum sich in Reich und Preußen ehrlich von der

64 Alfred Hugenberg an Adolf Hitler, 5. April 1930, ebd., Bl. 13–15, hier 14.

65 Vertrauliche Niederschrift Otto Meissners, 1. August 1931, in: BAB R 43-I (Reichskanzlei), 678, Bl. 102–106, hier 105.

66 Hugenbergs Zentrumsrede, in: Das Großdeutsche Reich, Nr. 25, 3. Juni-Nummer. Die Rede selbstverständlich auch im Tag vom 13. Juni 1930. Wilhelm Bazille, der wegen der Meinungsverschiedenheit mit Hugenberg aus der DNVP-Fraktion austrat, hat gerade diesen Starrsinn in der Haltung gegenüber dem Zentrum scharf kritisiert. Sein „Politisches Testament“, das er in den Jahren 1932/33 verfasste, wurde letztlich zu einer geharnischten Abrechnung mit der Politik und der Person Hugenbergs. Wilhelm Bazille: Politisches Testament, 1932/33, in: Hauptstaatsarchiv Stuttgart (HStAS) J 53/25 Nachlass Wilhelm Bazille, Bü 2.

67 „Die christliche Kultur in Gefahr!“, in: Der Tag vom 13. Juni 1930.

Sozialdemokratie trennt.“<sup>68</sup> Die Lösung von der SPD war damit endgültig zur *conditio sine qua non* für eine Zusammenarbeit der Deutschnationalen mit dem Zentrum geworden.

Die Auseinandersetzungen innerhalb der Deutschnationalen spitzten sich indes weiter zu und gelangten am 18. Juli zum offenen Ausbruch. SPD und KPD forderten von der Regierung die Aufhebung der Notverordnung über Deckungsmaßnahmen des Reichshaushaltes, der sich ein von Hugenberg geführter Teil anschloss und den ein weiterer um den Grafen Westarp ablehnte. Der Antrag erreichte die erforderliche Mehrheit; Brüning verlas sofort nach Bekanntgabe des Ergebnisses die Auflösungsorder des Reichspräsidenten. Die Gruppe um Westarp trat geschlossen aus der DNVP-Fraktion aus.<sup>69</sup> Dass dahinter wieder einmal ein Versuch des Zentrums stand, „der DNVP den Kopf abzuhacken“<sup>70</sup>, stand für Hugenberg fest. Beim Reichsparteitag 1931 in Stettin nannte er die Ausgetretenen dann auch den „Zentrumsflügel der DNVP“<sup>71</sup>. Genährt wurde Hugenbergs Verdacht noch dadurch, dass einige der Dissidenten gute Beziehungen zu Zentrumspolitikern unterhielten.<sup>72</sup> Ein Jahr später stellte er in der Befriedigung, die Partei erhalten zu haben, selbstsicher fest: „Im übrigen weiß das Zentrum, daß es die heutige DNVP mit faulen politischen Geschäften nicht mehr hereinlegen kann.“<sup>73</sup>

Noch am Vortag der Reichstagsauflösung hatte Brüning den deutschnationalen Parteivorsitzenden empfangen. In dieser Besprechung erörterte Hugenberg langwierig seine wirtschaftspolitischen Vorstellungen, für die eine Regierungs-umbildung in Preußen unerlässlich sei, die er gleichzeitig zur Voraussetzung für eine deutschnationale Mitarbeit machte.<sup>74</sup> Aufgrund von Brünings Absage und der Interpretation des Folgetages rückte für den nun anstehenden Reichstagswahlkampf unweigerlich und aus der Entwicklung und der Einstellung Hugenbergs heraus zwangsläufig das Zentrum als Hauptgegner in den Mittelpunkt der Strategie. Dabei kam ihm zudem zugute, dass sich auch das Zentrum

68 Rede Dr. Hugenberg vor dem Parteivorstand, [22. November 1929], in: BAB R 8005, 54, Bl. 3 f., die Zitate 4.

69 Daniela Gasteiger: Kuno von Westarp (1864–1945). Parlamentarismus, Monarchismus und Herrschaftsutopien im deutschen Konservatismus. Berlin/Boston 2018, S. 367. Hömig: Brüning I, S. 183. Die Namen der Ausgetretenen wurden sogleich veröffentlicht (Die Liste der Abgesplitterten, in: Der Tag vom 19. Juli 1930.). Für den Antrag stimmten neben der Hugenberg-Gruppe der DNVP geschlossen die SPD, KPD und alle elf anwesenden Mitglieder der NSDAP. StBR, IV. Wahlperiode 1928, S. 6524–6527.

70 Die Linksbindungen des Zentrums, in: Der Tag vom 30. April 1931.

71 Der Reichsparteitag der DNVP, in: Der Tag vom 21. September 1931, 2. Beiblatt.

72 Die Verbindung Brüning – Treviranus ist dabei nur das herausragende Beispiel.

73 Die Linksbindungen des Zentrums, in: Der Tag vom 30. April 1931. Im Zentrum war man sich der Haltung Hugenbergs bewusst: Sitzung der Reichstagsfraktion, 1. Juni 1932, in: Morsey: Protokolle 1926–1933, S. 573 f.

74 Vermerk Staatssekretär Pünder über eine Besprechung Brünings mit Hugenberg und Oberfohren vom 17. Juli 1930, 19. Juli 1930, in: BAB R 43-I, 2654, Bl. 235 f. Vgl. auch Hömig: Brüning I, S. 181.

unumschränkt hinter seinen Kanzler stellte.<sup>75</sup> Insbesondere in Eduard Stadlers Zeitschrift „Das Großdeutsche Reich“ wurden unentwegt Attacken gegen die Partei des Reichskanzlers gefahren, die dazu erhebliche finanzielle Unterstützung erhielt.<sup>76</sup>

Am 14. August 1930 begingen die Deutschnationalen mit Hugenberg an der Spitze ihren Wahlkampfauftakt im Berliner Sportpalast, zu der nach Angaben des „Tag“ 15.000 Zuhörer erschienen und Hugenberg mit einem „Orkan des Zurufs“ und „brausende[n] Heil-Rufe[n]“ empfingen. Seine Rede war die Wiederholung der immer gleichen Phrasen. Dem Zentrum sei es über die gesamte Dauer der Republik lediglich um Machterhalt der eigenen Position gegangen: „[I]m Reich regierte es abwechselnd mit links und mit rechts, in Preußen dauernd mit der Sozialdemokratie. [...] Zehn Jahre habe es die in Preußen herrschende Sozialdemokratie am Marke der deutschen Seele fressen lassen.“ In der Kultur- und Schulpolitik habe es seine christlichen Ideale dabei verraten und „unsinnige, ja kindische sozialistische Experimente“ im Bereich der Wirtschafts- und Sozialpolitik zugelassen.<sup>77</sup> Die Erkenntnisse waren für Hugenberg nicht einfach gewöhnliche Thesen, die bis zum Gegenbeweis aufrecht erhalten werden konnten, sie waren für ihn unumstößliche „Gesetze der Logik“.<sup>78</sup> Für den Ausweg aus der Krise forderte er abschließend: „Macht mir den rechten Flügel stark!“<sup>79</sup> Die Wähler sollten damit nicht allein die Deutschnationalen verbinden. Der Wahlkampf führte Hugenberg in alle Winkel des Reiches, unermüdlich hämmerte er den Besuchern seine Haltung ein und zeigte sich ob der steigenden nationalen Begeisterung hinsichtlich des Wahlausgangs für die „nationale Opposition“, die er als unverbrüchliche Einheit betrachtete, optimistisch, „daß die Deutschnationalen zusammen mit den Nationalsozialisten mit 150 Mandaten in den Reichstag einziehen würden“.<sup>80</sup>

Die Wahl vom 14. September bedeutete einen Einschnitt in der Geschichte der Weimarer Republik. Mit 107 gegenüber vormals 12 Mandaten zog die NSDAP als zweitstärkste Partei hinter den Sozialdemokraten in den neuen Reichstag ein.

75 Hömig: Brünig I, S. 191.

76 Christoph Hübner: Die Rechtskatholiken, die Zentrumspartei und die katholische Kirche in Deutschland bis zum Reichskonkordat von 1933. Ein Beitrag zur Geschichte des Scheiterns der Weimarer Republik. Berlin 2014, S. 574, besonders Anm. 331. Hübner bezeichnet Martin Spahn allgemein als „rechte Hand des Parteivorsitzenden“. Für die Behandlung der Katholiken innerhalb der DNVP mag diese Titulierung durchaus zutreffend sein. Im Allgemeinen und für die Gesamtausrichtung der Partei stand Spahn hinter Paul Bang, Otto Schmidt(-Hannover), Reinhold Quaatz und Ernst Oberfohren nur in der zweiten Reihe.

77 Hugenberg's Parole für den Wahlkampf, 16. August 1930, 1. Beiblatt.

78 Sinn und Ziel des Wahlkampfes, in: Unsere Partei vom 1. September 1930, S. 234.

79 Hugenberg's Parole für den Wahlkampf, 16. August 1930, 1. Beiblatt. Die offiziellen Parteimitteilungen gestanden dann auch ein, dass die Aufforderung für die Wähler nicht eindeutig genug war. Mitteilungen der Parteizentrale Nr. 2, 22. Januar 1931, in: Landesarchiv Schleswig-Holstein Schleswig (LASH) Abt. 384.2 Deutschnationale Volkspartei, 4.

80 Der Ruf des Führers, in: Der Tag vom 31. August 1930.

Hugenbergs Deutschnationale fielen hingegen von 73 auf 41 Sitze zurück. Hinter den Nationalsozialisten standen von nun ab ca. zweieinhalbmal so viele Wähler wie hinter der DNVP (6,4 zu 2,5 Millionen).<sup>81</sup> Hugenbergs Prophezeiung war damit zwar fast punktgenau aufgegangen, allerdings, so der Deutschnationale Carl Gottfried Gok, „wäre es für Deutschland besser gewesen, wenn das Verhältnis zwischen den Nationalsozialisten und uns nicht so völlig einseitig zu deren Gunsten sich gestaltet hätte“.<sup>82</sup> Die DNVP verkaufte im Nachgang das Ergebnis als einen Erfolg. Schließlich sei nun eine große Koalition nicht mehr möglich, die Rechte im Wachsen begriffen. Selbst die Deutschnationalen hätten in Wahrheit fünf Mandate dazugewonnen, hatten sie doch nach den Austritten des Sommers nur noch über 36 Abgeordnete verfügt.<sup>83</sup> Für den mit Verve gegen das Zentrum agitierenden Eduard Stadtler stand damit unverbrüchlich fest: „Der Feldherr Hugenberg hat die Schlacht gewonnen.“<sup>84</sup>

Der Skandal um die in SA-Uniform einziehenden Nationalsozialisten überschattete die Reichstagszeröffnung vom 13. Oktober. Dabei ging fast unter, dass sich die SPD zu einer Tolerierung von Brüning's Politik bereitgefunden hatte.<sup>85</sup> Hugenberg beobachtete letzteres mit Argwohn. Deshalb kam er am Folgetag noch einmal auf sein Ansinnen vom 17. Juli zurück, stieß dabei bei Brüning aber wiederum auf taube Ohren.<sup>86</sup> Seine Politik der Forderungen nach einer Regierungsumbildung unter Ausschluss der Sozialdemokraten hatte sich unter den neuen Gegebenheiten merklich festgefahren, was bei Hugenberg nur zu einer weiteren Bestätigung seiner ohnehin schon starren Ansichten führte. Gegenüber dem deutschnationalen Abgeordneten, Rittergutsbesitzer und Hindenburg-Nachbarn Elard von Oldenburg-Januschau machte er seiner angestauten Wut in einem zwölfseitigen, maschinenschriftlichen Brief Luft. Dabei betrachtete er seine Interventionen bei Brüning vom 17. Juli und 14. Oktober als „einen Appell an das Zentrum, seine verhängnisvolle Politik aufzugeben, [...]“. Sie ist es, die uns jetzt vor die Gefahr der Katastrophe stellt. Die Politik der Notverordnungen ist die Politik des Zentrums, nicht des Reichspräsidenten. Es ist feige und verantwortungslos, mit ihr vor der Geschichte den Namen des Herrn Reichspräsidenten zu belasten. Sie ist nichts Anderes als der krampfhafteste Versuch, das preußische Bündnis des Zentrums mit der Sozialdemokratie selbst auf die Gefahr furchtbarer Katastrophen hin aufrecht zu erhalten, statt durch

81 Eberhard Kolb/Dirk Schumann: Die Weimarer Republik (Oldenbourg Grundriss der Geschichte 16). 8. Auflage München 2013, S. 127.

82 Carl Gottfried Gok an Studienrat Meier, 30. September 1930, in: StAHH 621-1/72, 1219.

83 Die Parteileitung zum Wahlergebnis, in: Unsere Partei vom 18. September 1930, S. 285.

84 Eduard Stadtler: Nach siegreichem Durchbruch, in: Das Großdeutsche Reich, Nr. 38, 3. September-Nummer.

85 Heinrich August Winkler: Weimar 1918–1933. Die Geschichte der ersten deutschen Demokratie. München 1998, S. 394 f.

86 Alfred Hugenberg und Ernst Oberfohren an Heinrich Brüning, 14. Oktober 1930, in: BAB R 43-I, 2654, Bl. 250 f.

Zusammenarbeit mit der Rechten im Reich und in Preußen die wirkliche Rettung zu vollbringen.<sup>87</sup> In Richtung der Regierung Brüning schickte er gleich noch hinterher, dass ihr „Kennzeichen [...] die vollständige Erfolglosigkeit“ sei.<sup>88</sup> Hugenberg nannte zwei sich konträr gegenüberstehende Alternativen für den Weg aus der wirtschaftlichen Krise: zum einen den von den Deutschnationalen aufgezeigten „Weg der Rettung“ und zum anderen den von Zentrum und Sozialdemokratie, der „zum Bolschewismus und zum Verfall Deutschlands führt“.<sup>89</sup>

#### 4. *Gegen die Regierung Brüning II*

Entgegen dem zahlenmäßigen Reichstagswahlergebnis vom September 1930 machte sich Hugenberg in der Folgezeit daran, die „nationale Bewegung“ unter seiner Leitung wieder zu vereinen, um seinem Ziel der Regierungsübernahme näher zu kommen. Ein willkommener Anlass für seine Ambitionen war die Initiative des Stahlhelms zur Auflösung des Preußischen Landtags, um zu verhindern, „daß Deutschland an der schwarzroten Krankheit zugrunde geht“<sup>90</sup>, der sich Hugenberg wie schon 1928 beim Volksbegehren zur Abschaffung des Artikels 54 der Reichsverfassung bereitwillig anschloss und den gesamten Parteiapparat und seine Presseorgane zur Verfügung stellte. In diese Reihe gehören auch der – wenngleich erfolglose und klägliche – Versuch, im Oktober 1931 eine Einheit der nationalen Opposition in Bad Harzburg zu präsentieren, sowie die desperaten Verhandlungen um einen Einheitskandidaten der Rechten bei der Reichspräsidentenwahl 1932.

Die Möglichkeiten zur Verständigung zwischen der Brüning-Regierung und der „nationalen Opposition“ erreichten Anfang des Jahres 1931 einen toten Punkt. Vordergründig aus Protest gegen eine geplante Änderung der Geschäftsordnung des Reichstages, an deren Beratung NSDAP und DNVP nicht beteiligt worden waren, zogen zunächst die Nationalsozialisten und dann die Deutschnationalen am 10. Februar 1931 aus dem Parlament aus.<sup>91</sup> Dem Staatsrechtler Axel von Freytag-Loringhoven wurde die Aufgabe zuteil, den gemeinsamen Auszug von Seiten der Deutschnationalen zu begründen. In der von Hugenberg verfassten Erklärung merkte der Staatsrechtler Freytag an, dass es lediglich das Ziel der neuen „größeren Koalition“ sei, die sich am Vortage gebildet habe, die „Parteidiktatur“ in Preußen zu retten. Der grundsätzliche Antimarxismus

87 Alfred Hugenberg an Elard von Oldenburg-Januschau, 6. November 1930, in: BAB R 8048, 396, Bl. 78–89, hier 80 f.

88 Ebd., Bl. 82.

89 Ebd., Bl. 87.

90 Volksbegehren!, in: Der Tag vom 9. April 1931.

91 Vergewaltigung der Opposition, in: Der Tag vom 3. Februar 1931; Nationale Opposition verläßt Reichstag, in: Der Tag vom 11. Februar 1931; Rücksichtsloser Kampf gegen die schwarz-rote Vergewaltigung, in: Unsere Partei vom 15. Februar 1932, S. 55.



war erneut die Richtschnur des Denkens, denn „Deutschland kann nur gerettet werden, wenn die Deutschen sich gegen die Volk und Land zerstörenden Marxisten zusammenschließen“. Angelehnt an seine Ausführungen in Frankfurt ließ Hugenberg Freytagh verkünden: „Wer in diesem Sinne nicht für Deutschland ist, der ist gegen Deutschland.“ Nach kurzer Unterbrechung durch „[I]ärmende Zurufe von den Sozialdemokraten“ fuhr er fort: „Darum kämpfen wir nicht nur gegen die Linke, sondern ebenso gegen alle, die mit ihr gehen, solange sie es tun.“<sup>92</sup> Die Hintertür zur Zusammenarbeit mit Brüning ließ Hugenberg zwar mit dieser Einschränkung offen, doch die Schärfe, mit der er das Zentrum befandete und bereits seit seiner Frankfurter Rede angegriffen hatte, ließ eigentlich keine Kooperation zu diesem Zeitpunkt mehr zu. Der Kampf gegen Brüning war nun in erster Linie ein außerparlamentarischer geworden.

Gebetsmühlenartig wiederholte Hugenberg im Laufe des Jahres auf verschiedenen Veranstaltungen seine grundlegende Forderung nach einer Trennung des Zentrums von der Sozialdemokratie und prangerte dessen Schuld an der gegenwärtigen Situation an, ohne dabei auch nur einen kleinen Schritt weiterzukommen. So sprach er beispielsweise angepasst an die dortigen Verhältnisse auf dem Landesparteitag der bayerischen Deutschnationalen und machte dabei die ganz einfache Rechnung auf: „Und aus diesem Grunde werden wir Deutschnationalen [...] bei den bevorstehenden Landtagswahlen unbeschadet unserer Haupteinstellung gegen den Marxismus, ja aus ihr heraus, mit besonderem Eifer gegen die Bayerische Volkspartei fechten müssen. Denn in Berlin geht die Bayerische Volkspartei mit dem Zentrum. Und das Zentrum geht mit der Sozialdemokratie.“<sup>93</sup>

Nach eineinhalb Jahren gewährte Reichspräsident Hindenburg dem deutschnationalen Parteivorsitzenden erstmals wieder eine Audienz. Das Treffen vom 1. August 1931 „bewegte sich in freundlichen und konzilianteren Formen als frühere Empfänge“, wie Staatssekretär Otto Meißner meinte festgestellt zu haben.<sup>94</sup> Das Verhältnis zwischen dem DNVP-Vorsitzenden und Hindenburg blieb jedoch weiterhin angespannt.<sup>95</sup> Der Reichspräsident, der Hugenberg „für den dümmsten Sturbock [ge]halten“<sup>96</sup> haben soll, weigerte sich stets, diesen mit der Führung der Reichsgeschäfte zu betrauen. Nicht zuletzt wegen der persönlichen Aver-

92 Erklärung Reichstag, 10. Februar 1931, in: BAK N 1231, 121, Bl. 97–100, hier 98. Die Rede ist abgedruckt in *Der Tag* vom 11. Februar 1931 und *StBR*, V. Wahlperiode 1930, Bd. 444, S. 874 f. In Frankfurt hatte Hugenberg erklärt: „Wir hassen alles, was gegen Deutschland geht.“

93 *Rettet den christlichen deutschen Staat*, in: *Der Tag* vom 31. März 1931.

94 Vertrauliche Niederschrift Otto Meißners, 1. August 1931, in: BAB R 43-1, 678, Bl. 102–106, hier 102.

95 Wolfram Pyta: *Hindenburg. Herrschaft zwischen Hohenzollern und Hitler*. München 2007, S. 549 f.

96 August von Cramon an August von Mackensen, 17. April 1931, in: BAMA N 39 Nachlass August von Mackensen, 76, Bl. 1 f., hier 1.

sion liefen die nicht wenigen Interventionen bei Hindenburg, ihn von Hugenberg als neuem Reichskanzler zu überzeugen, immer wieder ins Leere. Auf die Frage nach der Regierungsbeteiligung oder wenigstens einer Unterstützung der Regierung durch die DNVP angesprochen verteidigte Hugenberg zunächst seine Politik der vergangenen Monate und begrüßte die Versuche Hindenburgs, einen politischen Konsens zwischen den Parteien zu erzielen. Jedoch hob er auch deutlich hervor, „eine Einigung mit der Sozialdemokratie sei aber nicht möglich, hier müsse eine klare Trennungslinie gezogen werden“. Anschließend signalisierte er zwar seine Bereitschaft zu einer Kooperation mit dem jetzigen Kanzler, bestand jedoch darauf, dass „diese Zusammenarbeit eine solide Grundlage und eine gemeinsame innere Einstellung zu den Dingen zur Voraussetzung“ haben müsse und kam abermals auf die preußische Frage zu sprechen.<sup>97</sup>

Drei Wochen später machte Hugenberg auf Wunsch des Reichspräsidenten seine Aufwartung bei Brüning, bei der auch Quatz und Prälat Kaas zugegen waren. Hugenberg hatte den Eindruck, dass die dreieinhalbstündige Unterredung „infolge der Zuziehung des Parteivorsitzenden des Centrums [...] nicht die vom Herrn Reichspräsidenten gewünschte persönliche Besprechung mit dem Reichskanzler, sondern eine Verhandlung mit der Zentrumsparthei“<sup>98</sup> gewesen sei. Neben den ausführlichen Erörterungen zur Finanz- und Wirtschaftspolitik, die „nach etwas doktrinären Ausführungen Hugenbergs“<sup>99</sup> in erster Linie Quatz führte, wurde auch über eine vorgezogene Wiederwahl Hindenburgs gesprochen. Dies konnte allerdings nur unter Einbeziehung der Nationalsozialisten erreicht werden, derer sich Kaas und Brüning offenbar sicher wähnten. Hugenberg witterte dahinter den neuerlichen Versuch einer Spaltung und gab Brüning zu verstehen, „daß er in dieser Frage keine Antwort geben könne, da er nicht wisse, wie Hitler sich zu ihr stelle“.<sup>100</sup> Rhetorisch setze er hinterher: „Wäre es nicht sehr dumm von mir, wenn ich mich von den Nazi trennen ließe?“<sup>101</sup> Das Ergebnis der Unterredung fasste er in schon bekannter Manier zusammen, indem er vermeinte, die wahren Hintergründe aufgedeckt zu haben: „[K]urz, vor allem anderen muß die Schlüsselstellung des Zentrums zwischen rechts und links, also die Herrschaft des Zentrums im Reich aufrechterhalten werden, auch auf die Gefahr hin, daß *alles* in die Brüche geht.“<sup>102</sup> Gespräche mussten vor diesem Hintergrund stets ins Leere laufen, sollte Hugenberg sich nicht von seiner

97 Vertrauliche Niederschrift Otto Meissners, 1. August 1931, in: BAB R 43-I, 678, Bl. 102–106, hier 102, 104.

98 Alfred Hugenberg an Elard von Oldenburg-Januschau, 29. August 1931, in: Weiß/Hoser: Zerstörung, S. 149–153, hier 149.

99 Tagebucheintrag, 27. August 1931, in: Weiß/Hoser: Zerstörung, S. 144.

100 Heinrich Brüning: Memoiren 1918–1934. Stuttgart 1970, S. 376.

101 Tagebucheintrag, 28. August 1931, in: Weiß/Hoser: Zerstörung, S. 145.

102 Alfred Hugenberg an Elard von Oldenburg-Januschau, 29. August 1931, in: Weiß/Hoser: Zerstörung, S. 149–153, hier 153. Kursive im Original.

vorgefertigten Meinung lösen, die ihm das Resultat schon vorgab. Da konnte er noch so oft die Lauterkeit seiner Absichten beschwören.

Unmittelbar nach dem Treffen mit Brüning begab sich Hugenberg zu Wegener nach Kreuth. Otto Schmidt(-Hannover) war bereits zwei Wochen dort, als Hugenberg am 29. August 1931 in Oberbayern eintraf. In diesen Tagen wurden weitreichende Entscheidungen getroffen. Zum einen bereiteten die DNVP-Granden den für Mitte September in Aussicht genommenen Parteitag in Stettin vor, zum anderen fassten sie den Entschluss zur Tagung der nationalen Opposition in Bad Harzburg. Am 30. August gesellte sich auch Hitler zur Runde, um ein gemeinsames Vorgehen bei den im nächsten Jahr anstehenden Reichspräsidentenwahlen zu verabreden. Des Weiteren einigte man sich unter Vorbehalt auf eine Rückkehr in den Reichstag. In der Folge gaben sich weitere Nationalsozialisten und Vertreter der Rechten in Wegeners Sonnenhaus die Klinke in die Hand.<sup>103</sup> Die Zuversicht, mit Hitler wieder eine gemeinsame Vorgehensweise gefunden zu haben, hielt gerade eine Woche. Am 7. September wandte sich Hitler mit schweren Vorwürfen an Hugenberg. Der NSDAP-Führer bezichtigte die Deutschnationalen der Illoyalität in der Braunschweiger Regierungskoalition, indem er sie für das Ausscheiden des nationalsozialistischen Innenministers Anton Franzen verantwortlich machte, und drohte ultimativ damit, die Zusammenarbeit zu beenden. Wie er Hugenberg bei der Ehre packen konnte, wusste Hitler ganz genau, wenn er ihm zu verstehen gab, er „habe heute die Ueberzeugung, dass unanständiger auch das Zentrum nicht an uns handeln könnte, wie es die mit mir in der nationalen Opposition zusammensitzenden Parteien und Verbände tun“.<sup>104</sup> Hugenberg gab letztlich klein bei,<sup>105</sup> um die in Aussicht genommene Tagung der „nationalen Opposition“ nicht zu gefährden, aber sicher auch, weil er die Anschuldigung, sich wie das Zentrum zu verhalten, nicht auf sich sitzen lassen wollte. In der Annahme, die Einheit mühsam wieder hergestellt zu haben, machte er sich auf den Weg zum Reichsparteitag nach Stettin.

Seine Rede zur Innenpolitik wurde erneut zur großen Abrechnung mit dem Zentrum. Dabei beschrieb er die Regierungszeit Brünings als „Zentrumsdiktatur“ mit dem Zweck der „Verhinderung einer Rechtsregierung“. Das Zentrum stütze sich dabei auf Reichspräsident, Reichswehr und Preußen. Anschließend refe-

103 Otto Schmidt(-Hannover) an Magnus von Levetzow, 9. September 1931, in: BAMA N 239 Nachlass Magnus von Levetzow, 55, Bl. 182; Schmidt(-Hannover): Umdenken, S. 273–276; Grundlagen nationaler Politik, in: Der Tag vom 26. September 1931.

104 Adolf Hitler an Alfred Hugenberg, 7. September 1931, in: BAK N 1211, 30, Bl. 55–58, hier 56.

105 Alfred Hugenberg an Adolf Hitler, 9. September 1931, ebd., Bl. 59–61; Alfred Hugenberg an Adolf Hitler, 11. September 1931, ebd., Bl. 62 f. Hugenberg handelte sicher nicht aus „unterwürfige[r] Naivität“, wie Maximilian Terhalle meint. Maximilian Terhalle: Deutschnational in Weimar. Die politische Biographie des Reichstagsabgeordneten Otto Schmidt(-Hannover) 1888–1971. Köln u. a. 2009, S. 277. Allein schon Hugenburgs Selbstverständnis und übersteigertes Selbstbewusstsein widersprechen dem.

rierte er nochmals eingehend die gescheiterten Versuche zur Übereinkunft mit Brüning und hielt ihm Versagen in der Landwirtschafts-, Sozial-, Kultur- und Finanzpolitik vor. Die grassierende Arbeitslosigkeit betrachtete er als Nährboden für den bereits nahenden Bolschewismus. Allerdings gab es für Hugenberg auch Grund zur Hoffnung, da sich die „nationale Opposition“, die er ungeachtet der gravierenden Übermacht der Nationalsozialisten als Einheit ansah, in stetigem Aufwärtstrend begriff: „Weitere Millionen werden sich von dem Blocke trennen, der ihr gegenübersteht – von dem Blocke der Verelendung, der Knechtschaft und des Hungers, von dem Blocke der Unterwerfung unter ein hassenswertes internationales Kapital und der Vernichtung des ganzen großen Erbes unserer Väter, des deutschen Glaubens und Willens von Heimatscholle und Heimatherd.“<sup>106</sup>

Als große Kampfansage an die Regierung Brüning und Einheitsdemonstration gedacht und so in der Presse berichtet, entwickelte sich die Tagung der „nationalen Opposition“ im Kurhaus in Bad Harzburg am 11. Oktober 1931 zum Offenbarungseid für Hugenbergs Politik der Einbeziehung Hitlers in seine eigenen Machtambitionen. Hitlers Auftreten allein musste Hugenberg deutlich vor Augen führen, dass mit diesem Mann keine vertrauensvolle Politik zu machen war. In beiden Lagern war man sich des Scheiterns bewusst: „So sind denn sämtliche Pläne einer gemeinsamen Organisation, von der doch noch im Sommer im Kreuther Hauptquartier mit so grossen Hoffnungen gesprochen wurde, von vornherein totgeborene Kinder gewesen.“<sup>107</sup> Die folgenden drei Monate sprachen Hugenberg und Hitler kein Wort miteinander, tauschten nicht einmal Briefe aus. Hitler zeigte Hugenberg die kalte Schulter.<sup>108</sup> Erst am 4. Februar 1932 kam es im Münchner Hotel Leinfelder wieder zu einem Treffen der beiden.<sup>109</sup>

Die vorbereitenden Verhandlungen zur Reichspräsidentenwahl 1932 wurden nicht nur hinsichtlich der aufzustellenden Kandidaten geführt. Sie wurden auch ausgiebig dazu genutzt, um Regierungsbeteiligungen auszuloten. Sein Ziel verlor Hugenberg trotz aller Widrigkeiten der letzten Monate nicht aus den Augen: „Aber das allein Entscheidende ist ein wirklicher Wechsel der Regierung, der leider seit Harzburg durch das Verhalten der Nazis so sehr erschwert wird. Es schwebt hinter den Kulissen der Regierung hin und her eine Fülle von Intrigen und Verhandlungen, bei denen mein Ziel natürlich der Rücktritt

106 Der Reichsparteitag der DNVP, in: Der Tag vom 21. September 1931, 2. Beiblatt.

107 Magnus von Levetzow an Guido Otto Henckel von Donnersmarck, 14. Oktober 1931, in: BAMA N 239, 83, Bl. 124–132, hier 124.

108 Leo Wegener an Guido Otto Henckel von Donnersmarck, 26. Dezember 1931, ebd., Bl. 218–220. Zu Harzburg auch Leopold: Hugenberg, S. 97–104. Terhalle: Deutschnational, S. 283–288.

109 Alfred Hugenberg an Adolf Hitler, 28. Januar 1932, in: BAK N 1231, 192, Bl. 1. Alfred Hugenberg an Adolf Hitler, 20. März 1932, ebd., 37, Bl. 38–47.

der Regierung Brüning und eine wirkliche Rechtsregierung ist.“<sup>110</sup> Zu diesem Zweck traf er sich zu Jahresanfang zweimal mit Kurt von Schleicher, der sich für eine Umbildung der Reichsregierung zu einem „Rechtskabinett [...], das eine breite Front von den Nationalsozialisten bis zum Zentrum umfassen müsste“, aussprach. Für Hugenberg war eine Beteiligung des Zentrums, des „Repräsentant[en] des heutigen Systems“<sup>111</sup>, nicht akzeptabel. Auch ein Abkommen, das auf einem angeblichen Versprechen des Zentrums zur Umbildung der Reichsregierung „bei einem entsprechenden Ausfall der Preussenwahlen“ beruhte, wies er schroff zurück. Er traute dem Zentrum nicht mehr über den Weg und forderte eine sofortige Entscheidung. Als Ideallösung schwebte Hugenberg ein vom Parlament unabhängiges Kabinett der Fachminister unter seiner oder Hitlers Führung vor, wobei er Schleicher keine Personalvorschläge unterbreitete. Wen er nicht im Kabinett haben wollte, wusste er hingegen ganz genau: Brüning als Außenminister und Wilhelm Groener als Wehrminister. Nachdem Schleicher auf die Haltung Hindenburgs hinsichtlich der Breite des Kabinetts verwies, machte er ihm deutlich, „dass ein solches Kabinett nichts anderes sein werde, als ein neues Kabinett des bisherigen Systems“, und brach die Verhandlungen ab.<sup>112</sup>

In den weiteren Gesprächen offenbarte sich Hitler als unberechenbarer Partner und setzte eigenwillig seine Präsidentschaftskandidatur durch, ohne Hugenberg darüber zu informieren. Vor den Kopf gestoßen und eine eigene Kandidatur nicht wirklich ernsthaft in Erwägung ziehend schickte er gemeinsam mit dem Stahlhelm daraufhin dessen Zweiten Bundesführer Theodor Duesterberg ins Rennen, der im ersten Wahlgang klar das Nachsehen hatte.<sup>113</sup> Nachdem Hindenburg die im ersten Wahlgang nötige absolute Mehrheit nur um Haaresbreite verfehlt hatte, erklärte Hugenberg den zweiten Wahlgang kurzerhand für bedeutungslos und unnötige „Kraftvergeudung“ und schlug vor, Hindenburg nun schon zum

110 Alfred Hugenberg an Dietlof von Arnim-Boitzenburg, 4. Februar 1932, in: Brandenburgisches Landeshauptarchiv Potsdam (BLHA), Rep. 37 Boitzenburg Gutsarchiv Boitzenburg, 4434, Bl. 11. Hugenberg verfasste den Brief in Kreuth am selben Tag, an dem er sich erstmals wieder mit Hitler treffen sollte; ob davor oder danach, bleibt unklar.

111 National und sozial!, in: Der Tag vom 3. Dezember 1931.

112 Bericht über die Verhandlungen zur Reichspräsidentenwahl, ungekürzte Fassung, Mai 1932, in: BAMA N 42 Nachlass Kurt von Schleicher, 30, Bl. 51–61, hier 52, 56. Die Fassung wurde Schleicher zur Korrektur aus dem Büro Hugengeburs vorgelegt und enthält bereits handschriftliche Anmerkungen von Hugenberg und seiner Sekretärin Irene von Buchholtz, woraufhin Schleicher einige Passagen, unter anderem auch hier zitierte, strich und Hugenberg diese wiederum neu aufsetzen ließ. Die korrigierte Fassung trägt die Paraphie Hugengeburs (BAMA N 42, 30, Bl. 62–68) und wurde am 20. Mai 1932 an Schleicher zurückgeschickt (siehe das dazugehörige Begleitschreiben in BAMA N 42, 22, Bl. 175). In Politik und Wirtschaft in der Krise II, S. 1299–1302 wurde die korrigierte Fassung mit irreführenden Anmerkungen zur Entstehungsgeschichte abgedruckt.

113 Larry Eugene Jones: Hitler versus Hindenburg. The Presidential Elections and the End of the Weimar Republic. Cambridge 2016, S. 149–204.

Reichspräsidenten zu erklären.<sup>114</sup> Gegenüber den Nationalsozialisten, die am zweiten Wahlgang am 10. April und dem Kandidaten Hitler unbeirrt festhielten, begriff er seine Erklärung auch als „Erziehungsmassregel“, um sie von ihrem hohen Ross wieder herunterzuholen. Ihre Überheblichkeit werde nur dazu führen, dass „die Nationalsozialisten auf irgendeine Teufelei des Zentrums hereinfallen. Denn ihr Ehrgeiz und ihr Selbstgefühl wird es viel eher zulassen, sich vom Zentrum hereinlegen zu lassen, als unsere wohlgemeinten Ratschläge zu befolgen.“<sup>115</sup> Um diesem Ansinnen Nachdruck zu verleihen, schrieb er auch direkt an Hitler, um ihm seine Verfehlungen und Hochnäsigkeit in aller Deutlichkeit vorzuhalten. Er richtete an den NSDAP-Führer aber gleichzeitig den dringenden Appell, wieder in die „nationale Opposition“ zurückzukehren und nicht weiter Parteipolitik zu betreiben, denn „[d]as herrschende System ist so morsch, dass es eigentlich in sich zusammenbrechen muss. Aber es muss dann auch eine einheitlich gruppierte Schicht da sein, die mit kundiger Hand die Macht auffängt. Sonst wird sie aufs Neue in die Hand des Zentrums fallen.“<sup>116</sup> Hitler reagierte nicht.

Hugenberg setzte große Erwartungen in die am 24. April anstehenden Länderwahlen. Sein Hauptaugenmerk bei den insgesamt sechs Wahlen richtete sich naturgemäß auf Preußen: „Hier liegt jetzt der Hebel zum Sturze des Sytems.“<sup>117</sup> Dabei stilisierte er den preußischen Wahlgang zu einer Frage um Deutschlands Existenz. Schließlich habe „das System von 1918 [...] Deutschland in einen rauchenden Trümmerhaufen verwandelt“. Über die Verantwortlichkeit ließ er dabei keinen Zweifel aufkommen, denn „sein äußerer Ausdruck und seine Stütze sind das Bündnis zwischen Rot und Schwarz. Sein festestes Bollwerk besitzt es in Preußen. Über Preußen wurden die verhängnisvollen politischen Geschäfte des unnatürlichen schwarz-roten Bundes abgeschlossen, über Preußen die Rettungsversuche des Reiches sabotiert.“<sup>118</sup> Über das bei weitem flächenmäßig größte und bevölkerungsreichste Land sollte das Reich in seinem Sinne reformiert werden. Dabei dachte er nicht nur an die von ihm skizzierten Pläne zur Umgestaltung des Reiches, sondern war sich der herausgehobenen Stellung der Länder, die sie im Bereich Inneres, Justiz und Kultur besaßen, bewusst. Die anhaltende Erfolgswelle der Nationalsozialisten war allein schon

114 Alfred Hugenberg: Das neue Harzburg, in: Der Tag vom 31. März 1932; Hugenberg schlägt vor, in: Der Tag vom 15. März 1932.

115 Alfred Hugenberg an Hans Grimm, 30. März 1932, in: Deutsches Literaturarchiv Marbach (DLA), A: Grimm, Hans, Nachlass Hans Grimm, 83.2.

116 Alfred Hugenberg an Adolf Hitler, 20. März 1932, in: BAK N 1231, 37, Bl. 38–47, hier 45 f.

117 Jetzt gilt es, Preußen zu erobern, in: Der Tag vom 20. März 1932. Neben Preußen wurde am selben Tag auch noch in Bayern, Württemberg, Baden, Anhalt und Hamburg gewählt.

118 Alfred Hugenberg an die Parteimitglieder, 7. April 1932, in: BAK N 1327 Nachlass Luitpold Weibnöck, 38b. Auszugsweise veröffentlicht als Hugenbergs erste Mahnung zum 24. April 1932, in: Unsere Partei vom 15. April 1932, S. 91.

Grund genug zu der berechtigten Hoffnung, die Ära der SPD-Zentrum-Koalition würde mit dieser Wahl ein Ende finden.<sup>119</sup> Der erwartbare Erdrutschsieg der Nationalsozialisten (in Preußen war seit 1928, als die NSDAP noch in der Bedeutungslosigkeit verharrt hatte, nicht mehr gewählt worden) bei gleichzeitigen erheblichen Verlusten für die DNVP offenbarte Hugenberg das Scheitern seiner Idee einer „nationalen Opposition“, sodass er zeitweilig ernsthaft an Rücktritt dachte.<sup>120</sup>

Das Wahlergebnis bedeutete für Hugenberg freilich eine weitere Gefahr. Plötzlich eröffnete sich die Möglichkeit einer schwarz-braunen Koalition in Preußen, was für Hugenberg einen Rückschritt in seinen Bemühungen darstellen musste, da dadurch auf parlamentarischer Grundlage weiter regiert werden konnte. Diese mögliche Kombination hielt er für „eine Entwicklung [...], die ich für eine der gefährlichsten ansehe, die dem deutschen Volk überhaupt beschieden sein kann, nämlich die Entwicklung, daß der Nationalsozialismus und Zentrum sich finden“.<sup>121</sup> Brüning nährte die Ängste Hugenbergs dadurch, dass er unmittelbar nach den Preußenwahlen erste Kontakte zu Gregor Straßer als Führer des linken Flügels der NSDAP knüpfte. Weitere Verhandlungen fielen dann jedoch zunächst den Reichstagswahlkämpfen zum Opfer.<sup>122</sup> Hugenbergs Abneigung gegenüber dem Zentrum, das sich nun durch Verhandlungen mit rechts in seinen Augen als geradezu grundsatzlos und lediglich machtopportunistisch erwies, erreichte nun eine neue Qualität. Nachdem die Regierung Brüning am 30. Mai 1932 demissioniert hatte, der Reichstag am 4. Juni aufgelöst worden war und Reichstagswahlen anstanden, musste aus Hugenbergs Sicht eine solche Möglichkeit auf Reichsebene unter allen Umständen verhindert werden. Das galt umso mehr, da dadurch seine Pläne zur Übernahme der Reichskanzlerschaft endgültig zunichte gemacht werden würden. War es dem Zentrum vorher im Verein mit Links gelungen, diesen Aspirationen einen Riegel vorzuschieben, schickte es sich nun an, eine Kanzlerschaft Hugenbergs mit Rechts zu verhindern.

119 Erich von Gilsa an Paul Reusch, 11. April 1932, in: Rheinisch-Westfälisches Wirtschaftsarchiv Köln (RWWA) Abt. 130 Gutehoffnungshütte Oberhausen, hierin Nachlass Paul Reusch, 400101293/4b.

120 Otto Schmidt(-Hannover) an Leo Wegener, 2. Mai 1932, in: BAK N 1003, 31, Bl. 45 f.; Leo Wegener an Alfred Hugenberg, 6. Mai 1932, in: BAK N 1231, 39, Bl. 135. Die Nationalsozialisten steigerten ihre Mandatzahl von 9 auf 162, während die DNVP knapp fünfzig Mandate verlor.

121 Das Aufbau-Programm der DNVP, in: Der Tag vom 28. Juni 1932; Stenographische Notizen Martin Spahns, 3. Juni 1932, in: BAK N 1324 Nachlass Martin Spahn, 175, S. 2.

122 Rudolf Morsey: Der Untergang des politischen Katholizismus. Die Zentrumsparterie zwischen christlichem Selbstverständnis und ‚Nationaler Erhebung‘ 1932/33. Stuttgart/Zürich 1977, S. 51. Hugenberg wusste jedenfalls von den einsetzenden Verhandlungen. Leo Wegener an Alfred Hugenberg, 28. April 1932, in: BAK N 1231, 39, Bl. 142 f., hier 143.

### 5. *Gegen das Zentrum – um jeden Preis!*

Die Regierung Franz von Papen nahm am 1. Juni 1932 ihre Arbeit auf. In das Kabinett Papen waren auch drei Mitglieder der DNVP ohne Wissen Hugenbergs gegangen, hatten aber ihre Parteimitgliedschaft mit Amtsübernahme niedergelegt.<sup>123</sup> Hugenberg schien damit zunächst keine große Veränderung der politischen Situation zu verbinden. Schließlich stand mit Franz von Papen<sup>124</sup> – wenn auch gegen den Willen der empörten Parteiführung – bei Antritt wiederum ein Mitglied des Zentrums an der Spitze der Reichsregierung. Der Leipziger Oberbürgermeister Carl Friedrich Goerdeler kam nach einem Gespräch mit Hugenberg zu der Erkenntnis, dass der DNVP-Vorsitzende „weiter die sture Linie der absoluten Negation halten wolle. Er habe sich sogar sehr ungehalten über den Eintritt von Gayl und Braun in das neue Kabinett ausgesprochen, und wolle auch dem neuen Kabinett gegenüber eine völlig reservierte Haltung einnehmen.“<sup>125</sup> Hugenberg hatte die Absicht, „das Kabinett nach seinen Taten [zu] beurteilen“.<sup>126</sup>

Grundsätzlich blieb die Haltung der DNVP gegenüber der Papen-Regierung ambivalent. Auf der einen Seite begrüßte sie ausdrücklich die neue Regierungspraxis, auf der anderen Seite distanzierte sie sich auch entschieden von den Maßnahmen der „Hunger-Regierung Papen“<sup>127</sup>. Dabei spielte das Zentrum eine entscheidende Rolle im Kalkül des DNVP-Parteivorsitzenden, sodass er sich fortan in der Quadratur des Kreises übte. Einerseits galt es für ihn, die NSDAP als möglichen Bündnispartner nicht zu verlieren, andererseits sollten die Nationalsozialisten insbesondere in Wirtschaftsfragen bekämpft werden.<sup>128</sup> Hugenberg erblickte im unklaren Wirtschaftsprogramm der NSDAP die größte Gefahr, da es eine „Wiederbelebung der Gewerkschaftsherrschaft“<sup>129</sup> ermöglichen könnte, die sich durch eine Koalition mit dem Zentrum einstellen würde. Der NSDAP

123 Protokoll über die Vorstandssitzung des Landesverbandes Ostfriesland, 19. Juni 1932, in: Niedersächsisches Landesarchiv Aurich (NLA AU) Rep. 227/8 Deutschnationale Volkspartei, 5, Bl. 11 f., hier 11; Wilhelm von Gayl an Alfred Hugenberg, 10. Juni 1932, in: BAK N 1031 Nachlass Wilhelm von Gayl, 31, Bl. 59 f., hier 59.

124 Franz von Papen kam einem Parteiausschluss durch seinen Austritt erst am 3. Juni 1932 zuvor. Zu Papen Joachim Petzold: Franz von Papen. Ein deutsches Verhängnis. München/Berlin 1995, Reiner Möckelmann: Franz von Papen. Hitlers ewiger Vasall. Darmstadt 2016.

125 Tilo von Wilmowsky an Paul Reusch, 10. Juni 1932, in: RWWA Abt. 130, 400101290/39, Bl. 59 f., hier 59.

126 Stenographische Notizen Martin Spahns, 5. Dezember 1932, in: BAK N 1324, 175, S. 3–11, hier 5.

127 Der Reichstag ist aufgelöst!, in: Der Tag vom 13. September 1932.

128 Das Aufbauprogramm der DNVP, in: Der Tag vom 28. Juni 1932. Vgl. zu den Auseinandersetzungen zwischen DNVP und NSDAP Hermann Beck: Konflikte zwischen Deutschnationalen und Nationalsozialisten während der Machtergreifungszeit, in: HZ 292 (2011), S. 645–680; ders.: The Fateful Alliance. German Conservatives and Nazis in 1933: The Machtergreifung in a New Light. New York/ Oxford 2010, S. 70–76.

129 Reinhold Quaatz: Auf dem Wege zum deutschen Nationalstaat, in: Unsere Partei vom 15. Juni 1932, S. 145.



sollte demnach das Sozialistische ausgetrieben werden, während das „wertvolle“ Nationale erhalten bleiben musste. Gleichzeitig hätte ein schwarz-braunes Bündnis dem Zentrum wieder seine Schlüsselrolle in der deutschen Politik zugespielt, was es für Hugenberg unter allen Umständen zu verhindern galt. Das entscheidende Regulativ in einer nationalen Regierung mit der NSDAP, wie sie Hugenberg anstrebte, konnten nur die Deutschnationalen sein, da sie „heute die einzige bodenständig-konservative, national-aufbauende, staatsbürgerliche und föderalistische Partei“ seien.<sup>130</sup> Er selbst schloss eine Kooperation nach der Wahl mit dem Zentrum selbstverständlich kategorisch aus: „Mit dem Zentrum niemals!“<sup>131</sup> In der nun zum Hass gesteigerten Abneigung verband sich für Hugenberg die Befürchtung vor dem „Rückfall in den Parlamentarismus“, zu dessen Symbol das Zentrum längst geworden war, mit der Angst vor dem eigenen Bedeutungsverlust, das heißt endgültig der Chance auf die Macht beraubt zu werden. Je stärker dieses Gefühl wurde, desto mehr klammerte er sich an die vermeintliche Heilswirkung eines autoritären Präsidialregimes. In ihm sah er die nun mehr einzig verbliebene Gewähr, doch noch an der Macht partizipieren zu können.

Das neue „Kabinett der Barone“ hatte inzwischen seine Arbeit aufgenommen, und die Lausanner Konferenz vom 16. Juni bis 9. Juli bescherte ihm einen außenpolitischen Erfolg. Papen erreichte trotz seiner „teilweise wirr erscheinende[n] Verhandlungsführung“ die Zusage der Alliierten, auf weitere Reparationszahlungen seitens Deutschlands zu verzichten. In der für Schleicher besonders wichtigen Rüstungsfrage kamen sie der deutschen Delegation aber nicht entgegen.<sup>132</sup> Hugenberg goutierte den Schritt in Richtung „äußerer Freiheit“ durchaus, war aber „mit Rücksicht auf die Nazis gezwungen [...], den Lausanner Erfolg zu kritisieren“. Dass er nun endgültig „mit Sorgen in die Zukunft“ blickte, nimmt nicht wunder.<sup>133</sup> Nach Papens Rückkehr ergriff die Regierung, insbesondere durch Innenminister Wilhelm von Gayl, mit dem „Preußenschlag“ vom 20. Juli erste durchgreifende Maßnahmen,<sup>134</sup> mit denen Hugenberg, ohne etwas dafür getan zu haben, seinem Ziel der „Überwindung der Parlamentsherrschaft“ ein gutes Stück näher kam. Papen gegenüber versicherte er nun, „dass

130 Alfred Hugenberg an Ludwig Iven, 24. Mai 1932, in: BAK N 1231, 191, Bl. 322 f. Auszugsweise abgedruckt als Hugenberg zu den Länderwahlen, in: Unsere Partei vom 1. Juni 1932, S. 131.

131 Hugenberg: Mit dem Zentrum niemals!, in: Der Tag vom 21. Juli 1932.

132 Ulrike Hörster-Philipps: Konservative Politik in der Endphase der Weimarer Republik. Die Regierung Franz von Papen. Köln 1982, S. 263–273, das Zitat 271.

133 Bogislaw von Swieykowski-Trzaska an Ferdinand Noeldechen, 11. Juli 1932, in: BAMA N 42, 22, Bl. 78 f., hier 79.

134 Zum „Preußenschlag“: Aktenvermerk, o. D., in: BAK N 1031, 36, Bl. 8 f. Hagen Schulze: Otto Braun oder Preußens demokratische Sendung. Eine Biographie. Frankfurt am Main u. a. 1977, S. 745–762; Jürgen Bay: Der Preußenkonflikt 1932/33. Ein Kapitel aus der Verfassungsgeschichte der Weimarer Republik. Phil. Diss. Erlangen 1965.

wir nicht den Wunsch haben, mit parlamentarischen Hilfsmitteln einem von der Autorität des Reichspräsidenten getragenen, sich vom bisherigen Regierungssystem abwendenden Kabinett Schwierigkeiten zu bereiten“.<sup>135</sup> Allerdings übte er weiterhin auch starke Kritik an Papen und forderte ihn klar und entschieden auf, die Finanznotverordnung vom 14. Juni wieder aufzuheben, da sie Härten enthalte, „die bei vielen Betroffenen eine verzweifelte Lage erzeugen“.<sup>136</sup>

Das Ergebnis der Wahlen vom 31. Juli 1932 war für Hugenberg ein zweiseitiges Schwert. Einerseits konnte er nicht verhindern, dass NSDAP und Zentrum mit zusammen 305 von 608 Mandaten nun über eine gemeinsame Mehrheit im Reichstag verfügten, während seine eigene Partei mit 37 Mandaten einen neuen Tiefpunkt erreichte, andererseits beschönigte er es, indem er in ihm ein untrügliches Zeichen für die „Abkehr einer überwiegenden Mehrheit des deutschen Volkes vom Parlamentarismus“<sup>137</sup> sah. In die letzte Überlegung bezog er neben den Deutschnationalen und den Nationalsozialisten auch die Kommunisten mit ein. Hugenbergs Befürchtungen, Zentrum und NSDAP würden sich zu einer Koalitionsregierung zusammenfinden, waren keineswegs unbegründet. Unmittelbar nach den Wahlen vom 31. Juli begann die Führung der Zentrumsparterie damit, sich mit dieser Möglichkeit zu beschäftigen. Handlungsleitend war dabei die Vorstellung, die Nationalsozialisten durch Übernahme der Regierungsverantwortung „unter Kontrolle zu bringen“.<sup>138</sup> Zudem war das Verhalten des Zentrums nach den Preußenwahlen noch deutlich präsent. Um zumindest einen Teilerfolg zu erzielen, gab Hugenberg dem neuen Reichswehrminister Kurt von Schleicher in schulmeisterhaftem Ton mit auf den Weg: „Neue Reichstagswahlen würden also bedeuten, dass derjenige, der sie fordert und zulässt, wieder zu dem von einer Volksmehrheit mis[s]billigten Parlamentarismus greift und versucht[,] etwas glücklich überwundenes [sic!] wieder auf seinen Thron zu setzen.“<sup>139</sup> All seine Mahnungen verpufften ungehört. Der Reichstag wurde am 12. September erneut aufgelöst und wiederum Neuwahlen für November angesetzt.

Hugenberg führte den Wahlkampf zwar wie gewohnt, bezog nun aber explizit die Nationalsozialisten mit in seine altbekannten Vorwürfe ein: „Im Reich haben wir eine von den Parteien unabhängige Regierung. In Preußen sind die schwarz-

135 Alfred Hugenberg an Franz von Papen, 23. Juli 1932, in: BAB R 43-I, 2655, Bl. 105–117, hier 105. Unterstreichung im Original.

136 Ebd., Bl. 109.

137 Alfred Hugenberg an Kurt von Schleicher, 19. August 1932, in: BAK N 1231, 191, Bl. 171 f., hier 172.

138 Morsey: Untergang, S. 56. Zu den Motiven des Zentrums vgl. auch Winfried Becker: Die Deutsche Zentrumsparterie gegenüber dem Nationalsozialismus und dem Reichskonkordat 1930–1933: Motivationsstrukturen und Situationszwänge, in: Historisch-Politische Mitteilungen (HPM) 7 (2000), S. 1–37.

139 Alfred Hugenberg an Kurt von Schleicher, 19. August 1932, in: BAK N 1231, 191, Bl. 171 f., hier 172.

roten Machthaber aus ihren Machtstellungen entfernt. Wollen wir zurückfallen in die Zeit der Herrschaft der Roten und der Schwarzen, oder wollen wir deren Parteiregiment durch ein anderes Parteiregiment ersetzen? Wer beides nicht will, [...] der kann nur die Deutschnationale Volkspartei wählen.“<sup>140</sup> Die Wahlen vom 6. November bedeuteten für Hugenberg dann einen Erfolg in mehrfacher Hinsicht. Zum einen konnten die Deutschnationalen erstmals bei einer Wahl unter seinem Vorsitz Stimmengewinne (+2,4 %) verzeichnen, während NSDAP (-4,2 %), SPD (-1,2 %) und Zentrum (-0,6 %) Stimmen verloren. Hugenberg sah sich in seiner Politik bestätigt, denn die „schwarz-braune Mehrheit im Reichstag ist beseitigt. Damit ist eine der wesentlichen Voraussetzungen für die Durchführung des von uns in Volk und Parlament vertretenen Kurses geschaffen.“<sup>141</sup> Die Deutschnationalen waren nun wieder in einer Position, in der sie gebraucht werden konnten.

Als die ersten neuen Verhandlungen Papens gescheitert waren, ein Kabinett auf breiter Grundlage unter seiner Führung zu bilden, trat er am 17. November als Kanzler seiner Minderheitsregierung zurück. Die DNVP erachtete diese Handlung als „unnötig“ und fürchtete, dass „der Gedanke der autoritativen Staatsführung in Mitleidenschaft gezogen“ worden sei. Natürlich werde man „auch in Zukunft alles tun, um eine autoritäre Staatsführung zu erhalten, und die Rückkehr zum parlamentarischen System zu verhindern.“<sup>142</sup> Hindenburg empfing nun die einzelnen Parteiführer persönlich. Schon am 18. November besprach er sich mit Hugenberg, der eingangs gleich lobte: „Die Führung der Regierung durch ein überparteiliches Kabinett ist und bleibt der richtige Weg, trotz der krampfhaften Anstrengung der Parteien, sich nun wieder einzuschalten.“ Sodann kam Hugenberg darauf zu sprechen, dass es sich bei der aktuellen Krise um eine Parteienkrise handle. Zentrum und Nationalsozialisten gehe es lediglich um die Macht für ihre eigene Partei, sie würden sich deshalb dem Ruf des Reichspräsidenten versagen. Um die aktuellen Probleme der Wirtschaft in den Griff zu bekommen, „muß die erreichte Einheit zwischen Preußen und Reich mit allen Mitteln aufrecht erhalten werden, und es muß ebenfalls mit allen Mitteln die Unabhängigkeit des Kabinetts vor dem Treiben der Parteien gesichert sein“. Einem möglichen Reichskanzler Hitler stand er aufgrund seiner gemachten Erfahrung des letzten Jahres kritisch gegenüber.<sup>143</sup>

Nachdem Hindenburg auch die anderen Parteiführer gehört hatte, übertrug er dem Zentrumsvorsitzenden Prälat Kaas die Aufgabe, nach einer gemeinsamen Lösung zwischen den Parteien zu suchen. Im Rahmen seiner Grundhaltung war dann Hugenbergs Ablehnung einer Regierungsbeteiligung im Vermittlungs-

140 Hugenbergs Wahlauf Ruf, in: Der Tag vom 5. November 1932.

141 Alfred Hugenberg: Der Kampf geht weiter!, in: Unsere Partei, 11. November 1932, S. 389.

142 Mitteilungen Nr. 10 der Parteizentrale, 19. November 1932, in: NLA AU Rep. 227/8, 4.

143 Aufzeichnung des Staatssekretärs Meissner über den Empfang Hugenbergs beim Reichspräsidenten, 18. November 1932, in: AdR Papen 2, S. 973 f.

gespräch am 25. November nur konsequent.<sup>144</sup> Er ahnte ein „unaufrichtiges Manöver“, da er darin schlicht „die Wiederholung der Vorgänge von 1927 [...], als unter Zentrumsleitung die bekannten Richtlinien aufgestellt wurden, die damals die nationale Rechte lahmlegten“, sah.<sup>145</sup> Inwiefern seine tags zuvor gehabte Unterredung mit Hitler dabei eine Rolle spielte, muss ungeklärt bleiben. „Eine wesentliche Veränderung der Lage ergab sich daraus nicht“, stellte Hugenberg in der Parteivorstandssitzung vom 5. Dezember heraus.<sup>146</sup> Auch Goebbels notierte in sein Tagebuch lediglich: „Ohne direktes Ergebnis.“ Allerdings schien Hugenberg Hitler doch die Stirn geboten und an seiner dem Reichspräsidenten gegenüber vertretenen Einstellung festgehalten zu haben, denn Goebbels fügte noch hinzu: „Der alte Silberfuchs ist gemein, widerborstig und eklig.“<sup>147</sup> Die Fronten schienen doch noch zu sehr verhärtet, als dass man zu einer Verständigung hätte kommen können. Dabei spielte die Behandlung des Zentrums eine gewichtige Rolle. Zwei Tage vor dem Treffen mit Hitler war Hugenberg mit dem ehemaligen Reichsbankpräsidenten Hjalmar Schacht zusammengetroffen, der Hugenbergs Bereitschaft, für eine Kanzlerschaft Hitlers einzutreten, sondierte. Hierbei kam man ebenso auf das Verhältnis beider Parteien zum Zentrum zu sprechen, das einer Einigung von NSDAP und DNVP bislang im Wege gestanden habe.<sup>148</sup> Hitler selbst zeigte sich gegenüber Papen davon überzeugt, dass Hugenberg nicht gewillt sein werde, seine Haltung gegenüber dem Zentrum zu ändern, da er „auf das Unzweideutigste jedes Zusammengehen mit dem Zentrum als nationalen Verrat und als nationales Verbrechen gebrandmarkt“ habe.<sup>149</sup> Das Verhalten gegenüber dem Zentrum, das für ihn das „System von Weimar“ symbolisierte, war für Hugenberg zum Gradmesser nationaler Aufrichtigkeit geworden.

Zwar bildete sich am 2. Dezember 1932 mit dem Kabinett Schleicher wiederum ein Präsidialkabinett, dieses war aber für Hugenberg in keiner Weise eine Fortsetzung der begrüßenswerten Entwicklung im Sinne einer Abkehr vom

144 Zu den Gesprächen des Prälaten Kaas vgl. Georg May: Ludwig Kaas. Der Priester, der Politiker und der Gelehrte aus der Schule von Ulrich Stutz, Bd. 3. Amsterdam 1982, S. 271–277.

145 Wirrarr und Klarheit!, in: Unsere Partei vom 2. Dezember 1932, S. 410–412, hier 411.

146 Stenographische Notizen Martin Spahns, 5. Dezember 1932, in: BAK N 1324, 175, S. 9.

147 Tagebucheintrag, 25. November 1932, in: Elke Fröhlich (Hg.): Die Tagebücher von Joseph Goebbels. Teil I, Bd. 2/III. München 2006, S. 68. Carl Vincent Krogmann drückte sich etwas weniger drastisch aus, sah aber auch die Schuld für die Ergebnislosigkeit bei Hugenberg und seiner „Dickköpfigkeit“. Carl Vincent Krogmann an Gustav von Wulffen, 27. November 1932, in: StAHH 622–1/153 Familie Krogmann, C7 Bd. 1.

148 Stenographische Notizen Martin Spahns, 5. Dezember 1932, in: BAK N 1324, 175, S. 9. Carl Vincent Krogmann an Gustav von Wulffen, 27. November in: StAHH 622–1/153, C7 Bd. 1.

149 Adolf Hitler an Franz von Papen, 16. November 1932, in: BAB R 43-I, 1309, Bl. 371–383, hier 381. Abgedruckt in: Hitler. Reden. Schriften, Anordnungen (RSA). Februar 1925 bis Januar 1933, Bd. V/2. Hg. von Christian Hartmann und Klaus A. Lankheit. München 1998, S. 188–193.

Parlamentarismus. Er befürchtete, dass Schleicher „beabsichtigt, in irgendeiner Form Zentrum und Nazis hinter das Kabinett zu stellen, um uns dann zu fragen, ob wir in irgendeiner bescheidenen Rolle mitun wollen. Dann wäre das Kabinett in ein parlamentarisches Kabinett umgebildet“<sup>150</sup>. Obwohl er nach all seinen Erfahrungen schon frühzeitig erkannte, wozu eine Regierung Hitler führen würde, stellte er sich gegenüber den mahnenden Stimmen innerhalb der DNVP zunehmend taub.<sup>151</sup> Noch in der Parteivorstandssitzung vom 16. Dezember 1932 machte er deutlich, dass für Hitler die Regierungsübernahme „nur die Vorbereitung auf nationalsozialistische Diktatur“ bedeute, nachdem er fast im selben Atemzug dem Vorstand im Hinblick auf die Nationalsozialisten zu verstehen gegeben hatte: „Wir müssen uns die Tür zu ihnen offen halten.“<sup>152</sup> Einflussreiche Vorstandsmitglieder wie der bayerische Landesverbandsvorsitzende Hans Hilpert erklärten eine Kooperation für unmöglich: „Harzburg war ein notwendiger Versuch; nachdem er gescheitert ist, muß dieser Traum ausgeträumt bleiben.“<sup>153</sup>

Hugenberg trieb in den Tagen nach dem Gespräch mit Hitler neben der befürchteten Annäherung Schleicher-NSDAP-Zentrum noch eine weitere Befürchtung um: „Pakt Hindenburg-Hitler ohne uns und dann Wahl.“<sup>154</sup> In beiden Fällen wäre Hugenberg auf Dauer von der politischen Macht ausgeschlossen worden, in beiden Fällen musste Hitler für Hugenberg und gegen das Zentrum gewonnen werden. Und tatsächlich hatte Hitler die Hoffnung auf eine erneute Zusammenarbeit wieder genährt. Zum einen unterband er eine Beteiligung der NSDAP am Kabinett Schleicher dadurch, dass er Straßer<sup>155</sup>, der als Verbindungsmann zum Reichskanzler fungierte, mit allen Konsequenzen von seinen Parteiämtern absetzte<sup>156</sup>, und zum anderen brach er die Verhandlungen zwischen NSDAP und Zentrum über eine preußische Regierungskoalition endgültig

150 Stenographische Notizen Martin Spahns, 5. Dezember 1932, in: BAK N 1324, 175, S. 7.

151 Hugenberg erklärte in der Parteivorstandssitzung vom 3. Juni 1932, „er kenne die NS jetzt gut genug, um zu wissen, daß sie vorher alles versprechen und nachher, wenn sie die Macht haben, nicht halten, sondern die Macht an sich reißen“. Ebd., S. 2.

152 Ernst Hintzmann: Informationsbrief Nr. 4, 30. Dezember 1933, in: Niedersächsisches Landesarchiv Osnabrück (NLA OS) Erw. C1 DNVP DNVP-Landesverband Osnabrück, 3, Bl. 13–15, hier 14.

153 Hans Hilpert an Carl Gottfried Gok, 9. November 1932, in: StAHH 621–1/72, 241, Bd. 7.

154 Ernst Hintzmann, Informationsbrief Nr. 4, 30. Dezember 1932, in: NLA OS, Erw. C1 DNVP, 3, Bl. 13–15, hier 14.

155 Die Beurteilung Straßers in deutschnationalen Kreisen war widersprüchlicher Natur. Einerseits schätzte man ihn, weil er einen mäßigenden Einfluss auf Hitler ausübte und dessen totalen Machtansprüchen scheinbar Einhalt gebieten konnte, andererseits misstraute man ihm auch wegen seiner Bereitschaft, die Partei auf parlamentarische Wege zu bringen. Vgl. Leo Wegener an Jürg Hartmann, 12. Dezember 1932, in: BAK N 1231, 50, Bl. 241.

156 Zur Entlassung Straßers: Hinrich Lohse: Der Fall Straßer!, o. D., in: LASH Abt. 399.65 Nachlass Hinrich Lohse, 29. Henry A. Turner: Hitlers Weg zur Macht. Der Januar 1933. Berlin 1999, S. 34–36.

ab.<sup>157</sup> Für Hugenberg musste dies als Beweis für Hitlers antiparlamentarische Einstellung gelten, was ihn somit wieder für eine Zusammenarbeit qualifizierte. So kam es „um den 20. Dezember herum“ zu einem erneuten Gespräch zwischen den beiden Parteiführern.<sup>158</sup> Inwiefern diese Unterhaltung schon konkrete Absprachen beinhaltete, bleibt unklar. Von einer Regierungsabrede kann aufgrund der Abfolge der Ereignisse wohl keine Rede sein. Hugenbergs Entscheidung für den Regierungseintritt fiel dafür zu spät.

Von seinem unverrückbaren Ziel, den Parteienstaat lieber früher als später abzuschaffen und die „Gefahr eines Zurückgleitens in den Parlamentsbetrieb“<sup>159</sup> doch noch rechtzeitig abwenden zu können, wandte er sich „an unsere kürzliche Unterhaltung anknüpfend“ kurz vor Jahresende 1932 nochmals geradezu flehend an Hitler, um ihn zur Raison zu rufen und der „politischen Entzweiung an sich zusammengehörender Teile der nationalen Erneuerungsbewegung“ entgegenzuwirken. Dabei warnte er Hitler ausdrücklich vor dem Zentrum, von dem „in übertragenem Sinne einigermassen der mephistophelische Satz“ gelte, „dass die Meisten den Teufel ‚nicht spüren und wenn er sie beim Kragen hätte‘“. Sich „um den Enderfolg der gesamten nationalen Bewegung“ sorgend fügte er beschwörend hinzu: „Sie wird nicht vom Glücke gekrönt sein, wenn das Zentrum wieder zum Zünglein an der Waage wird. [...] Sobald das Zentrum wieder das Zünglein an der Waage ist, wird auch der innerlich längst überwundene Marxismus neue Kraft gewinnen. Es ist nicht nötig, dass dem Zentrum die verlorene Schlüsselstellung wieder zufällt. Diese heute wieder vorhandene Gefahr braucht nicht Wirklichkeit zu werden. Es ist nicht nötig, dass Mächte, deren Vergangenheit durch das Bestreben der Spaltung des nationalen Willens und durch entsprechende Mis[s]erfolge ihrer Arbeit gekennzeichnet wird, ausschlaggebender Faktor werden und die nationale Arbeit von Jahren in ein falsches Geleise pressen.“<sup>160</sup> In den folgenden Verhandlungen im Januar machte Hugenberg dann seinen eigenen Regierungseintritt unter anderem von einem Ausschluss des Zentrums abhängig.<sup>161</sup>

157 Morsey: Untergang, S. 79.

158 Volker Hentschel: Weimars letzte Monate. Hitler und der Untergang der Republik. Düsseldorf 1978, S. 85. Die Wendung findet sich wortgleich in Klaus-Peter Hoepkes unveröffentlichtem Kapitelmanuskript des geplanten zweiten Teils seiner Hugenberg-Biographie (Klaus-Peter Hoepke: Hugenberg triumphator?, in: Archiv des Karlsruher Instituts für Technologie (KITA) Zugang 08/13 (Nachlass Klaus-Peter Hoepke), 18).

159 Alfred Hugenberg an Kurt von Schleicher, 21. Dezember 1932, in: BAK N 1231, 38, Bl. 254 f., hier 255.

160 Alfred Hugenberg an Adolf Hitler, 28. Dezember 1932, in: BAK N 1231, 37, Bl. 29–31, hier 29 f. Die Frage bleibt, welche „kürzliche Unterhaltung“ Hugenberg meinte.

161 Adolf Hitler auf der Sitzung des Zentrumsvorstands, 31. Januar 1933, in: Morsey: Protokolle 1926–1933, S. 612.

Es verwundert demnach nicht, dass Hugenberg zum Neujahr 1933 „rings die Schwierigkeiten wachsen“ sah. Ratlos blickte der Geheimrat in die Zukunft.<sup>162</sup> Seine Felle schienen ihm nun endgültig davon zu schwimmen, wenn er nicht die nächste Gelegenheit beim Schopf packen würde, um noch irgendwie seine Pläne zum wirtschaftlichen Wiederaufbau, von denen er überzeugt war, dass es die für Deutschland notwendigen und damit einzig richtigen waren, in die Tat umzusetzen. Wenn er dabei schon nicht der Reichskanzler sein sollte, dann musste er sich mit weitreichenden Kompetenzen ausstatten lassen, die ihm dies ermöglichten. Die Zusammenfassung der beiden für ihn wichtigsten Ressorts von Wirtschaft und Landwirtschaft und Ernährung sowohl in Preußen und im Reich (eine von Hugenberg seit Langem vorgetragene Forderung) bekam er schließlich am 29. Januar von Papen zugesagt und gab seine anfänglichen Bedenken auf.<sup>163</sup> Die Aussicht, sein Lebenswerk doch noch krönen zu können, war für Hugenberg im Alter von 67 Jahren zu verlockend.

Am 30. Januar 1933 ernannte Reichspräsident Hindenburg die neue Regierung unter dem Reichskanzler Adolf Hitler. In ihr übernahm Hugenberg die Reichsministerien für Wirtschaft und Landwirtschaft und Ernährung und bekam zudem die Reichskommissariate für das preußische Ministerium für Wirtschaft und Arbeit sowie Landwirtschaft, Domänen und Forsten übertragen. Dazu wurde er noch Reichskommissar für die Osthilfe.<sup>164</sup> Dass dies die einzige Versprechung bleiben sollte, die Hitler gewillt war zu halten, merkte Hugenberg schnell. Schon am Tag der Ernennung brach der neue Kanzler eine Zusage nach der nächsten. Die Grundlagen, auf denen Hugenberg einer Beteiligung zugestimmt hatte, waren nach wenigen Tagen obsolet, sodass er Edmund Forschbach schon am 4. Februar deutlich machte, er „habe die größte Dummheit seines Lebens begangen und er schäme sich, diesem Kabinett anzugehören“.<sup>165</sup>

Hermann Göring, der als Reichsminister ohne Portefeuille am Kabinettschiff saß, eröffnete den anwesenden Ministern in ihrer ersten Sitzung, mit dem Zentrum Kontakt aufgenommen zu haben, da es sich bei der Regierungsbildung übergangen fühle. Ohne dass Göring ein Wort von einer eventuellen Beteiligung des Zentrums an der Regierung verloren hatte, meldete sich der alarmierte Hugenberg zu Wort und „führte aus, daß jede Brückierung des Zentrums zu vermeiden sei. Aber auch eine Vertretung des Zentrums im Reichskabinett sei nach seiner Auffassung zu vermeiden, weil dadurch die Einheitlichkeit der Willensbildung gefährdet werde.“ Hitler wischte Hugenbergs Bedenken geschickt vom Tisch

162 Alfred Hugenberg an Leo Wegener, 2. Januar 1933, in: BAK N 1211, 9, Bl. 90f., hier 90.

163 Turner: Weg, S. 141 f. Friedrich Hiller von Gaertringen: Das Ende der Deutschnationalen Volkspartei im Frühjahr 1933, in: Gotthard Jasper (Hg.): Von Weimar zu Hitler. 1930–1933, Köln 1968, S. 246–278, hier 248.

164 Jones: Stupidity, S. 77.

165 Niederschrift des Gesprächs mit Herrn Dr. h. c. Edmund Forschbach, 18. Juli 1972, in: KITA Zugang 08/13, 14.

und bezeichnete es als Notwendigkeit, das Zentrum für ein Ermächtigungsgesetz zu gewinnen.<sup>166</sup> Am folgenden Tag verhandelte Hitler mit dem Zentrum.<sup>167</sup>

Zu einem ebenso großen Streitpunkt während der Regierungsverhandlungen wurde die Frage der Neuwahlen. Hugenberg lehnte diese „Gefahr des Wiederauflebens des Parlamentarismus“ kategorisch ab, ließ sich aber kurz vor der Vereidigung in einer Posse vor dem Büro des Reichspräsidenten sein Einverständnis abringen, weil Hitler ihm versicherte, dass die Zusammensetzung der Regierung auch nach der Wahl unverändert bliebe.<sup>168</sup> Die Neuwahl ließ für Hugenberg ein altes Schreckensszenario wieder aufleben, das er glaubte, nun endlich beseitigt zu haben – die Schlüsselstellung des Zentrums: „Wir stehen natürlich vor der Gefahr, daß Nazi 7 Mandate gewinnen; dann können Sie mit Zentrum ohne uns unter Bruch der Versprechungen zusammen gehen.“<sup>169</sup> Auch für die preußische Landtagsfraktion waren Gedanken dieser Art nicht fremd, wenn Hitler und das Zentrum sich fänden: „Dann könnte Hitler in Preußen verfassungsmäßig gewählt werden ohne uns u[nd] die Regelung, die heute noch Preußen vor Hitler schützt[,] ist kaputt.“ Zudem trieb die deutschnationalen Abgeordneten die Sorge um, dass bei einer Neuwahl in Preußen Hugenberg für seine Pläne die Zeit fehle und die Wähler dann zur NSDAP übergehen würden. Gleichzeitig schwebte über der Kabinettsbildung das in seiner Wirkung nicht zu unterschätzende Gerücht eines drohenden Reichswehrputsches, das Hugenberg und andere DNVP-Abgeordnete für bare Münze nahmen. Die trügerische starke Stellung Hugenbergs im Kabinett war für die meisten Deutschnationalen nur ein schwacher Trost, da sie sich der wahren Absichten der Nationalsozialisten („wir jagen die andern allmählich raus“) durchaus bewusst waren. Die Koalition aus NSDAP und DNVP war von Anfang an – auch für die Deutschnationalen – nur eine auf Zeit: „Wir sehen hier alle schwarz.“<sup>170</sup>

166 Ministerbesprechung vom 30. Januar 1933, 17 Uhr, in: AdR Hitler I/1, Nr. 1, S. 1–4, das Zitat 2.

167 Rudolf Morsey: Hitlers Verhandlungen mit der Zentrumsführung am 31. Januar 1933, in: VfZ 9 (1961) 2, S. 182–194.

168 Aufzeichnung zur Parteivorstandssitzung, 31. Januar 1933, in: Niedersächsisches Landesarchiv Bückeburg (NLA BU) Dep. 66 Familienarchiv Freiherren von Dittfurth, Gut Dankersen, 722; Theodor Duesterberg: Der Stahlhelm und Hitler. Wolfenbüttel/Hannover 1949, S. 40 f.

169 Aufzeichnung zur Parteivorstandssitzung, 31. Januar 1933, in: NLA BU, Dep. 66, 722. Unterstreichung im Original. Neben der Tatsache, dass die Rechnung bei Zugrundelegung der zu diesem Zeitpunkt 584 Sitze des Reichstags stimmte, ist es bemerkenswert, dass Hugenberg die Stabilität des Zentrums anerkannte. Ein Stimmenverlust des Zentrums schien ihm nicht mehr in den Sinn zu kommen. Über all die Jahre hatte er sich verzweifelt an der relativen Festigkeit des Zentrumsturms abgearbeitet.

170 Aufzeichnung zur Sitzung der preußischen Landtagsfraktion, 31. Januar 1933, in: NLA BU, Dep. 66, 722, Unterstreichung im Original.



## 6. Resümee

„Beseitigung des unerträglichen Systems von Parlaments- und Parteiherrschaft, mit dem wir 14 Jahre gepeinigt worden sind, und zwar so schnell wie möglich.“<sup>171</sup> Unter diesem Diktum betrieb Alfred Hugenberg seine gesamte Politik. Dieser Leitgedanke steigerte sich im Jahr 1932 zum Allheilmittel für die zunehmende Undurchsichtigkeit der politischen Umstände, denen er in seinem unbeweglichen Gedankenkorsett nicht im Geringsten gewachsen war. Diese starre Denkweise, die ein klares Freund- und Feindbild benötigte, und ihm nicht zuletzt den Vorwurf einbrachte, „ein sturer Bock“ zu sein, ließ angepasstes und strategisches Handeln nicht zu. Da das Zentrum für ihn zum obersten Nutznießer des Systems verkommen war, indem es beständig den Regierungen in Preußen wie im Reich angehörte, dabei durch seine heterogene Struktur eine flexible Anschlussfähigkeit nach rechts wie links bewies, musste es zwangsläufig ins Visier des „grundsatztreuen“ DNVP-Vorsitzenden geraten. Die Schuld des Zentrums als eigentlich bürgerliche Partei bestand für ihn dabei in erster Linie darin, der Sozialdemokratie zu einer dauerhaften Mehrheit verholfen zu haben: „Das war die verhängnisvolle Rolle des Zentrums.“<sup>172</sup>

Überhaupt reagierte das Zentrum, besonders im Jahr 1932, als Hugenbergs Angriffe ihre Spitze erreichten, zunächst überraschend zurückhaltend auf die beständigen Anfeindungen von deutschnationaler Seite, machte aber auch keinen Hehl daraus, wer der eigentliche Gegner in den Wahlkämpfen war. Nachdem sich der Schock<sup>173</sup> über die Berufung Papens gelegt hatte, wurde die Propaganda ganz auf den ehemaligen Reichskanzler Brüning, der sogleich zum „große[n] Führer in diesem Kampfe um die innere und äußere Freiheit unseres Volkes“<sup>174</sup> stilisiert wurde, und gegen den abtrünnigen Papen abgestellt. Dabei stellte der stellvertretende Parteivorsitzende Joseph Joos zum Auftakt der Kampagne vor dem Parteivorstand die Schuld der Rechten am Ende der Regierung Brüning deutlich heraus. Ohne dabei Hugenbergs Namen zu nennen, musste jedem Zuhörer klar sein, wem er den Hauptteil anlastete: „Jene Rechtsparteien, die nach konservativer Politik rufen und eine revolutionäre förderten, blieben starr und unwillig. Es ist nicht wahr, daß der Kanzler Dr. Brüning sich nicht um die Mitarbeit der Rechtsparteien bemüht habe. Er hat sie immer wieder

171 Hugenberg an die Parteimitglieder, Oktober 1932, in: Staatsarchiv Altenburg (StAA) 01–95–0003 (DNVP-Bezirks- und Ortsgruppe Altenburg), 29. Abgedruckt als Die Zeit geht mit uns!, in: Unsere Partei vom 24. Oktober 1932, 2. Wahlsondernummer, S. 351. Unterstreichung im Original.

172 Letzter Appell zur heutigen Sachsen-Wahl, in: Der Tag vom 22. Januar 1930.

173 Der Schriftleiter der Germania, Wilhelm Gries, sprach von „nervöser Spannung, seelischer Erschütterung und unglaublicher Ueberraschung“ (W[ilhelm] G[ries]; Brünings Werk, in: Germania, 7. Juni 1932.). Vgl. hierzu wie zum Folgenden: Rudolf Morsey: Die Deutsche Zentrumspartei, in: Matthias/ders. (Hg.): Ende, S. 281–453, hier 306–313.

174 Für ein freies Volk!, in: Germania vom 31. Juli 1932.

gesucht, bis zur Selbstpreisgabe.<sup>175</sup> Als lediglich die Deutschnationalen gegen den eingebrachten Misstrauensantrag gegen von Papen vom 14. September 1932 stimmten, ging nun aber auch das Zentrum offensiver gegen Hugenberg und die DNVP vor. Gerade die von der Papen-Regierung betonte Überparteilichkeit wurde zur Zielscheibe der Kritik, denn der „Prototyp der Ueberparteilichkeit ist aber Geheimrat Hugenberg [...]. So hat sich rings um die staatliche Macht eine Partei der Ueberparteilichen gebildet, die sich von den anderen politischen Gruppen unseres Volkes allerdings nur dadurch unterscheidet, daß sie ihren Parteicharakter mit einer schönen Illusion schamhaft verhüllt.“<sup>176</sup> Die Zentrumspartei malte nun das Schreckgespenst eines „Systems Hugenberg“ an die Wand, das nichts anderes als Reaktion und neuerlichen Kulturkampf bedeuten würde.<sup>177</sup> Diese Überhöhung der Gefahr Hugenbergs verbunden mit der angedachten Zähmungstaktik gegenüber der NSDAP führte dann schließlich auch beim Zentrum dazu, Hugenbergs Rolle im neuen Kabinett zu überschätzen<sup>178</sup>: „Für den politischen Katholizismus blieb weiterhin Hugenberg der eigentliche Erzfeind.“<sup>179</sup> Die Ablehnung beruhte letztlich auf Gegenseitigkeit.

Dass sich der immer stärker werdende Hitler ebenso wenig in Hugenbergs angedachte Ordnung einpassen ließ, erschwerte dem DNVP-Vorsitzenden die Sache zusätzlich. Hugenberg legte sich im Jahr 1932 auf eine autoritäre Regierungsform mit Hilfe des Reichspräsidenten unter Ausschluss des Parlaments fest. Hatte er einmal eine Entscheidung getroffen, war es nur schwer möglich, ihn umzustimmen. Hitler hingegen versuchte, jede sich bietende Möglichkeit – sei es mittels des Parlaments, sei es mittels des Reichspräsidenten – zu nutzen, um an die Macht zu gelangen.

Diese Sichtweise verhinderte zudem unter Brüning eine Regierungsbeteiligung der Deutschnationalen zu einem Zeitpunkt, als die NSDAP noch keinen starken parlamentarischen Faktor darstellte. Im Bewusstsein seiner größten Niederlage und in der Stimmung von Enttäuschung und Resignation, zu der er immer wieder neigte, schien Hugenberg diese verpasste Gelegenheit zu bereuen. Treviranus berichtete in der Rückschau von drei Jahrzehnten von einem Gespräch zwischen Brüning und Hugenberg kurz nach Hugenbergs Rücktritt Ende Juni 1933 in der Dahlemer Wohnung von Schmidt(-Hannover). Hugenberg habe Brüning gesagt: „Ich habe zwei ungeheuerliche Dummheiten gemacht: Das eine war, Sie gezwungen zu haben, den Reichstag aufzulösen, statt mit Ihnen zu gehen. Das zweite, dass ich am 30. Januar 33 mich bereiterklärte

175 Aufmarsch des Zentrums, in: *Germania* vom 9. Juni 1932.

176 W[ilhelm] G[ries]: Partei der Ueberparteilichen, in: *Germania* vom 16. Oktober 1932. In ähnlicher Diktion: M[ax] D[omschke]: Ein Rückblick, in: *Germania* vom 5. November 1932.

177 Morsey: *Untergang*, S. 72.

178 Ders.: *Zentrumspartei*, S. 339 f.

179 Ders.: *Untergang*, S. 96.

habe, mit Hitler in die Regierung zu gehen.“<sup>180</sup> Gegenüber Hitler klang er naturgemäß ganz anders, wenn er zum Jahrestag des 30. Januar das eingangs zitierte und angeblich gemeinsame Anliegen herausstellte: „Ich muss Sie heute beglückwünschen, dass Sie diese Mächte [neben dem Zentrum Sozialdemokratie und Kommunismus] ausgeschaltet und ihnen, wie ich hoffe, die Mittel der Wiedererstarkung genommen haben.“<sup>181</sup> Damit waren die beiden Pole beschrieben, zwischen denen er in der Zeit des Nationalsozialismus in seiner Beurteilung der neuen Machthaber hin- und herpendelte.

180 Gottfried Reinhold Treviranus auf einer Tagung der Katholischen Akademie in Bayern, 19. Januar 1963, in: Archiv der Katholischen Akademie in Bayern (AKAB), B1 (Tagungsberichte) Tonband 01.19–20. A 1, III, S. 1, Min. 0–1.55.

181 Alfred Hugenberg an Adolf Hitler, 28. Januar 1934, in: BAK N 1231, 37, Bl. 5.



## **Innenleben einer Blockpartei. Die Thüringer CDU in der DDR und ihre Mitglieder**

**Bertram Triebel**

Als im Frühjahr 1990 in der DDR die ersten freien Wahlen zur Volkskammer anstanden, stritten die Parteien nicht allein um die besten Konzepte für die Zukunft des Landes. Um Wähler zu gewinnen, argumentierten sie auch mit der Vergangenheit des jeweiligen Konkurrenten. Die CDU als Teil der „Allianz für Deutschland“, dem Wahlbündnis mit Demokratischem Aufbruch (DA) und Deutscher Sozialer Union (DSU), warf der SPD mit dem Slogan „Nie wieder Sozialismus“ mangelnden Willen zur Erneuerung vor und unterstellte ihr zudem eine Nähe zur PDS, die aus der SED hervorgegangen war.<sup>1</sup> Im Gegenzug thematisierten die Sozialdemokraten mit der Formel „SED+CDU: Partner seit 1949“ die Vergangenheit der CDU als Blockpartei. Daran erinnerte auch das „Bündnis 90“ mit dem Plakat „Wer bei Honecker BLOCKflöte gelernt hat, kann in keiner Demokratie die erste Geige spielen“.

Mit dem Wahlsieg der Union am 18. März verschwanden die Vorwürfe nicht. Ihr haftete weiter das Image der „Blockflöte“ an, was vor allem in den frühen 1990er Jahren wiederholt zu Diskussionen über die Rolle der Partei in der DDR führte.<sup>2</sup> Die CDU wies die Anschuldigungen stets als zu verallgemeinernd zurück und hob hervor, dass man zwischen SED-loyaler Führung und systemkritischer Basis differenzieren müsse.<sup>3</sup> Nach dieser öffentlichen Präsenz rückte das Thema zunehmend in den Hintergrund, ohne gänzlich zu verschwinden. Interessanterweise regten die öffentlichen Debatten bislang kaum Historiker an, sich mit der Geschichte der CDU als Blockpartei seit den 1950er Jahren zu

- 
- 1 Zum Wahlkampf der Parteien und den verwendeten Parolen vgl. Wolfgang Jäger/Michael Walter: *Die Allianz für Deutschland. CDU, Demokratischer Aufbruch und Deutsche Soziale Union 1989/90*. Köln 1998; Andreas Rödder: *Deutschland einig Vaterland. Die Geschichte der Wiedervereinigung*. München 2009, S. 216–225 sowie die Plakatsammlung der Stiftung Aufarbeitung unter <https://www.bundestiftung-aufarbeitung.de/vollkammerwahlen1990-3923.html> (Abruf: 26. August 2019).
  - 2 Siehe etwa Christian von Dittfurth: *Blockflöten. Wie die CDU ihre realsozialistische Vergangenheit verdrängt*. Köln 1991.
  - 3 Vgl. exemplarisch CDU-Bundesgeschäftsstelle (Hg.): *Freiheit in Verantwortung. Grundsatzprogramm der CDU Deutschlands*, beschlossen vom 5. Parteitag in Hamburg 20.–23. Februar 1994. Bonn 1994, S. 4. Siehe zum Geschichtsbild der CDU zudem Frank Bösch: *Macht und Machtverlust. Die Geschichte der CDU*. Stuttgart u. a. 2002, S. 58 und Thomas Sauer: *Die CDU*, in: Karl Schmitt/Torsten Oppelland (Hg.): *Parteien in Thüringen. Ein Handbuch (Handbücher zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien 16)*. Düsseldorf 2008, S. 41–139, hier 66 f.

befassen.<sup>4</sup> Stattdessen konzentrierte sich die Forschung auf die anderen zwei Phasen der Parteigeschichte – die Gründung und Transformation der CDU in der Nachkriegszeit sowie deren Demokratisierung in der Friedlichen Revolution 1989/1990. Der Artikel beschäftigt sich mit der mehr als 30 Jahre umfassenden Periode als Blockpartei anhand der CDU in den Bezirken Erfurt, Gera und Suhl, die im August 1952 aus dem Thüringer Landesverband hervorgegangen waren.<sup>5</sup> Im Mittelpunkt steht die Mitgliederpolitik als ein zentrales Handlungsfeld der Blockpartei CDU. Dabei geht es zum einen um die Mitgliederentwicklung und -werbung der Union. Zum anderen werden die Basis – sprich die Mitglieder ohne Parteiamt beziehungsweise mit ehrenamtlichen Funktionen – und ihr Partei- alltag beleuchtet, verbunden mit der Frage, inwiefern es der Führung gelang die „Unionsfreunde“ in das sozialistische System zu integrieren.

### *Die CDU als Blockpartei in der DDR*

In offiziellen Verlautbarungen galt das politische System der DDR stets als „sozialistische Demokratie“.<sup>6</sup> Sie basierte auf der marxistisch-leninistischen Ideologie und verstand sich als Gegenmodell zur „bürgerlichen Demokratie“ im westlichen Ausland. Zentral für die Ordnung war die herausgehobene Stellung der SED als „Partei der Arbeiterklasse“. Ihr untergeordnet waren die vier anderen Parteien CDU, LDPD, NDPD und DBD, die wahlweise als „Bündnispartner“ oder auch als „befreundete Parteien“ der SED bezeichnet wurden. Der heute in Öffentlichkeit und Wissenschaft gängige Begriff „Blockparteien“ war dagegen formal weniger gebräuchlich, er bezog sich auf die Zusammenarbeit der Parteien in einem „Block“ unter Führung der SED.<sup>7</sup> Aufgabe der

4 Den Forschungsstand beleuchtet detailliert Oliver Salten: Die CDU in der DDR im Lichte der Forschung (1990–2015), in: Historisch-Politische Mitteilungen (HPM) 22 (2015), S. 343–408.

5 Siehe dazu ausführlich die Studie des Autors: Die Thüringer CDU in der SBZ/DDR – Blockpartei mit Eigeninteresse. Sankt Augustin/Berlin 2019.

6 Zur „sozialistischen Demokratie“ aus marxistisch-leninistischer Perspektive siehe Friedel Harder u. a.: Die Rolle der mit der SED befreundeten Parteien im politischen System der DDR, in: Staat und Recht 4/1986, S. 275–287 und Klaus Sorgenicht: Die kameradschaftliche Zusammenarbeit der SED mit den befreundeten Parteien im Demokratischen Block und in der Nationalen Front der DDR – ein wichtiger Faktor zur allseitigen Stärkung der Arbeiter- und Bauern-Macht, in: Probleme des Friedens und des Sozialismus 21 (1978), S. 1334–1340. Für die westliche Analyse vgl. Peter Joachim Lapp: Die „befreundeten Parteien“ der SED. DDR-Blockparteien heute. Köln 1988.

7 Im Juli 1945 schlossen sich SPD, KPD, CDU und LDP zur „Einheitsfront der antifaschistischen demokratischen Parteien“ zusammen. Nach den Beitritten der Massenorganisationen und der 1948 gegründeten NDPD und DBD hieß das Gremium ab Juni 1949 „Demokratischer Block der Parteien und Massenorganisationen“. Vgl. dazu ausführlich Siegfried Suckut: Blockpolitik in der SBZ/DDR 1945–1949. Die Sitzungsprotokolle des zentralen Einheitsfront-Ausschusses (Mannheimer Untersuchungen zur Politik und Geschichte der DDR 3). Köln 1986.

Blockparteien war es in der „sozialistischen Demokratie“ ausdrücklich nicht, eigenständige Programme zu entwickeln und für deren Umsetzung Mehrheiten anzustreben. Sie hatten allem voran eine integrative Funktion. Als „Transmissionsriemen“ sollten die Blockparteien sowohl ihre Mitglieder als auch das ihnen nahestehende gesellschaftliche Umfeld in das System einbinden. Die CDU war so insbesondere für Christen und „kirchliche Amtsträger“ aber auch für Handwerker, Gewerbetreibende und Unternehmer „zuständig“.

Diese nachrangige Stellung war verbunden mit einem umfassenden Kontroll- und Steuerungsanspruch der SED gegenüber der CDU (und den anderen Blockparteien). Während im Zentralkomitee eine (kleine) Abteilung diese Aufgabe wahrnahm, war auf Bezirks- und Kreisebene ein Mitarbeiter im Geschäftsbereich des jeweiligen 1. Sekretärs für die „befreundeten Parteien“ zuständig.<sup>8</sup> Bei der Überwachung der CDU spielte auch das Ministerium für Staatssicherheit (MfS) eine wichtige Rolle. Dessen Offiziere sammelten Informationen über Personen und Geschehnisse in der Union und ermittelten gegen nonkonforme Mitglieder und Funktionäre. Dafür unterhielt die Staatssicherheit in der Regel zu den Bezirksvorsitzenden offizielle Kontakte und warb zugleich auf allen Parteiebenen Informanten. Interessant für eine Zusammenarbeit waren vor allem Inhaber zentraler Positionen, da sie das Parteileben überblickten und Einflussmöglichkeiten besaßen. Im CDU-Verband im Bezirk Erfurt beispielsweise waren drei von vier stellvertretenden Vorsitzenden, die zwischen 1953 und 1989 amtierten, als „Inoffizielle Mitarbeiter“ (IM) verpflichtet. Nach dem Mauerbau im August 1961 stellte die CDU allerdings keinen Schwerpunkt bei der Überwachungstätigkeit der Staatssicherheit dar, dafür verhielt sich die Mehrheit der Mitglieder und Funktionäre zu unauffällig.

Die CDU wiederum orientierte sich als Blockpartei strukturell und ideell an der SED. Dem „demokratischen Zentralismus“ entsprechend lag die Handlungs- und Entscheidungshoheit bei der Führung in Berlin, deren Beschlüsse für die nachrangigen Parteiorganisationen verbindlichen Charakter besaßen. Inhaltlich positionierte sich die CDU im systemtypischen Duktus als „Partei des Friedens, der Demokratie und des Sozialismus“<sup>9</sup>. Dass die Union ihre mindermächtige

8 Zur Entwicklung der ZK-Abteilung „Befreundete Parteien“ vgl. Peter Joachim Lapp: Gerald Götting – CDU-Chef in der DDR. Eine politische Biografie. Aachen 2001, S. 108 f. Zum Aufbau der SED-Kreis- und Bezirksleitungen siehe Lutz Prieb: Die Kreisleitungen der SED im politischen Herrschaftssystem – ihre Strukturen und Aufgaben. Ein Überblick, in: Deutscher Bundestag (Hg.): Machtstrukturen und Entscheidungsmechanismen im SED-Staat und die Frage der Verantwortung (Materialien der Enquete-Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“ II/4) Baden-Baden 1995, S. 2464–2508, hier 2495 sowie Heinz Mestrup: Aufbau und Struktur der SED in den thüringischen Bezirken, in: Heinrich Best/Heinz Mestrup (Hg.): Die Ersten und Zweiten Sekretäre der SED. Machtstrukturen und Herrschaftspraxis in den thüringischen Bezirken der DDR. Weimar u. a. 2003, S. 70–173, hier 128 und 159.

9 Satzung der CDU in der DDR (1982) S. 1.

Rolle in der politischen Ordnung der DDR akzeptierte, hieß aber nicht, dass sie immer im Konsens mit der Staatspartei handelte. Die CDU verfolgte in den Grenzen des Systems auch eigene Interessen. Diese Ambivalenz trat nicht zuletzt bei ihrer Mitgliederentwicklung zu Tage. Sie war geprägt von den Vorgaben der SED, wobei sich die Union regelmäßig über Anordnungen hinwegsetzte.

*Im Schatten der SED: Die Mitgliederentwicklung der CDU  
im Thüringer Raum*

Für die CDU als mindermächtige Blockpartei hatte die Mitgliederzahl eine hohe Bedeutung. Zum einen ging es um den Selbsterhalt im Schatten der omnipräsenten SED. Zum anderen ergaben sich nur mit mehr Mitgliedern zusätzliche Möglichkeiten, politisch mitzuwirken, allen voran in den Orten, wo neue Parteigruppen entstanden.

Wie schwer es war, an der Seite der SED zu bestehen, erlebte die CDU vor allem in den 1950er Jahren. Damals verzeichnete die Partei einen gravierenden Mitgliederrückgang. Er war der Transformation zur Blockpartei geschuldet. Bei diesem Prozess etablierte die CDU eine zentralistisch ausgerichtete Struktur, gab ihre programmatische Eigenständigkeit auf und erkannte die „führende Rolle“ der SED an. Gleichzeitig wurden andersdenkende Mitglieder und Politiker verfolgt.<sup>10</sup> Viele „Unionsfreunde“ lehnten den Wandel ab und kehrten der Partei den Rücken, so auch in Thüringen. Nachdem bereits der Landesverband seit 1949 stetig an Mitgliedern verloren hatte, übernahmen die Bezirksverbände Erfurt, Gera und Suhl als dessen Nachfolger dieses Problem. Zwischen 1952 und 1958 büßte der Erfurter Bezirksverband etwas mehr als ein Drittel seiner Mitglieder ein (von 18.645 auf 12.256).<sup>11</sup> Damit gehörte er aber weiter zu den größten, sprich mitgliederstärksten regionalen Verbänden der CDU in der DDR. Diese Position hing mit dem vergleichsweise starken Rückhalt im katholischen Eichsfeld zusammen, den die Union – trotz der demonstrativen Distanz der Amtskirche –

10 Siehe dazu Günter Buchstab (Hg.): Verfolgt und entrechtet. Die Ausschaltung Christlicher Demokraten unter sowjetischer Besatzung und SED-Herrschaft 1945–1961. Düsseldorf 1997 und ders.: Widerspruch und widerständiges Verhalten der CDU in der SBZ/DDR, in: Deutscher Bundestag (Hg.): Möglichkeiten und Formen abweichenden und widerständigen Verhaltens und oppositionellen Handelns, die friedliche Revolution im Herbst 1989, die Wiedervereinigung Deutschlands und Fortwirken von Strukturen und Mechanismen der Diktatur (Materialien der Enquete-Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“ VII/1). Baden-Baden 1995, S. 504–539.

11 Diese und alle folgenden Zahlen geben die Mitgliederstände am Ende des jeweiligen Jahres wieder. Sie stammen aus der offiziellen Mitgliederstatistik der CDU in der DDR. Sie ist wie jede andere Aufstellung kritisch zu betrachten, zumal sie – wie noch dargestellt wird – zahlreiche „Karteileichen“ verzeichnete. Vgl. Mitgliederzahl der CDU, Statistik vom 13. September 1990, in: Archiv für Christlich-Demokratische Politik (ACDP) Bestand CDU in der SBZ/DDR 07-011-3857.



nach wie vor genoss.<sup>12</sup> Die Bezirksverbände Gera und Suhl hingegen zählten zu den kleineren Parteioorganisationen. Im angesprochenen Zeitraum ging in Gera der Stamm an „Unionsfreunden“ um 27 Prozent zurück (von 5.694 auf 4.167), in Suhl um 26 Prozent (von 4.980 auf 3.686). Solche Einbrüche hatte die CDU in der DDR überall zu verzeichnen, insgesamt verlor die Partei in den sechs Jahren knapp 35 Prozent ihrer Mitglieder (von 152.821 auf 99.372). Unter diesem Aderlass litt das Parteileben der Union massiv, wie die Situation in der Ortsgruppe Wolframshausen im Kreis Nordhausen im Bezirk Erfurt zeigt.<sup>13</sup> Sie verlor im Jahr 1958 innerhalb kurzer Zeit acht Mitglieder. Zunächst erklärte der Vorsitzende seinen Austritt – die Union sei zu „SEDistisch“ geworden. Ihm missfiel unter anderem, dass die Parteiführung die von der SED propagierte Jugendweihe als Ersatz für Firmung und Konfirmation unterstützte. Zugleich verließen zwei Brüder die CDU, um Nachteile für ihre berufliche Laufbahn zu vermeiden. Vier „Unionfreunde“ aus Wolframshausen begründeten ihre Austritte vieldeutig damit, dass sie sich für einen „anderen Weg“ entschieden hätten. Zudem verließ der stellvertretende OG-Vorsitzende das Land. Dieser rapide Schwund lähmte die politische Arbeit der Ortsgruppe, da niemand der verbliebenen Mitglieder die vakanten Leitungsfächer übernehmen wollte.

Die Führung der CDU versuchte den Abwärtstrend mit besserer „politisch-ideologischer Arbeit“ zu stoppen. So sollten allen voran die Kreissekretäre austrittswillige Mitglieder vom Verbleib in der CDU überzeugen. Ließ sich jemand nicht umstimmen, waren die Funktionäre angehalten, den Verlust durch Gewinnung eines neuen Mitglieds auszugleichen. Diese Vorgaben erfüllten viele Kreissekretäre allerdings nicht. In ihrem Bericht über die Mitgliederentwicklung 1958 kritisierte die Parteileitung in Berlin beispielsweise den Kreisverband Weimar-Land für seine schlechte Mitgliederarbeit. Der Vorstand habe sich weder mit den 50 Austritten beschäftigt noch die Werbung von neuen „Unionsfreunden“ forciert.<sup>14</sup> Im März 1959 beschloss der CDU-Hauptvorstand in Berlin zusätzlich, dass die Bezirks- und Kreissekretariate zukünftig die Mitgliederbewegung systematisch analysieren sollten. Ziel war es, mit Hilfe der Berichte die nachrangigen Parteigliederungen besser anzuleiten.<sup>15</sup> Die Neuaufnahmen

12 Siehe zum katholischen Milieu im Eichsfeld in der DDR jüngst Christian Stöber: *Rosenkranzkommunismus. Die SED-Diktatur und das katholische Milieu im Eichsfeld 1945–1989*. Berlin 2019.

13 Bericht über die CDU-Ortsgruppe Wolframshausen vom 30. Oktober 1958, in: *Der Bundesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR (BStU), MfS, BV Erfurt, AIM 1383/66, Arbeitsvorgang, Bd. 3, Bl. 171 f.*

14 Analyse der Mitgliederbewegung in der CDU im Jahr 1958, Dokument vom 10. März 1959, in: *Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisation der DDR im Bundesarchiv (SAPMO-BArch) Bestand SED, ZK-Arbeitsgruppe „Befreundete Parteien“, DY 30/IV 2/15/49, Bl. 13.*

15 Vgl. ebd., Bl. 23 und *Stärkung und Festigung der Partei durch Gewinnung neuer Mitglieder, SHV-Vorlage zum 18. Februar 1959*, in: *ACDP 07-011-0563.*

fielen indes so niedrig nicht aus.<sup>16</sup> Im Jahr 1958 traten 4.663 Menschen in die CDU ein, die Verbände in den Bezirken Erfurt, Gera und Suhl gewannen insgesamt 859 neue Mitglieder. Diese recht passablen Ergebnisse reichten aber nicht aus, um die Abgänge zu kompensieren – im angesprochenen Jahr registrierte die gesamte Gesamtpartei 9.895 „Abgänge“. In den drei Bezirken beliefen sie sich zusammen auf 1.575, sodass die Partei im Thüringer Raum ein Minus von 716 Anhängern aufwies.<sup>17</sup>

In den folgenden Jahren stabilisierten sich die Mitgliederzahlen der CDU in der DDR bei gut 100.000. Entscheidend dafür war, dass sich die Höhe der „Abgänge“ verringerte.<sup>18</sup> Der Rückgang dürfte weniger an den eingeleiteten Maßnahmen der CDU-Führung gelegen haben. Wahrscheinlicher ist, dass mittlerweile die meisten Mitglieder, die die Transformation der CDU ablehnten, ausgetreten waren. Zudem konnten kritische „Unionsfreunde“ nach dem Mauerbau im August 1961 nicht mehr das Land verlassen. 1962 reduzierten sich beispielsweise die Parteiausschlüsse, die man vorher häufig gegen „Republikflüchtige“ verhängt hatte, auf 267. Neben den sinkenden Abgängen speiste sich die positivere Bilanz auch aus der Tatsache, dass die CDU mehr Mitglieder warb als in den Jahren zuvor.<sup>19</sup> An dieser Entwicklung waren auch die CDU-Verbände in den Bezirken Gera und Suhl beteiligt.<sup>20</sup> Seit 1958 wuchsen sie stetig, 1961 bekannten sich im Bezirk Gera 4.702 Menschen zur Union, in Suhl blickte der Verband auf 3.838 Mitglieder. Die Parteiorganisation im Bezirk Erfurt dagegen büßte weiter an Anhängern ein, wobei der Verlust nicht mehr so drastisch ausfiel wie Mitte der 1950er Jahre. 1961 hatte die CDU dort 12.032 Mitglieder – ein Niveau, das sich in den nächsten Jahren kaum verändern sollte. Dies galt auch für die Mitgliederzahlen der Bezirksverbände Gera und Suhl.

Die Mitgliederentwicklung der CDU verfolgte die SED akribisch. Ihr war es dabei wichtig, dass die Blockpartei in ihrer Größe beherrschbar blieb. Dementsprechend kritisch blickte sie auf Versuche der CDU-Führung, mit konkreten Soll-Vorgaben gegenüber den Bezirksverbänden die Mitgliederzahlen gezielt zu erhöhen.<sup>21</sup> Nachdem die Staatspartei bereits 1955 eine entsprechende Werbekampagne der CDU zu ihrem 10. Jahrestag mehr oder weniger erfolgreich unter-

16 Die Zahl der Neuaufnahmen: Erfurt: 395; Gera: 216; Suhl: 248, vgl. Neuaufnahmen der CDU, Statistik vom 13. September 1990, in: ACDP 07-011-3857.

17 Das Gros der Abgänge kam aus dem CDU-Verband im Bezirk Erfurt (1.106). Moderater fiel die Bilanz in Gera (234) und Suhl (235) aus. Zahlen nach eigener Berechnung mittels Mitgliederzahl der CDU, Statistik vom 13. September, ebd.

18 So 1959: 5.642; 1960: 5.955; 1962: 4.259, vgl. Mitgliederbewegung der CDU im Jahre 1960, Dokument vom 7. Juni 1961, und Mitgliederbewegung der CDU im Jahre 1962, Dokument vom 14. Juni 1963, in: SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/15/49, Bl. 324 und 475.

19 1959: 6.675; 1960: 5.577; 1962: 4.698, vgl. ebd.

20 Vgl. Mitgliederzahl der CDU, Statistik vom 13. September 1990, in: ACDP 07-011-3857.

21 Siehe dazu Mitgliederbewegung der CDU im Jahre 1960, Bericht des Sektors „Befreundete Organisationen“ vom 3. Mai 1960, in: SAPMO-BArch DY 30/IV 2/15/49, Bl. 226 f.

bunden hatte,<sup>22</sup> reglementierte sie ebenso die Mitgliederwerbung der CDU in den 1960er Jahren. Dies erklärt die stagnierenden Mitgliederzahlen der Union für die Zeit nach dem Mauerbau. Einen „Aufnahmestopp“ – wie bislang in der Forschung behauptet – verhängte sie allerdings nicht.<sup>23</sup> Damals kritisierten die Mitarbeiter der ZK-Arbeitsgruppe „Befreundete Parteien“ regelmäßig, dass sich diese zu stark auf die Gewinnung neuer Mitglieder konzentrieren würden.<sup>24</sup> Darunter litt nach Meinung der Genossen die „politisch-ideologische Arbeit“ inner- und außerhalb der Parteien. Daher sollte die CDU wie alle anderen auch keine „organisierte Mitgliederwerbung“ mehr betreiben, wobei die Aufnahme neuer Parteifreunde generell erlaubt blieb.<sup>25</sup> Dementsprechend legte die CDU-Führung erst einmal keine Soll-Zahlen für die Werbung mehr fest. Zugleich waren die Kreisverbände angehalten, Verluste über Neuaufnahmen aufzufangen.<sup>26</sup> Doch schon bald setzte sich die CDU-Führung über die Auflage der SED hinweg und arbeitete wieder mit konkreten Vorgaben zur Steigerung der Mitgliederzahlen. 1971 beispielsweise zog die Parteileitung erst nach „mehrmaligen Eingreifen“

22 So hielt der Kreisverband Heiligenstadt im Bezirk Erfurt an seiner Zielmarke von 200 Neuaufnahmen fest und warb energisch Mitglieder, vgl. Mitteilung der ZK-Abteilung „Befreundete Parteien“ vom 2. März 1955 an Hermann Matern, in: SAPMO-BArch DY 30/IV 2/15/2, Bl. 13.

23 So argumentieren – allerdings ohne Quellenbezug – Michael Richter: Christlich-Demokratische Union (CDU), in: Gerd-Rüdiger Stephan u. a. (Hg.): Die Parteien und Organisation der DDR. Ein Handbuch. Berlin 2002, S. 284–310, hier 297; ders: Rolle, Bedeutung und Wirkungsmöglichkeiten der Blockparteien – die CDU, in: Deutscher Bundestag (Hg.): Machtstrukturen und Entscheidungsmechanismen im SED-Staat und die Frage der Verantwortung (Materialien der Enquete-Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“ II/4). Baden-Baden 1995, S. 2587–2638, hier 2602; Peter Joachim Lapp: Die Blockparteien und ihre Mitglieder, in: Deutscher Bundestag (Hg.): Machtstrukturen und Entscheidungsmechanismen im SED-Staat und die Frage der Verantwortung (Materialien der Enquete-Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“ II/1). Baden-Baden 1995, S. 290–301 und 308–344, hier 328. Differenzierter und auf Grundlage von Dokumenten der ZK-Arbeitsgruppe „Befreundete Parteien“ Siegfried Suckut: Die DDR-Blockparteien im Lichte neuer Quellen, in: Jürgen Weber (Hg.): Der SED-Staat: Neues über eine vergangene Diktatur. München 1994, S. 99–199, hier 112 und ders.: Ost-CDU und LDPD aus der internen Sicht von SED und MfS, in: Jürgen Frölich (Hg.): „Bürgerliche“ Parteien der SBZ/DDR. Zur Geschichte von CDU, LDP(D) und NDPD 1945 bis 1953. Köln 1995, S. 103–121, hier 110f. Er spricht von einem „Verbot aktiver Werbung“ beziehungsweise einer Reduzierung der Mitgliederwerbung durch die SED. In diesem Sinne auch Martin Ribmann: Zur Rolle der Ost-CDU im politischen System der DDR, in: HPM 1 (1994), S. 69–88, hier 73.

24 Siehe beispielhaft Mitgliederbewegung der CDU im Jahre 1964, Bericht vom 31. März 1965, in: SAPMO-BArch DY 30/IV A 2/15/49, und Mitgliederbewegung der befreundeten Parteien 1966, Bericht vom 25. Mai 1967, DY 30/IV A 2/15/3.

25 Mitgliederbewegung der befreundeten Parteien Jahre 1965, ohne Datum, ebd.

26 Im Jahr 1967 beispielsweise verzeichnete die CDU 3.687 Zugänge und 3.649 Abgänge, was einem Plus von 38 Mitgliedern entsprach. Das Verhältnis in den Bezirksverbänden Erfurt 359/376, minus 17 „Unionsfreunde“; Gera 191/209, minus 18 und Suhl 136/115, plus 21, Zahlen nach Statistische Jahresanalyse 1967, Bericht des Sekretariats des Hauptvorstandes (SHV) der CDU vom 13. März 1968, in: SAPMO-BArch DY 30/IV A 2/15/49.

der ZK-Mitarbeiter die zu leistende Norm zurück, nach der jede Ortsgruppe zu Jahresbeginn zwei neue Mitglieder werben sollte.<sup>27</sup> In den folgenden Jahren änderte die SED ihren Kurs und gestand der CDU eine intensivere Mitgliederwerbung zu.

Die CDU-Führung nutzte den größeren Handlungsspielraum und forcierte die Mitgliedergewinnung. Damit strebte sie zum einen eine Verjüngung der Partei an – das damalige Durchschnittsalter der Mitglieder betrug 50 Jahre. Zum anderen ging es ihr um den flächendeckenden Aufbau von Parteigruppen, um den (begrenzten) Einfluss der CDU vor Ort zu steigern. Der beständige Druck aus Berlin zeigte Wirkung. Zwischen 1970 und 1988 vergrößerte sich die Basis bei der CDU im Bezirk Erfurt um knapp 45 Prozent (von 10.551 auf 15.250 Mitglieder), in Gera um 54 Prozent (von 4.559 auf 7.005) und in Suhl gar um 69 Prozent (von 3.648 auf 6.161). Die CDU als Ganzes expandierte in dieser Zeit um 47 Prozent, von 95.293 auf 139.705 Mitglieder. Das Wachstum erklärt sich nicht allein aus zielstrebigem Werben der CDU. Gleichermäßen profitierte sie – wie die anderen Blockparteien auch – von der (Selbst-)Disziplinierung der Menschen nach dem Bau der Berliner Mauer im August 1961.<sup>28</sup> In diesem Zusammenhang hat die bisherige Forschung zur CDU in der DDR hauptsächlich zwei Eintrittsmotive herausgearbeitet<sup>29</sup>, die sich auch bei den „Unionsfreunden“ in den Bezirken Erfurt, Gera und Suhl feststellen lassen. Viele schlossen sich der Partei an, um den Avancen der SED auf systemkonforme Weise zu entgehen. Dass sie sich für die CDU entschieden und nicht für eine andere Blockpartei, lag häufig an ihrer christlichen Prägung. Gerhard Kästner aus Ruhla im Bezirk Erfurt beispielsweise wurde mehrfach von SED-Vertretern auf eine Mitgliedschaft angesprochen. Die Staatspartei war ihm jedoch zu „dogmatisch“, woraufhin er – angeregt durch Kontakte zu Mitgliedern im Ort – 1962 in die CDU eintrat: „Motiviert hat mich einfach, dem Druck der SED zu entfliehen. Dass die mich als Kandidat in ihrer Partei haben wollten. Und das wollte ich nicht.“<sup>30</sup> Des weiteren stießen Menschen zur CDU, weil sie sich politisch einbringen wollten, als Christen aber eine Mitarbeit in der SED ablehnten. Zu ihnen zählte Jörg Kallenbach aus Eisenach im Bezirk Erfurt, der als Abiturient 1972 CDU-Mitglied wurde: „[...] ich komme aus einem christlichem Elternhaus und bin natürlich auch konfirmiert, und der Freund, der hat eben gesagt,

27 Einschätzung der Mitgliederbewegung der CDU im Jahre 1971, Bericht vom 13. März 1972, ebd. Zur Vorgabe der CDU-Führung vgl. Direktive für die Jahreshauptversammlung 1971, SHV-Vorlage zum 30. Dezember 1970, in: ACDP 07-011-0651.

28 Siehe dazu Frank Bösch/Jens Giesecke: Der Wandel des Politischen in Ost und West, in: Frank Bösch (Hg.): *Geteilte Geschichte. Ost- und Westdeutschland 1970–2000*. Göttingen 2015, S. 39–79, hier 53 f.

29 Vgl. Manfred Agethen: *Die CDU in der DDR*, in: Konrad-Adenauer-Stiftung (Hg.): *Kleine Geschichte der CDU*. Stuttgart 1995, S. 201–249, hier 225–227; Lapp: *Blockparteien*, S. 292–294 und Suckut: *DDR-Blockparteien*, S. 117 f.

30 Transkript des Zeitzeugeninterviews mit Gerhard Kästner am 25. Juni 2017, S. 5 f.

also wenn du unter diesen schwierigen politischen Umständen etwas erreichen willst in dieser Gesellschaft, und wir haben sehr viel aufgezählt, was zu verbessern wäre, dann müsstest du vor allen Dingen in die CDU eintreten, um da etwas mitwirken zu können. Und das haben wir ein paar Abende diskutiert und auch unter Beteiligung von anderen, und dann bin ich eben zum Ergebnis gekommen, ja, das wäre eigentlich der richtige Weg.<sup>31</sup>

Trotz der positiven Mitgliederentwicklung erreichte die CDU-Führung ihre Ziele nur teilweise. Einerseits sank zwischen 1970 und 1988 – wie in den drei Bezirksverbänden im Thüringer Raum auch – das Durchschnittsalter der CDU-Mitglieder um 4 auf 46,1 Jahre.<sup>32</sup> Andererseits war die Union 1987 in fast einem Drittel aller Gemeinden der DDR nicht mit einer Parteigruppe vertreten. In diesem Rahmen bewegte sich auch die Präsenz der CDU in den Bezirken Erfurt, Gera und Suhl.<sup>33</sup>

Die SED hatte das stetige Wachstum der CDU genau im Blick. Im Gegensatz zu den vorhergehenden Jahrzehnten versuchte sie allerdings nicht, die Entwicklung zu begrenzen. Wo sie weiter Einfluss ausübte, war das Sozialprofil der Union. Ziel der SED war es, dass sich die CDU entsprechend ihrer integrativen Funktion bei der Mitgliederwerbung auf die ihr zugewiesenen (christlichen) Bevölkerungsgruppen konzentrierte. Besonderes Augenmerk richtete man darauf, dass die Union nur in geringem Umfang Arbeiter warb.<sup>34</sup> Anders als den übrigen Blockparteien war ihr deren Aufnahme (eingeschränkt) erlaubt, sofern die Interessierten einen christlichen Hintergrund hatten. Wie von der SED gefordert, legte die CDU-Führung für die Bezirksverbände regelmäßig fest, sich bei der Mitgliederwerbung auf die erwähnten Gruppen zu konzentrieren. Doch oft erfüllten sie die Erwartungen nicht. Im Frühjahr 1979 beispielsweise monierte die ZK-Abteilung „Befreundete Parteien“ einmal mehr, dass die „Leitungen der CDU“ im zurückliegenden Jahr ungenügende Anstrengungen<sup>35</sup> unternommen hätten, genügend Handwerker und Gewerbetreibende für die Partei zu gewinnen. Als unzureichend befanden die Genossen auch die Aufnahme

31 Transkript des Zeitzeugeninterviews mit Jörg Kallenbach am 3. Mai 2017, S. 1 f.

32 Bei der CDU im Bezirk Erfurt fiel das Durchschnittsalter von 49,5 auf 45,4 Jahre, in Gera von 48,5 auf 45,9 Jahre und in Suhl von 49,4 auf 44,7, vgl. Altersstruktur der CDU, Übersicht vom 13. September 1990, in: ACDP 07-011-3857.

33 Die CDU in den Bezirken Erfurt und Gera unterhielt in gut 69 Prozent der Gemeinden Parteigruppen, der Suhler Verband in knapp 64 Prozent, vgl. Zu einigen Ergebnissen des statistischen Jahresberichtes 1987, SHV-Vorlage vom 23. Februar 1988, in: ACDP 07-011-4468.

34 Zur herrschaftslegitimierenden Bedeutung der „Arbeiter“ für die SED und den daraus resultierenden Praktiken bei der Aufstellung der Mitgliederdaten siehe Michel Christian/Jens Gieseke/Florian Peters: Die SED als Mitgliederpartei. Dokumentation und Analyse (Kommunismus und Gesellschaft 9). Berlin 2019.

35 Information über die Mitgliederbewegung der befreundeten Parteien im Jahre 1978 vom 2. April 1979, in: SAPMO-BArch DY 30/70023, Bl. 29.

von sechs Geistlichen. Verhalten positiv nahmen sie zur Kenntnis, dass weniger Arbeiter als 1977 in die CDU eingetreten waren.

Wenn auch weniger stark als von der SED angestrebt: Die soziale Zusammensetzung der CDU in der DDR veränderte sich, wie ein Blick auf den Bezirksverband Erfurt zeigt. Dort stieg zwischen 1961 und 1988 der Anteil der Handwerker und Gewerbetreibenden unter den Mitgliedern um acht Prozentpunkte (1961: 7,9 Prozent/1988: 15,4 Prozent).<sup>36</sup> In derselben Zeit sanken die Anteile der Arbeiter um gut sechs (1961: 14,3 Prozent/1988: 8,2 Prozent) und der Bauern um vier Prozentpunkte (1961: 17,1 Prozent/1988: 13,9 Prozent). Stetig größer wurde die Gruppe der Angestellten, deren Anteil um 11 Prozentpunkte (1961: 28,2 Prozent/1988: 39,6 Prozent) wuchs. Diese Schicht überließ die SED unter Erich Honecker zunehmend den Blockparteien, nachdem die Angestellten in den 1960er Jahren stärker im Fokus der SED gestanden hatten. Gleichwohl reklamierte die Staatspartei die leitenden Köpfe weiter für sich.<sup>37</sup> Dies galt auch für die Angehörigen der „Intelligenz“. Dennoch stieg deren Anteil bei der CDU im Bezirk Erfurt um 10 Prozentpunkte (1961: 7,3 Prozent/1988: 17,9 Prozent). Zu den Angestellten beziehungsweise der „Intelligenz“ zählten die Geistlichen. Sie bildeten allerdings eine Minderheit, in Erfurt bekannten sich 1988 53 Theologen (1961: 23) zur CDU. Zwar bemühte sich die CDU intensiv um sie, hatte dabei aber kaum Erfolg. Nicht im Blickfeld der SED standen die Hausfrauen. Ihre Entwicklung lässt sich für den besagten Zeitraum nicht beziffern, da sie mit den Rentnern in der Mitgliederstatistik bis Ende 1977 eine gemeinsame Gruppe bildeten. Seit 1978 (9,2 Prozent) verringerte sich der Anteil der Hausfrauen unter den Mitgliedern um 4 Prozentpunkte (1988: 5 Prozent).

Ähnlich wie in Erfurt verlief zwischen 1961 und 1988 die qualitative Mitgliederentwicklung bei der CDU im Bezirk Gera und – mit einem signifikanten Unterschied – auch beim Suhler Verband.<sup>38</sup> Dort ging der Arbeiteranteil nicht

36 Die sozialen Kategorien stammen aus statistischen Übersichten der CDU in der DDR, vgl. Sozialstruktur der CDU, Statistik vom 13. September 1990, in: ACDP 07-011-3857. Bei der Einteilung orientierte man sich am ausgeübten Beruf der Mitglieder. Bei einigen Gruppen änderte man im Laufe der Zeit den Zuschnitt. So wurden „Hausfrauen“ und „Rentner“ bis einschließlich 1977 zusammengefasst, danach bildeten „Hausfrauen“ eine eigene Kategorie. Die Rentner ordnete man entsprechend ihrer früheren Tätigkeit den übrigen Gruppen zu. Daneben definierte man 1983/1984 das Profil der „Intelligenz“ um. Damit stieg in der Statistik deren Anteil stark an. Es ist zu vermuten, dass man leitende Angestellte in Staat, Wirtschaft und Landwirtschaft fortan zur „Intelligenz“ zählte.

37 Vgl. zur SED-Mitgliederpolitik seit 1961 Andreas Malycha/Peter Jochen Winters: Die SED. Geschichte einer deutschen Partei. München 2009, S. 412–416 und Heinz Mestrup: Die SED. Ideologischer Anspruch, Herrschaftspraxis und Konflikte im Bezirk Erfurt (1971–1989). Rudolstadt-Jena 2000, S. 267–291.

38 Der Bezirksverband Gera setzte sich 1961 zusammen aus 7 Prozent Handwerker und Gewerbetreibende (1988: 10,4 Prozent), 14,1 Prozent Arbeiter (10,5), 18,1 Prozent Bauern (14,8), 26,3 Prozent Angestellte (39,4), 7,4 Prozent Angehörige der „Intelligenz“ (18,8) und 27,1 Prozent Rentner und Hausfrauen (1978: 8,5, 1988: 6). Unter den Angestellten waren 14 Theologen (1988: 25).

zurück, sondern stieg um fast drei Prozentpunkte an.<sup>39</sup> Neben Suhl verzeichnete die CDU nur noch im Bezirk Magdeburg einen steigenden Arbeiteranteil, wobei dieser mit 0,4 Prozentpunkten deutlich geringer ausfiel. Mit ihrem Sozialprofil bewegten sich die drei Bezirksverbände bis auf zwei Ausnahmen im Rahmen der Gesamtpartei. Die eine betraf Suhl mit seinem gewachsenen Arbeiteranteil. Die andere bestand im Anteil der Bauern unter allen CDU-Mitgliedern in der DDR, der anders als bei den drei Bezirksverbänden insgesamt leicht wuchs. Trotz des Wandels: Die CDU versammelte auch noch Ende der 1980er Jahre unterschiedliche Berufsgruppen. Damit unterschied sie sich von den übrigen Blockparteien, deren jeweiliger Mitgliederstamm homogener ausfiel.<sup>40</sup> Eine weitere Besonderheit war das ausgewogenere Geschlechterverhältnis. Ende 1988 betrug der Frauenanteil der CDU im Bezirk Erfurt 39,1, in Gera lag er bei 45,8 und in Suhl bei 41 Prozent. In der Gesamtpartei waren 45,1 der Mitglieder weiblich.<sup>41</sup> Zum Vergleich: 1989 hatte die SED 36,5 Prozent Frauen in ihren Reihen.<sup>42</sup> Die soziale Breite der CDU lag allen voran an ihrer „Zuständigkeit“ für christliche Bevölkerungskreise, die in allen Schichten vertreten waren. Zudem befolgten die CDU-Funktionäre bei der Mitgliederwerbung die Anweisungen der SED nicht konsequent.

#### *Institutionelles Eigeninteresse: Die Praxis der Mitgliederwerbung*

Die Mitgliederwerbung der CDU folgte einem festen Ablauf entlang der Parteihierarchie. Sie begann beim Sekretariat des Hauptvorstandes in Berlin, der die Mitgliederentwicklung jährlich analysierte und für die Bezirksverbände Anzahl und soziale Stellung der Neuaufnahmen festlegte. Die Verantwortlichen in den Bezirken wiederum schlüsselten die Vorgaben auf die Kreisverbände auf. Dort lag es am Kreissekretär, der als hauptamtlicher Funktionär für die Parteiarbeit vor Ort zuständig war, die Normen zu erfüllen.

Dies war jedoch kein Selbstläufer, viele Angesprochene lehnten den Eintritt in die CDU ab. Ihr Desinteresse begründeten sie häufig mit der Profillosigkeit der Blockpartei und mit der Angst vor beruflichen Nachteilen.<sup>43</sup> Um

39 Der CDU in Suhl gehörten 1961 an: 12,1 Prozent Handwerker und Gewerbetreibende (1988: 13,2 Prozent), 11,4 Prozent Arbeiter (14,1), 19,1 Prozent Bauern (13,2), 25,5 Prozent Angestellte (39,9), 7,6 Prozent Intelligenz (14,5) und 24,4 Prozent Rentner und Hausfrauen (1978: 9,4, 1988: 5,1). Zu den Angestellten gehörten 22 Theologen (1988: 17).

40 Vgl. dazu Peter Joachim Lapp: Soziale Zusammensetzung der Blockparteien, in: Deutschland Archiv (DA) 20 (1987), S. 339–341.

41 Zahlen nach Geschlechtsaufteilung der CDU, Statistik vom 13. September 1990, in: ACDP 07-011-3857.

42 Zum Frauenanteil in der SED siehe Gerd Meyer: Die Machtelite in der Ära Honecker (Tübinger Mittel- und Osteuropastudien – Politik, Gesellschaft und Kultur 3). Tübingen 1991, S. 236.

43 Informationsbericht des BV Erfurt zum 15. Januar 1981, in: ACDP 07-011-2789.

dem Erwartungsdruck dennoch gerecht zu werden, schlugen die Kreissekretäre verschiedene Wege ein. Zum einen beschränkten sie sich bei der Mitgliederwerbung – vor allem in den 1960er Jahren – nicht auf die gesellschaftlichen Gruppen, für die die CDU zuständig war. Sie warben auch in sozialen Schichten, die die SED für sich reklamierte, von Angestellten über Genossenschaftsbauern bis hin zu Wissenschaftlern.<sup>44</sup> Zudem sprachen die CDU-Funktionäre regelmäßig Arbeiter an, was die SED-Repräsentanten in besonderem Maße verärgerte. So hielt sich Gisela Farinski, Kreissekretärin in Eisenach in den 1980er Jahren, gegenüber Arbeitern zurück, nachdem ihr Vorgänger fünf junge Männer mit entsprechender Herkunft in die CDU aufnehmen wollte und dafür harsch vom 1. Sekretär der SED-Kreisleitung kritisiert worden war.<sup>45</sup>

Eine weitere, oft genutzte Maßnahme war die bewusste Werbung von passiven Mitgliedern. Bei ihnen ging es nur um den Parteieintritt, politisches Engagement wurde von ihnen nicht erwartet. Oft überredeten die lokalen Funktionäre Personen aus ihrem sozialen Umfeld, beispielsweise die eigenen Ehefrauen. An diese Praxis erinnert sich Manfred Heise, Vorsitzender des Kreisverbandes Eisenach zwischen 1982 und 1993: „Da hat man natürlich solche Dinge gemacht, dass die Frau mit eintritt, dass der Sohn eintritt, wo der volljährig war. So ist das gemacht worden, so dass man sagen konnte, die Partei hat so und so viele Mitglieder.“<sup>46</sup> Daneben arbeiteten Kreissekretäre wie Erwin Kleyer aus Sömmerda im Bezirk Erfurt mit Zugeständnissen bei den Mitgliederpflichten. Zusammen mit dem Leiter einer ansässigen Produktionsgenossenschaft des Handwerks (PGH), der dem CDU-Kreisvorstand angehörte, gewann er im Jahr 1971 einige Beschäftigte des Betriebs für die Partei mit dem Versprechen, dass sie ihre Beiträge über den Stundenlohn erstattet bekommen sollten.<sup>47</sup> Für eine vorzeigbare Mitgliederstatistik versuchten die Kreissekretäre zudem mittels ideeller und materieller Anreize, Menschen an die CDU zu binden. Auf solche Abmachungen setzte der Kreissekretär von Gera-Land, Gerd Felzmann, als er im Herbst 1982 um Handwerker warb.<sup>48</sup> So sicherte er einem Uhrmacher neben der Gewerbeerlaubnis noch dringend benötigte Materialien zu, sofern er in die CDU eintrat.

44 Vgl. Mitgliederbewegung der CDU im Jahre 1966, Bericht vom 27. April 1967, und Mitgliederbewegung der befreundeten Parteien 1967, Bericht vom 14. Mai 1968, in: SAPMO-BArch DY 30/IV A 2/15/49 und DY 30/IV A 2/15/15.

45 Transkript des Zeitzeugeninterviews mit Gisela Farinski am 30. Mai 2017, S. 35.

46 Transkript des Zeitzeugeninterviews mit Manfred Heise am 31. Mai 2017, S. 21 f.

47 Vgl. Brief von Unruh an Harder vom 4. November 1971, in: Landesarchiv Thüringen (LATH) Hauptstaatsarchiv (HStA) Weimar, Bezirksparteiarchiv (BPA) SED Erfurt, Bezirksleitung der SED Erfurt, IV B/2/15/407, Bl. 133 f.

48 Vgl. Aktivitäten des Bezirks- und Kreisvorstandes der CDU zur Gewinnung neuer Mitglieder, ohne Datum, in: LATH – Staatsarchiv (StA) Rudolstadt, BPA SED Gera, Bezirksleitung der SED Gera, A 8028, Bl. 120 f.



Diese Strategien reichten allerdings nicht aus, um die Vorgaben der Parteileitung zu erfüllen. Für ein ausreichendes Saldo bei der Mitgliederwerbung manipulierten die Verantwortlichen daher auch die statistischen Angaben. Ein Mittel war es, verstorbene oder ausgetretene Mitglieder nicht zu streichen. Erst wenn der Kreisverband neue Mitglieder geworben hatte, bereinigte man die Statistik. Diese Praktiken beschäftigten die CDU in den 1960er Jahren gleich zweimal. Ende 1965 stieß der Hauptvorstand auf zahlreiche „fragliche Mitgliedschaften“ und ordnete für das kommende Jahr eine Überprüfung der Mitgliederdaten an. Infolgedessen reduzierten sich 1966 bei sieben Bezirksverbänden die Mitgliederzahlen merklich.<sup>49</sup> Zu dieser Gruppe gehörten auch die Parteiorganisationen in Erfurt und Suhl, deren jeweiliger Mitgliederbestand um mehr als vier Prozent im Vergleich zu 1965 zurückging.<sup>50</sup> Der Geraer Bezirksverband hatte dagegen keine Einbußen zu verzeichnen.<sup>51</sup> Vier Jahre später, 1970, führte die CDU ein neues Karteiwesen für ihre Mitgliederverzeichnisse ein. Dabei tauchten erneut „ungeklärte Mitgliedschaften“ auf – diesmal in allen drei Bezirksverbänden. Im Vergleich zu 1969 verloren sie bis zu acht Prozent ihrer Mitglieder.<sup>52</sup> Die damaligen Bezirksvorstände wussten in der Regel von den Manipulationen und duldeten sie im eigenen Interesse. Die CDU-Führung im Bezirk Erfurt beispielsweise tolerierte die gefälschten Statistiken aus zwei Gründen.<sup>53</sup> Einerseits wollte sie dem Hauptvorstand keinen Anlass zur Kritik geben. Andererseits fürchtete sie Personalkürzungen im Bezirkssekretariat, wenn die Zahl der Mitglieder unter 12.000 sinken sollte.

Die vom Hauptvorstand angestoßenen Kontrollen beendeten nicht den eigenmächtigen Umgang mit den Mitgliederdaten. Ein markantes Beispiel hierfür ist das Verhalten von Heinz Kurtzahn, Kreissekretär des Kreisverbandes Schleiz im Bezirk Gera.<sup>54</sup> Über mehrere Jahre, beginnend 1977, führte er nicht nur Bür-

49 Es handelte sich neben Erfurt und Suhl um Magdeburg, Halle, Dresden, Leipzig und Karl-Marx-Stadt, vgl. Bericht über die Arbeit der CDU im Jahre 1966, ohne Datum, in: ACDP 07-011-4660 und Mitgliederbewegung der CDU im Jahre 1965, Bericht vom 13. April 1966, in: SAPMO-BArch DY 30/IV A 2/15/49.

50 In Erfurt gingen die Mitgliederzahlen um 528 „Unionsfreunde“ von 12.036 auf 11.508 zurück, in Suhl um 180 „Unionsfreunde“ von 3.888 auf 3.708, vgl. Mitgliederzahl der CDU, Statistik vom 13. September 1990, in: ACDP 07-011-3857.

51 Besaß der Bezirksverband Gera Ende 1965 4.918 Mitglieder, so waren es im folgenden Jahr 4.915.

52 Die CDU im Bezirk Erfurt registrierte 1970 ein Minus von gut 8 Prozent, von 11.496 auf 10.551 Mitglieder, der Verband in Gera büßte 7 Prozent seiner Mitglieder ein, von 4.901 auf 4.559. Die Union im Bezirk Suhl verzeichnete einen Rückgang von gut 3 Prozent, von 3.771 auf 3648 „Unionsfreunde“, Zahlen nach Mitgliederzahl der CDU, Statistik vom 13. September 1990, in: ACDP 07-011-3857.

53 Vgl. Bericht des IM „Franz“ vom 21. Dezember 1963, in: BStU, MfS, BV Erfurt, 1191/61, Teil II, Bd. 3, Bl. 183 f.

54 Vgl. zum Folgenden Brief von Sandberg an Fahl vom 6. Februar 1981; Außerordentliche Sitzung des Bezirkssekretariats Gera der CDU am 19. Januar 1981; Außerordentliche Beratung im Kreisverband (KV) Schleiz am 3. Februar 1981, alle Dokumente in: ACDP 07-011-4216.

ger als Mitglieder, die gar nicht der Partei beigetreten waren, sondern registrierte auch fiktive Personen als „Unionsfreunde“. Die fälligen Mitgliedsbeiträge bezahlte Kurtzahn aus seinen Prämien, sodass die „toten Seelen“ unbemerkt blieben. Die Wahrheit kam Anfang 1981 ans Licht, als der Schleizer Kreisvorstand die „unehrliche Mitgliederwerbung“ feststellte. In der folgenden Untersuchung bedauerte Kurtzahn den Betrug und erklärte sein Handeln mit „Leistungsdruck und falschem Ehrgeiz“. Die Geraer Bezirksführung sanktionierte den langjährigen Funktionär letztlich moderat, ausschlaggebend hierfür war dessen bevorstehender Renteneintritt. Kurtzahn wurde als Kreissekretär abgesetzt, zugleich erhielt er eine Stelle als Instrukteur für Presse- und Literaturvertrieb bei der parteieigenen Zeitung „Thüringer Tageblatt“. Im Sinne dieser auf Integration setzenden Disziplinierung endete auch das anhängige Parteiverfahren milde mit einer „Rüge“.

#### *Vergemeinschaftung vor Ort: Die Basis der Thüringer CDU in der DDR*

Aus Sicht der CDU-Führung stellten die Mitglieder nicht nur eine statistische Größe dar. Ihr Ziel war es auch, das Weltbild der „Unionsfreunde“ im Sinne der herrschenden Ideologie zu prägen und sie zu einem aktiven Einsatz in der „sozialistischen Demokratie“ anzuregen. Die politische Erziehung der Mitglieder erwies sich aus verschiedenen Gründen jedoch als schwierig. Trotz einer distanzierten Haltung stellten sie sich nicht gegen die Ordnung, sondern engagierten sich gemeinschaftlich im vorgegebenen Rahmen für ihr heimisches Umfeld. Das spannungsreiche Verhältnis der Mitglieder zu ihrer Partei ist nicht neu, beide Pole haben aber in der Forschung eine unterschiedlich starke Aufmerksamkeit erhalten. Im Mittelpunkt stand bislang die zögerliche Haltung der Basis gegenüber dem System.<sup>55</sup> Mit den Gründen für ihren Verbleib beschäftigte sich die Wissenschaft dagegen kaum.

Die „politisch-ideologische Arbeit“ an der Basis gehörte zu den vorrangigen Aufgaben der Funktionäre vor Ort, häufig war vom „Kernstück“ der Parteiarbeit die Rede.<sup>56</sup> Ideelle Grundlage bildete das Wertesystem der CDU in der DDR, zu dessen Fixpunkten die Führungsrolle der SED und die (staats)sozialistische Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung zählten. Dementsprechend sollten die Mitglieder zu „sozialistischen Persönlichkeiten“ erzogen werden, die sowohl „klar den Standpunkt des Sozialismus“ als auch das „spezifische(n)

55 Siehe beispielsweise Manfred Agethen: Unruhepotentiale und Reformbestrebungen an der Basis der Ost-CDU im Vorfeld der Wende, in: HPM 1 (1994), S. 89–114, hier 90 f., Richter: CDU, S. 305 f. und Christian Schwiebelmann: Zwischen Fremdsteuerung und Mitverantwortung: Innenansichten der CDU im Norden der DDR, in: HPM 16 (2009), S. 109–153, hier 152 f.

56 Erfolgreiche Gespräche mit parteilosen Christen, in: Union teilt mit 2/1984, S. 17.

Anliegen unserer Partei“ vertraten.<sup>57</sup> Der Ort, an dem die Schulung der „Unionsfreunde“ im Idealfall stattfand, war die monatliche Mitgliederversammlung. Dabei war die Vermittlung offizieller Deutungsmuster zentral gesteuert. Regelmäßig gab das Sekretariat des Hauptvorstands der CDU „Informationen“ an die Bezirkssekretariate und Vorstände der Ortsgruppen heraus, in denen es zu innen- und außenpolitischen Fragen Stellung bezog. Verbunden war damit die Aufforderung, diese Sicht den Mitgliedern nahezubringen. Als beispielsweise im November 1976 der Liedermacher Wolf Biermann nach einem Konzert in Köln aus der DDR ausgebürgert wurde, rechtfertigte die CDU-Spitze entschieden die Maßnahme. Ein wesentliches Argument für die untergeordneten Parteinstanzen lautete: „Der Gesamtcharakter der über drei Stunden dauernden Veranstaltung war ein verleumderischer Angriff auf die DDR.“<sup>58</sup> Im Alltag hakte der Ideologietransfer aber oft. Dies lag an den Vorsitzenden der Ortsgruppen. Teilweise hielten sie aus Zeitmangel – die Tätigkeit war ehrenamtlich – nur unregelmäßig Mitgliederversammlungen ab. Teilweise gestalteten sie aus fehlendem Interesse die Zusammenkünfte nicht entlang der Vorgaben. Symptomatisch forderte Walter Günnel, stellvertretender CDU-Vorsitzender im Bezirk Gera, im September 1983, dass in jeder Ortsgruppe „monatlich Mitgliederversammlungen stattfinden, die ein hohes politisches Niveau haben und in denen möglichst alle Unionsfreunde erfaßt werden“.<sup>59</sup> Für eine wirksame Kontrolle des lokalen Parteilebens reichten wiederum die Ressourcen der Partei nicht. Der Kreissekretär als zuständiger Funktionär konnte allein nicht sämtliche Ortsgruppen des Kreisverbandes anleiten.

Zugleich haderten viele Mitglieder mit der engen Ausrichtung „ihrer“ Partei unter Gerald Götting an der SED. Ihre Kritik äußerten sie unvermittelt, wenn etwa „Unionsfreunde“ aus dem Bezirksverband Suhl im Dezember 1968 die eigene Partei als „Anhängsel der SED“ charakterisierten, oder indirekt, wie im Fall etlicher Vorstände von Ortsgruppen im Bezirk Erfurt, die im Februar 1981 eine zu geringe politische Eigenständigkeit ihrer Partei beklagten.<sup>60</sup> Entsprechend skeptisch begegneten sie den vorgegebenen Interpretationen aktueller Ereignisse. Im Frühjahr 1978 räumte etwa Herbert Lautenbach, Sekretär des Kreisverbandes Weimar, ein, „daß trotz unserer kontinuierlichen und zielgerichteten politisch-ideologischen Arbeit noch nicht alle unsere Mitglieder

57 Bericht des Sekretariats des BV Gera zur erweiterten Bezirksvorstandssitzung am 20. Januar 1972, in: ACDP 03-045-142/1.

58 Information des SHV für die Bezirkssekretariate vom 2. Dezember 1976, in: ACDP 07-011-2352.

59 Redemanuskript von Walter Günnel für Vorstandssitzung des BV Gera am 8. September 1983, in: ACDP 03-045-079/1.

60 Auswertung der Informationsberichte des Bezirksvorstandes der CDU, Dokument vom 11. Dezember 1968, in: LATH – StA Meiningen, BPA SED Suhl, Bezirksleitung der SED Suhl, IV/B-2/15/600 und Informationsbericht des Bezirksverbandes (BV) Erfurt zum 15. Februar 1981, in: ACDP 07-011-2789.

begriffen haben, daß sich trotz des veränderten Kräfteverhältnisses zugunsten des Sozialismus die Klassenauseinandersetzung mit dem Imperialismus und hier speziell mit dem westdeutschen immer mehr zuspitzt“.<sup>61</sup>

Die Unzufriedenheit mit dem Kurs der Union war auch ein Grund, warum ein spürbarer Teil der „Unionsfreunde“ die Mitgliederversammlungen nicht konsequent besuchte und sich somit der politischen Formierung in der Blockpartei entzog. So mieden in den Jahrzehnten nach dem Mauerbau 1961 mindestens 30 Prozent aller Mitglieder die Parteiveranstaltungen.<sup>62</sup> Obwohl die Absenz deutlich geringer ausfiel als in den 1950er Jahren – damals blieben bis zu 70 Prozent der „Unionsfreunde“ zu Hause – war sie für den umfassenden Steuerungsanspruch der CDU-Führung ein stetes Problem.

Der stockende Ideologietransfer traf aber auch die CDU als Organisation. Denn die Mitglieder zweifelten mit den dekretierten Erklärungen zugleich das ihnen zugrundeliegende Werte- und Normensystem der Union an. Neben den bereits erwähnten zwei elementaren Prinzipien gehörten zu den Leitlinien der Partei, bei denen sie sich maßgeblich an der SED orientierte, die Vorstellung von Politik als Kampf von Freund gegen Feind und die Vormacht der Führung in Form des demokratischen Zentralismus. Zugleich bekannte sich die CDU weiter zur christlichen Religion. Solch ein Normensystem lässt sich als Teil einer spezifischen „Organisationskultur“<sup>63</sup> verstehen, die bei vorhandener Akzeptanz handlungsleitend wirken und auf diese Weise den Zusammenhalt einer Organisation stärken kann. Bei der CDU in der DDR gab es aber keinen Konsens über das eigene Selbstverständnis und die damit einhergehende „Parteikultur“. Während viele Mitglieder den christlichen Bezug mittrugen, haderten sie mit den anderen (vorgegebenen) Normen und den daraus folgenden Verhaltens- und Sprechweisen der Funktionäre. Daher fiel es den Mitgliedern schwer, sich aus voller Überzeugung für „ihre“ Partei zu engagieren. Solche Klagen wie über die CDU-Basis im Kreis Sonneberg (Bezirk Suhl) im Dezember 1988 kamen

61 Informationsbericht des KV Weimar vom 4. Mai 1978, in: LATH – HStA Weimar, Nationale Front der DDR, Bezirkssekretariat Erfurt, 933, Bl. 219.

62 1977 verzeichnete die CDU in der DDR mit gut 70 Prozent die höchste Versammlungsbeteiligung nach 1961. In diesem Jahr nahmen im Bezirk Erfurt 74 Prozent der CDU-Mitglieder an den Veranstaltungen teil, in Gera rund 68 und in Suhl 70 Prozent, vgl. Versammlungsbeteiligung der CDU, Statistik vom 13. September 1990, in: ACDP 07-011-3857.

63 Dieser Ansatz zur Analyse des Innenlebens von Organisationen stammt aus der Soziologie und den Wirtschaftswissenschaften. Er ist besonders in der Institutionen- und Unternehmensgeschichte verbreitet, wird aber auch bei der historischen Parteiforschung zunehmend angewendet. Siehe dazu Bernhard Löffler: *Moderne Institutionengeschichte in kulturhistorischer Erweiterung*, in: Hans-Christof Kraus/Thomas Nicklas (Hg.): *Geschichte der Politik. Alte und Neue Wege* (Beihefte der Historischen Zeitung 44). München 2007, S. 155–183, hier 166–174 und Hartmut Berghoff: *Unternehmenskultur und Herrschaftstechnik. Industrieller Paternalismus: Hohner von 1857 bis 1918*, in: GG 23 (1997), S. 167–205, hier 172–180 sowie Andrea Bahr: *Parteiherrschaft vor Ort. Die SED-Kreisleitung Brandenburg 1961–1989* (Kommunismus und Gesellschaft 3). Berlin 2016, S. 146–156.

in den parteiinternen Informationsberichten häufiger vor: „Die Einbeziehung aller Mitglieder in die verschiedenen Formen der Parteiarbeit hat sich ebenfalls verbessert, ist aber noch nicht zufriedenstellend.“<sup>64</sup>

Die Binde- und Mobilisierungskräfte der CDU in der DDR litten noch unter zwei weiteren Aspekten. Zum einen fürchteten die Mitglieder um die dauerhafte Existenz der Union in der „sozialistischen Demokratie“. Besonders ausgeprägt war diese Angst – wie bei den anderen Blockparteien auch – in den 1960er und 1970er Jahren, was mit dem jeweiligen Kurs der SED zusammenhing. Strebte Walter Ulbricht nach dem Mauerbau eine „sozialistische Menschengemeinschaft“ ohne Klassen und Schichten an, so verwies Erich Honecker auf die beständig wachsende Führungsrolle seiner Partei in Staat und Gesellschaft.<sup>65</sup> Die Mitglieder beurteilten die Stellung der CDU im System anhand der eingenommenen Posten. Musste die Partei ein Amt abgeben, kam Unruhe an der Basis auf. Als beispielsweise die SED im Herbst 1976 Gerald Götting als Präsident der Volkskammer absetzte, fragten einige „Unionsfreunde“ sorgenvoll: „Hat die CDU im Sozialismus-Kommunismus noch eine Perspektive?“<sup>66</sup> Zum anderen erlebten die Mitglieder wegen ihrer CDU-Zugehörigkeit immer wieder persönlich Benachteiligungen, vor allem im Berufsleben. Diese Erfahrung machte eine Krankenschwester in Bad Salzungen, die sich in der Union engagierte. Als sie sich im Frühjahr 1983 für die Leitung der Schwesternschaft interessierte, wurde ihr signalisiert, dass sie als CDU-Mitglied nicht geeignet sei.<sup>67</sup>

Trotz des latenten Missmuts blieben die meisten Mitglieder in der CDU. Was heute unverständlich wirkt, ergab aus damaliger Perspektive aus mindestens zwei Gründen Sinn. Zunächst bewies man als „Unionsfreund“ formal die allseits geforderte Systemloyalität. Für einen Verbleib sprach außerdem die soziale Bindung an die lokale Parteigruppe. Diese nahmen die Mitglieder als eine Gemeinschaft von Gleichgesinnten wahr, mit denen man offener über die eigenen politischen Ansichten reden konnte. Bei ihren Diskussionen ging es um

64 Protokoll der Sitzung des Sekretariates des Bezirksvorstandes Suhl am 21. November 1988, in: ACDP 07-011-5940.

65 Vgl. Suckut: DDR-Blockparteien, S. 105 f. und speziell zur LDPD Thomas Widera: Die LDPD in der DDR als Blockpartei der SED – ein Problemaufriss, in: Ewald Grothe u. a. (Hg.), Liberalismus-Forschung nach 25 Jahren. Bilanz und Perspektiven. Baden-Baden 2016, S. 97–123, hier 108. Zur ideologischen Ausrichtung der SED in dieser Zeit vgl. Sigrid Meuschel: Legitimation und Parteihegemonie. Zum Paradox von Stabilität und Revolution in der DDR 1945–1989. Frankfurt am Main 1992, S. 183–192 und 221–229.

66 Zur Lage und Situation innerhalb der CDU im Zusammenhang mit den Wahlen zur Volkskammer und den Bezirkstagen, Aktenvermerk vom 23. Dezember 1976, in: BStU, MfS, HA XX/AKG Nr. 1366, Bl. 102.

67 Aktennotiz vom 6. Juli 1983 zur Eingabe der Kollegin H., in: LATH – HStA Weimar, BPA SED Erfurt, Bezirksleitung der SED Erfurt, IV E/2/15/20. Siehe auch die bekannte Liste des Sekretariats des Hauptvorstandes der CDU von Anfang März 1978 über Benachteiligungen von CDU-Mitgliedern und parteilosen Christen in der DDR, abgedruckt bei Suckut: DDR-Blockparteien, S. 167–177.

alltägliche Probleme wie den schlechten Zustand der öffentlichen Infrastruktur oder Engpässe bei bestimmten Produkten, das Herrschaftssystem hingegen stellen sie nicht infrage. „Da konnten wir über solche Missstände eigentlich reden, so lange sie nicht die Politik [gemeint der SED sowie ihre herausgehobene Stellung in der DDR, B. T.] betraf“<sup>68</sup>, erläutert Hans-Peter Häfner, CDU-Mitglied in Vacha im Bezirk Suhl. Gemeinschaftsbildend waren zudem die Arbeitseinsätze für das eigene Umfeld. In ihrer Freizeit sanierten die Mitglieder zusammen Straßen, beseitigten Sturmschäden oder unterstützten den Bau von kommunalen Einrichtungen wie Kindergärten und Kulturhäuser. Eingebettet war dieses Engagement gewöhnlich im jährlichen Wettbewerb der Nationalen Front „Schöner unsere Städte und Gemeinden – Mach mit!“<sup>69</sup> Die CDU-Mitglieder ließen sich aber weniger von den ausgerufenen Zielen leiten, sondern handelten aus lokaler Verbundenheit gepaart mit dem Interesse an besseren Lebensverhältnissen. Diese Motive zeigen sich in Erinnerungen von Zeitzeugen. In einem Gespräch betonte beispielsweise Willibald Böck, Bürgermeister von Bernterode im Eichsfeld in den 1980er Jahren, dass „wir im Ort viel unternommen [haben], um ihn zu verschönern, haben ausgeschachtet, Bürgersteige gebaut und vieles mehr“.<sup>70</sup> Das Engagement der Mitglieder konnte wiederum andere im Ort anregen, sich ihnen anzuschließen. Mit der Gemeinschaft, die die CDU in ihrer Gemeinde bildete, begründete auch Christine Lieberknecht ihren Beitritt: „Ich war 1981 in die Partei eingetreten, weil ich gehofft hatte, in der CDU ließen sich in wenigstens in bescheidenen Ansätzen eigene Akzente setzen, und weil in Ramsla nahe Weimar, dort, wo ich mit meiner Familie wohnte, Menschen in der CDU mitmachten, die mich persönlich überzeugten: bodenständige Bauern und private Handwerker, unsere Kirchenältesten und auf Kreisebene auch befreundete Pastoren.“<sup>71</sup>

Aktive Ortsgruppen waren daher nicht nur eine politische Gruppierung, sondern auch eine soziale Interessengemeinschaft. Als solche verankerten sie die Union gesellschaftlich und übernahmen damit die Rolle von klassischen Vorfeldorganisationen wie parteinahe Vereine und Verbände, die es in der DDR nicht gab.<sup>72</sup> Angesichts der stärkeren sozialen Bindung der Mitglieder an die

68 Transkript des Zeitzeugeninterviews mit Dr. Hans-Peter Häfner am 30. Mai 2017, S. 6.

69 Zur Geschichte des Wettbewerbs sowie zu dessen Aneignung durch die Menschen in der DDR siehe Jan Palmowski: Die Erfindung der sozialistischen Nation. Heimat und Politik im DDR-Alltag (Kommunismus und Gesellschaft 4). Berlin 2016, S. 165–193.

70 Interview mit Willibald Böck, in: Mike Mohring (Hg.): 60 Jahre CDU in Thüringen. Erfurt 2005, S. 25–28, hier 26.

71 Christine Lieberknecht: Der Weimarer Brief und die Erneuerung der Ost-CDU, in: Andreas Dornheim/Stephan Schnitzler (Hg.): Thüringen 1989/90. Akteure des Umbruchs berichten. Erfurt 1995, S. 267–273, hier 267.

72 Diese Ersatzfunktion stellt Frank Bösch: Die Krise als Chance. Die Neuformierung der Christdemokraten in den siebziger Jahren, in: Konrad Jarausch (Hg.): Das Ende der Zuversicht? Die siebziger Jahre als Geschichte. Göttingen 2008, S. 296–309, hier 300 auch bei

Partei und deren Aktivitäten haben Historiker die Ortsgruppen als „Geselligkeitsverein“ oder „unpolitische Bürgerinitiative“ charakterisiert.<sup>73</sup> Diese Einschätzungen greifen aber zu kurz, die CDU-Ortsgruppen waren aus mindestens zwei Gründen stets auch politische Akteure. Zum einen agierten die Mitglieder nicht in einer „Nische“ fern des Systems. Vielmehr nahmen sie mit ihren Arbeitseinsätzen genau die Rolle ein, die ihnen die SED in der politischen Ordnung zuwies. Damit trugen die „Unionsfreunde“ unweigerlich zur Stabilisierung des Systems bei, auch wenn sich ihr Engagement aus anderen Motiven speiste.<sup>74</sup> Die politische Dimension der Arbeitseinsätze zeigte sich deutlich im offiziellen Selbstbild der CDU. In der parteieigenen Zeitschrift *Union* teilt mit, die sich an alle ehren- und hauptamtlichen Funktionäre richtete, erschien gewöhnlich am Heftende eine Bildreportage über eine Ortsgruppe, ihre Mitglieder und deren politische Tätigkeiten. Bild und Text präsentierten den Verband modellhaft als eine lokal verwurzelte Institution, die das sozialistische Gemeinwesen mitgestaltete und von der Bevölkerung geschätzt wurde. Ein Beispiel hierfür ist das Porträt der Ortsgruppe in der Gemeinde Lindau im Bezirk Gera, das im Februar 1985 erschien. Ihre Leistungen – unter anderem bei der Renovierung der ansässigen Gaststätte – stellte die Redaktion als die „sehenswerten Spuren des Mach-mit-Fleißes christlicher Demokraten“ dar.<sup>75</sup>

Zum anderen konnten besonders umtriebige Ortsgruppen den Argwohn von SED und MfS wecken. Dies verdeutlicht der Umgang mit Harald Wehner, Vorsitzender der CDU-Ortsgruppe in Dermbach im Bezirk Suhl. Sein Anliegen war es, die *Union* zu einer bestimmenden politischen Kraft in der Gemeinde zu entwickeln. Dafür warb er unentwegt neue „Unionsfreunde“, sodass sich die Ortsgruppe seit seinem Amtsantritt 1979 enorm vergrößerte. Zählte sie damals 60 Mitglieder, so waren es Anfang 1984 150.<sup>76</sup> Wehners Engagement ließ die Staatssicherheit aktiv werden, die den Führungsanspruch der SED in Gefahr sah. Ziel der Überwachung, die 1980 unter dem Decknamen „Querulant“ einsetzte, war es, den Einfluss des umtriebigen Politikers in der Gemeinde zu begrenzen

---

der westdeutschen CDU in den 1970er Jahren fest, wenngleich aus einem anderen Grund. In dieser Zeit büßten die „alten“ Milievereine und -verbände langsam an Attraktivität ein, an ihre Stellen traten Parteiorganisationen. Siehe zur Bedeutung von gesellschaftlichen Organisationen für die Milieubildung Bösch: *Das konservative Milieu*.

73 Diese Zuschreibungen stammen von Helge Matthiesen: *Greifswald in Vorpommern. Konservatives Milieu im Kaiserreich, in Demokratie und Diktatur 1900–1990* (Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und politischen Parteien 122). Düsseldorf 2000, S. 558 und Jan Schönfelder: *Die Ost-CDU in lokalen Konflikten am Beispiel des Kreises Pößneck*, in: *epdD* 20/2012, S. 30–37, hier 34.

74 Palmowski: *Erfindung der sozialistischen Nation*, S. 199 sieht im „Mach mit!“-Wettbewerb ein „zentrales strategisches Mittel“ der SED, mit dem sie ihre Herrschaft auf „diskrete Weise“ ausübte.

75 *Union* teilt mit, Nr. 2/1985, Umschlagseite.

76 Zahlen nach Sachstandsbericht zum OV „Querulant“ vom 17. Januar 1984, in: *BSU, MfS, BV Suhl, AOP „Querulant“*, 840/87, Bd. 2, Bl. 6.

und ihn von seinem Parteiamt abzulösen.<sup>77</sup> Dafür veranlasste das MfS die SED, einen hauptamtlichen Parteisekretär im Ort zu installieren und die zurückhaltende Bürgermeisterin abzusetzen. Parallel dazu versuchte die Geheimpolizei Wehner zu diskreditieren, etwa über absichtlich gestreute Gerüchte. Darüber hinaus brachte das MfS zwei Informanten in der CDU gegen Wehner in Stellung. Sie berichteten ausführlich über seine politischen Pläne und intrigierten gegen ihn in der Partei. Trotz dieser Maßnahmen hielt sich Wehner als Vorsitzender, was vor allem an seinem Rückhalt in der Ortsgruppe lag. Erst im März 1989 kündigte Wehner desillusioniert an, dass er bei den Vorstandswahlen 1990 nicht mehr antreten werde. Vorausgegangen war ein Streit mit dem Rat der Gemeinde um die Anzahl der CDU-Mandate für das Gremium bei der anstehenden Kommunalwahl im Mai 1989.<sup>78</sup> Dabei hatte sich der Rat durchgesetzt, sodass die Partei den bisher von Wehner eingenommenen Sitz verlor. Als wenige Monate später durch die landesweiten Demonstrationen die herrschende Ordnung zusammenbrach, blieb Wehner politisch aktiv und wurde im Mai 1990 zum Bürgermeister von Dermbach gewählt.<sup>79</sup>

### *Schluss*

Als mindermächtige Blockpartei konnte die CDU in der DDR nicht allein über ihre qualitative wie quantitative Mitgliederentwicklung entscheiden. Beständig nahm die SED Einfluss auf die Werbeaktivitäten ihres „Bündnispartners“. Dabei legten die CDU-Bezirksverbände Erfurt, Gera und Suhl wiederholt institutionelles Eigeninteresse an den Tag und übergaben Vorgaben, ohne generell die bestehende Hierarchie zwischen beiden Parteien infrage zu stellen. So bemühte sich die CDU-Führung kontinuierlich, die eigenen Mitglieder in das staatssozialistische System einzubinden. Ein Großteil von ihnen lehnte allerdings die vorgegebenen Deutungs- und Handlungsmuster aus mangelndem Konsens über die Parteikultur ab. Dies bedeutete aber nicht, dass die „Unionsfreunde“ inaktiv geblieben wären. In ihrer Ortsgruppe engagierten sie sich gemeinschaftlich – im Rahmen der herrschenden Ordnung – für das heimische Umfeld.

Mit dem revolutionären Umbruch im Herbst 1989 emanzipierte sich die CDU von der SED und erneuerte sich programmatisch, strukturell und personell. Im Zuge dieses Wandels sanken erstmals seit 1970 die Mitgliederzahlen der drei ausgewählten Bezirksverbände auf zusammen 27.378 „Unionsfreunde“. Im

77 Vgl. dazu und zum Folgenden Kurzeinschätzung des operativen Sachstandes zum OV „Querulant“ vom 26. Februar 1986, ebd., Bd. 3, Bl. 3–7.

78 Mündlicher Bericht des IMB „Friedrich Otto“ vom 18. Januar 1989 sowie vom 7. Februar 1989, in: BStU, MfS, BV Suhl, AIM „Friedrich Otto“, 210/94, Teil II, Bd. 1, Bl. 177 f. und 183.

79 Vgl. Chronik der Gemeinde Dermbach unter <https://www.dermbach.de/gemeinde-dermbach/chronik.html> (Abruf: 26. September 2019).



Jahr darauf, 1990, verzeichnete die nunmehrige Thüringer CDU wieder einen Anstieg auf 30.102 Mitglieder, was ihren Erfolgen bei den Wahlen zur Volkskammer, in den Kommunen und zum Landtag geschuldet sein dürfte.<sup>80</sup> In den folgenden Jahren jedoch büßte der Landesverband wie andere in Ostdeutschland auch massiv an Mitgliedern ein.<sup>81</sup> Damit zerbrach vielerorts die Gemeinschaft der Mitglieder. Mit den Motiven, warum die Menschen austraten, in der Union blieben oder sich ihr neu anschlossen, hat sich die zeithistorische Forschung noch nicht auseinandergesetzt. Genauso wenig hat sie den Parteilalltag vor Ort und das politische Engagement der Mitglieder unter den neuen, demokratischen Bedingungen in den Blick genommen. Kurzum: Was fehlt, ist eine Geschichte der CDU-Basis in Ostdeutschland in der Transformationszeit der frühen 1990er Jahre.

- 
- 80 Die genannten Zahlen beziehen sich auf 31. Dezember des jeweiligen Jahres, vgl. Markus Kiefer: Die Politischen Parteien, in: Karl Schmitt (Hg.): Thüringen. Eine politische Bestandsaufnahme (Jenaer Beiträge zur Politikwissenschaft 4). Köln u. a. 1996, S. 37–67, hier 47.
- 81 Siehe dazu Ute Schmidt: Von der Blockpartei zur Volkspartei? Die Ost-CDU im Umbruch 1989–1994 (Schriften des Zentralinstituts für sozialwissenschaftliche Forschung der Freien Universität Berlin 81). Wiesbaden 1997, S. 149.



## Ernst Nolte und Armin Mohler – zwei Intellektuelle zwischen Liberal- und Radikalkonservatismus

Norman Siewert

### *Einleitung*

„In den Siebziger- und Achtzigerjahren formierte sich in der Bundesrepublik die rechtskonservative Reaktion auf die Studentenbewegung und die Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze. Philosophen, Soziologen und Historiker wie Friedrich H. Tenbruck, Hermann Lübke, Andreas Hillgruber und Ernst Nolte entwickelten die elaborierte Sprache von Wölfen im Schafspelz. Die gesellschaftliche Liberalisierung war für sie eine Unterwanderung der Autorität in Staat und Familie. Die neue Ostpolitik und später die Friedensbewegung waren ihnen verhasst als ‚Selbstaufgabe‘ der deutschen Nation.“

Dies schrieb der damalige Bundesvorsitzende der SPD und Bundesminister Sigmar Gabriel in einem Gastbeitrag für den Spiegel im Juni 2016. Von den hier Genannten schlug er sodann einen Bogen bis hin zur AfD. Um die politische Polarisierung dieser Zeit zu erklären, führte er aus: „Hier kämpft nicht eine ‚neue Rechte‘ um die Zukunft des deutschen Volkes, sondern hier will die alte Rechte Rache nehmen an denen, die sie als Verräter am deutschen Nationalkonservatismus betrachten.“ Früher sei es Linksintellektuellen wie Hans-Ulrich Wehler, Jürgen Habermas und Peter Glotz gelungen, die Revision der Demokratie „von rechts“ abzuwehren und den „Kampf um die kulturelle Hegemonie“ zu gewinnen, so Gabriel weiter.<sup>1</sup> Bemerkenswert ist, dass er hier keineswegs radikale Konservative wie Caspar von Schrenck-Notzing, Gerd-Klaus Kaltenbrunner oder, noch vor allen anderen, Armin Mohler im Auge hat.

Die Frage nach dem Konservativen und seinem Verhältnis zur Demokratie ist wieder hoch aktuell. Die Fokussierung auf das Problem des sogenannten Rechtspopulismus sowie der sogenannten Neuen Rechten führt allerdings dazu, die Geschichte des Konservatismus in der Bundesrepublik allzu schnell als pathologischen Problemfall wahrzunehmen. Sehr viel mehr Raum als Gabriel widmen die Historiker Norbert Frei, Franka Maubach, Christina Morina und Maik Tändler ihrer Analyse zur „Renaissance rechten und rechtsradikalen Denkens“. Ähnlich wie jener zählen auch sie Lübke, Nolte und andere Konservative zur Kohorte der „Rechten“.<sup>2</sup> Der Politikwissenschaftler Thomas Biebricher erkennt bei Nolte, Hillgruber und Joachim Fest sogar das frühe Grundmuster „rechts-

1 Sigmar Gabriel: Im Schafspelz, in: Der Spiegel vom 18. Juni 2016.

2 Siehe Norbert Frei, Franka Maubach, Christina Morina und Maik Tändler: Zur rechten Zeit. Wider die Rückkehr des Nationalismus. Berlin 2019, hier insbesondere S. 7–17.

populistischer“ Sprache.<sup>3</sup> Dabei zeigten doch beispielsweise Jens Hacke, Martina Steber und Nikolai Wehr längst, dass das konservative „Lager“ spätestens seit den 1970er Jahren überaus heterogen und intellektuell lebhaft war.<sup>4</sup> Sie zeigten auch, dass die Liberalisierung der Gesellschaft und Institutionen nicht *gegen* den Widerstand der Konservativen erstritten wurde sondern vielmehr in einem demokratisch-pluralistischen Meinungskampf *mit* ihnen – und dass sich Linke und Konservative hierbei sogar gegenseitig liberalisierten. Die Problematik der Virulenz des radikalen Konservatismus in der heutigen Form stellt sich also völlig anders dar, als es im „klischeehaltige[n] Schreckbild des ‚Rechten‘“<sup>5</sup> regelmäßig aufgeworfen wird. Freilich greifen umgekehrt konservative Opfer-Narrative ebenso zu kurz.<sup>6</sup>

Einen weiterführenden Beitrag zur Konservatismus-Forschung möchte die vorliegende Untersuchung leisten, indem insbesondere das Verhältnis zwischen Radikal- und Liberalkonservatismus näher beleuchtet wird. Liberal- oder moderater Konservatismus wird hierbei normativ verstanden als ein reformorientierter Konservatismus, der geistesgeschichtlich stark am angelsächsischen Vorbild (unter anderem Edmund Burke) angelehnt ist. Obwohl der liberale Konservatismus für die Stabilität einer regulativen, gewachsenen Ordnung plädiert, akzeptiert er Fortschritt in Form eines evolutionären Anpassungsprozesses. Sowohl der revolutionäre als auch der restaurativ-reaktionäre „Ruf nach Ausstieg“ aus der Geschichte werden strikt verneint. Skeptisch gegenüber holistischen Steuerungspostulaten und heilsgeschichtlichen Deutungsangeboten erhebt der Liberalkonservatismus einen pragmatischen Gestaltungsanspruch. In der Konsequenz bejaht er die pluralistisch-moderne Bürgergesellschaft als liberale Gesellschaft der offenen Widersprüche und Widersprüchlichkeiten. Demgegenüber fordert der radikale beziehungsweise illiberale Konservatismus die „Wiederherstellung“ einer autoritär-hierarchischen (vertikalen), „ewig gültigen“ Ordnung. Die Vorstellung

3 Vgl. Thomas Biebricher: Geistig-moralische Wende. Die Erschöpfung des deutschen Konservatismus. Berlin 2019, u. a. S. 137.

4 Siehe Jens Hacke: Philosophie der Bürgerlichkeit. Die liberalkonservative Begründung der Bundesrepublik (Bürgertum neue Folgen, Band 3). Göttingen 2006; Nikolai Wehrs: Protest der Professoren. Der „Bund Freiheit der Wissenschaft“ in den 1970er Jahren (Geschichte der Gegenwart, Band 9). Göttingen 2014; Martina Steber: Die Hüter der Begriffe. Politische Sprachen des Konservativen in Großbritannien und der Bundesrepublik Deutschland, 1945–1980. Berlin u. a. 2017.

5 Stefan Winckler: Die demokratische Rechte. Entstehung, Positionen und Wandlungen einer neuen konservativen Intelligenz. Frankfurt am Main 2005, S. 143.

6 Siehe exemplarisch Hartmuth Becker/Felix Dirsch/Stefan Winckler (Hg.): Die 68er und ihre Gegner. Der Widerstand gegen die Kulturrevolution. Graz 2003. Zur Grundproblematik der Konservatismus-Forschung vgl. auch Hacke: Philosophie, S. 17 f.; Michael Hochgeschwender: Der Verlust des konservativen Denkens. Eine Facette der bundesdeutschen Westernisierung, 1950–1980, in: Axel Schildt (Hg.): Von draußen. Ausländische Einflüsse in der Bundesrepublik bis 1990 (Hamburger Beiträge zur Sozial- und Zeitgeschichte, Band 55). Göttingen 2016, S. 149–190, hier 154 ff.; Steber: Hüter, S. 22.

einer befriedeten, homogenen (horizontalen) Kollektivgesellschaft verspricht die dauerhafte Bewahrung vor fortschrittsbedingten Entfremdungserscheinungen und mithin eine widerspruchsfreie Identität. Diese beruht wesentlich auf der vorbehaltlosen Identifizierung mit dem Gemeinwesen. Zweifellos handelt es sich hierbei um idealtypisierende Beschreibungen.<sup>7</sup> Zudem lässt sich keineswegs die konservative Geistesgeschichte allein auf diese zwei Formen reduzieren. In der bundesrepublikanischen Ideen- und Intellektuellengeschichte dominierten und polarisierten sie allerdings zunehmend den Konservatismus-Diskurs. Auf zwei bedeutende Figuren in diesem Diskurs fokussiert sich im Weiteren die Untersuchung: nämlich auf Armin Mohler (1920–2003) und Ernst Nolte (1923–2016) beziehungsweise auf ihr Verhältnis zueinander. Beide gelten als Vordenker und Vorbilder der „Neuen Rechten“.<sup>8</sup> Dabei stellt sich zumindest im Falle Noltés die Frage, wie gerechtfertigt das Urteil ist im Angesicht der weithin positiven Rezeption seines Gesamtwerks außerhalb Deutschlands. Hinzu zeichnen zahlreiche Annäherungsversuche an das Nolt'sche Œuvre das vielschichtige Bild eines intellektuellen „Grenzgängers“.<sup>9</sup> Vor allem, anders als Mohler gehörte Nolte, das ehemalige Mitglied im Grünwalder Kreis und im Bund Freiheit der Wissenschaft, lange Zeit fest ins „Lager“ der Liberalkonservativen. Ausgerechnet ihn aber nannte Gabriel in seinem Beitrag – und nicht Mohler. Wie erklärt sich dieser

- 7 Zum Unterschied zwischen Liberal- und Radikalkonservatismus vgl. u. a. Hacke: Philosophie, S. 129 f. und 264–269; Steber: Hüter, S. 153 ff. siehe auch Tobias Bartels: Sprache und Ideologie des Konservatismus. Zur Differenz vom moderaten und radikalen konservativen politischen Denken in der Bundesrepublik Deutschland, in: Sebastian Liebold/Frank Schale (Hg.): Neugründung auf alten Werten? Konservative Intellektuelle und Politik in der Bundesrepublik. Baden-Baden 2017, S. 209–232. Siehe außerdem auch Andreas Rödder: Konservativ 21.0. Eine Agenda für Deutschland. München 2019, S. 26–36. Michael Hochgeschwender betont den gezielten Rückgriff auf die deutsche – auch antiliberalen – Ideentradition zur Begründung des Liberalkonservatismus. Vgl. Hochgeschwender: Verlust, S. 180–183.
- 8 Vgl. u. a. Anton Maegerle: Vom Obersalzberg bis zum NSU: Die extreme Rechte und die politische Kultur der Bundesrepublik 1988–2013. Berlin 2013, S. 57–59, hier 57; vgl. Hans-Gerd Jaschke: Streitbare Demokratie und Innere Sicherheit. Grundlagen, Praxis und Kritik. Opladen 1991, S. 277–297. Götz Kubitschek, herausragende Figur der „Neuen Rechten“, zählt beide zu seinen wichtigsten „Referenzgröße[n]“. Vgl. Alexander Wallasch: Er wär' so gern Revolutionär. Götz Kubitschek: Der Che von rechts, 30. August 2016, in: <https://www.tichyseinblick.de/kolumnen/alexander-wallasch-heute/kubitschek-er-waer-so-gern-revolutionaer/> (Abruf: 16. Juli 2019).
- 9 Das Problem der extremen Polarität in der Nolte-Rezeption diskutierte unlängst Gerrit Dworok: Ernst Nolte: „Nestor der Faschismusforschung“ oder „verächtliche Figur der deutschen Zeitgeschichte“? Gedanken zum Werk eines Grenzgängers, in: Matthias Stangel/Kristof Niese (Hg.): Zwischen allen Stühlen. Grenzgänger im 20. Jahrhundert. Augsburg 2017, S. 79–106. Siehe außerdem Thomas Nipperdey/Anselm Doering-Manteuffel/Hans-Ulrich Thamer (Hg.): Weltbürgerkrieg der Ideologien. Antworten an Ernst Nolte. Festschrift zum 70. Geburtstag. Frankfurt am Main u. a. 1993; Helmut Fleischer/Pierluca Azzaro/Ernst Nolte (Hg.): Das 20. Jahrhundert. Zeitalter der tragischen Verkehungen: Forum zum 80. Geburtstag von Ernst Nolte. München 2003; Mathias Brodtkorb (Hg.): Singuläres Auschwitz? Ernst Nolte, Jürgen Habermas und 25 Jahre „Historikerstreit“. Schwerin 2011.

Kontrast? Gab es bei Nolte eine grundsätzliche Nähe zum radikalkonservativen Denken oder erst einen späten Wandel? Die langjährige Beziehung zu dem bekennenden Radikalkonservativen Mohler mag darüber Aufschluss geben. Auch mag sie einen gewissen Einblick in das vielschichtige Binnenverhältnis von Liberal- und Radikalkonservatismus ermöglichen.

Ein Vergleich eignet sich schon deswegen, weil beide sich wissenschaftlich mit den gleichen Themen beschäftigten: mit der extremen Rechten in Frankreich und Deutschland bis 1945. Wie im nachfolgenden Kapitel zu sehen ist, wiesen ihre frühen Werdegänge ebenfalls gewisse Parallelen auf, obwohl die Ausgangspunkte ihrer Beziehung gleichzeitig kaum unterschiedlicher hätte sein können. Neben den Werken der beiden dient insbesondere ihre Korrespondenz als wichtige Quelle für den Vergleich, denn immerhin pflegten sie von 1961 bis ins Jahr 2000 eine von Höhen und Tiefen geprägte Bekanntschaft.<sup>10</sup> Von Interesse für die Untersuchung sind insbesondere Themen, die Rückschlüsse auf das Konservatismus-Verständnis der beiden geben: also erstens ihr Faschismus-Begriff, zweitens die Problematisierung der „Vergangenheitsbewältigung“ und drittens ihr Selbstbild als Außenseiter. Nicht nur bildete diese Trias den zentralen Referenzrahmen ihrer Bekanntschaft, zudem lassen sich hier konservative Signaturen deutlich sichtbar machen – sowie auch Anknüpfungspunkte und Differenzen zwischen radikal- oder liberalkonservativem Denken.

### *Intellektuellenbiographische Ausgangspunkte*

Der am 11. Januar 1923 in Witten an der Ruhr geborene Ernst Nolte entstammte einer katholisch-kleinbürgerlichen Familie. Für den Militärdienst als untauglich befunden, konnte er 1941 das Studium der Philosophie, Germanistik und Altphilologie in Münster aufnehmen, das er zwischenzeitlich in Berlin und schließlich in Freiburg fortsetzte. Rückblickend benennt er die folgenden drei prägendsten Erfahrungen seiner Jugend- und frühen Erwachsenenzeit, die er überwiegend im „Dritten Reich“ erlebte: „die Nicht-Teilnahme am Kriege und den unmittelbaren politischen Auseinandersetzungen der Zeit, die aus der frühen Kindheit herrührende Überzeugung, im Zeitalter eines großen ideologischen Kampfes zwischen extremistischen Parteien und Staaten zu leben und das Studium bei Martin Heidegger [...]“.<sup>11</sup>

In den kleinen und großen Paradoxien und Widersprüchen dieser Jahre habe sein historisch-philosophisches Interesse am 20. Jahrhundert seinen Ursprung

10 Der Briefwechsel zwischen Ernst Nolte und Armin Mohler ist im Depositum Noltes in der Staatsbibliothek zu Berlin – Preußischer Kulturbesitz einzusehen. Für die freundliche Genehmigung zur Einsicht und Publikation gilt mein Dank der Familie Nolte.

11 Ernst Nolte: *Umriss einer intellektuellen Autobiographie*, in: ders. (Hg.): *Italienische Schriften. Europa, Geschichtsdenken, Islam und Islamismus. Aufsätze und Interviews aus den Jahren 1997 bis 2008*. Berlin 2011, S. 293–338, hier 302.

gefunden.<sup>12</sup> Das Privileg nicht am Krieg teilnehmen zu müssen – anders als sein Bruder, der 1944 fiel – habe er überdies mit einem „Bemühen um spirituelle Distanz, d. h. um ‚Objektivität‘“, zu rechtfertigen gesucht.<sup>13</sup> Nichtsdestoweniger ist die Zeit der ideologischen Kämpfe nicht ohne politische Prägekraft auf ihn geblieben. So erinnert sich Nolte, dass er in seiner Kindheit strikt antibolschewistisch eingestellt gewesen sei.<sup>14</sup> Andererseits sei er gerade aufgrund des extremen Antimarxismus des Nationalsozialismus nach Kriegsende ein intensiver Leser von Karl Marx geworden.<sup>15</sup> Seinen eigenen Darstellungen gemäß habe ihn das ungewöhnliche Interesse an Marx sowie sein Engagement gegen die „Wiederbewaffnung“ in den 1950er Jahren sogar als einen Marxisten erscheinen lassen.<sup>16</sup> Dass Nolte damals nicht dem Konservatismus zuneigte, zeigten nicht zuletzt seine Aktivitäten im Grünwalder Kreis – ein bundesweites Netzwerk aus Schriftstellern, Pädagogen und anderen Intellektuellen, das nationalsozialistischen Tendenzen in der Gesellschaft aktiv entgegenwirkte.<sup>17</sup> Dort engagierte er sich in der Untergruppierung „Pädagogen im Grünwalder Kreis“ und organisierte Aufführungen des in Deutschland umstrittenen französischen Dokumentarfilms „Nacht und Nebel“.<sup>18</sup> Darüber hinaus vertrat er vor dem Hintergrund der Diskussion um die Gestaltung von Geographieschulbüchern eine Position, die damals auch innerhalb seiner Mitstreiter kaum konsensual gewesen sein dürfte: Er plädierte aus staatspolitischer Rason heraus für die Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze.<sup>19</sup>

Als Angehöriger der „45er-Generation“, die im „Dritten Reich“ ihre maßgebliche Sozialisierung erfahren hatte, aber nicht mehr oder kaum eigene Erfahrungen an der Front machen musste, zählte Nolte zu der Gruppe „skeptisch“-liberaler, reformorientierter Akademiker, die einen gesellschaftsprägenden Generationenwechsel vor allem an den Universitäten einläuten sollte.<sup>20</sup> Diese Alterskohorte war geprägt von den Erfahrungen einer totalitären Diktatur und dem traumatischen Erlebnis des vollständigen Zusammenbruchs einer Gesellschaft. Demgegenüber erlebten sie nach dem Kriegsende eine ungeahnte intel-

12 Vgl. hierzu auch Dworok: Nolte, S. 83 f.

13 Vgl. Nolte: Umriss, S. 295.

14 Vgl. ders.: Rückblick auf mein Leben und Denken. Reinbek u. a. 2014, S. 13 f. und 15 f.

15 Vgl. ebd., S. 25.

16 Vgl. ebd., S. 33 f.; vgl. Gerrit Dworok: Ein Grenzgänger – Ernst Nolte im Gespräch über sein Leben und Denken, in: ders./Christina Schäfer (Hg.): Fragmente zur Geschichte des 19. und 20. Jahrhunderts. Bonn 2016, S. 25–49, hier 27.

17 Vgl. Johannes Heesch: Der Grünwalder Kreis, in: Gesine Schwan (Hg.): Demokratische politische Identität. Deutschland, Polen und Frankreich im Vergleich. Wiesbaden 2006, S. 35–69, hier 35 f.

18 Vgl. ebd., S. 55–58; Nolte: Rückblick, S. 34 f.

19 Vgl. Heesch: Kreis, S. 59 f.

20 Vgl. hierzu Hacke: Philosophie, S. 28 ff. und 34 f.; Wehrs: Protest, u. a. S. 85, 90 f. und 103–106; Paul Nolte: Hans-Ulrich Wehler. Historiker und Zeitgenosse. München 2015, S. 119 f. und 121 f.

lektuelle Freiheit an den wiedereröffneten Universitäten. Zudem stand ihnen vor dem Hintergrund der Expansion des Wissenschaftsbetriebes bald ein rasanter sozialer Aufstieg bevor. Die Identifizierung mit der neuen, bundesrepublikanischen Verfasstheit fiel ihnen somit häufig deutlich leichter als ihren akademischen Lehrern, die entweder schon im „Dritten Reich“ Karriere gemacht hatten oder bis 1945 im Exil waren.

Obwohl der 1920 in Basel geborene Armin Mohler sowohl altersmäßig als auch aufgrund seiner Herkunft keineswegs dieser Generation angehörte, lassen sich dennoch gewisse Parallelen zum frühen Werdegang Ernst Noltes aufzeigen. Wie dieser entstammte er kleinbürgerlichen Verhältnissen. Auch Mohler erlebte den Kriegseinsatz nicht, obwohl er sich – anders als Nolte – aktiv darum bemühte.<sup>21</sup> 1942 studierte er kurzzeitig in Berlin Kunstgeschichte, ab 1944 in Basel Philosophie und Geschichte. 1949 wurde er promoviert (Nolte im Jahr 1952). Eine prägende Gemeinsamkeit lag vor allem aber darin, dass beide Bekanntschaften zu Personen knüpften, die zu den zentralen Figuren der Weimarer Rechten gehört hatten. So hatte Nolte zum Kriegsende hin privaten Kontakt zu Heidegger und dessen Familie aufgenommen, während Mohler nach Kriegsende aus der Schweiz heraus Hilfslieferungen an die vom ihm hochgeachteten Ernst Jünger, Gottfried Benn und Carl Schmitt organisierte.<sup>22</sup> Insbesondere zu Jünger und Schmitt pflegte er infolgedessen enge Beziehungen, die seinen späteren Werdegang entscheidend beeinflussen sollten.

Im Unterschied zu Nolte jedoch war Mohler primär von dem restaurativen Gedanken getrieben, der deutsche Neuanfang müsse geistig an die radikal-konservative Geistesgeschichte der 1920er und frühen 1930er Jahre anknüpfen.<sup>23</sup> In seiner 1950 veröffentlichten Dissertationsschrift „Die Konservative Revolution in Deutschland“ heißt es im Vorwort programmatisch:

„Die Unsicherheit und Unentschlossenheit, welche das politische Denken Deutschlands an der Jahrhundertmitte kennzeichnen, stammen nicht zuletzt davon her, daß Deutschland mit seiner jüngsten Vergangenheit noch nicht ins reine gekommen ist.“<sup>24</sup>

Sein Erkenntnisinteresse ist primär von seinem Bedauern darüber geleitet, dass die überaus heterogene Gruppe Weimarer Rechtsintellektueller, die er zur eigenständigen Gruppe der „konservativen Revolutionäre“ zusammenfasst, allzu sehr in Verbindung zum Nationalsozialismus gebracht und mit-

21 Mohler verließ im Februar 1942 die Schweiz, um sich der Waffen-SS anzuschließen. Noch im selben Jahr kehrte er jedoch wieder zurück nach kurzem Zwischenaufenthalt in Berlin. Vgl. Karlheinz Weissmann: Armin Mohler. Eine politische Biographie. Schnellroda 2011, S. 31–41.

22 Vgl. ebd., S. 61 f.

23 Vgl. ebd., S. 75 f.

24 Armin Mohler: Vorwort zur Erstausgabe, in: ders.: Die Konservative Revolution in Deutschland 1918–1932. Ein Handbuch. 4. Auflage. Darmstadt 1994, S. XXVII–XXX, hier XXVII.



hin tabuisiert werde. Mit der „Konservativen Revolution“ legte Mohler ein nicht unumstrittenes Standardwerk vor, das einen der einflussreichsten und nachhaltigsten Versuche darstellte, nationalistische, jungkonservative, nationalrevolutionäre und völkische Ideologiesegmente aus der Zeit der Weimarer Republik zu rekonstruieren und letztlich auch zu rehabilitieren.<sup>25</sup> Mohler legte damit zugleich das Fundament, nicht nur selbst zum bedeutendsten Rechtsintellektuellen der Bundesrepublik aufzusteigen, sondern auch für eine neue radikalkonservative Rechte. Bis heute ist seine mehrfach wiederaufgelegte „Konservative Revolution“ ein Schlüsseltext der „Neuen Rechten“. So berufen sich „Jungkonservative“ wie Karlheinz Weissmann und Dieter Stein beziehungsweise revolutionäre Identitäre wie Götz Kubitschek auf Mohler und knüpfen an die Traditionslinien der „Konservativen Revolution“ an.<sup>26</sup>

War Mohler das „geistige Deutschland“ lange vor dem Ende des „Dritten Reiches“ schon ein Sehnsuchtsziel gewesen, so siedelte er 1949 endlich nach Deutschland über, wo er bis 1953 der Privatsekretär des von ihm verehrten Ernst Jünger war.<sup>27</sup> Von 1953 bis 1961 arbeitete Mohler indessen als Korrespondent verschiedener Zeitungen in Paris. Parallel dazu nahm er immer wieder an Gesprächsrunden des ehemaligen SS-Obersturmbannführers Franz Riedweg in München teil.<sup>28</sup> Mohler beschritt somit nicht nur den Weg zum intellektuellen Vordenker des antiliberalen Rechtskonservatismus, sondern betätigte sich zudem schon früh als Netzwerker und Vermittler zwischen Rechtsextremismus und Konservatismus. Angesichts seines hier skizzierten Werdegangs überrascht es nicht, dass sein Verhältnis zur Bundesrepublik – „dieses unsaubere Gemisch von ‚freier Marktwirtschaft‘, Kaugummi und Pfaffenherrschaft“ – mitnichten eines der affirmativen Identifizierung war.<sup>29</sup>

25 Vgl. hierzu Ralf Walkenhorst: Armin Mohlers Denkstil, in: Jahrbuch Extremismus & Demokratie 9 (1997), S. 97–116, hier 102 und 105; Steber: Hüter, S. 110 ff.; Weissmann: Mohler, S. 62–76; Stefan Breuer: Anatomie der Konservativen Revolution. 2. durchgesehene und korrigierte Auflage. Darmstadt 1995, S. 1–6. Letzterer Titel bietet einen kurzen forschungshistorischen Überblick über die Durchsetzungskraft des problematischen Terminus „Konservative Revolution“.

26 Siehe exemplarisch Armin Mohler/Karlheinz Weissmann: Die Konservative Revolution in Deutschland 1918–1932. Ein Handbuch. 6. völlig überarbeitete und erweiterte Auflage. Graz 2005. Vgl. hierzu außerdem Walkenhorst: Denkstil, S. 97 f.; Armin Pfahl-Traugher: Konservative Revolution und Neue Rechte. Rechtsextremistische Intellektuelle gegen den demokratischen Verfassungsstaat. Opladen 1998, S. 164–170 und 206–211.

27 Vgl. Weissmann: Mohler, S. 40 f. und 77–87.

28 Vgl. ebd., S. 119 ff.; Steber: Hüter, S. 293 f.

29 Brief von Armin Mohler an Ernst Jünger vom 27. November 1954, Zitat nach: Weissmann: Mohler, S. 131. Vgl. hierzu außerdem Walkenhorst: Denkstil, S. 113–116.

„Der Faschismus in seiner Epoche“ und „Der Faschistische Stil“

Zum ersten Kontakt zwischen Ernst Nolte und Armin Mohler kam es im Jahr 1961, kurz nachdem letzterer von Paris nach München zurückgekehrt war. Dort hatte Mohler die Stelle als Sekretär in der Carl-Friedrich-von-Siemens-Stiftung angetreten, deren Geschäftsführung er ab 1964 übernahm.<sup>30</sup> Mohlers erster Brief an Nolte ist datiert auf den 23. April 1961. Er war eine begeisterte Reaktion auf dessen kurz zuvor in den Vierteljahrsheften für Zeitgeschichte erschienenen Aufsatz zur *Action française*.<sup>31</sup> Der Frankreichkenner Mohler, der sich selbst in einem schmalen Buch mit der französischen Rechten befasste hatte<sup>32</sup>, konzedierte Nolte in seinem Brief: „Die differenzierte und von den üblichen Vereinfachungen so abweichende Art, mit der Sie diesen Stoff behandelten, hat mich sehr gefreut und macht mich auf ihre anderen Arbeiten begierig.“<sup>33</sup> Nolte steckte gerade mitten in der Arbeit zu seinem Buch „Der Faschismus in seiner Epoche“.<sup>34</sup> In seinem Antwortschreiben bekundete er seinerseits Bewunderung für Mohlers Kenntnis der Geschichte der französischen Rechten.<sup>35</sup> Es entspann sich daraufhin ein mehrjähriger regelmäßiger Briefwechsel. Nolte informierte Mohler über seine weiteren Teilveröffentlichungen und dieser schickte ihm wiederum reichlich Anmerkungen und Kommentare zurück.<sup>36</sup> Beide lernten sich schnell schätzen. Im Oktober 1961 kam es auch zu einem Treffen der beiden Männer zusammen mit ihren Ehefrauen im Hause Mohler.<sup>37</sup>

30 Vgl. Weissmann: Mohler, S. 119.

31 Siehe Ernst Nolte: Die *Action française* 1899–1944, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 9 (1961), S. 124–164.

32 Armin Mohler: Die französische Rechte. Vom Kampf um Frankreichs Ideologiepanzer (Konservative Schriftenreihe 3). München 1958.

33 Brief von Armin Mohler an Ernst Nolte vom 23. April 1961, in: Staatsbibliothek zu Berlin – Preußischer Kulturbesitz, Dep. 56 (Ernst Nolte), Briefwechsel Ernst Nolte mit Armin Mohler [im Folgenden: SBB-PK, Dep. 56 (Nolte), BW Nolte-Mohler].

34 Ernst Nolte: Der Faschismus in seiner Epoche. Die *Action française* – Der italienische Faschismus – Der Nationalsozialismus. München 1963.

35 Vgl. Brief von Ernst Nolte an Armin Mohler vom 28. April 1961, in: SBB-PK, Dep. 56 (Nolte), BW Nolte-Mohler.

36 Siehe Ernst Nolte: Marx und Nietzsche im Sozialismus des jungen Mussolini, in: Historische Zeitschrift 191 (1960), S. 249–335; ders.: Eine frühe Quelle zu Hitlers Antisemitismus, in: Historische Zeitschrift 192 (1961), S. 584–606; ders.: Zur Phänomenologie des Faschismus, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 10 (1962), S. 373–407. Vgl. insbesondere Brief von Armin Mohler an Ernst Nolte vom 2. Mai 1961, in: SBB-PK, Dep. 56 (Nolte), BW Nolte-Mohler; Brief von Ernst Nolte an Armin Mohler vom 9. Mai 1961, ebd.; Brief von Ernst Nolte an Armin Mohler vom 22. August 1961, ebd.; Brief von Armin Mohler an Ernst Nolte vom 28. Januar 1962, ebd.; Brief von Armin Mohler an Ernst Nolte vom 23. Dezember 1962, ebd.

37 Vgl. u. a. Brief von Armin Mohler an Ernst Nolte vom 22. September 1961, ebd.

Während Nolte vor allem Mohlers Spezialwissen bewunderte, sah dieser in Nolte vielmehr einen Gleichgesinnten. Bereits in seinem zweiten Brief bemerkte er offen:

„Auch ich bin, wie Sie, Nicht-Historiker und Philosophie-Hauptfächler [...]. Und ich halte das für gut, denn das Faschismus-Thema scheint mir, sofern man über die Statistik der Verbrechen hinausgehen will, in erster Linie in geistesgeschichtlicher Hinsicht, nicht so sehr in derjenigen der ‚normalen‘ Geschichte interessant zu sein. Und zur Bearbeitung dieses Aspekts taugen Leute mit unserer Ausbildung wohl besser als die Fachhistoriker mit ihren schwer zu ändernden Linsen-Stellungen.“<sup>38</sup>

Dieser Eindruck relativierte sich jedoch spätestens mit Noltés Aufsatz zur „Phänomenologie des Faschismus“. Daraufhin, im Dezember 1962, schrieb ihm Mohler zwar, seine Einwände sollten die viel größere Zustimmung in vielen Punkten nicht verdecken, doch seine Kritik setzte an einem essentiellen Punkt von Noltés Faschismus-Theorie an:

„[...] [M]ir scheint, Sie machen genau den umgekehrten Fehler wie ich. Mir warf man mit einem gewissen Recht vor, ich hätte die von den beschriebenen Leuten entworfenen Einteilungen zu einseitig übernommen. Ihnen kann man vielmehr vorwerfen, dass Sie zu sehr nur die von den Gegnern des Faschismus entworfenen ‚Reihen‘ in Betracht ziehen. [...] Die parallel dazu laufende Frage wird sich dann beim ganzen Buch stellen: wieweit Sie die Phänomene in ein Schema zwingen.“<sup>39</sup>

Später, in seiner Rezension zum veröffentlichten Buch führte Mohler diesen Punkt weiter aus. Noltés Darstellung laufe gezielt auf die Radikalisierung des „geistige[n] Abenteuer[s] des Faschismus“ zu.<sup>40</sup> Die Kritik überrascht insofern kaum, als für Mohler Faschismus und Nationalsozialismus zwei unterschiedliche, geradezu widersprüchliche Phänomene darstellten. Das versuchte er später in einem seiner wichtigsten und einflussreichsten Texte zu beweisen. Dort, in seinem mehrfach überarbeiteten Aufsatz „Der faschistische Stil“, kritisierte er erneut Noltés Versuch, „stilmäßig so verschiedene Dinge wie die ‚Action française‘ [...], Mussolinis Faschismus und Hitlers Nationalsozialismus in eine logisch auseinander hervorgehende Abfolge zu nötigen“.<sup>41</sup> Außerdem hatte er die Action française in seiner eigenen Studie mit sichtbarer Sym-

38 Brief von Armin Mohler an Ernst Nolte vom 2. Mai 1961, ebd.

39 Vgl. Brief von Armin Mohler an Ernst Nolte vom 23. Dezember 1962, ebd.

40 Vgl. Armin Mohler: Rezension zu *Der Faschismus in seiner Epoche*, in: *Das Historisch-Politische Buch* 11 (1963), S. 257–259, hier 258 f.

41 Vgl. ders.: *Der faschistische Stil*, in: Gerd-Klaus Kaltenbrunner (Hg.): *Konservatismus international*. Stuttgart 1973, S. 172–198, hier 174. Der Artikel wurde mehrmals überarbeitet und wiederabgedruckt in: Armin Mohler (Hg.): *Von rechts gesehen*. Stuttgart 1974, S. 179–221 sowie ders. (Hg.): *Liberalenbeschimpfung. Sex und Politik – Der faschistische Stil – Gegen die Liberalen. Drei politische Traktate*. Essen 1990, S. 79–127. Zu Mohlers

pathie beschrieben und hierin ein französisches Pendant zur „Konservativen Revolution“ sehen wollen.<sup>42</sup>

Darüber hinaus beabsichtigte Mohler den Faschismus als integratives Leitmotiv für die Nachkriegsrechte insgesamt neu zu konstituieren, unter dem sich der Konservatismus aktionistisch aufladen und mobilisieren lassen würde.<sup>43</sup> In einem Interview im Jahr 1995 verstieg er sich schließlich zu der Aussage, er selbst sei ein Faschist – freilich in dem von ihm definierten nicht-nationalsozialistischen Sinne.<sup>44</sup> Ralf Walkenhorst sprach angesichts dessen von einer „offene[n] Wendung in den Rechtsextremismus“, der „in Mohlers politisch-intellektuellem Denkweg bereits vorgezeichnet“ gewesen sei.<sup>45</sup> Trotzdem kam es zwischen ihm und Nolte über seinen affirmativen Faschismus-Begriff nie zur Debatte – zum mindesten nicht in ihren Briefen. Bemerkenswert ist allerdings, dass Nolte den Aufsatz von Walkenhorst im Jahrbuch *Extremismus & Demokratie* von 1997, in dem das hier aufgeführte Urteil fiel, als einen „sachlichen und schätzenswerten Artikel“ bezeichnete.<sup>46</sup> Selbst Mohler bekundete über-raschenderweise, dass dieser Artikel „keineswegs unfreundlich ausgefallen“ sei.<sup>47</sup> Ungeachtet dessen gilt für Mohlers „Faschistischer Stil“ ähnliches wie schon für seine „Konservative Revolution“. Der prägende Einfluss auf die extreme, nicht-neonationalsozialistische Rechte ist schlechterdings unverkennbar. Vor allem im Umfeld des neurechten Magazins *Sezession*, das von Kubitschek herausgegeben wird, findet der Faschismus positive Resonanz – auf Grundlage der Mohler'schen Abgrenzung vom Nationalsozialismus und seiner ästhetischen Deutung.<sup>48</sup>

Dieser positive Rekurs auf den Faschismus sowie auf die „Konservative Revolution“ wird vor allem dadurch begünstigt, dass er an ein im national-konservativen Milieu verbreitetes Geschichtsbild anknüpfen kann. So betonten

---

Faschismus-Begriff vgl. auch Weissmann: Mohler, S. 183–185; Walkenhorst: Denkstil, S. 107–112; Volker Weiß: *Moderne Antimoderne*. Arthur Moeller van den Bruck und der Wandel des Konservatismus. Paderborn 2012, S. 371 f.

42 Vgl. Mohler: *Rechte*, S. 41–54, hier insbesondere 41 f., 51 und 53 f.

43 Vgl. hierzu Florian Finkbeiner: Armin Mohler und die Frühgeschichte der „Neuen Rechten“ in der Bundesrepublik Deutschland. Zum Wandel von Konservativismus, Nationalismus und Rechtsextremismus, in: *Jahrbuch für Extremismus- und Terrorismusforschung* 10 (2015/16), S. 209–233, hier 214–218.

44 Vgl. Armin Mohler: „Ich bin ein Faschist“, in: *Leipziger Volkszeitung* vom 25./26. November 1995.

45 Vgl. Walkenhorst: *Denkstil*, S. 99.

46 Vgl. Brief von Ernst Nolte an Armin Mohler vom 23. Januar 1998, in: SBB-PK, Dep. 56 (Nolte), BW Nolte-Mohler.

47 Vgl. Rundbrief von Armin Mohler vom 26. Dezember 1997, ebd.

48 Vgl. hierzu u. a. Volker Weiß: *Faschisten von heute? „Neue Rechte“ und ideologische Traditionen*, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* 67 (42–43/2017), S. 4–9, hier 7 f.; Armin Pfahl-Traughber: *Zeitschriftenporträt: Sezession*, in: *Jahrbuch Extremismus & Demokratie* 29 (2017), S. 216–230, hier 219.

nämlich schon protestantisch-konservative beziehungsweise nationalapologetische Historiker wie Friedrich Meinecke, Gerhard Ritter und Theodor Schieder, dass der Nationalsozialismus mitnichten primär aus der deutschen nationalgeschichtlichen Tradition heraus erklärt werden könne.<sup>49</sup> Ritter und Schieder etwa wiesen in diesem Sinne auf die originär „linken“ beziehungsweise revolutionär-antibürgerlichen Wesenszüge der Nationalsozialisten sowie deren geistige Nähe zum Bolschewismus hin. Gleichsam wurde Hitler aus der Traditionslinie des konservativen Denkens exkludiert. Mohlers Rehabilitierungsversuch des Radikalkonservatismus lässt sich in gewisser Weise in diesen Denkhorizont einordnen. In seiner Überspitzung stellt er jedoch einen wenig konsensfähigen Extrempol dar. Um deutlich zu machen, dass Konservatismus und Nationalsozialismus nichts gemein gehabt hätten, heißt es bei ihm an einer Stelle: „Auf der Liste der Opfer des Dritten Reiches rangieren die Konservativen gleich hinter den Juden.“<sup>50</sup> Hiervon unterscheidet sich Noltés Faschismus-Interpretation indessen ganz erheblich. Er beschreibt nämlich eine klare historisch-ideologische Linie von der Reaktion auf die Französische Revolution bis zum Faschismus und Nationalsozialismus. Obwohl aber ihm zufolge die Wurzeln des Faschismus im konservativ-gegenrevolutionären Denken des 19. Jahrhunderts begründet lägen, erkennt Nolte die Heterogenität der konservativen Strömungen durchaus an. Er verneint außerdem jeglichen historischen Determinismus, der eine Zwangsläufigkeit der konservativen Ideengeschichte hin zum „Radikalfaschismus“ Hitlers behauptet.<sup>51</sup> Erst der Erste Weltkrieg würde die entscheidende Zäsur des Aufstiegs der „äußersten Rechten“ von einer ursprünglich kleinen Unterströmung bis zur Epoche bestimmenden Bewegung markieren. Wenig überraschend widersprach Mohler dem energisch. Für Nolte sei der Konservative „doch bloß ein unvollkommener Faschist“, bemängelte er.<sup>52</sup> Allerdings hat Nolte nie ein ungebrochenes Verwandtschaftsverhältnis zwi-

49 Vgl. hierzu Christoph Cornelißen: *Erforschung und Erinnerung – Historiker und die zweite Geschichte*, in: Peter Reichel/Harald Schmid/Peter Steinbach (Hg.): *Der Nationalsozialismus – Die zweite Geschichte* (Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung 766). Lizenzausgabe. Bonn 2009, S. 217–242, hier 220 ff.; Klaus Große Kracht: *Die zankende Zufut. Historische Kontroversen in Deutschland nach 1945*. Göttingen 2005, S. 25–28; Nicolas Berg: *Der Holocaust und die westdeutschen Historiker. Erforschung und Erinnerung* (Neue Forschungen zur Gesellschafts- und Kulturgeschichte des 19. und 20. Jahrhunderts 3). Göttingen 2003, S. 105–142.

50 Mohler: *Stil*, S. 186. Vgl. hierzu auch Weiß: *Antimoderne*, S. 371.

51 Vgl. Nolte: *Faschismus*, S. 89; ders.: *Konservatismus und Nationalsozialismus*, in: ders. (Hg.): *Marxismus – Faschismus – Kalter Krieg. Vorträge und Aufsätze 1964–1976*. Stuttgart 1977, S. 117–135, hier u. a. 121 f. und 133 (Erstveröffentlichung in: *Zeitschrift für Politik* NF 11 (1964), S. 5–20). Kritisch dazu Hans-Christof Kraus: *Altkonservatismus und moderne politische Rechte. Zum Problem der Kontinuität rechter politischer Strömungen in Deutschland*, in: Nipperdey u. a. (Hg.): *Weltbürgerkrieg*, S. 99–121.

52 Armin Mohler, zit. nach: Ernst Nolte: *Die Krise des liberalen Systems und die faschistischen Bewegungen*. München 1968, S. 439.

schen Konservatismus und Nationalsozialismus postuliert. Die Unterschiede waren für ihn trotz allem evident; die Anhänger des Faschismus seien eben auch entschiedene Revolutionäre gewesen.<sup>53</sup> Die genuin „linken“ Wesenszüge im Nationalsozialismus seien mithin unverkennbar. Außerdem merkt Nolte an, die „anfängliche Sympathie“ zwischen Konservativen und Nationalsozialisten sei „so gut begreifbar“ gewesen wie auch der „schließliche Streit“.<sup>54</sup>

Für den Konservatismus ist die Behauptung einer integralen ideengeschichtlichen Nähe zum Nationalsozialismus zweifellos eine enorme politische Bürde. So beruht die antikonservative Kritik der Nachkriegszeit in großen Teilen auf dieser These.<sup>55</sup> Die wirkmächtige sozialhistorische „Sonderwegsthese“ schien ihre Evidenz zusätzlich zu bestätigen und manifestierte somit das Geschichtsbild eines pathologisch antidemokratischen Konservatismus.<sup>56</sup> Die Renaissance des marxistischen Faschismus-Begriffs in den 1960er Jahren spitzte diese Kritik polemisch zu und setzte Konservatismus und Faschismus nahezu gleich. Hieran hatte Noltens Faschismus-Theorie im Übrigen keinen unbedeutenden Anteil.<sup>57</sup> Nicht zuletzt deswegen fiel es linksliberalen und neomarxistischen Intellektuellen sichtlich schwer, die Ausdifferenzierungs- und Liberalisierungstendenzen im Nachkriegskonservatismus anzuerkennen und zu würdigen. Jegliche dezidiert konservative Standortbestimmung stand unter dem pauschalen Verdacht, eine „Neue“ Rechte zu sein.<sup>58</sup> Vor diesem Hintergrund überrascht es auch nicht, dass sich neben Mohler auch andere Rechtsintellektuelle von Noltens Faschismus-Definition in Teilen distanzieren. Insbesondere die Historiker Rainer Zitelmann und Karlheinz Weissmann taten sich hierbei besonders hervor. In der ersten Hälfte der 1990er Jahre machten sie um sich und eine kleine Gruppe „neuer konservativer Intellektueller“ beziehungsweise „demokratischer Rechter“ einige Furore.<sup>59</sup> Obwohl Nolte selbst auch dazugehörte, vertraten Zitelmann und Weissmann die Auffassung, dass Konservatismus und Nationalsozialismus im strengen Widerspruch zueinander gestanden hätten. Sie beschrieben das

53 Vgl. u. a. Nolte: Konservatismus, S. 129–132.

54 Vgl. ebd., S. 134.

55 Vgl. hierzu Hacke: Philosophie, S. 15 ff.; Steber: Hüter, S. 155 f., 250–253 und 268 f.

56 Vgl. Steber: Hüter, S. 253 f.

57 Vgl. Wolfgang Kraushaar: Von der Totalitarismustheorie zur Faschismustheorie. Zu einem Paradigmenwechsel in der bundesdeutschen Studentenbewegung, in: Alfons Söllner (Hg.): Totalitarismus. Eine Ideengeschichte des 20. Jahrhunderts. Berlin 1997, S. 267–283, hier 278.

58 Siehe exemplarisch u. a. Martin Greiffenhagen (Hg.): Der neue Konservatismus der siebziger Jahre. Reinbek bei Hamburg 1974; Iring Fetscher (Hg.): Neokonservative und „Neue Rechte“. Der Angriff gegen Sozialstaat und liberale Demokratie in den Vereinigten Staaten, Westeuropa und der Bundesrepublik. München 1983; Claus Leggewie: Der Geist steht rechts. Ausflüge in die Denkfabriken der Wende. Berlin 1987.

59 Vgl. hierzu Winckler: Rechte, S. 8–21; Steffen Kailitz: Die „89er“ und die Renaissance des „Jungkonservatismus“, in: Jahrbuch Extremismus & Demokratie 8 (1996), S. 161–180, hier 177 f.

„Dritte Reich“ dagegen als sozialrevolutionäre Modernisierungs-Diktatur.<sup>60</sup> Damit knüpften sie klar an frühere nationalkonservative NS-Deutungen an. Unverkennbar versuchten sie mithin sprachpolitisch den Konservatismus aus seiner vermeintlichen Nähe zum Nationalsozialismus zu lösen. Sie handelten sich damit jedoch den Vorwurf des Geschichtsrevisionismus ein. Paradoxiertweise – und schlichtweg kontrafaktisch – galten sie außerdem als Nolte-Schüler.

*„Schwarzer Messianismus“ und das „Nicht-Vergehen der Vergangenheit“*

So wie Geschichtsdenken und Geschichtsschreibung für das konservative Denken und die politische Sprache der Konservativen stets von zentraler Bedeutung waren, so wichtig war auch die Auseinandersetzung mit der Frage der „Vergangenheitsbewältigung“.<sup>61</sup> Mohler hatte mit seiner „Konservativen Revolution“ klar zu erkennen gegeben, dass für ihn Vergangenheitspolitik bedeutete, an konservativer Ideologie und nationalem Geist bewahren zu wollen, was nur bewahrt werden konnte. Sein Misstrauen gegenüber der Nachkriegs-Geschichtswissenschaft war dementsprechend groß, wie sich nicht zuletzt anhand der oben zitierten Begeisterung für Noltés *Action française*-Aufsatz zeigte. Nolte hingegen wirkte angesichts seiner Mitwirkung im Grünwalder Kreis und der intensiven Beschäftigung mit den faschistischen Bewegungen zweifellos an der wissenschaftlichen Aufklärung und der öffentlichen Bewusstseinsbildung hinsichtlich der NS-Vergangenheit mit – lange bevor die „68er“-Studentenbewegung beziehungsweise die „Neue Linke“ sich das Thema der „Vergangenheitsbewältigung“ zu eigen machten. Es dauerte daher nicht lange, bis die unterschiedlichen Auffassungen der beiden zu Reibungen miteinander führten. So fand Mohler im Laufe des Briefwechsels der Jahre 1961 bis 1963 nicht nur kritische Worte für Noltés phänomenologisch hergeleiteten Faschismus-Begriff, sondern auch für einen bestimmten geschichtspolitischen Aspekt in dessen Arbeit – nämlich für die „These von der Unvergleichlichkeit der deutschen Verbrechen“. Der Satz, auf den Mohlers Unverständnis sich bezog, lautet:

„[...] in seiner letzten und äußersten Gestalt aber hat der Faschismus Taten begangen, denen in der Weltgeschichte nichts verglichen werden kann, weil sie gleichzeitig rational bis zur übermenschlichen Perfektion und irrational bis zum untermenschlichen Irrsinn waren, weil sie eine Gruppe von Menschen wie dämonische Lebewesen, eine andere wie rechtlose Objekte behandelten.“<sup>62</sup>

Was er hiervon hielt, machte Mohler zunächst nur in einem Nebensatz deutlich: „(in solchen Thesen spüre ich immer etwas von einem umgekrempelten deutschen Sendungsbewusstsein: da soll die Welt mal an den deutschen Verbrechen genesen): das ist nicht nur quantitativ, sondern auch in dem von Ihnen

60 Vgl. Winckler: *Rechte*, S. 79 ff., 87–90 und 124 f.

61 Vgl. hierzu Steber: *Hüter*, S. 255 f.; Hacke: *Philosophie*, S. 48–52 und 92 f.

62 Nolte: *Phänomenologie*, S. 376.

gemeinten und von mir durchaus kapierten Sinne historisch einfach nicht richtig [...]“.<sup>63</sup>

Als wäre dies die einzige akzeptable Entschuldigung, ergänzte Mohler: „[...] aber vielleicht ist so ein Satz bei einem so heiklen Thema als *captatio benevolentiae* einfach nötig“. In seiner Antwort entgegnete Nolte, Mohler trage „rechte [...] Scheuklappen“ und kritisierte die verbreitete radikalkonservative Auffassung, der zufolge die „Vergangenheitsbewältigung“ im Grunde eine auferlegte „Umerziehung“ sein und nicht einem originären deutschen Bedürfnis folgen würde.<sup>64</sup> Überdies sprach er eine allgemeine Mahnung an diejenigen aus, die „heute nach der Restitution der deutschen Tradition“ rufen: „Wer heute die Sehnsucht nach den ‚verlorenen Provinzen‘ wirklich entfesselte und aktivierte, wäre ganz offenkundig der schlimmste Feind des deutschen Volkes [...]“. Hiermit knüpfte er nahtlos an seine früheren Positionen im Grünwalder Kreis an. Deutlich wird allerdings, dass auch er der bisherigen Auseinandersetzung mit der NS-Vergangenheit kritisch gegenüberstand. So verwarf er den fragwürdigen Begriff „Nationalmasochismus“ nicht, sondern empfahl Mohler vielmehr freundlich, er solle doch endlich ein weiteres Werk von Bedeutung vorlegen, um damit dem „Nationalmasochismus“ – wissenschaftlich, nicht journalistisch – entgegenzuwirken. An anderer Stelle merkte er zudem an, dass die bisherige Beschäftigung mit dem Faschismus lediglich von unterschiedlichen ideologischen Perspektiven aus erfolgt sei. Sein eigener Anspruch war hingegen kein geringerer als die „Grundlegung“ des Verstehens“ endlich einzuläuten.<sup>65</sup> Das „wirkliche“ Nachdenken über die NS-Vergangenheit hatte für ihn also noch gar nicht begonnen.

Was nun die These der Unvergleichlichkeit betrifft, bekräftigte Nolte Mohler gegenüber seine Absicht, sich ernsthaft mit der „singuläre[n] Tat“ der Nationalsozialisten auseinanderzusetzen: „Unter den wesentlichsten seiner Aspekte ist mein Buch allerdings nichts als eine einzige Meditation über jene Untat, die ich nur deshalb nicht Verbrechen nenne, weil ich sie tatsächlich für unvergleichbar halte, obgleich mir Tamerlans Schädelpyramiden und Stalins Konzentrationslager nicht unbekannt sind.“<sup>66</sup>

Hierauf reagierte Mohler verschupft und unterstellte Nolte einen „umgedrehte[n] Nationalismus, ein[en] ‚schwarze[n] Messianismus“.“<sup>67</sup> Erneut wies

63 Brief von Armin Mohler an Ernst Nolte vom 23. Dezember 1962, in: SBB-PK, Dep. 56 (Nolte), BW Nolte-Mohler. Dort auch das nachfolgende Zitat.

64 Vgl. Brief von Ernst Nolte an Armin Mohler vom 18. März 1963, ebd., ebenso die nachfolgenden Zitate. Hervorhebungen im Original.

65 Vgl. Nolte: *Phänomenologie*, S. 407; ders.: *Faschismus*, S. 33 f.

66 Brief von Ernst Nolte an Armin Mohler vom 18. März 1963, in: SBB-PK, Dep. 56 (Nolte), BW Nolte-Mohler.

67 Vgl. Brief von Armin Mohler an Ernst Nolte vom 21. März 1963, ebd., ebenso die nachfolgenden Zitate. Hervorhebungen im Original.



er die Unvergleichlichkeitsbehauptung zurück und prophezeite daraufhin sogar, der „schwarze Messianismus“ müsse einen heftigen „Gegenschlag“ provozieren: „Ich sehe als Reaktion auf den ‚Nationalmasochismus‘ Kommissare kommen, gegenüber denen die Bormanns Weihnachtsmänner sind.“ Sich selbst sah Mohler in diesem Szenario sogar als potentiell Opfer: „Diese Kommissare werden übrigens mich lange vor Ihnen einsperren – schon deshalb, weil ich wissen werde, was jeder von ihnen an Nationalmasochismus produziert hat, ehe er ins Gegenteil umschwenkt. Wie ja auch die Nationalmasochisten von heute grösstenteils konvertierte Nazis sind.“

Die „Nationalmasochisten“ erklärte er somit kurzerhand zu bloßen Opportunisten. Mit sich selbst schien er indessen im Reinen zu sein, suggerierte Mohler hier doch, dass er gerade deswegen das erste Opfer sein würde, weil er immerhin zu seinen Überzeugungen stehe und sich nicht wohlfeil anpasse. Nach seinem Selbstverständnis betreibe er also echte antinazistische Arbeit, da er ja den zukünftigen „Gegenschlag“ durch die Bekämpfung des „Nationalmasochismus“ zu verhindern suche. Nicht einmal der Vergleich, wonach die Deutschen zu den neuen Juden gemacht würden, ist ihm – an anderer Stelle, aber im selben Zusammenhang – abwegig genug.<sup>68</sup> Daraus, dass er letztlich auch Nolte zu den „Nationalmasochisten“ zählte, machte Mohler unterdessen keinen Hehl.<sup>69</sup> Dieser fühlte sich davon aber nicht angegriffen und bestärkte sogar noch Mohlers Bestrebungen zur Habilitierung. Er könne gar kein „Schwarzmessianiker“ sein, erwiderte Nolte und gab zu verstehen, dass seine Intention von derjenigen Mohlers eben nicht grundverschieden sei, „weil mein Buch bereits durch seine Fragestellung mehr das epochal Gemeinsame als das national Eigentümliche hervorheben muss. [...] Dass die Deutschen wieder eine Geschichte haben können, wünsche auch ich, wenngleich eher beiläufig: es kann sich nach meiner Auffassung aber nie wieder um das alte emphatische und unreflektierte Verhältnis handeln.“<sup>70</sup>

In nuce gab Nolte hier ein aufklärerisch-konservatives Verständnis zu erkennen, das sich klar von Mohlers radikalkonservativer Vergangenheitspolitik abhob. Während Mohler in der Verdrängung der NS-Vergangenheit die einzige Möglichkeit sah, die nationale Identität der Deutschen wiederherzustellen,<sup>71</sup> war es für Nolte hingegen unerlässlich, sich der eigenen Vergangenheit nüchtern zu stellen und diese „objektiv“ aufzuarbeiten. Allein hierdurch schien für ihn eine

68 Vgl. Armin Mohler: Was die Deutschen fürchten. Angst vor der Politik – Angst vor der Geschichte – Angst vor der Macht. Stuttgart-Degerloch 1965, S. 147.

69 Vgl. ebd., S. 144 f.

70 Brief von Ernst Nolte an Armin Mohler vom 03. April 1963, in: SBB-PK, Dep. 56 (Nolte), BW Nolte-Mohler.

71 Siehe exemplarisch Armin Mohler: Vergangenheitsbewältigung. Von der Läuterung zur Manipulation. Stuttgart-Degerloch 1968, hier insbes. S. 85–87. Vgl. auch Steber: Hüter, S. 294 f.

glaubwürdige Grundlage eines (neuen) deutschen Selbstbewusstseins gegeben zu sein – im Sinne einer nicht-restaurierten Nation ohne Restitutionsansprüche.

Unterdessen bekräftigte er aufs Neue, dass „ich Hitlers Untat für ein ‚philosophisches‘ Verbrechen halte und darin seine Unvergleichlichkeit sehe“. Er schränkte jedoch zugleich ein: „[...] nicht aber in den Zügen von Blut und Grauen, die es mit vielen Erscheinungen der Weltgeschichte teilt“.<sup>72</sup> Nolte selbst sowie auch ihm wohlgesonnene Autoren wiesen später wiederholt darauf hin, dass er die Singularität des NS-Regimes und seiner Verbrechen nicht nur bejaht habe, sondern sogar selbst eine eigene, wenn nicht die erste historiographische Singularitäts-These formuliert habe – lange bevor Eberhard Jäckel und andere den Holocaust als historisch einzigartigen „Zivilisationsbruch“ bestimmten.<sup>73</sup> So charakterisierte Nolte das „Dritte Reich“ im klaren Unterschied zu den anderen Faschismen als „Weltheilungsdespotie“.<sup>74</sup> Indem Hitler mit dem Juden den Hauptantreiber des Verderbnis bringenden geschichtlichen Fortschritts („praktische Transzendenz“) zu eliminieren suchte, habe es sich hierbei letztlich um den „verzweifeltsten Angriff gehandelt, der je gegen das menschliche Wesen und die Transzendenz in ihm geführt wurde“.<sup>75</sup> Auch später noch nannte Nolte die Gewalttaten des „Dritten Reiches“ „singulär“.<sup>76</sup> Angesichts dessen verwundert es wenig, dass Mohler seinen Vorwurf des „Nationalmasochismus“ und des „schwarzen Messianismus“ selbst vor dem Hintergrund des „Historikerstreits“ erneuerte.<sup>77</sup> In einem Rundbrief rechtfertigte er sich für seine scharfe Kritik an Noltens „Der europäische Bürgerkrieg“ (1987) im *Criticón*.<sup>78</sup> Das Buch laufe demnach auf den – „meines Erachtens perversen“ – Versuch hinaus nachzu-

72 Vgl. Brief von Ernst Nolte an Armin Mohler vom 3. April 1963, in: SBB-PK, Dep. 56 (Nolte), BW Nolte-Mohler.

73 Vgl. Nolte: *Umriss*, S. 319; Volker Kronenberg: Ernst Nolte und das totalitäre Zeitalter. Versuch einer Verständigung. Bonn 1999, S. 185 f.; Winckler: *Rechte*, S. 74 f.; Mathias Brodtkorb: *Der kausale Nexus. Eine Einführung in das Denken Ernst Noltens*, in: ders. (Hg.): *Auschwitz*, S. 17–28, hier 22 ff.; Dworok: *Nolte*, S. 91, Anm. 60. Siehe Eberhard Jäckel: *Die elende Praxis der Untersteller. Das Einmalige der nationalsozialistischen Verbrechen läßt sich nicht leugnen*, in: *Die Zeit* vom 12. September 1986. Vgl. hierzu Boris Barth: *Genozid. Völkermorde im 20. Jahrhundert. Geschichte – Theorie – Kontroversen*. München 2006, S. 78–111.

74 Vgl. Nolte: *Phänomenologie*, S. 402.

75 Vgl. ders.: *Faschismus*, S. 512.

76 Vgl. ders.: *Die negative Lebendigkeit des Dritten Reiches. Eine Frage aus dem Blickwinkel des Jahres 1980*, in: *FAZ* vom 24. Juli 1980.

77 Vgl. Armin Mohler: *Mißverständnisse um Ernst Nolte. Über sein Buch „Der europäische Bürgerkrieg 1917–1945“*, in: *Criticón* 104 (November/Dezember 1987); ders.: *Der Nasenring. Die Vergangenheitsbewältigung vor und nach dem Fall der Mauer. Korrigierte Neuauflage*. München 1996, S. 241 ff.

78 Vgl. Rundbrief von Armin Mohler vom 10. Dezember 1987, in: SBB-PK, Dep. 56 (Nolte), BW Nolte-Mohler. Auch die nachfolgenden Zitate. Siehe Ernst Nolte: *Der europäische Bürgerkrieg 1917–1945. Nationalsozialismus und Bolschewismus*. Frankfurt am Main u. a. 1987.

weisen, „dass jene ‚Singularität‘ gerade dann bestehen bleibe, wenn man mit den Genociden ‚der anderen‘ vergleiche“. Nolte würde das „Dogma von der ‚Singularität‘“ endgültig zementieren. Dabei hatte Jürgen Habermas in dem berühmten Zeit-Artikel vom 11. Juli 1986, der den „Historikerstreit“ in Gang brachte, das genaue Gegenteil behauptet.<sup>79</sup> Nolte reagierte erfreut auf diesen Rundbrief sowie auf Mohlers Rezension.<sup>80</sup> Er gestand, dass es ihm nicht „unlieb“ sei, derart „von rechts“ kritisiert zu werden, zeige dies doch, dass er eigentlich nichts anderes behaupte als in den 25 Jahren zuvor.

Allerdings war Mohler keineswegs von Anfang an ein Kritiker Noltés im sich anbahnenden „Historikerstreit“. Diese deutliche Wendung ereignete sich erst mit dem Erscheinen von Noltés Buch im Oktober 1987. Noch anlässlich Noltés Artikel vom 6. Juni 1986 in der FAZ – der eigentliche Auslöser der Kontroverse – schrieb Mohler geradezu euphorisch an diesen und beglückwünschte ihn zu seinem „Mut“ und seiner „Klarsicht“: „Sie haben so recht mit allem.“<sup>81</sup> In dem Zeitungsartikel hatte Nolte über die vergangenheitspolitische Dominanz der „Endlösung“ geklagt, die doch von anderen NS-Massenverbrechen sowie auch von „entscheidenden Fragen der Gegenwart“ ablenken würde – „etwa denjenigen des Seinscharakters von ‚ungeborenem Leben‘ oder des Vorliegens von ‚Völkermord‘ gestern in Vietnam und heute in Afghanistan“.<sup>82</sup> Im Unterschied zu seiner Position mehr als zwanzig Jahre früher kritisierte er nun nicht mehr die Nicht-Beachtung der NS-Vergangenheit, sondern umgekehrt ihr Nichtvergehen im öffentlichen Bewusstsein. Vor allem stieß ihm jedoch auf, dass alternative Deutungsansätze kein Gehör finden und prinzipiell für unzulässig erklärt würden. Anders als Mohler plädierte Nolte jedoch nicht für den Schlussstrich. Doch die gleichsam metaphysische Herausgehobenheit der nationalsozialistischen Judenvernichtung sowie die einhellige moralische Dämonisierung des NS-Regimes wollte er nicht als axiomatisch gegeben hinnehmen. Seiner unideologisch-objektiven Grundhaltung tat dies nicht genüge. Im „Europäischen Bürgerkrieg“ bringt er diesen Dissens beispielhaft auf den Punkt:

„Diese Zusammenhänge zu verfolgen, ist die Aufgabe des Historikers und insbesondere des Ideologehistorikers. Er muß es hinnehmen, daß er von denjenigen kritisiert wird, die im Rückblick dem *absoluten Bösen* konfrontiert sein wollen und die im Dienst des *absoluten Guten* zu stehen glauben. In dem Gemälde,

79 Vgl. Jürgen Habermas: Eine Art Schadensabwicklung. Die apologetischen Tendenzen in der deutschen Zeitgeschichtsschreibung, in: Die Zeit vom 11. Juli 1986. Allgemein zum „Historikerstreit“ siehe u. a. Gerrit Dworok: „Historikerstreit“ und Nationswerdung. Ursprünge und Deutung eines bundesrepublikanischen Konflikts. Köln u. a. 2015.

80 Vgl. Brief von Ernst Nolte an Armin Mohler vom 15. Dezember 1987, in: SBB-PK, Dep. 56 (Nolte), BW Nolte-Mohler.

81 Vgl. Brief von Armin Mohler an Ernst Nolte vom 6. Juni 1986, ebd.

82 Vgl. Ernst Nolte: Vergangenheit, die nicht vergehen will. Eine Rede, die geschrieben, aber nicht gehalten werden konnte, in: FAZ vom 6. Juni 1986.

das er zu malen hat, haben nur Grautöne verschiedener Art einen Platz, die Benutzung der weißen Farbe ist ihm so gut verwehrt wie die der schwarzen.<sup>83</sup>

Dass Nolte für seine Konzeption vom „Kausalnexus“ zwischen nationalsozialistischem „Rassenmord“ und dem ursprünglicheren bolschewistischen „Klassenmord“ heftig attackiert und sogar in die Nähe der Holocaust-Leugnung gerückt wurde,<sup>84</sup> bestätigte ihn in seinen schlimmsten Befürchtungen. „Es handelt sich um ein ‚Tabu-Thema‘, ja um *das* Tabu-Thema schlechthin, die ‚Endlösung der Judenfrage‘“, konstatierte er wenig später erbittert.<sup>85</sup> Von nun an nahm seine kritische Beschäftigung mit den vermeintlichen Verfehlungen der „Vergangenheitsbewältigung“, der historischen Tabus und ideologisch-einseitigen Geschichtsdeutungen regelrecht verbissene Züge an.<sup>86</sup> Immer wieder ging es ihm dabei vor allem darum, deutlich zu machen, dass die Betrachtung der Geschichte nicht durch Dogmen verstellt werden dürfe, dass Revisionen ein notwendiger wissenschaftlicher Prozess und Frageverbote in diesem Sinne grundsätzlich wissenschaftsfeindlich seien. Natürlich ging es ihm auch darum, seinen eigenen Standpunkt im „Historikerstreit“ rückwirkend zu rechtfertigen, was ihm wiederum den Vorwurf der notorischen Unbelehrbarkeit und der Starrsinnigkeit eintrug. Über das Ziel hinaus schoss er zweifellos, als er sogar versuchte, rechts-extreme Geschichtsrevisionisten und Holocaust-Leugner wie etwa David Irving zu berücksichtigen. Zugeständnisse an die profunden Kenntnisse dieser „radikalen Revisionisten“ erzeugten nachvollziehbarer Weise erhebliche Irritationen.<sup>87</sup> Dabei sympathisierte er mit irgendeiner dieser Positionen und wies sie schließlich sämtlich als unzutreffend zurück. Anders im Übrigen Mohler, der den „Leuchter-Report“, welcher die Massenvernichtung durch Gas in Auschwitz anzweifelte, in seinem „Der Nasenring“ von 1989 überaus wohlwollend rezipierte.<sup>88</sup> Überhaupt stellte Mohlers Buch eine voluminöse Fundamenta-

83 Ders.: Bürgerkrieg, S. 25. Hervorhebungen im Original.

84 Siehe u. a. Rudolf Augstein: Die neue Auschwitz-Lüge, in: Der Spiegel vom 6. Oktober 1986.

85 Vgl. Ernst Nolte: Abschließende Reflexionen über den sogenannten Historikerstreit, in: Uwe Backes/Eckhard Jesse/Rainer Zitelmann (Hg.): Die Schatten der Vergangenheit. Impulse zur Historisierung des Nationalsozialismus. Frankfurt am Main 1992, S. 83–109, hier 88.

86 Siehe exemplarisch Ernst Nolte: Die Deutschen und ihre Vergangenheiten. Erinnerung und Vergessen von der Reichsgründung Bismarcks bis heute. Berlin u. a. 1995. Eine Vielzahl von Aufsätzen, die sich kritisch mit der „Vergangenheitsbewältigung“ beschäftigen, sind enthalten in: ders. (Hg.): Der kausale Nexus. Über Revisionen und Revisionismen in der Geschichtswissenschaft. Studien, Artikel und Vorträge 1990–2000. München 2002.

87 Vgl. ders.: Streitpunkte. Heutige und künftige Kontroversen um den Nationalsozialismus. Berlin u. a. 1993, S. 304. Vgl. auch Armin Pfahl-Traughber: Die Apologeten der „Auschwitz-Lüge“. Bedeutung und Entwicklung der Holocaust-Leugnung im Rechtsextremismus, in: Jahrbuch Extremismus und Demokratie 8 (1996), S. 75–101, hier 100 f.

88 Vgl. Mohler: Nasenring, S. 260 ff., 264 und 283 f. Vgl. auch Pfahl-Traughber: Apologeten, S. 94 ff. und 101.

abrechnung mit der deutschen „Vergangenheitsbewältigung“ dar, die 1989 in der Erstauflage erschienen war und 1991 um ein Kapitel zur DDR-Vergangenheit erweitert und neuaufgelegt wurde. Ist es als prinzipielle Zustimmung zur Grundintention des Buches zu werten, dass Nolte über die Erstausgabe lediglich schrieb, die zweite Hälfte sei ihm „etwas zu punktuell und essayistisch“?<sup>89</sup> Dass er es als wissenschaftliches Werk zumindest nicht recht ernstnahm, zeigte sich an anderer Stelle.<sup>90</sup> Inhaltliche Kritik, die der Rede wert wäre, äußerte er darüber hinaus nicht. Was ihn hingegen hauptsächlich interessierte, war seine eigene Rolle in dem Buch. So räumte er zunächst ein, Mohler erweise sich „[h]insichtlich meiner Wenigkeit [...] als guter Kenner“.<sup>91</sup> Nach der Lektüre der Neuauflage konzedierte er süffisant, die Kritik des „Faschist[en]“ Mohler“ an ihm entspräche mehr der Wahrheit als diejenige der „Antifaschisten“.<sup>92</sup> Mit ironisch-bitterem Unterton fügte er dem hinzu:

„Es ist ja in aller Objektivität sehr eigenartig, daß der Mann, dem Sie in Ihrer ersten Rezension nationalen Masochismus attestieren, inzwischen weithin [...] in den Geruch eines ‚Nationalisten‘ und ‚Revisionisten‘ gekommen ist.“

In einer Art vorzeitiger Bilanzierung wird überdies offenbar, dass Nolte in Mohlers höchst fragwürdiger Sicht auf die „Vergangenheitsbewältigung“ ein deutlich kleineres Übel zu sehen schien als in der „Vergangenheitsbewältigung“ an sich:

„Unsere Generation wird nun bald ihre Vorstellung auf dieser Erde abschließen, und soweit sie historische und politische Bücher geschrieben hat, muß sie sich selbst fragen und sich fragen lassen, was sie zum Vergangenheitsverständnis (dem rationalen Kern der sogenannten Vergangenheitsbewältigung) beigetragen hat. Ich meine, wir beide haben uns von sehr verschiedenen Ausgangspunkten aus und mit unterschiedlichen Resultaten jedenfalls redlich Mühe gegeben.“

Keineswegs bezogen Nolte und Mohler mit ihrer grundsätzlichen Kritik an der „Vergangenheitsbewältigung“ Anfang der Neunzigerjahre lediglich Randpositionen. Obzwar der „Historikerstreit“ zugunsten sozialhistorischer und linksliberaler Geschichtsauffassungen entschieden worden war, schwelte der historisch-politische Deutungskampf um den historischen Ort des Holocaust und das nationale Selbstverständnis weiter.<sup>93</sup> Zumal der Systemzusammenbruch des Sowjetkommunismus sowie die deutsche Wiedervereinigung den Geschichts-

89 Vgl. Brief von Ernst Nolte an Armin Mohler vom 18. Juli 1989, in: SBB-PK, Dep. 56 (Nolte), BW Nolte-Mohler.

90 Vgl. Nolte: Die Deutschen, S. 224, Anm. 20.

91 Vgl. Brief von Ernst Nolte an Armin Mohler vom 18. Juli 1989, in: SBB-PK, Dep. 56 (Nolte), BW Nolte-Mohler.

92 Vgl. Brief von Ernst Nolte an Armin Mohler vom 13. Juni 1991, ebd. Auch die nachfolgenden Zitate.

93 Siehe hierzu Dietrich Seybold: *Geschichtskultur und Konflikt. Historisch-politische Kontroversen in Gesellschaften der Gegenwart*. Bern 2005.

debatten neue Dynamik und Aktualität verliehen. In diesem Kontext lassen sich Kontroversen wie etwa um das Goldhagen-Buch, die Wehrmachts-Ausstellung und das „Schwarzbuch des Kommunismus“ als „Nachhutgefechte“ bezeichnen.<sup>94</sup> Auch die Gruppe „neuer konservativer Intellektueller“ um Zitelmann war entscheidend hiervon geprägt und positionierte sich kritisch zu „Vergangenheitsbewältigung“ und „linker Diskurshegemonie“.<sup>95</sup> Der „Historikerstreit“ war für sie von Anfang an ein zentraler Bezugspunkt ihres Unbehagens an einer „ritualisierten ‚Bewältigungsstrategie‘“.<sup>96</sup> Nolte steuerte auch einen Beitrag zum Sammelband „Die selbstbewusste Nation“ von 1994 bei.<sup>97</sup> Das Buch sowie die Gruppe waren heftiger und mitunter polemischer Kritik ausgesetzt. Sie wurden wiederholt in die Nähe von Rechtsextremismus und Geschichtsrevisionismus gerückt. Dabei ließ sich eine klare politische Linie kaum ausmachen, tummeln sich doch verschiedene politische Richtungen im Umfeld der „Gruppe“: von altlinken „68er“-Renegaten, konservativen Sozialdemokraten, FDP-nahen Nationalliberalen, Nonkonformisten, enttäuschten Liberalkonservativen bis hin zu kulturpessimistischen „Jungkonservativen“ war ein breites Spektrum vertreten. Weissmann gehörte etwa dazu, der von ihm bewunderte Mohler jedoch nicht, was diesem bitter aufstieß, wie er Nolte gegenüber äußerte:

„Seit das Zitelmännchen mich als ‚zu alt für die Junge Freiheit‘ erklärt hat und deren Herausgeber auf meine Kosten eine weisse Weste verschafft hat, werde ich zu nichts mehr eingeladen! Weder zur ‚Selbstbewussten Nation‘ noch zur Festschrift Jünger noch zu dem Aufruf – obwohl ich doch zu all dem etwas zu sagen hätte.“<sup>98</sup>

Als dieses neu-konservative Netzwerk zerfiel, gehörte Weissmann zu den wenigen, die sich weiterhin für die Vision einer konservativen Sammlungsbewegung einsetzten. Er, Stein und Kubitschek gründeten im Jahr 2000 das Institut für Staatspolitik (IFS) und gaben ab 2003 die Sezession heraus. Die radikale Kritik an der „Vergangenheitsbewältigung“ („Schuld kult“<sup>99</sup>) nicht zuletzt in der Tradition Mohlers gehörte von Anfang an zu den ideologischen Kernelementen

94 Vgl. Peter Steinbach: Die publizistischen Kontroversen – eine Vergangenheit, die nicht vergeht, in: Reichel u. a. (Hg.): Nationalsozialismus, S. 127–174, hier 135 f.

95 Siehe exemplarisch Heimo Schwilk und Ulrich Schacht (Hg.): Die selbstbewusste Nation. „Anschwellender Bocksgesang“ und weitere Beiträge zu einer deutschen Debatte. Frankfurt am Main u. a. 1994; Rainer Zitelmann: Wohin treibt unsere Republik? Frankfurt am Main u. a. 1995.

96 Vgl. exemplarisch Uwe Backes/Eckhard Jesse/Rainer Zitelmann: Zu diesem Band, in: dies. (Hg.): Schatten, S. 11–22, hier 11.

97 Siehe Ernst Nolte: Links und Rechts. Über Geschichte und Aktualität einer politischen Alternative, in: Heimo Schwilk u. a. (Hg.): Nation. 2. veränderte und erweiterte Auflage. Frankfurt am Main 1994, S. 145–162.

98 Brief von Armin Mohler an Ernst Nolte vom 27. April 1995, in: SBB-PK, Dep. 56 (Nolte), BW Nolte-Mohler.

99 Siehe exemplarisch Institut für Staatspolitik (Hg.): „Meine Ehre heißt Reue.“ Der Schuldstolz der Deutschen (Wissenschaftliche Reihe, Heft 11). Schnellroda 2007.

dieser „Neuen Rechten“. Hierbei berufen sich Junge Freiheit und Sezession immer wieder auch auf Nolte, der vor allem als bürgerliches Musterbeispiel eines von der Gesellschaft und Fachwelt zu Unrecht Verdammten fungiert.<sup>100</sup>

### *Rechte Außenseiter?*

Dass Noltés und Mohlers Beziehung von einer weltanschaulichen Ambivalenz und Widersprüchen geprägt war, ist bereits deutlich geworden. Erst in den 1990er Jahren lässt sich, wenn überhaupt, von so etwas wie einer ideologischen Annäherung zwischen beiden sprechen – zumindest hinsichtlich der Haltung gegenüber der „Vergangenheitspolitik“. Das war jedoch nicht allein Nolte-typisch, sondern steht symptomatisch für das konservative Denken seit den 1980er Jahren und insbesondere in den 1990er Jahren. Eine ähnliche Entwicklung lässt sich auch mit Blick auf das politische Selbstverständnis nachzeichnen. Das ist insofern wenig überraschend, als, wie gesehen, bei beiden das politische Selbstverständnis auf das engste mit dem historisch-politischen Denken verknüpft war. Während indes das politische und geschichtspolitische Programm einer Ideologisierung des Konservatismus bei Mohler seit seiner Promotion klar erkennbar war und seitdem konsequent vorangetrieben wurde, vertrat Nolte von Beginn seiner akademischen Laufbahn an vielmehr ein anti-ideologisches Wissenschaftspathos. Nichtsdestoweniger wiesen Noltés Arbeit am Faschismus-Begriff und seine geschichtspolitische Perspektive deutliche liberalkonservative Einschläge auf. Nicht zuletzt entsprach sein ostentativer Objektivitätsanspruch geradezu paradigmatisch dem „pragmatisch-antiideologischen“ Bedürfnis, das zum zentralen Element der Standort-Neubestimmung im Konservatismus nach 1945 geworden war.<sup>101</sup> Eine offene Hinwendung ins liberalkonservative „Lager“ vollzog er spätestens als Reaktion auf die Studentenproteste seit 1967. So gehörte er 1970 zu den Gründungsmitgliedern des Bundes Freiheit der Wissenschaft (BFW).<sup>102</sup> Dort zählte er im Übrigen zu den schärfsten Kritikern allzu schriller Töne und radikaler Umtriebe von rechts.<sup>103</sup> Zudem pochte er vehement auf das parteiübergreifende Selbstverständnis. Und auch wenn er zweifellos zu den prononciertesten öffentlichen Kritikern der Studentenproteste zählte, stellte sein hochschulpolitisches Engagement für ihn keineswegs ein Bekenntnis zum Konservatismus und schon gar nicht eine

100 Vgl. u. a. ebd., S. 15.

101 Vgl. hierzu Axel Schildt: *Konservatismus in Deutschland. Von den Anfängen im 18. Jahrhundert bis zur Gegenwart*. München 1998, S. 213 f., 236 f. und 239 f.; Wehrs: *Protest*, S. 433 f. und 487 f.; Hacke: *Philosophie*, u. a. S. 80 f.

102 Vgl. Nolte: *Rückblick*, S. 50 f. Zu Noltés Rolle im BFW vgl. insbesondere Wehrs: *Protest*, S. 124 f. und 164–170. Zum liberalkonservativen Profil des BFW vgl. Hacke: *Philosophie*, S. 102 ff. und Steber: *Hüter*, S. 243 f.

103 Vgl. Wehrs: *Protest*, S. 233 f.

Parteinahme für eine konservative Programmatik dar. Es ging ihm ja gerade darum, die Wissenschaftsfreiheit vor den parteipolitischen beziehungsweise ideologischen Zudringlichkeiten der revoltierenden Studenten, ihrer inneruniversitären Sympathisanten sowie insbesondere der marxistisch-leninistischen Kadergruppen zu verteidigen.<sup>104</sup> Mit nicht geringem Unverständnis bezüglich des geistigen Klimawandels der späten 1960er Jahre fragte er sich schließlich in einem Brief an Mohler, ob er eigentlich „nach rechts“ gerückt“ sei „oder die Öffentlichkeit so weit nach links“ – nicht ohne sogleich selbst zu antworten, dass sich seine Auffassung im zurückliegenden Jahrzehnt eigentlich nicht geändert habe. Weiter heißt es dort:

„Mir scheint, Sie haben im Augenblick eine geistesgeschichtlich und politisch sehr relevante Position inne. Auf den ersten Blick sieht es ja so aus, als wären Sie nun ganz in die Ecke gedrängt und im linken Sturm kaum noch existent. Aber einmal ist gerade dies die wichtige Frage, ob nun wie 1933 alle Gegengewichte fortgerissen werden [...] So wird es, geistig und politisch, erstmals wieder interessant, in Deutschland zu leben. Die große Frage ist [...], ob die ‚Neue Rechte‘ [...], sich als die Rechte des Reiches oder als die Rechte der Bundesrepublik verstehen wird.“<sup>105</sup>

Nicht er, sondern Mohler gehörte demnach einer Gegentendenz zur revoltierenden Linken an, einer neuen Rechten. Dass für Nolte eine legitime Rechte allein eine „Rechte der Bundesrepublik“ sein könne, hatte er an anderer Stelle bereits deutlich gemacht. Erkennbar wird hier im Ansatz ein politisches Denken, das vom Gleichgewicht der Kräfte in der liberalen Demokratie ausgeht. Dem Erstarken der radikalen Linken erwachse in diesem Sinne eine auf sie reagierende „Neue Rechte“. In Analogie zu „1933“ fragte Nolte sich dennoch besorgt, ob die Übermacht der Linken nicht bereits zu groß geworden sei. In seiner Rede auf dem Gründungskongress des BFW skizzierte er im Jahr nach diesem Briefwechsel folgendes Bedrohungsszenario:

„Eine der wesentlichsten und unterscheidendsten Institutionen der westlichen Welt ist die Freiheit der Wissenschaft. [...] [E]s gibt keine Gruppe in der Bundesrepublik, die sich selbst dem Postulat so grundsätzlich verschließt wie die Gruppe der kommunistischen Studenten mit ihrem ideologischen Fanatismus. [...] Der Angriff dieser Gruppe und ihrer Mentoren auf die Universität der Bundesrepublik ist daher keine bloße Hochschulangelegenheit: er ist in sich selbst eine akute Krise des Staates [...].“<sup>106</sup>

104 Siehe exemplarisch Ernst Nolte: Die gegenwärtige Situation der deutschen Universität, in: Hans Maier/Michael Zöllner (Hg.): Bund Freiheit der Wissenschaft. Der Gründungskongress in Bad Godesberg am 18. November 1970. Köln 1970, S. 20–35.

105 Vgl. Brief von Ernst Nolte an Armin Mohler vom 27. Mai 1969, in: SBB-PK, Dep. 56 (Nolte), BW Nolte-Mohler.

106 Nolte: Situation, S. 27f.



Eine Krise indes, die als solche von der außeruniversitären Gesellschaft und von der Politik nicht ernstgenommen werde. Dabei sah er ausdrücklich nicht den Marxismus als wissenschaftliche Lehre, sondern dessen dogmatische Auslegung und Verabsolutierung als ernsthafte Gefahr an.<sup>107</sup> Worin diese Gefahr bestehe, wird vor allem mit Blick auf seine im Zusammenhang mit seiner Faschismus-Theorie skizzierte und infolge der Studentenproteste stetig weiterentwickelte Theorie der bürgerlichen Gesellschaft beziehungsweise des „Liberalen Systems“ deutlich. Die Integrität des „Liberalen Systems“ beruhe, so Nolte, wesentlich darauf, dass keine Kraft im pluralistisch-antagonistischen Wechselspiel der Politik einen endgültigen Sieg erringe und somit die eigene Existenzgrundlage als widerspruchsvolle Gesellschaft der prinzipiellen „Fragefreiheit“ und der institutionalisierten (Selbst)Kritik zerstöre.<sup>108</sup> Diese Erkenntnis entsprang unverkennbar seinem Nachdenken über den Faschismus und den Bedingungen seines Sieges.<sup>109</sup> So verwundert es auch nicht, dass Nolte nicht nur die Gefahr des Sieges der extremen Linken vorschwebte, sondern ebenso die dialektische Gegenreaktion der extremen Rechten.<sup>110</sup> Darauf scheint etwa seine besorgte Frage an Mohler hinzuweisen, ob die „Neue Rechte“ möglicherweise eine „Rechte des Reiches“ sei.

Während Nolte vorrangig um die Ideologiefreiheit in der Wissenschaft und an den Universitäten besorgt war und sich für die Wiederherstellung eines ausgeglichenen Status quo ante engagierte, sah Mohler die „Kulturrevolution“ von „68“ vielmehr als Gelegenheit den Nachkriegs-Konservatismus in seinem Sinne zu erneuern. Die Konservativen stünden nun vor der Wahl, „endlich wieder zu einer politischen Kraft zu werden“ und ihr ungefährliches, in Selbstzurückhaltung übendes Gärtnerdasein abzulegen.<sup>111</sup> Besonders kritisch sah er die Liberalen konservativen, die häufig doch nichts anderes seien als „APO-geschädigte Liberale“.<sup>112</sup> Im Gegensatz zum „liberalen Renegaten“, der nicht weiß, was er

107 Vgl. u. a. ebd., S. 31 f.

108 Vgl. ders.: Faschismus, S. 541 f.; ders.: Was ist bürgerlich?, in: ders. (Hg.): Was ist bürgerlich? und andere Artikel, Abhandlungen, Auseinandersetzungen. Stuttgart 1979, S. 11–24, hier 19 ff. (Originalversion in: FAZ vom 24. Juni 1978); ders.: Über Frageverbote, ebd., S. 56–66, hier S. 57 f. (Originalversion in: FAZ vom 25. November 1978). Siehe auch ders.: Deutschland und der Kalte Krieg, München 1974, hier insbesondere S. 73–88. Zu Noltens Konzept des „liberalen Systems“ siehe auch Horst Möller: Ernst Nolte und das „liberale System“, in: Nipperdey u. a. (Hg.): Weltbürgerkrieg, S. 57–72.

109 Siehe u. a. Nolte: Krise.

110 Vgl. ders.: Studentenbewegung und „Linksfaschismus“, in: ders. (Hg.): Marxismus, S. 237–252, hier 250 f. (Originalversion in: Hamburger Jahrbuch für Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik 16 (1971), S. 235–249).

111 Vgl. Armin Mohler: Der Konservative in der technischen Zivilisation, in: ders. (Hg.): Von rechts, S. 13–35, hier u. a. 35; Finkbeiner: Mohler, S. 213 f.; Weissmann: Mohler, S. 160 f.

112 Vgl. Armin Mohler: Die Kerenskis der Kulturrevolution, in: ders. (Hg.): Von rechts, S. 55–63, hier insbes. 60 ff. (Originalversion unter dem Untertitel „Zur Invasion APO-geschädigter Liberaler ins konservative Lager“ in: Criticón 12 (Juli/August 1972).

tue, schätzte er den Linken sehr viel höher. Der nämlich wisse, worum es gehe. Dass Mohler gerade keinen bürgerlichen Konservatismus vor Augen hatte, wird hier einmal mehr deutlich. Er aktualisierte mithin das antiliberaler und schlechthin antibürgerliche Momentum im Konservatismus, das – womöglich stärker noch als der „Faschistische Stil“ – einen nachhaltigen Einfluss auf die spätere „Neue Rechte“ ausüben sollte. Nicht der Kommunismus (und nicht der Islam) seien die wirklichen Feinde dieser neuen konservativen Revolutionäre, sondern, in Anlehnung an Mohler, der kultur- und nationenzerstörende Liberalismus, hält Volker Weiß fest.<sup>113</sup> Es sollte angesichts dessen nachdrücklich darauf hingewiesen werden, dass Welten zwischen Mohler und der skeptisch-optimistischen „Apologie der Bürgerlichkeit“ (Odo Marquardt) der Liberalkonservativen lagen – sowie heute auch zwischen letzterem und Kubitscheks und Björn Höckes apokalyptischen Kulturpessimismus.<sup>114</sup> Eine erhebliche Differenz im Übrigen, welche die antikonservative Kritik von links damals wie heute allzu leichtfertig marginalisiert, wie nicht zuletzt die Begriffsgenese der Termini „Neue Rechte“, „extreme Rechte“ und „Rechtspopulismus“ zeigen.<sup>115</sup>

Bei aller gegenseitigen Sympathie zwischen Nolte und Mohler kam es 1975 zum ersten und einzigen ernsthaften Disput, der beinahe zum Bruch geführt hätte. Indirekt ging es hierbei auch um die Frage der politischen Standortzugehörigkeit. Mohler, der sich von Nolte missachtet empfand, warf diesem vor, sich dem Mainstream angedient zu haben und abseitige Positionen nicht zu berücksichtigen. Dabei sei Nolte doch längst selbst zum Außenseiter geworden.<sup>116</sup> Sichtlich angefasst von Mohlers anklagendem Brief reagierte Nolte verärgert, wobei er zunächst gar nicht in Abrede stellte, ein Außenseiter zu sein:

„Dass Sie mich indessen auch denjenigen Aussenseitern entgegenstellen, zu denen Sie sich selbst zählen, ist mehr als sonderbar, denn dabei machen Sie doch die stillschweigende Voraussetzung, ich sei zu irgendeiner Zeit ‚einer der Ihren‘ gewesen. Das können Sie trotz aller Hochschätzung, die ich für Sie immer gehabt habe, doch nicht im Ernst geglaubt haben!“<sup>117</sup>

113 Vgl. Volker Weiß: Die autoritäre Revolte. Die Neue Rechte und der Untergang des Abendlandes (Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung 10094). Lizenzausgabe. Bonn 2017, S. 216 ff.; Kailitz: „89er“, S. 174 f.

114 Vgl. hierzu Hacke: Philosophie, u. a. S. 129 f., 264 und 268 f.

115 Siehe hierzu insbesondere Mathias Brodtkorb und Stefan Bruhn: Über die neu-rechte rechtsradikale extreme Rechte. Kritische Anmerkungen zu einem Begriffswirrwarr im Grenzland von Wissenschaft, Journalismus und Politik, in: Jahrbuch Extremismus & Demokratie 21 (2010), S. 145–160. Vgl. Winckler: Rechte, S. 13 f.

116 Vgl. Brief von Armin Mohler an Ernst Nolte vom 2. August 1975, in: SBB-PK, Dep. 56 (Nolte), BW Nolte-Mohler. Siehe hierzu auch Brief von Ernst Nolte an Armin Mohler vom 29. Juli 1975, ebd.

117 Brief von Ernst Nolte an Armin Mohler vom 15. September 1975, ebd., ebenso das nachfolgende Zitat.

Nicht zum ersten Mal verwies er im weiteren Verlauf des Schreibens darauf, dass es die Differenz zwischen ihnen beiden sei, die doch den intellektuellen Reiz ihrer Bekanntschaft ausmache: „Intellektuelle schätzen Intellektuelle hauptsächlich deshalb (oder sollten es doch tun), weil sie anderer Meinung sind und dadurch anregend wirken.“ Zum Bruch mit Mohler kam es damals nicht. Im Jahr darauf trafen sich beide sogar zum ersten Mal seit Jahren wieder persönlich.<sup>118</sup> Bis in die Mitte der 1980er Jahre hinein blieb der Briefwechsel jedoch sporadisch. Dass der briefliche Kontakt zwischen beiden trotzdem insgesamt ganze 39 Jahre Bestand hatte, lag nicht zuletzt auch daran, dass beide das Schicksal nonkonformistischer Außenseiter teilten. So klagte nicht nur Mohler immer wieder darüber, verfemt oder nicht ernstgenommen zu werden vom „linken Mainstream“. Auch Nolte fühlte sich vom Feuilleton oder den Fachkollegen nicht gebührend berücksichtigt oder missverstanden. Unter anderem schrieb er Mohler im Jahr 1969:

„Bisher hatte ich eigentlich eher den Eindruck, daß ich den Magnaten des feuilletonistischen Zeitalters von Anfang an ziemlich unbehaglich war; ich erinnere mich nicht einer einzigen Rezension, die der Rede wert wäre, und es gibt kein einziges der zahllosen ‚Gespräche‘, zu dem ich jemals eingeladen worden wäre.“<sup>119</sup>

Eine deutliche Kritik, gespeist aus Frustration und Enttäuschung, brachte Nolte auch zu Papier, als es auf seinen FAZ-Artikel vom 6. Juni 1986 zur „Vergangenheit, die nicht vergehen darf“ noch Tage später keine öffentlichen Reaktionen gab:

„Ich hatte [...] erwartet, daß in diesem Land immerhin einige Dutzend von Menschen diese Fähigkeit besaßen, wo doch die Sache selbst so sehr zu Kritik oder Zustimmung verlockte; aber es scheint, daß die Wüste wächst und daß nicht mehr als fünf bis sechs Kamele darin umherwandern.“<sup>120</sup>

Das Gefühl verstetigte sich infolge des „Historikerstreits“ noch einmal und Anfang der 1990er Jahre war für beide ihre fortgeschrittene Isolation kaum zu übersehen. Beinahe selbstmitleidig und nicht wenig kulturpessimistisch schrieb Nolte im Mai 1995:

„Ich wünsche Ihnen vor allem, dass Sie sich durch die jüngsten Entwicklungen nicht die Heiterkeit und Überlegenheit des Alters rauben lassen; ‚uns hält’s noch aus‘, und unsere Kinder müssen selbst sehen, wie sie in der bevorstehenden rotgrünen Zeit zurechtkommen. Manchmal bin ich sogar so optimistisch, die Lebenskraft des ‚Liberalen Systems‘ [...] noch nicht für erschöpft zu halten, aber die Skepsis wiegt doch vor.“<sup>121</sup>

118 Vgl. Brief von Ernst Nolte an Armin Mohler vom 9. August 1976, ebd.

119 Brief von Ernst Nolte an Armin Mohler vom 27. Mai 1969, ebd. Siehe außerdem Brief von Ernst Nolte an Armin Mohler vom 29. Juli 1975, ebd.

120 Brief von Ernst Nolte an Armin Mohler vom 18. Juni 1986, ebd.

121 Brief von Ernst Nolte an Armin Mohler vom 29. Mai 1995, ebd.

Schon längst hatte Nolte von seiner vermeintlich antiideologischen Zurückhaltung Abstand genommen. Das machte er in einem für ihn folgenschweren Interview mit dem Spiegel im Oktober 1994 deutlich. Auf die provozierende Frage hin, ob er ein Rechtsradikaler sei, verwies er auf das berühmte Diktum Thomas Manns: „Wenn das Boot nach links kippt, setze ich mich nach rechts, und umgekehrt. [...] Im Augenblick verdienen die rechtsradikalen Geistesströmungen eher Unterstützung als die linksradikalen.“<sup>122</sup> Das Selbstbild eines pragmatischen Intellektuellen, der seine politische Haltung an vermeintlich rationalen Notwendigkeiten ausrichtet, versuchte er hier weiterhin aufrechtzuerhalten. Dass Nolte für diese Grundhaltung im Jahr 1994 viel Kritik einstecken musste, ist angesichts der rechtsextremen Vorfälle der damaligen Zeit kaum verwunderlich; auch wenn Nolte sich bemühte zu betonen, dass eine „radikale rechte Partei“, für dessen Existenz er sich aussprach, notwendig eine „demokratische, also verfassungstreue Partei“ sein müsse. Eine konkrete Partei, die gleichsam ein Widerpart zur PDS sein würde, hatte er dabei jedoch nicht im Auge.<sup>123</sup> Er begründete seine Ansicht folgendermaßen: „Ein Parteiensystem, das zur Vollständigkeit tendiert, darf nicht hinken.“ Das Idealbild des ausgeglichenen „Liberalen Systems“ schwebt ihm hier also weiterhin vor Augen: „Was sind das für Menschen, die gegen rechts in dem Sinne polemisieren, dass sie eine Rechte überhaupt nicht akzeptieren wollen? Das sind doch totalitäre Gedanken, die der Idee einer pluralistischen Demokratie, die man sonst so hoch erhebt, direkt widersprechen.“<sup>124</sup>

Mit diesen Worten zitiert die Journalistin und intime AfD-Kennerin Melanie Amann Nolte, um das latente Marginalisierungsgefühl des rechtskonservativen, AfD-affinen Milieus paradigmatisch auf den Punkt zu bringen. Nicht nur der Fall „Nolte“ zeigt, dass das Gefühl, rechts der Mitte könne es keine legitime Position geben, seit Jahrzehnten im konservativen Denken virulent ist. So stehen die „89er“ beziehungsweise die „Zitelmann-Gruppe“ und ihre Kritik an der kulturellen und politischen Dominanz der „68er“-Erben hierfür exemplarisch.<sup>125</sup> Anders jedoch als der radikalkonservative Antiliberalismus kritisierten sie – wie Nolte – die liberale Demokratie nicht dafür, dass sie falsche Prinzipien hätte, sondern dafür, dass sie ihre eigenen Prinzipien verrate, wenn sie eine „demo-

122 Vgl. Rudolf Augstein/Fritjof Meyer/Peter Zolling: „Ein historisches Recht Hitlers“? Der Faschismus-Interpret Ernst Nolte über den Nationalsozialismus, Auschwitz und die Neue Rechte, in: Der Spiegel vom 3. Oktober 1994. Dort auch die nachfolgenden Zitate. Später wiederholte Nolte diese Aussage z. B. gegenüber Dworok; vgl. Dworok: Grenzgänger, S. 47.

123 Auch nach der Gründung der AfD noch sagte Nolte, er könne sich eine „ernstzunehmende Rechtspartei [...] nur als Desiderat“ vorstellen. Vgl. ebd., S. 46.

124 Ernst Nolte, zit. nach: Melanie Amann: Angst für Deutschland. Die Wahrheit über die AfD: wo sie herkommt, wer sie führt, wohin sie steuert. München 2017, S. 86.

125 Vgl. Kailitz: „89er“, S. 175 f. und 178 ff.; Winckler: Rechte, S. 62 f. und 121 f.

kratische Rechte<sup>126</sup> nicht akzeptieren könne. Auf diese Weise würde die – einseitig „antifaschistische“ – Demokratie zum Totalitären tendieren. Hier wird die Entfremdung der Konservativen, die doch eigentlich ihren Frieden mit der Bundesrepublik gemacht hatten und sich zum großen Teil als Verteidiger ihrer Grundprinzipien verstanden, mit Händen fassbar. An diesem Beispiel und am Beispiel Noltés ist jedoch auch zu sehen, wie sehr die Besorgnis vor einer „linken Übermacht“ zu einem generellen zivilisationskritischen Kulturpessimismus tendiert und die Grenzen zwischen Demokratie-Bejahung und Demokratie-Skepsis zu verschwimmen drohen. Ebenfalls wird hier deutlich, dass der intellektuelle Konservatismus in den 1990er Jahren in einer veritablen Identitätskrise steckte,<sup>127</sup> die nicht zuletzt eine Erosion der Binnengrenzen beförderte. Der endgültig in die Defensive geratene Liberalkonservatismus schaffte es jedenfalls nicht mehr, an seine Hochzeiten anzuknüpfen. Das radikalkonservative Denken hingegen erlebte spätestens parallel zum Aufkommen der AfD – in der übrigens frühere liberale Konservative wie Konrad Adam und Alexander Gauland eine politische Zuflucht suchten – einen ungeahnten Bedeutungszuwachs und dominiert heute zweifellos den Konservatismus-Diskurs.

### Fazit

Für die einen ist Ernst Nolte das prominenteste Opfer eines nachhaltigen gesellschaftlichen „Linksrucks“.<sup>128</sup> An ihm sei ein brutales Exempel statuiert worden auf dem langen Weg hin zur Marginalisierung der Konservativen insgesamt. Für die Junge Freiheit und die Sezession etwa ist Nolte überdies nicht nur nicht wissenschaftlich widerlegt worden, sondern außerdem ein vorbildgebendes Musterbeispiel eines unbeirrbar gelehrten im Widerstand gegen den Zeitgeist.<sup>129</sup> Für die anderen dagegen ist Nolte ein unbelehrbarer Geschichtsrevisorist und NS-Apologet. Freilich gibt es, wie gezeigt, auch differenziertere Stimmen zwischen diesen beiden Extrempolen.<sup>130</sup> Doch wie groß das emotionale Erregungspotential nach wie vor ist, offenbaren wiederholt die Jahres-

126 Diese von Zitelmann forcierte Selbstbezeichnung ist eine Trotzreaktion auf ein politisches Klima, innerhalb dessen eine „Rechte“ prinzipiell als illegitim wahrgenommen wurde. Vgl. Winckler: Rechte, S. 101 f.

127 Vgl. Hochgeschwender: Verlust, S. 151 f.; Paul Nolte: Die Krise des Konservatismus, in: Die Zeit vom 26. Juli 2001; Schildt: Konservatismus, S. 251 f.

128 Vgl. exemplarisch Karlheinz Weissmann: Das konservative Minimum, Schnellroda 2009, S. 58 ff.

129 Siehe u. a. Thorsten Hinz: Der Unberührbare, in: Junge Freiheit vom 11. Januar 2013; ders.: Der Dissident – Ernst Nolte ist 90, in: Sezession 52 (Februar 2013), S. 46 f.

130 Siehe exemplarisch Imanuel Geiss: Der Hysterikerstreit. Ein unpolemischer Essay (Schriftenreihe Extremismus & Demokratie 1). Bonn u. a. 1992.

tage des „Historikerstreits“.<sup>131</sup> Dieser Kontrast liegt nicht zuletzt in der tiefen Ambivalenz der Persönlichkeit Ernst Noltes und seines intellektuellen Wirkens begründet beziehungsweise in seinem widersprüchlichen Verhältnis zum Konservatismus.

Wie viele seiner liberalkonservativen Zeitgenossen haderte er mit der Studentenbewegung und den Linksintellektuellen, weil er in ihnen eine Bedrohung der freiheitlichen Grundordnung der Bundesrepublik sah. In den 1960er/1970er Jahren gehörte er zweifellos zu den Vorkämpfern eines Liberalkonservatismus, die den reaktionären zugunsten eines bürgerlich-unideologischen Konservatismus ablehnten. Später jedoch haderte er mit der politisch-gesellschaftlichen Ordnung der Bundesrepublik, weil in ihr kein Platz mehr für eine dezidiert konservative Rechte zu sein schien. Mithin sah er seine Befürchtungen bestätigt – nicht zuletzt aufgrund der eigenen Erfahrungen –, dass der Sieg der „Linken“ zum Ende des „Liberalen Systems“ führen würde. Sein Optieren für eine politische Rechte als notwendiges Gegengewicht sowie ein sich stärker hervordrängender Kulturpessimismus deuten auf eine Annäherung an den Radikalkonservatismus hin. Jedenfalls sah Nolte in Mohler in den 1990er Jahren in vielerlei Hinsicht einen Gleichgesinnten und Leidensgenossen. Anknüpfungspunkte hatte es zuvor ohnehin einige und Berührungspunkte nur wenige gegeben. Darüber hinaus schätzte Nolte die Bedrohung einer extremen Rechten gering ein – geringer jedenfalls als die einer DDR-loyalen beziehungsweise „antifaschistischen“ Linken, die ihm zufolge in der Gesellschaft mit weitaus mehr Sympathie rechnen konnte als NS-Verherrlicher und rechtsextreme Schläger. Über ihre nicht geringen Meinungsverschiedenheiten hinweg teilten er und Mohler also ähnliche Feindbilder. Mohler schätzte er aber auch deswegen, weil dieser eine streitbare Meinung vertrat und Nolte die intellektuelle Differenz zu ihm sehr begrüßte. Dass Mohler und das radikalkonservative Milieu Nolte nach dem „Historikerstreit“ vorbehaltlos Gehör und Aufmerksamkeit entgegenbrachten, mag schließlich nicht unwesentlich zur Überwindung von Hemmschwellen beigetragen haben.

Der direkte Vergleich mit dem Radikalkonservativen par excellence, Armin Mohler, zeigt schließlich, dass eine pauschale Behauptung wie diejenige des Nachrichtenportals Welt Online, „Er [gemeint ist Nolte; d. Verf.] sagte zuerst,

131 Siehe u. a. Eckhard Jesse: Historikerstreit reloaded, in: Cicero 10/2006; Sven Felix Kellerhoff: Eine Art Schadensabwicklung, in: Die Welt vom 11. Juli 2006; Egon Flaig: Die Habermas-Methode, in: Die Zeit vom 17. Juli 2011. Als Kritik dazu siehe u. a. Micha Brumlik: Hellenische Übermenschen, 15. Juli 2011, in: <https://taz.de/15116271/> (Abruf: 30. Juli 2019). Siehe auch die Diskussion um die Äußerungen Jörg Baberowskis im Spiegel. Dort wird er folgendermaßen zitiert: „Nolte wurde Unrecht getan [...] Er hatte historisch recht.“ Zit. nach: Dirk Kurbjuweit: Der Wandel der Vergangenheit, in: Der Spiegel vom 10. Februar 2014. Als Kritik dazu siehe u. a. Christian Staas: Ohne Gulag kein Holocaust?, in: Die Zeit vom 12. Februar 2014.

was die AfD jetzt denkt<sup>132</sup>, keineswegs aufrechtzuerhalten ist. Mohler zeichnete sich in den untersuchten Schwerpunktthemen ganz zweifellos durch eine berechnende und zugespitzte Radikalität aus. Zudem war es sein erklärtes Ziel, den Nachkriegskonservatismus zu ideologisieren und revolutionär aufzuladen. Sein Denken und Wirken schuf somit wesentlich das Grundgerüst des modernen antibürgerlichen Radikalkonservatismus wie es heute in der konservativ-revolutionären „Neuen Rechten“ um Kubitschek sowie teilweise in der populistisch-nationalistischen AfD vorzufinden ist. Der Fall „Nolte“ dagegen eignet sich vor allem als bürgerlicher Märtyrer-Mythos, der in großen Teilen der konservativen Intelligenz anknüpfungsfähig ist. Historiographisch und weltanschaulich kann Noltes Œuvre allerdings mit ebenso wenig vorbehaltloser Zustimmung in der extremen Rechten rechnen wie unter ihm wohlgesonnenen Konservativen und Liberalen – und das aus entgegengesetzten Gründen. Einerseits lassen sich nämlich Noltes Kontinuitätsthese zwischen Konservatismus und Nationalsozialismus sowie sein Singularitäts-Postulat nicht ohne Weiteres ins „neurechte“ Geschichtsdenken inkorporieren. Das zeigte Mohlers scharfe Kritik deutlich. Andererseits verspielte Nolte mit seiner wissenschaftlichen Würdigung von Holocaust-Leugnern sowie seinem unbeirrbar Festhalten am „Kausalnexus“ einen Großteil seiner intellektuellen Reputation. So ist er schließlich ein spezifischer Fall eines originären „45er“-Liberal-konservativen, der, obzwar schon immer ein Solitär, ab Ende der 1980er Jahre zum stigmatisierten Außenseiter wurde.

Selbstverständlich können Rückschlüsse aus der Beziehung Nolte-Mohler auf das Verhältnis von Liberal- und Radikalkonservatismus nur vage ausfallen, zumal Nolte einen besonderen Fall eines entfremdeten Liberal-konservativen darstellt. Dennoch scheint die zwischen kritischer Distanz und vertrauter Nähe changierende Beziehung gewissermaßen typisch für das Binnenverhältnis des intellektuellen Konservatismus nach 1945 zu sein. Einerseits grenzten sich beide Spielarten klar voneinander ab, andererseits stand der gemeinsame Feind spätestens seit „68“ eindeutig links.<sup>133</sup> Freilich waren die Binnengrenzen ohnehin selten vollkommen eindeutig zu ziehen, was die antikonservative Kritik der Linken stets besonders hervorhob. Dabei verkannte diese jedoch die Pluralität des konservativen Denkens. Ihrerseits erzeugte sie somit einen zusätzlichen Kohäsionsdruck von außen. Obwohl sich der Liberal-konservatismus zumindest ideell langfristig durchgesetzt habe gegen die Intellektuellenideen des demokratischen Sozialismus – und der „Konservativen Revolution“ –, wie Jens Hacke konstatiert, haben die derart diskreditierten Liberal-konservativen „daraus kaum

132 Richard Herzinger: Ernst Nolte. Er sagte zuerst, was die AfD jetzt denkt, 6. Juni 2016, in: <https://www.welt.de/kultur/artikel155985562/Er-sagte-zuerst-was-die-AfD-jetzt-denkt.html> (Abruf: 16. Juli 2019).

133 Vgl. Steber: Hüter, S. 256 und 296–300.

Kapital schlagen können“.<sup>134</sup> Ihr Einsatz und Sieg sei zu Unrecht vergessen worden. Hat sich der Liberalkonservatismus gar totgesiegt? Im kollektiven Gedächtnis jedenfalls setzte sich bereits früh das „Fundamentalliberalisierungs“-Narrativ (Habermas) durch die „Neue Linke“ und die „Frankfurter Schule“ durch.<sup>135</sup> Die Liberalkonservativen haben sich hingegen stets gegen den Pauschalverdacht erwehren müssen, die Liberalisierung der Bundesrepublik bekämpft zu haben. Es stellt sich daher die Frage, ob nicht diese Demütigung und der Mangel an Würdigung zur nachhaltigen Entfremdung ehemaliger entschiedener Verteidiger der bürgerlichen Demokratie von eben dieser Demokratie beigetragen hat. Bei Nolte jedenfalls sind die Frustration und die verletzte Eitelkeit ganz offensichtlich. Liegt hierin möglicherweise ein Teil des bürgerlich-konservativen Unmuts begründet, an den populistische und radikalkonservative Deutungsangebote seit den 1990er Jahren anknüpfen und den heutige „Ressentimentbewegungen“<sup>136</sup> so erfolgreich ausbeuten können?

134 Vgl. Hache: Philosophie, S. 292 und 298.

135 Vgl. u. a. ebd., S. 12 f. und 95 ff.; Clemens Albrecht: Konservatismus und Bundesrepublik. Wie muß eine Wirkungsgeschichte konzipiert sein?, in: Frank-Lothar Kroll (Hg.): Die kupierte Alternative. Konservatismus in Deutschland nach 1945 (Studien und Texte zur Erforschung des Konservatismus 6). Berlin 2005, S. 25–34, hier 27 ff.

136 Finkbeiner: Mohler, S. 231 ff.



**Hans Buchheims Forschungsprojekt (1963–1966)  
„Die Politik der Bundesregierung Adenauer“:  
Früher Zugang zu amtlichem Schriftgut im Bundeskanzler-  
amt – aber (zu) späte Publikation von Teilergebnissen**

**Rudolf Morsey**

I.

Die Geschichtsforschung sucht seit jeher, als zentrale Quellengrundlage, möglichst früh amtliches Schriftgut und Nachlässe prominenter Persönlichkeiten einbeziehen zu können, auch von solchen Akten, deren Benutzung noch Sperrfristen unterliegt. Über die häufig komplizierte Freigabeprozedur von Verschlussachen („Geheimakten“) und teilweise eingeschränkte Nutzungsmöglichkeiten haben manche Verfasser in Vor- oder Nachworten ihrer Publikationen berichtet.

Auch für Hans-Peter Schwarz war es in den 1980er Jahren nicht leicht, für die von ihm geplante umfassende Biographie Adenauers „Zugangsgenehmigungen“ zu einschlägigen Beständen, angefangen mit dessen Nachlass in der Stiftung Bundeskanzler-Adenauer-Haus (StBKAH) in Bad Honnef-Rhöndorf, zu erhalten. Er konnte schließlich für seine 1986 und 1991 in Stuttgart erschienenen Bände manche Unterlagen nur paraphrasieren oder ohne Angabe der Signatur zitieren. Diese ‚Vorgeschichte‘ hat Holger Löttel jüngst eindrucksvoll beschrieben: „In der Werkstatt des Kanzler-Biographen. Die Erschließung des Rhöndorfer Adenauer-Nachlasses.“<sup>1</sup>

Mich hat die Problematik der Nicht- beziehungsweise Teilfreigabe zeitgeschichtlicher Quellenfunde, sei es als Auflage staatlicher Ressorts oder einzelner Archive, und die Bereitschaft einzelner Verfasser, Forschungsergebnisse entsprechend zu kaschieren oder gar auf deren Publikation zu verzichten, schon früh beschäftigt.<sup>2</sup> Bei der Lektüre des Beitrags von Holger Löttel über Hans-Peter Schwarz erinnerte ich mich an einen ähnlichen „Fall“, allerdings mit anderem Ausgang, aber ebenfalls im Zusammenhang mit Quellenforschung über die Poli-

- 1 In: Dominik Geppert/Hans Jörg Hennecke (Hg.): Interessen, Werte, Verantwortung. Deutsche Außenpolitik zwischen Nationalstaat, Europa und dem Westen. Zur Erinnerung an Hans-Peter Schwarz (Veröffentlichungen der StBKAH). Paderborn u. a. 2019, S. 21–48. Löttel verweist auf einschlägige Hinweise auch bei Hans-Peter Schwarz: Von Adenauer bis Merkel. Lebenserinnerungen eines kritischen Zeitgenossen. Hg. von Hanns Jürgen Küsters. München 2018, S. 38–45.
- 2 Vgl. Rudolf Morsey: Geschichtsschreibung und amtliche Zensur. Zum Problem der Aktenveröffentlichung über die spanische Thronkandidatur der Sigmaringer Hohenzollern, in: Historische Zeitschrift 184 (1957), S. 555–572. Ein Jahr zuvor: ders.: Auswärtiges Amt soll die Reichs-Akten [über das Reichskonkordat 1933] freigeben. In: Echo der Zeit (Recklinghausen) vom 15. April 1956.

tik Adenauers, dieses Mal aus Akten des Bundeskanzleramts (BKA). Dessen Initiator und ‚Opfer‘ war Hans Buchheim (1922–2016), Historiker im Institut für Zeitgeschichte (IfZ) in München und, ab 1966, Inhaber des Lehrstuhls für die Wissenschaft der Politik in Mainz.

Ich wusste von seinem Forschungsprojekt beziehungsweise -auftrag im Bundeskanzleramt (April 1963–September 1966), da ich den fünf Jahre älteren Kollegen seit langem kannte. Während seiner Jahre im BKA habe ich, damals Mitarbeiter der Kommission für Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien in Bonn, ihn häufiger getroffen. Bei Arbeiten zur Adenauer-Forschung, Jahrzehnte später, fand ich in Akten des BKA den Schriftverkehr Buchheims über den Beginn und das Ergebnis seines Forschungsauftrags in der Bonner Zentralbehörde.<sup>3</sup>

Dass sich eine Beschäftigung mit diesem „Fall“ lohnen würde, habe ich am 30. November 2007, in einem Vortrag in der StBKAH in Bad Honnef-Rhöndorf, erwähnt und von einer „noch ungeschriebenen Geschichte“ gesprochen, die „wir vielleicht demnächst in Buchheims Memoiren lesen“ würden.<sup>4</sup> Da er sie nicht geschrieben hat, sei sie hier berichtet, unter Einbeziehung einschlägiger Akten des Archivs der StBKAH, der Kommission für Zeitgeschichte (KfZg.) in Bonn, des IfZ in München und von eigenen Unterlagen.

## II.

Hans Buchheim, 1950 in Heidelberg promoviert und seit 1951 Mitarbeiter des IfZ<sup>5</sup>, hatte sich ab 1. November 1960 für eine Tätigkeit in Bonn beurlauben lassen. Als Leiter einer Arbeitsgruppe im Bundespräsidialamt bei Heinrich Lübke („Redenschreiber“) suchte er Kontakt mit der politischen Praxis zu gewinnen. Der Chef des Bundespräsidialamts, Staatssekretär Karl-Theodor Bleek (1957–1961), berichtete Bundespräsident a. D. Theodor Heuss am 6. Dezember 1960:

- 
- 3 Bundesarchiv, Abt. Koblenz, B 136/3738. – Inzwischen ist dort die Sammlung Hans Buchheim (ZSg. 164), die nur „sehr geringe Korrespondenz enthält“, zwar vollständig erschlossen, allerdings, wegen der darin enthaltenen und noch nicht herabgestuften Verschlussachen, noch nicht benutzbar. Für eine entsprechende Auskunft vom 22. Juli 2019 danke ich Frau Annegret Neupert, Bundesarchiv, Abt. Koblenz (B 7). Von einem anderen Teil des Nachlasses Buchheim, im Universitätsarchiv in Mainz, wird noch die Rede sein.
  - 4 Der Beitrag der Stiftung Bundeskanzler-Adenauer-Haus zur Adenauer-Forschung, in: Historisch-Politische Mitteilungen (HPM) 15 (2008), S. 427–442, hier 430. Es handelt sich um den Text einer Ansprache bei der Verabschiedung von Hans Peter Mensing als Leiter des Editionsereichs der StBKAH. Er hat in der Rhöndorfer Ausgabe aus dem Nachlass Adenauer, die Hans-Peter Schwarz und ich 1983–2013 in 19 Bänden, bei Siedler in Berlin, als Herausgeber betreuten, 14 Bände bearbeitet.
  - 5 Dazu vgl. Hans Buchheim/Hermann Graml: Die fünfzigsten Jahre. Zwei Erfahrungsberichte, in: Horst Möller/Udo Wengst (Hg.): 50 Jahre Institut für Zeitgeschichte. München 1990, S. 69–86, hier 69–77.

„Für die Reden usw. haben wir den sehr lebendigen und netten Dr. Buchheim [...] eingekauft. Ich glaube, daß sich das ganz gut anläßt.“<sup>6</sup>

Das allerdings tat es nicht; denn der beurlaubte Historiker schied bereits am 31. März 1961, am Ende seiner „Probezeit“, wieder aus, „übrigens im besten Einvernehmen“ mit dem Bundespräsidenten, wie er am 26. Juni 1961 dem Staatssekretär des BKA, Dr. Hans Globke, mitteilte; andernfalls hätte er bei dieser ihn „sachlich“ nicht befriedigenden Tätigkeit „innerhalb von drei Jahren jeden Kontakt“ zu seinem wissenschaftlichen Arbeitsgebiet verloren. Das habe Globke „vermutlich“ von Bleek „schon gehört“.<sup>7</sup>

Dann erwähnte Buchheim seinen „letzten Besuch“ im BKA, bei dem der Staatssekretär bedauert habe, dass in der Bundesrepublik „zu wenig getan werde, um die Diffamierungen von seiten des Ostens, insbesondere des Regimes der Sowjetzone“, abzuwehren.<sup>8</sup> Dazu habe er, Buchheim, inzwischen überlegt, was sich in dieser Beziehung „tun ließe“ und dazu auch „einige Anregungen gewonnen“. Er werde sie am 30. Juni 1961 mit Ministerialdirektor Dr. Mercker (Leiter der Abteilung I) besprechen, der Globke über das Ergebnis „sicher informieren“ werde; mit diesem Brief wolle er ihn nur „in Kenntnis setzen“, dass er sich „um die Dinge kümmere, wenn auch zunächst nur aus gewissermaßen privater Initiative“.

Dieses Schreiben Buchheims – wie alle folgenden bis 1966 auf Briefpapier ohne Vordruck und mit der (bis 1972 geltenden) Adresse des IfZ in München, Möhlstrasse 26 – belegt einen bereits bestehenden, aber noch nicht nachweisbaren Kontakt mit Globke. Ihr nächstes Gespräch fand mehr als ein Jahr später, am 20. August 1962, statt. Bei diesem Termin, den der Historiker in einem Schreiben an Globke vom 4. August 1962 bestätigte<sup>9</sup>, wolle er ihm „genauer“ über seinen „Plan“ berichten, „eine historische Arbeit über die Politik von Bundeskanzler Dr. Adenauer zu machen“, den Globke bereits, durch Dr. Wild<sup>10</sup>, kenne. Da der Staatssekretär aber bereits vor dem Treffen mit einem seiner Beamten über das „Projekt“ sprechen wolle, „erlaube ich mir, es noch einmal ganz kurz zu präzisieren“.

Danach dachte er an einen „Regierungsauftrag“, um den er sich „gern bewerben“ würde; denn es sei „nützlich“, schon jetzt „mit der Forschung zu beginnen, wo der Herr Bundeskanzler selbst und andere [...] noch befragt wer-

6 Vgl. Rudolf Morsey: Heinrich Lübke. Eine politische Biographie. Paderborn u. a. 1996, S. 389.

7 Archiv für Christlich-Demokratische Politik (ACDP) Bestand Hans Globke 01-070-058/2. Am 18. April 1961 schrieb Buchheim mir, sein Entschluss zur Rückkehr in das IfZ sei „richtig“ gewesen.

8 ACDP 01-070-058/2.

9 Globke vermerkte dazu handschriftlich: „Erb[itte] B[e]spr[echung] 17.VIII.“ Der Name des angesprochenen Referenten ist nicht angegeben.

10 Dr. Heinrich Wild (1909–1975), Leiter des Kösel-Verlags in München. Diesen Hinweis verdanke ich Herrn Prof. Dr. Dr. h. c. mult. Hans Maier (München).

den können“. Zudem könne eine „erste Darstellung auf Grund aller Quellen auch von politischem Nutzen“ sein.

Dann folgte eine überraschende Aussage Buchheims: Ihm käme es „auf die Forschung als solche an, besonders auch auf die damit verbundenen methodologischen Probleme, nicht aber auf eine Veröffentlichung“. Deswegen habe „die Sache“ für ihn nur „Sinn, wenn ich unbeschränkten Zugang zum Quellenmaterial bekomme“.<sup>11</sup> Er sei aber bereit, für eine „eventuelle Veröffentlichung jede Zensur der politisch Verantwortlichen anzunehmen“. Zunächst glaube er, „selbst einigen politischen Takt zu besitzen, die Dinge angemessen darzustellen, bzw. notwendige Korrekturen durch andere mir zu eigen zu machen“. Sollte „darüber hinaus“ jedoch keine Einigkeit erzielt werden können, werde er damit einverstanden sein, „dass die Darstellung entweder nicht oder nicht unter meinem Namen veröffentlicht wird“. Er habe „also ein wissenschaftliches Interesse, aber keinen Autorenehrgeiz und glaube, dass meine Arbeit selbst dann von allgemeinem Nutzen wäre, wenn sie zunächst gar nicht oder nur teilweise veröffentlicht würde“.<sup>12</sup>

Anschließend erwähnte Buchheim, dass ihm der Gedanke, die jüngste deutsche Geschichte „auf diese Weise zum Forschungsgegenstand“ zu machen, „nicht zuletzt“ durch ein Gespräch mit „Herrn Minister [Bundesminister für besondere Aufgaben] Krone und Herrn Dr. Schauff“<sup>13</sup> gekommen sei. Dabei sei es um die „Aufgabenstellung für die im September [1962] zu gründende Kommission für die Gegenwartsgeschichte des deutschen Katholizismus“ gegangen. Beide hätten dabei den Standpunkt vertreten, dass deren Forschungen „unmittelbar den Ereignissen folgen müssten“, auch wenn eine Publikation noch nicht möglich sei; „denn es sollte für die deutschen Katholiken nicht noch einmal die Situation entstehen, dass ein Abschnitt ihres politischen Wirkens ins Zwielicht gerate, ohne dass genügend Material zur Verfügung stünde, die Dinge richtig zu stellen“.

### III.

Die erwähnte „Situation“ bezog sich auf das politische Verhalten der deutschen Katholiken in den letzten Jahren der Weimarer Republik und dem Beginn der

11 Diese Passagen hat Globke unterstrichen. Zum Schluss des Briefes erwähnte Buchheim „noch zwei andere „Angelegenheiten“, über die er Globke „genauer berichten“ möchte. Sie sind nicht bekannt.

12 Zu dieser Aussage vgl. eine andere, in einem Schreiben vom 24. März 1960 an mich, mit dem er für die Zusendung einer Rezension dankte: „Der Satz, daß sich dem Historiker bei der nötigen Zielstrebigkeit auch die entsprechenden Quellen öffnen, ist mir in die Seele gefahren, denn da habe ich – wenn auch sicher zum Teil wegen der äußeren Umstände – kein sehr gutes Gewissen, da ich dazu neige, mit dem auszukommen, was sich unmittelbar anbietet.“

13 Über Schauff s. Anm. 21.

Hitler-Diktatur. Es wurde seit Jahren kontrovers diskutiert. Dazu hatte auch der 1954 vor dem Bundesverfassungsgericht begonnene und 1957 beendete Prozess über die Gültigkeit des 1933 abgeschlossenen Reichskonkordats beigetragen. Weiterhin strittig blieb, ob die Zustimmung der Reichstagsfraktion der Deutschen Zentrumspartei (am 23. März 1933) zum „Ermächtigungsgesetz“, eine Voraussetzung („Junktim“) für das mit dem Hl. Stuhl am 20. Juli 1933 abgeschlossene Reichskonkordat gewesen ist.<sup>14</sup>

Buchheim wusste Anfang August 1962 – vor dem erwähnten Schreiben an Globke –, dass die strittige Thematik bei einer (zweiten) Klausurtagung vom 17.–19. September 1962 in München („Die politische Wirksamkeit der deutschen Katholiken 1928–1934“) zwischen früheren Repräsentanten („Akteuren“) des politischen Katholizismus und Historikern erörtert werden sollte. Zu ihr hatte inzwischen, nach Absprache mit Krone und Schauff, der Direktor der Katholischen Akademie in Bayern (München), Karl Forster, eingeladen, und zwar 15 (!) Mitglieder der letzten Reichstagsfraktion des Zentrums und zwei der Bayerischen Volkspartei sowie einige Historiker, darunter Buchheim, Ernst Deuerlein, Konrad Repgen und mich.<sup>15</sup>

Bei diesem Treffen sollte die bereits im Mai 1961 in Würzburg, bei einer (ersten) geschlossenen Veranstaltung („Die deutschen Katholiken und das Schicksal der Weimarer Republik“), gegründete KfZg. konstituiert werden.<sup>16</sup> Dieser freie Zusammenschluss von Persönlichkeiten aus Wissenschaft, kirchlichem und öffentlichem Leben war bereits im Februar 1961, durch Abendvorträge zum Thema „Die politische Wirksamkeit der deutschen Katholiken 1918–1949“ in der Universität in München – Karl Buchheim, Morsey, Deuerlein, Hans Buchheim und Otto B. Roegele –, ‚eingeläutet‘ worden. Inzwischen hatte der im Februar 1962 im „Hochland“ (München) veröffentlichte Artikel von Ernst-Wolfgang Böckenförde, „Der deutsche Katholizismus im Jahre 1933. Eine kritische Betrachtung“<sup>17</sup> – mit dem Tenor „Versagen auf der ganzen Linie“ – eine enorme öffentliche Diskussion ausgelöst, auf die Buchheim im „Hochland“ antwortete.<sup>18</sup>

14 Dazu vgl. zuletzt das Kapitel „The Lingering Impact of the Reichskonkordat. Hearings on Historical Research“, in: Marc Edward Ruff: *The Battle for the Catholic Past in Germany, 1945–1980*. Cambridge, UK 2017, S. 88–96.

15 Vgl. Heinrich Krone: *Tagebücher. Zweiter Band: 1961–1966*. Bearb. von Hans-Otto Kleinmann. (Forschungen und Quellen zur Zeitgeschichte 44). Düsseldorf 2003, S. 322 f.

16 Vgl. Heinrich Krone: *Tagebücher. Erster Band: 1945–1961*. Bearb. von Hans-Otto Kleinmann. (Forschungen und Quellen zur Zeitgeschichte 28). Düsseldorf 1995, S. 491.

17 In: *Hochland* 53 (1960/61), S. 215–239.

18 *Der deutsche Katholizismus im Jahr 1933. Eine Auseinandersetzung mit Ernst-Wolfgang Böckenförde*. Ebd. 54 (1961/62), S. 497–515. Am 1. September 1961 dankte Krone Buchheim für einen Sonderdruck und fügte an: „Der ganzen und vollen Wahrheit haben Sie mit Ihrem Aufsatz den Weg nicht gebahnt.“ In: ACDP Bestand Heinrich Krone 01-028-009/6. Am

Die Initiative zur Gründung der KfZg. war von Johannes Schauff (1902–1990) ausgegangen, einem früher in Berlin tätigen Siedlungspolitiker und Mitglied des Reichstags (Zentrum, 1932/33).<sup>19</sup> Er war 1937 nach Rom und 1939 nach Brasilien emigriert und 1949 nach Europa zurückgekehrt, zunächst nach Rom, behielt aber seine Hazienda in Rolandia (Bundesstaat Paraná) in Brasilien. Von Rom aus, später auch aus Sterzing, Bozen und München, beteiligte er sich an der internationalen Flüchtlings- und Entwicklungspolitik. Schauff hatte sich früh darum bemüht, das damals noch kaum bekannte Schicksal politischer Emigranten während der Zeit des Hitler-Regimes, zumal des Zentrums, der Vergessenheit zu entreißen und insbesondere Ludwig Kaas (1881–1952) und Heinrich Brüning (1885–1970) gerecht zu werden.

Seit 1959 stand ich mit ihm und Krone in lockerer, aber ständiger Verbindung, zunächst im Zusammenhang meiner im Sommer 1960 erschienenen kritischen Darstellung über das Ende der Zentrumspartei 1933.<sup>20</sup> Nach deren Publikation hatte ich Schauff, bei der von ihm und Krone geplanten und dann in Zusammenarbeit mit Forster realisierten Gründung einer Institution zur Erforschung des zeitgenössischen Katholizismus, unterstützen können.<sup>21</sup>

24. November 1961 bedankte sich Globke bei Buchheim, ohne zusätzliche Bemerkungen, in: ACDP 01-070-058/2. Dazu vgl. Ruff: Why Böckenförde's Article Became a Watershed, in: ders.: The Battle for the Catholic Past, S. 109–113.

- 19 Die von Johannes Schauff 1928 veröffentlichte Studie: Das Wahlverhalten der deutschen Katholiken im Kaiserreich und in der Weimarer Republik, Untersuchungen aus dem Jahr 1928 (Köln), habe ich später neu herausgegeben: Veröffentlichungen der Kommission für Zeitgeschichte, Reihe A: Quellen, Bd. 18. Mainz 1975. Die Behauptung von Klaus Unterburger, dass die „Initiierung“ der Gründung der Kommission für Zeitgeschichte (KfZg.) von „den kirchlich Verantwortlichen in Deutschland“ ausgegangen sei, trifft nicht zu. Kuriales Interesse, NS-Staat und Demokratie. Weshalb die heutige Quellenlage für Klaus Scholders Junktimthese spricht, in: Dominik Burkard/Nicole Priesching (Hg.): Katholiken im langen 19. Jahrhundert. Regensburg 2014, S. 329–348, hier 348. Unterburgers These halte ich nicht für begründet.
- 20 Erich Matthias/Rudolf Morsey (Hg.): Das Ende der Parteien 1933. Düsseldorf 1960, S. 281–453. Krone, Vorsitzender der CDU/CSU-Fraktion des Deutschen Bundestags, hatte 500 Sonderdrucke dieses Beitrags herstellen und u. a. an deren Mitglieder verteilen lassen. Der Sammelband löste eine Flut von Rezensionen und Diskussionen aus.
- 21 Dazu vgl. Rudolf Morsey: Gründung und Gründer der Kommission für Zeitgeschichte 1960–1962, in: Historisches Jahrbuch 115 (1995), S. 453–485; Dieter Marc Schneider: Johannes Schauff (1902–1990). Migration und Stabilitas im Zeitalter der „Totalitarismen“ (Studien zur Zeitgeschichte 61). München 2001, S. 189–201; Rudolf Morsey: Das Ende der Zentrumspartei 1933. Forschungsverlauf und persönliche Erinnerungen an die Zusammenarbeit mit Zeitzeugen, in: Thomas Brechenmacher (Hg.): Das Reichskonkordat 1933. Forschungsstand, Kontroversen, Dokumente (Veröffentlichungen der Kommission für Zeitgeschichte, Reihe B: Forschungen, Bd. 109). Paderborn u. a. 2007, S. 37–53; Ruff: The Creation of the Association for Contemporary History, in: ders.: The Battle for the Catholic Past, S. 113–119.

## IV.

Nach dem erwähnten Gespräch Buchheims mit Globke, am 20. August 1962, war für die Finanzierung seines Vorhabens das Bundesministerium des Innern (BMI) vorgesehen. Dessen Referent, Oberregierungsrat Dr. Petersen, erklärte sich jedoch außerstande, die benötigten „Gesamtmittel 60–70.000,- DM für Personal-, Archiv- und Reisekosten zu übernehmen“. Diesen Befund teilte Buchheim am 19. Oktober 1962 Ministerialrat Stolzhäuser im BKA (I/3) mit, der seinerseits Globke informierte, allerdings erst – infolge „zwischenzeitlicher Erkrankung“ – am 28. November 1962. Danach beabsichtige Buchheim eine „Darstellung über die Tätigkeit des Herrn Bundeskanzlers als Regierungschef“ auszuarbeiten, die bereits dessen „Billigung“ und die „Zustimmung“ des Staatssekretärs gefunden habe.

Buchheim rechne, so Stolzhäuser weiter, mit einer Förderung seines Vorhabens „für etwa drei Jahre“. Er habe dem Historiker erklärt, dass ihm, „im Hinblick auf die Art des Vorhabens“ und der Zustimmung des Bundeskanzlers, „sicher entsprochen würde“, hielte aber, damit nicht eines Tages „die wissenschaftliche Unabhängigkeit der Arbeit“ bezweifelt werden könnte, die Finanzierung („Jahreszuschüsse“) durch das BMI für „zweckmäßig“, und zwar aus den Forschungsmitteln, die dem Bundeskanzler aus dessen Etat vorbehalten seien. Dieses Verfahren, mit dem das BMI einverstanden sei, schlug der Referatsleiter dem Staatssekretär vor, der damit einverstanden war. Nach der noch am selben Tag erteilten Zustimmung Globkes erhielt Buchheim am 19. Dezember 1962 von Mercker den Hinweis, sich wegen der Gewährung eines „Bundeszuschusses“ an das BMI zu wenden.

Mit dieser Nachricht sah Buchheim die „endgültige Zustimmung“ des Bundeskanzlers zu seinem Projekt erteilt. Zwei Tage später teilte er Globke mit, dass er im Januar seinen Antrag stellen und dem Staatssekretär Vorschläge unterbreiten werde (1.) für eine schriftliche Vereinbarung über die Benutzung des Quellenmaterials und (2.) für eine „Legitimation gegenüber Dritten“, wonach er seine Forschungen mit der „besonderen Unterstützung“ des BKA betreibe, „beides im Sinne unserer Besprechungen“. Er würde in der zweiten Januarhälfte seine Vorschläge im BMI und mit Globke besprechen, um Anfang März 1963 in Bonn beginnen zu können.

Am 10. Januar 1963 schickte Buchheim dem Staatssekretär den Entwurf einer „Vereinbarung über die Benutzung geheimen Quellenmaterials und über die daraus sich ergebenden Sicherungsbestimmungen“ sowie den eines „Legitimationsschreibens“ für den Zugang zu anderen Behörden (beide Texte liegen nicht vor). Da inzwischen bereits ein Gespräch beim Bundeskanzler vorgesehen war, informierte von Bechtolsheim (Referat I/3 des BKA, i.V.), am 13. Februar 1963 Globke über das „Forschungsvorhaben Dr. Buchheim“.

Danach seien die von ihm gewünschten „Vereinbarungen und seine Legitimation“ von den inzwischen – über das BMI – befragten Leitern des Politischen

Archivs des Auswärtigen Amtes und des Bundesarchivs sowie Prof. Eberhard Kessel (Mainz) als „nicht üblich“ bezeichnet worden. Sie verträten den Standpunkt, dass die Verfügung „über Akten unter Geheimschutz“ nur fallweise und nur mit Einschränkungen gestattet werden könne.

Deswegen schlugen die „angehörigen Stellen“ statt einer „Vereinbarung lediglich ein Legitimationspapier“ vor. Darin solle nur festgehalten werden, dass Buchheim (1.) einen „Forschungsauftrag“ des BMI (!) habe und sein Thema mit „Zustimmung und Unterstützung des BKA“ bearbeite. Die Bundesbehörden sollten (2.) gebeten werden, ihm diejenigen Dokumente zugänglich zu machen, die er benötige, falls nicht im Einzelfall Bedenken beständen. Diese Fassung, das betonte von Bechtolsheim, weiche von Buchheims Vorschlag (vom 10. Januar 1963) wesentlich ab. Globke akzeptierte die ihm vorgelegte Fassung. Eine schriftliche Vereinbarung wurde allerdings – das sei im Vorgriff erwähnt –, nicht abgeschlossen. Deren Fehlen sollte sich für das BKA als nachteilig erweisen.

Am 14. Februar 1963 legte von Bechtolsheim dem Bundeskanzler – für dessen Gespräch mit Buchheim am folgenden Tag – einen Vermerk vor, nach dem Adenauer der Absicht des Historikers für dessen „in etwa drei Jahren“ zu leistender Arbeit zugestimmt habe. Der dafür erforderliche Zuschuss solle vom BMI bewilligt werden, „zu Lasten der dem Herrn Bundeskanzler zur Verfügung stehenden Forschungsmittel“. Allerdings werde das BMI mit Buchheim noch über dessen Höhe „verhandeln“; denn er habe „nunmehr den allein für ein Jahr erforderlichen Betrag auf rd. 50.000,- DM“ beziffert, „1/7 der dem Herrn Bundeskanzler jährlich für solche Zwecke zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel“.

Diesen Vermerk ergänzte Globke noch am selben Tag mit folgendem handschriftlichen Zusatz: Er würde das Thema („Die Politik Dr. Konrad Adenauers als Bundeskanzler vom Herbst 1949 bis zum Ende seiner Amtszeit“) „so fassen: ‚Die Politik der Bundesregierung unter der Kanzlerschaft Dr. K. A.‘ Bei der jetzigen Fassung könnte die Finanzierung aus den dem BK zur Verfügung stehenden Forschungsmitteln Anlaß zu Bedenken geben.“ Der Bundeskanzler bat den Staatssekretär am folgenden Tag „z[ur] R[ück]sprache“ über diese Vorlage, vor seinem Gespräch mit Buchheim, an dem Globke teilnahm.

Dessen Ergebnis findet sich in einem Schreiben des Historikers vom 20. Februar 1963 an das BMI, „z. Hd. Herrn Oberregierungsrat Dr. Petersen“, den er am Vortag aufgesucht hatte. Ihm schickte er den nach dessen Hinweisen „abgeänderten“ Antrag für die „Bundeszuwendung“ zur Förderung seiner Forschungsarbeit. Die Änderung seines Themas sei „auf Wunsch des Bundeskanzlers“ erfolgt, der, ebenso wie Globke, damit einverstanden gewesen sei, „daß jährlich ein größerer Finanzbedarf entsteht, als ursprünglich angenommen worden war“.

Zudem, so Buchheim weiter, käme es, nach dem Gespräch mit Adenauer, bei der „geplanten Arbeit sehr auf die Befragung der an der Gestaltung der Politik



der Bundesregierung Beteiligten“ an. Der Bundeskanzler wolle ihm „des öfteren aus seiner Erinnerung zu einzelnen Fragen eine Darstellung geben“.<sup>22</sup> Deswegen werde er, „häufiger als vorgesehen, nach Bonn fahren“ müssen, etwa zweimal pro Monat. (Er behielt seine Wohnung in München.) Dafür erbat Buchheim einen „Zuschuss von 2.500,- DM zu einer Jahresnetzkarte der Bundesbahn“. Für weitere Reisen (zu Befragungen) würde er den „Restbetrag“ für die Netzkarte (3.500,- DM) bezahlen. Von Befragungen ist später allerdings keine Rede mehr.

Eine Durchschrift dieses Schreibens an Petersen schickte Buchheim Ministerialrat Stolzhausen im BKA. Dabei bedauerte er das „Mißverständnis“ über die Höhe seines Finanzbedarfs, den er bei dessen seinerzeitigem Anruf auf „ein Etatjahr“ bezogen habe. Inzwischen sei Globke einverstanden, dass er „die Spesen in der jetzt vorgesehenen Höhe“ in den Finanzierungsplan aufnehme, einschließlich einer „studentischen Hilfskraft, soweit diese benötigt“ werde.

Nach einem späteren Vermerk des Leiters des Referats II/5 im BKA, Ministerialrat von Bechtolsheim, vom 9. September 1965<sup>23</sup>, habe Globke „seinerzeit“ den Wunsch gehabt, dass Buchheim das Aktenmaterial „studiere und auswerte sowie Zeugenaussagen“ sammle, als Grundlage für eine „etwaige [!] spätere Publikation“. Der Chef des BKA habe außerdem gewünscht, dass für den „Fall späterer politischer Angriffe“ gegen die Bundesregierung „Abwehrmaterial bereit liege“ und mit dem Historiker eine „lockere und ‚offene‘ Vereinbarung“ treffen wollen.

## V.

Buchheim wurde im IfZ beurlaubt und begann am 1. April 1963 seine Forschungsarbeit im BKA, in einem Arbeitsraum mit Tresor (für die Geheimakten) und einem Arbeitsplatz für eine „stundenweise tätige sicherheitsüberprüfte Schreibkraft“ (von ihr ist später nicht mehr die Rede). Er konnte in den „gesamten Aktenbestand einschliesslich Verschlusssachen des BKA uneingeschränkt Einsicht“ nehmen.<sup>24</sup> Einige Monate später, am 15. Oktober 1963, trat Adenauer zurück.

22 In einem am 7. September 1965 im Hamburger Abendblatt veröffentlichten Gespräch mit Herbert G. Haake erklärte Adenauer, dass Buchheim nicht etwa seine Memoiren – von denen der erste Band noch 1965 erschien –, „prüfe“, sondern „vor Jahr und Tag von der Bundesregierung den Auftrag bekommen [habe], die Geschichte der Bundesrepublik bis dahin“ zu schreiben. Vgl. Adenauer: Die letzten Lebensjahre 1963–1967. Briefe und Aufzeichnungen, Gespräche, Interviews und Reden. Band I: Oktober 1963–September 1965. Bearb. von Hans Peter Mensing (Rhöndorfer Ausgabe). Paderborn u. a. 2009, S. 490.

23 Zitiert in einem Vermerk des Leiters der Abt. V (Planung) im BKA, Jochimsen, vom 22. April 1970 für dessen Amtschef, Bundesminister Ehmke. Siehe zu Beginn von Abschnitt VII.

24 Diese Zusage geht aus einem Schreiben des Bundesministers Ehmke vom 12. April 1970 an Buchheim hervor, in dem er diese Erlaubnis widerrief. Buchheim hatte allerdings keineswegs (alle) Unterlagen zum „Globke-Plan“ einsehen können. Vgl. Anm. 28.

Sein Nachfolger, Ludwig Erhard, betraute Staatssekretär Ludger Westrick mit der Leitung des BKA, ab 1964 als Bundesminister für besondere Aufgaben.

In welcher Weise sich dieser Wechsel auf die Tätigkeit Buchheims ausgewirkt hat, ist nur aus späteren Unterlagen des BKA zu erschließen; denn für die Zeit seiner Forschungsarbeit im BKA, bis Ende September 1966, enthält der eingangs zitierte einschlägige Band des Bundesarchivs keine Akten. Für diesen Zeitraum gibt es auch keine Hinweise über Buchheims Arbeitsweise und über die Dauer seiner jeweiligen Aufenthalte im Amt, über Gespräche mit „Akteuren“ aus Politik und Verwaltung oder über etwaige Vorträge. Im Februar 1964 war er im Frankfurter „Auschwitz-Prozess“ beteiligt.

Nach einem späteren Vermerk des Leiters der Planungsabteilung des BKA, Jochimsen, sei es dem Amt, ohne schriftliche Vereinbarungen, „immer schwierig“ gewesen, Einblick in Buchheims „schriftliche Darstellungen“ zu erhalten, wie Westricks „Bemühungen im Herbst 1965 beredt“ gezeigt hätten.<sup>25</sup> Diese sind bisher nicht bekannt. Am 9. September 1965 kündigte Buchheim jedoch von Bechtolsheim die Vorlage einer „Reihe von Einzelstudien“ sowie den „Entwurf einer zusammenfassenden Würdigung“ an. Darum hatte ihn der Ministerialrat offensichtlich – aus einem bisher unbekanntem Anlass – gebeten, um über eine Veröffentlichung zu entscheiden.<sup>26</sup>

Im September/Oktober 1965 übergab der Historiker dem BKA die Manuskripte „Sicherheitsfrage und Verteidigungsbeitrag 1950“ sowie „Geschäftsordnung der Bundesregierung und Handhabung der Richtlinienkompetenz“. Ihr Verfasser erhielt sie jedoch – wie sich aus Jochimsens eben zitiertem Vermerk ergibt –, zurück (allerdings ohne Terminangabe), offenbar ohne Beanstandung oder Auflagen.<sup>27</sup>

Kurz darauf, am 2. Dezember 1965, übermittelte er dem BKA ein Verzeichnis („Darstellung“) von 15 Themen, über die er „eingehende Forschung betrieben“ habe, nicht aber die zugehörigen Manuskripte:

- Beitritt Deutschlands zur Ruhrbehörde, Europarat und Montanunion
- Sicherheitsfrage und Verteidigungsbeitrag 1950
- Saarfrage
- Aufbau der Bundesverwaltung 1949/50
- Entstehung des Bundesbankgesetzes
- Geschäftsordnung der Bundesregierung und Handhabung der Richtlinienkompetenz
- Wiedergutmachungsvertrag mit Israel

25 So in dem in Anm. 23 zitierten Vermerk vom 22. April 1970.

26 So am 17. April 1972 an Ehmke. S. zu Beginn von Abschnitt XI.

27 Bundesminister Westrick hatte Globke um Durchsicht gebeten (67 S., ohne Belege) und sein Vorgänger keine Bedenken geäußert. Das ergibt sich aus einem Schreiben Buchheims vom 5. Mai 1966 an Globke und vom 16. Mai 1966 von Globke an Westrick, in: ACDP 01-070-028/1.

- Scheitern der EVG und Beitritt Deutschlands zur WEU und NATO
- Stationierungskosten 1955/56
- EWG, EURATOM und EPG
- Moskau-Reise 1955
- Abrüstungsverhandlungen und Deutschlandfrage 1956/57
- Die Krisen des Herbstes 1956
- Dr. Adenauers Präsidentschaftskandidatur 1959
- Deutschlandfrage 1958 bis 1962.<sup>28</sup>

Über jedes dieser Themen, schrieb Buchheim, könne er „bis Ende 1966“ (!) je eine Ausarbeitung von ca. 50–60 Seiten vorlegen und darin die „Entstehung der jeweiligen politischen Problemlage und das Herbeiführen einer Entscheidung durch den Bundeskanzler“ darstellen. Dabei sei er um eine Verbindung zwischen exakten Fakten und einer „Würdigung im Hinblick auf eine Theorie des politischen Handelns“ bemüht. Von einer (Gesamt-) Darstellung war keine Rede.

Noch während seiner Bonner Jahre erschienen Publikationen Buchheims zur Geschichte der SS und der Polizei als Herrschaftsinstrumente im totalitären Hitler-Regime. Am 21. Juni 1965 dankte ihm Adenauer für die Zusendung der „Anatomie des SS-Staates“.<sup>29</sup> Buchheim war allerdings nicht, wie später vermutet, der „Historiker, Professor für neuere Geschichte an einer deutschen Universität“, mit dem er „vor kurzem“ gesprochen habe und von dem er zu Beginn der „Einführung“ in seine „Erinnerungen 1945–1953“ („Im September 1965“)<sup>30</sup> das Diktum zitiert, dass „Historiker eben keine Propheten“ seien.<sup>31</sup>

- 
- 28 Offensichtlich war es diese Studie (in späteren, auch erweiterten Fassungen mit dem Untertitel „Eine Alternative zu Adenauers Deutschlandpolitik“), die Buchheim Krone zur Durchsicht vorgelegt hatte. Dessen Antwort vom 21. Oktober 1966 lautete, dass man über diesen Plan „noch einmal sprechen“ müsse: „Eine Alternative möchte ich es nicht nennen. In der Konzeption Konrad Adenauers war das ein inhärenter Bestandteil.“ Schon 1957 [richtig: März 1958] sei dem „russischen Besucher“ [Handelsminister] Mikojan ein „konkreter Vorschlag“ (die spätere „Österreich-Lösung für die DDR“) gemacht worden. Darüber aber schrieb Buchheim „nichts“. Dessen Antwort vom 3. November 1966 war eindeutig: Er habe den „Mikojan-Kontakt ebenso wie die Kontakte der Jahre 1959 ff. [„Globke-Pläne“] nur deswegen nicht erwähnt, weil sie mir als derart geheim dargestellt wurden, daß ich glaubte, sie auch in einer für internen Gebrauch bestimmten Studie nicht abhandeln zu dürfen“. In: ACDP 01-070-009/6.
- 29 Es handelte sich um zwei Bände mit Gutachten der IfZ-Mitarbeiter Helmut Krausnick, Martin Broszat und Buchheim, die im Frankfurter „Auschwitz-Prozeß“ (Februar 1964) vorgebracht worden waren. Bd. 1 stammte von Buchheim: Die SS. Das Herrschaftsinstrument. Olten u. a. 1965. In seinem Dank schrieb Adenauer, er „hoffe, daß dieses Buch auch als unüberhörbare Mahnung verstanden“ werde. Vgl. Adenauer: Die letzten Lebensjahre, S. 454.
- 30 Stuttgart 1965, S. 13.
- 31 Hans-Peter Mensing vermutete, dass dieses Zitat von Buchheim – und nicht von Karl Dietrich Erdmann, mit dem Adenauer am 9. März 1965 ein langes Gespräch geführt hatte – stammen könnte. Die Adenauer-Memoiren. Entstehung, Zielsetzung, Quellenwert, in: ders.: Aus Adenauers Nachlass. Beiträge zur Biographie und Politik des ersten Bundeskanzlers (Veröffentlichung der Stiftung Bundeskanzler-Adenauer-Haus). Köln 2007, S. 89–104,

Buchheims Tätigkeit im BKA endete am 30. September 1966. Am folgenden Tag wechselte er auf den Lehrstuhl für die Wissenschaft der Politik an der Universität Mainz.<sup>32</sup> Unbekannt ist, seit wann er wusste, dass er dort im Gespräch war und wer ihn protegiert hatte. Am selben 1. Oktober 1966 übernahm ich einen Lehrstuhl für neueste Geschichte an der Universität Würzburg. Vier Tage später gehörten Buchheim und ich sowie Hans Maier zu einer Gruppe der Katholischen Akademie in Bayern, die vom 4.–25. Oktober 1966 eine Informationsreise in die USA unternahm. Dabei trafen wir am 10./11. Oktober, an der University of Notre Dame, South Bend/Indiana, bei einer Tagung („Freiheit und Autorität“) frühere Emigranten, unter anderem Johannes Schauff.<sup>33</sup> Unsere Referate sind gedruckt.<sup>34</sup>

Am 18. November 1966 teilte der neue Mainzer Professor dem Chef des BKA, Westrick, den Wunsch mit, seine „Forschungsarbeit“ mit dem „gesetzten Ziel fortzuführen“. Wegen seiner neuen Verpflichtungen in Mainz sei allerdings mit einer „größeren Verzögerung“ seiner Veröffentlichungen zu rechnen. Da Westrick inzwischen – dieses Schreiben fehlt – seiner Bitte entsprochen habe, ihm „zunächst bis Ende dieses Jahres“ seinen Arbeitsraum und die Akten „weiter [!] zur Verfügung zu stellen“, wolle er im Dezember mit Ministerialdirektor Dr. Osterheld über „die weiteren Dispositionen“ sprechen.<sup>35</sup> Buchheim bat, den

---

hier 102 f. Erfolglos war Buchheims Rat vom 1. Dezember 1965, dass Adenauer seine „Papiere“ als „selbständige Sammlung konstituiert der Fachaufsicht des Bundesarchivs“ unterstellen möge. Adenauer: Die letzten Lebensjahre, S. 557, Anm. 3.

- 32 Dieser Lehrstuhl war seit dem Tod von Gerhard Möbius (10. September 1965) vakant. In der Vorschlagsliste der Philosophischen Fakultät der Johannes Gutenberg-Universität vom 23. Mai 1966 stand der nicht habilitierte Historiker – Bewerbungspflicht gab es noch nicht – auf Platz 1 einer Dreierliste. Darin hieß es, dass es Buchheim bei seinen Studien im BKA nicht nur um eine Darstellung der Ergebnisse gehe, sondern auch um die der „Erkenntnis der spezifischen Art des politischen Denkens und Handelns“. Die Fakultät hatte seine Platzierung, vor Rudolf Wildenmann (mit Lehrstuhl in Mannheim, zudem noch in der „Sperrfrist“) und Privatdozent Alexander Schwan (Freiburg im Breisgau) ausführlich begründet (22:2:4), der Senat jedoch, am 10. Juni 1966, „nach eingehender Diskussion“, dem Vorschlag wenig freudig (10:3:7) zugestimmt. Universitätsarchiv Mainz Bestand 13/202. Ich danke Herrn Dr. Christian George für seine Auskünfte und die Übermittlung von Kopien am 23. Juli 2019.
- 33 Auf dieser Reise besuchte ich, am 22. Oktober 1966, mit Wilhelm Fonk, MDR 1932/33 (Zentrum), Heinrich Brünig in Norwich/Vermont.
- 34 In: George N. Shuster (Hg.): *Freedom and Authority in the West*. Notre Dame-London 1967. Die Tagung erwähnt Hans Maier: *Böse Jahre, gute Jahre. Ein Leben 1931 ff.* München 2011, S. 149 f.
- 35 Horst Osterheld, seit 1960 als Vortragender Legationsrat I. Klasse im Außenpolitischen Büro des BKA, leitete 1966–1969, als Ministerialdirektor, unter den Bundeskanzlern Erhard und Kiesinger dessen Abt. I. Nicht zutreffend ist die Angabe, dass Buchheim den „Auftrag“ gehabt habe, im Bundeskanzleramt „einige spezielle Fragen unserer Außen- und Sicherheitspolitik durchzuarbeiten und eine intern zu verwertende Darstellung zu schreiben“. Vgl. Horst Osterheld: *Außenpolitik unter Bundeskanzler Ludwig Erhard 1963–1966*. Ein dokumentarischer Bericht aus dem Kanzleramt (Forschungen und Quellen zur Zeitgeschichte 23). Düsseldorf 1992, S. 226. Für entsprechende Hinweise vom 5. Juni 2019 auf diese Sig-

„Restbetrag“ der noch vorhandenen „Reisekostenmittel“ verwenden zu dürfen, soweit er bis Ende dieses Jahres die Möglichkeit finde, in Bonn „die Arbeit an den Akten voranzutreiben“.

Westricks Antwort und das Ergebnis des von Buchheim beabsichtigten Gesprächs mit Osterheld sind nicht bekannt, ebenso nicht, in welchem Umfang er die Arbeitsmöglichkeit im BKA noch genutzt hat. Er war vordringlich mit seinen „Verpflichtungen in der Universität“ in Mainz beschäftigt, gedachte aber, wie er Krone am 1. Juni 1967 schrieb, einen „lesbaren Band von 300 bis 400 Seiten“ über die Politik des Kanzlers Adenauer zu schreiben: darin sollten dann die „außenpolitischen Pläne der Jahre 1959 bis 63 etwas mehr erörtert“ werden, „als das bisher geschehen ist“. Buchheim schrieb ihn jedoch nicht und veröffentlichte vorerst auch keine (Teil-)Ergebnisse seiner Forschungen aus den BKA-Unterlagen. Wohl aber beteiligte er sich Ende 1968 an der Abwehr von Vorwürfen, nicht nur aus der DDR, gegen die Tätigkeit des früheren NSDAP-Mitglieds Kurt Georg Kiesinger, seit 1. Dezember 1966 Bundeskanzler der Großen Koalition. Dafür lieferte der Politikwissenschaftler am 13. November 1968 Karl Theodor Frhr. zu Guttenberg, dem Parlamentarischen Staatssekretär im BKA, ein „Gutachten“ über Kiesingers umstrittene „Tätigkeit als Mitarbeiter des Auswärtigen Amtes zwischen 1940 und 1945“.<sup>36</sup>

## VI.

Nach der Übernahme der Bundesregierung durch Willy Brandt (21. Oktober 1969) konnte Buchheim nicht mit besonderem Entgegenkommen rechnen. Gleichwohl bat er bereits am 17. November 1969 den neuen Chef des BKA, Horst Ehmke (SPD-MdB), Bundesminister für besondere Aufgaben, für seine „Studien“ über die Politik der Regierung Adenauer „weiterhin [!] die Akten des BKA sowie einen Arbeitsraum“ zur Verfügung gestellt zu bekommen. Seinen Antrag unterstützte am 1. Dezember 1969 zu Guttenberg.

In seinem Dank für diese „Intervention“ an den CSU-MdB teilte ihm Buchheim am 22. Dezember 1969 mit, dass sie „gute Wirkung“ zeitige; denn „neulich“ habe sich ein Mitarbeiter des BKA, Erdmenger, „fast ein bißchen dafür entschuldigt“, dass er wegen der „Arbeitsfülle“ des Ministers und wegen des not-

---

natur (ACDP 01-724-037/2) wie auf andere einschlägige Bestände des Schriftgutarchivs des ACDP und die Übermittlung von Kopien danke ich dem Leiter des ACDP, Herrn Michael Hansmann.

36 ACDP 01-226-253. Eine Kopie des Schriftwechsels auch im Besitz des Verfassers. Dazu Philipp Gassert: Kurt Georg Kiesinger 1904–1988. Kanzler zwischen den Zeiten. München 2006, S. 64. Danach sei Buchheim, „Mitglied des Planungsstabes des BKA“, im Mai 1968 mit einer entsprechenden „Dokumentation“ beauftragt, diese aber nicht veröffentlicht worden. Buchheim war 1966 allerdings weder, wie es bei Gassert heißt, „Leiter“ des IfZ (S. 540) noch in Mainz als „Zeithistoriker“ tätig (S. 483).

wendigen „bürokratischen Prozedere“ noch keinen positiven Bescheid erhalten habe. Der Beamte (III/2) kannte vermutlich den Ehmke inzwischen vorgelegten Entwurf einer Antwort (I/1 Pers.), „Dezember 1969“, an „Herrn Prof. Dr. Hans Buchheim, im Hause“ [!]. Danach sei er „gerne bereit“, dessen Wunsch zu entsprechen. In dem bereits in Reinschrift ausgefertigten Schreiben hätte Ehmke nur noch, wie üblich, das Tagesdatum und seine Unterschrift über der bereits in Maschinenschrift eingefügten Namenszeile „(Prof. Dr. Ehmke)“ setzen müssen. Das tat er jedoch nicht.

Denn inzwischen überlegte man im BKA, die Praxis zur „Freigabe von Akten für wissenschaftliche Zwecke“ zu ändern.<sup>37</sup> Anlass dazu war ein Antrag von Arnulf Baring (FU Berlin) vom 29. Oktober 1969 zur Akteneinsicht für eine Studie über die Außen- und Innenpolitik Adenauers, „insbesondere über die Westintegration und Wiederbewaffnung 1949–1954“, auch in solche, „die Geheimhaltungsbestimmungen unterliegen“, er sei bereit, seine Studie vor ihrer Veröffentlichung „zur Genehmigung vorzulegen“.

Daraufhin hatte Ehmke, am 17. November 1969, bei einer „Vorbereitung“ über Aktenfreigabe, das Referat I/3 angewiesen, die Frage, „ob solche Forschungsvorhaben überhaupt und ggf. von wem durchgeführt werden sollten“, etwa mit dem Verband der Wissenschaftler zu besprechen. Eine Antwort wurde umso dringlicher, als inzwischen auch Buchheims Verlängerungsantrag vom 17. November 1969 vorlag und Baring sich am 18. Dezember 1969 erneut gemeldet hatte.

In seiner Antwort auf Ehmkes Prüfungsauftrag riet Dr. Grundschtötel (I/3), am 8. Januar 1970 davon ab, über Aktenfreigabe mit Verbänden zu sprechen, da darüber nur die Bundesregierung beziehungsweise die zuständigen Bundesminister entscheiden könnten und müssten. Hingegen hielt er es für „sinnvoll“, dass „mehr als ein Wissenschaftler praktisch denselben Zeitraum und dieselben Fragen“ erforsche, wenngleich einer größeren Zahl von Antragstellern im BKA „nur schwer ständige Arbeitsmöglichkeiten“ geboten werden könnten. Außer Buchheim und jetzt Baring habe allerdings bisher niemand „ein solches Petition“ gestellt. Selbst wenn beiden Anträgen stattgegeben werden würde, „dürfte es auch in der Zukunft nicht ausgeschlossen sein, weitere Anträge abzulehnen, da es sich um Ermessensentscheidungen handelt und Ablehnungsgründe immer zu finden sind“.

37 In seinen Erinnerungen beschreibt Horst Ehmke die von ihm vorgenommene „Reorganisation“ des „völlig veralteten“ Kanzleramtes. Er habe das BKA in fünf Abteilungen neu gegliedert und Jochimsen die aus dem Planungsstab fortentwickelte Planungsabteilung übernommen. Mittendrin. Von der Großen Koalition zur Deutschen Einheit. Berlin 1994, S. 107–113, hier 109f. Eine Kritik an Ehmkes Tätigkeit im Bundeskanzleramt bei Franz Walter/Kai Müller: Der Chef des Kanzleramtes, in: Zeitschrift für Parlamentsanfragen (2002), S. 475–501, hier 484f.: „Horst Ehmke: Dampf in allen Gassen.“

Grundschöttel empfahl Ehmke, Baring und Buchheim die nach „§ 80 Abs. 2 GGO I“ erforderliche Zustimmung zur Freigabe von Akten des BKA „aus einer weniger als 30 Jahre zurückliegenden Zeit“ zu erteilen; denn sie bezögen sich auf einen „historisch bereits deutlich begrenzbaren Zeitraum“. Zudem seien die Antragsteller bereit, nach der „erforderlichen Sicherheitsüberprüfung“, ihre Arbeiten vor der Veröffentlichung dem BKA zur Genehmigung vorzulegen. Von Verschlusssachen war nur indirekt („Sicherheitsüberprüfung“) die Rede.

Ehmke bat daraufhin am 11. Januar 1970, nach einer Rücksprache mit Grundschöttel, Buchheim zu einem Gespräch, das am 12. Februar 1970 stattfand. Nach dem darüber von Ehmke angefertigten Vermerk hat er mit ihm „eingehend die Problematik der Erteilung der Einsichtnahmen in Akten des BKA“ erörtert und dieser akzeptiert, „daß individuelle Einsichterlaubnis nur im Zusammenhang mit einem Auftrag der Bundesregierung beziehungsweise des Bundeskanzlers erteilt“ werden könne und dass für alle Wissenschaftler „gleiche Zutrittsbedingungen gelten“ müssten. Buchheim wolle sich „die Sache“ noch einmal überlegen: „Sollte ihm keine neue Argumentation einfallen, die er dann noch einmal mit mir erörtern wollen würde, so wird er seine Tätigkeit im BKA einstellen.“

Offensichtlich fiel dem Mainzer Professor nichts ‚Neues‘ ein. Jedenfalls wies der Amtschef am 2. April 1970 den Leiter der Abteilung I (ab 1971: V, Planung), Jochimsen, an, bis zur „Klärung etwaiger Aufträge“ an Buchheim und Baring, alle früher „erteilten Genehmigungen zur Akteneinsicht als aufgehoben zu betrachten“. Zehn Tage später widerrief Ehmke die Buchheim – diesmal mit dessen Privatadresse in Mainz, Weidmannstraße 35 – 1963 erteilte Erlaubnis zur „uneingeschränkten Einsicht“ in den „gesamten Aktenbestand“ des BKA. Ihm läge daran, diese Frage „neu zu überdenken und nach Möglichkeit generell zu regeln“.

## VII.

Zur Vorbereitung einer solchen Regelung legte Jochimsen seinem Chef am 22. April 1970 den schon zitierten Vermerk über Buchheims „Auftragsforschung“ vor. Danach sei es für deren „schriftliche Darstellung und Vorlage“, weil keine schriftlichen Vereinbarungen getroffen worden seien – das wurde schon erwähnt –, „bisher immer schwierig“ gewesen, Einblick in Buchheims „Darstellungen“ zu erhalten. Dann zählte Jochimsen aus Buchheims ebenfalls schon zitierter Angabe vom 2. Dezember 1965<sup>38</sup> die von ihm „eingehend erforschten“ 15 Themen auf, über die er, bis Ende 1966, „Ausarbeitungen“ vorlegen könne. Von ihnen seien die im Herbst 1965 dem BKA eingereichten zwei

38 S. den Text nach Anm. 27.

Studien dem Verfasser zurückgegeben worden.<sup>39</sup> Der Planungschef empfahl Ehmke, zur „Nutzbarmachung für die Allgemeinheit“, die in den „Richtlinien der Bundesregierung zu § 64a Abs. 1 Reichshaushaltsordnung als Grundsatz“ festgelegt sei, die Vorlage von Buchheims „Forschungsarbeiten“ zu erreichen.

Daraufhin verfügte der Bundesminister am 23. April 1970, „Prof. Buchheim um Vorlage aller Arbeiten bitten“. Da der Entwurf oder eine Durchschrift dieses Schreibens fehlt, ist nicht klar, wann Ehmke es ausgefertigt hat. Der Adressat jedenfalls „versicherte“ dem Referatsleiter Dr. Grundschöttel, aber erst am 10. September 1970, seine Arbeiten dem BKA noch 1970 „auszuliefern“.<sup>40</sup> Warum er auch diesen Termin verstreichen ließ und offenbar nicht gemahnt wurde, ist nicht ersichtlich, wohl aber, dass das nächste zugängliche Dokument, ein langer Vermerk (V/4, Resse) vom 21. Januar 1971 für Jochimsen, eine neue Sachlage behandelte: „Akteneinsicht der Professoren Buchheim, Baring und Morsey“.

Er enthielt jedoch nur Informationen in einer vorbereiteten Antwort auf ein (nicht vorhandenes) Schreiben von Karl Heinz Hansen, seit 1969 MdB (SPD), an Ehmke. Dessen Anlass ist nicht erkennbar, zumal auch die ihm erteilte Auskunft fehlt. Neu war allein der Hinweis auf meinen Antrag um „Akteneinsicht“, den ich inzwischen gestellt hatte.

Resse's Vermerk beginnt mit der – falsch dargestellten – „Ausgangslage“. Danach habe Buchheim im April 1963 einen „Regierungsauftrag“ erhalten, um das „Material für die Adenauer-Memoiren aufzubereiten“. Inzwischen hätten, seit „Amtsantritt der SPD/FDP-Regierung“, am 17. November 1969 Buchheim gebeten, seine „Vereinbarungen“, zu verlängern, am 29. Oktober 1969 Baring und am 26. Juni 1970 Morsey um „Akteneinsicht für außenpolitische Studien“. Nachdem der Chef des BKA jedoch am 2. April 1970 verfügt habe, sie bis zu einer „grundsätzlichen Klärung“ des Problems keinem Wissenschaftler zu gewähren, machte Resse Vorschläge zum „weiteren Verfahren unter Berücksichtigung der einschlägigen rechtlichen Bestimmungen“.

Sie waren untergliedert in: „Regierungsaufträge“, „Warteliste“ sowie „Herabstufung und Veröffentlichung“ von Akten.<sup>41</sup> Inzwischen habe sich das Bundesministerium für Bildung und Wissenschaft zu Barings „Verfahren“ zustimmend geäußert, das Auswärtige Amt hingegen eine „Ablehnung in Aussicht“ gestellt. Ich erhielt keine Antwort. Die Behandlung meines Themas („Die Ostpolitik Adenauers 1955–1963“) hatte ich damit begründet, dass in der neuen Doku-

39 Ebd.

40 So in einem Schreiben Ehmkes vom 17. April 1972 an Buchheim. Nach einem Schreiben des Bundesministers vom 27. Juni 1972 an Buchheim hat er am selben 10. September 1970 dem BKA-Mitarbeiter Keck (Gruppe I/3) seine Absicht mitgeteilt, „die Ausarbeitungen Ende September/Anfang Oktober 1970 vorzulegen“.

41 Da in meinem Satz von Kopien S. 4 dieses Schreibens fehlt, ist unklar, aus welchem Grund Hansen sich an das BKA gewandt und welche Antwort er erhalten hat.



mentation von Boris Meißner, „Die deutsche Ostpolitik 1961–1970“ (Köln), wichtige Stücke fehlten. Zudem läge mir, als Vorsitzendem der Kommission für Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien (seit 1968), daran, die Epoche nach 1945 „stärker als bisher in unser Arbeitsprogramm mit aufzunehmen“ und zu diesem Thema selbst „weitere Beiträge“ zu liefern.<sup>42</sup>

### VIII.

Der aktuelle Anlass für meinen Antrag war allerdings ein anderer. Er muss an dieser Stelle – zum zweiten Mal im zeitlichen Rückgriff – eingeblendet werden, um den Fortgang der Bemühungen um Akteneinsicht im BKA von nunmehr drei Wissenschaftlern zu verstehen; denn inzwischen hatte die KfZg. beschlossen, sich aktiv an der Erforschung der Politik Adenauers zu beteiligen, und zwar zunächst über die von ihm seit Ende 1958 insgeheim betriebene, aber bisher unbekannte („innovative“) Ostpolitik. Das betraf vor allem deren Kernstück, den „Globke-Plan“ in verschiedenen Fassungen („Österreich-Lösung“, „Burgfriedensplan“ beziehungsweise „Stillhalteabkommen“). Darüber besaß das Mitglied des Kuratoriums der KfZg., Heinrich Krone, der in Adenauers Arkanpolitik eingeschaltet gewesen war, Unterlagen<sup>43</sup>, die er bereit war, einzelnen Historikern zur Verfügung stellen und auch Staatssekretär a. D. Globke zu bitten, ihnen Auskünfte zu erteilen.

Hintergrund dieser Zielsetzung war die „Neue Ostpolitik“ („Entspannung“) der Regierung Brandt/Scheel. In der Öffentlichkeit wie auch in den von ihr bestimmten und leidenschaftlich geführten innenpolitischen Diskussionen galt Adenauer als starr gebliebener ‚Kalter Krieger‘.

In der Sitzung des Kuratoriums der KfZg. am 8. Dezember 1969 hatte Krone auf die „Aktualität gezielter, zentraler Arbeiten über die Ära Adenauer“ hingewiesen. Sie sollten verhindern, „daß durch einseitige Auswahlbearbeitungen von anderer Seite ein verzerrtes Bild entstehen könnte, das auch seine Rückwirkungen auf die Beurteilung des politischen Wirkens des deutschen Katholizismus haben“ werde.<sup>44</sup> Die Mitglieder des Kuratoriums – darunter mit Wilhelm Fonk, Krone, Schauff und August Wegmann frühere MdR (Zentrum) und, mit zu Guttenberg (CSU) und Heinrich Köppler (CDU), aktive MdB – hatten Krones

42 Ich verwies auf meine kurz zuvor erschienene Studie: Die Rolle Adenauers im Parlamentarischen Rat, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte (VfZG) 18 (1970), S. 65–94. Dieses Schreiben an Ehmke und der im Folgenden erwähnte Schriftwechsel im Zusammenhang mit der KfZg. werden hauptsächlich nach meinen Unterlagen und denen der KfZg. zitiert. Für eine Übermittlung von Kopien aus deren noch nicht verzeichneten Beständen der KfZg. im August 2019 danke ich Herrn Dr. Erik Giesekeing.

43 ACDP 01-028-034/4, dazu Schriftwechsel, ACDP 01-028-009/6.

44 Diese Argumentation entsprach der bei der Gründung der KfZg. 1961/62. Nach meinen Unterlagen. Dazu vgl. Anm. 21. Hans-Peter Schwarz hat vom „Rechtfertigungsnotstand“ der CDU gesprochen. Adenauer. Der Staatsmann: 1952–1967. Stuttgart 1991, S. 268.

Initiative begrüßt und angeregt, dass ich mich „besonders“ des neuen Arbeitsbereichs annehmen solle.<sup>45</sup>

An dieser Sitzung des Kuratoriums der KfZg. hatten Repgen – Vorsitzender ihrer Wissenschaftlichen Kommission – und ich, als sein Stellvertreter, teilgenommen und Repgen seine Bereitschaft erklärt, sich an der neuen Forschungsaufgabe zu beteiligen. Für eine vorher zwischen uns und Buchheim bereits begonnene Abstimmung spricht, dass der Bonner Kollege mir ein von Buchheim erhaltenes Verzeichnis mit den Titeln von sieben der von ihm im BKA bearbeiteten Einzelstudien überließ – Ende 1965 waren es noch 15 gewesen –, das Buchheims Interesse zur Mitarbeit andeutete. Aufgeführt waren darin, unter der Überschrift „Technik der Bundesregierung Adenauer in Beziehung auf politische Praxis“: 1. Verteidigungsbeitrag 1950, 2. Entwicklung der Sicherheitsfrage in der Europa-Politik Adenauers, 3. Verhandlungen über den Herter-Plan 1958/60, 4. Organisation des BKA, 5. Anfänge der Außenpolitik 1949/50, 6. Israel-Vertrag und 7. Präsidentschaftskandidatur 1959.<sup>46</sup> Es fehlte die von Buchheim dem BKA bereits 1965 genannte weitere Studie „Deutschlandpolitik 1958–1962“.

Da Repgen und mich die neue Aufgabe reizte – ich hatte einige Monate zuvor, in der ersten Klausurtagung der StBKAH, über die Rolle Adenauers im Parlamentarischen Rat gesprochen<sup>47</sup> –, besuchte ich bereits am 30. Dezember 1969, eingeführt und begleitet von Krone, erstmals Globke. Wir trafen uns dann am 2. Februar 1970, dieses Mal auch mit Repgen, wiederum bei Globke und ebenfalls am 19. Februar 1970, nunmehr mit Buchheim. Von Krone unterstützt, informierte uns Globke über das Kernstück von Adenauers Ostpolitik, den (Globke-Plan“), zunächst „Burgfriedensplan“ („der Name stammt von Adenauer“), von 1959 und dessen Ergänzungen sowie den vergeblichen Versuch, ihn über einen neutralen Vermittler der UdSSR-Führung bekanntzumachen. Am 2. März 1970 übermittelte ich Globke (aus Würzburg) Presse- und Literaturinformationen über den nach ihm benannten Plan und schlug einen neuen Gesprächstermin vor.<sup>48</sup>

45 Im Tagebuch von Heinrich Krone heißt es unter dem 8. Dezember 1969, dass mit der „Bearbeitung der Ära Adenauer der Würzburger Professor Morsey betraut“ worden sei. ACDP 01-028-073/5. Am 20. Dezember 1969 teilte Karl Forster, Geschäftsführer des Kuratoriums der KfZg, Staatssekretär a. D. Dr. Globke mit, dass „dort vor kurzem“ über die „Bearbeitung der Ära Adenauer gesprochen“ worden sei, Morsey „verschiedene Aufträge übernommen“ habe und sich „über Dr. Krone“ bei ihm melden werde, in: ACDP 01-070-123/1.

46 Von den hier erwähnten Nummern 3, 6 und 7 ist später nicht mehr die Rede.

47 S. Anm. 42.

48 Diesen Brief (in: ACDP 01-070-025/4), allerdings mit dem falschen Datum 7. März 1970, erwähnt Volker Erhard: Adenauers deutschlandpolitische Geheimkonzepte während der zweiten Berlin-Krise 1958–1962. Eine Studie aus den Akten der westlichen Diplomatie (Studien zur Zeitgeschichte 31). Hamburg 2003, S. 121, Anm. 15. Danach lag er zusammen mit einem Manuskript von Globkes postum veröffentlichten „Überlegungen und Planungen in der Ostpolitik Adenauers“. Dazu s. Anm. 68. Globke hatte bereits im Dezember 1968

Drei Tage später berichtete ich der Wissenschaftlichen Kommission der KfZg. in Anwesenheit von Buchheim meine inzwischen getroffenen (aber nicht protokollierten) „Erwägungen“ für die Bearbeitung der neuen Aufgabe. Dafür sollten, mit einer von mir zu leitenden Abteilung, unter Benutzung des Nachlasses Adenauer und anderer „großer Quellenbestände“, entsprechende „Forschungen, ggf. auch Editionen“, begonnen werden.

### IX.

Am 10. März 1970 schickte ich Globke eine Kopie seines „Burgfriedensplans“, die ich vermutlich von Krone bekommen hatte. Sie sollte als Stütze für ein Gespräch über Adenauers Ostpolitik dienen, das Repgen und ich mit ihm und Krone (in seinem Wohnhaus) am 18. April 1970 führten. Ich besuchte Globke noch einmal am 20. Juni 1970 und erfuhr viel Neues, unter anderem über die Präsidentschaftskrise 1959. Sechs Tage später beantragte ich die – schon erwähnte – Akteneinsicht beim BKA. Am 28. Juni 1970 erörterten Buchheim, Repgen und ich mit Krone Möglichkeiten einer Klausurtagung über Adenauers Ostpolitik. Dafür sollte Buchheim einen etwa 30 Seiten umfassenden Text vorlegen.

Am 8. Oktober 1970 schlug ich der Wissenschaftlichen Kommission der KfZg., in Anwesenheit Buchheims, vor, in die „Veröffentlichungen“ unserer „blauen Reihe“ (wegen ihrer Umschläge) – von denen bereits acht Bände vorlagen –, in „zwangloser Folge“ auch „Adenauer-Studien“ aufzunehmen. Für einen ersten Sammelband lägen bereits Zusagen vor von Baring (Berlin) – der später wieder absagte, aber seine Mitarbeit in „weiteren Bänden“ in Aussicht stellte –, Buchheim, Hans Maier (München), Eberhard Pikart (Stuttgart), Hans-Peter Schwarz (Hamburg) und von mir.

Im November 1970 schickte mir Buchheim seinen Beitrag, eine seiner „Einzelstudien“ aus dem BKA, „Richtlinienkompetenz und Bundeskanzleramt“ (48 Seiten). Dazu lieferte ich ihm Anfang Dezember etliche Hinweise, riet auch, seiner Überschrift den Zusatz „unter Adenauer“ anzufügen und sein letztes Kapitel, über die Rolle des Staatssekretärs (11 Seiten), gesondert zu veröffentlichen. Das aber gefiel dem Autor gar nicht, wie er mir am 21. Dezember 1970, bei einer Sitzung des Beirats der StBKAH – dem ich inzwischen angehörte – mitteilte; denn eine Einbeziehung meiner Vorschläge, deren sachliche Richtigkeit er einsähe, würden ihm so viel Arbeit machen, dass er das Manuskript gleich

---

einem Würzburger Doktoranden (partielle) Auskünfte über den „Burgfriedensplan“ gegeben, dessen „Entstehungsgeschichte noch nicht zur Veröffentlichung geeignet“ sei. So Bruno Bandulet: Adenauer zwischen West und Ost. Alternativen der deutschen Außenpolitik. München 1970, S. 300, Anm. 89. Ich war Zweitgutachter dieser in der Rechtswissenschaftlichen Fakultät entstandenen Arbeit („cum laude“) gewesen.

als Broschüre erscheinen lassen könne, was er schon einmal geplant habe. Er zog den Beitrag zurück.

Hans Maier hingegen, dem ich zu seinem Manuskript, einer biographischen Würdigung Adenauers, einige Anregungen vorgeschlagen hatte, akzeptierte sie dankbar. In seinem Beitrag erwähnte er ein Manuskript von Buchheim, „Die Deutschland- und Außenpolitik Adenauers“, „das demnächst im Ernst-Klett-Verlag erscheinen werde und an dessen Darstellung ich mich im folgenden anschließen“; Buchheim habe „als bisher einziger Forscher“ die einschlägigen Akten des BKA „einsehen können“.<sup>49</sup>

Bei einem Gespräch anlässlich einer Tagung der StBKAH am 21. Juni 1971 überlegten Baring, Buchheim und ich, wie man in einer den Interessen beider Seiten „gerecht werdenden Weise den Zugang zu Akten von Bundesbehörden [...] noch vor Ablauf der entsprechenden Fristen regeln könnte“. Es schien uns zweckmäßig, durch einen Beirat beim BKA mit drei der CDU/CSU (Buchheim, Morsey, Schwarz) und drei der SPD „nahestehenden Professoren“ (Baring, Karl Dietrich Bracher und Eberhard Jäckel) eine „Kontinuität zeitgeschichtlicher Forschung zu sichern“ und Vorschläge „hinsichtlich der Auflagen auszuarbeiten, die beim Zugang zu den Akten gemacht werden sollten“. Dieser Vorschlag – den Baring am 12. Juli 1971 Ehmke übermittelte<sup>50</sup> – blieb unbeachtet. Bei diesem Gespräch habe ich Baring, allerdings vergeblich, angeboten, die von ihm beabsichtigte Darstellung des Verhältnisses von Adenauer zu Brentano in der Reihe „Adenauer-Studien“ der KfZg. zu veröffentlichen.

Wenige Tage später, am 28. Juni 1971, waren Repgen und ich erneut, wiederum mit Krone, bei Globke. Wir erfuhren weitere Details über den „Globke-Plan“ („Unsere Rechtslage war viel schlechter, als Adenauer annahm“), von dessen Erstfassung („ca. 30 Seiten“) Buchheim inzwischen eine Kopie besitze.

49 Konrad Adenauer (1876–1967), in: Rudolf Morsey und Konrad Repgen (Hg.): Adenauer-Studien I (Veröffentlichungen der Kommission für Zeitgeschichte, Reihe B: Forschungen, Bd. 10). Mainz 1971, S. 1–19, hier 9, Anm. 39. Am 13. Januar 1971 erwähnte ich Repgen gegenüber diesen Hinweis auf das Manuskript von Buchheim, von dem ich „bisher noch nichts gewusst“ hätte. Klaus Schwabe sprach 1973 von der „leider noch immer nicht erschienenen Arbeit“ Buchheims. Die Außen- und Sicherheitspolitik der Bundesrepublik 1948–1960, in: Militärgeschichtliche Mitteilungen II (1973), S. 150–166, hier 156. Arnulf Baring bezeichnete es 1974 als „bedauerlich“, dass die auf Unterlagen des BKA gestützte, „schon 1966 fertiggestellte Studie“ von H. Buchheim, Adenauers Alternative. Eine Studie zur Deutschlandpolitik, „noch immer nicht hat veröffentlicht werden können“. „Sehr verehrter Herr Bundeskanzler!“, S. 396, Anm. 14. In den „Vorbemerkungen“ seines Buches dankte Baring auch Buchheim für die Überlassung „noch unpublizierter Arbeiten oder Aufzeichnungen“. Ebd., S. 29. Klaus Gotto ging 1975 davon aus, dass Buchheims Studie („Adenauers Alternative“) „im wesentlichen aus dem Anmerkungsteil von Barings Buch rekonstruierbar“ sei. Realist und Visionär. Der Deutschland- und Ostpolitiker Konrad Adenauer, in: Politik und Kultur, H. 3/4 (1975), S. 99–118, hier 118, Anm. 27.

50 Zitiert nach einem Durchschlag, den Baring mir am selben Tag schickte. Darin waren weitere Einzelheiten über Arbeitsmöglichkeiten im BKA behandelt, unter Bezug auf ein Gespräch Barings mit Jochimsen am 23. Juni 1971.

Die „Adenauer-Studien I“ erschienen im Oktober 1971, noch ohne einen Beitrag über Adenauers Ostpolitik.

Am 22. November 1971 berichtete ich dem Kuratorium der KfZg. unsere Überlegungen für „Adenauer-Studien II“ – es wurde die Darstellung von Wolfgang Wagner, „Die Bundespräsidentenwahl 1959“, die im Oktober 1972 erschien – und die Absicht, in Band III einen Beitrag über die Ostpolitik Adenauers aufzunehmen. Dafür war Krone bereit, seine einschlägigen Materialien zur Verfügung zu stellen, allerdings nicht für einen „auszugsweisen vorzeitigen Abdruck“.

Darüber sprachen am 30. Dezember 1971 Repgen und ich mit Globke und Krone. Buchheim informierte am 21. Januar 1972 Krone, dass er „erst jetzt“ dazu gekommen sei, sich mit dem „Globke-Plan“ zu beschäftigen. Er habe seine Quellenbelege dazu „fertig abgeschrieben“ und schickte ihm deren Manuskript (36 Seiten) mit der Bitte um Durchsicht; Globke habe ihm gestattet, in seinem Archiv nach „weiteren Unterlagen zu suchen“.<sup>51</sup> Am selben Tag schickte Buchheim auch Horst Osterheld die mit Globke und Krone vereinbarte „Studie über den ‚Globke-Plan‘ von 1959“ mit der Bitte, „zu überlegen“, was er „als ‚Tatzeuge‘ Ergänzendes und Richtigstellendes sagen“ könne.<sup>52</sup>

Obwohl sich Globke im Januar 1972 zu einer Befragung durch einen Mitarbeiter der KfZg. bereiterklärte, kam es dazu nicht. Repgen und ich waren uns nicht sicher, ob Buchheim für das Kernthema („Globke-Plan“) nicht bereits „fertige Manuskripte“ besäße, die eventuell auch die StBKAH publizieren könne. Am 19. März 1972 schlug Krone im Kuratorium der KfZg. vor, durch die KfZg. einen Beitrag über Adenauers Ostpolitik möglichst rasch – für den Fall eines Regierungswechsels (durch Misstrauensvotum des Bundestags gegen Bundeskanzler Brandt, das am 27. April 1972 scheiterte) – fertigzustellen. Er sei bereit, dafür sein Material Buchheim oder mir zur Verfügung zu stellen, nicht aber selbst bei einer Tagung Informationen aus seinen Tagebüchern mitzuteilen oder diese Quelle „auszugsweise“ freizugeben. Nach dieser Sitzung drängte Krone mich „noch einmal“, das Thema Ostpolitik aufzugreifen, da er die Sorge hatte – wie ich notierte –, „daß Buchheim doch nicht weiterkommen werde“.

Bei diesem Stand der Überlegungen innerhalb der KfZg., mit dem kurzen zeitlichen Vorgriff, ist auf die Aktenspur des BKA zurückzulenken.

X.

Nach dem zuletzt erwähnten Vermerk des BKA (V/4, Resse) vom 21. Januar 1971 („Akteneinsicht der Professoren Buchheim, Baring und Morsey“) interesselerte sich das Amt erst wieder 1972 für die „Abwicklung des Forschungs-

51 ACDP 01-028-034/4.

52 ACDP 01-724-037/2.

auftrages an Prof. Buchheim“. Der Anlass dazu war offensichtlich ein Gespräch von Baring am 19. Januar 1972 mit Reimut Jochimsen (V, Planung, beurlaubter Ordinarius für Staatswissenschaften an der Universität Kiel) und Ministerialrat Fischer (V/4). In der kurzen Notiz, die Fischer darüber, allerdings erst am 15. Februar 1972 (!), schrieb, ist – entgegen ihres Betreffs – von der „Akteneinsicht“ der drei Professoren keine Rede.

Darin hieß es nur, Baring habe „angedeutet“, dass Buchheim „u. a. noch Tonbandaufnahmen aus seiner Tätigkeit im BKA im Besitz habe, auf denen sich Aktenauszüge befinden“. Der „darüber“ inzwischen unterrichtete Chef BK (Ehmke) habe angeordnet, ihn aufzufordern, „die längst versprochenen Berichte vorzulegen und die Tonbänder herauszugeben“. Was Baring in dem Dreiergespräch unter SPD-Genossen mit dem Hinweis auf „Tonbandaufnahmen“ beabsichtigte, ist nicht erkennbar. Davon war bisher keine Rede gewesen.

Am 18. Februar 1972 erinnerte Jochimsen den „sehr geehrten Herrn Kollegen Buchheim (Universität Mainz), i. A.“ des Chefs des BKA, an die „Abwicklung“ seines Auftrags aus den „sechziger Jahren“ im BKA. Er zählte die von ihm am 2. Dezember 1965 dem Amt mitgeteilten „Ausarbeitungen von je 50–60 Seiten“ der 15 Themen auf, die er bis Ende 1966 hätte vorlegen können.

Das habe Buchheim „aber bisher“ nur für zwei von ihnen getan, die jedoch (ohne Terminangabe) an ihn „zurückgelangt“ seien.<sup>53</sup> Nachdem nun feststehe, dass sein Forschungsauftrag „nicht fortgesetzt werden wird“, bat Jochimsen ihn „dringend, alle fertigen und unfertigen Ausarbeitungen“ im Rahmen seines Forschungsauftrags dem BKA zu überlassen. Das gleiche gelte für „alles Quellenmaterial (einschließlich Fotokopien, Tonbändern und sonstiger Aktenauszüge)“. Seinerzeit habe Einigkeit darüber bestanden, alle nicht veröffentlichten Manuskripte, sowie sie ihm aus „Quellenmaterial“ des BKA zugänglich geworden seien, dem „Verfügungsrecht der Bundesregierung“ zu unterwerfen.

Die Antwort Buchheims, vom 6. April 1972, ist nur in einem Vermerk Jochimsens vom 17. April 1972 für Ehmke überliefert. Danach wolle er in seinem „Forschungsfreisemester Winter 1972/73“ seine „von Anfang an geplante Adenauerschrift“ schreiben. Er fühle sich „selbstverständlich“ an die Genehmigungspflicht gebunden. Buchheim habe jedoch „kein Wort darüber verloren“, ob bei ihm „Ausarbeitungen oder Quellenmaterial“ vorhanden seien oder dass er bereit sei, beides zurückzugeben. Jochimsen hielt es für „zweifelhaft“, ob die von Buchheim „jetzt angekündigte Veröffentlichung überhaupt ernsthaft geplant“ sei. Selbst wenn er „im Sommer 1973“ ein Manuskript vorlegen sollte, würden „mit ziemlicher Sicherheit“ im BKA „Bedenken“ gegen dessen Inhalt auftreten, die eine „Auseinandersetzung“ mit dem Autor zur Folge haben würden.

53 S. Anm. 27. Buchheim hatte 1968 einen politiktheoretischen Beitrag (ohne Aktengrundlage) veröffentlicht: Aussenpolitik und Planung, in: Politische Vierteljahresschrift 9 (1968), S. 166–176.

Bis weit in das nächste Jahr bestehe die Gefahr, dass das in Mainz „lagernde Material zum Teil vertragswidrig veröffentlicht“ werde. Jochimsen empfahl dem Minister, sich auf die „alten Absprachen“ zu berufen und auf der Abgabe „aller Ausarbeitungen und sämtlichen Materials“ zu bestehen.

Ehmke griff diese Vorlage auf und bezog sich in seiner Antwort vom 17. April 1972 auf Buchheims Angabe vom 6. April 1972, in seinem „Forschungsfreiemester“ im Winter seine „Darstellung der Politik Adenauers“ schreiben und später veröffentlichen zu wollen, auch mit den Ergebnissen seines „Aktensstudiums im BKA“. Das empfand Ehmke als „überraschend“, nachdem der „sehr geehrte Herr Kollege“ 1965 und 1970 „versichert“ habe, alle entsprechende Arbeiten an das Amt „auszuliefern, was leider bis heute nicht geschehen“ sei. Bevor Buchheim sich an die „große Arbeit eines veröffentlichungsreifen Manuskripts“ mache – über das dann mit dem BKA „Einvernehmen“ erzielt werden müsse –, sollte über die Ergebnisse seines „damaligen Aktensstudiums“ gesprochen werden. „Im übrigen“ sei er, Ehmke, „dringend daran interessiert, zu dienstlichen Zwecken“ auf die Ergebnisse von Buchheims Aktensstudium „in Kürze zurückgreifen zu können“.

## XI.

Auf die wiederholte Mahnung des Bundesministers vom 17. April 1972 hin traktierte der Mainzer Politikwissenschaftler am 9. Mai 1972 den Juristen zunächst mit „weiteren Klarstellungen“. Da er seine Studien im BKA zwar mit dessen Unterstützung, „nicht aber in dessen Auftrag getrieben“ habe, wäre für einen „Rückgriff“ auf seine Ergebnisse zu dienstlichen Zwecken seine Zustimmung notwendig. Buchheim hielt eine „Besprechung“ seiner Forschungsergebnisse vor Abfassung seines Manuskripts, mit etwaigen „Festlegungen über dessen Inhalt“, für einen Eingriff in die Wissenschaftsfreiheit.

Bei seinen Exzerpten, erläuterte er erstmals, handle es „nicht nur um Textauszüge aus Akten“, sondern „vielfach“ mit „eigenen Bemerkungen“ durchsetzte; „mindestens diese“ aber seien sein „geistiges Eigentum“, auch seine Exzerpte. Außerdem dienten ihm Aufzeichnungen über einzelne Vorgänge als „Grundlage allgemeiner politiktheoretischer Bemühungen“. So fußten seine Aufsätze „Was heißt politisch denken?“<sup>54</sup> und „Außenpolitik und Planung“<sup>55</sup>, die er „in entsprechender Weise“ weiter zu schreiben gedenke, zu einem „wesentlichen

54 In: Politische Bildung 4 (1971), S. 3–41. Ohne Belege.

55 In: Konrad-Adenauer-Stiftung (Hg.): Konrad Adenauer. Ziele und Wege. Drei Beispiele. Mainz 1972, S. 83–95, ebenfalls ohne Belege. Die beiden übrigen Beiträge dieses Sammelbands stammten von Klaus Gotto (Adenauer, die CDU und die Wahl des Bundespräsidenten 1959, S. 97–144) und von mir: Adenauer. Vom Kommunalpolitiker zum Kanzler, S. 7–81. Es handelte sich, was in dem Band nicht erwähnt war, um Vorträge, die in der Politischen Akademie der Konrad-Adenauer-Stiftung in Eichholz gehalten worden waren.

Teil“ auf den aus den Akten des BKA erworbenen empirischen Grundlagen; sie würden jedoch „in so verallgemeinerter Form verwendet“, dass ihre Herkunft „nicht erkennbar“ sei.

„Insgesamt“, bilanzierte der Politikwissenschaftler, brauche er eine Prüfung, ob sich die für ihn aufgewandten „Mittel an wissenschaftlichem Ertrag ausgezahlt“ hätten, nicht zu scheuen. Die „vereinbarte Darstellung der Adenauerschen Politik“ wolle er ja in Angriff nehmen. Dabei ließen sich „gute Gründe“ dafür anführen, dass „einige Jahre Lagerzeit“ einer solchen Arbeit „eher bekommt als schadet“, zumal wenn sich der Autor „permanent mit dem Gegenstand“ beschäftige. „Davon abgesehen“ seien die „Studien“ im BKA von „entscheidender Bedeutung für seine Entwicklung als Politikwissenschaftler“ gewesen. Wenn „das zunächst mehr dem akademischen Unterricht zugutegekommen“ sei, so scheine ihm das „kein Nachteil“ zu sein. Auf Tonbänder ging er nicht ein.

Aus dem „Akteninhalt“ dieser Antwort zog das BKA (I/3, Regierungsdirektor Dr. Kiderlen, i. V. Keck), am 19. Juni 1972, in einer Vorlage für Ehmke, in „rechtlicher Hinsicht“ sechs Schlußfolgerungen: Buchheim habe (1.) keinen *Forschungsauftrag*, sondern Bundesmittel „zur Unterstützung von Forschungsarbeiten“ erhalten. Deren Ergebnisse, „Einzelstudien“ und den „Entwurf einer Gesamtdarstellung“, habe er (2.) dem BKA zur Prüfung vorzulegen. Hingegen dürfe (3.) kein Anspruch auf „Einsicht in noch nicht fertiggestellte Teilstudien“ bestehen. Die Frage, ob Buchheim (4.) die ihm bewilligten Mittel „bestimmungsgemäß verwendet“ habe und an eine „Rückforderung“ zu denken sei, sei bereits 1965/66 geprüft worden, „mit negativem Ergebnis“.<sup>56</sup> Letzteres war bisher nicht bekannt.

Der Referent schlug (5.) vor, die Frage, ob Buchheim die 1963 mit Globke getroffene Vereinbarung, seine „geplanten Veröffentlichungen“ dem BKA vorzulegen – die er nunmehr auf „Teilbestände“ beschränke –, „jetzt“ nicht zu vertiefen. Da (6.) die ursprünglich von Buchheim angebotene „Vereinbarung“ über das „volle Verfügungsrecht über die von ihm gefertigten Aktenauszüge“ nicht geschlossen worden sei, dürfe er seine Aktenauszüge „jedenfalls solange behalten“, als er an dem vorgesehenen Thema arbeite. Das BKA solle Buchheim kein „gerichtliches Verfahren androhen“ – was offensichtlich intern überlegt worden war –, sondern ihm die Position des BKA „klar“ darstellen.

Dafür legte das Referat I/3 einen Entwurf bei, der erheblich „gemäßigter“ war als Ehmkes Mahnschreiben vom 17. April 1972. Darin wurde die „Vorlage einer Skizze der Gesamtdarstellung“ nicht angesprochen, ebenso nicht die der Herausgabe der Aktenauszüge und – von Jochimsen eingefügt – „mit Aktenauszügen besprochener Tonbänder“, wohl aber die der „bisher erarbeiteten Teildar-

56 Diesen Satz versah Ehmke am 27. Juni 1972 am Seitenrand mit zwei Rufzeichen.



stellungen“. Zudem wurde in „allgemeiner Form die Genehmigungsbedürftigkeit von Veröffentlichungen festgestellt“.

Das von Ehmke am 27. Juni 1972 ausgefertigte Schreiben begann mit dem Hinweis, dass es ihm „fernliege“, Buchheim in der „Gesamtdarstellung der Politik Konrad Adenauers“, die er im nächsten Semester abschließen wolle, zu behindern. Über die Notwendigkeit, seine Studien, „die auf bisher unveröffentlichten Akten der Bundesregierung beruhen“, genehmigen zu lassen, „sind wir uns ja einig“. Der Bundesminister bezog sich erneut auf Buchheims nicht eingehaltene Zusagen von 1965 und 1970, dem BKA eine Reihe von Studien und den „Entwurf einer zusammenfassenden Würdigung“ vorzulegen. Er erinnerte den „sehr geehrten Herrn Kollegen“ erneut an dessen „Einverständnis“, sie der Allgemeinheit „nutzbar“ zu machen. Er sah in der von Buchheim mit Globke „mündlich“ vereinbarten Verwertung seiner Ergebnisse „zu dienstlichen Zwecken“ kein „unziemliches Drängen“.

## XII.

Diese dritte Mahnung wirkte. Am 19. Juli 1972 versicherte Buchheim dem Chef des BKA, dass er nach der Rückkehr aus dem Urlaub seine „fertigen Manuskripte durchsehen, zusammenstellen“ und dann auf dessen Schreiben „zurückkommen“ wolle. Das tat er am 12. September 1972. Bei den „fertig vorliegenden Einzelstudien“ handle es sich um ca. 400 Schreibmaschinenseiten und den „Entwurf [!] einer zusammenfassenden Darstellung der Politik Adenauers“. Damit sei „also genau das vorhanden, was herzustellen“ er seinerzeit mit Globke vereinbart habe. Ferner könne er für „zwei oder drei weitere Themen“, für die er „ausreichend Unterlagen und Vorarbeiten“ besitze, auch noch Studien „anfertigen“.

Auf Grund dieser „Untersuchungen“, schrieb Buchheim weiter, habe er vor, seine Darstellung so anzulegen, dass in einer „Reihe von Fallstudien“ sowohl die „Grundzüge der Adenauerschen Politik in concreto demonstriert“ würden, als auch die Art und Weise geschildert, „wie er das politische Geschäft betrieben“ habe. Er hoffe, über die Einzelthemen so schreiben zu können, „daß der Gehalt der zusammenfassenden Würdigung innerhalb der Spezialstudien vermittelt“ werde. Das Ganze werde noch „viel Arbeit machen, insbesondere im Felde der politiktheoretischen Verarbeitung“; denn „gerade dafür“ habe er in den vergangenen Jahren „viele neue Gesichtspunkte“ gewonnen.

Sein Plan einer „detailliert-genauen und konkreten Darstellung“, fuhr Buchheim fort, setze voraus, dass Ehmke deren Publikation genehmige. Er werde ihm deshalb Kopien vorlegen, um zu erfahren, welche Stellen das BKA nicht oder nur verändert freigeben könne. Er habe Globke in der Tat seinerzeit „angeboten“, mit ihm zu „beraten, was veröffentlicht wird und in welcher Form“. Es sei jedoch ein Unterschied, ob ein Wissenschaftler ein solches „Angebot aus freien

Stücken“ mache oder ob die Abstimmung von Seiten der Behörde von ihm „gefordert“ werde.

Erneut verzögerte Buchheim jedoch die Absendung seiner Studien. Er reagierte erst, nachdem Ehmke den „Herrn Kollegen“ noch einmal, am 26. Oktober 1972, an dessen Zusage, „verschiedene Texte“ vorzulegen, erinnert hatte. Am 1. November 1972 bedauerte Buchheim, dass sich deren „Zuleitung noch einmal“ verzögert habe, weil er, um selbst an den Texten „weiterarbeiten“ zu können, den Geschäftsführer der StBKAH, Herdegen, gebeten habe, ihm eine kompakte Xerokopie anzufertigen. Noch „ehe das geschehen konnte“, habe sich „der Genannte“ einer Operation unterziehen müssen, aber „letzte Woche die Kopien gefertigt“.

Am 14. November 1972 erhielt das Büro des Chefs des BKA durch Boten acht „Studien“ Buchheims „ausgehändigt“ – 1965 hatte er 15 Beiträge erwähnt, in denen er „eingehende Darstellungen“ betrieben habe –, nicht aber den angekündigten Entwurf einer Gesamtdarstellung. Ihnen fügten Mitarbeiter der Gruppe I/3 bei den Nummern 3–8 den jeweiligen Seitenumfang an (insgesamt 401 Seiten):<sup>57</sup>

1. Richtlinienkompetenz und BKA<sup>58</sup>
2. Die organisatorische Entwicklung des BKA während der Kanzlerschaft von Adenauer<sup>59</sup>
3. Die Politik der Bundesregierung im Herbst 1949. 81 Seiten
4. Grundzüge der Deutschlandpolitik. Die Ausgangslage. 60 Seiten
5. Die Saarfrage 1945 bis Anfang 1952. 100 Seiten
6. Adenauers Alternative: Eine Studie zur Deutschlandpolitik. 85 Seiten<sup>60</sup>
7. Adenauers Sicherheitspolitik im Jahre 1950. 60 Seiten<sup>61</sup>
8. Manuskript über die „Stalin-Note“ vom 10. März 1952. 15 Seiten.<sup>62</sup>

Der Leiter der Gruppe I/3, Dr. Grundschtötel, verteilte am folgenden Tag diese Manuskripte auf einzelne Gruppen des BKA. Sie sollten, nach Ehmkes Vorgabe, zunächst ohne „Einschaltung von Ressorts oder anderen Stellen“, also

57 Buchheim teilte mir am 17. Dezember 1972 mit, dass sein „im Oktober“ (!) abgeliefertes Manuskript 450 Seiten umfasst habe. Folglich waren darin die Nummern 1 und 2 eingeschlossen.

58 Dieses (inzwischen veränderte?) Manuskript (und das in der folgenden Anmerkung genannte) hatte Buchheim bereits im September 1965 dem BKA vorgelegt und zurückgehalten. Ein Exemplar befindet sich auch im ACDP 01-070-001/4, 19 Seiten.

59 ACDP 01-070-001/4, 75 Seiten.

60 ACDP 01-070-025/1, 85 Seiten.

61 ACDP 01-070-028/1, 70 Seiten, auch ACDP 01-028-034/4 sowie ACDP Bestand Horst Osterheld 01-724-076/2. Arnulf Baring erwähnte 1974 diese „interessante, auf unveröffentlichtem Aktenmaterial gestützte, leider bisher nicht publizierte Studie“. „Sehr verehrter Herr Bundeskanzler!“, S. 399, Anm. 10. Falsch ist sein Hinweis auf deren Publikation („Adenauers Alternative über den Globke-Plan“) in den „Adenauer-Studien III“. Ebd., S. 397, Anm. 17. Dazu vgl. Anm. 68.

62 Ein Exemplar auch im ACDP 01-070-025/1, 17 Seiten.

ohne das Auswärtige Amt oder das Bundesarchiv, prüfen, „ob und ggf. welche Bedenken“ gegen deren Veröffentlichung beständen. Gruppe I/3 sollte die Studie Nr. 1 übernehmen, Gruppe I/1 Nr. 2 und Gruppe II die Nr. 3–8. Eine Wieder-  
vorlage sollte nach zwei Monaten erfolgen.

### XIII.

An dieser Stelle ist – zum dritten und letzten Mal – ein Hinweis auf den Zusammenhang erforderlich, der zwischen der vom BKA erwarteten und mehrfach angemahnten Vorlage von Buchheims Ausarbeitungen und parallel dazu laufenden Überlegungen bestand, in denen es der StBKAH und der KfZg. um die Auswertung neuer Quellen zur Erforschung von Adenauers Ostpolitik ging.

Bereits im Sommer 1972 hatte Buchheim geplant, den „Globke-Plan“ im September in einer öffentlichen Veranstaltung der StBKAH über Adenauers Ostpolitik in Rhöndorf vorzustellen. Durch eingeladene Journalisten sollte ein öffentliches Echo, auch für die neue Stiftung, geschaffen werden. Buchheim wollte sein Referat dann in den Vierteljahrsheften für Zeitgeschichte veröffentlichen, während Repgen und ich ihm von ihm eine Publikation in den „Adenauer-Studien III“ erwarteten. Krone, der auch dem Kuratorium der StBKAH angehörte, hatte Buchheim entscheidende Unterlagen für die Behandlung des „Globke-Plans“ zugänglich gemacht. Inzwischen hielt er allerdings weder die inzwischen in Rhöndorf vorbereitete, dann aber – wegen der Bundestagswahlen vom 19. November 1972 – auf den 8. Dezember 1972 verschobene Veranstaltung („mit Presse“) noch den gewählten Zeitpunkt für günstig.

Buchheim blieb jedoch, wie er Krone am 1. Dezember 1972 mitteilte, bei seiner Absicht, die bereits auf Ende Februar 1973 verschobene Tagung zu veranstalten und den dabei von ihm vorgestellten „Globke-Plan und damit zusammenhängende Fragen“ zu publizieren, am besten in der FAZ; denn für eine wissenschaftliche Darstellung fehlten ihm noch Unterlagen, die „vermutlich nicht freigegeben“ würden. Er habe inzwischen Ehmke „alle [!] meine Ausarbeitungen eingereicht“ und darum gebeten, ihm diejenigen Stellen zu bezeichnen, die bei einer Publikation ausgelassen werden müssten und sei auf die Antwort „sehr gespannt“.

Buchheim bat Krone, der StBKAH, „nach Fühlungnahme“ mit Globke, dessen Mitwirkung unverzichtbar sei, seine Stellungnahme zu übermitteln. Damit befand sich der Exminister, der eine Publikation der neuen Quellen durch die KfZg. befürwortete, in einer schwierigen Position. Am 11. Dezember 1972 erklärte das Kuratorium der KfZg. sein Einverständnis mit dem von Repgen und mir vorgetragenen Vorschlag, zwei Klausurtagungen über „Fragen der Sicherheits- und Ostpolitik der Ära Adenauer“ vorzusehen. Am folgenden Tag verständigten sich Krone, Repgen, Gotto (Forschungsstelle der KfZg.) und ich in Bonn – Globke war krank, Buchheim nicht gekommen –, sie gemeinsam mit

der Konrad-Adenauer-Stiftung (KAS) Mitte April in deren Politischer Akademie in Eichholz zu veranstalten. Wir entschieden uns, wobei sich Krone im Einvernehmen mit Globke wusste, zunächst für eine Klausurtagung mit „Akteuren“ über Adenauers Ostpolitik. Eventuell aus diesen Veranstaltungen erwachsende Publikationen sollten in den „Adenauer-Studien“ veröffentlicht werden. Die geplante Tagung über Adenauers Sicherheitspolitik kam allerdings nicht zustande.

Wir dachten zunächst nur an drei Referenten: Hans-Peter Schwarz („Die Evolution der Ostpolitik nach 1955“), Buchheim, eventuell Baring oder Jürgen Schwarz (Assistent von H.-P. Schwarz: „Der Einfluss der de Gaulle’schen Politik auf die Ostpolitik Adenauers“) und Morsey („Adenauers Antwort auf die neue Konstellation Paris-Washington-Moskau: Der ‚Globke-Plan‘“). Dieses Ergebnis teilte Krone dem Vorsitzenden des Vorstands der StBKAH, Dr. Gussone, mit, bedauerte Buchheims Fehlen bei der Besprechung und erklärte ihm, dass ich „beauftragt“ worden sei, dem Mainzer Kollegen unsere Planung zu erläutern. Über sein Telefonat informierte Krone mich am 16. Dezember 1972 mit dem Zusatz, dass die von der StBKAH beabsichtigte öffentliche Veranstaltung in Rhöndorf „Bedenken“ begegnet sei, „auch bei Dr. Globke“.

#### XIV.

Den mir erteilten „Auftrag“ erledigte ich am 17. Dezember 1972 in einem langen Telefonat mit Buchheim. Er war – nach meiner Niederschrift und einem Bericht vom folgenden Tag an Gotto – über den Alleingang der KfZg. überrascht; denn er habe bereits vor einem Jahr von Krone und Globke, trotz eines vorbereiteten Manuskripts von 35 Seiten und eines Fragebogens, „nichts erfahren“. Krone habe ihm zwar sein „Tagebuch“ gegeben, aber dann seine Haltung anders „interpretiert“ wissen wollen, nicht im Sinne eines „Kalten Kriegers“; auch habe er im Sommer seine Teilnahme an einer öffentlichen Tagung der StBKAH zugesagt, die schließlich für den 8. Dezember 1972 terminiert worden sei, dann aber durch seinen „Rückzug unmöglich geworden“ sei: „Da kann ich nur sauer reagieren.“

Der Mainzer Kollege teilte mir zudem mit – was schon erwähnt wurde –, dass er dem BKA ein Manuskript mit seinen Ausarbeitungen übergeben, aber noch ein weiteres von 160 Seiten über die Ära Kiesinger fertig habe. (Es ist ungedruckt geblieben.) Auf keinen Fall wolle er weiter „für die Aktenordner“ produzieren, auch den „Globke-Plan“ nicht bearbeiten, wenn er ihn dem BKA vorlegen müsse, ohne mit einer Druckerlaubnis rechnen zu können.

Buchheim blieb dabei, einen von ihm bearbeiteten Beitrag über den „Globke-Plan“ in der FAZ oder den Vierteljahrheften für Zeitgeschichte zu veröffentlichen. Er wollte nicht an der Klausurtagung in Eichholz mitwirken, wenn er in der Benutzung von Krones „Material“ nicht frei sei. Wenn die StBKAH als Mitveranstalter eingeladen werden würde, müsse ihr Vorstand neu überlegen,

er sei dann aber dagegen. Meine Erinnerung an unsere frühere „Absprache“ – Druck in den „Adenauer-Studien III“ – blieb ohne Echo. Buchheims Antwort auf meinen Hinweis, dass die KfZg. frei sei in der Publikation des „Globke-Plans“, wenn wir ihn von dritter Seite bekämen, lautete: „Kann ich nicht ändern“, er habe an „zeitgeschichtlichen Arbeiten keinerlei Interesse“.

Der von mir über dieses Telefonat informierte Bundesminister a. D. Krone ließ mir – über Gotto – am 21. Dezember 1972 mitteilen, dass weder er noch Globke ihre Mitwirkung an einer öffentlichen Veranstaltung der StBKAH zugesagt hätten. Sie hätten vielmehr auf eine Verständigung unter den Historikern gesetzt, Buchheim jedoch „einen Bruch“ gewollt; er solle jedoch zu der von der KfZg. geplanten Klausurtagung eingeladen werden.

Am 16. Januar 1973 erläuterte Buchheim dem Bundesminister a. D., als Antwort auf ein Schreiben vom 27. Dezember 1972, die Absicht der StBKAH, mit der vorgesehenen Tagung „öffentliche Aufmerksamkeit“ zu finden. Sie sei geplant worden, nachdem Krone „unmißverständlich“ der Meinung gewesen sei, dass der „Globke-Plan“ veröffentlicht werden müsse. Seine Absage für eine Tagung im Dezember habe er damit begründet, einen „günstigeren Zeitpunkt“ abwarten zu wollen. Da Krone nunmehr jedoch gegen eine Veröffentlichung sei, könne das Interesse der StBKAH „nicht mehr so groß“ sein, „wir allerdings würden enttäuscht sein“, wenn die Tagung der KfZg. zu einer Publikation des Planes führe. Es gehe „also nicht“ um eine Differenz zwischen den Institutionen, „gleich gar nicht zwischen Herrn Morsey und mir“, sondern um die nur Krone mögliche Freigabe des „Globke-Plans“. Ihn könne man, nach seiner Präsentation in Rhöndorf, in den „Adenauer-Studien III“ veröffentlichen.

Eine Kopie dieses Briefes ließ mir Krone zugehen und erläuterte seine Absage für die geplante Tagung in Rhöndorf: „a) aus Termingründen und b) weil Presse zugelassen werden sollte“. Demgegenüber habe die KfZg. eine Klausurtagung vorgesehen. Um eine „Bereinigung“ dieser Kontroverse ging es am 2. Februar 1973 in Bonn, bei einem „zeitweise erregt geführten Gespräch“ zwischen Buchheim, Gussone und Herdegen von der StBKAH sowie Krone und mir für die KfZg. (Reppen war verhindert).<sup>63</sup> Nach meinem Hinweis auf die von der KfZg. in Verbindung mit der KAS „fest vereinbarte“ Tagung erläuterte Krone seine „Einwände“ gegen eine von der StBKAH geplante öffentliche Veranstaltung.

Schließlich ergab sich folgender Kompromiss: Bei der nur von der KfZg. veranstalteten Klausurtagung in Eichholz (13./14. April 1972) übernimmt Buchheim oder Morsey das zentrale Referat und nutzt dafür Krones Unterlagen.<sup>64</sup>

63 Nach dem vom Herdegen, Geschäftsführer der StBKAH, vom 5. Februar 1973 geschriebenen „Vermerk“. Dessen Kopie und einige der in der übernächsten Anmerkung zitierten Angaben über das Colloquium vom 4. April 1974 verdanke ich Herrn Dr. Holger Löttel, StBKAH in Bad Honnef-Rhöndorf vom 6. und 9. August 2019. Zu Herdegens Vermerk kommen Notizen von Gotto (den ich am 7. Februar 1973 brieflich informierte) und von mir.

64 Für die Genehmigung dazu hatte er am 4. April 1973 Krone gedankt, in: ACDP 01-028-045/4.

Über einen Druck der dort gehaltenen Referate, in den „Adenauer-Studien III“, solle allerdings erst nach der Tagung entschieden werden. Bei positivem Ergebnis solle der Band, bereits vor seiner Auslieferung, der StBKAH als „Aufhänger“ für eine eigene, „halböffentliche“ Tagung über Adenauers Ostpolitik zur Verfügung gestellt werden, dabei Buchheim über den „Globke-Plan“ referieren und ihn, möglichst in der FAZ („Dreispalter“), publizieren.<sup>65</sup> Falls aus der Tagung in Eichholz keine Publikation entstehen sollte, was Krone und ich „für möglich hielten“, wäre für eine Veranstaltung in Rhöndorf „kein Ansatzpunkt“ gegeben. Ich „sicherte“ zu, diese Lösung in der KfZg. zu vertreten. Das geschah in der Sitzung ihrer Wissenschaftlichen Kommission am 17. Februar 1973, bei der Buchheim fehlte.

Die Differenzen waren bald soweit bereinigt, dass sich Buchheim Mitte März bereiterklärte, in Eichholz über den „Burgfriedensplan“ zu sprechen und sein Referat, zusammen mit dem in Krones „privaten Papieren befindlichen Text“ des Plans, in den „Adenauer-Studien III“ zu publizieren.<sup>66</sup>

Die Planung für die Klausurtagung in Eichholz, die sich wegen der dort von prominenten Zeitzeugen mitgeteilten Informationen als ungewöhnlich ergiebig erweisen sollte<sup>67</sup>, änderte sich noch. Dort referierten schließlich H.-P. Schwarz, Buchheim („Der Burgfriedensplan“), Jürgen Schwarz und Werner Weidenfeld – früherer Assistent von Buchheim, jetzt Geschäftsführer der StBKAH. Aber nur die Manuskripte von J. Schwarz und W. Weidenfeld erschienen in den „Adenauer-Studien III“. Buchheim lieferte im Juli 1973 seinen Text, verzichtete jedoch, im November, auf dessen Publikation. Er wollte ihn auf der (inzwischen feststehenden) Tagung in Rhöndorf am 4. April 1974 vortragen. Zudem hatte sich die Konzeption für die „Adenauer-Studien III“ inzwischen erheblich geändert, Krone einen Beitrag zugesagt und K. Gotto eine Darstellung

65 Am 11. März 1974 lud der Vorsitzende des Vorstands der StBKAH, Dr. Carl Gussone, zu diesem mit der KfZg. „verabredeten Colloquium“ über Adenauers Ostpolitik, am 4. April 1974 in Rhöndorf, ein: sieben Zeitzeugen, neun Journalisten und die Historiker Buchheim, Gotto, Morsey, Repgen und Weidenfeld. Gegen die Teilnahme von Baring hatte Krone Bedenken geäußert wegen der Aufnahme von Auszügen aus seinen Tagebüchern in dessen Band „Sehr verehrter Herr Bundeskanzler!“, gegen die von Hans-Peter Schwarz mit Gründen, an die ich mich nicht mehr erinnern kann. Das vierstündige Colloquium, bei dem Buchheim und Gotto referierten, fand, wie verabredet, aus „Anlass des Erscheinens“ der „Adenauer-Studien III“ statt, die dabei vorgestellt wurden.

66 Das ergibt sich aus einem Schreiben Repgens vom 16. März 1973 an Krone. Repgen teilte Krone mit, dass „das Auftauchen dieses Textes unsere wissenschaftlichen Bemühungen der Erhellung der Politik Konrad Adenauers und der CDU/CSU dieser Jahre außerordentlich fördert“ und die Wissenschaft Krone für diese „Hilfe zu größtem Dank verpflichtet“ sei. Archiv der KfZg.

67 Eine Mitschrift der Diskussionen, die ich leitete und von der ich einen Durchschlag (124 Seiten) besitze, wurde nicht veröffentlicht, auch nicht das in der StBKAH vorhandene Manuskript von Buchheims Referat.

von Adenauers Ostpolitik, für die er unter anderem eine bisher unbekannte zweite Fassung des „Globke-Plans“ einbeziehen konnte.<sup>68</sup>

#### XV.

Zurück zum Sachstand der im November 1972 im BKA begonnenen Prüfung von Buchheims „Ausarbeitungen“. Gruppe II/1 schaffte die ihr zugewiesenen sechs Einzelstudien noch vor Jahresende. Dabei kamen die fünf namentlich genannten Mitarbeiter aus verschiedenen Referaten zu unterschiedlichen Beurteilungen. Am 28. Dezember 1972 fasste der Abteilungsleiter II, i. V., Dr. Per Fischer, den Sachstand für den Gruppenleiter I/3, Dr. Grundschtötel, zusammen. Danach enthielten Buchheims Arbeiten (1.) zahlreiche wörtliche Zitate aus Kabinettsprotokollen sowie aus anderen, noch als geheim geltenden Dokumenten (u. a. Schriftwechsel des Bundeskanzlers mit alliierten Stellen), die der Autor für den Fall einer Veröffentlichung streichen müsse.

Da er (2.) an einigen Stellen die Politik der Bundesregierung und Äußerungen des Bundeskanzlers Brandt „direkt kritisiere“, sollte dem Autor für eine Veröffentlichung „aufgegeben werden“, sich nicht auf die Zustimmung des BKA zu berufen. Schließlich seien (3.) seine Studien „zum Teil noch reine Materialsammlungen“. Ein Referent sah „in Form und Duktus nicht immer den Standard eines geschichtswissenschaftlichen Werkes erfüllt“. Das BKA solle sich deshalb die Möglichkeit vorbehalten, die endgültig zur Publikation vorgesehenen Manuskripte noch einmal durchzusehen. Von diesen Punkten abgesehen, beständen „grundsätzlich keine Bedenken“ gegen die Veröffentlichung.

Gruppe I/1 und I/3 des BKA lieferten keine Prüfungsergebnisse. Nach einem nur mit einer Paraphrase versehenen handschriftlichen Vermerk vom 12. Mai 1973 (!) – auf dem bereits erwähnten Schreiben Grundschtötels vom 15. November 1972, mit dem er die Prüfungsaufgaben verteilt hatte – ist die „Angelegenheit“ mit der Gruppe I/3 (Regierungsrat Milleker) erörtert, aber „zunächst“ von einer Stellungnahme abgesehen worden. Es bleibe abzuwarten, ob Buchheim „überhaupt auf die Sache“ zurückkomme. Das Abwarten dauerte lange. Erst am 3. Juli 1974 beschäftigte sich Gruppe I/3 wieder mit der „weiteren Sachbehandlung“ von Buchheims Studien. Dabei wurde vereinbart, „vorläufig“ die immer noch von Gruppe I/1 ausstehende Bewertung von Studie

68 Vgl. Untersuchungen und Dokumente zur Ostpolitik und Biographie (Adenauer-Studien III. Veröffentlichungen der Kommission für Zeitgeschichte, Reihe B: Forschungen 15). Mainz 1974, 2. Auflage im selben Jahr. Darin: Klaus Gotto: Adenauers Deutschland- und Ostpolitik 1954–1963, S. 3–91; ders.: Neue Dokumente zur Deutschland- und Ostpolitik Adenauers (bearb. und eingeleitet), S. 129–133; Heinrich Krone: Aufzeichnungen zur Deutschland- und Ostpolitik 1954–1969, S. 134–201; Der Globke-Plan zur Wiedervereinigung (in zwei Fassungen), S. 202–209.

Nr. 2 nicht anzumahlen, sondern abzuwarten, ob der Autor „überhaupt auf die Sache zurückkommt“.

„Ausschlaggebend“ für diese Entscheidung, so heißt es in einem Vermerk (Dr. Milleker), „sei vor allem“ gewesen, dass ein „Interesse“ des Professors an einer „Aufbereitung seiner Studien für eine Veröffentlichung offenbar“ nicht mehr bestehe, „umgekehrt“ aber auch nicht beim BKA für die „zum Teil [nur] Materialsammlungen darstellenden Studien“. Im Übrigen erscheine die „Befassung der Amtsleitung“ mit diesem „sachlich mittlerweile überholten Problem, da unverhältnismäßig arbeitsaufwendig, unangebracht“. Da der Gruppenleiter I/3 (nur Paraphe, nicht Grundschrift) diesen Vermerk noch am selben Tag abzeichnete und dann „z.d.A.“ schrieb, war das von Buchheim elf Jahre zuvor im BKA begonnene, dreieinhalb Jahre lang ‚hauptamtlich‘ betriebene und – aber erst nach mehreren Mahnungen – Ende 1972 schließlich vorgelegte Ergebnis seines Forschungsprojekts für das Amt ‚erledigt‘.

Die Zeitgeschichtsforschung wartete vergeblich auf Buchheims Gesamtdarstellung der Politik Adenauers. Inzwischen hatte er, wiederum ohne Hinweis auf seine frühere Aktenbenutzung im BKA, zwei kleine Studien veröffentlicht, „Die Außen- und Deutschlandpolitik Konrad Adenauers“ (1971)<sup>69</sup> und „Adenauers Deutschlandpolitik“ (1972)<sup>70</sup>. Seine dem BKA im November 1972 eingereichte Kopie von acht Einzelstudien hat er offensichtlich nicht zurückerbeten, auch nicht mehr nach einem Prüfungsergebnis gefragt.

1975/76, im Zusammenhang von Publikationen aus Anlass des 100. Geburtstags Adenauers, veröffentlichte Buchheim drei weitere Einzelstudien: „Adenauers Sicherheitspolitik 1950–1951“<sup>71</sup>, „Die Richtlinienkompetenz unter Bundeskanzler Konrad Adenauer“<sup>72</sup> und „Konrad Adenauer oder was Politik ist und wie sie gemacht wird“<sup>73</sup>. Der letztgenannte Titel drückt am deutlichsten den politiktheoretischen Ansatz aus, der Buchheim vor allem interessierte.<sup>74</sup> Alle Beiträge enthielten keine Bezüge auf Buchheims frühere Aktenbelege aus dem BKA. Manche von ihnen besaßen zu diesem Zeitpunkt, angesichts der

69 S. Anm. 54.

70 S. Anm. 55.

71 In: Militärgeschichtliches Forschungsamt (Hg.): Aspekte der deutschen Wiederbewaffnung bis 1955. Boppard am Rhein 1975, S. 133–149.

72 In: Dieter Blumenwitz u. a. (Hg.): Konrad Adenauer und seine Zeit. Politik und Persönlichkeit des ersten Bundeskanzlers. Band 2: Beiträge der Wissenschaft. Stuttgart 1975, S. 339–351.

73 In: Helmut Kohl (Hg.): Konrad Adenauer 1876/1976. Stuttgart/Zürich. 2. Aufl. 1976, S. 68–75.

74 Dazu passt die von Buchheim gegenüber Horst Osterheld am 16. Mai 1966 geäußerte, aus seinen Unterlagen im BKA „gewonnene Überzeugung, daß Adenauer immer versucht habe, sich in den wichtigen Fragen über alle Konsequenzen klarzuwerden, während heute, ohne präzise vorauszudenken, einfach drauflos gearbeitet werde“. Vgl. Osterheld: Außenpolitik, S. 309.



inzwischen vorliegenden umfangreichen Forschungsliteratur zur Ära Adenauer, nur noch begrenzten ‚Mehrwert‘.

Erst 1979 nahm Buchheim ‚sein Thema‘ wieder auf. Am 20. Januar 1979 fragte er bei Osterheld an, ob er bereit sei, in seinem „Dienstagabend-Seminar Diplomatische Dokumente zur Deutschland-Ostpolitik“ – also nicht nur für die Ära Adenauer – ein Referat zu übernehmen und sich an der Diskussion zu beteiligen. Sein Ziel sei es, den „Teilnehmern zu zeigen, wie aus Formulierungen Politik gemacht wird, wie Politik sich in Formulierungen niederschlägt, und wie man daher sorgfältig geschriebene Texte sorgfältig lesen und interpretieren muss“. Dazu kam es nicht.<sup>75</sup>

#### XVI.

Vermutlich im Zusammenhang dieser Thematik plante Buchheim eine Buchveröffentlichung, die über die Ära Adenauer hinausreichte. 1984 erschien „Die Deutschlandpolitik 1959–1972. Der politisch-diplomatische Prozeß“.<sup>76</sup> Darin nahm der Verfasser einige seiner bereits erschienenen und acht noch nicht publizierte Einzelstudien auf, bis zum Abschluss der Ostverträge der Regierung Brandt/Scheel. Manche Beiträge waren leicht überarbeitet, alle mit Literaturangaben versehen. In der „Vorbemerkung“ des Verfassers hieß es gleich zweimal (S. 7), dass „nur die Grundzüge und wichtigsten Probleme der Deutschland- und Ostpolitik“ der Bundesrepublik – also anders als im Titel (!) – dargestellt würden. Dies geschehe jedoch, „soweit möglich“, in „Form der Schilderung einzelner Ereignisse und Vorgänge, in denen sie besonders gut erkennbar ihren Niederschlag gefunden“ hätten, zudem „politiktheoretisch vertieft“, damit deren Probleme „besser [!] zu verstehen“ seien.

Der weder nach Epochen noch nach Sachbezügen untergliederte Band enthält 33 durchnummerierte Kapitel, von denen manche nur zwei bis drei Seiten umfassen, davon 18 für die Regierungszeit Adenauers. Nur bei zwei von ihnen sind zugehörige Jahreszahlen genannt, die auch in den folgenden Kapiteln fehlen. Die Ostpolitik wird nur in zwei Kapiteln („Deutschland- und Ostpolitik unter der Kanzlerschaft Ludwig Erhards“ und „Die [!] Deutschland- und Ostpolitik in der Großen Koalition“) behandelt.<sup>77</sup> Buchheim erwähnt in seinem Quellen-

75 ACDP 01-724-037/2.

76 In: Schriftenreihe der Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 49, Stuttgart 1984, 179 Seiten. Peter Siebenmorgen hat zu Recht vermerkt, dass Buchheims Untertitel „freilich zu hoch greift“, in: Gezeitenwechsel. Aufbruch zur Entspannungspolitik. Bonn 1990, S. 416.

77 Den „Globke-Plan“ behandelte Buchheim nicht unter „Ostpolitik Adenauers“, sondern („zur Lösung der deutschen Frage“) in dem (nicht datierten) Abschnitt 16: „Neue deutsche Initiativen und direkte Kontakte mit der Sowjetunion“, S. 97–104. Dort hat er auf S. 100 in einer langen Anmerkung 273 die von Gotto veröffentlichten beiden Fassungen dieses Planes (aus den „Adenauer-Studien III“, s. Anm. 68) erwähnt – nicht aber dessen Nach-

und Literaturverzeichnis weder die Aktengrundlage einzelner Adenauer-Beiträge noch die bereits veröffentlichten fünf Einzelstudien. Bei einigen der von ihm zitierten Aktenstellen fehlen die Belege.<sup>78</sup> Im Klappentext ist summarisch von den im BKA „gesammelten Erfahrungen“ des Verfassers die Rede, auf die er sich habe stützen können.

Seine selektive Darstellung erschien in der „Schriftenreihe der Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte“ des IfZ. Deren ‚Vorgeschichte‘ ist nur zum Teil zu verfolgen.<sup>79</sup> Das von Buchheim Ende März 1984 eingereichte Manuskript hatten die Redakteure, Wolfgang Benz und Hermann Graml, Anfang Mai 1984 den Herausgebern der Reihe, Karl Dietrich Bracher (Bonn) und Hans-Peter Schwarz (Köln), zugeleitet. Deren Voten mit dem Vorschlag, das Manuskript als nächsten Band der Reihe zu veröffentlichen, liegen nicht vor, auch kein Urteil Brachers, nur das vom 30. Juli 1984 von Hans-Peter Schwarz. Es war, wie immer bei ihm, deutlich, allerdings ungewohnt knapp: „Herr Buchheim ist und bleibt ein Umstandskrämer. Doch mit dem Titel kann man leben. Die Vorbemerkung, die Sie [Benz] mir freundlicherwise zuschickten<sup>80</sup>, ist so kunstlos wie das ganze Buch. Doch glaube ich, daß es – verglichen mit anderen Titeln, die wir auch schon aufgenommen haben – auf ein gewisses Interesse stoßen kann.“

Das tat es offensichtlich aber nur begrenzt. Jedenfalls erschien die Rezension in der FAZ erst drei Jahre später!<sup>81</sup> Dieses Buch war der letzte noch zeitgeschichtlich bezogene Beitrag des Mainzer Politikwissenschaftlers, eine späte ‚Resteverwertung‘ eines weiteren Teiles der großenteils noch in den 1960er Jahren konzipierten beziehungsweise geschriebenen Einzelstudien.

Inzwischen hatte Arnulf Baring eine ihm in einer anderen Bundeszentralbehörde in Bonn gewährte Akteneinsicht rasch zu einer Publikation genutzt. Ihm war ab Spätherbst 1976 die Möglichkeit geboten worden, die drei restlichen Jahre der Amtszeit des 1974 gewählten Bundespräsidenten Walter Scheel und den langen Weg (sowie die Rolle des dabei aktiven FDP-Politikers) zum Koalitionswechsel von 1969 zu beschreiben. Dafür konnte der „langjährige Sozialdemokrat“, bei „voller Beurlaubung“ von seinem Lehrstuhl in West-Ber-

---

trag von 1976 (siehe Anm. 73) – und aus einem „Fragenkatalog“ Adenauers vom 26. Februar 1959 an Globke eine Reihe von Fragen mit dessen Antworten zitiert, die aus seinen Aktenkenntnissen im BKA stammen.

78 Sechs Beispiele für dieses Verfahren nannte ich in meiner Rezension des Buches, in: Historisches Jahrbuch 106 (1985), S. 494 f. Es gibt weitere unbelegte Zitate.

79 Auch der Schriftwechsel früherer Jahre im Archiv des IfZ ist noch ohne Signatur. Diese Auskunft vom 23. Juli 2019 verdanke Frau Dr. Isabel Pantenburg vom IfZ in München.

80 Im Buch (o. D.) S. 7 f. Die „Vorbemerkung“ hatte Buchheim offensichtlich nachträglich geschickt.

81 Jens Hacker, Politikwissenschaftler in Regensburg, begann seine Rezension in der FAZ vom 23. Juni 1987 (!) mit dem Satz, dass es Buchheim „gelingen sei, die Grundzüge und wichtigsten Probleme der Bonner Deutschland- und Ostpolitik [...] bis zum Abschluss des innerdeutschen Grundlagenvertrags übersichtlich darzustellen“. Dieser Satz war wörtlich aus dem Vorwort (S. 7) übernommen.

lin, den Tages- und Arbeitsablauf des Bundespräsidenten „völlig unabhängig“ beobachten. Baring erhielt für die von ihm erwartete Publikation im Bundespräsidialamt „eigene, umfassende Akteneinsicht“, nicht jedoch im Auswärtigen Amt, da er nicht bereit gewesen war, ihm vor einer Veröffentlichung sein „Gesamtmanuskript zur Prüfung“ vorzulegen.<sup>82</sup>

Bereits drei Jahre nach seiner Rückkehr nach Berlin erschien das Ergebnis seines Bonner Aktenstudiums: „Machtwechsel. Die Ära Brandt-Scheel“. Der Band erlebte vier Auflagen und zwei Taschenbuch-Ausgaben. In seinen „Vor-bemerkungen“ bedauerte der Verfasser, dass es „bei uns“ für Historiker viel zu selten sei, anders als in angelsächsischen Ländern, „Einblicke“ in amtliches Schriftgut zu nehmen, wie sie ihm „eröffnet“ worden seien: „Ich könnte kein vergleichbares Beispiel nennen.“<sup>83</sup> Dabei kannte er den „Fall“ Buchheim zur Genüge. Dessen „Deutschlandpolitik 1949–1972“ (1984) erscheint wie eine späte, aber in der Forschung kaum wahrgenommene ‚Antwort‘ über eine frühere als die von Baring geschilderte Epoche.

Soweit, Jahrzehnte später, einzelne Autoren für ihre Forschungen zur „Ära Adenauer“ auch amtliches Schriftgut des BKA verwerteten – so Volker Erhard<sup>84</sup> und Erik Lommatzsch<sup>85</sup> –, erwähnten sie Buchheims „Deutschlandpolitik 1949–1972“ nur noch in ihren Literaturverzeichnissen, 2006 nicht mehr Günter Buchstab in seinem Überblick „Wege der Adenauer-Forschung“.<sup>86</sup> Buchheims frühe und lange Zeit einzigartige Forschungsmöglichkeit im BKA, in Sitz- und Rufnähe des Gründungskanzlers der Bundesrepublik Deutschland und seines langjährigen Staatssekretärs, dem er Jahrzehnte später ein angemessenes Denkmal setzte<sup>87</sup>, war für ihn ein Glücksfall gewesen. Seine früh geplante „Gesamtgeschichte der Politik Adenauers“ blieb jedoch ein Desiderat.

82 Vgl. Arnulf Baring in Zusammenarbeit mit Manfred Görtemaker: *Machtwechsel. Die Ära Brandt-Scheel*. Stuttgart 1982, S. 14 f.; Arnulf Baring: *Der Unbequeme. Autobiografische Notizen*. Berlin 2013, S. 242.

83 *Machtwechsel*, S. 20.

84 *Adenauers deutschlandpolitische Geheimkonzepte*. Wie Anm. 48.

85 Hans Globke (1898–1973). *Beamter im Dritten Reich und Staatssekretär Adenauers*. Frankfurt am Main 2009.

86 In: Ulrich Schlie (Hg.): *Horst Osterheld und seine Zeit*. Weimar u. a. 2006, S. 63–78. Thomas Knoll hat für seine von der Begabtenförderung des KAS unterstützte Dissertation (*Das Bonner Bundeskanzleramt. Organisation und Funktionen von 1949–1999*. Wiesbaden 2004) kein amtliches Schriftgut benutzt und in seinem Literaturverzeichnis von Buchheims Studien nur dessen Beitrag über Adenauers Richtlinienkompetenz erwähnt.

87 Hans Globke – oder die Kunst des Möglichen im Verfassungsstaat und unter totalitärer Herrschaft, in: Karl Graf Ballestrem (Hg.): *Sozialethik und politische Bildung*. Festschrift für Bernhard Sutor zum 65. Geburtstag. Paderborn u. a. 1995, S. 77–92. Buchheim erwähnt auch hier nicht seine Tätigkeit im BKA, wohl aber ein Gespräch mit Globke am 12. Januar 1966, aus dem er auch Aussagen von ihm zitiert. Vgl. S. 85 und 87. Er hatte bereits nach Globkes Tod einen Nachruf in der FAZ vom 16. Februar 1973 veröffentlicht.



## Querelen um das Amt des Alterspräsidenten im Deutschen Bundestag

Peter Rütters

Das Amt des Alterspräsidenten ist, betrachtet man die ihm von der Geschäftsordnung und der Parlamentstradition zugewiesenen Aufgaben, von geringer Bedeutung. In der Parlamentspraxis ist seine aktive Ausübung interimistisch auf die Konstitutionsphase des neugewählten Bundestages beschränkt, um durch die Feststellung der Beschlussfähigkeit des versammelten Parlaments und die Wahl des Bundestagspräsidenten dessen parlamentarische Organisations- und Handlungsfähigkeit herzustellen. Diese wenigen politisch nicht gestaltungsfähigen Organisationsaufgaben führten dazu, dass das Amt und die Person des Alterspräsidenten meistens nur beiläufig wahrgenommen werden. Politische Aufmerksamkeit kann ein Alterspräsident erlangen, wenn er die zwar von der Geschäftsordnung nicht vorgesehene, aber seit Jahrzehnten durch die Parlamentspraxis etablierte Eröffnungsansprache, die ihm „die Repräsentation des neugewählten Bundestages vor der Öffentlichkeit“ bietet<sup>1</sup>, für eine politisch akzentuierte Rede nutzt. Problematische Relevanz erlangt diese Option, wenn Parteien die Nominierung von bestimmten Kandidaten für die Bundestagswahl darauf ausrichten, das Amt des Alterspräsidenten zu übernehmen, um durch seine Besetzung und die Möglichkeit der Eröffnungsansprache eine hohe mediale und politische Beachtung zu erreichen. Es waren in der Geschichte des Bundestages eher parlamentsunerfahrene und politisch (noch) nicht akzeptierte Parteien, die diese Form der parlamentarischen und medialen Selbstpräsentation mit unterschiedlichen Ergebnissen versuchten. Die Reaktionen von etablierten Parteien konnten aufgeregt sein und überzogen wirken, sie führten aber nicht dazu, gelegentliche Überlegungen für eine Änderung des Auswahlkriteriums für das Amt des Alterspräsidenten (Lebensalter) mit einer Änderung der Geschäftsordnung des Bundestages, wie es Norbert Lammert 2017 initiierte, tatsächlich umzusetzen.

Bereits gegen Ende der Legislaturperiode des 18. Deutschen Bundestages kam eine Kontroverse über eine Änderung der Geschäftsordnung auf, die den kommenden Bundestag betreffen würde. Am 1. Juli 2017 änderte der Bundestag das Auswahlkriterium für die Bestimmung des Alterspräsidenten. Angeregt vom amtierenden Präsidenten Norbert Lammert wurde die Geschäftsordnung des Bundestages (§ 1 Abs. 2) in der Weise geändert, dass zukünftig das Amt des

---

1 Ursula Bleek: Alterspräsident, in: Hans-Helmut Röhring/Kurt Sontheimer: Handbuch des deutschen Parlamentarismus, München 1970, S. 28; ferner Gerd Michael Köhler: Die Rechtsstellung des Alterspräsidenten des Deutschen Bundestages, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen 22 (1991), S. 177–188, hier 184.

Alterspräsidenten nicht mehr, wie es der parlamentarischen Tradition entsprach, vom lebensältesten, sondern vom „dienstältesten“ Abgeordneten bekleidet werden sollte. Sichergestellt werden sollte mit dieser Änderung, dass das Amt auch zukünftig von einem Abgeordneten eingenommen würde, der über die dafür notwendige Parlamentserfahrung verfügt. Bereits Lammerts Initiative, die diese Lesart vorgab, wurde als Camouflage verstanden, da die Änderung der Geschäftsordnung vorrangig darauf gerichtet zu sein schien, zu verhindern, dass ein (bestimmter) AfD-Abgeordneter als Alterspräsident die konstituierende Sitzung des Bundestages leiten und ihm ein Podium mit hoher öffentlicher Wahrnehmung für eine Eröffnungsrede bereitgestellt würde.

Die Initiative, deren Umsetzung durch die Änderung der Geschäftsordnung des Bundestages und schließlich die Anwendung in der konstituierenden Sitzung des 19. Bundestages blieben nicht ohne Kontroversen, Widerspruch und Querelen. Im Folgenden soll der Frage nachgegangen werden, (1) was Lammerts Initiative motivierte, zumal der Bundestag mit der AfD nicht zum ersten Mal mit einem Problem dieser Art konfrontiert wurde. Untersucht werden soll im Weiteren, ob (2) die Nominierungspraxis der AfD für die Bundestagswahl 2017 Anlass für Lammerts Besorgnis und für eine präventive Änderung der Geschäftsordnung gab. Insbesondere die Kritik der AfD an dieser Änderung – der AfD-Abgeordnete Bernd Baumann meinte Parallelen zu einer von Hermann Göring (NSDAP) durchgesetzten Änderung der Geschäftsordnung des Reichstags im März 1933 feststellen zu können – gibt Anlass (3) zu einen Rückblick auf die Regelung des Amtes des Alterspräsidenten und auf die parlamentarische Praxis gegen Ende der Weimarer Republik. Weiterhin bleiben (4) Legitimität, Akzeptanz und Anwendung einer geänderten Geschäftsordnung für die konstituierende Sitzung des 19. Bundestag zu betrachten angesichts des Diskontinuitätsgrundsatzes, der für jedes neugewählte Parlament gilt und dem auch die Geschäftsordnung des Bundestages unterworfen ist, aber auch angesichts der informellen Anforderung an jede Parlamentsgeschäftsordnung, die Mitwirkungsmöglichkeiten parlamentarischer Minderheiten nicht (unangemessen) zu beschneiden. Schließlich soll (5) die Kritik der AfD an der Änderung der Geschäftsordnung, wie sie in der konstituierenden Sitzung des 19. Bundestages von Bernd Baumann, dem ersten parlamentarischen Geschäftsführer der Fraktion, vorgetragen wurde, erörtert werden. Im abschließenden Fazit (6) sollen Legitimität und Funktion der Änderung des Auswahlkriteriums für den Alterspräsidenten resümiert werden.

### *1. Die Lammert-Initiative und die Debatte im Bundestag am 1. Juli 2017*

Im März 2017 hatte der Bundestagspräsident Norbert Lammert dem Ältestenrat des Parlaments vorgeschlagen, die Geschäftsordnung des Bundestages in der Weise zu ändern, dass zukünftig – ab der nächsten (19.) Wahlperiode – das

Amt des Alterspräsident nicht mehr vom lebensältesten Abgeordneten, sondern vom „dienstältesten“ eingenommen werden sollte (§ 1 Abs. 2 der Geschäftsordnung des Bundestages).<sup>2</sup> Begründet hatte Norbert Lammert seine Initiative mit der Sorge, dass erforderliche parlamentarische Erfahrungen für das Amt des Alterspräsidenten in Zukunft nicht mehr zuverlässig sichergestellt sein würden, da die bisherige Regelung in der Geschäftsordnung „es dem Zufall überlasse, wer Alterspräsident werde“. Angesprochen waren damit zwei Entwicklungen: generell eine zunehmende Fragmentierung der im Parlament vertretenen Parteien sowie der mit der anstehenden Bundestagswahl absehbare Einzug der AfD in den Bundestag. Beide Entwicklungen bargen in sich das Problem, dass neue Parteien mit parlamentarisch unerfahrenen Abgeordneten in den Bundestag gelangten und – was Lammert nicht ausdrücklich ansprach – dass diese Parteien durch eine gezielte Nominierungspraxis das Amt des Alterspräsidenten anstreben könnten, um mediale Aufmerksamkeit auf sich zu lenken. Mit einer Neuregelung der Geschäftsordnung sollte, so Lammert, verhindert werden, „dass ein neugewählter Abgeordneter ohne jegliche Erfahrung in der Leitung von Versammlungen oder Sitzungen als Lebensältester in die Situation komme, die konstituierende Sitzung des größten und wichtigsten deutschen Parlaments zu leiten. Das sei mit dessen Bedeutung nicht vereinbar“.<sup>3</sup> Nicht erläutert hatte Lammert, der immerhin 37 Jahre (von 1980 bis 2017) dem Bundestag angehörte und von 2005 bis 2017 dessen Präsident war, in dieser Pressemitteilung, was den Zeitpunkt seiner Initiative (gegen Ende seiner parlamentarischen Tätigkeit) bestimmte und was den konkreten Anlass dazu gab.

Lammerts Vorschlag fand im zuständigen Bundestagsausschuss für Wahlprüfung, Immunität und Geschäftsordnung die Unterstützung einer Mehrheit, die von den Abgeordneten der Fraktionen der CDU/CSU und der SPD gestellt wurde.<sup>4</sup> Mit Ablehnung reagierten die Grünen, während sich die Linke der Stimme enthielt.<sup>5</sup> Die Fraktionen von CDU/CSU und SPD teilten die Intention von Lammert, mit der vorgeschlagenen Änderung der Geschäftsordnung sicherzustellen, dass der Alterspräsident auch über die einschlägige parlamen-

2 Vgl. Deutscher Bundestag: Pressemitteilung, 23. März 2017 – „Lammert schlägt vor: Alterspräsident des Bundestages soll künftig nach „Dienstalter“ bestimmt werden.“ <https://www.bundestag.de/presse/pressemitteilungen/2017/pm-170323-alterspraesident-499892> (Abruf 8. Oktober 2019).

3 Ebd. – Lammerts Initiative betraf nicht nur das Auswahlkriterium für den Alterspräsidenten, ebenso wurde der zuständige Bundestagsausschuss für Wahlprüfung, Immunität und Geschäftsordnung aufgefordert, Vorschläge zu erarbeiten, damit die vom Grundgesetz und in einfachen Gesetzen vorgesehenen Fachausschüsse nach einer Bundestagswahl „möglichst rasch und unabhängig von in ihrer Dauer nicht einzuschätzenden Koalitionsverhandlungen arbeitsfähig sind“.

4 Vgl. auch zum Folgenden Deutscher Bundestag, 18. Wahlperiode Drucksache 18/12376 vom 17. Mai 2017: Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Wahlprüfung, Immunität und Geschäftsordnung.

5 Der FDP war es 2013 nicht gelungen, in den 18. Bundestag gewählt zu werden.

tarische Erfahrung verfüge, um der Bedeutung des Amtes für die konstituierende Sitzung des Bundestages gerecht zu werden und die wahrzunehmenden Aufgaben angemessen bewältigen zu können. Die Vertreter der Grünen hielten den Zeitpunkt der Änderung für falsch, kritisierten aber auch, dass die mit der Initiative hervorgerufene öffentliche Diskussion dazu führe, das Amt des Alterspräsidenten zu „überhöhen“. Vom Bundestag forderten sie einen souveränen Umgang auch mit politisch unliebsamen Alterspräsidenten. Die Abgeordneten der Linken wiederum zeigten Verständnis für die politische Intention der Änderung, vertraten aber – wohl nicht zuletzt aus eigener Erfahrung<sup>6</sup> – die Meinung, dass der Bundestag einen umstrittenen Alterspräsidenten aushalten müsse und könne, und machten auf die Benachteiligung neuer Fraktionen (Parteien) aufmerksam, die mit einer Dienstaltesregelung vom Amt des Alterspräsidenten faktisch ausgeschlossen würden.

Als die Beschlussempfehlung des Bundestagsausschusses für Wahlprüfung, Immunität und Geschäftsordnung am 1. Juli 2017 im Bundestag als Tagesordnungspunkt 22 aufgerufen wurde, hatten sich die Positionen der im Bundestag vertretenen vier Fraktionen nicht verändert.<sup>7</sup> Das betraf auch den Begründungsrahmen für den Antrag zur Änderung von § 1 Abs. 2 der Geschäftsordnung. Weiterhin umgingen die meisten Abgeordneten, die sich an der Plenardebatte beteiligten, den konkreten Anlass für Lammerts Initiative zu benennen. Denn spätestens im März 2017 war absehbar geworden, dass die AfD in den kommenden Bundestag einziehen würde und die Partei eine beachtliche Anzahl von älteren Kandidaten auf aussichtsreichen Listenplätzen nominiert hatte und einige von ihnen die Chance haben könnten, Alterspräsident zu werden.

In der Aussprache, an der sich vor allem die Berichterstatterinnen und Berichterstatter des Geschäftsordnungsausschusses beteiligten, begründete zunächst Bernhard Kaster (CDU) für die CDU/CSU-Fraktion den Antrag als Bemühen, die Geschäftsordnung zu präzisieren. Die vom Alterspräsidenten erwartete parlamentarische Erfahrung sollte nicht weiterhin dem Zufall überlassen bleiben, sondern durch den Wechsel vom „lebensältesten“ zum „dienstältesten“ Abgeordneten sichergestellt werden. Für die Linke rechtfertigte Petra Sitte die Stimm-Enthaltung ihrer Fraktion mit dem Hinweis, dass eine starke Demokratie auch Positionen ertragen müsse, die sich gegen sie selbst richteten.

---

6 Die Linke deutete mit diesem Hinweis auf die unparlamentarische und teilweise diffamierende Kampagne hin, die insbesondere die CDU/CSU und Vertreter der Bundesregierung gegen den parteilosen Schriftsteller Stefan Heym führten, nachdem dieser 1994 als Listenkandidat der PDS in den Bundestag gewählt worden war und feststand, dass er als Alterspräsident die konstituierende Sitzung des Bundestages leiten würde, vgl. Benedikt Brunner: *Der Alterspräsident. Ein Konstituierungsreglement und seine Alternativen*, Wiesbaden 2012, S. 66–84, sowie unten Anm. 27.

7 Vgl. Deutscher Bundestag: *Plenarprotokoll 18/237 vom 1. Juli 2017*, S. 24169–24175. Dort die folgenden Zitate. Die Protokolle sind abrufbar unter [www.bundestag.de/protokolle](http://www.bundestag.de/protokolle).



Eine Auseinandersetzung mit solchen Positionen müsse politisch und mittels der Geschäftsordnung geführt werden. Gleichwohl betonte sie auch, dass die Geschäftsordnung durchaus als Instrument geeignet und zeitgemäß sei, um zu verhindern, dass Abgeordneten, die den Holocaust leugneten und die historische Schuld des Nationalsozialismus relativierten, die Alterspräsidentenschaft in der konstituierenden Sitzung des Parlaments als Forum geboten würde. Die SPD-Abgeordnete Sonja Steffen stellte nach einem kurzen Rückblick auf Parteien-Querelen um den Alterspräsidenten in der Weimarer Republik und in der Bundesrepublik die hohe symbolische Bedeutung des Amtes in den Mittelpunkt. Dessen Bestellung solle daher nicht dem Zufall überlassen bleiben. Mit der Änderung vom lebens- zum dienstältesten Abgeordneten als Kriterium würde die für das Amt erforderliche parlamentarische Erfahrung sichergestellt werden. Die Ablehnung des Antrags durch die Fraktion der Grünen begründet Britta Habelmann. Sowohl der Zeitpunkt kurz vor der Bundestagswahl als auch die Intention, einen politisch inakzeptablen Abgeordneten einer neuen Partei als Alterspräsidenten zu verhindern, wurde von ihr als „falsch“ angesehen. Sie sprach sich gegen eine Überhöhung des Amtes aus und forderte eine Debatte mit „offenem Visier“ über den Zweck der vorgeschlagenen Änderung der Geschäftsordnung. Auch ihr galt es als politische Zumutung, wenn ein „Rechtspopulist“ eine Parlamentssitzung eröffne, sie konstatierte aber zugleich ihr Vertrauen in die Fähigkeit des Parlaments, mit jeder Situation fertig zu werden, weshalb es einer Änderung der Geschäftsordnung nicht bedürfe. Als letzter Redner<sup>8</sup> plädierte Johann Wadepuhl (CDU) nochmals für die Änderung der Geschäftsordnung und fand nunmehr mit „offenem Visier“ zu klaren Worten. Er erinnerte an die politisch-parlamentarischen Erfahrungen in Schleswig-Holstein mit der DVU und an die wirksame Initiative, eine Eröffnung des Landtags durch eine DVU-Abgeordnete zu verhindern.<sup>9</sup> Zwar stehe auch für ihn nicht in Frage, dass der Bundestag Auftritte der AfD – die er als erster Redner der Debatte als Anlass für die Änderung der Geschäftsordnung explizit benannte – verkraften und deren Positionen zurückweisen könne. Aber es sollte dennoch als eine der zentralen Fragen des „deutschen historischen Selbstverständnisses“ betrachtet werden, dass jemandem, der den Massenmord an den europäischen Juden, den Holocaust durch den NS-Staat relativiere, nicht die Bühne des Parlaments in der konstituierenden Sitzung zur Verfügung gestellt werden sollte.

8 Als inzwischen fraktionslose Rednerin nahm die frühere CDU-Abgeordnete Erika Steinbach an der Debatte teil und plädierte gegen die Änderung der Geschäftsordnung.

9 Vgl. Brunner: Der Alterspräsident, S. 119–132.

## *2. Die Problematik der Kandidatenaufstellung der AfD für die Bundestagswahl 2017*

Nobert Lammert begründete, wie erwähnt, seine Initiative damit, dass wegen der absehbaren Veränderung der parteipolitischen Zusammensetzung des Parlaments die erforderliche parlamentarische Erfahrung für das Amt des Alterspräsidenten zukünftig nicht mehr sichergestellt sein würde. Ein Wechsel von der bisher praktizierten Bestimmung des Alterspräsidenten nach dem Lebensalter- zum Dienstalter-Prinzip, konkret: der Dauer der Mitgliedschaft im Bundestag, sei folglich geboten. Warum die parlamentarische Erfahrung von Alterspräsidenten, deren Amtsübernahme nach dem Lebensalter erfolgt, nicht mehr gewährleistet sein könnte, erläuterte Lammert nicht. Eine ausdrückliche Bezugnahme auf die anstehende Bundestagswahl im September 2017, die absehbar Abgeordnete der AfD in den Bundestag bringen würde, nachdem die Partei seit dem Einzug in das Europäische Parlament im Jahr 2014 bei allen folgenden Landtagswahlen die Fünf-Prozent-Hürde überwinden konnte, unterblieb. Doch dürfte die zwischen November 2016 und März 2017 erfolgte Aufstellung der Landeslisten der AfD für die Bundestagswahl Lammerts Befürchtung in einem doppelten Sinn hervorgerufen haben.

Geht man von dem Wahlergebnis der AfD bei der Bundestagswahl 2017 aus, platzierte die Partei erfolgreich acht Kandidaten, die zu den zehn ältesten Abgeordneten des 19. Bundestages gehören (siehe Tabelle). Der FDP-Abgeordnete Hermann Otto Solms (geb. 24. November 1940) nahm den 2. Platz ein und der CDU-Abgeordnete Wolfgang Schäuble (geb. 18. September 1942) den 6. Rang. Zwar hatten einige dieser AfD-Kandidaten über Jahrzehnte der CDU angehört (Wilhelm von Gottberg, Alexander Gauland, Albrecht Glaser). Doch keiner von ihnen verfügte über Erfahrungen als Abgeordneter im Bundestag.<sup>10</sup> Nur Alexander Gauland war bereits Landtagsmitglied gewesen, und zwar für die AfD etwa drei Jahre im Brandenburgischen Landesparlament (2014–2017). Die übrigen politisch-institutionellen Erfahrungen bestanden wie bei Gauland in administrativen und exekutiven Funktionen (auf Bundes-, Landes- und kommunaler Ebene), in kommunalpolitischen Positionen (Glaser) oder in der Mitgliedschaft (Wahlfunktion) in einer kommunalen Selbstverwaltung (von Gottberg, als Bürgermeister und im Kreistag). Insofern hatten Lammerts Zweifel an der parlamentarischen Erfahrung von Abgeordneten und vielleicht auch an deren Fähigkeit, als Alterspräsident die konstitutive Sitzung des Bundestags leiten zu können, eine gewisse Berechtigung. Denn für die anstehende Bundestagswahl 2017 war damit zu rechnen, dass zahlreiche AfD-Mitglieder

<sup>10</sup> Von den 94 gewählten AfD-Abgeordneten verfügte nur das frühere CDU-Mitglied Martin Hohmann (geb. 4. Februar 1948) über parlamentarische Erfahrungen aus einem Bundestagsmandat (1998–2005).

in den Bundestag gewählt würden und dass einer von ihnen – wahrscheinlich war Wilhelm von Gottberg – nach der Regelung für die Bestellung des Alterspräsidenten gemäß dem Lebensalter-Prinzip mit der Leitung der konstituierenden Sitzung des Bundestages betraut werden müsste.

*Tabelle: AfD-Abgeordnete unter den 10 ältesten MdB (2017)*

Name	Geburtsdatum	Position im Altersranking	Platz auf Landesliste AfD	erfolgreiche Plätze der Landesliste	Bundesland
Wilhelm v. Gottberg	30.3.1940	1	4	7	Nieders.
Alexander Gauland	20.2.1941	3	1	5	Brandenb.
Albrecht Glaser	8.1.1942	4	5	6	Hessen
Axel Gehrke	12.1.1942	5	2	2	Schles.-H.
Detlev Spangenberg	10.4.1944	7	3	8	Sachsen
Lothar Maier	19.6.1944	8	2	11	Baden-W.
Franziska Gminder	4.2.1945	9	11	11	Baden-W.
Paul Viktor Podoly	30.5.1946	10	10	14	Bayern

Einige der bis März 2017 nominierten AfD-Kandidaten, die eine absehbare Chance hatten, im September in den Bundestag gewählt zu werden und aufgrund ihres Lebensalters als Alterspräsidenten in Frage kommen konnten, weckten aber auch aufgrund der von ihnen vertretenen politischen und geschichtspolitischen Positionen Zweifel, ob sie mit der gebotenen politischen Zurückhaltung die repräsentative Aufgabe eines Alterspräsidenten ausüben würden.<sup>11</sup> Hinzu kamen Bedenken über die Wahrnehmung eines womöglich rechtspopulistischen Alterspräsidenten in der (medialen) Öffentlichkeit.

<sup>11</sup> In der Bundestagsdebatte am 1. Juli über die Änderung der Geschäftsordnung wurden, wie oben bemerkt, diese Vorbehalte im Laufe der Diskussion hervorgehoben, führten aber zu unterschiedlichen Schlussfolgerungen im Hinblick auf die Notwendigkeit einer Änderung der Geschäftsordnung.

Allerdings scheint es keineswegs eindeutig, dass Auswahl, Aufstellung und Listenplatzierung der AfD-Kandidaten für die Bundestagswahl 2017 mit Bedacht vorrangig darauf gerichtet waren, die Position des Alterspräsidenten einnehmen zu wollen. Die Nominierung verlief dezentral und über die Erstellung von Landeslisten, was einer zentralen Steuerung, sollte es sie gegeben haben, Grenzen setzte.<sup>12</sup> Bei mindestens drei Kandidaten (Axel Gehrke, Lothar Maier und Franziska Gminder) sollte mit der Platzierung auf einer Landesliste vor allem deren bürgerliche Reputation genutzt werden, um Wähler für die AfD zu gewinnen. Bei drei Kandidaten (neben Gminder auch Paul Viktor Podolay und Albrecht Glaser) resultierte trotz ihrer jeweils nachrangigen Listenplatzierung die Wahl in den Bundestag aus dem unerwartet guten Abschneiden der AfD bei der Wahl.<sup>13</sup> Die politischen Ambitionen, die Gauland und von Gottberg verfolgten, waren und sind weiter gespannt, als es ein symbolischer Erfolg bieten mag, wenn man für ein oder zwei Stunden in der ersten Sitzung des neuen Bundestages das Amt des Alterspräsidenten einnimmt. Das heißt jedoch nicht, dass diese Position und Situation nicht genutzt worden wäre. Darauf scheint – worauf noch zurückzukommen sein wird – die vielleicht als Ersatzhandlung aufzufassende „Jungferrede“ von Bernd Baumann im Bundestag hinzudeuten. Diese erste, kurzgehaltene Rede eines AfD-Abgeordneten im Bundestag fokussierte bereits die politische Intention und das politische Selbstverständnis der AfD im Parlament und demonstrierte die demagogische Rhetorik, mit der deren Abgeordnete im Bundestag aufzutreten gewillt waren.

Die zahlenmäßig beachtliche Riege von AfD-Abgeordneten, die für eine nach dem Lebensalter zu besetzende Alterspräsidentenschaft in Frage gekommen wären, resultiert in erster Linie aus der Gründungsgeschichte der Partei. In der AfD hatten sich, zum Teil als Gründungsmitglieder, zahlreiche seit Jahrzehnten politisch vor allem in der CDU aktive Personen engagiert. Aus unterschiedlichen Motiven verfolgten sie mit und in der AfD eine späte „zweite“ politische Karriere, die ihnen in der CDU versperrt geblieben war. Nicht zuletzt wegen der von ihnen vertretenen nationalistischen und rechtspopulistischen Auffassungen hatten sie in der CDU in den letzten ein bis zwei Jahrzehnten nicht (mehr) zu reüssieren vermocht.

12 Vgl. Durch das Nadelöhr der Demokratie. Die Kandidatenaufstellung der AfD zur Bundestagswahl 2017. Herausgegeben von Suzanne S. Schüttemeyer und Benjamin Höhne unter Mitarbeit von Danny Schindler, Daniel Hellmann, Anastasia Pyschny, Malte Cordes, Oliver Kannenberg, Pia Berkhoff, Sophie Kopsch, Institut für Parlamentsforschung, Studie Nr. 7. Berlin 2019.

13 Die AfD erreichte bei der Bundestagswahl 2017 einen Anteil von 12,6 % der abgegebenen gültigen Stimmen und insgesamt 94 Sitze, davon allein 11 Ausgleichsmandate.

### 3. Das Amt des Alterspräsidenten

Das Amt des Alterspräsidenten gehört zu den wenig beachteten Funktionen des Parlaments.<sup>14</sup> Die Regelung, das lebensälteste Mitglied der parlamentarischen Versammlung dazu zu bestimmen, die Konstituierung einer neugewählten Legislative zu leiten, hat sich seit Anfang des 19. Jahrhundert im deutschen Parlamentarismus etabliert. Sie ist mit etwa gleicher Kompetenzausstattung und Funktionszuweisung für den Reichstag des Norddeutschen Bundes, des Kaiserreichs und der Weimarer Republik sowie für den Bundestag zu finden. Wenn auch nicht ohne Einschränkungen und (wenigen) Veränderungen gilt das Amt des Alterspräsidenten als Traditionsbestand des parlamentarischen Systems (nicht nur) in Deutschland.

Die geringe Aufmerksamkeit, die das Amt des Alterspräsidenten von der Geschichts-, der Politik- und selbst von der Rechtswissenschaft erfahren hat, resultiert aus der meist unspektakulären Amtsführung, die interimistisch die kurze Phase zwischen dem Zusammentreten des neugewählten Parlaments und der auftragsgemäßen Wahl des Parlamentspräsidenten überbrückt. Im Grundgesetz wurde, der parlamentarischen Tradition folgend, das Amt des Alterspräsidenten nicht geregelt. In Art. 40 Abs. 1 GG wird der Bundestag beauftragt, „seinen Präsidenten, dessen Stellvertreter und die Schriftführer“ zu wählen und sich eine Geschäftsordnung zu geben. Erst die Geschäftsordnung (für den Bundestag in § 1 Abs. 2 bis 4) regelt die Bestellung eines Alterspräsidenten und dessen Aufgaben.<sup>15</sup> Ihm obliegt es, aus den Reihen der Mitglieder des Bundestages vorläufige Schriftführer zu ernennen, durch Aufruf der Namen der Bundestagsabgeordneten die Beschlussfähigkeit des Plenums festzustellen und schließlich die erwähnten Personalwahlen (Bundestagspräsident und eventuell, wenngleich nicht üblich, dessen Stellvertreter und die Schriftführer) durchzu-

- 
- 14 Zur überschaubaren Literatur vgl. Brunner: Der Alterspräsident; Heinrich Wilhelm Klopp: Das Amt des Alterspräsidenten im Deutschen Bundestag. Historische Entwicklung, Bestellung, Befugnisse und Rechtsstellung einer Institution des deutschen Parlamentarismus. Berlin 2000; Ezard Schmidt-Jortzig: Der umstrittene Alterspräsident im Parlament. Zur Notwendigkeit rechtsgeschichtlicher Analyse im Parlamentsrecht, in: Jörn Eckert (Hg.): Der praktische Nutzen der Rechtsgeschichte. Hans Hattenhauer zum 8. September 2001. Heidelberg 2003, S. 457–464; Köhler: Die Rechtsstellung des Alterspräsidenten. Eine nur knappe Berücksichtigung findet das Amt des Alterspräsidenten bei Wolfgang Ismayr: Der Deutsche Bundestag, 3., völlig überarbeitete und aktual. Aufl. Wiesbaden 2012, S. 140; in Hans-Peter Schneider/Wolfgang Zeh (Hg.): Parlamentsrecht und Parlamentspraxis in der Bundesrepublik Deutschland. Ein Handbuch. Berlin 1989, wird der Alterspräsident nur an zwei Stellen erwähnt; ähnlich zurückhaltend auch in den verschiedenen Auflagen im Datenhandbuch zur Geschichte des Deutschen Bundestages, Kap. 4.8 oder 4.7.
- 15 Die Bestellung erfolgte in Form einer Selbsternennung, indem (bis zur Änderung der Geschäftsordnung 2017) das älteste Mitglied des Bundestages durch die Angabe seines Geburtsdatums seinen Anspruch auf die Interimspräsidentschaft erhob und nachfragte, ob ein anwesendes Mitglied des Bundestages älter sei.

führen. Bereits die Beschlussfassung, ob die der Diskontinuität unterliegende Geschäftsordnung der vorangegangenen Wahlperiode auch für den aktuellen Bundestag gelten soll, liegt (meistens) in den Händen des Bundestagspräsidenten, während der Alterspräsident zuvor nur deren interfraktionell vereinbarte vorübergehende Geltung für die konstituierende Sitzung konstatiert.<sup>16</sup>

Diese Funktionen<sup>17</sup> bieten wenige Möglichkeiten für eine parteipolitisch eingefärbte Handhabung des Amtes. Zu einem Eklat konnte es aber kommen, wenn das Amt und das Präsidenten-Podium neben den zugeordneten sachlichen Aufgaben für eine parteipolitische, programmatische und propagandistische Parlamentsrede genutzt wurden. Die Geschäftsordnungen enthielten keine Vorschriften über ein Rederecht.<sup>18</sup> Es wurde, abgesehen von allgemeinerpolitischen Äußerungen, meistens nicht in Anspruch genommen. Ein politisch instrumentalisiertem Umgang mit der Redemöglichkeit, die das Amt des Alterspräsidenten bieten mochte, findet sich erstmals bei Clara Zetkin (geb. 1857). Als KPD-Mitglied war sie von 1920 bis im Juni 1933 Mitglied des Reichstags und wuchs gewissermaßen in die Position der Alterspräsidentin hinein. Betagt und seit Jahren mit einem sich verschlechternden Gesundheitszustand beschwert, reiste sie im August 1932 von Moskau nach Berlin, um die konstituierende Sitzung des 6. Reichstags (gewählt am 31. Juli 1932) am 30. August 1932 zu leiten. Sie tat es in einer bislang von der Position der Alterspräsident-

16 Vgl. die beiläufige Bestätigung der bisherigen Geschäftsordnung in der konstituierenden Sitzung des 3. Bundestages durch die Alterspräsidentin Marie-Elisabeth Lüders, in: Deutscher Bundestag, Stenografische Berichte 3. Wahlperiode, 1. Sitzung, 15. Oktober 1957, S. 1; im Vergleich dazu die Beschlussfassung in der konstituierenden Sitzung der 19. Wahlperiode, in der der Alterspräsident Hermann Otto Solms (FDP) aufgrund der umstrittenen Änderung der Geschäftsordnung für das Auswahlkriterium für den Alterspräsidenten förmlich über die Weitergeltung der Geschäftsordnung des vorhergehenden Bundestages sowie über gestellte Änderungsanträge die Abstimmung leiten musste, vgl. Deutscher Bundestag, Stenografische Berichte 19. Wahlperiode, 1. Sitzung, 24. Oktober 2017, S. 4–12. Mit Geschäftsordnungsdebatten, „initiiert durch Abgeordnete der Grünen“, waren Alterspräsidenten bereits in den konstituierenden Sitzungen der 10. und der 11. Wahlperiode konfrontiert, vgl. Deutscher Bundestag, Stenografische Berichte 10. Wahlperiode, 1. Sitzung, 29. März 1983, S. 4 f. – Beantragt wurde von den Grünen eine Aussprache über die Eröffnungsrede des Alterspräsidenten Willy Brandt; der Antrag wurde mit der erforderlichen Mehrheit abgewiesen; ferner Deutscher Bundestag, 11. Wahlperiode, 1. Sitzung, 18. Februar 1987, S. 1 f. – Eine Abgeordnete der Grünen, Ellen Olms, stellte zu Beginn der konstituierenden Sitzung einen Geschäftsordnungsantrag, um eine Aussprache über die Versorgungssituation in palästinensischen Lagern im Libanon zu erreichen.

17 Neben den erwähnten Funktionen bei der Konstituierung des Bundestages obliegt dem Alterspräsidenten auch noch die Aufgabe, vertretungsweise die Sitzung des Bundestages zu leiten, falls „Präsident und Stellvertreter gleichzeitig verhindert“ sind, Geschäftsordnung des Bundestages, § 8 Abs. 2; diese Situation trat in der Geschichte der Bundestages bislang kaum auf und wurde seit der Erhöhung der Anzahl der Stellvertreter noch unwahrscheinlicher. Vgl. hierzu: Klopp: Das Amt des Alterspräsidenten im Deutschen Bundestag, S. 29 f., 153–158.

18 Vgl. ebd., S. 136–138.

schaft ungewohnter Art, indem sie sich in einer längeren Rede mit der politischen und ökonomischen Situation befasste und massive Kritik an der NSDAP und deren Organisationen („faschistische Bürgerkriegstruppen“), den bürgerlichen Parteien und der Sozialdemokratie, der Präsidialregierung von Papen, deren Notverordnungen und dem Parlamentarismus äußerte, bevor sie den von der Weimarer Verfassung (Art. 26) und der Geschäftsordnung des Reichstags (§ 13) zugewiesenen Aufgaben nachkam und die Wahl des Reichstagspräsidenten leitete. Mit der Stimmenmehrheit vor allem von NSDAP und Zentrum wurde Hermann Göring in dieses Amt gewählt.<sup>19</sup>

Die parteipolitische Instrumentalisierung des Amtes des Alterspräsidenten übernahm die NSDAP bei der nächsten Reichstagswahl.<sup>20</sup> Sie platzierte Karl Litzmann (1850–1936), einen General der Infanterie im Ersten Weltkrieg und seit 1929 Mitglied der NSDAP, auf einen günstigen Listenplatz für die Reichstagswahl am 6. November 1932, um ihn bei der konstituierenden Sitzung des Reichstags am 6. Dezember 1932 als Alterspräsidenten nutzen zu können.<sup>21</sup> Litzmann folgte dem Beispiel von Clara Zetkin, indem er sich in einer von parteipolitischer Polemik eingefärbten Rede für die Ernennung Hitlers zum Reichskanzler aussprach und ihn als „den Mann“ apostrophierte, „der allein befähigt“ wäre, „das Vaterland zu retten“.<sup>22</sup> Zwar war Litzmann auch für den am 5. März 1933 gewählten (8.) Reichstag nominiert und stand als potentieller

19 Vgl. Martin Döring: „Parlamentarischer Arm der Bewegung“. Die Nationalsozialisten im Reichstag der Weimarer Republik, Düsseldorf 2001, S. 330–333; Tânia Puschnerat: Clara Zetkin. Bürgerlichkeit und Marxismus. Eine Biographie. Essen 2003, S. 384.

20 Die sich auf die Dissertation von Joachim Gerlach: Die rechtliche Stellung des Parlamentspräsidenten. Eine rechtsvergleichende Untersuchung. Ms. Diss. München 1948, S. 47 f., stützende Auffassung, dass gegen Ende der Weimarer Republik „die radikalen Parteien zu wetteifern“ begannen, „einen ihrer Kandidaten als ältesten Abgeordneten in das Amt des Alterspräsidenten zu heben, um so für kurze Zeit dem Reichstag vorzustehen“ (Klopp: Das Amt des Alterspräsidenten im Deutschen Bundestag, S. 53; auch Schmidt-Jortzig: Der umstrittene Alterspräsident im Parlament, S. 462 – die Arbeit von Gerlach verzichtete auf Quellenangaben, die seine Auffassung belegt hätte), bedarf sicherlich einer Korrektur. Nur Karl Litzmann wurde gezielt für den Reichstag aufgestellt, um das Amt des Alterspräsidenten 1932 zu übernehmen. Abgesehen von Heinrich Rieke (SPD, Alterspräsident der 1. Wahlperiode) waren die vier weiteren Alterspräsidenten der Nationalversammlung 1919 (Wilhelm Pfannkuch, SPD) und des Reichstages (Wilhelm Bock, SPD; Carl Herold, Zentrum, und Clara Zetkin, KPD) langjährige Abgeordnete im Reichstag des Kaiserreichs und/oder der Weimarer Republik gewesen und in die Funktion des Alterspräsidenten auch aufgrund der jeweiligen langjährigen Parlamentsmitgliedschaft „hineingewachsen“.

21 Karl Litzmann war seit April 1932 Mitglied des Preußischen Landtags und fungierte bereits in dessen konstituierender Sitzung als Alterspräsident.

22 Vgl. Döring: „Parlamentarischer Arm der Bewegung“, S. 349; ferner Verhandlungen des Deutschen Reichstags, 7. Wahlperiode 1932, Stenographischer Bericht, 1. Sitzung, 6. Dezember 1932, S. 1 f. – Litzmann gab sein Reichstagsmandat nach wenigen Tagen zurück und fungierte weiterhin als Abgeordneter im Preußischen Landtag.

Alterspräsident zur Verfügung.<sup>23</sup> Doch setzte Hermann Göring als geschäftsführender Reichstagspräsident zu Beginn der Konstituierung des 8. Reichstags am 21. März 1933 durch, dass statt der bisherigen Regelung die konstituierende Sitzung des Parlaments nunmehr vom Reichstagspräsidenten der vorangegangenen Wahlperiode geleitet wurde, also von ihm selbst.<sup>24</sup>

Der Bundestag übernahm diese Veränderung bei der Besetzung des Alterspräsidenten nicht, sondern kehrte zur Tradition der Bestimmung nach dem Lebensalter zurück und wendete dieses Verfahren bis zur 18. Wahlperiode (2013–2017) an. In gewisser Weise stilbildend wirkte Clara Zetkins prononcierte Rede als Auftakt ihrer Alterspräsidentschaft am 30. August 1932. Mit einer anderen Intention wurde die Gelegenheit zu einer kurzen Ansprache von den Alterspräsidenten meistens mehr oder weniger appellativ und ausführlich genutzt, um an die Funktion eines demokratisch gewählten Parlaments und an die Verpflichtung der Abgeordneten zu erinnern.

Für Irritationen und Unsicherheiten sorgte bereits vor der Bundestagswahl 1969 die Frage, ob die 1964 gegründete Nationaldemokratische Partei (NPD) den Einzug in den Bundestag schaffen würde und möglicherweise mit Linus Kather (geb. 22. September 1893) den Alterspräsidenten stellen könnte. Kather war, bevor er als parteiloser Kandidat auf der Landesliste der NPD in Nordrhein-Westfalen für die Bundestagswahl nominiert wurde, in der Weimarer Republik Mitglied des Zentrums gewesen, er gehörte von 1945 bis 1954 der CDU an, wechselte danach zum Block der Heimatvertriebenen und Entrechteten (BHE) beziehungsweise Gesamtdeutscher Block/Bund der Heimatvertriebenen und Entrechteten (GB/BHE), den er 1961 verließ. In der CDU und im BHE beziehungsweise GB/BHE nahm er führende Parteifunktionen ein und gehörte dem Bundestag in den ersten beiden Wahlperioden (1949–1957) an. Bekannt wurde der in Ostpreußen beheimatete Rechtsanwalt und Politiker in den ersten beiden Nachkriegsjahrzehnten vor allem durch ein nachdrückliches Eintreten

23 Auch diesmal verzichtete Litzmann wenige Tage nach der konstituierenden Sitzung des Reichstages auf sein Mandat und bestätigte mit dieser Handlung erneut die auf die Einnahme der Alterspräsidentschaft gerichtete Nominierungspraxis der NSDAP.

24 Die Entscheidung, von der bisherigen Regelung abzuweichen und anstelle des Alterspräsidenten den geschäftsführenden Präsidenten des Reichstags, Hermann Göring, die Sitzung eröffnen und leiten zu lassen, wurde, so die Mitteilung Görings, „nach einem in der Fraktionsführerbesprechung vom 15. März einstimmig gefassten Beschlusse“ getroffen, vgl. Verhandlungen des Deutschen Reichstags, 8. Wahlperiode 1933, Stenographischer Bericht, 1. Sitzung, 21. März 1933, S. 15. Göring war vom 6. und vom 7. Reichstag bereits zum Präsidenten gewählt worden, vgl. Verhandlungen des Deutschen Reichstags, 7. Wahlperiode 1932, Stenographischer Bericht, 1. Sitzung, 6. Dezember 1932, S. 8. Den Fraktionsvorsitzenden dürfte wenig bedeutend gewesen sein, wer von den beiden NSDAP-Abgeordneten, Karl Litzmann oder Hermann Göring, den Reichstag eröffnete. Karl Litzmann konnte nicht durch einen Verzicht auf die Übernahme der Alterspräsidentschaft Hermann Göring in diese Position bringen; in diesem Fall wäre ein Zentrumsabgeordneter, Johannes Blum (geb. am 23. November 1857), nachgerückt.



für eine großzügige Lastenausgleichspolitik. Gegen Ende der 1960er Jahre kooperierte Kather mit der NPD. Hätte die Partei 1969 die Sperrklausel überwunden (sie erreichte nur 4,3 % der Wählerstimmen), hätte für den 76-jährigen Politiker eine gute Chance bestanden, die Alterspräsidentenschaft anzutreten.

Zu einem regelrechten Politikum geriet die Besetzung des Amtes des Alterspräsidenten indes nur zweimal.<sup>25</sup> Im Jahr 1983 erfolgte dies durch den von den Grünen im Landesverband Nordrhein-Westfalen nominierten und über die Landesliste in den Bundestag gewählten Werner Vogel. Als 75-jähriger Abgeordneter hätte er Alterspräsident werden und die erste Rede eines Politikers der Grünen im Bundestag halten können. Er wurde aber (unter anderem) wegen seiner verspätet publik gewordenen „braunen Vergangenheit“, der aktiven Mitgliedschaft in der SA und in der NSDAP (seit 1938) von der Bundesgeschäftsführung der Grünen veranlasst, sein Bundestagsmandat nicht anzutreten.<sup>26</sup>

Bereits die Nominierung von Werner Vogel war darauf gerichtet, mit seiner Wahl in den Bundestag mediale und politische Aufmerksamkeit für die Grünen zu erreichen. Dieses war auch die Absicht der PDS, als sie für die Bundestagswahl 1994 den deutsch-amerikanischen Schriftsteller Stefan Heym nominierte. Heym lebte einige Jahrzehnte in der DDR, ohne SED-Mitglied zu sein und ohne staatsapologetisch zu wirken. Er gehörte auch nach 1990 der PDS nicht an. Heym, geb. 1913 in Chemnitz, sah sich 1933 wegen seiner Herkunft aus einer jüdischen Familie und seines politischen und schriftstellerischen Engagements gezwungen, zu emigrieren. Er wurde 1994 als Listenkandidat der PDS in den Bundestag gewählt und hatte gute Chancen, als Alterspräsident auch die Präsenz und (vielleicht auch) Positionen der Partei im Bundestag zu demonstrieren. Zum eigentlichen Eklat wurde nicht Heyms mit viel Skepsis erwartete Rede als Alterspräsident, von der überzogene Vorstellungen kursierten, sondern die in keiner Weise an einer gebotenen parlamentarischen Zurückhaltung orientierten Anstrengungen vor allem der CDU und von Teilen der Bundesregierung, den Schriftsteller öffentlich zu diskreditieren.<sup>27</sup>

Es muss an dieser Stelle ungeklärt bleiben, ob auch diese Vorgänge Norbert Lammert inspiriert haben, eine Änderung der Geschäftsordnung des Bundestages anzuregen, um die Voraussetzungen für die Bestellung der Alterspräsidentenschaft zu verändern.

25 Für biographische Angaben zu Linus Kather siehe Biographisches Handbuch der Mitglieder des Deutschen Bundestages 1949–2002. Hg. von Rudolf Vierhaus und Ludolf Herbst unter Mitarbeit von Bruno Jahn, Bd. I, München 2002, S. 407 f.; zur Biographie [www.kas.de/web/guest/geschichte-der-cdu/personen/biogramm-detail/-/content/linus-kather-v1](http://www.kas.de/web/guest/geschichte-der-cdu/personen/biogramm-detail/-/content/linus-kather-v1) (Abruf 6. Oktober 2019); Michael Schwartz: Funktionäre mit Vergangenheit. München 2013, S. 348–358.

26 Vgl. Brunner: Der Alterspräsident, S. 63–65; ferner Pascal Beucker/Frank Überall: Endstation Rücktritt. Warum deutsche Politiker einpacken. Berlin 2006, S. 253–263.

27 Vgl. Brunner: Der Alterspräsident, S. 66–84. Die PDS war auch in den folgenden Jahren mehrfach bemüht, Kandidaten aufzustellen, die die Chance gehabt hätten, Alterspräsident zu werden, oder es wie Fred Gebhardt (1998) wurden, vgl. ebd., S. 240 f.

#### 4. Die Geschäftsordnung des Bundestages als Diskontinuitätsproblem

Die Geschäftsordnung des Bundestages unterliegt der Diskontinuität. Sie kann am Anfang einer Legislaturperiode durch formellen Beschluss des Parlaments bestätigt, durch eine andere Geschäftsordnung ersetzt oder zunächst für die Konstituierung des Bundestages vorläufig angewendet werden. Da weder die Verfassung noch ein anderes Gesetz das Selbstorganisationsrecht des Bundestages für den Akt der Konstituierung regulieren (abgesehen von den Vorgaben des Art. 40 Abs. 1 und der Fristvorgabe nach Art. 39 Abs. 2), obliegt es dem Bundestag, den Verlauf der Konstituierung eigenhändig zu gestalten. Ausdrücklich, mit förmlichem Beschluss oder beiläufig erfolgt dies, indem die Geschäftsordnung des vorhergehenden Bundestages angewendet wird, bis es zu einer (förmlichen) Beschlussfassung über die Geschäftsordnung kommt.<sup>28</sup>

Die Übernahme des Vorsitzes des Bundestages in der konstituierenden Sitzung durch den Alterspräsidenten erfolgte, solange dieses Amt nach dem langgeübten parlamentarischen Brauch gemäß dem Lebensalter-Prinzip besetzt wurde, meistens ohne Interventionen und Irritationen.<sup>29</sup> Maßgebend für den Bundestag war, abgesehen von der Berufung auf die parlamentarische Tradition, § 1 Abs. 2 der Geschäftsordnung des Bundestages. Mit der Änderung des Besetzungskriteriums vom Lebensalter- zum Dienstalter-Prinzip durch den Beschluss des Bundestages am Ende der 18. Legislaturperiode, fehlte eigentlich zu Beginn der 19. Wahlperiode die Möglichkeit, sich bei der Bestellung des Alterspräsidenten, abgesehen von der geänderten, aber formell noch nicht in Kraft gesetzten Geschäftsordnung, legitimierend auch auf die Parlatradition berufen zu können. Veränderungen von Geschäftsordnungen (und auch von Verfassungen) folgen aber, selbst wenn sie vermeintlich unumstößliche Traditionen wie die Bestellung des Amtes des Alterspräsidenten mit dem lebensältesten Abgeordneten betreffen, funktionalen Anforderungen. Es handelt sich, so Norbert Lammert, nicht um Normen mit „Ewigkeitsanspruch“, vielmehr „müssen gerade sie sich den politischen Realitäten öffnen“.<sup>30</sup> In diesem

28 Wie bereits erwähnt, betonte die Alterspräsidentin der 3. Wahlperiode, Maria-Elisabeth Lüders, zu Beginn der Sitzung des Bundestages am 15. Oktober 1953, „dass der Deutsche Bundestag sich zu seiner dritten Wahlperiode gemäß § 1 Abs. 2 der Geschäftsordnung in der alten Reichshauptstadt Berlin konstituiert hat“. Sie betonte anschließend: „Nach einer interfraktionellen Vereinbarung gilt die bisherige Geschäftsordnung vorläufig auch für die dritte Wahlperiode.“ Deutscher Bundestag, Stenografische Berichte 3. Wahlperiode, 1. Sitzung, 15. Oktober 1957, S. 1. Bezüglich der Übernahme der Alterspräsidenschaft berief sie sich auf „einen alten Brauch“.

29 Auf die Querelen um Stefan Heym und Werner Vogel wurde oben bereits hingewiesen, ohne dass diese Vorgänge dazu geführt hätten, das Lebensalter-Prinzip durch ein anderes Bestellungsprinzip zu ersetzen.

30 Norbert Lammert: Notizen zur Entstehung und Bedeutung parlamentarischer Verfahrensregeln, in: Die Geschäftsordnungen deutscher Parlamente seit 1848. Eine synoptische Darstellung. Hg. vom Deutschen Bundestag, bearb. von Werner Güth und Gerald Kretschmer. Bonn 1986, S. 9–14, hier 14.

Sinne ist eine Geschäftsordnung „ein praktisches Instrument, das sich neuen politischen Gegebenheiten immer wieder anpassen muss“.<sup>31</sup>

In diesem Spannungsverhältnis von Tradition und funktionaler Veränderung, geboten durch „neue politische Gegebenheiten“, bewegte sich bezogen auf den Alterspräsidenten die Änderung der Geschäftsordnung, die zum Ende der 18. Wahlperiode mit Geltung für die folgende Legislaturperiode beschlossen wurde und vom sich konstituierenden Bundestag der 19. Wahlperiode angewandt und in der Phase der Konstituierung durch Mehrheitsbeschluss schließlich legitimiert wurde. Nicht übersehen werden sollte dabei, dass „die Ausgestaltung des Parlamentsrechts [...] zugleich auch über die Ausübung parlamentarischer Macht“ entscheidet.<sup>32</sup> Die hier behandelte Änderung der Geschäftsordnung sollte – wie oben bemerkt – (auch) die funktionalen Erwartungen und Anforderungen an den Alterspräsidenten in dem Sinne sicherstellen, dass sie das Vertrauen der Mehrheit der Abgeordneten in den Alterspräsidenten ermöglicht, dadurch eine den Aufgaben angemessene Amtsführung gewährleistet und zur Funktionsfähigkeit des Parlaments beiträgt.<sup>33</sup>

Die konstituierende Sitzung des 19. Bundestages wurde von Hermann Otto Solms (FDP) eröffnet, der als dienstältester Abgeordneter<sup>34</sup> die Alterspräsidentenschaft übernahm und die Legitimität der Geschäftsordnung, unter der er sein Amt antrat, zu vermitteln hatte. Solms verwies auf die „ständige Übung“ des Bundestages, die bisherige Geschäftsordnung auch „zu Beginn der konstituierenden Sitzung“ anzuwenden.<sup>35</sup> Konkret bedeutete dies gemäß § 1 Abs. 2 der Geschäftsordnung, dass „das am längsten dem Bundestag angehörende Mitglied [...] den Vorsitz übernimmt“. Gegen den Gebrauch der bisherigen (geänderten) Geschäftsordnung für die Bestellung des Alterspräsidenten hatte die AfD-Fraktion Widerspruch eingelegt und beantragt, „einen Versammlungsleiter zu wählen“. Der Antrag wurde mit den Stimmen aller Fraktionen bis auf die der AfD abgelehnt. Dieser Beschluss gab den Weg frei für die Übernahme der Alterspräsidentenschaft durch Hermann Otto Solms, die von ihm geleitete Eröffnung der konstituierenden Sitzung des Bundestages, das Begrüßungsritual sowie die Ernennung der vorläufigen Schriftführer. Der Alterspräsident nutzte sein Amt für eine teils persönlich, teils allgemeinpolitisch gehaltene Ansprache, bevor die weiteren Tagesordnungspunkte (Beschlussfassung über die Geschäfts-

31 Friedrich Schäfer: Der Bundestag. Eine Darstellung seiner Aufgaben und seiner Arbeitsweise. 4., verbesserte und erw. Aufl. Wiesbaden 1982, S. 66, zitiert nach Lammert: Notizen zur Entstehung und Bedeutung parlamentarischer Verfahrensregeln, S. 14.

32 Klopp: Das Amt des Alterspräsidenten im Deutschen Bundestag, S. 24.

33 Ebd., S. 40, mit Hinweis auf Überlegungen von Jeremy Bentham.

34 Wolfgang Schäuble, der mehr Abgeordneten-Jahre im Bundestag vorweisen konnte als Solms, hatte auf die Alterspräsidentenschaft verzichtet, weil er für das Amt des Bundestagspräsidenten kandidieren wollte.

35 Deutscher Bundestag: Plenarprotokoll 19/1, 1. Sitzung, 24. Oktober 2019, S. 1; dort auch die folgenden Zitate.

ordnungen und Änderungsanträge<sup>36</sup> sowie Wahl des Bundestagspräsidenten) von ihm aufgerufen wurden. Zum Tagesordnungspunkt 2 (Beschlussfassung über die Geschäftsordnungen) kam es angesichts verschiedener Anträge zu einer Debatte, an der sich Vertreter aller Fraktionen beteiligten.

*5. Redebeitrag des AfD-Abgeordneten Bernd Baumann in der konstituierenden Sitzung des Bundestages am 24. Oktober 2017*

Der Abgeordnete und erste parlamentarische Geschäftsführer der AfD-Fraktion im Bundestag, Bernd Baumann<sup>37</sup>, hielt in der konstituierenden Sitzung des Parlaments am 24. Oktober 2017 die erste Rede, die ein AfD-Mitglied im Bundestag halten durfte und konnte. Parlaments- und Medienaufmerksamkeit gewann er durch eine larmoyant-aggressive Klage über die beschriebene Änderung der Geschäftsordnung. Baumann charakterisierte diese Änderung der Geschäftsordnung, die sich nach seiner Auffassung gegen einen potentiellen Alterspräsidenten der AfD richtete, als Bruch mit der deutschen Verfassungstradition seit 1848 und verglich sie mit dem Eingriff Hermann Görings in die Geschäftsordnung des Reichstages in der konstituierenden Sitzung des 8. Reichstags am 21. März 1933. Göring wollte, so Baumann, mit der Änderung der Geschäftsordnung „politische Gegner ausgrenzen [...], damals Clara Zetkin“.<sup>38</sup> Die AfD, so suggerierte es der Abgeordnete, sei heute von den etablierten Parteien ähnlich diskriminiert wie die KPD und die damals 75-jährige Clara Zetkin im März 1933 von Hermann Göring und der NSDAP. Die Herausstellung einer vermeintlichen Opfer-Rolle der AfD war die rhetorische Volte in Baumanns Rededebüt im Bundestag. Um zu dieser Pointe zu gelangen, wurden historische Fakten von ihm zweckdienlich geklittert.<sup>39</sup>

36 Die AfD-Fraktion hatte beantragt (Drucksache 19/4), für die Bestellung des Alterspräsidenten wieder das Kriterium des Lebensalters einzuführen.

37 Bernd Baumann, geb. 31. Januar 1958 in Wanne-Eickel, ist promovierter Wirtschaftswissenschaftler; er war vor der Übernahme parlamentarischer Funktionen, nach eigenen Angaben, zuletzt freiberuflich im Bereich Investor Relations tätig. Die Mitgliedschaft in der AfD, der er 2013 beitrug, ist seine erste Parteizugehörigkeit. Als AfD-Mitglied wurde er 2014 in die Bezirksversammlung von Altona gewählt, der er bis Juni 2015 angehörte; mit der Wahl am 15. Februar 2015 wurde er Mitglied der Hamburger Bürgerschaft, in der er von 2016 bis 2017 Vorsitzender der AfD-Fraktion war. Das Abgeordnetenmandat für den Bundestag erlangte er mit der Bundestagswahl am 24. September 2017 und gab zum Zeitpunkt der konstituierenden Sitzung des Bundestages sein Mandat in der Hamburger Bürgerschaft zurück.

38 Deutscher Bundestag: Plenarprotokoll 19/1, 1. Sitzung, 24. Oktober 2017, S. 6.

39 Die Möglichkeit, dass der AfD-Redner nicht über die notwendige historische Sachkenntnis für seine Behauptungen verfügte und nur wählte, diese zu kennen, soll nicht gänzlich ausgeschlossen werden. Sie scheint aber wenig wahrscheinlich, zumal von Bernd Baumann eine Korrektur seiner Behauptung und eine Entschuldigung für seine diffamierende Schlussfolgerung nicht bekannt wurden.

Die Reichstagsmandate der mit der Wahl am 5. März 1933 gewählten 81 KPD-Kandidaten wurden bereits am 8. März 1933 unter Anwendung der „Verordnung des Reichspräsidenten zum Schutz von Volk und Staat“ vom 28. Februar 1933 („Reichstagsbrand-Verordnung“) annulliert. KPD-Abgeordnete, einschließlich Clara Zetkin, waren am 21. März 1933 nicht im Reichstag anwesend und vermochten auch nicht, Anspruch auf das Amt des Alterspräsidenten zu erheben. Viele der KPD-Abgeordneten waren zu diesem Zeitpunkt bereits tatsächlich Opfer der „Machtergreifung“ der NSDAP geworden. Clara Zetkin war dieser Verfolgung entzogen, weil sie sich seit Anfang der 1920er Jahre überwiegend in Sowjetrußland beziehungsweise in der UdSSR aufhielt.<sup>40</sup> Verhindert wurde mit dem Beschluss<sup>41</sup>, den 8. Reichstag nicht durch den „Alterspräsidenten“, sondern durch den Reichstagspräsidenten der vorangegangenen Wahlperiode eröffnen zu lassen, wie erwähnt, der 83-jährige Karl Litzmann (geb. am 22. Januar 1850), engagierter Republikgegner und seit 1929 Mitglied der NSDAP. Litzmann war bereits Alterspräsident des 7. Reichstages gewesen und hatte dieses Amt, wie oben bemerkt, mit parteipolitischer Tendenz ausgeübt, so dass es – abgesehen von Görings Ambitionen, die Bühne des Reichstags für sich zu nutzen – keinen triftigen Grund für die faktische Zurücksetzung Litzmanns gegeben hatte.

Der AfD-Abgeordnete Baumann plädierte in seiner Rede für eine Rückkehr zu einer Parlamentstradition, nach der „stets [...] der Parlamentarier, der aufgrund von Lebenserfahrung und Altersweisheit Versammlungen besonders umsichtig eröffnen konnte“,<sup>42</sup> die Aufgabe übernehme. Die Argumente, die in der Plenardebatte Anfang Juli 2017 gegen die Person des potentiellen AfD-Alterspräsidenten Wilhelm von Gottberg vorgetragen worden waren, ignorierte Baumann, indem er den Parlamentsbeschluss als „Manöver gegen die AfD“ herausstellte und damit faktisch die Legitimität des Mehrheitsbeschlusses des Bundestages in Frage zu stellen suchte. Ebenso wenig berücksichtigte er, dass auch ein Alterspräsident selbst für dieses interimistische Amt das Vertrauen der Abgeordneten besitzen sollte. Die Rede des AfD-Abgeordneten kulminierte in einer gegen die repräsentative parlamentarische Demokratie gerichteten Attitüde, indem er aufforderte, folgendes zur Kenntnis zu nehmen: „Der alte Bundestag, in dem Sie alles untereinander regeln und die Konkurrenz wegdrücken konnten wie hier bei der Frage des Alterspräsidenten, wurde abgewählt. Das Volk hat entschieden. Nun beginnt eine neue Epoche.“ Dieser populistischen Berufung auf „das Volk“ und der konstatierten Epochen-Wende folgte die pathetische Ankündigung: „Von dieser Stunde an werden hier Themen neu verhandelt, nicht nur Ihre Manöver

40 Vgl. Puschnerat: Clara Zetkin, S. 279 f.

41 Vgl. oben, Anm. 24.

42 Auch für die folgenden Zitate des Absatzes Deutscher Bundestag: Plenarprotokoll 19/1, 1. Sitzung, 24. Oktober 2017, S. 6.

und Tricks bei der Geschäftsordnung.“ Die dann aufgelisteten Themen, die die AfD im Parlament zu behandeln wünschte, folgten der skandalisierenden Wahlpropaganda der Partei. Behandelt werden sollten „künftig auch Euro, gigantische Schuldenübernahmen, riesige Einwanderungszahlen, offene Grenzen und immer brutalere Kriminalität auf unseren Straßen“.

Das interpretatorische Konstrukt über die Änderung der Geschäftsordnung des Reichstags am 21. März 1933, das der AfD-Abgeordnete Baumann als Bundestagsdebütant anbot, ist von den historischen Tatsachen sehr weit entfernt. Handelt es sich dabei um einen großzügigen Umgang mit Fakten, da es auf Detailkenntnisse für die Meinungs- und Urteilsbildung nicht ankommt, und geht es gewissermaßen um „alternative Fakten“, die dem ideologisch-programmatischen Weltbild und dem rhetorischen Zweck angepasst wurden? Eine derartige Haltung ist kaum aufgeschlossen für deliberative Prozesse, die für Meinungs-, Willens-, Konsens- und Mehrheitsbildung im parlamentarischen Raum einer pluralistischen und repräsentativen Demokratie unverzichtbar sind, um zu politischen Lösungen für ökonomische, soziale und gesellschaftliche Probleme zu gelangen und um deren gesellschaftliche Akzeptanz zu erreichen. Oder drückt sich in dieser Rede ein mangelndes Grundverständnis politisch-parlamentarischer Institutionen und deren Bedeutung für Meinungsbildungs-, Willensbildungs- und Entscheidungsprozesse aus, was wiederum aus einem Fehlen von langjähriger Mitwirkung und Erfahrung in politischen und parlamentarischen Institutionen resultiert? Die Rede Baumanns erweckt den Eindruck von Hybris, auch ohne die Kenntnis politischer Institutionen und Prozesse und deren Funktionen und ohne langjähriges politisch-institutionelles Engagement, ausgestattet mit nur begrenzter Fach- und Sachkenntnis über gesellschaftspolitische Themen und Probleme dennoch vermeintlich entscheidungsrelevante politische „Alternativen“ repräsentieren zu können. Beides schafft das Problem einer nur bedingten Parlamentsfähigkeit, indem viele AfD-Abgeordnete und deren Fraktion aufgrund dieses „politischen Dilettantismus“ kaum in die komplexen Funktionen und Prozesse eines modernen Parlamentarismus integrierbar sind. Die Berufung auf „das Volk“, verbunden mit dem Anspruch, dessen (legitimer) Vertretung zu sein, pointiert eine anti-demokratische und anti-parlamentarische Position der AfD und stellt letztlich wesentliche Elemente einer repräsentativen parlamentarischen Demokratie – Pluralismus, Parlamentarismus, Repräsentation und parlamentarisches Regierungssystem – in Frage.

## 6. Fazit

Das Selbstorganisationsrecht gehört zu den Privilegien und Aufgaben des Bundestages. In diesem Sinne macht das Grundgesetz ihm zur Pflicht, „sich eine Geschäftsordnung“ zu geben (Art. 40 Abs. 2 GG). Inhaltliche Vorgaben für die Ausgestaltung der Geschäftsordnung schließt diese Verfassungsbestimmung

jedoch nicht ein. Wie der Beschluss des neu konstituierten Bundestags über die (Weiter-)Geltung der diskontinuierlichen Geschäftsordnung gehört es zu seinem Rechten, mit Mehrheitsbeschluss die Geschäftsordnung zu ändern und dem nächsten Bundestag deren Anwendung nahezu legen. Eine Änderung der Geschäftsordnung kann durchaus langgepflegte Traditionen aufgeben und durch eine neue Regelung ersetzen, ohne dass deren Legitimität durch die Abkehr von einem parlamentarischen „Brauch“ beeinträchtigt würde. Zu den Pflichten des Parlaments zählt es auch, die Voraussetzungen seiner Handlungsfähigkeit sicherzustellen.

Die Änderung des Auswahlkriteriums für die Bestellung des Alterspräsidenten, die Ersetzung des Lebensalter- durch das Dienstalter-Prinzip, mochte zwar ein Traditionselement der deutschen Parlamentsgeschichte aufgeben, sie erfolgte aber nicht willkürlich, sondern mit der legitimen Intention, eine von der Zufälligkeit der Alterszusammensetzung des Parlaments und von gelegentlich durch „manipulative“ Kandidatenaufstellung beeinflusste Bestellung des Amtes des Alterspräsidenten zukünftig zu vermeiden. Sichergestellt wurde mit dieser Änderung, dass die konstituierende Sitzung des Bundestages von einem parlaments-erfahrenen Abgeordneten geleitet würde. Den Anlass für die Änderung der Geschäftsordnung gab der absehbare Einzug der AfD in den Bundestag mit der Bundestagswahl im September 2017 sowie die Nominierungspraxis dieser Partei. Die relativ große Anzahl von AfD-Kandidaten, die möglicherweise die Altersvoraussetzung für das Amt des Alterspräsidenten erfüllen würden, wurde als organisatorisches und als politisches Problem angesehen. Organisatorisch schien es nicht gewährleistet, dass die potentiellen AfD-Kandidaten für das Amt über die erforderliche Parlaments-erfahrung für dessen Ausübung verfügten; politisch galt es als nicht akzeptabel, die konstituierende Sitzung des Bundestages von einem Abgeordneten leiten zu lassen, der nicht das Vertrauen der Mehrheit der Bundestagsabgeordneten hatte. Als problematisch galten darüber hinaus geschichts- und gesellschaftspolitische Stellungnahmen von mindestens einem potentiellen AfD-Kandidaten für die Alterspräsidentenschaft, die als nationalistisch, rechtspopulistisch und als Relativierung der NS-Vernichtungspolitik verstanden wurden.

Aufgrund seiner Interimsfunktion und der wenigen, politisch nicht gestaltungsfähigen Aufgaben, aber auch aufgrund der langen Parlamentstradition hat das Amt des Alterspräsidenten meistens wenig Beachtung gefunden. Nur gelegentlich waren mit ihm politische Kontroversen verbunden, wie die Querelen wegen „manipulativer“ Besetzungen und Besetzungsversuche zeigten, beispielsweise eben die Debatte um die Änderung der Geschäftsordnung im Jahr 2017, die auf eine institutionelle Stabilisierung des Amtes und die Abwehr seiner politischen Instrumentalisierung gerichtet war.

Der institutionelle und rechtliche Ausgangspunkt für diese Querelen liegt in der Legitimationslücke für die Alterspräsidentenschaft, da das Amt nicht –

wie bei der Wahl des Bundestagspräsidenten, für die der Alterspräsident und der Bundestag die Entscheidungsregeln in Kraft setzen – durch einen demokratisch-parlamentarisch üblichen Wahlakt bestellt wird, sondern durch eine Art Selbstermächtigung besetzt wird. Überbrückt wird die Legitimationslücke nur durch die anzuwendende Verfahrensregel der Geschäftsordnung und die Berufung auf die Tradition eines akzeptierten „Parlamentsbrauchs“, mit der Willkür bei der „Selbstermächtigung“ verhindert werden soll. Die Anwendung dieses Verfahrens erlangt aber nur eine angemessene Anwendung und eine breite parlamentarische Akzeptanz, wenn die Abgeordneten, Fraktionen und Parteien sich den informellen Grundsätzen eines demokratischen Parlaments verpflichtet wissen und (zum Beispiel) auf eine „manipulative“, selbstbegünstigende Kandidatenaufstellung verzichten. Die Änderung der Geschäftsordnung war bemüht, diese Legitimationslücke zu mindern und Chancen für eine „manipulative“ Kandidatenaufstellung mit dem Ziel einer „selbstermächtigenden“ Amtsübernahme zukünftig zu verhindern.

Auch wenn die Änderung der Geschäftsordnung die absehbare Wahl von AfD-Mitgliedern in den Bundestag und eine wahrscheinliche Alterspräsidentschaft eines AfD-Abgeordneten zum Anlass hatte, richtete sich die parlamentarische Initiative legitimerweise darauf, grundsätzlich die parlamentarische Handlungsfähigkeit auch für die konstituierende Sitzung des Bundestages sicherzustellen, die politisch-parlamentarische Akzeptanz eines Alterspräsidenten wahrscheinlich zu machen und mit Blick auf die öffentliche Wahrnehmung des Alterspräsidenten die Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass eine politische integre Person dieses Amt übernehmen kann. Die Legitimität einer Änderung der Geschäftsordnung findet darin eine Bestätigung, wenn mit ihr eine „manipulative“ Kandidatenaufstellung, die auf die Einnahme der Alterspräsidentschaft zielt, abgewendet werden kann, die politische und institutionelle Handlungsfähigkeit des Parlaments auch in der Konstituierungsphase gewahrt bleibt, Tendenzen einer Obstruktion der demokratischen politischen Kultur verhindert werden und eine Repräsentation des Bundestages in der Öffentlichkeit gewährleistet wird, die seiner politischen und gesellschaftlichen Relevanz Ausdruck gibt. In diesem Sinne geht die Änderung der Geschäftsordnung weit über den Anlass hinaus, den die AfD mit ihrem Einzug in den Bundestag im Jahr 2017 gab.



# AUS ARCHIVEN

## **Der Nachlass Ludwig Erhards im Archiv der Ludwig-Erhard-Stiftung**

**Andreas Schirmer**

Das Archiv der Ludwig-Erhard-Stiftung hat den Auftrag, den schriftlichen Nachlass von Ludwig Erhard (NE) zu erhalten, ihn für die wissenschaftliche Erforschung und die Dokumentation der Wirkungsgeschichte Erhards und seiner Wirtschafts- und Gesellschaftskonzeption bereitzuhalten und gegebenenfalls auszubauen und den zeitlichen Erfordernissen anzupassen. Das seit Anfang der 1980er Jahre im Haus der Ludwig-Erhard-Stiftung verfügbare Archiv bietet eine umfassende Dokumentation aus Korrespondenzen, Manuskripten und publizistischen Beiträgen, die vor allem von Wissenschaftlern aus dem deutschsprachigen Raum genutzt und ausgewertet werden. Der Nachlass ist in rund 300 lfd. Regalmetern gelagert und über eine Findkartei erschlossen. Die Struktur des Nachlasses ist dreigeteilt: Der Nutzer kann Korrespondenzserien, (politische) Sachakten sowie eine umfassende Sammlung öffentlicher Äußerungen Erhards durchsuchen. Im Folgenden sollen die verschiedenen Aktengruppen kurz charakterisiert werden.

### *1. Korrespondenzserien*

#### 1.1 Schriftwechsel Erhards als Direktor der Verwaltung für Wirtschaft 1948/1949

Der knappe Bestand enthält rund 150 Seiten Dokumente aus der Zeit Erhards in Frankfurt sowie aus der Vorphase zur ersten Bundestagswahl 1949.

#### 1.2 Schriftwechsel Erhard – Adenauer

In den Korrespondenzserien sticht die Dokumentensammlung über den Austausch Ludwig Erhards mit Konrad Adenauer in den Jahren 1949 bis 1966 heraus. Es gibt rund 245 Seiten, die Adenauer an Erhard verfasst hat und etwa 750 Briefseiten, die aus dem Bundesministerium für Wirtschaft (BMWi) Richtung Bundeskanzleramt gesendet wurden. Dieser Schriftwechsel enthält Schlüsseldokumente für wesentliche Stationen der politischen Willensbildung und wichtige Weichenstellungen in der deutschen Nachkriegsgeschichte. Beispielsweise seien angerissen:

- Erhards Auseinandersetzung mit Franz Blücher, 1949–1953 Bundesminister für Angelegenheiten des Marshallplanes und 1953–1957 für wirtschaftliche Zusammenarbeit, um Ressortstreitigkeiten und Erhards Positionierung gegen eine „unternehmerische Planwirtschaft“ 1949;

- die Diskussionen Erhards mit Bundesfinanzminister Fritz Schäffer über die Reichweite der Wirtschaftspolitik beziehungsweise die Abgrenzung zwischen Wirtschafts- und Finanzpolitik;
- die Kartellfrage und die Diskussionen zwischen Adenauer, Erhard und dem Präsidenten des Bundesverbandes der Deutschen Industrie (BDI), Fritz Berg;
- die Grundsatzdiskussionen und Differenzen zwischen Adenauer und Erhard über die Europa-Konzeption;
- die Diskussionen zur Kanzlernachfolge.

Ergänzend enthalten die Erhard-Briefe zum Teil ausführliche und gründliche Erläuterungen seiner Wirtschafts- und Ordnungspolitik in entscheidenden Phasen der Entwicklung der Bundesrepublik (Wettbewerbsgesetzgebung, Notenbank-Neutralität, europäische Fragen). Die Schreiben aus dem BMWi belegen das Eintreten Erhards für seine wirtschaftspolitische Konzeption und das Bestreben, Adenauer davon zu überzeugen und Interesseneinflüsse anderer auf den Bundeskanzler zumindest abzuschwächen – nicht immer mit dem von Erhard erhofften Erfolg. Die Briefe Erhards sind häufig sehr ausführlich und darauf angelegt, am anstehenden Einzelfall das ordnungspolitisch Grundsätzliche zu klären. Aufschlussreich ist die Erhard-Adenauer-Korrespondenz auch in Bezug auf die Richtlinienkompetenz des Bundeskanzlers gegenüber Erhard (und anderen Bundesministern) sowie hinsichtlich des gegenseitigen Umgangs zwischen Kanzler und Bundeswirtschaftsminister.

### 1.3 Schriftwechsel als Bundesminister für Wirtschaft

Die politische Korrespondenz aus der Zeit als Bundeswirtschaftsminister enthält Briefwechsel mit Kabinettskollegen, mit Ministerpräsidenten und Ministern der Länder, mit Politikern aller Parteien, mit Wirtschafts- und Gewerkschaftsführern, mit Wissenschaftlern, Journalisten und mit anderen Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens. Besonders hervorgehoben seien die Schriftwechsel mit BDI-Präsident Fritz Berg, mit Otto A. Friedrich, dem Industriellen und späteren Arbeitgeberpräsidenten, mit den Bundesfinanzministern Fritz Schäffer und Franz Etzel, mit dem CDU/CSU-Fraktionsvorsitzenden und Bundesaußenminister Heinrich von Brentano oder der Austausch mit dem Wirtschaftswissenschaftler Wilhelm Röpke.

**Fritz Berg:** Der Briefwechsel erstreckt sich über die Zeit von 1950 bis 1961. Das Hauptthema bis 1957 ist der Streit um das „richtige“ Kartellgesetz. Über die öffentliche Diskussion hinaus, in der Erhard und Berg mit „offenen Briefen“ operierten, spiegelt sich im Briefwechsel die Auseinandersetzung um Missbrauchs- oder Verbotsgesetzgebung und um mögliche Zugeständnisse beider Seiten in Spezial- und Ausnahmeregelungen, zum Teil in streng vertraulich geführtem Austausch der Argumente. Andere Schreiben diskutieren beispielsweise das Investitionshilfegesetz, die Preispolitik, die Tarifpolitik und die DM-Aufwertung.

**Otto A. Friedrich:** Der von 1949 bis 1964 reichende, freundschaftlich-vertrauliche Briefwechsel zwischen dem Vorstandsvorsitzenden des der Phoenix A.G., zeitweiligem Rohstoffberater der Bundesregierung (1951 bis 1952) und führendem Repräsentanten der Unternehmerschaft behandelt sowohl wirtschaftspolitische als auch allgemeine politische Themen. Dieser Meinungsaustausch ist von großer Offenheit gekennzeichnet und gewährt daher wesentliche Aufschlüsse sowohl über Unternehmerinteressen als auch über Erhards Einstellung dazu.

**Fritz Schäffer:** Vor allem für die erste Legislaturperiode spiegelt der Schriftwechsel zwischen dem Wirtschafts- und dem Finanzminister die oftmals scharfen Auseinandersetzungen um vermeintlich gegensätzliche Ressortinteressen wider. Es geht dabei sowohl um Zuständigkeitsfragen, darunter besonders die Zuständigkeit für den Bereich „Geld und Kredit“, als auch um kontroverse Sachprobleme der Wirtschafts- und Finanzpolitik. In der zweiten Legislaturperiode wird der Ton milder, allerdings sinkt auch die Zahl der Briefe. Aus den Jahren 1957 bis 1961 – Fritz Schäffer ist in dieser Zeit Justizminister – gibt es nur noch wenige vereinzelte Schreiben.

**Franz Etzel:** Der Schriftwechsel beginnt schon in der Zeit Erhards als Direktor der Verwaltung für Wirtschaft der Bizone. Während Etzel von 1949 bis 1952 den Vorsitz im Bundestagsausschuss für Wirtschaft führt, wird der Briefaustausch vor allem in der Frage der Kartellgesetzgebung wichtig. Franz Etzel gehört zu den nachdrücklichen Befürwortern der Erhard'schen Wirtschaftspolitik und versucht auch noch von Luxemburg aus – dort ist er von 1952 bis 1957 als Vizepräsident der Hohen Behörde der Montanunion tätig –, auf eine schnelle Behandlung des Kartellgesetzes hinzuwirken. In dieser Funktion gerät Etzel, wie ein ausführlicher Briefwechsel vom November und Dezember 1956 ausweist, in der Europafrage in einen grundsätzlichen Gegensatz zu Erhard. Nach 1957 – Etzel ist in den Jahren von 1957 bis 1961 Bundesfinanzminister – kreist der Schriftwechsel in erster Linie um Abgrenzungs- und Abstimmungsfragen zwischen den Ressorts.

**Heinrich von Brentano:** Wichtiger Diskussionspartner ist für Erhard von Brentano, CDU/CSU-Fraktionsvorsitzender bis 1955 (und wieder ab 1961) und Außenminister in den Jahren 1955 bis 1961. Zu Beginn kreisen die Themen vorrangig um die Abstimmung der Wirtschaftspolitik mit der Fraktionsführung. Für die Außenministerzeit sind Abgrenzungsfragen der beiden Ministerien und vor allem Probleme des Gemeinsamen Marktes, der Freihandelszone, der französischen Europapolitik – sowohl in grundsätzlicher wie in verhandlungstaktischer Hinsicht – die Themen. Nach 1961 drängt die Kanzlernachfolgefrage in den Vordergrund, wobei sich von Brentano – in seiner Schlüsselrolle als Fraktionsvorsitzender – für Erhard einsetzt.

**Wilhelm Röpke:** Erhard kontaktiert Röpke erstmals 1948. Dieser Kontakt wird bis 1966 in wechselnder Intensität aufrechterhalten. Es werden sowohl

allgemein-grundsätzliche Fragen der deutschen und der internationalen Wirtschaftsordnung wie auch konkret anstehende politische und wirtschaftspolitische Sachprobleme erörtert. Während anfangs in den meisten angesprochenen Fragen Übereinstimmung auszumachen ist, werden etwa bei den Fragen zur Rentenreform, über die Gründung der EWG und vor allem in der Position zur Politik des französischen Staatspräsidenten Charles de Gaulle Unterschiede deutlich.

Neben diesen bedeutsamen und relativ umfangreichen Briefwechseln ist eine Anzahl weiterer zu nennen, die erhellende Dokumente enthalten, etwa Korrespondenzen mit Hermann Josef Abs, Theodor Blank, Thomas Dehler, Theodor Heuss, Walter Hallstein, Heinrich Lübke, Jaques Rueff, Franz Josef Strauß, Wilhelm Vershofen, und anderen mehr. Insgesamt umfasst diese Aktengruppe rund 6.000 Seiten.

#### 1.4 Schriftwechsel Erhards als Bundeskanzler

Die umfangmäßig eher kleine Korrespondenzserie – rund 200 Seiten – enthält eine Sammlung von wenigen Briefdokumenten aus der Kanzlerzeit (die Akten aus der Kanzlerzeit sind im Bundesarchiv eingelagert). Die angesprochenen – eher angerissenen – Themen der Briefe deuten die Bedeutung für die Briefpartner an: das Verhältnis der CDU/CSU-Fraktion zu Erhard; die Frage der Nachfolge Adenauers im CDU-Parteivorsitz 1966; die Regierungsbildung 1965, Koalitionsprobleme; Sozialpolitik; Passierscheinfragen im geteilten Berlin; EWG-Agrarpreise, EWG-Konjunkturpolitik, EWG-Beitritt Großbritanniens, EWG-Krise; das deutsch-französische Verhältnis beziehungsweise das Verhältnis Erhard zu de Gaulle; Rücktritt.

#### 1.5 Allgemeine private Korrespondenz Erhards von 1945 bis 1977

Diese Schriftwechsel sind nicht streng gegen die politische Korrespondenz abgegrenzt; so sind Briefe an und von befreundeten Wissenschaftlern und Journalisten wie Wilhelm Röpke; Otto Wesemann teilweise auch in den Privatkorrespondenzen zu finden. Nach 1966 spiegeln die Korrespondenzen die Normalablage der täglichen Post des Altbundeskanzlers wider. Die politischen Tätigkeiten und Kontakte von Ludwig Erhard einschließlich der Reise-, Vortrags- und publizistischen Tätigkeit nach dem Rücktritt als Bundeskanzler sind nahezu lückenlos dokumentiert.

## 2. Sachakten

Dieser umfangreiche Teilbestand erfasst eher unsystematisch zusammengetragene Einzeldokumente und -vorgänge unterschiedlicher Herkunft. Eine sachthematische Zusammenstellung innerhalb der vier Zeitphasen 1945 bis 1949, Ministerzeit, Kanzlerzeit, Zeit nach 1966 bis 1977 ermöglicht thematisch

geordnete Aktengruppen. Über den gesamten Zeitraum von 1949 bis 1977 liegen auch die Terminkalender von Erhards Vorzimmer nahezu lückenlos vor.

### 2.1 1945 bis 1949

Das überschaubare, nur fragmentarisch vorhandene Material umfasst unter anderem die Privatakte Erhards aus der Zeit als bayerischer Wirtschaftsminister sowie Unterlagen zum Untersuchungsausschuss von 1947 über vermeintliche Missstände im Bayerischen Wirtschaftsministerium, darunter der Untersuchungsbericht, Stellungnahmen von Zeugen, Sitzungsprotokolle und Erhards Rundfunkansprache zum Untersuchungsergebnis.

### 2.2 Ministerzeit 1949 bis 1963

Die Sammlung besteht aus verschiedenen Aktenteilen, Dokumentationen, Manuskript-Entwürfen sowie Presseauschnitten. Von besonderer Bedeutung:

- die Dokumentation zur „Präsidentenkrise“ 1959 mit Aktennotizen, Aufzeichnungen, Lageanalysen aus der Umgebung Erhards, Briefentwürfen, Entwürfen und Endfassungen für öffentliche Erklärungen, Formulierungsentwurf für Erklärung der CDU/CSU-Fraktion, Pressematerialien;
- die Dokumentation zur Kanzlernachfolgefrage 1960 bis 1963 mit Aufzeichnungen zur Lage der CDU, Stellungnahmen Adenauers über Erhard, Vermerke über CDU-Vorstandssitzungen, Presse- und Rundfunkbeziehungsweise Fernsehmeldungen und Interviews;
- eine Zusammenstellung öffentlicher Äußerungen, Meldungen und Entschließungen zur Europapolitik 1954 bis 1961, einschließlich Europaparlament und Europarat;
- Unterlagen zum Bundestagswahlkampf 1961;
- Manuskripte und Textentwürfe für Erhard-Reden, teilweise von Erhard handschriftlich korrigiert.

### 2.3 Kanzlerzeit 1963 bis 1966

Der Bestand zur Kanzlerzeit ist die umfassendste Materialgruppe des Nachlasses. In ihr befinden sich Dokumente zu Ereignissen und Entscheidungen der Jahre 1963 bis 1966: Briefe und Briefentwürfe, Vermerke, Unterlagensammlungen zur Vorbereitung auf Verhandlungen, Aufzeichnungen über politische Erwägungen und Pläne, private Notizen über Personalfragen, Gesprächsnotizen, von Erhard korrigierte Rede- und Publikationsmanuskripte, Pressematerial und anderes mehr.

Obwohl es sich größtenteils um Einzeldokumente handelt, erlaubt die Fülle des Materials Einblicke in wesentliche Sachprobleme der Kanzlerjahre und in Erhards Politikverständnis. Die Themenvielfalt ist entsprechend: Kabinettsbildung 1963, deutsch-französisches Verhältnis im Zeichen des innenpolitischen Konflikts zwischen „Gaullisten“ und „Atlantikern“, das Verhältnis Erhards zu US-Präsident Johnson, EWG-Agrarpolitik, Auslandsreisen des Bundeskanzlers,

„Sonderkreis“ – ein Beratergremium aus Publizisten, Journalisten und, von Fall zu Fall, Mitarbeitern aus dem Regierungsapparat –, Vorbereitung des Wahlkampfes 1965, und so fort.

Insbesondere für das Jahr 1966 besteht eine umfangreiche Sonderdokumentation mit Briefen führender CDU/CSU- und FDP-Politiker, Aufzeichnungen und Protokollen über Koalitionsgespräche sowie Materialien zu Fragen des Bundeshaushalts, zur Energiepolitik, zur Position Erhards gegenüber den Regierungsfractionen, zur Friedensnote, zu Kabinettsreformen und selbstverständlich zum Rücktritt Erhards als Bundeskanzler.

#### 2.4 1966 bis 1977

Nach seinem Rücktritt entfaltete Erhard eine rege Reise-, Vortrags- und Publikationstätigkeit, die im Nachlass ausführlich dokumentiert ist. Auch einige parteipolitische Aktionen sind enthalten, zum Beispiel Erhards Kritik am ersten Entwurf für das Berliner Programm der CDU von 1968. Ferner sind Materialien und Protokolle zur CDU (Parteipräsidium, Bundesvorstand, Bundesausschuss) vorhanden. Auffallend intensiv hat Erhard – wenn auch weitgehend passiv – die ersten Schritte der Regierung von Kurt Georg Kiesinger verfolgt.

In den Sachakten finden sich zudem demoskopische Materialien, die überwiegend EMNID-Spezialerhebungen aus der Kanzlerzeit enthalten, aber auch weiter zurückreichende und zusammenfassende Untersuchungen zum Meinungsbild über Erhard sowie Einzel- und Globalbefragungen zu Aspekten seiner Politik verzeichnen. Auch einzelne Allensbach- und Infratest-Studien sind vorhanden.

### 3. *Sammlung öffentlicher Äußerungen*

Die Sammlung öffentlicher Äußerungen ist ebenfalls umfassend. Ohne einzelne Äußerungen besonders anzuführen, kann davon ausgegangen werden, dass die wichtigen Verlautbarungen Erhards – einschließlich Statements im Bundestag oder in Ausschüssen – vorhanden sind. Die Dokumentation besteht schwerpunktmäßig aus Buchbeiträgen, wissenschaftlichen Zeitschriftenaufsätzen, Vorworten, (Tages-)Zeitungsartikeln, Reden, Erklärungen, Diskussionsbeiträgen Interviews sowie öffentlichen Grußworten und -telegrammen.

Der Bestand ist überwiegend aus dem Nachlass Erhard zusammengestellt. Es sind jedoch auch Bestandteile aus anderen Archiven und Sammlungen wie Bundespresseamt, Bundeswirtschaftsministerium, Bundestagsarchiv ergänzt worden. Die Texte sind meist als Kopien, zu einem erheblichen Teil aber auch als Manuskripte – manchmal in verschiedenen Entwurfsstadien, häufig mit Originalkorrekturen Erhards – abgelegt. Sie sind nach Datum, Ort, Titel/Betreff, Anlass, Manuskriptfundort und gegebenenfalls Drucknachweisen karteimäßig erfasst; eine Inhaltserschließung nach Schlagworten ist ebenso möglich.

#### 4. Sonstiges

Als Ergänzung zum NE sind noch zwei verfügbare Bestände zu nennen, die ebenfalls in unmittelbarer Beziehung zum Stiftungsgründer stehen: Es gibt einen kleinen Bestand von Luise Erhard – rund zehn Ordner – sowie eine „Handakte Seibt“, eine rund 100 Ordner umfassende, erschlossene und verschlagwortete Sammlung von Dankmar Seibt (persönlicher Referent von Erhard, zunächst im BMWi, später auch im Kanzleramt). Eine Sammlung zeitgenössischer Fotografien ist ebenso Bestandteil des Archivs – allerdings hat die Stiftung keine Bildrechte!

Betrachtet man die bisherige Forschung zu Ludwig Erhard, so ist festzustellen: Es gibt bislang nur eine Handvoll (Teil-)Biografien, die eine lebendige Darstellung seiner Persönlichkeit, seines Denkens sowie die Einbettung Erhards in Zusammenhänge bieten, die über das Ökonomische/Wirtschaftshistorische hinausgehen. Über Ludwig Erhard und „seine“ Soziale Marktwirtschaft wird zwar manches erzählt, doch das basiert selten auf dem originären Denken und Handeln der Person und den entsprechenden Dokumenten.

Insbesondere die Forschung zum Zeitraum zwischen den 1920er Jahren und dem Ende des Zweiten Weltkrieges gleicht bislang eher einem Flickenteppich. Wenig beachtet werden zudem kulturelle und philosophische, aber auch zeitgeschichtliche Zusammenhänge – man denke an die Brüche und Wendungen, die in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts stattgefunden haben: zwei Weltkriege, wiederholter Währungsverfall und wirtschaftliche Depressionen, der Zusammenbruch von Reich und Republik –, die Einfluss auf Erhard und sein Wirken hatten.

Jeder, der über Ludwig Erhard und die Soziale Marktwirtschaft forscht, kann formlos einen Besuchstermin im Archiv der Ludwig-Erhard-Stiftung vereinbaren.<sup>1</sup> In der Vergangenheit zählten vor allem Forschende der Fachrichtungen Wirtschaftsgeschichte, Politikwissenschaften und Geschichte zu den Archiv-Nutzern. Das Spektrum der wissenschaftlichen Arbeiten reicht dabei von der Seminararbeit bis zur Habilitationsschrift. Von besonderem Interesse waren in der jüngeren Vergangenheit Editionen<sup>2</sup>, Biografien von Zeitgenossen Ludwig Erhards sowie wettbewerbs- und europapolitische Themen.

Für die künftige Arbeit des Archivs erwägt die Stiftung die zeitgemäße Präsentation des Bestandes. Die Digitalisierung der Dokumente ist allerdings für eine private, von Parteien und Verbänden unabhängige Stiftung eine ambitionierte Aufgabe.

1 Entsprechende Anfragen, Auskunftswünsche und Nutzungsanträge können formlos erfolgen, etwa über die Webseite [www.ludwig-erhard.de](http://www.ludwig-erhard.de)

2 Zuletzt Dominik Geppert/Hans-Peter Schwarz (Hg.): Konrad Adenauer, Ludwig Erhard und die Soziale Marktwirtschaft. Bearb. von Holger Löttel (Rhöndorfer Ausgabe). Paderborn 2019.





# CHRISTLICHE DEMOKRATEN IM EXIL

## Einführung\*

Hanns Jürgen Küsters

Meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, es ist mir eine ganz besondere Freude, Sie heute hier in der Konrad-Adenauer-Stiftung zur Tagung „Christliche Demokraten im Exil“ begrüßen zu dürfen. Der Grund dieser Zusammenkunft ist zunächst ein wissenschaftlicher, aber zugleich auch feierlicher, nämlich das 40jährige Bestehen des Archivs für Christlich-Demokratische Politik in diesem Jahr. Man kann zu einem solchen Anlass wohl kaum einen würdigeren Rahmen finden als eine wissenschaftliche Tagung zu einem Forschungsfeld, das sicherlich ungewöhnlich, aber höchst reizvoll ist. Warum gerade dieses Thema?

Die gesamte Arbeit unseres Archivs ist in den letzten vier Jahrzehnten darauf ausgerichtet gewesen, als Dienstleister Materialien für die historische Forschung zur Verfügung zu stellen, mit denen vielfältige Aspekte der Geschichte der christlich-demokratischen Bewegung beleuchtet werden können. Auch die heutige Tagung will zur Erkenntnisbereicherung beitragen und auf Forschungslücken oder Desiderata hinweisen. Bei den konzeptionellen Überlegungen standen verschiedene Aspekte im Vordergrund: Es sollte ein Thema aufgegriffen werden, das von grundsätzlicher Bedeutung für die Erforschung christlich-demokratischer Akteure war und ist; und es sollte schließlich eine internationale Perspektive implizieren, im europäischen, aber durchaus auch im globalen Kontext. Alle diese Komponenten scheinen beim Thema christlich-demokratischer Exilanten gegeben zu sein.

Bekanntlich gehört zum historischen Selbstverständnis der Unionsparteien in Deutschland, dass die Idee zur Gründung der Christlich-Demokratischen Union nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs maßgeblich von der Überwindung der NS-Diktatur geprägt worden ist – aus der Verfolgung und aus dem Widerstand. Es waren Menschen, die ihre geistigen Wurzeln in der Sozialethik der christlichen Kirchen hatten und zugleich ihre politischen Wurzeln in der liberalen Tradition der Aufklärung. Nicht nur Sozialdemokraten, Sozialisten und Kommunisten litten unter dem Hitler-Regime. Man darf durchaus noch einmal betonen: Auch wenn die eine oder andere Publikation dies inzwischen nachgewiesen hat, gilt verbreitet immer noch das Narrativ, es seien vornehmlich Linke gewesen, die sich im Widerstand befunden und gegen Hitler gekämpft haben. Dass dem

\* Einführung zur Tagung „Christliche Demokraten im Exil“ der Konrad-Adenauer-Stiftung in Berlin am 19. Mai 2016.

mitnichten so war, wissen die hier Anwesenden, aber es scheint dennoch wichtig zu sein, darauf hinzuweisen.

Der zweite wichtige Aspekt, den es hervorzuheben gilt, betrifft die Tatsache, dass sowohl Katholiken als auch Protestanten gemeinsam mit Vertretern christlicher Gewerkschaften den Kampf gegen das Hitler-Regime führten. Den Christlichen Demokraten ging es jedoch nicht nur um die Beseitigung des Unrechtsregimes und die Wiederherstellung eines rechtsstaatlichen Systems. Es ging ihnen auch und vor allem um die Etablierung westlich-demokratischer Werte, um die Achtung von Freiheit, Rechtsstaatlichkeit und natürlich der Menschenrechte. Biographien von christlich-demokratischen Widerstandskämpfern und Emigranten hat erstmals Mitte der 1980er Jahre Rudolf Morsey veröffentlicht.<sup>1</sup> Die Studie bewegte sich damals im Kontext der Beschäftigung mit dem Exil allgemein, die seinerzeit einen gewissen Aufschwung erlebte. In dem 2004 erschienenen Sammelband „Christliche Demokraten gegen Hitler“<sup>2</sup> wurden diese Personen erstmals als Gruppe identifiziert und vertieft zahlreiche weitere Aspekte aus dem Leben und dem Wirken sowie die Folgewirkungen der Tätigkeit im Exil bearbeitet.

Gleichwohl handelt es sich immer noch um ein vergleichsweise wenig behandeltes Thema, dessen mannigfache Facetten es noch weiterhin auszu-leuchten gilt. Das betrifft nicht zuletzt die komparative europäische und internationale Perspektive. Existieren hier ähnliche oder vergleichbare Erfahrungen christlich-demokratischer gesinnter Menschen? Von welchen Ideen haben sie sich leiten lassen, wie waren sie organisiert und von wem haben sie im In- und Ausland Hilfe erfahren? Wie groß einige Exilgruppen wirklich waren, zeigt ein Beispiel, das mir selbst erst im vergangenen Jahr bewusst geworden ist im Rahmen einer Tagung in Lublin. Danach soll es eine Gruppe von fast 20.000 polnischen Christdemokraten gegeben haben, die während der Kriegszeit nicht in London oder in den USA, sondern in Brüssel lebten und dort politisch aktiv waren – im Rahmen ihrer natürlich begrenzten Möglichkeiten. Es gab also eine Subkultur, die wir in europäischer Perspektive bisher zu wenig in den Fokus genommen haben.

Ich möchte darauf verzichten, jetzt eingehende Parallelen zur heutigen Situation zu ziehen, wenn man sich anschaut, welche Verfolgungen Christen augenblicklich zu erleiden haben – ob sie alle westlich-demokratischer Gesinnung sind, ist eine andere Frage, aber entscheidend ist, dass sie verfolgt werden durch diktatorische Regime, durch sich für religiös legitimiert haltende Terroristen. Am stärksten geschieht dies heute – und damit wird deutlich, dass es sich nicht

1 Rudolf Morsey: *Leben und Überleben im Exil. Am Beispiel von Joseph Wirth, Ludwig Kaas und Heinrich Brüning*, in: Paulus Gordan (Hg.): *Um der Freiheit willen. Eine Festgabe für und von Johannes und Karin Schauf*. Pfullingen 1983, S. 86–117.

2 Günter Buchstab/Brigitte Kaff/Hans-Otto Kleinmann (Hg.): *Christliche Demokraten gegen Hitler. Aus Verfolgung und Widerstand zur Union*. Freiburg im Breisgau 2004.

nur um eine Thema der Zeitgeschichte handelt, sondern auch der aktuellen Politik – im Mittleren Osten, im Sudan, in Nigeria, auf dem afrikanischen Kontinent. Ein Blick auf die „Rangliste“ der Staaten, die Christen verfolgen, zeigt, dass sie derzeit von Nordkorea angeführt wird, von Somalia, dem Irak und Syrien.

Christliche Demokraten haben aus Furcht um Leib und Leben ihr Heimatland verlassen müssen – das ist ein bekanntes Phänomen. Weniger bekannt ist, dass es eine Reihe von Verbindungen unter ihnen gab, die oftmals nur schwer zu identifizieren sind, auch hinsichtlich dessen, was sie miteinander verband. Es dürfte wohl mehr gewesen sein als der in Erinnerung an frühchristliche Gruppen sogenannte Katakombengeist.

In den Fällen, wo es tatsächlich zum Sturz oder zur Wandlung eines Regimes und zur Transformation in ein politisches System nach westlich-demokratischen Maßstäben kam, stellt sich die Frage, was die Exilanten konkret dazu beigetragen haben. Wie funktionieren möglicherweise noch vorhandene Netzwerke? Was passiert mit denen, die remigrieren, und welche Rolle spielen sie im neuen System?

Damit stellt sich die Frage nach den methodischen Zugängen zum Thema. Ich will nur einige herausgreifen:

Das erste ist – wie schon erwähnt – der biographische Zugang: Welche spezifischen Erfahrungen haben Christliche Demokraten? Wie sind ihre Lebensläufe? Wie sind ihre politischen Karrieren verlaufen? Wie haben sie selbst unter Verfolgung gelitten? Welche Konsequenzen haben sie daraus gezogen? Welche Netzwerke haben sie gebildet? Wie haben sie versucht, gegen das jeweilige diktatorische System zu kämpfen?

Der zweite Zugang ist der soziographische: Woher rekrutierten sich diese Gruppen? Waren es Vertreter eines gewissen mittelständischen Bürgertums, waren es Kleinunternehmer, Menschen aus der Arbeiterschaft? Welche Rolle spielten regionale Bindungen und Verbindungen? Welcher Partei gehörten die Betroffenen möglicherweise früher an? Gab es ein vorheriges politisches Engagement auf christlicher Basis, womöglich im Zentrum oder in christlichen Gewerkschaften? Wir wissen, dass der Gedanke einer politischen Zusammenarbeit der Konfessionen nicht erst nach dem Zweiten Weltkrieg aufkam, sondern schon in den 1920er und 1930er Jahren eine Rolle spielte, gerade in der christlichen Gewerkschaftsbewegung.

Ein weiterer Zugang ist der ideen- oder, wenn Sie so wollen, wertebezogene Ansatz: Von welchen Vorstellungen haben sich diese Menschen letztendlich prägen lassen? Was war ihr Bild von Demokratie, von Staatlichkeit? Welche Vorstellungen hatten sie von einem Gemeinwesen, von der gesellschaftlichen Ordnung? Was wollten sie erreichen, wie sah – etwas überspitzt formuliert – ihr Idealstaat aus? Nach welchen Maximen haben sie ihr diesbezügliches Handeln ausgerichtet? Waren es Traditionen, konfessionsgebundene Überzeugungen und Denkmuster, möglicherweise auch gemeinsame Dissenshaltungen nur zu einem

bestimmten politischen System? Wie habe sie mit anderen politischen Lagern kooperiert oder auch nicht kooperiert – mit Liberalen, Sozialdemokraten, Sozialisten? Hat es hier möglicherweise übergreifende Gemeinsamkeiten gegeben? Die Glaubenshaltungen individueller Art oder auch kollektiver Art sind ebenfalls ein wichtiger Aspekt, den man sich anschauen muss. Inwieweit standen – eine entscheidende Frage – postulierte Grundsätze mit dem eigenen Handeln im Einklang, oder klappten Theorie und Praxis auseinander? Die Entfaltung politischer Aktivitäten ist in dieser Hinsicht einer genauen Analyse zu unterziehen.

Die gruppenspezifischen Aspekte implizieren noch weitere Fragen, etwa nach den Kommunikationsstrukturen. Wer stand mit wem in welcher Weise in Verbindung? Gab es umfassende Netzwerke oder waren sie möglicherweise regional oder lokal begrenzt?

Ich will noch einen wichtigen Aspekt hinzufügen, nämlich den internationalen. Wie weit gab es grenzübergreifende Verbindungen, woher kam internationale Unterstützung. Diese Frage hat zwei Komponenten, nämlich die nach möglichen Kontakten zu anderen Exilgruppen und die nach konkreter Unterstützung aus dem Ausland. Wir wissen, welche wichtige Rolle etwa die deutschen politischen Stiftungen in der Unterstützung von Demokratiebewegungen, sei es in Griechenland, in Spanien, in Portugal oder ganz besonders in Lateinamerika gespielt haben. In einigen Studien der letzten Jahre ist deutlich geworden, mit wieviel materieller und ideeller Unterstützung Demokratisierungsprozesse in diesen Ländern gefördert worden sind.

Ein letzter Aspekt schließlich betrifft den Einfluss des Exils und der Exilanten auf die jeweiligen neuen politischen Systeme. Welche Rolle haben Christliche Demokraten später konkret gespielt? Das impliziert die Frage, warum umgekehrt politische Bestrebungen, Parteigründungen etc. möglicherweise gescheitert sind. So ist es trotz des starken Katholizismus in Polen nicht gelungen, dort nach 1989/90 eine christlich-demokratische Partei zu etablieren.

Die heutige Tagung kann natürlich nicht alle Fragen beantworten, aber vielleicht einige Aspekte erhellen anhand der Beispiele, die wir im Folgenden diskutieren wollen.

Nochmals ein herzliches Willkommen Ihnen allen und uns eine interessante und ertragreiche Konferenz.

# Ludwig Kaas – Exilant in Rom und im Vatikan (1933–1952)\*

Rudolf Morsey

I.

Am Nachmittag des 7. April 1933 beriet zum dritten Mal der neugeschaffene Arbeitsausschuss von Vertretern der NSDAP und der Reichstagsfraktion des Zentrums, den ihr Reichskanzler Hitler vor deren Zustimmung zum Ermächtigungsgesetz, am 23. März 1933, konzediert hatte. Es ging um Einzelheiten zur Ausführung des Gesetzes.<sup>1</sup> Mit Hitler, Innenminister Frick und Staatssekretär Lammers verhandelten vier Zentrumsabgeordnete, an ihrer Spitze Ludwig Kaas. Anschließend sprach der Prälat allein mit dem Reichskanzler, wohl auch über ein Reichskonkordat; denn es war in Pressemeldungen seit Tagen erwähnt und eine baldige Reise des Vizekanzlers von Papen nach Rom angekündigt.<sup>2</sup>

Noch am selben Abend trat Kaas um 21.37 Uhr von Berlin eine als „reine Urlaubs- und Informationsreise gedachte“ Fahrt nach Rom an, mit einer Rückfahrkarte. Das jedenfalls schrieb er am 19. November 1935 Vatikanbotschafter Diego von Bergen. Ziel der Reise sei es gewesen, seinen Aufenthalt in Rom vom 26. bis 30. März 1933 fortzusetzen, um „die Möglichkeiten einer umfassenden Verständigung zwischen Kirche und Staat“ zu prüfen.<sup>3</sup> Ihn habe er unterbrochen, weil inzwischen „eine unerwartet früh angesetzte Sitzung des

---

\* Mit zahlreichen neuen Belegen erweiterte Fassung eines Vortrages auf der Tagung „Christliche Demokraten im Exil“ der Konrad-Adenauer-Stiftung in Berlin am 19. Mai 2016. Eine mit weiteren Quellen und älterer Literatur breiter belegte Darstellung von 2013 (Ludwig Kaas – sicher, aber isoliert im Vatikan [1933–1952], in: Orte der Zuflucht und personelle Netzwerke. Der Campo Santo Teutonico 1933–1955. Hg. von Michael Matheus und Stefan Heid. Freiburg im Breisgau u. a. 2015, S. 269–299) wird künftig zitiert: Morsey: Kaas I.

- 1 Vgl. Rudolf Morsey: Der Untergang des politischen Katholizismus. Die Zentrumsparterie zwischen christlichem Selbstverständnis und „Nationaler Erhebung“. Stuttgart u. a. 1977, S. 161 f.
- 2 In den „Deutschen Führerbriefen“ (Berlin) vom 4. April 1933 war bereits als Abreisetermin der 8. April 1933 angegeben. Vgl. Rudolf Morsey: Ermächtigungsgesetz und Reichskonkordat 1933, in: Christoph Kösters/Mark Ruff (Hg.): Die katholische Kirche im Dritten Reich. Freiburg im Breisgau u. a. 2011, S. 35–49, hier 43.
- 3 Druck: Alfons Kupper (Bearb.): Staatliche Akten über die Reichskonkordatsverhandlungen 1933 (Veröffentlichungen der Kommission für Zeitgeschichte, Reihe A: Quellen, Bd. 2). Mainz 1969, S. 495–498, hier 496. In einem Schreiben von Prälat Arthur Wynen (Rom), Auditor der Rota Romana, an den Paulinus-Verlag in Trier vom 7. Juli 1933 heißt es, dass Kaas nach Rom gefahren sei, „und zwar ‚mit einem kleinen Handkoffer‘, um anzudeuten, dass er zuerst gar nicht beabsichtigte, in Rom zu bleiben; ich glaube sogar, dass er eine Rückfahrkarte hatte (ni fallor)“, in: Bistumsarchiv Trier, Abt. 85/2130. Wynen veröffentlichte im Paulinus-Verlag 1953 eine unbedeutende Schrift: Ludwig Kaas. Aus seinem Leben und Wirken.

sogenannten Arbeitsausschusses“ am 2. April 1933 stattgefunden habe. Am Abend des 7. April 1933 habe er die Rückreise angetreten, „um die begonnenen Erkundigungen fortzusetzen“. Am folgenden Tag, „morgens bei der Abfahrt“ des Zuges von München, habe er im Speisewagen „unerwartet“ Papen getroffen. Der Vizekanzler habe ihn auf der Weiterfahrt über die „mehrfach auch in der Öffentlichkeit erörterte Absicht eines etwaigen Konkordatsabschlusses“ informiert.

Das von Kaas geschilderte Treffen war „unerwartet“ für Papen, nicht aber für den Zentrumsvorsitzenden. Das belegt ein Hinweis Heinrich Brünings aus der noch unveröffentlichten Urschrift seiner 1970 in Stuttgart posthum erschienenen „Memoiren 1918–1934“, die in der Druckfassung fehlt. Danach sei er „durch Zufall in einem gemeinsamen Zimmer“ dabei gewesen, als Kaas die Sekretärin der Zentrumspartei beauftragt habe, „in Erfahrung zu bringen, mit welchem Zug Herr von Papen nach Rom führe und ihm für diesen Zug eine Schlafwagenkarte zu besorgen“.<sup>4</sup>

Später hat vor allem Brüning die von ihm hart kritisierte stille Abreise des Zentrumsvorsitzenden mit dem vorrangigen Interesse des Trierer Prälaten an einem ihm von Hitler in Aussicht gestellten Konkordatsabschluss in eine Kausalverbindung mit der von Kaas dafür erbrachten Vorleistung, der von ihm erreichten Zustimmung der Zentrumsfraktion zum Ermächtigungsgesetz, gebracht. Das auch von manchen Historikern angenommene Junktum zwischen beiden Ereignissen<sup>5</sup> konnte inzwischen als widerlegt gelten, wurde jedoch wieder „entdeckt“.<sup>6</sup> Klar ist immerhin – nach der inzwischen erfolgten Auswertung

- 4 Vgl. Heinrich Brüning: *Memoiren 1918–1934*. Die Edition. Bearb. von Peer Oliver Volkmann. Erscheint Düsseldorf 2020, S. 1094. Weiter heißt es an dieser Stelle: Es sei ihm, Brüning, in den „letzten Tagen vor Kaas' Abreise nicht möglich gewesen, überhaupt noch allein mit ihm zu sprechen. Er richtete es so ein, daß er entweder außerhalb des Hedwigskrankenhauses [in Berlin, in dem er wohnte] war“ oder Besuch gehabt habe. Der Prälat sei „am Tage seiner Abreise [...] angeblich noch einmal bei Hitler“ gewesen, was er, Brüning, „nicht habe in Erfahrung bringen können“. Ich danke Herrn Dr. P. O. Volkmann (München) für diese Vorinformation. Das Treffen mit Hitler hatte nach der Sitzung des Arbeitsausschusses am 7. April 1933 stattgefunden. Demgegenüber heißt es in tagebuchartigen Aufzeichnungen von Kaas am 7. April 1933: „Im Einverständnis mit Brüning und einigen anderen von mir befragten Freunden abends 9.37 Uhr Abfahrt nach Rom.“ Unter dem 8. April 1933 hat Kaas die Reise mit Papen („Ich erkannte das Vorliegen einer neuen Situation rückhaltlos an.“) wesentlich ausführlicher beschrieben als in dem Brief von 1935 an von Bergen. Vgl. Staatliche Akten über die Reichskonkordatsverhandlungen 1933, S. 12–14.
- 5 Vgl. Carsten Kretschmann: *Eine Partie für Pacelli? Die Scholder-Repgen-Debatte*, in: Thomas Brechenmacher (Hg.): *Das Reichskonkordat 1933. Forschungsstand, Kontroversen, Dokumente* (Veröffentlichungen der Kommission für Zeitgeschichte, Reihe B: Forschungen, Bd. 109). Paderborn u. a. 2007, S. 13–24. Darin auch Rudolf Morsey: *Das Ende der Zentrumspartei 1933. Forschungsverlauf und persönliche Erinnerungen an die Zusammenarbeit mit Zeitzeugen*, S. 37–53.
- 6 Inzwischen beruft sich Klaus Unterburger auf einen Hinweis in den Briefen des an den Verhandlungen im Vatikan beteiligten NS-Unterhändlers Rudolf Buttman an seine Frau. Danach habe bei dessen letztem Gespräch mit Pacelli und Kaas, am 17. Juni 1935 (!) – Unter-

auch der vatikanischen Akten –, dass die Kurie im März 1933 nicht auf die Haltung der Konfessionspartei und auf die der deutschen Bischöfe zur NSDAP und Hitler-Regierung eingewirkt hat.<sup>7</sup> Für viele Zentrumspolitiker blieb die Romreise von Kaas eine „Flucht aus der Verantwortung“.<sup>8</sup>

Seine Anwesenheit in Rom erschien zunächst, mit Beginn der Karwoche, als Besuchsreise über das Osterfest (16./17. April). Größere Aufmerksamkeit fand sie erst, als bekannt wurde, dass Kaas – ein anerkannter Kanonist und glänzender Stilist – an den am 15. April begonnenen Geheimverhandlungen Papens mit Kardinalstaatssekretär Pacelli über den Abschluss eines Reichskonkordats

---

burger verschweigt das (von Brechenmacher genannte) Datum – Pacelli einen Brief von Kaas („sicher vor dem 8. April 1933“) an Papen erwähnt, in dem der Prälats „auf dessen erste Anfrage die Bereitwilligkeit des Vatikans [...], ein Konkordat mit dem Reich abzuschließen“, zum Ausdruck gebracht habe: Pacelli nähme an, „daß Papen ihn dem Reichskanzler mitgeteilt habe“. Klaus Unterburger: Kuriales Interesse, NS-Staat und Demokratie. Weshalb die heutige Quellenlage für Klaus Scholders Junktimthese spricht, in: Dominik Burkard/Nicole Priesching (Hg.): Katholiken im langen 19. Jahrhundert, Festschrift für Otto Weiß. Regensburg 2014, S. 329–348, hier 345. Thomas Brechenmacher hatte bereits 2007 festgestellt, dass dieser durch seine Edition aus dem Buttman-Nachlass bekanntgewordene Brief – trotz jahrzehntelanger Forschung – „niirgends belegt“ ist. Unveröffentlichte Dokumente aus dem Nachlass des Ministerialdirektors Rudolf Buttman zur Geschichte des Reichskonkordats (1933–1935), in: Das Reichskonkordat, S. 279 f., Anm. 417. Auch das von Unterburger wieder „entdeckte“, erst 1958 bekanntgewordene „Quellenzeugnis“ von August Winkler über einen undatierten Besuch Orsenigos bei Kaas ist angesichts der inzwischen zugänglichen vatikanischen Quellen obsolet. Falsch sind seine Behauptungen, dass Konrad Repgen die Winkler-Quelle „niemals im Zusammenhang entwickelt habe“ (S. 346, Anm. 71) – das tat er: Ungedruckte Quellen zum Reichskonkordat, in: Historisches Jahrbuch 99 (1979), S. 375–413, hier 390–392 – und dass die „Initiierung“ der Kommission für Zeitgeschichte von „den kirchlich Verantwortlichen in Deutschland“ ausgegangen sei (S. 348). Vgl. Rudolf Morsey: Gründung und Gründer der Kommission für Zeitgeschichte 1960–1962, in: Historisches Jahrbuch 115 (1995), S. 119–151.

7 Dazu vgl. die Nachweise bei Hubert Wolf: Papst & Teufel. Die Archive des Vatikans und das Dritte Reich. München 2008, S. 145–203.

8 So Klaus Voigt: Zufucht auf Widerruf. Exil in Italien 1933–1945. Bd. 1. Stuttgart 1989, S. 89, 257. Zur kritischen Einschätzung von Zentrumswählern vgl. das Kapitel „Risse im Zentrumsturm“ bei Rudolf Morsey: Die Deutsche Zentrumspartei, in: Erich Matthias/Rudolf Morsey (Hg.): Das Ende der Parteien 1933. Düsseldorf 1960, S. 279–453, hier 279–283. Ende April 1933 will Brüning Zentrumswählern, die das anhaltende Schweigen der Parteiführung zu den zunehmenden Verbrechen der Machthaber beklagten, an Kaas verwiesen haben, „der äußerlich die Lage immer noch optimistisch ansah“. Daraufhin sei im Mai 1933 „eine Reihe von Persönlichkeiten spontan zu Kaas nach Rom gefahren, um ihn zur sofortigen Rückkehr zu bewegen“. Ihm, Brüning, sei es klar gewesen, „daß er überhaupt nicht daran dachte, wieder zurückzukommen“. Brüning: Memoiren 1918–1934. Die Edition, S. 1098. Für eine solche Reise gibt es keinen anderen Beleg. In einem jüngst erschienenen Aufsatz über Kaas heißt es: „Kaas's career as Center Party leader ended ignominiously.“ Seine Resignation als Parteiführer sei ohne ein Wort der Rechtfertigung oder Erklärung erfolgt. Martin Mende: Ludwig Kaas and the End of the German Center Party, in: Hermann Beck and Larry Eugene Jones (Hg.): From Weimar to Hitler. Studies in the Dissolution of the Weimar Republic and the Establishment of the Third Reich, 1932–1934. New York/Oxford 2019, S. 79–110, hier 100.

beteiligt war. Dabei amtierte der Prälat drei Monate lang als informeller, aber unentbehrlicher Beauftragter beider Seiten.

Für viele Zentrumsangehörige war das erste und, wie sich zeigen sollte, zugleich letzte öffentliche Lebenszeichen ihres Vorsitzenden eine böse Überraschung, sein in der deutschen Presse, aber auch im „Osservatore Romano“ abgedrucktes Glückwunschsreiben zum 44. Geburtstag Hitlers am 20. April 1933.<sup>9</sup> Zwei Wochen später wurde der Rücktritt Kaas' vom Parteivorsitz („aus gesundheitlichen Gründen“) bekanntgegeben. Brüning, der sich inzwischen von ihm distanziert hatte und längst dessen Persönlichkeit und Politik nur noch abfällig beurteilte<sup>10</sup>, musste am 6. Mai 1933 die Führung einer neuen „Reichsleitung“ übernehmen. Kaas wurde förmlich für seine „verdienstvolle und kluge Führung der Partei in schwerer Zeit“ gedankt und am 5. Juli 1933 die Auflösung der Partei bekanntgegeben.

## II.

Drei Tage später wurde im Vatikan das Reichskonkordat paraphiert und, am 20. Juli 1933, unterzeichnet. Auf dem Foto der Verhandlungspartner ist auch Kaas abgebildet, am linken Seitenrand. So konnte die NS-Propaganda bei dessen Abdruck das Kaas-Porträt leicht entfernen. Es fehlt bis heute in manchen Abbildungen.<sup>11</sup> Die intensive Mitarbeit des Trierer Prälaten am Reichskonkordat, die Pacelli in der katholischen Presse betont herausgestellt wissen wollte, erschien vielen Zeitgenossen, auch späteren Historikern, als Dolchstoß in den Rücken der Partei; denn Art. 32 des Konkordats sah die Möglichkeit vor, die politische Tätigkeit von Geistlichen zu verbieten. Dabei war dieser Artikel bei der Paraphierung des Vertrags bereits obsolet, nachdem sich das Zentrum inzwischen aufgelöst hatte.

Die mehrmonatige Mitarbeit am Reichskonkordat erleichterte Kaas die ersten Monate im Ausland. Seiner späteren mehrfachen Aussage, dass er 1933 von

<sup>9</sup> Vgl. Morsey: Der Untergang des politischen Katholizismus, S. 378 f.

<sup>10</sup> Nach seinem Sturz als Reichskanzler durch Hindenburg (30. Mai 1932) kritisierte und verächtigte Brüning, aus seinem nationalkonservativen und antiparlamentarischen Staatsverständnis, über Jahrzehnte hin in seinem Briefwerk das politische (Fehl-)Verhalten zahlreicher ehemaliger Politiker, Geistlicher und Industrieller. Besonders scharf verurteilte er Ludwig Kaas und Eugenio Pacelli. Dazu vgl. Peer Oliver Volkmann: Heinrich Brüning (1885–1970). Nationalist ohne Heimat. Eine Teilbiographie (Forschungen und Quellen zur Zeitgeschichte 52). Düsseldorf 2007, besonders S. 241–258.

<sup>11</sup> So noch auf dem Umschlag von Rainer Bendel (Hg.): Die katholische Schuld? Katholizismus im Dritten Reich zwischen Arrangement und Widerstand (Wissenschaftliche Paperbacks 14). Münster 2002, ebenfalls bei Rainer Möckelmann: Franz von Papen. Hitlers ewiger Rebell. Darmstadt 2016, S. 303; Mark Edward Ruff: The Battle for the Catholic Past in Germany, 1945–1980. Cambridge, U.K. 2017, S. 53 und auf dem Foto zum Artikel „Reichskonkordat“ in WIKIPEDIA (Abruf 28. August 2019).



Pacelli nach Rom gerufen und dann dort festgehalten worden sei<sup>12</sup>, hat P. Robert Leiber SJ, dessen enger Mitarbeiter seit 1924, deutlich widersprochen.<sup>13</sup> Die ungeklärte Situation und Arbeitsbelastung des Prälaten, aber auch die römische Hitze, verschärften sein chronisches Magenleiden, an dem er 1952 gestorben ist.

Wie schon in den vorangegangenen Jahren zog sich der als verantwortungsbewusst geltende Politiker – den der amerikanische Publizist Georg N. Shuster einen „klerikalen Hamlet“ genannt hat<sup>14</sup> –, bereits am 21. Juli 1933 nach Südtirol zurück. In Vipiteno beziehungsweise Sterzing besaß er seit 1930 einen Teil des geräumigen Landhauses „Löwenegg“. Dessen größerer Teil gehörte Prälat Johannes Steinmann, dem geistlichen Konsultor an der Vatikanbotschaft. Das Haus kaufte später Johannes Schauff, von dem noch die Rede sein wird.

Schon früh dürfte Kaas bewusst geworden sein, dass eine Rückkehr nach Hitler-Deutschland nicht möglich sein würde. In Presseberichten war von seiner Verstrickung in den Konkurs der Görreshaus-Aktiengesellschaft in Köln die Rede.<sup>15</sup> Ende April waren die drei Inhaber dieser Gesellschaft, deren Aufsichtsrat Kaas bis 1932 geleitet hatte, vorübergehend verhaftet worden, unter anderen Vorwänden auch die prominenten Zentrumsabgeordneten Eugen Bolz, Friedrich Dessauer und Thomas Esser.<sup>16</sup> Inzwischen wurden alte Vorwürfe über die vermeintlich separatistische Haltung des Trierer Prälaten in der Rheinland-

12 Vgl. die Belege bei Morsey: Kaas I, S. 282, Anm. 61.

13 Reichskonkordat und Ende der Zentrumspartei, in: Stimmen der Zeit 167 (1960/61), S. 213–223, hier 217; Andreas Burtscheidt: Edmund Freiherr Raitz von Frenzt. Rom-Korrespondent der deutschsprachigen katholischen Presse 1924–1964 (Veröffentlichungen der Kommission für Zeitgeschichte, Reihe B: Forschungen, Bd. 112). Paderborn u. a. 2008, S. 252.

14 Offensichtlich nach Gesprächen mit Brüning. Danach sei Kaas der „Verantwortung aus dem Wege gegangen“ und in „Augenblicken der Krisis todsicher krank“ geworden. George N. Shuster: In Amerika und Deutschland. Erinnerungen eines amerikanischen College-Präsidenten. Frankfurt am Main 1965, S. 158. Ernst Föhr, MDR (Zentrum) 1928–1933, schrieb 1971: „Wenn ernste Entscheidungen zu treffen waren, fuhr er [Kaas] aus Gesundheitsgründen nach Südtirol. Alle Last lag auf Brüning.“ In memoriam Brüning, in: Anzeiger für die katholische Geistlichkeit 80 (1971), S. 171.

15 Das teilte der Trierer Domvikar Willibrord Schlags am 10. Mai 1933 Kaas mit und warnte ihn vor einer Rückkehr. Vgl. Ludwig Volk: Das Reichskonkordat vom 20. Juli 1933. Von den Anfängen in der Weimarer Republik bis zur Ratifizierung am 10. September 1933 (Veröffentlichungen der Kommission für Zeitgeschichte, Reihe B: Forschungen, Bd. 5). Mainz 1972, S. 202 f. Am 11. Mai 1933 schrieb die Göring nahesteheende Essener „National-Zeitung“, der kurz zuvor erfolgte Rücktritt Kaas' vom Parteivorsitz hänge mit einer „gewissen Schädigung“ zusammen, „die seinem Befinden die Dinge um die Görreshaus-Gesellschaft vielleicht zugefügt haben könnten“. Vgl. Morsey: Die Deutsche Zentrumspartei, S. 371, Anm. 26.

16 Am 16. August 1933 suchte der Frankfurter Pfarrer Alois Eckert den Prälaten in Sterzing auf, um sich durch dessen Vermittlung bei Pacelli zugunsten von Dessauer einsetzen zu können. Er überließ ihm, nach zunächst „kühl-reservierter Aufnahme“ – bei der sich Kaas über „sein“ Reichskonkordat („gelungener Coup“), „erging“, seine Visitenkarte. Mit ihr erreichte er im Vatikan einen Besuch bei Pacelli, der inzwischen jedoch über den Fall informiert war und deswegen bereits Nuntius Orsenigo eingeschaltet hatte. Vgl. Michael

politik 1918/19 erneuert<sup>17</sup>. Dagegen gab es keine Möglichkeit mehr, sich in der Öffentlichkeit zu wehren.

### III.

Kaas erhielt für seinen Anteil am Zustandekommen des Konkordats von der Fuldaer Bischofskonferenz ein Honorar („Gehalt“) von 6.000,- RM.<sup>18</sup> Die von ihm angeregte und von einigen Bischöfen akzeptierte Einrichtung einer „Konkordatsauskunftei in Rom“ kam nicht zustande. Bereits vorliegende Teile eines „offiziellen Kommentars“ des Vertrags soll er, „auf Wunsch Pacellis“, zerrissen haben.<sup>19</sup> Im Oktober 1933 konnte Rudolf Buttman, der Konkordats-Beauftragte des Reichsministers des Innern, bei Verhandlungen mit Pacelli den Prälaten zunächst ausschließen, obwohl dieser ihm seine „Dienste geflissentlich“ angeboten und ihm im Beisein von Pacelli versichert habe, einen „dicken Schlußstrich unter alle Kämpfe der Vergangenheit“ gezogen zu haben.<sup>20</sup>

Bei der Suche nach einer neuen Aufgabe half Kaas der ihm befreundete Erzbischof von Freiburg, Conrad Gröber. Es gelang jedoch nicht, den Prälaten als Rektor des deutsch-österreichischen Priesterkollegs Santa Maria dell'Anima in Rom unterzubringen.<sup>21</sup> Eine der Kaas daraufhin, wiederum von Gröber, vermittelten Seelsorgsstellen im Bistum Basel zu übernehmen, konnte er sich nicht entschließen.

Habersack: Friedrich Dessauer (1881–1963). Eine politische Biographie des Frankfurter Biophysikers und Reichstagsabgeordneten (Veröffentlichungen der Kommission für Zeitgeschichte, Reihe B: Forschungen, Bd. 119). Paderborn u. a. 2011, S. 290 f.

- 17 Das 1932 veröffentlichte Pamphlet von Hermann Schmid und Walter Baumeister: Alkohol-König und Prälat [Kaas] oder Spritschiebungen, Fluchtkapital und Zentrum nebst den fotografierten Urkunden (Berlin-Charlottenburg 1932, 80 Seiten), ergänzte im September 1933 F. Walther Ilges: Die geplante Aufteilung Deutschlands. Hochverrat von Zentrum und Bayer. Volkspartei. Berlin-Charlottenburg 1933. Ein Jahr später erschien: Walther Ilges/Hermann Schmid: Hochverrat des Zentrums am Rhein. Neue Urkunden über die wahren Führer der Separatisten. Berlin-Charlottenburg 1934.
- 18 Das teilte Gröber am 6. Oktober 1933 Kaas mit. Vgl. Ludwig Volk (Bearb.): Kirchliche Akten über die Reichskonkordatsverhandlungen 1933 (Veröffentlichungen der Kommission für Zeitgeschichte, Reihe B: Forschungen, Bd. 5). Mainz 1969, S. 269, sowie Bernhard Stasiewski (Bearb.): Akten deutscher Bischöfe über die Lage der Kirche 1933–1945. Bd. I: 1933–1934 (Veröffentlichungen der Kommission für Zeitgeschichte, Reihe A: Quellen, Bd. 5). Mainz 1968, S. 322, 366. Dazu vgl. Georg May: Ludwig Kaas. Der Priester, der Politiker und der Gelehrte aus der Schule von Ulrich Stutz (Kanonistische Studien und Texte 35). Bd. 3. Amsterdam 1982, S. 415 f.
- 19 Das teilte mir Prälat Arthur Wynen am 13. Juni 1962 mit.
- 20 Vgl. Brechenmacher: Unveröffentlichte Dokumente, S. 153–280, hier 171 f. Zu Buttman vgl. Susanne Wanninger: „Herr Hitler, ich erkläre meine Bereitwilligkeit zur Mitarbeit“. Rudolf Buttman (1885–1947) (Beiträge zum Buch- und Bibliothekswesen 59). Wiesbaden 2014.
- 21 Vgl. May: Ludwig Kaas, S. 444–446.

Noch im folgenden Jahr setzte Kaas den Nationalsozialismus mit dem weniger radikalen italienischen Faschismus gleich. Er hoffte zu lange, wenigstens die Substanz des Konkordats retten und die Berliner Machthaber mit Vernunftgründen darauf festlegen zu können.<sup>22</sup> Der Exilant litt darunter, dass er als ‚Sündenbock‘ für den Untergang seiner Partei moralisch abgestempelt wurde und jahrzehntelang „die Rolle des Ausverkäufers des deutschen politischen Katholizismus zugesprochen bekam“.<sup>23</sup>

Durch seine nicht nur von Brüning kritisierte „Flucht“ aus Deutschland<sup>24</sup>, die der Exkanzler auch Joseph Wirth vorwarf, geriet Kaas in ein Zwielicht. Ehemalige Fraktionskollegen, darunter der stellvertretende Parteivorsitzende Joseph Joos und Helene Weber, mieden ihn bei Besuchen in Rom.<sup>25</sup> Da Kaas sich nicht öffentlich verteidigen konnte, kämpfte er, wie es Ludwig Volk formuliert hat, „mit geradezu monomanischem Eifer im Einzelgespräch für seine Rechtfertigung“ und ließ bis zu seinem Lebensende nicht mehr davon ab, die „Schatten des Ermächtigungsgesetzes“ zu beschwören<sup>26</sup>, an dem er, wie Robert Leiber urteilte, „zerbrochen“ sei.<sup>27</sup>

Der von seiner Heimat und seiner bisherigen Arbeit abgeschnittene 53jährige Prälat musste seine Vertrauens- und Beraterstellung beim Kardinalstaatssekretär – eine Audienz bei Pius XI. ist nicht bekannt – in „Abhängigkeit und Namenslosigkeit“ ausüben.<sup>28</sup> Das Schicksal des Emigranten führte bei ihm schon

22 Aus einem späteren, nicht datierten Gespräch mit Kaas gewann P. Friedrich Muckermann S. J. den Eindruck von dessen Überzeugung, man müsse als Politiker „irgendwie auch mit einem solchen Feinde in Verbindung bleiben, um zu gegebener Zeit Aktionsmöglichkeiten zu besitzen“. Friedrich Muckermann: Im Kampf zwischen zwei Epochen. Lebenserinnerungen. Bearb. von Nikolaus Junck (Veröffentlichungen der Kommission für Zeitgeschichte, Reihe A: Quellen, Bd. 15). Mainz 1973, S. 548 f. Karin Schauff spricht von der „hilf- und ratlosen Zentrumswählerschaft“. Kaas' Verbleiben in Rom habe ihn mit dem „Odium der Feigheit und sogar Fahnenflucht belastet“. Erinnerung an Ludwig Kaas zum 20. Todestag am 25. April 1972. Pfullingen 1972, S. 28, Anm. 4.

23 Vgl. Burtscheidt: Raitz von Frentz, S. 335. Der Terminus „Sündenbock“ bei Volk: Das Reichskonkordat vom 20. Juli 1933, S. 201.

24 21. Januar 1941. Vgl. Heinrich Brüning: Briefe und Gespräche 1934–1945. Hg. von Claire Nix unter Mitarbeit von Reginald Phelps und George Pettee. Stuttgart 1974, S. 338. In einem Schreiben Brünings vom 22. Dezember 1947 an Thomas Esser sprach Brüning von der „mehr als unheimlichen Politik“ von Kaas. Kopie beim Verfasser.

25 Vgl. Morsey: Kaas I, S. 281, Anm. 50. Demgegenüber berichtete Dietrich von Hildebrand aus „einer unerfreulichen Unterhaltung“ mit Kaas 1935, dass der Prälat, in einer „verzweifelten Apologie“ seines politischen Handelns, „alle Schuld“ an der Haltung des Zentrums auf Brüning geschoben und sich als „eindeutiger Gegner des Nationalsozialismus“ hingestellt habe. Dietrich von Hildebrand: Memoiren und Aufsätze gegen den Nationalsozialismus 1933–1938. Hg. von Ernst Wenisch (Veröffentlichungen der Kommission für Zeitgeschichte, Reihe A: Quellen, Bd. 43). Mainz 1974, S. 121 f.

26 So Volk: Das Reichskonkordat vom 20. Juli 1933, S. 208.

27 Das teilte er mir am 31. Mai 1962 in Rom mit.

28 So Volk: Das Reichskonkordat vom 20. Juli 1933, S. 207. Nach May musste sich Kaas im „Halbdunkel eines geheimen Mitarbeiters“ Pacellis verbergen. Ludwig Kaas, S. 418.

früh zu „heimwehartigen Anfällen“.<sup>29</sup> Für Brüning lag dessen „eigentliche Tragik“ darin, dass er, seit 1931, mit der Ernennung zum Kurienkardinal gerechnet habe.<sup>30</sup> Diese Annahme traf offensichtlich nicht zu.<sup>31</sup>

#### IV.

Im März 1934 erhielt Kaas eine erste, allerdings wenig bedeutende Aufgabe an der Kurie. Er gehörte zu einem siebenköpfigen Gremium, das für die Ausfertigung der offiziellen Schriftstücke des Hl. Stuhles verantwortlich zeichnete. Da das Ehrenamt, „mit einer Art Ehrensold“<sup>32</sup>, zur Präsenz in Rom verpflichtete, signalisierte es den Verzicht seines neuen Mitglieds auf eine Rückkehr in die Heimat.

Im April 1935, mit der Ernennung zu einem der 30 Kanoniker von St. Peter, erhielt Kaas eine „verhältnismäßig hohe Stellung“.<sup>33</sup> Sie war zudem im Stellenplan des Vatikans verankert und verschaffte ihrem Träger auch dessen Staatsbürgerschaft. Daraufhin betrieb der Oberbürgermeister von Trier, der NSDAP-Aktivist Ludwig Christ, im Oktober 1935 die Ausbürgerung des Exilanten. Begründung: „Staatsfeind“. Damit scheiterte er jedoch noch vor dem Jahresende am Einspruch von Reichsaußenminister von Neurath.<sup>34</sup> Offensichtlich war in Trier erst jetzt aufgefallen, dass dem Domkapitel immer noch das

- 
- 29 So am 21. Dezember 1933 an Erzbischof Gröber. Akten deutscher Bischöfe über die Lage der Kirche I, S. 487. Ein späterer (undatierter) Bericht von Kaas im Südwestfunk über die von ihm geleiteten Ausgrabungen schloss: „In den zehn Jahren dieser Arbeiten [...] habe ich versucht, mein Heimweh nach Deutschland und Weh um Deutschland zu vergessen.“ Vgl. Emil Zentz: Gestalten des Trierer Landes. Trier 1954, S. 95–98, hier 98. Kaas’ „Heimweh“ erwähnen auch Georg Schreiber: Prälat Ludwig Kaas †, in: Kirche und Leben (Bistumsblatt, Münster) vom 11. Mai 1952 und Wynen: Ludwig Kaas, S. 46. P. Leiber berichtete mir, am 31. Mai 1962 in Rom, von Kaas’ „starkem Heimweh“.
- 30 In einem Schreiben Brünings vom 12. Mai 1959 an Hermann Joseph Schmitt (MdR, Zentrum 1933) hieß es, „Kaas’ Leben ist eine Tragik. Er hatte auf Dankbarkeit von Seiten Paccellis gerechnet, wofür wirklich kein Grund vorhanden war.“ Heinrich Brüning: Briefe 1946–1960. Hg. von Claire Nix unter Mitarbeit von Reginald Phelps und George Pettee. Stuttgart 1974, S. 448.
- 31 Nach Auskunft von J. Schauff an mich vom 2. Mai 1960 hat Kaas dreimal eine Kardinals-erhebung abgelehnt. So auch K. Schauff: Erinnerung, S. 19, 31, Anm. 19. Nicht belegt ist die Annahme, dass der Tod Pius XI. Kaas’ Ernennung zum Kardinal vereitelt habe. So Ulrich Schlie: Kein Friede mit Deutschland. Die geheimen Gespräche im Zweiten Weltkrieg 1939–1941. München 1994, S. 143.
- 32 Das teilte er am 5. März 1934 dem Trierer Bischof Rudolf Bornewasser mit, von dem er die Zustimmung zu der beabsichtigten Ernennung erbeten und am 11. März 1934 erhalten hatte. Vgl. May: Ludwig Kaas, S. 426 f.
- 33 So E. Frhr. Raitz von Frenzt am 27. November 1958 an mich. Zitiert bei Burtscheidt: Raitz von Frenzt, S. 250 und 252. Der römische Publizist erwähnte in einem Rundbrief vom 5. Juni 1961 an Zeitungsredaktionen eine Äußerung von Kaas: „Ich bin leider kein Menschenkenner.“ Kopie beim Verfasser.
- 34 Vgl. May: Ludwig Kaas, S. 502 f.

Gehalt ihres Mitglieds Kaas zugewiesen wurde.<sup>35</sup> Vermutlich hat er es nicht nach Rom überwiesen bekommen. Zum 1. Oktober 1935 wurde die Zahlung eingestellt.

Eine neue und ihn ausfüllende berufliche Tätigkeit fand Kaas im August 1936. Seine Ernennung zum *Economista-Segretario della Reverenda Fabbrica di S. Pietro in Vaticano* (Ökonom und Leiter der Bauhütte), als erstem Nicht-Italiener, war zugleich ein Karrieresprung. Dazu erhielt er den Titel „Exzellenz“ und eine Wohnung im Palazzo San Carlo im Vatikan.<sup>36</sup> Mit der Übernahme dieses arbeits-, aber auch „prestigereichen Amtes“<sup>37</sup> war Kaas für die Personal- und Vermögensverwaltung der Peterskirche und die Leitung der Dombauhütte zuständig.<sup>38</sup> In seinem neuen Amt entwickelte er Verwaltungsqualität und eine bemerkenswerte Fähigkeit zur Geldbeschaffung für die Erhaltung des Petersdoms.

Am Tiber war Kaas inzwischen, so formulierte es Karin Schauff – die Ehefrau von Johannes Schauff, eine kluge Beobachterin –, zu einer „Un-Person“ geworden. Er lebte, erst recht seit seiner Übersiedlung in den Vatikan, „wie in einem mehrfach umgrenzten Käfig“.<sup>39</sup> Er besaß keinen Kontakt zu einigen der in Rom zeitweise anwesenden Leidensgenossen – wie Exkanzler Joseph Wirth –, und nur geringen zu P. Friedrich Muckermann S. J. Treffen mit den deutschen Jesuiten Augustin Bea, Gustav Gundlach oder Ivo Zeiger sind nicht bekannt. Das Verhältnis von Kaas zu P. Robert Leiber blieb distanziert. Sie scheinen ihren „Chef“ auf getrennten Wegen beraten zu haben. Der schlesische Flüchtling Hubert Jedin hat von Kaas keine Hilfe erhalten.<sup>40</sup>

Von deutschen Bischöfen, die weiterhin nach Rom kamen, besuchte ihn, außer Gröber, offensichtlich nur der Trierer Ordinarius Franz Rudolf Bornewasser. Kaas hat seinem Vorgänger im Amt des Zentrumsvorsitzenden, Wilhelm Marx, 1938 weder zu dessen 75. Geburtstag gratuliert, während Pacelli daran dachte,

35 Für die Annahme von Christof Dipper, dass Kaas 1934 (!) bis 1935 seine Bezüge als Trierer Domkapitular in Rom „verzehrt“ habe, gibt es keinen Beleg. Flüchtlinge, Juden Auslandsdeutsche – die Spannweite des deutschen Exils im faschistischen Italien, in: *Orte der Zuflucht*, S. 25–51, hier 26.

36 So K. Schauff: *Erinnerung*, S. 9. San Carlo war eine frühere Niederlassung der Borromäerinnen. Vgl. Jedin: *Lebensbericht*, S. 104.

37 So Friedrich Nikolaus Bohr: *Die Akte Kaas. Der Trierer Prälat im Fadenkreuz der faschistischen Geheimpolizei Italiens (1928–1941)*, in: (Trierer) *Landeskundliche Vierteljahrsblätter* 57 (2011), S. 27–34, hier 31. Kaas bezeichnete sich selbst als „Kurator der Bauverwaltung“. So Hans Schönhöffer: *Prälat Ludwig Kaas*, in: *Korrespondenzblatt für die Alumnus des Collegium Germanicum et Hungaricum* 1981, S. 50–53, hier 52.

38 Jedin würdigt Kaas als „hervorragenden Verwaltungsmann“, der mit „eiserner Hand Ordnung geschaffen“ habe. *Lebensbericht*, S. 104.

39 *Erinnerung*, S. 15.

40 Vgl. Jedin: *Lebensbericht*, S. 75. An anderer Stelle heißt es, sein Verhältnis zu Kaas sei „kühl“ geblieben und der Prälat „wie gewöhnlich kalt und nur darauf aus [gewesen], Neuigkeiten zu hören“. S. 104 f., 147.

noch zu dessen 80.<sup>41</sup> Ein Kontakt mit dem Vatikanbotschafter von Bergen ab 1936 ist nicht bekannt. Dessen Nachfolger (seit 1943), Ernst von Weizsäcker, erwähnt Kaas in seinen Memoiren (1950) nicht, auch nicht der Archäologe Ludwig Curtius (1951). Der römische Korrespondent deutscher Zeitungen, Edmund Raitz von Frentz, hielt, ungeachtet langer Bekanntschaft mit Kaas, auf Abstand.<sup>42</sup> Von einem unbekanntem Zeitpunkt an besuchte der Prälat abends regelmäßig Arthur Wynen, Auditor der Rota Romana: „Es war die einzige Erholung, die der sich gönnte.“<sup>43</sup>

Das engere persönliche Umfeld des „Kopfmenschen“ Kaas<sup>44</sup> bestand in seiner aus Trier nach Rom umgezogenen und dort verheirateten Nichte, die als Sekretärin für ihn arbeitete, und – kurz vor dem Zweiten Weltkrieg sowie erneut seit 1949 – in der großen Familie Schauff. Johannes Schauff, Siedlungspolitiker in Berlin und Verfechter der „Inneren Kolonisation“, hatte 1928 ein beachtliches Buch „Das Wahlverhalten der deutschen Katholiken im Kaiserreich und in der Weimarer Republik“ veröffentlicht.<sup>45</sup> 1932/33 gehörte er, das jüngste Mitglied der Reichstagsfraktion des Zentrums (und des Reichstags), zu den Kritikern ihrer Honoratioren-Führung, eingeschlossen Kaas.<sup>46</sup> Er ist Ende 1937, nach sorgfältiger Vorbereitung, mit seiner Frau und sieben Kindern nach Rom gezogen und von dieser Fluchtstation aus, im Frühjahr 1939, nach Brasilien emigriert. Dort hatte er inzwischen für sich und andere zur Emigration aus Hitler-Deutschland entschlossene Mitbürger auf neun Reisen den Erwerb von Landbesitz vorbereitet.<sup>47</sup>

41 May: Ludwig Kaas, S. 505.

42 Bemerkenswert war Leibers Äußerung gegenüber P. Oskar Simmel S. J. in einem Schreiben vom 6. November 1960; „Ich weiß nicht, ob Kardinalstaatssekretär Pacelli sich der Haltung von Kaas richtig bewusst gewesen ist.“ Zitiert bei Morsey: Das Ende der Zentrumspartei, S. 47. Der katholische Publizist und Emigrant Gurian, der über Ostern 1934 in Rom gewesen war, hat dort, auch durch Gespräche mit Kaas und P. Leiber, „Eindrücke empfangen oder Bestätigungen früher gebildeter Anschauungen erfahren“, die seine spätere „Deutung des Verhältnisses von Kirche und NS-Regime geprägt haben“. So Heinz Hürten: Walde-mar Gurian. Ein Zeuge der Krise unserer Welt in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts (Veröffentlichungen der Kommission für Zeitgeschichte, Reihe B: Forschungen, Bd. 11). Mainz 1972, S. 90.

43 So Arthur Wynen am 25. April 1952 an den Trierer Bischof Matthias Wehr. Zitiert bei Morsey: Kaas I, S. 273, Anm. 15 mit weiteren Informationen.

44 So Dimitrios Kisoudis: Der 20 Juli [1944] im Zeichen des Krebses, in: FAZ vom 14. Juli 2012.

45 Ich habe sie, erweitert um drei Beiträge des Verfassers zur Reichstagswahl 1928, 1975 in Mainz neu herausgegeben und eingeleitet.

46 Vgl. seinen bereits im Dezember 1934 verfassten, aber erst Jahrzehnte später von ihm wieder aufgefundenen Bericht: Aus meiner beruflichen und politischen Arbeit. Druck: Gerhard Dornseifer: Dr. Johannes Schauff, in Stommeln geboren – in der Welt zu Hause. Hg. von der Stadt Pulheim. Pulheim, 2. Aufl. 1985, S. 18–21.

47 Dazu vgl. Dieter Marc Schneider: Johannes Schauff (1902–1990). Migration und „Stabilität“ im Zeitalter der Totalitarismen (Studien zur Zeitgeschichte 61). München 2001; Rudolf Morsey: Ein ungewöhnliches deutsches Schicksal im 20. Jahrhundert, in: Pulheimer

In der in Paraná begründeten deutschen Siedlung Rolandia gelang es ihm, aus einem riesigen subtropischen Urwaldbesitz eine schließlich ertragreiche Großfarm „Santa Cruz“ aufzubauen. Mit diesem Hintergrund wurde Schauff, nach seiner Rückkehr nach Europa, zunächst nach Rom und Genf (Päpstliche Flüchtlingshilfe), zum Wanderer zwischen den Kontinenten. Er besaß einen riesigen politischen Bekanntenkreis und spielte viele Jahre lang eine bedeutende Vermittlerrolle zwischen der Christlichen Demokratie in Europa und Lateinamerika, allerdings stets im Hintergrund. Nach dem Tod von Steinmann und Kaas erwarb er „Haus Löwenegg“ in Vipiteno/Sterzing und später, nach dessen Verkauf, noch Wohnsitze in Bozen und München sowie in Rom. Von dort aus trug er in den 1960er Jahren zur deutsch-polnischen Aussöhnung bei und gehörte 1966 mit Herbert Wehner, den er aus seiner Studienzeit in Leipzig kannte, zu den Vorbereitern der Großen Koalition.<sup>48</sup> Ich verdanke ihm und seiner Frau wesentliche Informationen.

Zurück zur Kaas-Vita: Als sein innerkirchlicher Gegenspieler denunzierte ihn im November 1936 Weihbischof Alois Hudal bei Pacelli als „deutschfeindlichen Emigranten“ und „üblen Intriganten“.<sup>49</sup> Das tat er mit der Übersendung des von ihm soeben in Leipzig und Wien veröffentlichten Buches „Die Grundlagen des Nationalsozialismus. Eine ideengeschichtliche Untersuchung.“<sup>50</sup> Darin propagierte Hudal einen Brückenschlag zwischen dem „guten“ (rechten) Nationalsozialismus und der Kirche. Offensichtlich hatte Kaas Redakteuren in Wien geraten, das Buch „garnicht oder negativ zu besprechen“.<sup>51</sup>

Beiträge zur Geschichte und Heimatkunde 9 (1985), S. 97–108; ders.: Johannes Schauff (1902–1990), in: Zeitgeschichte in Lebensbildern. Bd. 8. Hg. von Jürgen Aretz, Anton Rauser und Rudolf Morsey. Mainz 1997, S. 123–137, 322; ders.: Johannes Schauff, in: Neue Deutsche Biographie. Bd. 22. Berlin 2005, S. 589 f.

48 Dazu vgl. Rudolf Morsey: Die Vorbereitung der Großen Koalition von 1966. Unionspolitiker im Zusammenspiel mit Herbert Wehner seit 1962, in: Jürgen Kocka (Hg.): Von der Arbeiterbewegung zum modernen Sozialstaat. Festschrift für Gerhard A. Ritter zum 65. Geburtstag. München 1994, S. 462–478.

49 Druck: Dominik Burkard: Häresie und Mythos des 20. Jahrhunderts. Rosenbergs nationalsozialistische Weltanschauung vor dem Tribunal der Römischen Inquisition. Paderborn u. a. 2005, S. 368–370, hier 369; Karl-Joseph Hummel: Alois Hudal, Franz von Papen, Eugenio Pacelli. Neue Quellen aus dem Anima-Archiv, in: Das Reichskonkordat von 1933, S. 85–113, hier 106; eine ähnlich kritische Äußerung Hudals über Kaas vom 8. Februar 1938 ebd., S. 111. Bei Alois Hudal: Römische Tagebücher. Lebensbeichte eines alten Bischofs. Graz/Stuttgart 1976, ist Kaas mehrfach, aber nur beiläufig und jeweils mit negativem Vorzeichen, erwähnt.

50 Dazu vgl. Thomas Brechenmacher: Wider bessere Einsicht. Bischof Alois Hudal, Judentum, „Rassenkunde“ und Antisemitismus, in: Römische Historische Mitteilungen 57 (2015), S. 273–323.

51 So der 1934 in die Schweiz emigrierte Waldemar Gurian am 4. Dezember 1936 in den von ihm herausgegebenen „Deutschen Briefen“ in Luzern, nach einer „aufsehenerregenden Nachricht“ von „angesehener geistlicher Seite aus Wien.“ Vgl. Heinz Hürten (Bearb.): Deutsche Briefe 1934–1938. Ein Blatt der katholischen Emigration. Bd. II: 1936–1938 (Veröffentlichungen der Kommission für Zeitgeschichte, Reihe A: Quellen, Bd. 7). Mainz 1969,

## K

Am 2. März 1939 erlebte Kaas, zusammen mit Arthur Wynen, auf dem Petersplatz die Wahl Pacellis zum Papst. Er war, wie sein Begleiter später mitteilte, „tief erschüttert“ und soll gelobt haben, dem neuen Papst „in voller Hingabe und Treue zu dienen“.<sup>52</sup> Nach der Erinnerung von J. und K. Schauff hatte Kaas allerdings mit der Wahl Pacellis gerechnet und deswegen daran gedacht, nach Kanada auszuwandern, um Pius XII. „als Deutscher keine Schwierigkeiten zu bereiten“.<sup>53</sup> Denn in Rom bestand ein „deutscher Ring“ mit den dort lehrenden Jesuiten Bea, Gundlach, Leiber und Zeiger sowie der bayerischen Ordensschwester Pascalina, der Haushälterin des Papstes bereits aus den 1920er Jahren in München.

Pius XII. behielt Kaas jedoch in seiner Nähe – so besaß er einen Schlüssel zum Fahrstuhl in dessen Privaträume – und übertrug ihm die Leitung der Ausgrabungen unter dem Petersdom und die der Mosaikfabrik. Die von ihm mit mehreren hundert Arbeitern in den Grotten geleistete Arbeit fand höchste Anerkennung, als der Papst Weihnachten 1940 die Entdeckung des Petrusgrabes verkündete. (Der Fundort wurde später korrigiert.)

Im Palazzo San Carlo füllte Kaas seine geräumige Dienstwohnung, zu der ein großer Garten gehörte, mit Büchern und orientalischen Teppichen, Gemälden und anderen Kunstwerken.<sup>54</sup> Er erwies sich als „finanzielles Genie“ und erwarb, „durch geschickte Vermögensanlagen“, erhebliche Summen zur Finanzierung der Grabungen.<sup>55</sup> Da er zu stolz war, den Papst um „entsprechende Mittel“ zu bitten, „setzte er seinen Ehrgeiz darin, sie möglichst selbst“ zu besorgen, auch

S. 479. Gurian hatte bereits am 31. Mai 1935 Kaas wegen seiner „gut gemeinten taktischen Irrtümer“ kritisiert, mit denen er 1933 auf die „freundlichen Versicherungen“ Hitlers hereingefallen sei. Ebd., Bd. I: 1934–1935, S. 393–395.

52 Ludwig Kaas, S. 53.

53 Vgl. K. Schauff: Erinnerung, S. 14.

54 So Wynen: Ludwig Kaas, S. 60 f. Konstantin Prinz von Bayern betrat (1950?) Kaas' Wohnung über einen dumpfen, dunklen, mit Kommoden eng verstellten Gang“ mit einem „in einem Regal zusammenpressten alten Folianten“. Im Empfangszimmer hätten „in schwarzen Rahmen nachgedunkelte alte Meister“ gehangen. Beim Gespräch über das Reichskonkordat habe der Prälat „in sich hinein gesprochen“, er lebe „ganz eingeschlossen in seine Vergangenheit, ganz in der Erinnerung an seine Laufbahn als Politiker“. Pius XII. Ein Lebensbild. Stein am Rhein 1980, S. 120 f., 125.

55 K. Schauff: Erinnerung, S. 17, 20. – Wynen: Ludwig Kaas, S. 46. Nach Jedin hat Kaas „aus den Erträgen der Bauhütte die kostspieligen Ausgrabungen“ finanziert (Lebensbericht, S. 104) und nach Wynen seinem Nachfolger in der Leitung der Bauhütte „einen beträchtlichen Fonds für zukünftige Arbeiten“ hinterlassen. Kaas, S. 46. Vgl. das von A. Wynen am 4. August 1952 abgeschlossene und an Pius XII. geleitete umfangreiche Verzeichnis von Kaas' Sach- und Geldvermögen bei Morsey: Kaas I, S. 289 f. Der Prälat hatte kein Testament hinterlassen.



durch „größere Spenden“ von auswärtigen Rompilgern, die er durch die Grotten führte.<sup>56</sup>

Der Prälat besaß neben der kostspieligen Ausstattung seiner Dienstwohnung und seinem Anteil an „Haus Löwenegg“ in Vipiteno/Sterzing erhebliches Geldvermögen. Seit Anfang des Krieges gehörte ihm auch eine kleine Villa in Marino bei Castel Gandolfo, die er „mit Hilfe eines [nicht bekannten] Schweizer Freundes“ erworben hatte. 1943 zerstörte eine SS-Einheit dessen Garten. Nach dem Kriege verkaufte Kaas das Haus.<sup>57</sup> 1949 investierte er in Grundstücke in Brasilien, die Schauff für ihn kaufte, jedoch über Strohmänner.<sup>58</sup> Diese Anlage, die sich rasch rentierte, sollte zur weiteren Finanzierung der Ausgrabungen und der geplanten kostspieligen Restaurierung des Säulengangs am Petersplatz dienen.

Für den Exilanten war das stille und erfolgreiche Wirken in den Grotten eine Arbeit im „Untergrund“, die ihm – so Karin Schauff – seine „schönste innere Erfüllung“ bot, aber auch sein Heimweh „betäubte“.<sup>59</sup> Von dieser Einschätzung her fällt es nicht schwer, bereits in seiner früheren politischen Tätigkeit Spuren einer – wenn auch ganz anders gearteten politischen – „Untergrund“-Arbeit zu entdecken. Kaas verließ seine neue Arbeitsstätte nur noch zu Erholungsreisen, vor allem nach Sterzing/Südtirol. Dem früheren Sekretär der Zentrumsparterie in Düsseldorf, Hans Schreiber, klagte er 1938: „Es kommen so viele alte Bekannte nach Rom [...] und keiner besucht mich.“<sup>60</sup>

Dass Kaas kirchliche Interessen einzelner deutscher Bistümer, Ordensgemeinschaften und/oder Privatpersonen bei vatikanischen Behörden vertreten hat, ist nach seinem Tod vielfach mit positiver Akzentuierung erwähnt worden, bisher aber erst in Einzelfällen auszumachen. Als gesichert gilt seine (und P. Robert Leibers) Mitwirkung bei der Vorbereitung der Protestserie des Hl. Stuhles bei der Reichsregierung, wegen Verletzungen des Reichskonkordats („Weißbücher“). Der geheim geliebene „Notenkrieg“, der bereits im Oktober 1933 begann und nahezu bis zum Kriegsende andauerte, wurde erst Anfang der 1950er Jahre bekannt und in drei Bänden (1965–1980) ediert.<sup>61</sup>

56 Das teilte mir J. Schauff am 4. März 1972 mit.

57 Nach K. Schauff: Erinnerung, S. 15, mit dem Hinweis, dass Kaas durch die Zerstörung des Gartens 1943 „noch vereinsamer, misstrauischer und wunderlicher“ geworden sei.

58 Nach einer Aufzeichnung J. Schauffs vom 15. April 1955. Vgl. Morsey: Kaas I, S. 288.

59 Erinnerung, S. 14. Volk spricht von einem „Kulissendasein“. Das Reichskonkordat vom 20. Juli 1933, S. 207.

60 In undatierten Aufzeichnungen (aus den 1950er Jahren) berichtete Hans Schreiber von einem Treffen im Herbst 1938. Kopie beim Verfasser. Am 7. Juli 1972 schrieb Erzbischof Lorenz Jaeger (Paderborn) an Karin Schauff, dass Kaas für jeden Besuch dankbar gewesen sei, „so dass ihm oftmals die Tränen aus den Augen traten“. Ebd.

61 Vgl. Dieter Albrecht (Bearb.): Der Notenwechsel zwischen dem Heiligen Stuhl und der deutschen Reichsregierung. I: Von der Ratifizierung des Reichskonkordats bis zur Enzyklika „Mit brennender Sorge“ (Veröffentlichungen der Kommission für Zeitgeschichte, Reihe A: Quellen, Bd. 1). Mainz 1965, S. XVII. Auch die Bände II und III hat D. Albrecht bearbeitet.

Eindeutig belegt ist die intensive Mitarbeit von Kaas an der Enzyklika Pius XI. „Mit brennender Sorge“ vom März 1937, deren Entwurf von dem damals in Rom weilenden Michael Kardinal von Faulhaber stammte.<sup>62</sup> Auch die 1966 edierten „Briefe Pius XII. an die deutschen Bischöfe 1939–1944“, dürften, den drei römischen Herausgebern zufolge<sup>63</sup>, von Kaas (und Leiber) entworfen oder mitredigiert worden sein.

Gesichert ist die zentrale Position des Prälaten im Winter 1939/40 als Anlaufstelle für Friedensvorschläge oppositioneller deutscher Militärs um Admiral Wilhelm Canaris, die der Münchner Rechtsanwalt Josef Müller überbrachte. Pius XII. übermittelte sie, in einer waghalsigen – aber erfolglos gebliebenen – Aktion dem britischen Botschafter beim HI. Stuhl, Sir d’Arcy Osborne.<sup>64</sup>

Nach dessen Bericht vom 21. November 1939 hat Kaas auf die Vorschläge des deutschen Emissärs – der namentlich nicht genannt war – „mit einer gesunden Portion Skepsis“ reagiert. Er habe weder mit einem Kollaps der Heimatfront im Reich noch mit einem „Aufstand von innen“ gerechnet. Im Gegenteil: Der Krieg werde lang und opferreich sein und nicht nur den finanziellen Ruin aller davon betroffenen Staaten herbeiführen, sondern auch eine Bolschewisierung Deutschlands.<sup>65</sup>

Vier Monate später, am 23. Februar 1940, informierte der Botschafter seine Regierung über eine erneute Friedensaktion. Sie sei wiederum über Kaas gelaufen, der sie nunmehr befürwortet habe. Diesen „Gesinnungswandel“ führte Osborne auf das „wohlwollende Verhalten“ des Papstes gegenüber den Gesprächen zurück. Er beurteilte Kaas als „entschiedenen Anti-Nazi, doch guten

62 Vgl. May: Ludwig Kaas, S. 438 f.

63 Burkhart Schneider/Pierre Blet/Angelo Martini (Hg.): Briefe Pius XII. an die deutschen Bischöfe 1939–1944 (Veröffentlichungen der Kommission für Zeitgeschichte, Reihe A: Quellen, Bd. 4). Mainz 1966, S. XVIII. Nach dem Bericht des Vatikanbotschafters Diego von Bergen vom 5. Februar 1934 habe Kaas, der von Pacelli „in Deutschland betreffenden Angelegenheiten stets herangezogen“ werde, einen „beruhigenden, versöhnlichen und vermittelnden Einfluss auf den HI. Stuhl“ auszuüben gesucht. Ebd., S. 480.

64 Vgl. Harold Charles Deutsch: Verschwörung gegen den Krieg. Der Widerstand in den Jahren 1939–1940. München 1969; Peter Ludlow: Papst Pius XII., die britische Regierung und die deutsche Opposition im Winter 1939/40, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 22 (1974), S. 299–341; Klemens von Klemperer: Die verlassenen Verschwörer. Der deutsche Widerstand auf der Suche nach Verbündeten 1938–1945 (Deutscher Widerstand 1933 bis 1945. Zeitzugnisse und Analysen). Berlin 1994, S. 160–165; Mark Riebling: Die Spione des Papstes. Der Vatikan im Kampf gegen Hitler. München 2017 (englischsprachige Ausgabe Cambridge, USA 2015), passim.

65 Diese Vermittlungsversuche sind ausführlich referiert bei May: Ludwig Kaas, S. 512 f. Spätere einschlägige Literaturangaben bei Stefan Heid: Ludwig Kaas, in: Stefan Heid/Martin Dennert (Hg.): Personenlexikon zur Christlichen Archäologie. Forscher und Persönlichkeiten vom 16. bis zum 21. Jahrhundert. Bd. 1. Regensburg 2012, S. 705 f.

Patrioten“, der sich nur schwer mit der Vorstellung einer deutschen Niederlage abfinden könne, „even Hitlerian Germany“.<sup>66</sup>

Der Prälat stelle sich ein befriedetes Nachkriegseuropa als eine Art europäischer Wirtschaftsunion vor; sie solle in Deutschland jedes nationalistische Streben nach Autarkie unglaubwürdig machen, die nur zu „verbittertem Patriotismus, Aggression und Krieg“ führe.<sup>67</sup> Gegenüber der Einschätzung Osbornes von Kaas als „gutem Patrioten“ bescheinigte ihm Albrecht von Kessel, 1943–1945 Gesandtschaftsrat an der Vatikanbotschaft, einen „Patriotismus“ von geradezu „nationalistischen Ausmaßen“; der Prälat habe „die Franzosen aus Herzensgrund“ gehasst.<sup>68</sup>

## VI.

Heinrich Brüning fand seine Dauerkritik an Kaas bestätigt, als er 1944 in Washington eine „Aktentotiz“ des US-Intelligence Service einsehen konnte. Danach habe Kaas im Vorjahr, bei einem Treffen in Rom mit dem Erzbischof von New York, Francis Kardinal Spellman, die Ansicht vertreten, „dass man Ostdeutschland den Polen und Westdeutschland den Franzosen geben solle, um Europa vor dem Bolschewismus zu retten“. Als Brüning diese Anklage am 31. August 1946 Robert Leiber mitteilte<sup>69</sup> – der an dem Gespräch teilgenommen

66 Vgl. Ludlow: Pius XII., S. 320; Owen Chadwick: Britain and the Vatican during the Second World War. Cambridge u. a. 1986, S. 86–90, 94–98.

67 Ludlow: Pius XII., S. 338.

68 Kessel schildert Kaas so: „Er war ein großer Herr, ein böser, alter Mann, wobei das Adjektiv ‚böse‘ nicht nur im negativen Sinn zu verstehen ist. Ich besuchte ihn, seit ich in der Vatikanstadt wohnte [1943], ab und an, weil ich Gefallen an ihm fand.“ Albrecht von Kessel: Gegen Hitler und für ein anderes Deutschland. Als Diplomat im Krieg und Nachkrieg. Lebenserinnerungen. Hg. von Ulrich Schlie. Köln u. a. 2008, S. 116.

69 Kopie beim Verfasser. Andere Teile dieses umfangreichen Briefes bezogen sich auf von Brüning beschriebene und kritisierte, aber bisher nicht belegbare finanzielle Transaktionen und Spekulationsgeschäfte des Zentrumsvorsitzenden aus den Jahren 1932/33, sodann auf eine Summe von 50.000,- RM, die Brüning „von angesehener jüdischer Seite“ für die Zentrumspartei erhalten und Kaas übergeben habe, dieser sie jedoch widerrechtlich nach Rom mitgenommen haben. Vgl. Frank Müller: Die „Brüning Papers“. Der letzte Zentrumskanzler im Spiegel seiner Selbstzeugnisse (Europäische Hochschulschriften). Frankfurt am Main u. a. 1993, S. 112, 190. Bereits am 26. Januar 1946 hatte Brüning gegenüber Hendrik Poels die Kaas-Äußerung über die Teilung Deutschlands so wiedergegeben: „Der nicht von Rußland besetzte Teil Deutschlands solle unter französischer Vorherrschaft kommen.“ Brüning: Briefe 1946–1960, S. 27. Ein Memorandum Brünings vom 3. Januar 1947 an Poels enthält das ausführlichere Kaas-Zitat, allerdings ohne den Hinweis auf die Bolschewisierung. Danach habe der Prälat vorgeschlagen, „ganz Deutschland bis zur Elbe und böhmischen Grenze den Franzosen, den Rest den Polen zu übergeben“. Vgl. Christoph Weber (Hg.): Zwischen Hitler und Pius XII. Heinrich Brüning und seine niederländischen Freunde Mgr. Henri Poels, Rector Piet Mommersteeg und Dr. A.J.M. Cornelissen. Briefe und Dokumente (1936–1958) (Studien zur Zeitgeschichte 62). Hamburg 2007, S. 241. Über die vermeintliche Bedeutung dieser Kaas-Äußerung, die nach Brünings Einschätzung gegen

hatte –, lautete dessen Antwort, dass die Wiedergabe von Spellmans Bericht auf „einem völligen Missverständnis“ beruhen müsse.<sup>70</sup>

Für das wiederholt beklagte Fehlen schriftlicher Belege über Kaas' Beratungstätigkeit im Vatikan gibt es Gründe: Zum einen sind die vatikanischen Akten, vornehmlich aus der Kriegszeit, noch nicht alle bekannt, zum anderen hat der Prälat 1943, beim befürchteten Einmarsch deutscher Truppen in den Vatikan, als die SS „bereits am Petersplatz Posten stand“, seine auf das Reichskonkordat bezogenen Unterlagen vernichtet<sup>71</sup>, „auf Geheiß des Papstes“.<sup>72</sup> Dabei anwesend war Paul Franken, der es mir im August 1981 mitgeteilt hat. Dieser Vertrauensmann rheinischer Widerstandskreise (und Informant Adenauers über deren Pläne) verbrachte die Jahre 1943/44 im Dienst der militärischen Abwehr in Rom, auch als ‚Ersatz‘ für Josef Müller, der Anfang April verhaftet worden war.<sup>73</sup> Franken hat Kaas häufig getroffen, auch im Krankenhaus der Grauen Schwestern, in dem Franken wohnte und in dem der Prälat alle zwei Tage eine Spritze gegen seinen Magenkrebs bekommen habe.

Schriftgut von Kaas aus der Zeit nach 1945 befindet sich vermutlich in noch in Vatikanischen Archiven. Aus diesen Jahren sind nur vereinzelte politische Äußerungen überliefert.<sup>74</sup> Gegenüber dem Kölner Erzbischof Josef Kardinal

---

seine Ablehnung des Morgenthau-Plans in Washington gewirkt und seinen dagegen geltend gemachten Einfluss ausgeschaltet haben soll, vgl. Herbert Hömig: Brünig, Politiker ohne Auftrag, Paderborn u. a. 2005, S. 360.

70 So in einer Anmerkung zu Brünings Schreiben an H. Poels vom 26. Januar 1946 (in Anm. 679, S. 28).

71 So Wynen am 28. Dezember 1958 an Schauff mit dem Zusatz: „Dies hat er mir am gleichen Tag bei seinem gewöhnlichen Abendbesuch mitgeteilt.“ Bistumsarchiv Trier, Abt. 85/2139. Nach einem Schreiben Wynens vom selben Tage an mich hat Kaas „alle seine politischen Dokumente, die ihm oder dem Hl. Stuhle hätten schaden können, vernichtet“. Kopie beim Verfasser.

72 Am 21. Januar 1959 schrieb Kaas' Sekretärin, Änny Ricardelli d'Albore, Schauff, dass sie im Januar 1943 „sämtliche Unterlagen, auch Stenoblocks, über die Konkordatsverhandlungen und Aufzeichnungen über die Zeit seiner Tätigkeit als Vorsitzender der Zentrumsparterie usw.“ ihrem Onkel ausgehändigt habe, „da sie bei ihm „sicherer waren als bei mir. Später hat er alles, wie er mir erzählte, auf „höheren Befehl“ [Pacelli] vernichten müssen, und zwar, als die SS sozusagen den Vatikan besetzte, d. h., an der Stadtgrenze auf dem Petersplatz auf- und abmarschierte und Posten stand.“ Kopie beim Verfasser.

73 Über Frankens Tätigkeit in Rom vgl. Riebling: Die Spione des Papstes, S. 270–272. Diese reißerisch aufgemachte Darstellung enthält für Franken und Kaas keine neuen Informationen. In dem Beitrag von Stephen Schröder: Dr. Paul Franken (1903–1984). Ein katholische Akademiker in den rheinischen Widerstandskreisen, in: Historisch-Politische Mitteilungen 17 (2010), S. 175–203, ist Frankens Rolle in Rom 1943/44 S. 199 f. unzureichend dargestellt.

74 Über die von Franken dem Vatikan übermittelten Vorstellungen Adenauers über den „Frieden nach dem Abgang des Dritten Reiches“, zu deren Geheimhaltung er sich noch 1977 mir gegenüber für verpflichtet hielt, sind im Archivio Segréto Vaticano Unterlagen nicht vorhanden. Vgl. den Hinweis in: Hans Peter Mensing (Bearb.): Adenauer im Dritten Reich (Rhöndorfer Ausgabe). Berlin 1991, S. 658 f., Anm. 1. Der frühere Staatssekretär in der Reichskanzlei (1926–1932), Hermann Pünder, der Kaas gut kannte, hielt sich im Mai/

Frings äußerte Kaas im 22. April 1948 seine Sorge<sup>75</sup>, dass die Franzosen das Saarland kirchlich selbständig machen wollten. Eine bessere Lösung sei es, wenn Trier einen eigenen Generalvikar ernenne. Bezeichnend der Zusatz: Kaas wolle nicht, dass er als Quelle für diese Kenntnisse genannt werde.

Zudem habe der Prälat eine Annexion deutscher Gebiete durch Holland („fast gegen das Naturrecht“) abgelehnt: „Reparationen ja, aber nicht in Landabtretungen, die endgültig sein sollen und nur eine Irredenta schaffen!“ Er stehe, obwohl er die „Spaltung der christlichen Parteien in Deutschland“ bedaure, „offensichtlich auf Seiten der CDU“. Er schätze Adenauer „als den Fähigsten“, während Carl Spiecker „den Sozialisten auch innerlich“ zu nahe stehe und Hermann Pünder, Leiter der Bizonenverwaltung in Frankfurt am Main, ein „guter Katholik und Verwaltungsbeamter, aber als Politiker schwach“ sei.

## VII.

Kaas hat seine Heimat nicht mehr besucht, trotz mehrmaliger Anläufe, die ihn bis in die Schweiz führten.<sup>76</sup> Einen Zug von Pilgern aus Trier, die 1950 nach Rom gekommen waren, betrachtete er nur „aus einer Nische der Grotten“<sup>77</sup>, durch die er allerdings deren geistliche Teilnehmer führte.<sup>78</sup> Im selben Jahr unter-

Juni 1945, als entlassener Kriegsgefangener, acht Tage lang in Rom auf – wo er am 3. Juni 1945 auch von Pius XII. empfangen wurde –, und hat anschließend Kaas besucht. Vgl. Tilman Pünder: In den Fängen des NS-Staates. Staatssekretär Dr. Hermann Pünder 1944/45. Münster 2018, S. 187. Pünder bezeichnete in einem Dankbrief vom 16. Oktober 1972 an den Neske-Verlag in Pfullingen für die Zusendung der Schrift von K. Schauff: Erinnerung, Kaas als „großen Deutschen“. Kopie beim Verfasser. Wilhelm Fonk, MDR 1932/33 (Zentrum), teilte am 15. Juni 1972 Karin Schauff mit, dass er sich nach seiner Rückkehr aus russischer Kriegsgefangenschaft bei Kaas gemeldet und von ihm „einen seiner so sympathischen Briefe“ erhalten habe. Kopie beim Verfasser.

75 Druck: Anette Mertens u. a. (Bearb.): Akten deutscher Bischöfe seit 1945. Westliche Besatzungszonen und Gründung der Bundesrepublik Deutschland 1948/49 (Veröffentlichungen der Kommission für Zeitgeschichte, Reihe A: Quellen, Bd. 55). Paderborn u. a. 2010, S. 199 f. Bereits im Januar 1948 war Kaas in die seit 1946 bestehende kirchlichen Hilfsstelle „Opus confraternitatis“ (Priesterhilfe ausländischer Geistlicher für deutsche Flüchtlingspriester) eingeschaltet gewesen. Ebd., S. 80.

76 Am 25. März 1972 teilte mir Prälat Prof. Dr. Johannes Lenz, Trier, der nach 1945 mehrfach in Rom gewesen ist, Folgendes mit: Kaas habe zweimal nach Deutschland kommen wollen, sei aber jeweils in der Schweiz erkrankt. Er, Lenz, habe bereits im Priesterseminar in Trier Zimmer für Kaas herrichten lassen. Nach einer Information von Johannes Schauff vom 4. März 1972 ist Kaas mit dem Ehepaar Schauff „mehrfach“ in Innsbruck gewesen, habe aber „immer irgendeinen Vorwand gefunden oder benutzt“, um nicht nach Deutschland reisen zu müssen. Nach K. Schauff hat Kaas „dreimal einen Ansatz“ zu einer Reise nach Deutschland genommen, „der jedesmal mißglückte“. Erinnerung, S. 21. In einem Gespräch Wilhelm Hamachers mit Kaas im August 1950 soll der Prälat, wie ihm Hamacher in einem Schreiben vom 10. September 1950 bestätigte, den Wunsch nach einem Treffen mit Brüning in der Schweiz ausgesprochen haben. Kopie beim Verfasser.

77 Auskunft Lenz. Wie Anm. 76.

78 Nach einem nicht gezeichneten Artikel im „Trierer Volksfreund“ vom 20./21. Mai 1950.

stützte er im Vatikan die Absicht der Landesregierung von Rheinland-Pfalz, die kirchliche Hochschule in Trier zu einer Theologischen Fakultät umzuwandeln.<sup>79</sup>

Am 23. April 1951, zu seinem 70. Geburtstag, verlieh die Katholisch-Theologische Fakultät in München dem dreifach doktorierten Kaas ihren Ehrendoktor für die „wertvollen Dienste“, die er, durch die Leitung der Ausgrabungen in den Vatikanischen Grotten, „sowohl für die theologische Forschung als auch für den katholischen Glauben geleistet habe“.<sup>80</sup> Kaas konnte sich nicht entschließen, die Ehrung persönlich entgegenzunehmen. Im Konzept seines Dankschreibens vom 15. Mai 1951 an den Dekan der Fakultät, Michael Schmaus, erinnerte er an dessen „wiederholte Romreisen mit Münchner Studenten und Studentinnen aller Fakultäten und verschiedener Bekenntnisse“. Die letzten drei Worte wünschte der Papst gestrichen.

Sein Dankschreiben an Alois Hundhammer für dessen Glückwünsche begann mit dem Satz: „Die Vorsehung hat es gewollt, dass der Schauplatz meiner Arbeit sich seit 1933 wesentlich verschoben hat.“ Kaas erhielt Berge von Glückwünschen, darunter von Bundespräsident Theodor Heuss und vom Vorsitzenden der Unionsfraktion im Bundestag, Heinrich von Brentano. Ebenso gratulierten viele frühere Reichstagskollegen, nicht aber Brüning. Bundeskanzler Adenauer, der Kaas seit Jahrzehnten kannte<sup>81</sup>, übermittelte ihm zwei Glückwunschscheine, ein offizielles und ein persönliches.<sup>82</sup> Darin versicherte er ihm, dass er „mit Freuden und mit einer gewissen Wehmut“ an die „Jahre gemeinsamer

79 Am 11. November 1949 hatte der Mainzer Justiz- und Kultusminister, Adolf Süsterhenn (CDU), Kaas die Bereitschaft mitgeteilt, dem Antrag von Bischof Franz Rudolf Bornewasser vom 12. Juli 1949 zu entsprechen und das Priesterseminar als Theologische Hochschule zu bezeichnen. Kopie beim Verfasser. Vgl. Christoph von Hehl: Adolf Süsterhenn (1905–1974). (Forschungen und Quellen zur Zeitgeschichte 62). Düsseldorf 2013, S. 305 f. Der Jg. 60 der Trierer Theologischen Zeitschrift (1951), der auch die amtlichen Dokumente sowie Berichte über die Eröffnung der Fakultät enthält, war Kaas und Bischof Matthias Wehr wegen ihrer Verdienste um die Errichtung der Fakultät gewidmet; Kaas habe sie schon als Professor des Priesterseminars „erstrebt und jetzt die Gründung wohlwollend gefördert“.

80 Vgl. den Auszug eines anderen Teiles dieses Schreibens bei Wynen: Ludwig Kaas, S. 18. In einer Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats Salat vom 22. Januar 1953 heißt es, dass durch den Tod von Kaas „Deutschland eines hervorragenden Sachkenners und wertvollen Fürsprechers beraubt“ worden sei. Michael Feldkamp (Hg.): Die Beziehungen der Bundesrepublik Deutschland zum Heiligen Stuhl 1949–1966. Aus den Vatikanakten des Auswärtigen Amtes. Eine Dokumentation. Köln u. a. 2000, S. 20.

81 Vgl. Rudolf Morsey: Adenauer und Ludwig Kaas (1929–1933), in: Rudolf Morsey/Konrad Reppen (Hg.): Adenauer-Studien III. Untersuchungen und Dokumente zur Ostpolitik und Biographie (Veröffentlichungen der Kommission für Zeitgeschichte, Reihe B: Forschungen, Bd. 15). Mainz 1974, S. 226–242. Dagegen steht die von Albrecht von Kessel, Gesandtschaftsrat an der Vatikanbotschaft 1943–1945, aus der Nachkriegszeit überlieferte Äußerung, Kaas habe Adenauer als „üblen Separatisten“ bezeichnet, ders.: Gegen Hitler und für ein anderes Deutschland, S. 116.

82 Druck: Wynen: Ludwig Kaas, S. 16.

Arbeit“ zurückdenke.<sup>83</sup> Er verknüpfte sein Gedenken zugleich mit einer parteipolitischen Aktion. Im Bundesvorstand der CDU schlug er „geeignete Schritte“ vor, „um Prälat Kaas für die CDU zu reklamieren und zu verhindern, daß das Zentrum mit ihm Reklame macht“.<sup>84</sup>

Offensichtlich wusste oder vermutete Adenauer, dass sich Kaas gegenüber Wilhelm Hamacher (Troisdorf, Deutsche Zentrumspartei) im Vorjahr skeptisch über den Fortbestand der Union geäußert hatte.<sup>85</sup> Er beließ es allerdings bei dem zitierten Hinweis. Wenige Wochen später, im Juni 1951, führte Kaas den Bundeskanzler, während eines Staatsbesuchs im Vatikan, durch die Peterskirche und die Grotten.<sup>86</sup>

Als Ende desselben Jahres der münsterische Kirchenhistoriker Georg Schreiber seinen früheren Reichstagskollegen besuchte, erlebte er ihn „lebhaft, frisch und stark teilnehmend, wie sonst voller Fragen und Anliegen“, aber von Heimweh gezeichnet; er wolle im nächsten Jahr mit dem Flugzeug ins Rheinland kommen.<sup>87</sup> Kaas habe gewünscht, dass die „Geschehnisse zur Abwehr des Nazismus“ festgehalten würden.

Dieser hatte sich inzwischen gegenüber Johannes Schauff bereiterklärt, durch Auskünfte, auch auf der Grundlage eines entsprechenden Fragebogens, daran mitzuwirken, das Verhalten des Zentrums und der deutschen Katholiken in den letzten Jahren der Weimarer Republik und während des Hitler-Regimes zu erforschen; denn er habe vorausgesehen, dass es „heftig umstritten werden würde“.<sup>88</sup> Nach Kaas' Tod hielt Schauff an diesem Plan fest und ergänzte ihn um das Thema Emigration von Christlichen Demokraten. 1959 erwog er die Publikation einiger ausgewählter Reden von Kaas, mit Grußworten von Kardinal Montini und Adenauer. Schauffs Initiative führte ein Jahr später, im Zusammen-

83 Kopie im Besitz des Verfassers. Erwähnt bei May: Ludwig Kaas, S. 552, Anm. 29.

84 Vgl. Adenauer: „Es mußte alles neu gemacht werden.“ Die Protokolle des CDU-Bundesvorstands 1950–1953. Bearb. von Günter Buchstab (Forschungen und Quellen zur Zeitgeschichte 8). Stuttgart 1986, S. 26.

85 Das hatte Hamacher am 10. April 1951 dem Bischof von Trier, Franz Rudolf Bornewasser, mitgeteilt (Landeshauptarchiv, Abt. Rheinland in Düsseldorf, RWN 48/31–34), aber vermutlich auch anderen. In Hamachers Glückwunschschreiben vom 12. Mai 1951 zum 70. Geburtstag von Kaas ist die Rede von „dankbarer Erinnerung an die Unterredungen“ mit Kaas „bei meinen beiden Romreisen im vergangenen Jahre“. Kopie beim Verfasser.

86 Bei Wynen: Ludwig Kaas, ist zwischen S. 36 und 37 ein undatiertes Foto abgedruckt, das Adenauer, „in Begleitung von Prälat Kaas“, in den Grotten zeigt.

87 Prälat Ludwig Kaas†, in: Kirche und Leben (Münster) vom 11. Mai 1952. Weitere Hinweise Schreibers über Kaas in: Georg Schreiber (1882–1963). Ein Leben für Wissenschaft, Politik und Kirche vom Kaiserreich bis zur Ära Adenauer. Hg. von Rudolf Morsey. Sankt Augustin/Berlin 2016, im Register, S. 302.

88 Dazu vgl. die Denkschrift Schauffs vom Januar 1961. Vgl. K. Schauff: Erinnerung, S. 27 f.

hang meiner 1960 erschienenen Studie über das Ende der Zentrumspartei, zur Gründung der Kommission für Zeitgeschichte.<sup>89</sup>

### VIII.

Ein letztes Mal zurück nach Rom. Dort fand Gottfried Reinhard Treviranus Anfang 1952 Kaas „müde, leidend und verbittert“.<sup>90</sup> Höchst lebhaft hingegen erlebten ihn am 23. April 1952 der Tübinger Rechtshistoriker Hans Erich Feine und vier Fachkollegen, die der Prälat drei Stunden lang durch die „neuen Grotten und Ausgrabungen“ führte.<sup>91</sup> Den Abend verbrachte er („heiter und aufgeschlossen“) noch bei Prälat Arthur Wynen, musste am nächsten Tag in ein Krankenhaus und starb dort am folgenden Vormittag an einen Darmdurchbruch.<sup>92</sup> Kaas fand zunächst eine provisorische und acht Jahre später eine eigene Grabstätte auf dem Campo Santo Teutonico, neben dem Petersdom.<sup>93</sup> Pius XII. hatte eine Entscheidung über das Grab „in Aussicht gestellt“, aber nicht getroffen. Sein Nachfolger, Johannes XXIII., lehnte eine Umbettung in die Grotten ab.<sup>94</sup> Erst Paul VI. stimmte ihr zu. Angeregt hatte sie Schaufß, erreicht Bundesminister Heinrich Krone in einer Audienz am 28. Oktober 1964.<sup>95</sup> Die Teilnehmer, die sich nach der Umbettung am 20. Februar 1965 zu einer kleinen Feier in der

89 Vgl. Morsey: Gründung und Gründer der Kommission für Zeitgeschichte, S. 119–151; Mark Edward Ruff: „Katholische Kirche im Dritten Reich“. Kritik und Kritiker in der Ära Adenauer, in: Wilhelm Damborg/Karl-Joseph Hummel (Hg.): Katholizismus in Deutschland. Zeitgeschichte und Gegenwart (Veröffentlichung der Kommission für Zeitgeschichte, Reihe B: Forschungen, Bd. 130). Paderborn 2015, S. 25–38, hier 25–28; Ruff: *The Battle for the Catholic Past in Germany*, S. 113–120.

90 Gottfried Reinhard Treviranus: *Das Ende von Weimar. Heinrich Brüning und seine Zeit*. Düsseldorf 1968, S. 385.

91 Vgl. Hans Erich Feine: In memoriam Ludwig Kaas, in: *Zeitschrift der Savigny-Stiftung für Rechtsgeschichte* 69, Kanonistische Abt. 38 (1952), S. 569 f. Am selben Abend war Kaas noch bei Wynen, wie dieser in seinem schon erwähnten Schreiben vom 25. April 1952 Bischof Wehr mitteilte. Morsey: Kaas I, S. 273, Anm. 15.

92 Wynen: Ludwig Kaas, S. 13.

93 Dieses Grab besucht Bundeskanzler Adenauer bei seinem Staatsbesuch am 5. Juli 1956. Erwähnt im Bericht des Botschafters Jaenicke vom 10. Juli 1956 an das Auswärtige Amt, in: Feldkamp: *Die Beziehungen der Bundesrepublik Deutschland*, S. 183.

94 Nach mündlichen Mitteilungen Schaufßs sowie nach der Darstellung bei K. Schaufß: Erinnerung, S. 21 f., und einem Vermerk Schaufßs vom 7. Juni 1978: Über die Begräbnisstätte von Msgr. Ludwig Kaas in den Grotten von St. Peter. Kopie beim Verfasser. Vgl. ferner May: Ludwig Kaas, S. 574 und Albrecht Weiland: *Der Campo Santo Teutonico in Rom und seine Grabdenkmäler*. Freiburg im Breisgau u. a. 2. Aufl. 1988, S. 196–199; „Denkmal für Ludwig Kaas“.

95 Dazu vgl. Krones Eintrag vom 22. November 1964 über das Gespräch mit dem Papst, in: *Tagebücher. Zweiter Band: 1961–1966*. Bearb. von Hans-Otto Kleinmann (Forschungen und Quellen zur Zeitgeschichte 48). Düsseldorf 2003, S. 334.



Ottonenkapelle einfanden, ließ Exkanzler Adenauer grüßen.<sup>96</sup> Unter ihnen fehlte der katholische Vatikanbotschafter.<sup>97</sup> Man kann Kaas' dritte Grablegung als späte Versöhnung früherer Weggefährten mit ihrem umstrittenen Vorsitzenden sehen. Denn auch Krone, Schauff und Schreiber hatten dem Ermächtigungsgesetz zugestimmt, ebenso die anderen bereits genannten Zentrumspolitiker (Föhr, Fonk, Joos, Schmitt und Weber), aber auch Reinhold Maier und Theodor Heuß von der Deutschen Staatspartei.

Kaas überlebte das von ihm zunächst in seiner Gefährlichkeit unterschätzte Hitler-Regime in Rom und im Vatikan als isolierter, aber privilegierter Exilant. Er glaubte ab April 1933, seinem Land und seiner Kirche nur noch „von außen“ dienen und helfen zu können, hat seinen „Arbeitsplatz“ im Vatikan nicht mehr verlassen und es nach 1945 nicht über sich gebracht, seine Heimat auch nur zu besuchen. Für viele seiner früheren Parteifreunde blieb er der „Sündenbock“ für den ruhmlosen Untergang des Zentrums.

Seine Diskretion und Verantwortungsscheu, das Schweigen über seine politische Vergangenheit und das Fehlen von Erinnerungen wie eines durch seinen plötzlichen Tod verhinderten Zukunftsentwurfs bestimmen das Urteil über den politisch gescheiterten „Zentrumsprälaten“. Hingegen fanden seine Erfolge als Ausgräber unter St. Peter weltweite Aufmerksamkeit. Seine römischen Jahre, als Mitarbeiter und Vertrauter des Kardinalstaatssekretärs wie Papst Pius' XII., verdienen weitere Forschung.

96 Am 18. Februar 1965 hatte der Bundeskanzler a. D. Botschafter Jansen um diese Grüße gebeten; er habe „den um unser Land hochverdienten Mann [korrigiert aus: Politiker] hoch geschätzt“. Stiftung Bundeskanzler-Adenauer-Haus in Bad Honnef-Rhöndorf, NL Adenauer II/20. Nach K. Schauff war „die begrenzte, damals in Rom anwesende Zahl seiner [Kaas'] Freunde und Verehrer zwar vollzählig bei der kleinen Feier“ erschienen, auch je ein Vertreter aus Trier und der CDU/CSU-Fraktion aus Bonn, „aber im großen und ganzen verhielt man sich von deutscher Seite kühl“, in: Erinnerung, S. 24. Das Fehlen des Botschafters ist dort nicht vermerkt. Am 12. März 1965 schrieb Adenauer K. Schauff, dass er mit seinem „Freunde“ Kaas „sehr miteinander verbunden“ gewesen sei, in: Institut für Zeitgeschichte, München, ED 346/22.

97 Jansen traute sich – im Zuge der von Rolf Hochhuth seit 1963 ausgelösten Diskussionen gegen und um Pius XII. – nicht, wie er Schauff am Vortag mitgeteilt hatte, an der Umbettung des „umstrittenen Prälaten“ teilzunehmen. Das teilte mir Schauff am 4. März 1972 mit.



## **Christen in der Volksfront? Die Exil-KPD, die katholische Kirche und das Nationalkomitee „Freies Deutschland“ 1933–1945\***

**Wolfgang Tischner**

Als Ende April 1945 die sowjetischen Truppen Berlin erreichten, die Hauptstadt des stark geschrumpften „Großdeutschen Reiches“, und sie in blutigem Kampf eroberten, kam es zu entsetzlichen Plünderungen und Vergewaltigungen. Bei einer Gruppe der deutschen Bevölkerung allerdings, die selbst mit dem Schlimmsten gerechnet hatte, hielten sich die Misshandlungen – im Vergleich – ziemlich in Grenzen, zu ihrer eigenen großen Verwunderung. Der Berliner Pfarrer Walter Adolph berichtet, wie erstaunt er über den Umgang der Roten Armee mit ihm und den anderen Berliner Geistlichen gewesen sei.<sup>1</sup> Adolph war ein erklärter Gegner des NS-Regimes<sup>2</sup> und nicht anfällig gegenüber der Goebbels-Propaganda über den grausamen Bolschewismus. Vergleichbare Zeugnisse liegen auch von anderen Geistlichen vor.

Ähnliches gilt für die Gründung der Christlich-Demokratischen Union. Heute erscheint in natürlich teleologischer Sicht die Gründung einer interkonfessionellen, dezidiert christlichen Partei direkt nach Kriegsende als logische Konsequenz aus in der Vorkriegszeit und im Widerstand angelegten Entwicklungslinien. Verfolgt man die Einschätzung der damals Beteiligten, etwa des Berliner CDU-Gründers Andreas Hermes, so war die bereitwillige Lizenzierung einer dezidiert christlich ausgerichteten Partei durch die Sowjets alles andere als erwartbar.<sup>3</sup> Bei den Zeitgenossen haben 1945 der Umgang der Soldaten der erklärt atheistischen Sowjetunion mit den Kirchen und die sofortige Zulassung der Christlich-Demokratischen Union großes Erstaunen erregt. Offenbar hatte es eine von den Kirchen bis dahin nicht umfassend wahrgenommene Positionsveränderung in der Haltung des Weltkommunismus gegenüber den Kirchen und christlichen Parteien gegeben. Wie kam es während der Exilzeit 1933 bis 1945 zum Wandel der Haltung auch der KPD gegenüber der Christlichen Demokratie und den Kirchen?

---

\* Erweiterte Fassung eines Vortrages auf der Tagung „Christliche Demokraten im Exil“ der Konrad-Adenauer-Stiftung in Berlin am 19. Mai 2016.

1 Walter Adolph: Kardinal Preysing und zwei Diktaturen. Sein Widerstand gegen die totalitäre Macht. Berlin (West) 1971, S. 201–207.

2 Walter Adolph: Geheime Aufzeichnungen aus dem nationalsozialistischen Kirchenkampf 1935–1943. Bearb. von Ulrich von Hehl (Veröffentlichungen der Kommission für Zeitgeschichte, Reihe A: Quellen, Bd. 28). 4. Aufl. Mainz 1987.

3 Anna Hermes: Und setzt ihr nicht das Leben ein. Andreas Hermes – Leben und Wirken. Nach Briefen, Tagebuchaufzeichnungen und Erinnerungen. Stuttgart 1971, S. 199–203.

Bei der Klärung dieser Frage soll zuerst auf die Politik der KPD im Exil eingegangen werden, zwischen dem Beginn der nationalsozialistischen Diktatur 1933 und dem Kriegsausbruch 1939, der mit dem Hitler-Stalin-Pakt für die KPD eine Zäsur bedeutete. In einem zweiten Abschnitt wird es dann um die Umsetzung von Volksfront-Vorstellungen im Nationalkomitee „Freies Deutschland“ gehen, der nach der Niederlage von Stalingrad gegründeten Organisation von KPD und Kriegsgefangenen, und abschließend wird zu fragen sein, welche Auswirkungen dies auf die Ausprägung der Christlichen Demokratie im sowjetisch kontrollierten Teil Deutschlands nach 1945 hatte.

### *KPD und Kirchen zwischen 1933 und 1939*

Die kirchenpolitischen Vorstellungen der deutschen Kommunisten in der Weimarer Republik folgten der traditionell antiklerikalen marxistischen Deutung wie sie die SPD im Kaiserreich vertreten hatte, die in Religion „Opium für das Volk“ und in „Kirchen Handlanger der herrschenden Klassen“ sah. Direkte Angriffe auf die Konfessionsschulen wurden ergänzt um eine halbherzige Unterstützung des Freidenkerverbandes.<sup>4</sup> Noch 1930 drohte die KPD für den Fall eines Wahlsieges den Kirchen beider Konfessionen mit dem Stopp der finanziellen Unterstützung seitens des Staates: „Wir werden die Staatskasse von allen unproduktiven Ausgaben für Polizei und Kirche [...] befreien.“<sup>5</sup> Zu ersten Ansätzen eines Umdenkens kam es erst in der Endphase der Weimarer Republik, als etwa der KPD-Vorsitzende Ernst Thälmann in einem Artikel in der „Internationalen“ sich dem Problem der in die Arbeiterschaft hinreichenden Zentrumswählerschaft widmete.<sup>6</sup> Als nach der NS-Machtergreifung klar wurde, dass weder die Regierung Hitler schnell zusammenbrechen noch es zu einem Massenaufstand der deutschen Arbeiter kommen würde, setzte ein deutliches Umdenken ein. 1933 gab es die ersten Appelle seitens der KPD an die katholische Arbeiterschaft, gemeinsam den Nationalsozialismus zu bekämpfen, in einem offenem Brief an die „sozialdemokratischen und christlichen Arbeiter“.<sup>7</sup> Wurde anfangs nur die christliche Arbeiterschaft als potentieller Bündnispartner gesehen, setzte sich in der KPD-Führung bald die Erkenntnis durch, dass die Basis für einen

4 Dazu Michael Rudloff: Weltanschauungsorganisationen innerhalb der Arbeiterbewegung der Weimarer Republik (Europäische Hochschulschriften, Reihe III: Geschichte und ihre Hilfswissenschaften 499). Frankfurt am Main u. a. 1991 S. 85–126.

5 Lothar Bertholt/Ernst Diehl (Hg.): Revolutionäre deutsche Parteiprogramme. Vom Kommunistischen Manifest zum Programm des Sozialismus. 3. Aufl. Berlin (Ost) 1967, S. 126.

6 Gerhard Wolter: Die Strategie und Taktik der KPD und SED bei der Einbeziehung christlicher Kräfte in die Lösung der Lebensfragen der deutschen Nation (1933–1950). Habilitation masch. Leipzig 1968, S. 25–27.

7 Brief vom 27. Februar 1933, abgedruckt bei Klaus Drobisch/Gerhard Fischer (Hg.): Widerstand aus Glauben. Christen in der Auseinandersetzung mit dem Hitlerfaschismus. Berlin (Ost) 1985, S. 38 f.

Widerstand gegen Hitler breiter sein müsste. Die „Volksfront“-Konzeption wurde entwickelt, bei der alle nicht-NS-nahen Kräfte zusammenarbeiten sollten. Zuvorders zielte diese Konzeption auf die Sozialdemokraten, aber eben in zweiter Linie auch auf bürgerliche Kräfte, und die Zusammenarbeit sollte natürlich unter Führung der KPD stattfinden. Konkreter wurde der sich andeutende Kurswechsel der Kommunisten in der Vorbereitung einer punktuellen Zusammenarbeit der Jugendverbände – wobei auf katholischer Seite dies eine Einzelaktion des kommunistenfreundlichen Kaplans Joseph Rossaint<sup>8</sup> war, für die es keine Billigung seitens der kirchlichen Hierarchie gab. Geplant war eine gemeinsame Kundgebung der katholischen Sturmschar mit dem illegalen Kommunistischen Jugendverband Deutschlands.<sup>9</sup> Die katholischen Jugendverbände freilich distanzieren sich später öffentlich in scharfer Form.<sup>10</sup> Die Positionsveränderung der KPD führte auch zu veränderten Aussagen in Bezug auf ein befreites, kommunistisch regiertes Deutschland. In einem Bericht der Bezirksleitung Niederrhein der KPD vom Februar 1934 heißt es: „Was werden wir Kommunisten in der Frage der Religion machen, wenn wir die Macht erobern? Die Kommunisten sind ein Teil des Proletariats und werden deshalb niemals einen Teil ihrer eigenen Klasse drangsaliieren, nur weil diese Arbeitsbrüder Gläubige sind. Wir werden die Trennung von Staat und Kirche durchführen und allen Gläubigen weitgehende religiöse Freiheiten lassen.“<sup>11</sup>

Die nächste Stufe der kommunistischen Bündnisversuche ergaben sich im Umfeld der Saarabstimmung 1934/35 über eine Rückgliederung an das mittlerweile nationalsozialistisch regierte Deutsche Reich. Der Saarkampf war für die KPD auch ein Versuch, sich aus ihrer Isolation innerhalb des deutschen Widerstandes und Exils zu lösen. In einem eigenen Aufruf an die Katholiken des Saargebietes vom August 1934 versprach die KPD den Katholiken explizit, katholi-

8 Joseph Rossaint (1902–1991), in der Weimarer Republik Mitglied des Zentrums und des Friedensbundes der deutschen Katholiken, 1937–1945. Der deutliche Sympathien für die KPD entwickelnde Rossaint wurde dadurch für die DDR-Forschung zu einer Art „Vorzeigekatholik“, vgl. die Biographie von Karl Hiekisch: Joseph Rossaint. (Christ in der Welt, H. 69). Berlin (Ost) 1989.

9 Die Umstände dieser Aktion finden sich in einem Erinnerungsbericht der beteiligten Kommunistin Carola Karg, vgl. Drobisch/Fischer: Widerstand aus Glauben, S. 53–58.

10 Akten deutscher Bischöfe über die Lage der Kirche 1933–1945. Bd. 2: 1934–1935. Bearb. von Bernhard Stasiewski (Veröffentlichungen der Kommission für Zeitgeschichte, Reihe A: Quellen, Bd. 20). Mainz 1976, Dok. 229/II f, S. 302, Erklärung des Führers der katholischen Jugendverbände, Wolker, vom 11. August 1935: „Es ist nie und nirgends an katholische Jugendverbände ein Bündnisangebot kommunistischer Jugend oder sonst von kommunistischer Seite gerichtet worden, und es ist selbstverständlich für uns als Katholiken und als deutsche Staatsbürger, dass jeder solcher Versuche sofort zurückgewiesen und gerichtlicher Verfolgung übergeben würde.“

11 Ebd., S. 62–64.

sche Institutionen nicht anzutasten.<sup>12</sup> Ein messbarer Erfolg war diesen Avancen allerdings nicht beschieden, dafür war nach den Angriffen zu Zeiten der Weimarer Republik das Misstrauen der Katholiken gegenüber der KPD viel zu tief. Die religionspolitische Zurückhaltung, die die NS-Parteivertreter im Saarkampf walten ließen, sowie der Appell der katholischen Bischöfe zur Parteinahme für das Reich taten ein Übriges, dass sich gerade die katholische Wählerschaft gegen den Status quo und für den Anschluss an das Reich entschied.<sup>13</sup>

Grundsätzlich scheinen die kommunistischen Aufrufe zur Bildung von „antifaschistischen Bündnissen“ von katholischer Seite anfangs nur in Einzelfällen überhaupt wahrgenommen worden zu sein. Erwähnung fand die KPD in Verlautbarungen der katholischen Kirche zu dieser Zeit nur, wenn die Bekämpfung des Kommunismus durch den NS-Staat gewürdigt wurde. Lange hielt sich auf katholischer Seite noch die von Hitler sorgsam gepflegte Illusion, dass die gemeinsame Ablehnung des Kommunismus zu einem Abbau der Spannungen zwischen „Drittem Reich“ und Kirche führen könnte.<sup>14</sup> Die Annäherung der KPD an die Katholiken war praktisch ein rein interner kommunistischer Prozess und kein beiderseitiges Aufeinanderzugehen. Gleichzeitig machten der Verfolgungsdruck durch den NS-Staat und die Erfolglosigkeit der bisherigen KPD-Politik eine deutliche Kursänderung nötig.

Die sich andeutende Wende in der kommunistischen Politik wurde 1935 für den Weltkommunismus kanonisiert. Auf dem VII. Kongress der Komintern, der vom 25. Juli bis 30. August 1935 in Moskau tagte, wurde nach von Stalin festgelegten Richtlinien die „Volksfrontpolitik“ formuliert, die zur Überwindung von Nationalsozialismus und Faschismus eine Zusammenarbeit in erster Linie mit Sozialdemokraten, aber auch allen bürgerlichen Gegnern der faschistischen Bewegungen vorsah, explizit auch den Katholiken. Der wohl wichtigste Komintern-Politiker, der Bulgare Georgi Dimitroff, erklärte: „Gemeinsame Aktionen der beiden Internationalen gegen den Faschismus würden [...] einen mächtigen Einfluss auf die katholischen [...] Arbeiter ausüben.“<sup>15</sup> Damit war eine für die spätere Struktur der DDR wichtige Weichenstellung vollzogen, da das Volksfront-Konzept Vorbild für die Blockpolitik in SBZ und DDR wurde.

12 Ebd. S. 82–84: „Wir versichern euch die vollste Glaubens, Religions- und Gewissensfreiheit. Wir werden eure kirchlichen Einrichtungen, die eurer Religion dienen, niemals antasten! Wir werden niemals Katholiken an der Ausübung ihrer Religion hindern!“

13 Zur Abstimmung im Saargebiet und den Katholiken aus kommunistischer Perspektive siehe Erich Honecker: *Aus meinem Leben*. 4. Aufl. Berlin (Ost) 1981, S. 77–88; zu den Katholiken 85.

14 Vgl. etwa den Hirtenbrief der deutschen Bischöfe vom 3. Juni 1933, in dem sie den Wunsch aussprechen, dass „nicht mehr der mörderische Bolschewismus mit seinem satanischen Gotteshass die deutsche Volksseele bedrohen“ möge. Akten über die Lage der Kirche 2, Dok. 45, S. 243.

15 Zitiert nach Arnold Sywottek: *Deutsche Volksdemokratie. Studien zur politischen Konzeption der KPD 1935–1946 (Studien zur modernen Geschichte 1)*. Düsseldorf 1971, S. 41.

Die KPD setzte diese Richtlinien auf der „Brüsseler Konferenz“ vom 3. bis 15. Oktober 1935 in Kunzewo bei Moskau um. In der Diskussion wurde deutliche Kritik an der bisherigen Haltung der Partei gegenüber der katholischen Kirche geübt; man begann die Katholiken, die sich gerade zu dieser Zeit verstärkten NS-Represionen ausgesetzt sahen, als potentiell wertvolle Bündnispartner wahrzunehmen.<sup>16</sup> Die Resolution machte den Kurswechsel deutlich: „Wir Kommunisten kämpfen für die Versammlungs- und Organisationsfreiheit, für die Freiheit der Presse und der Meinungsäußerung, für Glaubens- und Gewissensfreiheit [...] Wir stehen an der Seite der katholischen Oppositionsbewegung zur Verteidigung ihrer selbständigen Organisationen.“<sup>17</sup>

Wenn auch dieser Kurswechsel aus der politischen Notlage der KPD zu erklären ist und keinen Verzicht auf das kommunistische Endziel einer religionsfreien Gesellschaft darstellte, gaben diese Resolutionen andererseits eine kirchenpolitische Mindesttoleranz vor, hinter die die Kommunisten später nur schwer zurückkonnten.<sup>18</sup> Die Avancen richteten sich dabei bei den deutschen Kommunisten nur an die Katholiken, da diese anders als die ebenfalls NS-kritische evangelische Bekennende Kirche eine Massenbasis hatten und vom KPD-Vorsitzenden Wilhelm Pieck der nach seinen Worten der „sehr zahmen evangelischen Kirche“ kein ernsthaftes Widerstandspotential zugetraut wurde.<sup>19</sup>

Die Zugeständnisse an die Katholiken gingen sogar noch weiter. Auf einer Sitzung des Führungsgremiums der KPD vom 12. bis 16. Juni 1936 in Paris wurden „Richtlinien für die Ausarbeitung einer politischen Plattform für die deutsche Volksfront“ beschlossen, die „Staatsgrundsätze des neuen Deutschen Reiches“ enthielten.<sup>20</sup> Darin heißt es: „Es [das neue Reich, W. T.] sichert den Angehörigen aller [...] nichtfaschistischen politischen, weltanschaulichen und religiösen Richtungen das volle und uneingeschränkte Recht, sich zur Vertretung ihrer Interessen und Anschauungen zusammen zu schließen. Es ist bereit, mit den Kirchen und Religionsgemeinschaften die von ihnen gewünschten Verträge zur Sicherung ihres selbständigen Lebens abzuschließen.“ Man kann dies wohl

16 Klaus Mammach (Bearb.): Die Brüsseler Konferenz der KPD (3.–15. Oktober 1935). Berlin (Ost) 1975, S. 444, 532–536.

17 Bertholt/Diehl: Revolutionäre Parteiprogramme, S. 146 f.

18 Interessanterweise vollzog die Exil-SPD keinen Positionswandel, sondern schrieb ihre traditionell kirchenfeindlichen Positionen fort. Noch das „Prager Manifest“ der SPD vom Januar 1934 redet davon, dass eine „Trennung der Kirche vom Staat“ (Prager Manifest der SPD 1934, in: Michael G. Antoni: Sozialdemokratie und Grundgesetz. Bd. 1: Verfassungspolitische Vorstellungen der SPD von den Anfängen bis zur Konstituierung des Parlamentarischen Rates 1948. Berlin 1991, S. 291–302, hier 295) notwendig sei, um ein erneutes Aufkommen des Nationalsozialismus zu verhindern, und dass das Kulturleben vor „kirchlicher Gewalt“ geschützt werden müsse (ebd., S. 298).

19 Wolter: Strategie und Taktik: S. 42.

20 Abgedruckt bei Walter Ulbricht (Hg.): Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. Bd. 5. Von Januar 1933 bis Mai 1945. Berlin (Ost) 1966, S. 482 f., vgl. auch die Darstellung der Tagung bei Wolter: Strategie und Taktik, S. 47–52, der diesen Aspekt nicht behandelt.

nur als das Angebot verstehen, das Reichskonkordat weitergelten zu lassen oder neu zu verhandeln.

Der Erfolg dieses Werbens blieb aus, was neben der Erinnerung an die bisherige antiklerikale Haltung der KPD vor allem an den Auswirkungen des Spanischen Bürgerkriegs seit 1936 lag. In der Anfangsphase des Krieges in Spanien erschossen republikanische Verbände eine große Zahl spanische Geistliche und Ordensschwester. In der nationalsozialistisch gesteuerten deutschen Presse wurde darüber ausführlich berichtet, weil Hitler versuchte, im Antibolschewismus ein gemeinsames Feld mit der katholischen Kirche zu definieren. Gleichzeitig wurde in der NS-Presse der einzige nennenswerte Fall von katholisch-kommunistischer Zusammenarbeit, der sogenannte „Berliner Katholikenprozess“ 1936/37 gegen den schon erwähnten Kaplan Joseph Rossaint, breit abgehandelt.<sup>21</sup> Dies spielte paradoxer Weise der KPD in Hände, die zu Recht dadurch die Verbreitung ihrer Volksfront-Konzeption erwartete.<sup>22</sup> Das Interesse der kommunistischen Parteileitung führte sogar zur Entsendung eines unverdächtigen Vertrauensmannes nach Berlin, um Informationen über den Prozessverlauf zu erhalten. Er konnte ein Gespräch mit dem Berliner Bischof Konrad von Preysing führen, der freilich nicht wusste, dass er sich mit einem kommunistischen Informanten besprach.<sup>23</sup>

Die Vorwürfe in der NS-Presse über eine Zusammenarbeit von Katholiken und Kommunisten führten seitens des Vorsitzenden der Fuldaer Bischofskonferenzen, des Breslauer Kardinals Bertram, und des für die Presse zuständigen Berliner Bischofs von Preysing zu einer klaren Distanzierung gegenüber jeglicher möglichen Zusammenarbeit mit der KPD.<sup>24</sup> Mehrmals, besonders 1935, 1936 und

21 Vgl. zum Prozess Karl Heinz Jahnke: Jungkommunisten im Widerstandskampf gegen den Hitlerfaschismus. Dortmund/Berlin (Ost) 1977, S. 234–240, sowie Klaus Gotto: Die historisch-politische Beurteilung des Zentrums aus nationalsozialistischer Sicht, in: Karl Dietrich Bracher u. a. (Hg.): Staat und Parteien: Festschrift für Rudolf Morsey zum 65. Geburtstag. Berlin 1992, S. 711–726, der freilich das Ausmaß der kommunistischen Annäherungsversuche unterschätzt.

22 Vgl. eine Ausarbeitung der KPD-Führung zum Prozess, abgedruckt bei Luitwin Bies (Hg.): Neue Dokumente zum Berliner Katholiken-Prozess 1937, in: Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung 34 (1992), S. 83–94, hier 88: „Durch den Prozess wurde der Begriff der Einheitsfront und die Absicht unserer Partei, eine gemeinsame Front gegen den Faschismus zwischen Katholiken und Kommunisten zu bilden, an die Öffentlichkeit getragen.“

23 Bericht des Informanten Joe Nordmann, ebd., S. 94: „Ich besuchte den Bischof in Berlin mit Herrn de St. Chamas, dem ich als Dolmetscher diente. Der Bischof von Berlin erhielt nur erst durch uns Kenntnis von den Verhandlungen, denen wir beigewohnt hatten [...]. Während unseres Besuches war die Gestapo im Hause. Der Bischof hat eine ziemlich energische gegen die Nazis eingestellte Haltung.“

24 Akten über die Lage der Kirche 2, Dok. 229/IIe, S. 300 f.; Kardinal Bertram an Frick und Goebbels am 12. August 1935, in: Akten deutscher Bischöfe über die Lage der Kirche 1933–1945. Bd. 4: 1936–1939. Bearbeitet von Ludwig Volk (Veröffentlichungen der Kommission für Zeitgeschichte, Reihe A: Quellen, Bd. 30). Mainz 1981, Dok. 343, S. 68–70, Bischof von Preysing an Goebbels am 9. Januar 1937, ebd., Dok. 436, S. 416–420, Bischof von Preysing an Goebbels am 15. Januar 1938.



1938, gab es Hirtenworte der deutschen Bischöfe, die explizit die Zusammenarbeit mit den Kommunisten ablehnten.<sup>25</sup> Seitens des Kirchenhistorikers Gerhard Besier ist diese Distanzierung umgedeutet worden in eine Akzeptanz nationalsozialistischer Stereotype eines „jüdischen Bolschewismus“.<sup>26</sup> Dies hat jedoch keine Basis in den Quellen: Die kirchlichen Stellungnahmen richteten sich immer nur gegen die kommunistische Ideologie und haben keinerlei rassistische Komponente. Dabei stimmte die Haltung der katholischen Kirche in Deutschland völlig mit der des Vatikans überein. Auch die kleine katholische Exilpresse, die keine direkten Repressalien des NS-Regimes zu befürchten hatte, war den kommunistischen Avancen gegenüber nicht wohlgesinnter: Die von Waldemar Gurian redigierten „Deutschen Briefe“ etwa kritisierten 1936 die kommunistischen Annäherungsbemühungen als unglaubwürdig anhand der Versuche der sowjetischen Presse, den Papst als Helfer des Nationalsozialismus darzustellen.<sup>27</sup> Deutlich wurden wenig später die NS-Propaganda und die kommunistischen Volksfrontbemühungen gleichgestellt: „Ebenso wenig wie man sich rühren lassen darf, wenn der rote Wolf im Schafspelz Krokodilstränen für das in Deutschland unterdrückte Christentum vergießt, wenn also Kommunisten katholische Arbeiter zu betören suchen, ebenso wenig darf man die propagandistische Ausweitung spanischer Priesterleichen durch die braune Propagandahyäne ernst nehmen.“<sup>28</sup>

Entscheidend war freilich die Position des Vatikans, der die Avancen der KPD nicht etwa als die Utopien einer unbedeutenden deutschen Exilpartei ansah, sondern zur Chefsache machte. Die römische Position wurde vom Kardinalstaatssekretär Eugenio Pacelli, dem späteren Papst Pius XII., entscheidend vorgegeben. Pacellis Haltung war eindeutig: Er strebte zeitlebens eine Äquidistanz der katholischen Kirche zu allen totalitären Ideologien an. Ausdruck dieser Position war die zeitnahe Veröffentlichung einer Enzyklika gegen den Nationalsozialismus – die am 21. März 1937 verkündete „Mit bren-

25 Hirtenbrief vom 20. August 1935, in: Akten über die Lage der Kirche 2, Dok. 230, S. 331–341, hier 338; Hirtenbrief vom 19. August 1936, in: Akten über die Lage der Kirche 3, Dok. 316, S. 478–483, hier 480 f.; „Hirtenwort über die Abwehr des Bolschewismus“ vom 24. Dezember 1936, in: Akten Kardinal Michael von Faulhabers 1917–1945. Bd. 2. 1935–1945. Bearb. von Ludwig Volk. (VKZG, Reihe A: Quellen, Bd. 26). 2. Aufl. Mainz 1984. Dok. 592, S. 244–252; Hirtenbrief vom 19. August 1938, in: Akten über die Lage der Kirche 4, Dok. 477, S. 555–564, hier 556 f.

26 Gerhard Besier: *Antibolshevism and Antisemitism in the Catholic Church Policy. The Alignment of the German Roman Catholic Church with the National Socialist Ideology in 1936/37*, in: *The Journal of Ecclesiastical History* 43 (1992), S. 447–456.

27 *Deutsche Briefe 1934–1938*. Ein Blatt der katholischen Emigration. Bd. 1: 1934–1935. Bearb. von Heinz Hürten (VKZG, Reihe A: Quellen, Bd. 6). Mainz 1969, Nr. 45 vom 9. August 1935, S. 506 f.

28 *Deutsche Briefe 1934–1938*. Ein Blatt der katholischen Emigration. Bd. 2: 1936–1938. Bearb. von Heinz Hürten (VKZG, Reihe A: Quellen, Bd. 7). Mainz 1969, Nr. 102 vom 4. September 1936, S. 359.

nender Sorge“ –, der wenige Tage vorher, am 19. März 1937, die heute fast vergessene Enzyklika „Divini Redemptoris“ vorausgegangen war. Diese erteilte jeglichen Annäherungsversuchen des Kommunismus eine Absage und verbot die Kooperation von Katholiken mit Kommunisten.<sup>29</sup> Die Volksfrontpolitik der KPD war bezüglich der katholischen Kirche damit auf der ganzen Linie gescheitert.

Trotz dieser Absage führte die KPD ihr Werben weiter fort; möglicherweise wurde aufgrund mangelnder Kenntnis der innerkatholischen Strukturen schlicht nicht die grundsätzliche Bedeutung der päpstlichen Enzyklika erkannt. 1938 erschien etwa die Broschüre „Kommunisten und Katholiken im deutschen Freiheitskampf“, die die bekannten Angebote wiederholte.<sup>30</sup> Höhepunkt der kommunistischen Bestrebungen war die „Berner Konferenz“, die vom 30. Januar bis 1. Februar 1939 in Draveil südlich von Paris tagte. Dort wurde in einer Resolution vor der – so wörtlich – „Gefahr einer wachsenden Katholikenverfolgung“ gewarnt.<sup>31</sup> Historisch gesehen ist das eher selten die Sorge einer kommunistischen Partei gewesen. Ihre Spuren hinterließ diese Position der KPD auch in der linken deutschen Exilliteratur jener Jahre, in der etwa in Bertolt Brechts „Furcht und Elend des Dritten Reiches“ (1937/38) oder in Anna Seghers „Siebtem Kreuz“ (1942) katholische Geistliche im Widerstand gegen das NS-Regime gezeigt werden.

*Der „Arbeitskreis für kirchliche Fragen“ im  
Nationalkomitee „Freies Deutschland“*

Der Ausbruch des Zweiten Weltkriegs führte zu einer strikten Neutralitätspolitik des Vatikans, da auf beiden Seiten mehrheitlich katholische Staaten kämpften. Die KPD im Exil verfiel durch den deutsch-sowjetischen Nichtangriffspakt 1939 in Schockstarre, denn Hitler war auf einmal der Verbündete Stalins. Erst durch den deutschen Angriff auf die Sowjetunion im Sommer 1941 gewann sie wieder

29 Text der Enzyklika Divini Redemptoris in: Acta Apostolicae Sedis 29 (1937), S. 95, englische Übersetzung und Literaturhinweise bei Claudia Carlen (Bearb.): The Papal Encyclicals. Bd. 3: 1903–1939. Ann Arbor 1990, S. 537–554.

30 Jan Jansen [Pseudonym für Hans Mainz]: Kommunisten und Katholiken im deutschen Freiheitskampf. Straßburg 1938.

31 Bertholt/Diehl: Revolutionäre Parteiprogramme, S. 177f.: „Angesichts der Gefahr der wachsenden Katholikenverfolgung ist es eine dringende Pflicht, den katholischen Leidensgefährten die Hand zum gemeinsamen Kampf zu geben und ihnen gegen Anschläge des Hitlerregimes auf ihren Glauben und ihre kirchlichen Einrichtungen mit allen Mitteln beizustehen. Die Kommunisten und die nichtkatholischen Antifaschisten müssen sich von allen sektiererischen Hemmungen gegenüber den Katholiken befreien und die engste Kampfgemeinschaft mit den früheren Anhängern des Zentrums und der christlichen Gewerkschaften herstellen. Kein Kommunist und kein Antifaschist darf sich hierin durch die Haltung einiger Bischöfe und katholischer Politiker beirren lassen, die die verhängnisvolle Politik des sogenannten Zweifrontenkrieges ‚gegen Faschismus und Bolschewismus‘ trotz all der gemachten schlechten Erfahrungen fortsetzen.“

eine Aufgabe mit der Propaganda unter deutschen Soldaten. Innersowjetisch führte die drohende Niederlage gegen NS-Deutschland zu einer deutlichen Aufwertung der orthodoxen Kirche. Auch die katholische Kirche scheint profitiert zu haben, da man offenbar Rücksicht auf die Kampfmoral exilpolnischer Truppen in der Sowjetunion nehmen wollte. Die unter sowjetischer Kontrolle stehende polnische Exilregierung in der UdSSR, das spätere „Lubliner Komitee“, vermied antikatholische Aktionen.<sup>32</sup>

Diese Kursänderung, die unter anderem eine Teilamnestie inhaftierter Geistlicher und die Abmilderung der vorher militant atheistischen sowjetischen Religionspolitik umfasste, passte gut zum Volksfrontkonzept, das dadurch an Glaubwürdigkeit gewann. Wirklich relevant wurde dies erst nach der Niederlage der Wehrmacht in der Schlacht um Stalingrad 1943, als erstmals eine größere Menge Gefangener und vor allem höherer deutscher Offiziere in die Gewalt der Sowjets gerieten. Jetzt sah man auf Seiten der Kommunisten die Chance, das Volksfront-Konzept der 1930er Jahre zu verwirklichen. Stalin ließ die Gründung eines „Nationalkomitees“ vorbereiten, das nach dem Volksfrontkonzept als Einheitsfront aller nicht-nazistischen Kräfte agieren sollte. Den Kern sollten kommunistische Exilpolitiker und kriegsgefangene deutsche Offiziere bilden. Auch wenn die sowjetischen Motive bei der Gründung noch nicht endgültig gewichtet werden können, beinhalteten sie den Versuch, mit einer potentiellen deutschen Exilregierung sowohl die westlichen Alliierten unter Druck zu setzen als auch ein Propagandainstrument gegen die Wehrmacht zur Verfügung zu haben.<sup>33</sup> Nach einigen Vorbereitungen kam es am 12. und 13. Juli 1943 zur Gründung des Nationalkomitee „Freies Deutschland“ (NKFD), dem neben etlichen höheren deutschen Offizieren kommunistische Exilpolitiker wie Wilhelm Pieck und Walter Ulbricht angehörten. Die deutschen Teilnehmer waren sorgfältig auf mögliche Kontakte zu Widerstandskreisen ausgewählt, es fand sich der katholische Theologiestudent Jakob Eschborn, der seinen Widerstand gegen Hitler von der Position eines gläubigen Katholiken aus begründete<sup>34</sup>, ebenso darunter wie der bayerische Oberst Luitpold Steidle, dessen Familie mit dem Münchener Kardinal von Faulhaber und der Familie des Berliner Bischofs von

32 Hansjakob Stehle: Die Ostpolitik des Vatikans. Geheimdiplomatie der Päpste von 1917 bis heute. 2. Aufl. Bergisch-Gladbach 1983, S. 263–285.

33 Vgl. Bodo Scheurig: Verräter oder Patrioten. Das Nationalkomitee „Freies Deutschland“ und der Bund deutscher Offiziere in der Sowjetunion 1943–45. Berlin/Frankfurt am Main 1993, S. 68–72, sowie unter Einbeziehung russischer Archivalien Jörg Morré: Hinter den Kulissen des Nationalkomitees. Das Institut 99 in Moskau und die Deutschlandpolitik der UdSSR 1943–1946 (Schriftenreihe der Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 82). München 2001.

34 Abdruck der Rede auf der Gründungsversammlung des NKFD bei Klaus Drobisch (Hg.): Christen im Nationalkomitee „Freies Deutschland“. Eine Dokumentation, Berlin (Ost) 1973, S. 118 f. Wie im Folgenden gezeigt wird, ist der Textbestand der Dokumentation allerdings mehrfach manipuliert.

Preysing befreundet war. Steidle wurde später in der DDR als CDU-Mitglied Gesundheitsminister.<sup>35</sup> Das Manifest des NKFD nennt dann auch unter den Zielen die „Freiheit [...] des Gewissens und der Religion“.<sup>36</sup> Zwei Monate später, am 12. September 1943, wurde noch der Bund deutscher Offiziere (BDO) gegründet, der höheren Offizieren, die sich aus Widerwillen gegen eine Zusammenarbeit mit Kommunisten und Deserteuren vom NKFD fernhielten, eine Plattform bieten sollte. Seitens des BDO schrieb Steidle im Oktober 1943 dann Kardinal von Faulhaber und nach eigener Aussage an Pius XII. sowie die Bischöfe Berning, Preysing und andere und forderte sie zur Unterstützung des NKFD auf. Kirchliche Reaktionen auf diese Schreiben blieben aus.<sup>37</sup> Ermutigt haben aber wird die sowjetische Seite, das Pius XII. für die Dauer des Krieges das in der Enzyklika „*Divini Redemptoris*“ ausgesprochene Kooperationsverbot von Katholiken und Kommunisten aufgehoben hatte, um die Zusammenarbeit der Westmächte mit der Sowjetunion nicht zu behindern. Dies geschah sehr versteckt, wohl um in Deutschland keine Gegenreaktion hervorzurufen.<sup>38</sup>

Nachträglich wurde neben Steidle noch der katholische Feldgeistliche Josef Kayser ins NKFD gewählt.<sup>39</sup> Kayser<sup>40</sup> genoss als ehemaliger Bergarbeiter unter den Kommunisten Sympathien; man muss jedoch betonen, dass er niemals zum Kollaborateur wurde. Auf evangelischer Seite stießen ebenfalls mehrere Geistliche hinzu; der wichtigste war Friedrich Wilhelm Krummacher, ein enger

35 Luitpold Steidle (1898–1984), 1942 Oberst, 1943 stellv. Vorsitzender des BDO, im Reich Verurteilung in Abwesenheit zum Tode, 1949–1959 Gesundheitsminister der DDR, 1960–1969 Oberbürgermeister von Weimar. Eine Biographie Steidles ist ein wesentliches Desiderat der Geschichte der Ost-CDU, wird aber erst zu leisten sein, wenn die noch in Familienbesitz befindlichen Teile des Nachlasses zugänglich sind. Steidle, der im NKFD nicht angepasst agierte, war in der DDR aus SED-Sicht nicht problematisch. Nach Mitteilung seiner Enkelin gegenüber dem Verfasser 2018 lag dies entscheidend an Versorgungsleistungen der DDR für seine im Westen lebende geschiedene Frau und die gemeinsamen Kinder. Auch der Luftwaffenoffizier Henrich von Einsiedel schätzte ein, dass Steidle ein „gläubiger Katholik“ sei, Heinrich Graf von Einsiedel: Tagebuch der Versuchung 1942–1950, Frankfurt am Main/Berlin (West)/Wien 1985, S. 98. Im Gespräch mit dem Verfasser hat Einsiedel 1998 explizit die besondere Reaktanz Steidles gegenüber kommunistischen Zumutungen herausgestellt. Steidles in der DDR veröffentlichte Memoiren sind linientreu und apogetisch, geben aber dennoch interessante Einblicke in das NKFD, vgl. Luitpold Steidle: Entscheidung an der Wolga. Berlin (Ost) 1969.

36 Drobisch: Christen im NKFD, S. 124.

37 Abdruck des Briefes an Kardinal von Faulhaber bei Steidle: Entscheidung, S. 425–428. Angeblich hat Faulhaber nach dem Krieg Steidle gegenüber zu erkennen gegeben, dass er den Brief auch wirklich erhalten hat. Ausweislich der bisher zugänglichen Teile der Faulhaber-Tagebücher hat Steidle am 23. Dezember 1946 tatsächlich Faulhaber besucht und mit ihm seine Russland-Erfahrungen besprochen, vgl. [https://www.faulhaber-edition.de/dokument.html?idno=10025\\_1946-12-23\\_T01&searchterm=Steidle](https://www.faulhaber-edition.de/dokument.html?idno=10025_1946-12-23_T01&searchterm=Steidle) (Abruf 10. Mai 2016).

38 Stehle: Ostpolitik, S. 250 f.

39 Drobisch: Christen im NKFD, S. 56.

40 Josef Kayser (1895–1993), Bergbauingenieur, 1931 Priesterweihe in Paderborn, 1943 NKFD, 1945 Rückkehr nach Deutschland.

Mitarbeiter von Otto Dibelius und später Bischof der pommerschen Landeskirche. Die Motivation für die Geistlichen beider Konfessionen war neben einer Ablehnung der NS-Ideologie und der barbarischen Kriegführung vor allem die Möglichkeit, über die Zusammenarbeit mit dem NKFD die Gelegenheit zur Seelsorge in verschiedenen Gefangenenlagern zu erhalten.<sup>41</sup>

Die praktische Arbeit der Mitglieder des NKFD spielte sich auf zwei Feldern ab: Einerseits sollten durch eine intensive Propagandatätigkeit möglichst viele Wehrmachtssoldaten zum Überlaufen oder zur Mitarbeit in der Gefangenschaft bewegt werden, und andererseits wurden Konzeptionen für ein Nachkriegsdeutschland ausgearbeitet. Insgesamt war die Propagandatätigkeit des NKFD an der Front zwar in den Augen der NS-Führung ein hart bekämpftes Ärgernis, aber erst in den allerletzten Kriegswochen ernsthaft gefährlich. Die dem NKFD verbundenen Geistlichen traten häufig in Rundfunksendungen des Nationalkomitees auf, wohl auch, um kirchlich gebundenen Hörern die Angst vor einem Volksfront-beherrschten Deutschland zu nehmen. In einem Rundfunkgespräch zwischen Pfarrer Kayser und dem stellvertretenden KPD-Vorsitzenden Walter Ulbricht, dem wohl in Wahrheit mächtigsten KPD-Politiker, äußerte sich dieser: „Und auch die Kirche wird in einem freien Deutschland ihre Bedeutung haben. Verlassen Sie sich darauf, Herr Pfarrer. Die Katholiken haben in Nazideutschland heldenhaft mit uns gekämpft. Das wird nicht vergessen werden.“<sup>42</sup> In den Kriegsgefangenenlagern scheint speziell die Glaubwürdigkeit der Feldgeistlichen recht hoch gewesen zu sein, was wohl auch daran lag, dass sie im Unterschied zu vielen Offizieren weniger erpressbar waren und deshalb unabhängiger auftreten konnten. Jedenfalls wurde im NKFD ihre Mitarbeit sukzessive aufgewertet: zuerst die Nachwahlen von Kayser und Krummacher, und dann die Gründung des „Arbeitskreises für kirchliche Fragen“, neben dem schon erwähnten BDO die zweite Unterorganisation des NKFD.<sup>43</sup> Auf der 10. Vollversammlung des NKFD vom 10. bis 14. Juni 1944 wurde, angeblich auf Initiative des evangelischen Pfarrers Johannes Schröder und von Pfarrer Kayser, der „Arbeitskreis“ ins Leben gerufen.<sup>44</sup>

41 Vgl. Josef Kayser: Wir brauchen zum Himmel den Hitler nicht, in: Mensch, was wollt Ihr denen sagen? Katholische Feldseelsorge im Zweiten Weltkrieg. Augsburg 1991, S. 167–171, hier 170.

42 Gespräch vom 2. Februar 1944, abgedruckt bei Drobisch: Christen im NKFD, S. 158.

43 Der „Arbeitskreis“ ist nach der DDR-Quellenedition von Klaus Drobisch bisher in der Forschung weitgehend ignoriert worden; vgl. nur Beate Ihmel-Tuchel: Der Arbeitskreis für kirchliche Fragen beim NKFD, in: Gerd R. Ueberschär (Hg.): Das Nationalkomitee „Freies Deutschland“ und der Bund Deutscher Offiziere. Frankfurt am Main 1996, S. 64–75. Symptomatisch ist etwa, dass die an sich umfassendste neuere Studie zum NKFD, Morrè: Hinter den Kulissen, die Arbeit von Drobisch überhaupt nicht herangezogen hat und den Arbeitskreis nur beiläufig erwähnt.

44 So Steidle: Entscheidung, S. 388. Es ist aber kaum denkbar, dass der Anstoß oder zumindest die Billigung nicht von sowjetischer Seite erfolgte. Kayser berichtet in seinen Erinnerungen an das NKFD bezeichnender Weise nichts über eine Initiative seinerseits.

Innerhalb der KPD wurden anhand der Ansprachen während der Gründung des Arbeitskreises deutliche Akzentunterschiede sichtbar: Wilhelm Pieck forderte die längerfristige Zusammenarbeit von Christen und Marxisten und versprach, dass „die Kirche sich nach dem Sturz Hitlers im neuen Deutschland in der Erfüllung ihrer religiösen Pflichten frei betätigen kann“. Bezeichnender Weise wurde seine Rede später in der DDR nur gekürzt veröffentlicht.<sup>45</sup> Deutlich härter akzentuiert machte der Präsident des NKFD, der kommunistische Schriftsteller Erich Weinert, deutlich, dass er unter Religionsfreiheit nur reine Kulturfreiheit verstand und politische Einflussnahmen sanktionieren wollte.<sup>46</sup> Obwohl zu vermuten ist, dass die Ausführungen abgesprochen waren, waren damit die Grundlinien, die die Diskussion innerhalb der SED über die Religionspolitik die gesamte DDR-Zeit über bestimmen sollten, vorgezeichnet.

Dieser „Arbeitskreis für kirchliche Fragen“ entwickelte dann mehrere Arbeitspapiere über die Stellung der Kirchen im Nachkriegsdeutschland. Dabei waren mehrere Faktoren gesetzt: Selbstverständlich würde dieses Nachkriegsdeutschland in einem euphemistisch „freundschaftlichen“ Verhältnis zur Sowjetunion stehen, und ebenfalls vorgegeben war eine maßgebliche politische Rolle der KPD. Leider sind bisher keine Protokolle der Sitzungen des Arbeitskreises bekannt geworden und die Überlieferung ist auf mehrere Nachlässe zersplittert.<sup>47</sup> Rekonstruieren kann man allerdings aus Niederschriften von Radiosendungen des NKFD sowie vor allem aus dem Nachlass von Wilhelm Pieck, dem späteren Präsidenten der DDR, die Entwicklung der Diskussion und vor allem auch die Position der KPD. Klar wird, dass der institutionelle Bestand der Kirchen garantiert werden sollte, was auch eine gesicherte Finanzierung einschloss.

Die wohl wichtigsten konzeptionellen Ausarbeitungen des „Arbeitskreises für kirchliche Fragen“ sind zwei Denkschriften, verfasst jeweils getrennt von den katholischen und den evangelischen Geistlichen, über die Stellung der Kirchen in einem zukünftigen Deutschland. Die evangelische Denkschrift, datiert auf den 29. September 1944, wurde wohl maßgeblich von den Geistlichen Sönnich-

45 Rede Wilhelm Piecks vom 15. Juni 1944, abgedruckt bei Drobisch: Christen im NKFD, S. 233–236. Beim Vergleich des Abdrucks mit dem Manuskript im Nachlass Pieck im SAPMO NL 36/583, Bl. 21–23 fehlt u. a. die Passage: „Wir schliessen keineswegs aus, dass ein Kommunist der Kirche angehören, als auch als Christ Mitglied der kommunistischen Partei sein kann“, sowie einige Stellen, an denen der christliche Widerstand gewürdigt wird.

46 Rede Weinerts, a. a. O., S. 241: „In einem Staat, wo das Volk wirklich die Macht in den Händen hat, wird es jeden Versuch, die Grundlagen der Demokratie zu untergraben und seine Rechte anzutasten, als Anschlag gegen das Volk und den Missbrauch der Predigtfreiheit zu solchen Zwecken als schweren Vertrauensbruch betrachten. Eine Kirche aber, die ihre Wirksamkeit auf das geistliche Gebiet beschränkt, wird aller Garantien ihrer Rechte von Seiten des Volkes versichert sein können. Es braucht hierbei nicht besonders betont zu werden, dass die Teilnahme am politischen Leben des Volkes für den Geistlichen natürlich nicht beschränkt werden soll, wo er als Bürger und nicht als Seelsorger auftritt.“

47 Vgl. zur Quellenlage Ihmel-Tuchel: Der Arbeitskreis, passim in den Anmerkungen S. 72–75.

sen und Krummacher verfasst und zu DDR-Zeiten schon in Auszügen von dem der Ost-CDU nahestehenden Historiker Klaus Drobisch publiziert; das publizierte Exemplar stammte von Sönnichsen. Darin versichern die Autoren, dass die evangelischen Kirchen auch in einem maßgeblich sozialistisch bestimmten neuen Deutschland loyal mitarbeiten würden, und erklären den Verzicht auf eine eigene politische Arbeit der evangelischen Kirchen für den Fall, dass eine – so wörtlich „körperschaftliche Vertretung der Kirchen in der Volksvertretung“ gegeben sei.<sup>48</sup> Für die evangelischen Kirchen war das kein großer Verlust, da sie ja nicht auf die Unterstützung durch eine christlich ausgerichtete Partei wie die Katholiken mit dem Zentrum zählen konnten. Ein großes Gewicht liegt auf der Sicherung der kirchlichen Institutionen sowie der Finanzierung durch Kirchensteuern. Eine grundsätzliche Änderung der Besitzverhältnisse in Industrie und Landwirtschaft wird akzeptiert und eine außenpolitische Annäherung an die Sowjetunion als gegeben hingenommen. Gleichzeitig wird aber auf Rechtsstaatlichkeit, Pressefreiheit und der Freiheit zur politischen Tätigkeit bestanden sowie der Widerstand von evangelischen Geistlichen gegen den Nationalsozialismus gelobt. Außerdem wird auf Religion als regulärem Schulfach bestanden. In der DDR-Veröffentlichung sind diese Elemente unterschlagen worden, weshalb zu Unrecht die evangelische Denkschrift als zu entgegenkommend gegenüber kommunistischen Vorstellungen erscheint.

Über die katholische Denkschrift vom 6. Oktober 1944 war bisher wenig mehr als ihre bloße Existenz bekannt; es findet sich aber ein Exemplar im Nachlass von Wilhelm Pieck.<sup>49</sup> Als Verfasser unterzeichnet haben neben Kayser noch die Pfarrer Peter Mohr und Dr. Aloys Ludwig. Die katholischen Geistlichen wollten dabei dezidiert die kirchenamtliche Position vertreten.<sup>50</sup> Offenbar hatten sich

48 Ebd., S. 253–262, vgl. die Kürzungen gegenüber Piecks Exemplar in seinem Nachlass, SAPMO NL 36/583, Blatt 24–33, aus dem hier zitiert wird, hier Bl. 25: „Diese Schwierigkeiten [eines Missbrauchs der evangelischen Kirchen durch eine politische Richtung, W. T.] wären unter Umständen zu vermeiden durch eine kleine körperschaftliche Vertretung der christlichen Kirchen in der Volksvertretung (beratende, nicht beschließende Stimme in allen Fragen des öffentlichen Lebens, die den christlichen Glauben betreffen, Recht, Anträge zu stellen und zu vertreten) [...]. So könnte jeder Christ unbeschwert nach rein politischen Gesichtspunkten jeder Partei seine Stimme geben in dem Bewußtsein, daß seine christlichen Belange hinreichend im politischen Leben zur Geltung kommen.“ Bei Drobisch: Christen im NKFD fehlt dieser Passus.

49 Vgl. die bloße Erwähnung bei Wolter: Strategie und Taktik, S. 111 f., Anm. 192. Das Exemplar liegt im NL Wilhelm Pieck, SAPMO 36/583, Bl. 35–42. Eine Vorversion ist auch im Nachlass Kayser zu finden, von dem sich Kopien in der Gedenkstätte Deutscher Widerstand in Berlin befinden.

50 Vgl. den Erinnerungsbericht von Ludwig, zitiert nach Ihme-Tuchel: Der Arbeitskreis, S. 69: „Wir hatten keine Bedenken, unsere Ideen vom neuen Deutschland den Bolschewiken schriftlich zu geben, weil sie sie ja ohnehin kennenlernten, weil sie in Deutschland zum wenigsten mitbestimmend waren und unsere Ansprüche kennen lernen sollten – und weil uns daran lag, unseren Bischöfen nachweisen zu können, dass wir jederzeit zur kirchlichen Lehre standen und sie verteidigten.“

die evangelischen und katholischen Pfarrer miteinander abgesprochen, denn es werden in gleicher Reihenfolge dieselben Punkte abgearbeitet. Auch in der katholischen Denkschrift wird der Verzicht auf eine eigene katholische Partei für denkbar gehalten, wenn im Ausgleich dafür die Kirchen eine „ständige Vertretung“ in den Parlamenten erhalten würden<sup>51</sup> – also wie bei den Protestanten ein Verzicht auf die Unterstützung einer eigenen christlich-demokratischen Partei, wenn sowohl die institutionelle Struktur der Amtskirche sowie eine parlamentarische Vertretung gesichert wären. Die Wiederbegründung des Zentrums schien der Gruppe um Josef Kayser offenbar nicht mehr realistisch in einer kommunistisch dominierten deutschen Nachkriegsgesellschaft; einer christlichen Partei wird eine Absage erteilt zugunsten einer institutionellen Interessenvertretung der Kirchen. Dies stellt auch eine deutliche Abweichung von den seitens der KPD propagierten Volksfront-Konzepten dar. Eine Besonderheit des katholischen Papiers ist die Forderung nach Nachverhandlungen beim Reichskonkordat – die Respektierung durch eine neue deutsche Regierung steht hier offenbar außer Frage. In einem Punkt gibt es wesentliche Unterschiede zwischen beiden Konfessionen: Während die Protestanten zum Verzicht auf die Konfessionsschulen bereit sind, wird in der katholischen Denkschrift auf deren Beibehaltung großer Wert gelegt.<sup>52</sup> Tatsächlich kam es in den nächsten Monaten bei der Ausarbeitung eines Schulprogramms für die von den Sowjets besetzten deutschen Gebiete zu deutlichen Konflikten zwischen der Mehrheit im NKFD und den katholischen Geistlichen.<sup>53</sup> Wilhelm Pieck hat die Denkschriften ausweislich der Anstreichungen und Randbemerkungen sorgfältig durchgearbeitet. Obwohl natürlich in keiner Weise kirchenamtlich abgesegnete Stellungnahmen, sind die Denkschriften direkt von der KPD-Spitze als kirchliche Positionen rezipiert worden. Mit den Papieren des „Arbeitskreises“ lag damit eine zweite,

- 51 Ebd., Bl. 41: „Wenn alle politischen Parteien [...] sich aller religiöser und weltanschaulicher Tendenzen und Propaganda enthielten und sich ausschließlich auf wirtschaftliche und soziale Ziele beschränkten, dann bestände für die Katholiken kein Grund, ihre Mitarbeit und die Wahrung ihrer Interessen nicht in einer dieser Parteien zu suchen oder eine eigene Partei zu bilden. Die Wahrung ihrer religiösen Belange allerdings müßte ihnen auf eine andere Art ermöglicht werden, etwa durch ständige Vertretung im Reichstag und in den Landtagen, die mit den nötigen parlamentarischen Mitteln ausgerüstet wäre.“
- 52 Ebd. Bl. 40: „Aus diesem Grund stellt die Bekenntnisschule, in der katholische Kinder von katholischen Lehrkräften erzogen werden, die ideale Schulform dar. Eine Teilnahme der Kirche an der Aufsicht der Schulen, in denen die Kinder erzogen werden, erscheint der Kirche gerechtfertigt zu sein.“
- 53 Drobisch: Christen im NKFD, S. 88, 97. Vgl. die Einschätzung Einsiedels: „Auch die evangelischen Pfarrer konnte man zu dieser Fraktion [der Nachgiebigen gegenüber den Kommunisten, W. T.] rechnen, obwohl sie als Pfarrer eine Sonderstellung einnahmen und ausserdem alle vier noch im Jahre 1945 nach Deutschland entlassen wurden. Die katholischen Pfarrer dagegen waren bei allen taktischen Kompromissen, die sie eingegangen waren, die einzigen, die es darauf ankommen liessen, nein zu sagen, wenn man von ihnen etwas verlangte, was ihrer katholischen Auffassung im Prinzip widersprach“ (Einsiedel: Tagebuch der Versuchung, S. 195).



von den Volksfrontvorstellungen abweichende Konzeption vor, in der in ihrem institutionellen Bestand garantierte Kirchen auf eine christlich-demokratische Partei verzichten würden.

*Die Auswirkungen auf die Politik von KPD/SED und sowjetischer Besatzungsmacht*

Es stellt sich die Frage nach den Auswirkungen der Entwicklung in der Exilzeit auf die kommunistische Politik in der Sowjetischen Besatzungszone und der DDR gegenüber Kirchen und Christlicher Demokratie. Man muss festhalten, dass es weder von der Volksfront-Konzeption noch von den Vorstellungen des „Arbeitskreises für kirchliche Fragen“ eine eins-zu-eins-Umsetzung in der DDR gab. Viel spricht aber dafür, dass Elemente aus beidem verwirklicht wurden. Erwähnt wurden eingangs schon zwei sofort fühlbare Auswirkungen: Die sowjetischen Armeeeinheiten hatten 1945 offenbar den Befehl, Geistliche und kirchliches Eigentum während der Kampfhandlungen und nach der Kapitulation zu verschonen und Gottesdienste zu ermöglichen. Ebenfalls deutlich war die politische Konzeption: Die Zulassung der neugegründeten, interkonfessionellen Christlich-Demokratischen Union in Berlin im Juli 1945 zeigte klar, dass anfangs das Konzept einer „Volksfront“ unter Einbeziehung der politisch engagierten Christen, so wie es die Komintern 1935 entwickelt hatten und wie es im NKFD erprobt worden war, in der SBZ Anwendung finden sollte. Die zwangsweise Einbindung der neuen CDU in den „Antifaschistischen Block“ demonstrierte aber gleichzeitig die Grenzen der Eigenständigkeit der anderen Parteien. Freilich wurde gerade an der Zulassung der CDU deutlich, dass die Konzeption und der Informationsstand der sowjetischen Besatzungsmacht und der KPD auch in wichtigen Fragen durchaus nicht deckungsgleich waren. Während die KPD in ihrem Gründungsauftrag vom 11. Juni 1945 noch von einer Zusammenarbeit mit dem Zentrum sprach, hatte der Berliner Gründungskreis der Union schon Kontakt mit der Besatzungsmacht.

Eine Zäsur stellte das Scheitern der Volksfront-Konzeption mit der Absetzung Jakob Kaisers und der Gleichschaltung der CDU ab Ende 1947 dar. Als im Spätherbst 1947 in der SBZ mit der Einberufung des „Deutschen Volkskongresses“ sichtbar der Weg zur Separatstaatsgründung eingeschlagen wurde, verweigerte Jakob Kaiser als Vorsitzender der CDU in der SBZ bekanntermaßen die Mitarbeit, was schließlich Ende Dezember 1947 zu seiner Absetzung führte. Um die Legitimationsbasis dieses Delegiertenparlamentes zu erhöhen, griff die SED in der Situation, in der die Christlichen Demokraten die Gefolgschaft verweigerten und damit die Einbindung in eine „Volksfront“ gescheitert war, auf die kirchenpolitischen Konzepte des „Arbeitskreises für kirchliche Fragen“ zurück und lud alle evangelischen und katholischen Bischöfe in der SBZ als Delegierte zum Volkskongress ein: quasi eine Standesvertretung wie in den Denkschriften propa-

giert. Der Berliner Kardinal von Preysing verhinderte eine Teilnahme der katholischen Amtsträger, der bekannte „Preysing-Erlass“, der bis 1989 die Mitarbeit katholischer Geistlicher unterbunden hat, entstand in diesem Zusammenhang.<sup>54</sup> Auch seitens der evangelischen Kirchen waren dann beim 2. Volkskongress 1948 keine maßgeblichen Geistlichen mehr vertreten. Die gleichgeschaltete Ost-CDU, deren einzige Rolle es seitdem im politischen System der SBZ/DDR war, als Vertreterin der im DDR-Sprachgebrauch sogenannten „christlichen Kreise“ zu fungieren, übernahm seitdem den Part der institutionalisierten kirchlichen Interessenvertreter, auch wenn sie von den beiden Kirchen selbst dazu keinesfalls legitimiert wurde. Obwohl es auch nach 1948 noch eine christlich-demokratische Partei in der SBZ/DDR gab, hatte diese relativ wenig mit Christlicher Demokratie im Sinne des Zentrums zu tun, sondern entsprach funktional sehr viel eher den Vorstellungen einer politisch begrenzten Standesvertretung, wie sie in den Denkschriften des „Arbeitskreises“ artikuliert worden waren. In der direkten Kirchenpolitik wurden ebenfalls die Konzepte des Exils sichtbar. Anders als in den Weimarer Zeiten angekündigt, wurden die Konkordate mit der katholischen Kirche bis zum Ende der DDR keineswegs formal aufgekündigt, sondern die finanziellen Verpflichtungen daraus wurden bis zur Wiedervereinigung erfüllt – eine Umsetzung der Versprechen der Exilzeit.<sup>55</sup>

### *Resümee*

In der Exilzeit seit 1933 wandelten sich in der KPD wie im Weltkommunismus die Konzepte für den Umgang mit Kirchen und christlich-demokratischen Parteien. 1935 artikulierten die Kommunistische Internationale und in ihrem Gefolge die KPD die Volksfront-Politik, bei der christliche Parteien mit der KPD und den Sozialdemokraten gemeinsam den „Faschismus“ bekämpfen sollten. Bei der katholischen Kirche provozierte dies eine klare Ablehnung mit der Enzyklika „Divini Redemptoris“ 1937. Nach der Niederlage von Stalingrad 1943 versuchten die Sowjets, mit dem NKFD eine Variante der Volksfront zu verwirklichen. Der „Arbeitskreis für kirchliche Fragen“ entwickelte dabei ein Konzept, dass für ein sozialistisches Nachkriegsdeutschland keine genuin christlich-demokratische Partei mehr vorsah, sondern institutionelle Garantien für die Kirchen sowie eine parlamentarische Minimalvertretung. Nachdem die Volksfrontkonzeption mit der Absetzung Jakob Kaisers gescheitert war, wurden Elemente dieser Konzeption in der Religionspolitik der DDR durch die Rolle der Ost-CDU umgesetzt.

54 Vgl. zum Volkskongress und der Entstehung des Preysing-Erlasses Wolfgang Tischner: *Katholische Kirche in der SBZ/DDR 1945–1951. Die Formierung einer Subgesellschaft im entstehenden sozialistischen Staat* (Veröffentlichungen der Kommission für Zeitgeschichte, Reihe B: Forschungen, Bd. 90). Paderborn u. a. 2001, S. 107–111.

55 Vgl. zur mäandrierenden Politik der SED gegenüber der Weitergeltung des Reichskonkordats, die aber niemals zur formalen Kündigung führte, ebd., S. 103–106, 190–194.

## Die Exil-CDU – ein wenig beachteter Akteur im Kalten Krieg\*

Oliver Salten

Wer von Christlichen Demokraten im Exil spricht, kommt nicht umhin, eine in der deutschen Parteiengeschichte einzigartige Organisation zu erwähnen, das politische Sprachrohr der aus der Sowjetischen Besatzungszone (SBZ)/DDR geflohenen CDU-Mitglieder, die Exil-CDU. Es ist vorauszuschicken, dass der Begriff „Exil“ hierbei nicht im üblichen Sinne einer erzwungenen Auswanderung in einen anderen Staat zu verstehen ist. Da die Angehörigen der Exil-CDU die Teilung Deutschlands und die Existenz einer eigenständigen Partei dieses Namens in der SBZ/DDR nicht anerkannten, sahen sie sich als rechtmäßige „politische Repräsentanz der echten CDU der Sowjetzone“ an.<sup>1</sup> Da die Basis der CDU der SBZ/DDR ihrem politischen Willen aufgrund der fehlenden innerparteilichen Demokratie keinen Ausdruck verleihen konnte, musste diese Aufgabe durch die Exil-CDU übernommen werden. Sie übte damit eine Art Vertreterfunktion innerhalb der westdeutschen CDU aus, bis die Mitglieder der ostdeutschen CDU wieder in der Lage wären, sich eine demokratisch gewählte Führung zu geben.

SPD und FDP besaßen eine solche Organisation nicht, sondern unterhielten nur sogenannte Ostbüros. Durch die Zwangsvereinigung der SPD mit der KPD 1946 beziehungsweise die Spaltung der Demokratischen Partei Deutschlands (DPD) 1948 fehlte ihnen in der SBZ die Legitimationsgrundlage für eine solche Exilvereinigung.<sup>2</sup> Dieser Fall lag bei der CDU anders. Die Ursprünge der Exil-CDU liegen in den Geschehnissen in der zweiten Hälfte des Jahres 1947. Im September wurden Jakob Kaiser<sup>3</sup> und Ernst Lemmer<sup>4</sup> durch den 2. Partei-

\* Erweiterte Fassung eines Vortrages auf der Tagung „Christliche Demokraten im Exil“ der Konrad-Adenauer-Stiftung in Berlin am 19. Mai 2016.

- 1 Schreiben von Johann Baptist Gradl an Marcel Mitschke vom 20. April 1959, in: ACDP Bestand Exil-CDU 03-013-452/1.
- 2 Andreas Malycha/Peter Jochen Winters: Geschichte der SED. Von der Gründung bis zur Linkspartei (Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung 1010). Bonn 2009, S. 26–37; Jürgen Dittberner: Die FDP. Geschichte, Personen, Organisation, Perspektiven. Eine Einführung, 2. Aufl. Wiesbaden 2010, S. 32 f.
- 3 Jakob Kaiser (1888–1961), Buchbinder; Mitglied des Zentrums und der Christlichen Gewerkschaftsbewegung; 1928–1933 Mitglied im Geschäftsführenden Reichsvorstand des Zentrums; 1933 Mitglied des Reichstages; aktiv im Widerstand gegen den Nationalsozialismus; 1945 Mitgründer der CDU in Berlin; 1945–1947 Vorsitzender der CDU in der SBZ; 1946–1949 Mitglied der Berliner Stadtverordnetenversammlung; 1948–1949 Mitglied des Parlamentarischen Rates; 1949–1957 Mitglied des Bundestages; 1949–1957 Bundesminister für gesamtdeutsche Fragen; 1950–1958 Stellvertretender Vorsitzender der CDU; 1950–1961 Vorsitzender der Exil-CDU.
- 4 Ernst Lemmer (1898–1970), Journalist; 1919–1923 Studium in Marburg und Frankfurt; 1922–1933 Generalsekretär des Gewerkschaftsrings der deutschen Arbeiter-, Angestellten- und Bauernverbände; 1924–1932 Mitglied des Reichsvorstandes der Deutschen Demo-

tag als Vorsitzende wiedergewählt. Sie wurden jedoch am 19. Dezember 1947 durch die sowjetische Militäradministration abgesetzt. Dies war das Resultat ihrer Weigerung, an dem von der sowjetischen Besatzungsmacht und der SED inszenierten Deutschen Volkskongress teilzunehmen, der die Aufgabe hatte, eine Verfassung auszuarbeiten und eine Regierung zu bilden und somit zu einer Legitimierung der SED-Herrschaft und zur Ausdehnung des sowjetischen Einflusses in Deutschland beizutragen. Statt ihrer führte vorerst ein Koordinierungsausschuss der Landesvorsitzenden die Geschäfte, bis im September 1948 unter massivem sowjetischen Druck Otto Nuschke als neuer Vorsitzender der CDU in der SBZ gewählt wurde.<sup>5</sup>

Jakob Kaiser betrachtete sich jedoch weiterhin als legaler Vorsitzender der CDU in der SBZ. Da fast alle Mitglieder des alten Hauptvorstandes, unter ihnen Heinrich Krone, Johann Baptist Gradl<sup>6</sup> und Robert Tillmanns, die Absetzung ebenfalls nicht akzeptieren wollten, wurde bereits für den 13. Februar 1948 eine Sitzung des Politischen Ausschusses in die West-Berliner Schlüterstraße einberufen. Dort betonte Kaiser die Notwendigkeit, in Berlin weiterzuarbeiten.<sup>7</sup> Etwas später zog man in die Reichsstraße um, wo das „Büro Jakob Kaiser“ sehr bald zur zentralen Anlaufstelle für alle CDU-Mitglieder, Ortsgruppen und Kreisverbände wurde, die in Opposition zum Kurs der neuen Parteileitung standen.<sup>8</sup> Die Leitung dieser bald als Ostreferat, schließlich als Ostbüro bezeichneten Einrichtung übernahm zunächst der ehemalige Sprecher der Jungen Union in der SBZ, Alfred „Fred“ Sagner, ab 1949 dann der frühere Landrat von Use-dom, Werner Jöhren.

---

kratischen Partei (DDP)/Deutschen Staatspartei (DStP); 1933 Mitglied des Reichstages; 1945 Mitgründer der CDU in Berlin; 1945–1947 2. Vorsitzender der CDU in der SBZ; 1950–1969 Mitglied des Berliner Abgeordnetenhauses; 1952–1970; Mitglied des Bundestages; 1956–1957 Bundesminister für das Post- und Fernmeldewesen; 1957–1962 Bundesminister für gesamtdeutsche Fragen; 1961–1970 Vorsitzender der Exil-CDU; 1964–1965 Bundesminister für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte; 1965–1969 Sonderbeauftragter des Bundeskanzlers für Berlin.

- 5 Zur Absetzung Kaisers Michael Richter: *Die Ost-CDU 1948–1952. Zwischen Widerstand und Gleichschaltung (Forschungen und Quellen zur Zeitgeschichte 19)*. 2. Aufl., Düsseldorf 1991, S. 32–37; Manfred Wilde: *Die SBZ-CDU 1945–1947. Zwischen Kriegsende und Kaltem Krieg*. München 1998, S. 458–496. Zur Wahl Nuschkes: Richter: *Ost-CDU*, S. 119–125.
- 6 Johann Baptist Gradl (1904–1988), Journalist; 1922–1926 Studium der Volkswirtschaftslehre in Berlin und Halle; 1930 Promotion; 1930–1933 Vorsitzender des Zentrums in Berlin-Kreuzberg; 1945 Mitgründer der CDU in Berlin; 1945–1947 Mitglied des Hauptvorstandes der CDU in der SBZ; 1953–1971 Mitglied des CDU-Bundesvorstandes; 1957–1980 Mitglied des Bundestages; 1965–1966 Bundesminister für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte; 1966 amtierender Bundesminister für gesamtdeutsche Fragen; 1970–1987 Vorsitzender der Exil-CDU.
- 7 Sitzungsprotokoll vom 13. Februar 1948 (nur teilweise erhalten), in: ACDP 03-013-680/8.
- 8 Wolfgang Buschfort: *Parteien im Kalten Krieg. Die Ostbüros von SPD, CDU und FDP (Analysen und Dokumente 19)*. Berlin 2000, S. 32.

Abgesehen von dieser Hilfestellung für Flüchtlinge und ratsuchende Christdemokraten hielt sich der Hauptvorstand unter Kaiser bis 1950 auffallend zurück. Offenbar hoffte man noch immer auf einen Umschwung bei freien Wahlen in Ostdeutschland und wollte Aktionen vermeiden, die im Sinne einer Vertiefung der Spaltung zwischen Ost und West hätten verstanden werden können.<sup>9</sup> Kaiser wies bei der Konferenz der Landesvorsitzenden und Landesverbandsvertreter der CDU/CSU am 11. Mai 1950 in Königswinter, auf der die Gründung des CDU-Bundesverbandes beschlossen wurde, darauf hin, dass „der deutsche Osten [...] in den Führungsgremien der Partei berücksichtigt werden“ müsse. Es wurde daraufhin ein Kooptionsrecht für den Hauptausschuss festgelegt, von dem unter anderem auch Vertreter der geflohenen CDU-Mitglieder profitieren sollten.<sup>10</sup> Mit der Zustimmung des Hauptvorstandes der CDU der DDR am 16. Mai 1950 zur Einheitslistenwahl zur Volkskammer im gleichen Jahr veränderte sich die Lage jedoch komplett.<sup>11</sup> Damit waren Veränderungen auf dem Wege einer demokratischen Abstimmung nicht mehr zu erreichen. Wie bereits Michael Richter herausstellen konnte, gab es offenbar Beratungen zwischen CDU, SPD und FDP über die Gründung von Exilorganisationen ihrer Parteien, was etwa seitens US-Außenminister Dean Acheson auf Zustimmung traf.<sup>12</sup> Letztlich konnte jedoch nur die Gründung der Exil-CDU realisiert werden.<sup>13</sup>

Am 24. Juni 1950 trat in Königswinter der „legale geschäftsführende Vorstand“ zusammen, der aus Kaiser, Lemmer, Gradl, Krone, Tillmanns und Elfriede Nebgen bestand. Kaiser betonte, dass allein der 1947 demokratisch gewählte Hauptvorstand dazu berufen sei, der „Kompromittierung des Namens und der Idee der Union“ in der DDR entgegenzutreten. Man beschloss daher, den Hauptvorstand einzuberufen und einen Parteitag abzuhalten.<sup>14</sup> Am 10. Juli 1950 trat der „legale Hauptvorstand“ zusammen. Gradl erläuterte, dass man sich in den letzten beiden Jahren zurückgehalten habe, um keinen Streit über

9 Vgl. die Äußerungen Gradls in: Protokoll der Sitzung des legalen Hauptvorstandes am 10. Juli 1950, in: ACDP 03-013-327/2.

10 Brigitte Kaff (Bearb.): Die Unionsparteien 1946–1950. Protokolle der Arbeitsgemeinschaft der CDU/CSU Deutschlands und der Konferenzen der Landesvorsitzenden (Forschungen und Quellen zur Zeitgeschichte 17). Düsseldorf 1991, Nr. 30, S. 696.

11 Protokoll der Sitzung des Erweiterten Hauptvorstandes am 16. Mai 1950 in: ACDP Bestand CDU in der DDR 07-011-2037/2.

12 Richter: Ost-CDU, S. 261 f. Foreign Relations of the United States 1950, Bd. 4: Central and Eastern Europe, The Soviet Union, Washington 1980, Nrn. 512 und 513, S. 956–958.

13 Ulrich Mohr: Politische Auffassungen und deutschlandpolitisches Wirken Johann Baptist Gradls (Europäische Hochschulschriften III/872). Frankfurt am Main. u. a. 2000, S. 45–48 weist vor allem Gradl einen bestimmenden Einfluss bei der Konzeptionierung der Exil-CDU zu, vgl. dazu die Ausarbeitung Gradls vom 24. Juni 1950: Der legale Hauptvorstand der Christlich-Demokratischen Union in der sowjetischen Besatzungszone, in: ACDP Bestand Johann Baptist Gradl 01-294-069/4.

14 Protokoll über die Sitzung des legalen geschäftsführenden Vorstandes am 24. Juni 1950, in: ACDP 03-013-428/1.

Kompetenzen aufkommen zu lassen, der am Ende nur der SED genutzt hätte. Da nun aber allen, die es wollten, die Augen über die Folgen einer Zusammenarbeit mit den Kommunisten geöffnet worden seien, und die CDU-Führung im Osten auf die Durchführung demokratischer Wahlen verzichtet habe, müsse man keine Rücksicht mehr nehmen. Man konstituierte also den Hauptvorstand neu, wobei man die Zuständigkeit des Landesverbandes Berlin für Ost-Berlin ausdrücklich anerkannte.<sup>15</sup> Auf dem ersten Exil-Parteitag im September in Berlin, an dem immerhin 160 Delegierte des Parteitages von 1947 teilnahmen, wurde Kaiser als Vorsitzender bestätigt und ein neuer Hauptvorstand gewählt.<sup>16</sup>

Die Exil-CDU<sup>17</sup> sollte vor allem zwei Funktionen wahrnehmen. Während das Ostbüro als zentrale Anlauf- und Informationsstelle für geflohene und widerständige CDU-Mitglieder aus der DDR fungierte, bildete die Exil-CDU eine Art Klammer. Sie sollte nicht nur dazu beitragen, dass sich die Deutschen in Ost und West im allgemeinen und die CDU-Mitglieder im speziellen nicht zu sehr auseinanderlebten, was Lemmer bereits 1950 befürchtet hatte,<sup>18</sup> sondern auch personelle und ideelle Ressourcen für den so genannten „Tag X“ sammeln, damit beim erwarteten Zusammenbruch des SED-Regimes rasch zuverlässige Personen aus der CDU wichtige Posten übernehmen konnten.<sup>19</sup> Die zweite Funktion richtete sich nach Innen. Innerhalb der bundesdeutschen CDU war sie, wie es Robert Tillmanns ausdrückte, „der legal gewählte Vertretungskörper der CDU-Mitglieder und der CDU-Wähler“ in der DDR,<sup>20</sup> und sollte als solcher selbstverständlich auch auf die Flüchtlinge im Sinne der CDU einwirken.<sup>21</sup> Zusätzlich vertrat sie faktisch auch die Interessen der Flüchtlinge und

- 
- 15 Protokoll über die Sitzung des legalen Hauptvorstandes am 10. Juli 1950, in: ACDP 03-013-327/2.
- 16 Protokoll des 1. Exil-Parteitages, in: ACDP 03-013-001/1 sowie 07-011-2956. Ein Teil des stenografischen Protokolls gelangte über eine Stenotypistin der CDU der DDR, die dem Stenografen des Parteitages nebenberuflich bei der Textübertragung half, in das dortige Archiv, vgl. eine entsprechende Aktennotiz vom 29. September 1950, ebd. Vgl. zum Parteitag auch Johann Baptist Gradl: Anfang unter dem Sowjetstern. Die CDU 1945–1948 in der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands. Köln 1981, S. 152 f.; Richter: Ost-CDU, S. 263–266; Siegfried Dübel: Exil-CDU und Wiedervereinigung, in: Tilman Meyer (Hg.): „Macht das Tor auf“. Jakob-Kaiser-Studien (Politische Dokumente 14). Berlin 1996, S. 235–263, hier 240.
- 17 Die Entstehung des Begriffs „Exil-CDU“ ist nicht klar nachzuvollziehen, vgl. die Ausführungen von Wolfram Kessler im Protokoll der Projekttagung „Geschichte der CDU in der SBZ/DDR 1946–1952“ am 5./6. Juli 1988 in Schloss Eichholz, S. 143 f., in: ACDP Bestand Konrad-Adenauer-Stiftung 12-001-0627.
- 18 Protokoll über die Sitzung des legalen Hauptvorstandes am 10. Juli 1950, in: ACDP 03-013-327/2.
- 19 Mohr: Auffassungen, S. 59–62.
- 20 Günter Buchstab (Bearb.): Adenauer: „Wir haben wirklich etwas geschaffen.“ Die Protokolle des Bundesvorstandes 1953–1957 (Forschungen und Quellen zur Zeitgeschichte 16). Düsseldorf 1990, Nr. 8 vom 3. Juni 1955, S. 545.
- 21 Dies geschah nicht immer zur Zufriedenheit der Bundesgeschäftsstelle, vgl. Aktenvermerk von Hans Panzer vom 22. Februar 1952, in: ACDP 03-013-358/1.

fungierte als „Gewissen“ einer gesamtdeutschen Politik.<sup>22</sup> Vorstandsmitglied und CSU-Bundestagsabgeordneter Anton Miller drückte es 1955 so aus: „Die Exil-CDU muß der gesamtdeutsche Sauerteig in der Gesamtpartei bleiben.“<sup>23</sup> Die Flüchtlingsbetreuung selbst sollte jedoch in erster Linie durch die Ostreferenten der Landesverbände erfolgen.<sup>24</sup>

Dabei bildete die Exil-CDU nach dem Statut der CDU keine Vereinigung, sondern erhielt den Status eines Landesverbandes, wodurch sie eigene Delegierte zu Bundesparteitagen und in den Parteiausschuss entsenden konnte.<sup>25</sup> Im Statut von 1950 wurde festgelegt, dass für die Ermittlung der Delegiertenzahlen der Exil-CDU die Ergebnisse „der letzten freien demokratischen Wahlen“ zugrunde gelegt würden.<sup>26</sup> Daraus ergab sich eine Zahl von 99 Delegierten für den ersten Bundesparteitag in Goslar 1950 sowie 8 Vertretern für den Bundesausschuss.<sup>27</sup> Im Statut von 1956 wurde die Delegiertenzahl auf 75 festgelegt, was bis 1969 so blieb.<sup>28</sup> Ausdrücklich wurde vor diesem Hintergrund seitens der Exil-CDU auf die Ausarbeitung einer eigenen Satzung und die Erhebung eines eigenen Beitrages verzichtet.<sup>29</sup> Gleichzeitig waren die Mitglieder der Exil-CDU jedoch verpflichtet, sich einem Kreisverband der CDU beziehungsweise CSU in der Bundesrepublik anzuschließen.<sup>30</sup> Um den Zusammenhalt der Flüchtlinge vor

- 
- 22 Helge Heidemeyer: *Flucht und Zuwanderung aus der SBZ/DDR 1945/1949–1961. Die Flüchtlingspolitik der Bundesrepublik Deutschland bis zum Bau der Berliner Mauer* (Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien 100). Düsseldorf 1994, S. 305.
- 23 Protokoll über die Sitzung des legalen Hauptvorstandes am 7. Februar 1955, in: ACDP 03-013-428/1.
- 24 Protokoll über die Sitzung des legalen Hauptvorstandes am 7. Dezember 1950, in: ACDP 03-013-428/1.
- 25 Man verzichtete darauf, für alle fünf ostdeutschen Landesverbände diesen Status zu fordern, da dies zum einen den westdeutschen Landesverbänden nur schwer zu vermitteln gewesen wäre und man zum anderen die Gefahr sah, dass sich daraus Parallelorganisationen entwickeln könnten, vgl. ebd.
- 26 Statut der CDU von 1950, § 4 und 6, in: <http://www.kas.de/upload/ACDP/CDU/Parteiordnungen/Statut1950.pdf> (Abruf 28. Mai 2019). Die Verhandlungen über die statuarische Behandlung der Exil-CDU hatte Gradl mit dem späteren rheinland-pfälzischen Innenminister Alois Zimmer geführt, einem Mann „von betont gesamtdeutscher Gesinnung“, vgl. Gradl: *Anfang*, S. 153.
- 27 Erläuterungen zur Entstehung und Aufgabenstellung von Exil-CDU und Landesverband Oder-Neiße vom 25. Juni 1959. Zur Rolle der Exil-CDU auf dem 1. Bundesparteitag, vgl.: Mohr: *Auffassungen*, S. 62–64.
- 28 Statut der CDU von 1956, § 4, in: [http://www.kas.de/upload/ACDP/CDU/Parteiordnungen/1956\\_Statut.pdf](http://www.kas.de/upload/ACDP/CDU/Parteiordnungen/1956_Statut.pdf) (Abruf 28. Mai 2019). Zur Diskussion darüber, vgl.: *Protokolle des Bundesvorstandes 1953–1957*, Nr. 8 vom 3. Juni 1955, S. 535–549.
- 29 Protokoll über die Sitzung des legalen Hauptvorstandes am 7. Dezember 1950, in: ACDP 03-013-428/1. Vgl. auch Mohr: *Auffassungen*, S. 49.
- 30 Protokoll über die Sitzung des legalen Hauptvorstandes am 7. Dezember 1950, in: ACDP 03-013-428/1. Vgl. auch eine entsprechende Aussage von Gradl, in: Günter Buchstab (Bearb.): Adenauer: „Es musste alles neu gemacht werden.“ *Die Protokolle des Bundesvorstandes der CDU 1950–1953* (Forschungen und Quellen zur Zeitgeschichte 8). Stuttgart 1986, Nr. 19 vom 11. März 1953, S. 466.

Ort gewährleisten zu können, plante man zumindest in größeren Städten die Einrichtung von Arbeitskreisen der Exil-CDU, was aber anscheinend nur in wenigen Fällen echte Aktivitäten nach sich zog, die spätestens im Laufe der 1960er Jahre einschlieften<sup>31</sup>

Wer war jedoch Mitglied der Exil-CDU? Im Juni 1951 schloss sich der Hauptvorstand der Ansicht des stellvertretenden Berliner CDU-Landesvorsitzenden Robert Tillmanns an, dass „alle anständigen Mitglieder der CDU in der sowjetischen Besatzungszone zur Exil-CDU gehören“.<sup>32</sup> Angesichts steigender Flüchtlingszahlen und damit auch exilierter CDU-Mitglieder, entstanden Differenzen zwischen denjenigen, die den Sowjets und der SED schon früh Widerstand geleistet hatten und denjenigen, die später in die Bundesrepublik gekommen waren und zum Teil erst hier eine politische Aktivität entfaltet hatten. So beklagte sich etwa der frühere stellvertretende Landesvorsitzende von Brandenburg, Peter Bloch, 1952 über eine „Zufallsmehrheit der ständig anwachsenden Gruppe von Flüchtlingen, die mit dem eigentlichen Kampf der CDU in der Zone nur noch wenig zu tun haben“. Besinne sich die Exil-CDU nicht auf ihre „legale Berufung“, wäre sie bald nur noch ein „typischer Veteranenklub mit Exilisten-Psychose“.<sup>33</sup> Obwohl sich der Hauptvorstand nicht mit Blochs Denkschrift beschäftigt zu haben scheint, scheinen innere Auseinandersetzungen in den 1950er Jahren des Öfteren vorgekommen zu sein.<sup>34</sup> Dies ging sogar so weit, dass sich Ernst Lemmer Ende 1952 nicht mehr zur Wahl für den Hauptvorstand zur Verfügung stellen wollte. Neben seiner Kritik an der Ratifizierung des Deutschlandvertrages durch den Bundestag, wodurch die Exil-CDU „politisch versagt“ habe, seien zusätzlich typische Erscheinungen einer „Organisation von Emigranten“ aufgetreten, nämlich „Misstrauen, Bosheit und Mangel

- 
- 31 Protokoll über die Sitzung des legalen Hauptvorstandes am 13. Juni 1952, in: ACDP 03-0163-573/1. Vgl. auch Schreiben von Alfred Krause an Kurt Zenker vom 18. Januar 1960, in: ACDP 03-013-448/1, sowie das Protokoll über die Sitzung des legalen Hauptvorstandes am 27. Februar 1960, wonach die Gründung von Arbeitskreisen „in vorsichtiger Weise“ erfolgen sollte, in: ACDP 03-013-428/1. Der Münchner Arbeitskreis löste sich Mitte der 1960er Jahre faktisch auf: Schreiben von Krause an Günter Lehrfeld vom 25. August 1965, in: ACDP 03-03-449/1. Aus Hamburg sind noch für 1966 Aktivitäten überliefert: Schreiben von Ernst Eichelbaum an Krause vom 23. September 1966, in: ACDP 03-013-451/2.
- 32 Protokoll über die Sitzung des legalen Hauptvorstandes am 10. Juni 1950, in: ACDP 03-013-428/1.
- 33 Peter Bloch: Gedanken über die augenblickliche Form und die Aufgaben der Exil-CDU, in: ACDP 03-013-428/1. Zur Datierung: Richter: Ost-CDU, S. 274. Kesselers sah in Bloch allerdings eher einen „Außenseiter“, vgl. Protokoll der Projekttagung, S. 211, in: ACDP 12-001-0627. Allerdings war Bloch ab 1955 stellvertretender Vorsitzender des Politischen Ausschusses, vgl. Niederschrift über die konstituierende Sitzung des Politischen Arbeitskreises der Exil-CDU am 11. August 1955, in: ACDP 03-013-662/1.
- 34 Vgl. auch die relativierenden Aussagen Kesselers dazu, in: Protokoll der Projekttagung, S. 187 f. sowie 202, in: ACDP 12-001-0627. Vgl. auch: Mohr: Auffassungen, S. 54 f.



an Kameradschaft“<sup>35</sup>. Auch die Flüchtlingsbetreuungsstelle Ost beim Parteivorstand der SPD nahm die inneren Auseinandersetzungen zwischen länger Ansässigen und neuen Flüchtlingen wahr, die man als „zwei feindliche Kreise der CDU“ charakterisierte.<sup>36</sup> Erst 1965 wurde festgelegt, dass für die Zugehörigkeit zur Exil-CDU eine Herkunft aus der DDR oder ein entsprechender Wohnsitz nach Kriegsende notwendig war. Um dem drohenden Mitgliederschwund entgegenzuwirken stelle man gleichzeitig fest, dass auch „eine politische Haltung, die das Nichtmitglied zum Eintritt in eine unter demokratischen Verhältnissen arbeitende CDU veranlaßt hätte“ für die Mitgliedschaft in der Exil-CDU ausreichte. Insbesondere wurde dabei auf Personen verwiesen, die diese Entscheidung wegen ihres jugendlichen Alters noch nicht hätten treffen können.<sup>37</sup> Dies schien jedoch nicht unproblematisch zu sein. Noch 1974 gab es massiven Widerstand gegen die Wahl jüngerer Leute als Delegierte für den Exil-Parteitag, obwohl dies seitens des Hauptvorstandes dringend für nötig gehalten wurde.<sup>38</sup> Mitte der 1980er Jahre befasste sich eine „Arbeitsgruppe Zukunft“ nochmals mit diesem Thema. Offenbar wurden drei Gruppen ausgemacht, die als potentielles Reservoir für eine Verjüngung der Exil-CDU hätten dienen können. Die erste Gruppe bestand aus Mitgliedern der CDU der DDR, die dann später in die Bundesrepublik abwanderten, jedoch nicht als Flüchtlinge anzusehen waren. Die zweite Gruppe waren Personen, die die DDR verlassen hatten und dann erst in die CDU eingetreten waren. Die dritte Gruppe schließlich umfasste die Kinder von Angehörigen der Exil-CDU. Auf der Sitzung des Hauptvorstands am 19. Oktober 1985 kam man nach intensiver Diskussion überein, dass die Möglichkeit einer Einbeziehung der ersten Gruppe in die Exil-CDU weiterhin überprüft werden sollte.<sup>39</sup> Eine endgültige Entscheidung in dieser Hinsicht fiel jedoch anscheinend nicht mehr. Genaue Mitgliederzahlen lassen sich kaum angeben, da nach bisherigem Kenntnisstand weder in der Exil-CDU noch in der Bundespartei dazu statistische Daten gesammelt wurden. 1963 findet sich in einem Zeitungsartikel die Zahl von etwa 90.000 ehemaligen CDU-Mitgliedern

35 Schreiben von Lemmer an Kaiser vom 6. Dezember 1952, in: ACDP Bestand Ernst Lemmer 01-280-006/3. Die Kritik an der Wirksamkeit der Exil-CDU bestand offenbar über Jahre hinweg, vgl. Schreiben von Lemmer an Kaiser vom 07. Februar 1955, in: Tilman Mayer (Hg.): Jakob Kaiser – Gewerkschafter und Patriot. Eine Werkauswahl, Köln 1988, S. 612 f.

36 Schreiben der Flüchtlingsbetreuungsstelle Ost an den Leiter des Bundesnotaufnahmeverfahrens in Berlin vom 11. Juni 1954. Der Brief bezieht sich auf eine Beschwerde des ehemaligen sächsischen CDU-Landesgeschäftsführers Hans Teubert gegen die Ablehnung seines Aufnahmeantrages. Er ist den immerhin elf Karteikarten mit Aussagen zur Person Teuberts beigelegt, die die Exil-CDU zu diesem Vorgang führte, in: ACDP 03-013-733.

37 Arbeitsergebnis des vom Vorstand der Exil-CDU eingesetzten Ausschusses über Fragen der Zugehörigkeit zur Exil-CDU vom 7. Februar 1965, in: ACDP 03-013-573/1.

38 Protokoll der Sitzung des legalen Hauptvorstandes am 19. Oktober 1974, in: ACDP 03-013-428/1.

39 Entwurf eines Teilprotokolls der Sitzung des Hauptvorstandes am 19. Oktober 1985, in: ACDP 03-013-643/1.

aus der DDR, die sich in der Bundesrepublik aufhielten.<sup>40</sup> Diese Angabe wurde bis weit in die 1970er hinein als feste Größe gegenüber der Presse angegeben.<sup>41</sup> Ende der 1980er Jahre schätzte man, dass nur noch etwa 5.000 bis 6.000 Personen Mitglied der Exil-CDU seien.<sup>42</sup> Inwiefern diese Zahlen aber generell der Wirklichkeit entsprachen, entzieht sich unserer Kenntnis.

Formal höchstes Organ waren die Exil-Parteitage, die zwischen 1950 und 1991 insgesamt 21mal zusammentraten. Sie fanden zumeist in Berlin oder im Grenzgebiet zur DDR statt und sollten so die Verbindung zu den Deutschen in der DDR symbolisieren. Eine Streitfrage, die sich durch die gesamte Existenz der Exil-CDU zieht, bezog sich auf den Delegiertenstatus. Als rechtmäßige Delegierte galten die Teilnehmer am Parteitag von 1947, sofern sie sich keine politischen Verfehlungen zuschulden hatten kommen lassen und in der Bundesrepublik oder West-Berlin wohnhaft waren. Vertreter für verstorbene oder verhinderte Delegierte wurden von einem durch den Hauptvorstand eingesetzten Ausschuss bestimmt.<sup>43</sup> Dieser sollte einmal eine Unterwanderung durch Agenten der DDR-Staatssicherheit verhindern, war aber auch gleichzeitig für die ältere Generation ein Instrument zur Besitzstandswahrung und zur Einrichtung einer parteiinternen Hausmacht.<sup>44</sup> Im Vorfeld der Exil-Parteitage fanden auch die Tagungen der fünf Landsmannschaften bzw. Landesgruppen statt. Sie vertraten die Landesverbände in der SBZ/DDR. Ihnen war jedes Mitglied der Exil-CDU je nach dessen Herkunft automatisch zugeordnet. Die Landesgruppen bestimmten im Rahmen dieser Tagungen ihre Sprecher. Diese wurden automatisch Mitglieder des Hauptvorstandes. Weiterhin wählten die Landesgruppen auf diesen Zusammenkünften ihre Delegierten für den Bundesparteitag sowie den Bundesausschuss. Die Bestätigung durch den Exil-Parteitag war schließlich nur noch eine Formalität. In diesem Umfeld fanden auch die Sitzungen der Frauenvereinigung und der Jungen Union der Exil-CDU statt. Die Exil-Parteitage waren jedoch durch Vorträge und Referate bestimmt und dienten daher vor allem der Selbstvergewisserung, weiterhin in einem schwierigen Umfeld der

40 Mit Takt und Ungeduld zur Einheit, in: Deutsche Zeitung vom 13. Mai 1963. Hier wird auch davon gesprochen, dass es 7.000 Vertrauensleute der Exil-CDU im Bundesgebiet gebe.

41 Arnold Zölch: Auftrag der Exil-CDU: Deutschland, in: Allgemeine Sonntagszeitung vom 31. März 1968; 90.000 CDU-Mitglieder der Union im Westen beigetreten, in: Saarbrücker Zeitung vom 18. September 1976. Auch wenn die Angabe des letzteren Artikels auf einer Aussage des Leiters des Deutschlandbüros, Alfred Krause, beruht, dürfte sie kaum noch mit den realen Zahlen übereingestimmt haben.

42 Karl Feldmeyer: „Wir sind und bleiben ein Volk, die deutsche Nation“, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 11. April 1987; Arnd Brummer: Exil-CDU lebt auf, in: Sonntag-Aktuell vom 1. April 1990.

43 Richtlinien für die Bestellung der Delegierten zu den Exil-Parteitagen vom 18. März 1957, in: ACDP 03-013-317/2.

44 Richter: Ost-CDU, S. 275.

deutschlandpolitische Motor der CDU zu sein, und der Zusammenführung der über das gesamte Bundesgebiet und West-Berlin verstreut lebenden Mitglieder.<sup>45</sup>

Der Hauptvorstand bestimmte die politischen Leitlinien und übernahm insbesondere die politische Vertretung der Interessen der Flüchtlinge innerhalb der CDU-Bundespartei. Die Arbeit des Hauptvorstandes wurde durch einige Ausschüsse unterstützt.<sup>46</sup> Hier ist insbesondere der 1955 gegründete Politische Arbeitskreis, der ab 1957 als Politischer Ausschuss bezeichnet wurde, hervorzuheben. Er bereitete die Exil-Parteitage vor sowie nach und war zwischen den Sitzungen des Hauptvorstandes als eine Art geschäftsführender Vorstand tätig.<sup>47</sup> Damit glich er im Wesentlichen dem Politischen Ausschuss der CDU in der SBZ/DDR bis zu dessen Unterordnung unter eine Sekretariatsstruktur Anfang der 1950er Jahre. Weitere Ausschüsse waren der Organisationsausschuss, der Vorbereitungen für die Parteiarbeit im Falle einer Wiedervereinigung treffen sollte,<sup>48</sup> und der Flüchtlingsausschuss, der sich mit allgemeinen Flüchtlingsangelegenheiten, dem Lastenausgleichsgesetz oder dem Notaufnahmeverfahren beschäftigte.<sup>49</sup>

Eng mit dem Hauptvorstand verbunden aber gleichzeitig auch mit eigenen Aufgaben betraut, war das Ostbüro, das in den 1960er Jahren in Deutschlandbüro umbenannt wurde.<sup>50</sup> Es war die zentrale Anlaufstelle für geflohene CDU-Mitglieder wie für Besucher und Informanten aus der DDR. Insbesondere die Landwirtschaftsausstellung „Grüne Woche“ war in dieser Hinsicht ein wichtiger Kontaktpunkt. Außerdem übernahm es auch bei Integrationsproblemen von Flüchtlingen in die CDU ihres westdeutschen Wohnortes eine Vermittler- und Unterstützerrolle. Dies war durchaus nicht unbedeutend, da die Flüchtlinge auf regionaler Ebene seitens der dortigen Parteigliederungen zum Teil als Fremdkörper angesehen wurden, wie es etwa für den früheren brandenburgischen Fraktionsvorsitzenden Willy Heller in Essen oder den ehemaligen Bürgermeister von Klingenthal Erich Lazarus in Tübingen belegt ist.<sup>51</sup> Generell gab

45 Bereits zum ersten Exil-Parteitag wurde eine Broschüre mit den Redebeiträgen unter dem Motto des Parteitages „Einheit in Freiheit“ veröffentlicht, in: ACDP 03-013-069/4.

46 Rundschreiben von Gradl an die Sprecher der Landsmannschaften, der Frauen und der Jungen Union in der Exil-CDU vom 27. Juli 1955, in: ACDP 03-013-662/1.

47 Niederschrift über die konstituierende Sitzung des Politischen Arbeitskreises der Exil-CDU am 11. August 1955, ebd.

48 Niederschrift über die Sitzung des Arbeitskreises für Organisation der Exil-CDU am 8. November 1955, ebd.

49 Protokoll über die Sitzung des legalen Hauptvorstandes der Exil-CDU am 9. Oktober 1956, in: ACDP 03-013-428/1.

50 Zu den Aufgaben der Ostbüros der Parteien, u. a. auch des CDU-Ostbüros: Buschfort: Parteien, S. 113–129.

51 Zu Willy Heller vgl. die Ausführungen seines Sohnes Engelbert Heller im Protokoll der Projekttagung, S. 149, in: ACDP 12-001-0627. Zu Erich Lazarus: Schreiben von Lazarus an das Ostbüro vom 21. Oktober 1954 sowie Antwortschreiben von Alfred Krause vom 4. November 1954, in: ACDP 03-013-199/2. Die auftretenden Probleme wurden auch Bundes-

es auf Seiten der Flüchtlinge auch immer wieder Beschwerden über fehlende Einsatzbereitschaft und Idealismus bei den westdeutschen CDU-Mitgliedern.<sup>52</sup>

Für die Exil-CDU hatte das Ostbüro die Funktion einer Geschäftsstelle inne.<sup>53</sup> Hier wurde die tägliche Korrespondenz abgearbeitet, sowie Verwaltungs-, Personal- und Finanzangelegenheiten abgewickelt. Das Ostbüro war weiterhin für die Koordinierung der verlegerischen und publizierenden Aktivitäten zuständig, wobei die zwischen 1948 und 1963 herausgegebene Zeitung „Der Tag“ und das ab Mitte der 1950er Jahre erschienene hauseigene Organ „Stimme im Exil“ besondere Erwähnung verdienen. „Der Tag“ war, obwohl er über seine gesamte Existenz hinweg von finanziellen Zuschüssen abhängig war, mit seinen Möglichkeiten zur Sammlung von Informationen die „Keimzelle des Ostbüros“ der CDU.<sup>54</sup> Gleichmaßen oblag dem Ostbüro die Koordination von Spendenaktionen<sup>55</sup> sowie die Herstellung von Propagandamaterial und ihre Verbreitung in der DDR. Dies geschah vor allem mittels Brief- oder Verteilaktionen, in den 1950er und 1960er Jahren jedoch auch über mit Helium gefüllte Ballons, die an bestimmten Stellen Flugblätter abwerfen sollten.<sup>56</sup> Darunter befand sich auch eine Wochenausgabe des „Tag“, die extra für Leser in der DDR hergestellt wurde.<sup>57</sup> Über gelungene Abwürfe und ihre Rezeption in der Bevölkerung wurde das Ostbüro von den Empfängern der Flugblätter durch unverdächtig klingende Postkarten informiert, die diese abschicken sollten.<sup>58</sup> Eine weitere Aufgabe des Ostbüros war die Leitung der Ermittlungsaktivitäten bezüglich Flüchtlingen im Rahmen des Bundesnotaufnahmeverfahrens, sofern sie Mitglied der CDU waren oder ihr nahestanden, wodurch es quasi staatliche Aufgaben übernahm.<sup>59</sup> Zu diesem Zweck wurden ab 1951 eigens Außenstellen in den Notaufnahmehäusern Uelzen und Gießen eingerichtet. In Zusammenarbeit mit den Ostbüros

geschäftsführer Bruno Heck mitgeteilt, vgl. Schreiben von Gradl an Heck vom 18. Januar 1956, in: ACDP 03-013-358/1. Bessere Erfahrungen machte Wolfgang Seibert in Hessen, vgl. Protokoll der Projekttagung, S. 157, in: ACDP 12-001-0627.

52 Schreiben von Heck an Gradl vom 26. Januar 1957, in: ACDP 03-013-452/1.

53 Wolfgang Buschfort: Die Ostbüros der Parteien in den 50er Jahren (Schriftenreihe des Berliner Landesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR 7), 3. Aufl. Berlin 2006, S. 50.

54 Ebd., S. 54. Zur Förderung des „Tag“ durch das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen vgl. ebd., S. 65; Stefan Creuzberger: Kampf für die Einheit. Das gesamtdeutsche Ministerium und die politische Kultur des Kalten Krieges 1949–1969 (Schriften des Bundesarchivs 69) Düsseldorf 2008, S. 248–252. Gradl verleugnete diese öffentlichen Subventionen, vgl. Mohr: Auffassungen, S. 110.

55 Bruno Heck berichtete 1953 im Bundesvorstand über eine solche Aktion, vgl. Protokolle des Bundesvorstandes 1950–1953, Nr. 18 vom 26. Januar 1953, S. 317 f.

56 Buschfort: Parteien, S. 133–135.

57 Die erschienenen Wochenausgaben von „Der Tag“ sind in digitalisierter Form verfügbar: <http://www.kas.de/wf/de/71.14859/> (Abruf 28. Mai 2019).

58 Die Wirkung dieser Ballons dürfte jedoch nicht sehr groß gewesen sein, vgl. Creuzberger: Kampf, S. 484.

59 Buschfort: Parteien, S. 60.

von SPD, FDP und DGB sowie Flüchtlingsorganisationen überprüften sie die Neuankömmlinge und gaben Beurteilungen über ihren Status als „echte“ Flüchtlinge ab, was im positiven Fall für die Beurteilten mit wesentlichen Vorteilen bei der Integration verbunden war.

Diese vielfältigen Aufgaben machten das Ostbüro als Aufklärungs- und Bearbeitungsobjekt für das Ministerium für Staatssicherheit (MfS) der DDR natürlich überaus wichtig und lohnenswert. Tätig war hier die Abteilung VI, dann ab 1952 die Abteilung V die bereits für das Ostbüro der SPD zuständig war. Zentrale Aufgabe war daher der Versuch zuverlässige Informanten im CDU-Ostbüro zu platzieren. Dies gelang jedoch nur sehr begrenzt.<sup>60</sup> Für die Mitarbeiter und Verbindungsleute war ein hohes Maß an Idealismus kennzeichnend. Ihre Religiosität und ihre tiefsitzende Abneigung gegen die Machthaber in Ost-Berlin machten sie so gut wie immun gegen Versuche des MfS mittels Geldzahlungen Einfluss zu erhalten.<sup>61</sup> Am ehesten kam der Geheimdienst noch über Erpressungen an sein Ziel. Dies war etwa der Fall beim Geheimen Informator (GI) „Rossegger“, Herbert Seidenglanz, der aufgrund seiner NS-Vergangenheit belastet war. Er war Mitglied in der DDR-CDU und nahm nach seiner angeblichen Flucht 1954 Kontakt zum Ostbüro auf. Durch seine Mithilfe konnte das MfS verschiedene Verbindungsleute des Ostbüros in der DDR festnehmen.<sup>62</sup> Entführungen wichtiger Mitarbeiter des Ostbüros waren zwar geplant, etwa im Rahmen der Aktion „Blitz“ 1954/55, führten jedoch nur in einem Fall zum Erfolg.<sup>63</sup> Im Juli 1955 wurde Johannes Fasel, der bis zu seiner Flucht 1949 Informant des Ostbüros war, in die DDR verbracht und dort 1956 zu lebenslanger Haft verurteilt. Erst im Juni 1961 wurde er wieder freigelassen und kehrte nach Westdeutschland zurück.<sup>64</sup> Insgesamt blieb der Einfluss des MfS auf die Arbeit des CDU-Ostbüros und der Exil-CDU jedoch sehr begrenzt.

Durch die hohe Wachsamkeit im Ostbüro gegenüber der ständigen Bedrohung durch das MfS blieb es nicht aus, dass trotz unmittelbarer Überprüfung der Flüchtlinge auch später noch Zweifel an der politischen Haltung eines CDU-Mit-

60 Ebd., S. 149 f.

61 Ebd., S. 150; Ehrhart Neubert: Ein politischer Zweikampf in Deutschland. Die CDU im Visier der Stasi. Freiburg im Breisgau 2002, S. 58. Das MfS erwog daher sogar einen Brandanschlag, um Unterlagen des Ostbüros zu vernichten, vgl. Buschfort: Parteien, S. 206.

62 Neubert: Zweikampf, S. 55.

63 Die Aktion „Blitz“ richtete sich gegen die „Untergrundbewegung“, wozu unter anderem die Ostbüros der Parteien und Flüchtlingsorganisationen gezählt wurden. Dabei wurden auch einige Verbindungsleute des CDU-Ostbüros festgenommen, vgl. Karl Wilhelm Fricke/Roger Engelmann: „Konzentrierte Schläge.“ Staatssicherheitsaktionen und politische Prozesse in der DDR 1953–1956 (Analysen und Dokumente 11). Berlin 1998, S. 52–60.

64 Akte zu Johannes Fasel, in: ACDP 03-013-235/2. Neubert: Zweikampf, S. 56 f.; Buschfort: Parteien, S. 190–194. Zum Komplex der Entführungen durch das MfS im Allgemeinen Susanne Muhle: Auftrag: Menschenraub. Entführungen von Westberlinern und Bundesbürgern durch das Ministerium für Staatssicherheit der DDR (Analysen und Dokumente 42). Göttingen 2015.

glieds während seiner Zeit in der SBZ/DDR auftreten konnten. Für diese Fälle existierte ein vom Exil-Parteitag gewähltes Ehrengericht, das vom Beschuldigten selbst, dem Ostbüro oder dem Hauptvorstand angerufen werden konnte. Es bestand aus einer westdeutschen und einer Berliner Kammer, die mit jeweils sechs Personen besetzt wurden. Die Aufgabendefinition des Gerichtes, nämlich herauszufinden, ob ein aus der DDR geflohenes CDU-Mitglied „während seiner dortigen Tätigkeit Anlass zu Beanstandungen gegeben hat“, war allerdings alles andere als klar und ließ viel Spielraum für Interpretationen.<sup>65</sup>

In den frühen Jahren der Bundesrepublik kann man durchaus das Bemühen um einen gewissen Einfluss der Exil-CDU feststellen, insbesondere auf die Deutschlandpolitik der Regierung Adenauer. Immerhin war das Ministerium für Gesamtdeutsche Fragen bis 1962 zunächst über Jakob Kaiser und nach dessen Tod 1957 über Ernst Lemmer in der Hand der Vorsitzenden der Exil-CDU, auch wenn sie im Vergleich zu Staatssekretär Franz Thedieck innerhalb des Ministeriums eher zurückhaltend agierten.<sup>66</sup> Dennoch zeichneten sich bereits damals Schwierigkeiten ab. Bis zu ihrer Auflösung stellte gerade die Finanzlage der Exil-CDU ein beständiges Problem dar.<sup>67</sup> Da man bewusst auf einen eigenen Mitgliedsbeitrag verzichtet hatte, um sich nicht in Konkurrenz zu den Landesverbänden der Bundespartei zu setzen, in denen die Flüchtlinge Mitglied waren, war man fast vollständig auf Zuwendungen der Bundespartei und des Bundesministeriums für Gesamtdeutsche Fragen angewiesen.<sup>68</sup> Zunehmende Sparanstrengungen der Bundespartei kollidierten jedoch mit den diversen Aufgaben der Exil-CDU und des Ostbüros, so dass das Thema Unterfinanzierung weiterhin auf der Tagesordnung blieb.<sup>69</sup> Hinzu kam, dass eine finanzielle Rechenschaftslegung kaum bis gar nicht vorhanden war. Erst 1987 wurde mit Wolfram Kessler überhaupt erstmals ein Schatzmeister eingesetzt. Da zudem die erwarteten raschen Erfolge

65 Ehrengerichtsordnung der Exil-CDU vom 10. Juni 1951, in: ACDP 03-013-327/2. Kritisch dazu Richter: Ost-CDU, S. 272 f.

66 Creuzberger: Kampf, S. 75. Zu Thedieck vgl. ebd., S. 65–75. Vgl. auch Ernst Eichelbaum: Bericht über die deutsche Flüchtlingspolitik 1957–1965. Darstellung und Erinnerung [maschinenschriftliches Manuskript vom 28. August 1980], S. 46 f., in: ACDP Bestand Ernst Eichelbaum 01-201-002/2. Auch der von 1949 bis 1953 amtierende Bundesminister für Vertriebene und Flüchtlinge, Hans Lukaschek, gehörte der Exil-CDU an, vgl. Gradl: Anfang, S. 152.

67 Bereits die Planung des Exil-Parteitages 1952 war von finanziellen Schwierigkeiten überschattet, vgl. Protokoll der Sitzung des Hauptvorstandes am 13. Juni 1952. Die schließlich erfolgte Absage des Parteitages ist, anders als Richter: Ost-CDU, S. 273 meint, aber eher auf politische Gründe zurückzuführen, vgl. Schreiben von Kaiser an Jöhren vom 18. September 1952, in: ACDP 03-013-003/2; Rundschreiben von Gradl an die Delegierten des Exil-Parteitages 1952 vom 20. September 1952, ebd.

68 Zur Förderung durch das gesamtdeutsche Ministerium, vgl. Creuzberger: Kampf, S. 143 f. sowie 254–257. Mit der Übernahme des Ministeriums durch Herbert Wehner (SPD) Ende 1966 änderten sich auch die Förderungsrichtlinien, vgl. ebd., S. 483–488.

69 Schreiben von Bundesgeschäftsführer Rüdiger Göb an Gradl vom 18. Juni 1970, in: ACDP 01-294-059/1.

der Deutschlandpolitik der Bundesregierung ausblieben, stelle sich die Frage, wie der Anspruch der Exil-CDU, legale Vertreterin der CDU-Mitglieder in der DDR zu sein, in Zukunft aufrecht erhalten werden konnte und ob die Exil-CDU überhaupt in der Lage war, diesen Anspruch zu erfüllen.<sup>70</sup> Hinzu kamen die vorhin beschriebenen Differenzen zwischen „alten“ und „jungen“ Flüchtlingen.

Anfang der 1950er Jahre begann sich auch eine innerparteiliche Auseinandersetzung zwischen der Exil-CDU und dem Landesverband Oder-Neiße zu entwickeln, die das Verhältnis beider Verbände für die nächsten Jahre bestimmen sollte. Eine zentrale Befürchtung der Exil-CDU war, dass sie durch den Landesverband Oder-Neiße aus dem Bundesvertriebenenausschuss herausgedrängt werden könnte.<sup>71</sup> Dass diese Annahme nicht unbegründet war, zeigte sich 1959, als der Vorsitzende des Bundesvertriebenenausschusses Walter von Keudell und Bundesvertriebenenminister Theodor Oberländer<sup>72</sup> versuchten, den Ausschuss in den Landesverband Oder-Neiße zu überführen, und dabei Unterstützung seitens des Bundesgeschäftsführers Konrad Kraske<sup>73</sup> erhielten.<sup>74</sup> Zur Begründung

70 Dübel: Exil-CDU, S. 240.

71 Dies entzündete sich 1953 an den Überlegungen des Landesverbandes Oder-Neiße, sich eine Satzung zu geben, vgl. Vermerk von Werner Jöhren an Gradl vom 16. Mai 1953 sowie Schreiben von Gradl an Bruno Heck vom 9. März 1954, in: ACDP 01-294-070/1. Vgl. auch Protokolle des Bundesvorstandes 1953–1957, Nr. 2 vom 19. Januar 1954, S. 131 f. Dieses Problem blieb auch in der Folgezeit virulent, vgl. Schreiben von Eichelbaum an Gradl vom 2. Oktober 1956, in: ACDP 03-013-358/1.

72 Theodor Oberländer (1905–1998), Agrarwissenschaftler; 1923–1927 Studium in München, Hamburg und Berlin; 1929 Promotion; 1933 Habilitation; 1933–1945 Mitglied der NSDAP; 1933–1937 Direktor des Instituts für Osteuropäische Wirtschaft Königsberg; 1934–1937 Leiter des Bundes Deutscher Osten; 1937–1940 Wechsel an die Universität Greifswald; 1940–1945 Professor an der Universität Prag; 1948–1950 Mitglied der FDP; 1950–1955 Mitglied des Bundes der Heimatvertriebenen und Entrechteten (BHE); 1950–1953 Mitglied des Bayerischen Landtages; 1953–1961 und 1963–1965 Mitglied des Bundestages; 1953–1960 Bundesminister für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte; 1954–1955 Bundesvorsitzender des BHE; 1956 Eintritt in die CDU; 1958–1964 Vorsitzender des Landesverbandes Oder-Neiße; 1960 Rücktritt nach Vorwürfen bezüglich seiner NS-Vergangenheit.

73 Konrad Kraske (1926–2016), Historiker; 1946–1951 Studium in Göttingen und Freiburg; 1951 Promotion; 1953 Eintritt in die CDU; 1953–1956 Bundesvorsitzender des RCDS; 1958–1970 Bundesgeschäftsführer der CDU; 1964–1968 Geschäftsführender Vorsitzender der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.; 1965–1980 Mitglied des Bundestages; 1971–1973 Generalsekretär der CDU; 1992–2002 Vorsitzender des ZDF-Fernsehrates.

74 Vertrauliche Dokumentation der Exil-CDU zur Diskussion über die Flüchtlingsvertretung vom 19. Mai 1959 mit Abschriften der Korrespondenz von Miller, Gradl und Kraske, in: ACDP 01-294-070/1. Die Aufnahme von Verhandlungen darüber wurde bereits im Februar beschlossen, vgl. Protokoll der Sitzung des Bundesvertriebenenausschusses der CDU/CSU am 5. Februar 1959, in: ACDP Bestand Clemens Riedel 01-094-021/3. Vgl. dazu auch Mohr: Auffassungen, S. 58 f.; Matthias Stickler: „Ostdeutsch heißt Gesamtdeutsch“. Organisation, Selbstverständnis und heimatpolitische Zielsetzungen der deutschen Vertriebenenverbände 1949–1972 (Forschungen und Quellen zur Zeitgeschichte 46). Düsseldorf 2004, S. 214 f.

kehrte man das Legalitätsprinzip um und verwendete es gegen die Exil-CDU. Da sie nur als legale Vertreterin der Mitglieder der CDU in der DDR fungierte, sei sie nicht für die Vertretung der Interessen der DDR-Flüchtlinge innerhalb der CDU in der Bundesrepublik zuständig, was aber faktisch ihre Existenzgrundlage war.<sup>75</sup> Seinen Anspruch machte der Landesverband Oder-Neiße durch die Annahme des Namenszusatzes „Union der Vertriebenen und Flüchtlinge“ deutlich, wie es am 17. September 1958 in einer neuen Satzung festgelegt worden war.<sup>76</sup> Kraske lenkte schließlich dahingehend ein, dass er Gradl über die beabsichtigte Auflösung des Bundesvertriebenenausschusses unterrichtete und seine Beratungsfunktion der Exil-CDU und dem Landesverband Oder-Neiße übertrug, deren Eigenständigkeit auf diese Weise nochmals hervorgehoben wurde.<sup>77</sup> Dennoch blieb die Frage nach einer Zusammenfassung der Vertriebenen und DDR-Flüchtlinge innerhalb der CDU zu einer Organisation weiterhin virulent. Dies galt insbesondere für den Landesverband Oder-Neiße, dessen Vorstand auf einer Tagung mit vertriebenen und geflüchteten Abgeordneten im November 1960 betonte, dass ihnen die Hilfe für Flüchtlinge aus der DDR besonders am Herzen liegen müsse.<sup>78</sup> Eine fehlerhafte Einladung zu einer agrarpolitischen Arbeitstagung des Landesverbandes Oder-Neiße, in der dieser als „Zusammenfassung der Heimatvertriebenen und Flüchtlinge“ bezeichnet wurde, machte im Juni 1961 auf Gradls Veranlassung hin eine Intervention Kraskes bei Oberländer notwendig.<sup>79</sup> Erst Oberländers Versicherung, dass es sich hierbei um ein Versehen gehandelt habe, das seiner Abwesenheit bei der Verfassung der Einladung geschuldet sei, glättete die Wogen vorerst.<sup>80</sup>

75 Kurzprotokoll über die Vorstandssitzung des Landesverbandes Oder-Neiße am 29. September 1959, in: ACDP Bestand Alfred Rojek 01-231-007/1. Um ihren Einfluss auf die Flüchtlingsgesetzgebung zu untermauern, hatte die Exil-CDU einen Ausschuss für Flüchtlingsfragen eingerichtet. Ernst Eichelbaum betonte in einem Schreiben an Gradl vom 19. Dezember 1957 die Notwendigkeit dieses Gremiums damit, dass die Vertriebenen- und Flüchtlingsausschüsse von Partei und Fraktion unter dem Einfluss der Vertriebenen stünden, die in den die DDR-Flüchtlinge betreffenden Fragen „meist nicht sachverständig“ seien, in: ACDP 03-013-431/1.

76 Satzung des Landesverbandes Oder-Neiße vom 17. September 1958, in: ACDP 01-294-070/1. Vgl. dazu die Korrespondenz zwischen Gradl und Kraske vom August bis September 1959, ebd.

77 Vertrauliche Dokumentation der Schreiben von Kraske und Gradl vom 28. und 29. Oktober 1959, ebd. Die Auflösung unterbleibt letztlich jedoch, vgl. Günter Buchstab (Bearb.): Adenauer: „... um den Frieden zu gewinnen.“ Die Protokolle des CDU-Bundesvorstandes 1957–1961 (Forschungen und Quellen zur Zeitgeschichte 24). Düsseldorf 1994, Nr. 10 vom 9. November 1959, S. 495.

78 Kurzprotokoll der Arbeitstagung der Vertriebenen- und Flüchtlingsabgeordneten der Landesparlamente, des Bundestages und des Vorstandes des Landesverbandes Oder-Neiße der CDU/CSU am 18. und 19. November 1960, in: ACDP 01-231-004/2.

79 Einladung und Korrespondenz von Gradl und Kraske vom Juni 1961, in: ACDP 01-294-070/1. Kraskes Unwilligkeit in dieser Angelegenheit zeigte sich daran, dass er nach seinen Worten dicht daran gewesen sei zu denken: „Die Sorgen möchte ich haben.“

80 Schreiben von Oberländer an Gradl vom 9. Juni 1961, ebd.



Insbesondere der Mauerbau 1961, durch den der Strom der Flüchtlinge fast völlig versiegt, warf die Frage auf, wie die Exil-CDU ihr eigenes Überleben angesichts einer zunehmend stabilisierten DDR und der auf Dauer unvermeidlichen Überalterung sicherstellen wollte. Augenfällig wurde diese Krise, als Ernst Lemmer 1962 im Zuge einer Kabinettsumbildung als Minister für Gesamtdeutsche Fragen durch Rainer Barzel ersetzt wurde.<sup>81</sup> Erstmals stand damit kein Mitglied der Exil-CDU an der Spitze dieses für sie so wichtigen Ministeriums. Diese Angelegenheit schlug dort dementsprechend hohe Wellen. Karl Heinz Kaltenborn etwa sprach von einer „Katastrophe“, sah die Ablösung von Lemmer aber mittlerweile als typisch für den Umgang mit aus der SBZ/DDR geflohenen CDU-Mitgliedern an, wofür man noch die Quittung bekommen werde.<sup>82</sup> Gleichzeitig wurde jedoch auch der Wille und die Notwendigkeit zur Zusammenarbeit betont.<sup>83</sup> Selbst bei einer im Fernsehen übertragenen deutschlandpolitischen Ansprache von CDU, CSU und FDP im Juli 1966 wurde Lemmer nicht mehr berücksichtigt, was diesen zur einer von Bitterkeit geprägten Stellungnahme gegenüber Bundeskanzler Ludwig Erhard veranlasste.<sup>84</sup> Hinzu kam, dass 1964 auch die Bemühungen wieder auflebten, Exil-CDU und Landesverband Oder-Neiße zusammenzulegen. Am 16. Juni 1964 machte der geschäftsführende CDU-Vorsitzende Josef Hermann Dufhues während einer Besprechung zu Flüchtlings- und Vertriebenenfragen den Vorschlag, Exil-CDU und Landesverband Oder-Neiße in einem Bundesverband oder einer Bundesvereinigung der Vertriebenen und Flüchtlinge in der CDU aufgehen zu lassen. Hinter dieser Absicht sah das Exil-CDU-Vorstandsmitglied und Bundestagsabgeordneter Ernst Eichelbaum<sup>85</sup> den Landesvorsitzenden der CDU Rheinland und nordrhein-westfälischen Arbeits- und Sozialminister, Konrad Grundmann, sowie den Leiter der Flüchtlingsverwaltung von Nordrhein-Westfalen, Ludwig Lands-

81 Kurt Plücker: *Der schwarz-rot-goldene Faden. Vier Jahrzehnte erlebter Deutschlandpolitik.* Bonn 1996, S. 108; Creuzberger, *Kampf*, S. 86 f. Zum Verhältnis Barzels zur Exil-CDU, vgl. Mohr: *Auffassungen*, S. 260 f.

82 Schreiben von Kaltenborn an Gradl vom 13. Dezember 1962, in: ACDP 03-013-362/1. Dabei war Lemmer als Bundesminister auch unter den Exil-CDU-Mitgliedern nicht unumstritten. Eichelbaum bezeichnete ihn rückblickend als „ungeeignet“, vgl. Eichelbaum: *Bericht*, S. 47, in: ACDP 01-201-002/2.

83 Gradl äußerte sich so: „Wir sind nicht zum Stänkern da.“, vgl. Protokoll der Sitzung des legalen Hauptvorstandes am 11. Mai 1963, in: ACDP 03-013-428/1.

84 Schreiben von Ernst Lemmer an Ludwig Erhard vom 28. Juli 1966, in: ACDP 03-013-573/1.

85 Ernst Theodor Eichelbaum (1893–1991), Oberstudienrat; 1911–1914 Studium in München, Leipzig und Berlin; 1914–1918 Teilnahme am 1. Weltkrieg; 1919–1943 Lehrer an der Thomasschule in Leipzig, Entlassung aus politischen Gründen als Mitglied der Bekennenden Kirche; 1945 Mitgründer der CDU in Leipzig; 1945–1946 erneut Lehrer an der Thomasschule; 1946–1948 2. Bürgermeister von Leipzig; 1948 Flucht in die Westzonen; 1949–1957 Oberstudiendirektor in Wuppertal; 1952–1963 Bundesvorsitzender des Gesamtverbandes der Sowjetzonenflüchtlinge; 1957–1965 Mitglied des Bundestages.

berg. Unterstützt wurden sie dabei wiederum von Oberländer, der sich ebenfalls dafür aussprach, den Bundesausschuss für Vertriebene und Flüchtlinge wiederzubeleben.<sup>86</sup> Ganz offensichtlich war der Hintergrund für diesen Angriff auf die Exil-CDU die bevorstehende Bundestagswahl 1965. Da die SPD sich inzwischen zunehmend um Wählerstimmen bei den Vertriebenen und Flüchtlingen bemühte,<sup>87</sup> erschien es notwendig, den Zugriff in diese Richtung besser zu koordinieren und zu verstärken. Auch wenn diese Angelegenheit im Sande verlief, blieb die Abgrenzung zum Landesverband weiterhin auf der Tagesordnung.<sup>88</sup> Dies wurde indirekt auch 1966 deutlich, als Bundesvertriebenenminister Gradl in einem Interview andeutete, im Falle einer Wiedervereinigung und eines Friedensvertrages nicht unbedingt auf ein Deutschland in den Grenzen von 1937 zu bestehen, was entsprechend harsche Reaktionen nach sich zog, auch bei den Vertriebenen innerhalb der CDU.<sup>89</sup> Letztlich griff Gradl damit aber nur Überlegungen der Exil-CDU auf, die diese bereits im Rahmen einer Klausur des erweiterten Hauptvorstandes 1957 angestellt hatte.<sup>90</sup>

Vor diesem Hintergrund ist es kaum verwunderlich, dass sich im Laufe der 1960er Jahre die politische Bedeutung der Exil-CDU zusehends verringerte,<sup>91</sup> wohingegen ihr Wert als Träger politischer Bildung wuchs. Der fast völlige Wegfall der Flüchtlingshilfe machte ab etwa 1965 den Weg frei, interessierten Personen und insbesondere der jüngeren Generation mit deutschlandpolitischen Seminaren und Berlin-Fahrten das Weiterbestehen der ungelösten deutschen Frage zu vermitteln. Mit Johann Baptist Gradl, der dem seit 1963 amtierenden FDP-Politiker Erich Mende nachfolgte, wurde zwar 1966 nach dem Bruch

86 Notiz von Ernst Eichelbaum über die Besprechung am 16. Juni 1964, in: ACDP 01-294-070/1. Vgl. auch Abschrift eines Schreibens von Gradl an Dufhues vom 13. Juli 1964, in: ACDP 03-013-317/2.

87 Stickler: Ostdeutsch, S. 249 f.

88 Bezeichnend dafür ist wiederum ein angeblicher Fehler in der Publikation der Bundesgeschäftsstelle „Der Heimatvertriebene – Der Flüchtling“ vom 29. Oktober 1965, in der der Landverband Oder-Neiße die Zuständigkeit für „Ost- und Mitteldeutschland“ zugesprochen wurde, was den verärgerten Gradl gegenüber Kraske zu der Bemerkung veranlasste: „Wenn ich nicht wüßte, wie so etwas passiert, könnte ich auf den Gedanken kommen, es handelt sich um böse Absicht.“ Schreiben von Gradl an Kraske vom 10. November 1965, in: ACDP 01-294-070/1.

89 Noch Karten für einen Grand mit Vieren?, in: Der Spiegel vom 17. Januar 1966. Vgl. auch Mohr: Auffassungen, S. 235–237.

90 Niederschrift über die Hauptvorstandssitzung mit dem Politischen Arbeitskreis sowie eingeladenen Mitgliedern am 18. und 19. Januar 1957, in: ACDP 03-013-428/1. In seiner Zusammenfassung dieser Tagung betonte Gradl allerdings, dass die Wiedervereinigung kein „Tauschobjekt“ gegen die Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze sein dürfe. Bezeichnenderweise wurde jedoch ausdrücklich darauf hingewiesen, dass das Thema „Oder-Neiße-Linie“ nicht auf dem im März 1957 stattfindenden Exil-Parteitag in Goslar angeschnitten werden sollte, da man offenbar fürchtete, die dadurch ausgelösten Diskussionen könnten in die soeben von Gradl verworfene Richtung laufen.

91 Dies wurde auch so von Ernst Lemmer konstatiert: Protokoll der Sitzung des legalen Hauptvorstandes am 10./11. Juni 1966, in: ACDP 03-013-428/2.

der Koalition mit der FDP kurzzeitig nochmals ein Exilant Bundesminister für Gesamtdeutsche Fragen, diese 33 Tage blieben allerdings nicht mehr als eine Episode,<sup>92</sup> was Gradl zu dem Ausspruch veranlasste, dass er sich etwas wie Moses fühle, der das gelobte Land von ferne sah, es aber nicht ganz erreichte.<sup>93</sup>

1967 kam es zu einem letzten, jedoch sehr konkreten Versuch, die Exil-CDU mit dem Landesverband Oder-Neiße zusammenzufassen. Bereits im März dieses Jahres war Lemmer zu Ohren gekommen, dass „die Absicht besteht, auf dem Bundesparteitag die Exil-CDU in irgendeiner Form zu liquidieren.“ Er drohte im Gegenzug mit „heftigsten Auseinandersetzungen“.<sup>94</sup> Hintergrund dieser Überlegungen war die Verabschiedung des Parteiengesetzes 1967,<sup>95</sup> das eine Überarbeitung des Statuts der Bundespartei nötig werden ließ, um das sogenannte „doppelte Stimmrecht“ zu verhindern. Angehörige der Exil-CDU konnten bislang sowohl für den Parteitagsdelegierten des Landesverbandes, in dem sie wohnten, als auch für den Delegierten ihrer Landesgruppe der Exil-CDU abstimmen. Dies war nach dem Parteiengesetz nicht mehr möglich.<sup>96</sup> Damit war tatsächlich ein juristischer Hebel gefunden, um die Exil-CDU mit dem Landesverband Oder-Neiße in eine Vereinigung umwandeln zu können.<sup>97</sup> Dies hätte zudem den Vorteil gehabt, dass eine solche Vereinigung auch auf Vertriebene und Flüchtlinge hätte einwirken können, die nicht Mitglieder der CDU waren. Da das Gesetz zum 1. Januar 1969 in Kraft trat, musste bis dahin eine endgültige Regelung gefunden werden. Da die Exil-CDU jedoch ihren Status nicht antasten lassen wollte und auch innerhalb des CDU-Bundesvorstandes kein klares Meinungsbild in dieser Angelegenheit herrschte, wurde das Thema im Vorfeld des Bundesparteitages 1967 in Braunschweig zunächst verschoben, da man, so Generalsekretär Bruno Heck, „einen großen Krach“ in dieser Angelegenheit befürchtete.<sup>98</sup> Um aus ihrer Defensivposition herauszukommen, holte die Exil-CDU 1968 den Rat des Bonner Staatsrechtlers Ulrich Scheuner ein. Seiner Ansicht nach sei der Status der Exil-CDU zwar nicht als Landesverband, aber zumindest als besondere Gliederung der Partei durch das Parteiengesetz gedeckt. Dazu gehöre auch die Vertretung durch Delegierte auf

92 Vgl. Mohr: Auffassungen, S. 242 f.; Kreuzberger: Kampf, S. 382.

93 Räumt und räumt und räumt, in: Der Spiegel vom 12. Dezember 1966.

94 Schreiben von Lemmer an Kraske vom 21. März 1967, in: ACDP 03-013-317/2.

95 Zur Vorgeschichte und Genese des Parteiengesetzes, vgl. Heino Kaack: Geschichte und Struktur des deutschen Parteiensystems. Opladen 1971, S. 367.

96 § 10 Abs. 2 des Gesetzes über die politischen Parteien (Parteiengesetz) in der Fassung der Bekanntmachung vom 27. Juli 1967 (BGBl. I S. 775).

97 Schreiben von Bruno Heck an Lemmer vom 21. April 1967, in: ACDP 03-013-317/2. Gradl bemerkte: „Alte Versuche sollen [...] offenbar wieder aufgefrischt werden.“, vgl. Schreiben von Gradl an Lemmer vom 9. August 1967, ebd. Vgl. auch: Mohr: Auffassungen, S. 263 f.

98 Günter Buchstab (Bearb.): Kiesinger: „Wir leben in einer veränderten Welt“. Die Protokolle des CDU-Bundesvorstandes 1965–1969 (Forschungen und Quellen zur Zeitgeschichte 50). Düsseldorf 2005, Nr. 12 vom 2. Mai 1967, S. 560.

dem Bundesparteitag.<sup>99</sup> Da eine grundlegende Einigung noch immer in weiter Ferne lag und der entscheidende Bundesparteitag in Berlin immer näher rückte, musste sich der Bundesvorstand in seiner Sitzung vom 20. September 1968 erneut der Problematik annehmen.<sup>100</sup> Während Lemmer und Gradl im Wesentlichen die Positionen bezogen, die ihnen Scheuner aufgezeigt hatte, beschwor der Vorsitzende des Landesverbandes Oder-Neiße, Josef Stingl<sup>101</sup>, die Vorteile einer Vereinigung. Auf Vorschlag von Kurt-Georg Kiesinger wurde eine Kommission eingesetzt, die die Angelegenheit klären sollte.

Im Vorfeld der Kommissionssitzung sprachen Lemmer und Gradl sich dahingehend ab, eine „Berliner Lösung“ vorzuschlagen, die sich an der Abstimmungsberechtigung der West-Berliner Abgeordneten im Deutschen Bundestag orientieren sollte, wonach die Delegierten der Exil-CDU bei den Formalien, nicht aber bei Wahlen und „grundsätzlichen Entscheidungen“ hätten abstimmen dürfen.<sup>102</sup> Diesen Vorschlag, verbunden mit einer Reduzierung der Delegierten der Exil-CDU auf 50, vertrat Gradl auch bei der Kommissionssitzung am 1. Oktober, wo er grundsätzliche Zustimmung fand.<sup>103</sup> So beschloss auch das Präsidium auf seiner nächsten Sitzung einen entsprechenden Satzungsänderungsantrag.<sup>104</sup> Auf der einen Tag vor dem Parteitag stattfindenden Vorstandssitzung brachte Stingl nochmals Kritik am Entwurf an.<sup>105</sup> Insbesondere störte er sich daran, dass die Delegierten der Exil-CDU immer noch ein Stimmrecht bei Sachentscheidungen wahrnehmen könnten. Außerdem lehnte er den Namen der neuen Vereinigung der „Union der Flüchtlinge und Vertriebenen“ ab und favorisierte stattdessen die Bezeichnung „Union der Mittel- und Ostdeutschen“, ein klarer Angriff auf die Position der Exil-CDU. Unterstützung erhielt er unter anderem vom ehemaligen nordrhein-westfälischen Ministerpräsidenten Franz Meyers, der aus juristischen Gründen ähnliche Bedenken wie Stingl geltend machte und auf eine Gleichbehandlung beider Verbände drängte, sowie Bundestagspräsident Eugen Gerstenmaier. Letztlich beschloss man mehrheitlich den Vor-

99 Schreiben von Scheuner an Lemmer vom 29. Juli 1968, in ACDP 03-013-317/2. Vgl. auch das ergänzende Schreiben von Gradl an Lemmer vom 20. August 1968, ebd. Hier ist erstmals von einer möglichen Reduzierung der Delegiertenzahlen die Rede.

100 Protokolle des Bundesvorstandes 1965–1969, Nr. 21 vom 20. September 1968, S. 1062–1071.

101 Josef Stingl (1919–2004), Politikwissenschaftler; 1939–1945 Teilnahme am 2. Weltkrieg; 1945 Vertreibung aus dem Sudetenland; 1947 Eintritt in die CDU; 1949–1951 Studium in Berlin; 1953–1968 Mitglied des Bundestages; 1964–1973 Mitglied des CDU-Bundesvorstandes; 1964–1969 Vorsitzender des Landesverbandes Oder-Neiße; 1968–1984 Präsident der Bundesanstalt für Arbeit; 1974 Wechsel zur CSU.

102 Vermerk von Maria Jungkunst an Alfred Krause vom 30. September 1968, in: ACDP 03-013-317/2.

103 Protokoll der Sitzung von Ernst Eichelbaum, ebd.

104 Protokoll der Präsidiumssitzung am 11. Oktober 1968, in: ACDP 07-001-1447. Vgl. dazu auch: Vermerk von Gradl über ein Gespräch mit Kraske vom 11. Oktober 1968, in: ACDP 03-013-317/2.

105 Protokolle des Bundesvorstandes 1965–1969, Nr. 22 vom 3. November 1968, S. 1238–1246.

schlag, dass die Exil-CDU „durch 50 Delegierte mit beratender Stimme“ vertreten sein sollte, lehnte aber gleichzeitig Stingls Antrag auf Änderung des Namens der Vereinigung ab.<sup>106</sup>

Der neue Satzungsänderungsvorschlag war dennoch ein Erfolg für Stingl. Zum einen war die ungeliebte Konkurrenz demnach auf die Rolle eines Zuschauers bei Parteitag beschränkt, zum anderen war über kurz oder lang ein Zusammengehen der völlig machtlosen Exil-CDU mit der neuen Vereinigung zu erwarten, bei der nun aber Stingl die Bedingungen vorgeben konnte. Gradl und Lemmer waren jedoch nicht bereit aufzugeben. Ein Gegenantrag wurde formuliert, der den ursprünglichen Vorschlag des Präsidiums zum Inhalt hatte<sup>107</sup> und auf dem Parteitag von Gradl begründet wurde. Ausgerechnet Kraske, der den gleichen Antrag im Oktober ins Präsidium eingebracht hatte, fiel nun die Aufgabe zu, den Schwenk des Vorstandes zu begründen.<sup>108</sup> Lemmer griff, in einer von lebhaftem Beifall begleiteten Antwort auf Kraske, den Vorstandsbeschluss scharf an: „Wir befinden uns in Berlin. Ich warne davor, im Denken der sowjetischen Rabulisitk in der Deutung von Paragraphen ausgerechnet in der Gründungsstadt unserer Partei eine Entscheidung zu treffen, die über das hinausgeht, was nach dem Parteiengesetz leider unvermeidlich geworden ist.“ Diese Worte, zusammen mit dem Hinweis, dass man den Sowjets „auf Tod und Leben jedes seiner Mitglieder gegenüberstand“, machte offenbar Eindruck.<sup>109</sup> Letztlich wurde der Änderungsantrag der Exil-CDU mit Mehrheit beschlossen. Die Entscheidung des Parteitages muss als Erfolg für die Exil-CDU gewertet werden. Wie groß die existenzielle Bedrohung gewesen war, zeigt das Protokoll der Delegiertensitzung der Exil-CDU am 4. November 1968. Mehrfach wurde Sachlichkeit angemahnt, sollte die Abstimmung nicht im Sinne der Exilanten ausgehen, da ansonsten vielleicht auch die Arbeit des Deutschlandbüros gefährdet sei. Lemmer selbst kündigte seinen Rücktritt für den Fall der Annahme der Vorstandsvorlage an.<sup>110</sup> All dieser Sorgen war man nun ledig. Die Exil-CDU hatte eine Art Bestandsgarantie erhalten und konnte Einfluss auf Sachentscheidungen ausüben. Der Verlust des Personenstimmrechts und die Verringerung der Delegiertenzahlen war

106 Die Idee, der Exil-CDU nur eine beratende Funktion zuzugestehen, war nicht neu. Sie trat bereits in der Diskussion um die Neufassung des Parteistatuts 1955 auf, vgl.: Protokolle des Bundesvorstandes 1953–1957, Nr. 8 vom 3. Juni 1955, S. 541–550. Vgl. auch: Mohr: Auffassungen, S. 56 f.

107 Antrag der Exil-CDU an den 16. Bundesparteitag, in: ACDP 03-013-317/2.

108 16. Bundesparteitag der Christlich-Demokratischen Union Deutschlands. Niederschrift. Berlin, 4.–7. November 1968, Bonn o. J., S. 429–433.

109 Ebd., S. 434. Zum rhetorischen Talent Lemmers, vgl. auch: Eichelbaum: Bericht, S. 47, in: ACDP 01-201-002/2.

110 Protokoll der Delegiertensitzung der Exil-CDU zum Bundesparteitag am 4. November 1968, in: ACDP 03-013-317/2.

angesichts der Ausgangslage ein relativ geringer Verlust.<sup>111</sup> Die Entscheidung des Bundesparteitag führte auch zu einer allmählichen Verbesserung des Verhältnisses zur neuen „Union der Vertriebenen und Flüchtlinge“, befördert durch einen Beschluss des Hauptvorstandes der Exil-CDU 1969, ihren Mitgliedern eine sinnvolle Mitarbeit in der neuen Vereinigung zu empfehlen.<sup>112</sup>

1970 wählte der Exil-Parteitag nach dem Tod Lemmers Gradl zum neuen Vorsitzenden. Er vermied eine reine Widerstandshaltung zur neuen Ostpolitik der sozial-liberalen Koalition und stimmte letztlich sogar dem Moskauer Vertrag mit der Sowjetunion zu. Dem Grundlagenvertrag mit der DDR von 1972 stand er zwar nicht grundsätzlich ablehnend gegenüber, versagte ihm jedoch seine Zustimmung, da der Begriff der „Einheit der Nation“ darin nicht verankert werden konnte.<sup>113</sup>

In den folgenden Jahren wurde die Exil-CDU durch diese recht flexible Haltung Gradls geprägt, wobei man vom Grundsatz des Ziels der Überwindung der deutschen Teilung nicht abwich.<sup>114</sup> Die Politik Helmut Kohls als Parteivorsitzender und ab 1982 als Bundeskanzler, die auf eine Stärkung des Zusammengehörigkeitsgefühls der Deutschen in Ost und West zielte, wurde daher von der Exil-CDU unterstützt. Wiederum waren es aber Finanzsorgen, die die Organisation in der zweiten Hälfte der 1980er Jahre umtrieb. Ein Versuch des Generalsekretärs Heiner Geißler, die Zuwendungen für die Exil-CDU zu kürzen und das Deutschlandbüro von West-Berlin nach Bonn zu verlegen, konnte nur mit Hilfe Kohls abgewendet werden.<sup>115</sup> Die aus SPD zunehmend zu hörende Forderung nach Akzeptanz der Teilung und vollständiger Anerkennung der DDR hätte nochmals eine Möglichkeit geboten, sich als deutschlandpolitisches Gewissen zu präsentieren.<sup>116</sup> Eine Reaktion, insbesondere auf die Einstellung der Finan-

111 Mohr: Auffassungen, S. 265. Anderer Ansicht war Siegfried Dübel, der in der Annahme des Kompromisses einen „verhängnisvolle[n] Fehler“ Lemmers und Gradls erblickte, vgl. Dübel: Exil-CDU, S. 246 f. Wolfram Kessler sah darin „eher einen Vorteil als einen Nachteil“, da die klare juristische Abgrenzung die Exil-CDU vor Bundesparteigerichtsverfahren bewahrt habe, vgl. die Ausführungen von Kessler im Protokoll der Projekttagung, S. 138, in: ACDP 12-001-0627. Gradl empfand das Fokussieren auf das Sachstimmrecht sogar als „geniale[n] Einfall“, vgl. Protokoll der Sitzung des Hauptvorstandes am 28. November 1972, in: ACDP 03-013-428/1.

112 Vermerk zur Sitzung des Hauptvorstandes am 6. September 1969, in: ACDP 03-013-362/2. Eine vermittelnde Position dürfte möglicherweise der Landesvorsitzende der Berliner Union der Vertriebenen und Flüchtlinge, Walter Priesnitz, gespielt haben, vgl. Schreiben von Priesnitz an Gradl vom 13. März 1969, ebd.

113 Mohr: Auffassungen, S. 304 f.

114 Dübel: Exil-CDU, S. 252.

115 Schreiben von Bundesgeschäftsführer Peter Radunski an Dübel vom 25. Juni 1987 sowie Korrespondenz von Gradl mit Kohl aus dem Jahr 1988, in: ACDP 03-013-069/4. Dübel: Exil-CDU, S. 255–256; Mohr: Auffassungen, S. 312.

116 Zur Deutschlandpolitik der SPD in den 1980er Jahren zuletzt Gerhard Wettig: Von der Ostpolitik zum Mauerfall. Die SPD und die Wiedervereinigung, in: Historisch-Politische Mitteilungen 22 (2015), S. 35–74, hier 54–68. Vgl. auch Peter Lorenz: Deutschlandpolitik

zierung der zentralen Erfassungsstelle für DDR-Unrecht in Salzgitter durch die sozialdemokratisch regierten Bundesländer 1988, blieb jedoch seitens der Exil-CDU anscheinend aus.<sup>117</sup>

Die friedliche Revolution in der DDR 1989 führte zu einer letzten Aktivitätsphase der Exil-CDU. Unter Siegfried Dübel<sup>118</sup>, der 1987 Gradl als Vorsitzender abgelöst hatte, unterstützte man nicht nur die Kreis- und Ortsverbände in der DDR mit Material,<sup>119</sup> man bemühte sich auch bei Helmut Kohl, der in dieser Frage überaus zurückhaltend war, um die Anerkennung der CDU der DDR unter ihrem frei gewählten Vorsitzenden Lothar de Maizière als Partner der bundesdeutschen CDU. Ihre Aufnahme in die „Allianz für Deutschland“ und der Sieg bei den ersten freien Volkskammerwahlen vom 18. März 1990 bedeutete auch die Erfüllung der Aufgabe der Exil-CDU.<sup>120</sup> Nach der Wiedervereinigung beschloss der letzte Exil-Parteitag, der vom 3. bis 5. Mai 1991 im thüringischen Oberhof stattfand, die Selbstauflösung und bat um Streichung der Exil-CDU aus dem Statut, was auf dem folgenden CDU-Parteitag im Dezember 1991 in Dresden auch gebilligt wurde.

Zusammengefasst muss man konstatieren, dass die Exil-CDU im Laufe ihrer 41-jährigen Existenz trotz innerparteilicher Schwierigkeiten, abnehmender Bedeutung und relativ geringer finanzieller Mittel ihre Aufgabe als gesamtdeutscher Sauerteig“ erfüllt hat. In wechselnden deutschlandpolitischen Konstellationen von Adenauer bis Kohl blieb sie flexibel und trat nie als eine Art „Prinzipienreiter“ auf. Dennoch war sie klar auf ihren Gründungsauftrag ausgerichtet, eine Klammer zwischen Ost und West zu bilden, eine Funktion, die sie in diesem so wichtigen Zeitraum zwischen Herbst 1989 und Frühjahr 1990 auch erfüllen konnte.

---

heute, in: Exil-CDU (Hg.): Deutsche Einheit – unverzichtbares Ziel. Parteitag und Deutschland-Tagung der Exil-CDU, Hof 1987, Berlin o.J., S. 47–62, hier 56.

117 Heiner Sauer/Hans-Otto Plumeyer: Der Salzgitter-Report. Die Zentrale Erfassungsstelle berichtet über Verbrechen im SED-Staat. 2. Aufl. Frankfurt am Main u. a. 1993, S. 248; Dübel: Exil-CDU, S. 258. Stattdessen brachte die CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag eine Broschüre dazu heraus: Friedrich Bohl/Rudolf Kraus (Hg.): SPD gegen die Erfassungsstelle Salzgitter. Der Versuch der SPD, die SED-Menschenrechtsverletzungen zu verschleiern, 2. Aufl. Bonn 1990.

118 Siegfried Dübel (1924–2017), Psychologe; 1942–1945 Teilnahme am 2. Weltkrieg; 1945 Eintritt in die CDU; 1947–1951 Studium in Halle und Berlin; 1948 Flucht nach West-Berlin; 1954–1961 Mitglied des JU-Bundesvorstands; 1955–1966 Referent im Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen; 1966–1989 Referent im Bundesministerium für Frauen und Jugend; 1970–1987 2. Vorsitzender der Exil-CDU; 1987–1991 1. Vorsitzender der Exil-CDU; 1991–1998 Vorsitzender des Hermes-Schreiber-Kreises.

119 Buschfort: Parteien, S. 237; Dübel: Exil-CDU, S. 261.

120 Hanns Jürgen Küsters: Die Vereinigung von CDU (Ost) und CDU (West) 1990, in: Historisch-Politische Mitteilungen 18 (2011), S. 167–192.





## Francro's repression of Spanish Christian Democracy: the "Munich Conspiracy"\*

Natalia Urigüen López de Sandaliano

The IV Congress of European Movement, held in Munich in 1962, twenty-three years after the end of the Civil War, was the first "official" meeting of more than one hundred Spaniards from most political groups in opposition to the Franco regime. Many historians, journalists, politicians and intellectuals consider this event to be the first step toward the construction of a democratic Spain capable of joining European institutions. However, the Francoist regime, far from understanding Spaniards' attendance at the Bavarian congress in this way, viewed the meeting as an attack on its interests. The purpose of this paper is to examine the significance and consequences of the Munich event for those involved in this episode: firstly for the Spanish attendees and particularly for the Christian democratic ones and secondly for Franco's government.

### *Spanish opposition to Francoism at the IV Congress of the European Movement*

At the start of the 1960s, Francoist Spain was extremely sceptical concerning the construction of a united Europe, which is unsurprising given Franco's nationalism and the commensurate difficulty integrating the regime into a political context profoundly alien to a dictatorship. However, in February 1962, Spain's positive evolution through the economic measures adopted in the late 1950s led the Franco government to apply for association with the EEC. In the spring of that year, Spain's proposal was debated by the various European bodies and amongst the governments of the six member states of the Community. Meanwhile, in Spain (specifically the Basque Country, Asturias, Cataluña and other industrial areas), the Franco regime faced an unprecedented wave of strikes, with strikers calling for substantial improvements in working conditions. This movement was the best indicator that incipient Spanish economic development, far from diminishing the protest against the regime, was, in fact, likely to stoke it.<sup>1</sup> The regime reacted with brutal repression, declaring a state of emergency which reflected its inability to evolve and open up to the outside world. For its part, the democratic political opposition seized the opportunity to show solidarity with the workers and manifest its rejection of the regime's actions.

\* Vortrag auf der Tagung "Christliche Demokraten im Exil" der Konrad-Adenauer-Stiftung in Berlin am 19. Mai 2016.

1 Javier Tusell: *La oposición democrática al franquismo*. Barcelona 1977, p. 389.

While Spain was experiencing this internal social tension, the leaders of the European Movement were organising their fourth congress for 6–8 June in Munich. The topic for the conference was to be the democratisation of the European institutions and the means necessary for the creation of a political community that would ultimately build a United States of Europe. Around 1200 participants were expected to attend, including around 100 Spaniards, who represented all the various ideologies in the anti-Franco opposition except anarchism and communism.<sup>2</sup> After receiving the invitation from the president of the European Movement, Maurice Faure,<sup>3</sup> some participants informed the Francoist authorities of their intention to travel to Munich. They argued that the firmly pro-European view of a sector within Spain should be made known to the builders of the new Europe, because “nothing could be more unfortunate than to give the impression that the only supporters of democracy were those living outside Spain as political exiles”.<sup>4</sup> By being forthright with the regime, the attendees from inside Spain hoped to prevent Franco’s government from considering the event as a manoeuvre against Spain orchestrated by international organisations.<sup>5</sup>

In the end, of the 118 Spaniards who did eventually attend the conference, led by the liberal Salvador de Madariaga, 80 came from territorial Spain and 38 were members of political parties in exile.<sup>6</sup> For the latter, a significant presence of participants from within Spain – among them well-known democratic political figures – was very important since that would be interpreted as the beginning of the end of Francoism.<sup>7</sup> The two groups shared a common desire to leave behind the conflicts of the past and a common hope for a shared democratic future. As Madariaga asserted in a conference held around that time, “we have met here in order to find the path that leads us together to freedom and land: those who once chose freedom losing land and those who chose land losing freedom”.<sup>8</sup>

2 Document on the organization of the Congress, undated, in Archivo del Nacionalismo (AN), Bilbao PNV-0076-09.

3 At that time Maurice Faure was the president of the European Movement (1961–1968), while Robert van Schendel (1955–1980) was the general secretary.

4 Tusell: *La oposición democrática*, p. 393.

5 José María de Areilza: *Memorias exteriores 1947–1964*. Barcelona 1984, p. 172; Donato Barba: *La oposición durante el franquismo. La democracia cristiana*. Madrid 2001, p. 91.

6 For a mostly complete list of Spanish attendees of the IV Congress of the European Movement, held in Munich in 1962, see Joaquín Satrustegui: *Cuando la transición se hizo posible. El “Contubernio de Munich”*. Madrid 1993, pp. 179–180.

7 Letter from a member of the PNV in exile to Salvador de Madariaga, 29. March 1962, AN-PNV-0076-09.

8 Carlos Fernández: *Madariaga ciudadano del mundo*. Madrid 1991, p. 178.

The exile contingent included leading socialists such as Rodolfo Llopis<sup>9</sup> and republicans like Fernando Valera<sup>10</sup>. Alongside them, the attendees from territorial Spain included notable monarchists and important Christian democratic figures who were to play an important role in Spain's transition to democracy.<sup>11</sup> Of particular note amongst them was José María Gil Robles, who had been president of the Confederación Española de Derechas Autónomas (CEDA) – a coalition of Catholic- and right-wing political parties during the Second Republic (1931–1939) – and, at the time, was president of the Asociación Española de Cooperación Europea (AECE – Spanish Association for European Cooperation). This institution was the main organising force behind the presence of the domestic Spanish contingent at the Munich conference. Whilst the AECE had been largely set up by believers in the values of Christian humanism, the organisation did not exclusively serve Christian democracy but rather had opened its doors to all who believed that democracy was the future for Spain.

Gil Robles was also the leader of one of the two nationwide Christian democratic groups – Democracia Social Cristiana (DSC) – which had sprung up in secret in the late 1950s, and to which many attendees of the Congress of the European Movement belonged: two of Gil Robles' sons, José María Rodríguez Villamil, Francisco Cantera, Ernesto Castaño, Juan Luis de Simón Tobalina, Fernando Álvarez de Miranda, Íñigo Cavero and José María Moutas.<sup>12</sup> Yet the representation of Christian democrats in Munich was far richer, also including political members of the other main clandestine Christian democratic group opposing the Franco regime, Izquierda Demócrata Cristiana (IDC: the Christian Democratic Left): among others, Félix Pons, Carmelo Cembrero, Joan Casals, Felipe Lagarriga and Jesús Barros de Lis.<sup>13</sup> Although its leader, Manuel Giménez Fernández, was expected to attend, ultimately he did not travel to Munich as he feared the regime would prevent him from returning to Spain. Some years later, he justified his absence by citing his responsibility for his eight children and thirteen grandchildren.<sup>14</sup>

---

9 Rodolfo Llopis (1895–1983) was a historical socialist politician and general secretary of the Partido Socialista Obrero Español (PSOE: Spanish Socialist Worker's Party) in exile (1944 until 1972).

10 The politician Fernando Valera (1899–1982) was the last president of the Spanish Republic in exile (1971–1977).

11 Regarding the history of Christian Democracy in Spain in the 20th century, see Natalia Urigüen: *El papel de la democracia cristiana alemana en la transición española*. Unpublished Doctoral Dissertation, Universidad Nacional de Educación a Distancia (UNED), 2016.

12 Jordi Amat: *La primavera de Munich. Esperanza y fracaso de una transición democrática*. Barcelona 2016, p. 261.

13 Barba: *La oposición*, p. 92.

14 *Idem*, p. 90.

The meetings in Munich were also attended by members of the regional Christian democratic party, Partido Nacionalista Vasco (PNV: Basque Nationalist Party), which had established its own government in Paris in 1939. The Basque contingent was composed of thirty-four representatives; twenty of them travelled from Spain and fourteen were exiles (including the leaders Manuel de Irujo and Francisco Javier Landaburu, who in turn constituted the Basque contingent in the European Christian democratic fora, the *Nouvelles Équipes Internationales*).<sup>15</sup> The aims of the Basque party in sending such a significant number of representatives were twofold: on the one hand, to force the rest of the opposition attendees from within Spain to establish a dialogue with them and, on the other hand, to make themselves visible to other European political forces and thereby, to have those parties include the PNV in the decisions that would affect the future of Europe.<sup>16</sup>

For the two days prior to the Congress, the leaders of the European Movement organised meetings of the Spanish attendees coming from within the country and from exile. The purpose was to compare the different points of view about Spain's potential integration into Europe. It was the first time they had "officially" met since the end of the Civil War. The unanimous approval of the final resolution that was to be presented at the Congress the next day was considered a historic achievement and the true end of the War. It was an agreement on essential principles for a future democratic Spain, which was to be capable of fully integrating into the European organisations.<sup>17</sup> The conclusions of the conference with regard to Spain – it being felt that "the integration, be it in the form of membership or association, of any country into Europe, necessitates that every such country have democratic institutions" – yielded a set of requirements:

- The establishment of truly representative and democratic institutions to ensure that the Government is founded on the consensus of the populace.
- The effective implementation of all human rights – particularly those pertaining to freedom of the individual and freedom of speech – and an end to government censorship.
- The recognition of the distinguishing cultures and practices of the various natural communities.
- The exercise of trade-union freedoms on a democratic basis and the defence of workers' fundamental rights, including the right to strike.

15 The PNV representatives in Munich included, amongst others, Francisco Javier Landaburu, Manuel de Irujo, Jesús Solaun, Busca Isusi and Usobiaga. See Koldo San Sebastian: *Vascos en el contubernio de Munich*, in: *Muga* 26 (1983).

16 Leyre Arrieta: *Estación Europa. La política europeísta del PNV en el exilio (1945–1977)*. Madrid 2007, p. 308.

17 Document on the organisation of the Congress, undated, AN-PNV-0076-09; Areilza: *Memorias exteriores*, p. 173. For more information about the debates and discussions held by the participants in the previous days to the Congress, see Amat: *La primavera*, pp. 261–264.

– The chance to organise advocacy groups and political parties, and respect for the rights of the opposition.<sup>18</sup>

Ultimately, the Congress of Munich revealed the growing strength of all the anti-Francoist factions, the publicly acknowledged existence of a conservative, moderate and democratic oppositional force to which the left could relate, and the willingness of all these groups to take action publicly and in unison.<sup>19</sup> Munich marked the start of a new chapter for Spain's democratic opposition.

For its part, Franco's regime viewed the meeting between the figures of the Spanish opposition in the Bavarian capital as an attack on Spain, staged from abroad and inspired by sinister ideas, and as an attempt to block Spain's path to integration into Europe. The regime quickly tried to abort the "antipatriotic campaign", using the contacts of both the representatives of the diplomatic service and the European Information and Documentation Centre (CEDI) – an organisation set up in Spain in 1952 by José Ignacio Escobar, marquis of Valdeiglesias. The CEDI, whose lifelong president was the Austrian Archduke Otto von Habsburg, included Catholic, ultraconservative, anti-communist and pro-European elites – most from France, Spain and Germany. It also had smaller national sections in other European countries like Belgium, Austria, Portugal, Sweden, Lichtenstein and Switzerland. The Franco regime used the CEDI, which was partially subsidised by the Spanish Foreign Exchange Ministry, as a channel to penetrate key European institutions.<sup>20</sup> During the hours before the Congress, the German Christian Democrat Hans Joachim von Merkatz – then Federal Minister for Affairs of the Federal Council and president of the German wing of the CEDI – tried to convince other attendees to refuse to approve a resolution that could be understood as meddling in the internal affairs of a country with which diplomatic relations – at least German ones – were excellent. The representative of the CEDI in Munich, Georg von Gaupp Berghausen, also lob-

18 Report on the Congress of Munich, 14 June 1962, AN-PNV-0076-09.

19 Satrustegui: *Cuando la transición*, p. 41.

20 For more information about the CEDI see Birgit Aschmann: "Treue Freunde ..."? Westdeutschland und Spanien 1945–1963. Stuttgart 1999, pp. 425–435; Birgit Aschmann: *La República Federal de Alemania y la imagen de Alemania en España, 1945–1963*, in Ayer. *Revista de Historia Contemporánea* 69 (2008), pp. 129–154; Juan Beneyto: *Las asociaciones de amistad internacional durante el franquismo*, in: *Revista de Estudios Políticos (Nueva Época)*, 71, enero-marzo 1991, pp. 210–212; Johannes Grossmann: *Die Internationale der Konservativen. Transnationale Elitenzirkel und private Aussenpolitik in Westeuropa seit 1945*. München 2014; Antonio Moreno: *El Centro Europeo de Documentación e Información. Un intento fallido de aproximación a Europa, 1952–1962*, in Javier Tusell et alii (eds.): *El régimen de Franco (1936–1975)*. Madrid 1993, pp. 459–474; Natalia Urigüen: *La ayuda de la democracia cristiana alemana*, pp. 98–102; Georg von Gaupp-Berghausen (coord.): *20 años CEDI*. Madrid 1971; Petra Maria Weber: *El CEDI: promotor del Occidente cristiano y de las relaciones hispano-alemanas de los años cincuenta*, *Hispania*, LIV/3, 188 (1994), pp. 1077–1103; Petra Maria Weber: *Spanische Deutschlandpolitik 1945–1958. Entsorgung der Vergangenheit?* Frankfurt am Main 1992, pp. 205–268.

bied to prevent voting on the Spanish proposal.<sup>21</sup> But neither von Merkatz nor von Berghausen expected Franco's government to retaliate against the Spanish attendees. Thanks to all the manoeuvring, the Francoist government achieved its objective, and the Spanish motion was ultimately not voted upon. The pretext given by Maurice Faure was that the basis on which the Spanish delegates had reached the agreement was not part of the meeting's agenda.<sup>22</sup> Far from being satisfied with merely blocking the opposition's proposal, the regime was determined to punish the Spanish attendees.

The reaction of Franco's government was totally excessive. It was well known that these were not the first contacts between the domestic and exiled opposition. Previously, though, the Franco government had never attached much importance to such interactions.<sup>23</sup> However, now the agreement reached in Bavaria between what Salvador de Madariaga described as "the two halves of the orange" – the exiled and the domestic contingents<sup>24</sup> – represented a serious blow to the regime. Gil Robles himself defined the reason for the government's irrational actions as follows: "For Franco, there is no greater danger than the weakening of the memory of the Civil War."<sup>25</sup> After all, up until that point, the dictator had been able to exploit such recollections with considerable success. Some of those affected by the Franco government's reprisals noted that the reaction could only be understood in the context of the wave of strikes in previous months, pressure from the military elements and as a way of offsetting the opposition's success.<sup>26</sup> Even on 8 June, following twelve hours of deliberations, the government instituted a two-year suspension of Article 14 of the *Fuero de los Españoles* (Spanish Charter), which stated that "Spaniards have the freedom to set up home [anywhere] within the national territory."<sup>27</sup> Moreover, the regime did not hesitate to make use of the governmental press and radio for its own ends. The most widely-circulated newspapers unanimously condemned the opposition, with the most vicious judgments expressed in the Falangist press. The newspaper *Arriba* labelled Robles a traitor in league with Rodolfo Llopis' socialist left. Munich was the "vile conspiracy" of those responsible for the deaths of a million Spaniards during the Civil War.<sup>28</sup> For its part, *ABC* called the Munich conference a "comedy of promiscuity"<sup>29</sup>, and on 13 June,

21 Jordi Amat: *La primavera*, pp. 271–272.

22 Javier Tusell: *La oposición democrática*, pp. 397–398.

23 Werner Schulz: *Machtkampf um das Spanien von morgen*, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 14 June 1962.

24 Fernando Álvarez de Miranda: *La España que soñé. Recuerdos de un hombre de consenso*. Madrid 2013, p. 73.

25 Satrústegui: *Cuando la transición*, p. 37.

26 Tusell: *La oposición democrática*, p. 399.

27 [www.cervantesvirtual.com](http://www.cervantesvirtual.com), viewed on 27 April 2016.

28 *Reconciliación de traidores*, in: *Arriba*, 10 June 1962.

29 *La comedia de la promiscuidad*, in: *ABC*, 10 June 1962.

the newspaper *Informaciones* depicted the Munich meetings as a return to the days before the Civil War.

The turmoil unleashed by the meetings in Munich aroused shock in major international fora, and, of course, the European media picked up the story. For their part, whilst German papers such as *Die Welt* or *Frankfurter Allgemeine Zeitung* (FAZ) covered this episode with admirable objectivity, some conservative international publications such as *France Soir* escalated the situation, offering a totally distorted assessment of the events in accordance with the Franco regime's line.<sup>30</sup> The Spanish Ministry of Information also ordered the national press to back up the false information provided by this sector of the French press.<sup>31</sup> This course of action on the part of the Franco government soon came to the attention of German *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, which wrote that the French articles and editorials accusing the conference participants of betraying the Spanish people were imbued with acrimony rarely seen in recent years. Furthermore, the newspaper accused the Franco regime of manipulating the press and expressed concern about a return to the age of "strong-arm politics", which had softened as Spain had begun integrating into Europe.<sup>32</sup>

The events in Munich provoked repressive measures against the attendees and a mobilisation of masses by the Falange in favour of the regime, whose supporters bellowed that "the Munich mob should hang".<sup>33</sup> The local offices of the *Movimiento Nacional* published several leaflets discrediting the Spanish attendees to the Congress<sup>34</sup> who on their return from the meeting, at Barajas Airport, were arrested and forced to choose between exile and incarceration. The Christian Democrat leader Robles chose exile in Paris. *Die Welt* told the story of how, in Munich, the politician had called for "a series of fundamental freedoms for Spain, and on his return home, he paid for his so widely-applauded speech with exile". The article continued condemning the Franco government's actions as solid ideological conservatism.<sup>35</sup>

Of the rest of those arrested at the airport, four (two monarchists and the secretaries of the two national Christian Democratic groups: Fernando Álvarez de Miranda – he belonged to the DSC and was secretary of the AECE – and Jesús Barros de Lis (IDC)) were deported to Fuerteventura.<sup>36</sup> The inhospitable island had already been used for this purpose previously, during Miguel

30 Marcel Niedergang ha asistido a la reunión ultrasecreta de Munich, in: *ABC*, 10 June 1962.

31 Tusell: *La oposición democrática*, p. 404; *Massenkundgebungen für Franco in ganz Spanien*, in: *Die Welt*, 14 June 1962.

32 Werner Schulz: *Machtkampf um das Spanien von morgen*, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 14 June 1962.

33 Juan Antonio Pérez Mateos: *Los confinados*. Barcelona 1976, p. 217.

34 Fernández: *Madariaga*, p. 181.

35 *Zum Tage*: Gil Robles, in: *Die Welt*, 14 June 1962.

36 Rolf Görtz: *Franco zwingt Oppositionelle ins Exil*, in: *Die Welt*, 12 June 1962.

Primo de Rivera's dictatorship.<sup>37</sup> For their part, the Christian Democrats Íñigo Cavero and José Luis Ruiz Navarro were deported to the smallest and most remote island of the Canary archipelago: El Hierro. Others were confined in La Gomera, Lanzarote or remote towns in Spain. Then there were those like the leader of the IDC, Manuel Giménez Fernández, who had not actually travelled to Munich but were still detained temporarily. In general, all of the domestic residents who had attended the conference were affected to some degree in their lives and their professional careers.<sup>38</sup> The protagonists of the meetings in the Bavarian capital tried, unsuccessfully, to persuade the press to retract the accusations levelled against them. In this regard, they were completely defenceless, although they did receive support from exile from people such as Salvador de Madariaga, who took the opportunity to denounce the Franco regime in foreign newspapers like *The New Republic*, *The Spectator* and *The Observer*.<sup>39</sup>

Those affected by the excessive campaign carried out by the government could only express their protest through private channels, by writing to civil and ecclesiastical authorities and media. The wives of those in confinement wrote letters to the then Minister of the Interior. Nonetheless, nothing was done to give the affected men the slightest right to defence. Franco's refusal to see that the Munich agreements did no harm to Spain's application to join the EEC, given the political structures Spain had adopted to conform to those of the member states of the Community, merely demonstrated the regime's intransigence and unwillingness to respect democratic procedures.<sup>40</sup> This episode in the history of Francoism further damaged the regime's image abroad, especially in Europe, and was considered a return by the regime to the inflexibility of the 1940s, which had resulted in Spain's being sidelined by the UN. The western democracies saw no justification for the regime's reaction, regarding it merely as an expression of a power struggle amongst the regime's heirs. It was considered dangerous because it jeopardised internal conciliation, sowed mistrust, and hampered Spain's process of economic and political preparation for membership in a united Europe.<sup>41</sup>

It was not until late June that the political tidal wave unleashed by the Munich congress began to ebb and, in international spheres, there was a glimpse of hope that, the regime would soon reconsider the measures taken against the opposition. That hope was nurtured by the fact that around the time, El Escorial

37 Miguel Primo de Rivera (1870–1930) was a dictator, aristocrat and military officer. He served as prime minister of Spain during the Restoration era from 1923 to 1930.

38 For a detailed account of the lives of some of those deported during their imprisonment, see Pérez Mateos: *Los confinados*. Barcelona 1976.

39 Fernández: *Madariaga*, pp. 182–183.

40 Fernando Álvarez de Miranda: *Del "contubernio" al consenso*. Barcelona 1985, p. 37.

41 Werner Schulz: *Gefahren für Spaniens europäischen Kurs*, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 20 June 1962.



(near Madrid) held a congress for the CEDI, attended by various members of the government and people close to the regime, who were able to express Spain's pro-European leanings to an auditorium filled with foreign politicians and parliamentarians. The audience included Hans-Joachim von Merkatz, who did not hesitate to affirm his readiness to continue working with Spain, which he believed to be essential for the Western bloc. Precisely for this reason, he called for peaceful evolution within the country, also urging that foreign powers should not interfere with the process in Spain. Attendees from France and Britain made statements in a similar vein. The aim of these declarations was to help ameliorate the political climate in Spain.<sup>42</sup> The mere fact that, in early July, Franco agreed to grant a private audience to the leaders of the European Movement – excluding its general secretary Robert van Schendel, whom the government considered to be responsible for the Spanish presence in Munich. This was interpreted by the press in Germany as a sign that, despite the frosty atmosphere at the meeting, the *Jefe de Estado* seemed ready to soften the “strong-arm politics” he had been employing in recent months.<sup>43</sup> The politicians had travelled to Madrid to reassure Franco that the European Movement, in the interests of strengthening Europe, wished to pave the way for Spain to join, rather than put obstacles in the way.<sup>44</sup>

*Explicit consequences of attending the IV Congress of the European Movement for Christian Democrats*

For some of attendees of the conference in Munich who were open proponents of the monarchist cause, the monarchy's reaction to the European Movement's meeting was very significant since it affected them directly. On 15 June, the heir to the throne, Don Juan de Borbón – father of then Prince Juan Carlos – was at sea, returning from his son's wedding in Athens to his residence in Estoril. On his ship, he received a visit from the president and the secretary of his privy council, who conveyed to him their version of what had happened in Munich – a version of events which was far from objective. In the wake of the meeting, Don Juan dispatched a memo, stating:

“The Count of Barcelona [Don Juan himself] had no knowledge of the meetings in Munich until, after the fact, he heard the news on the radio whilst at sea. Of course, nobody had attended these meetings in representation either of his person or of his views. If any of the attendees were part of the Count's

42 Werner Schulz: Spanien und Europa, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 26 June 1962.

43 Anzeichen für einen mildereren Kurs in Spanien, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 7 July 1962.

44 Rolf Görtz: Kühl empfing Franco drei Europäer, in: Die Welt, 7 June 1962.

Privy Council, they may consider themselves removed from it as a result of this action.<sup>45</sup>

This note alluded expressly to one person and one person only: Robles, the sole attendee from Don Juan's privy council. This missive was most unfortunate, very poorly timed and ill thought out. The Christian Democrat leader's intention in Munich had not been to represent the monarchist cause, but one option within that cause. Paradoxically, Robles had already resigned beforehand, precisely so that there would be no such identification between Munich and the person of Don Juan; he was therefore offended when he learned of the Count of Barcelona's reaction. When he reached Estoril, Don Juan received far more accurate reports through the international press, better reflecting reality, than the views initially presented to him by the members of his council.<sup>46</sup> Correcting his previous decision, he offered Robles the chance to have activists from his DSC included in the next round of nominations to the council. However, the Christian Democratic party leader did not forgive the Count's condemnation of him and lack of support. The basic tenets of the fledgling party were still in the process of being drafted and in fact were not enacted until after the regime's political repression of the conference attendees. Although the party had, from its very beginnings, supported the monarchy as a way of organising the state, in light of the Count's slight toward Robles, the DSC definitively opted for accidentalism as a form of government for a democratic Spain, defining this as "the right of the Spanish people to choose, by genuinely democratic proceedings, the form of government they would prefer".<sup>47</sup> The acceptance of the accidentalism as a form of government caused a breach within the party, which only widened when some of its members, – for instance, Party Secretary Fernando Álvarez de Miranda and Iñigo Cavero, both of whom had been confined to the Canary Islands – decided to accept Don Juan de Borbón's invitation to join his privy council. The tension between the accidentalists and monarchists of the DSC grew until, at a meeting held in April 1966, there was a definitive split and the monarchists quit the party.<sup>48</sup> Shortly afterwards, this group joined the ranks of the other national Christian democratic party: Izquierda Demócrata Cristiana.

### *Conclusion*

The Franco regime's brutal reactions to the mass strikes of spring 1962, together with what the Spanish press dubbed the "Contubernio de Munich" (the Munich Conspiracy), served to augment the importance of the meeting of the two Span-

45 Tusell: *La oposición democrática*, p. 425.

46 Author's interview with Fernando Álvarez de Miranda, 14 April 2016.

47 Barba: *La oposición*, pp. 80–81 and 159.

48 Álvarez de Miranda: *El contubernio*, pp. 46–51.

ish groups in the Bavarian city. The regime also demonstrated its inability to evolve democratically and, at the first hint of conflict, reacted with personal sanctions, detention, exile and imprisonment. The situation created in June 1962 discredited Franco's regime at a time when it was attempting to hide its intransigence behind the façade of willingness to engage in negotiations with the EEC. At the same time, it allowed Europe to discover a new opposition to Franco's regime: the representatives of a democratic Spain, both on the right and on the left, who had demonstrated their ability to overcome the divisions of the Civil War, and with whom the European democracies felt they should have contact in the future.

The press campaigns and reprisals were especially harsh against the Christian Democrats who had attended the congress – an opposition force which had, up until then, been tolerated more than other political groups. From this, we can deduce that the Franco regime feared the existence of a Christian Democratic party in opposition, which it feared might undermine one of the fundamental pillars on which the regime itself was built: Catholicism and the confessional state. The fact that the political proponents of this ideology were also capable of reaching agreement with representatives of different political leanings, as demonstrated in Munich, ultimately frightened the regime.

Finally, Don Juan's lack of support for Gil Robles marked a new direction in the political line adopted by his party, leading it to accept accidentalism and ultimately dividing the party. The departure of the monarchist sector constituted an important loss for the DSC. Far from helping to unite Spanish Christian Democrats in the opposition to the Franco regime, this episode served to increase its fragmentation, which remained a feature of this political school in Spain until the end of the 1970s.



## Neuerscheinungen zur Christlichen Demokratie Auswahlbibliographie 2018–2019

### *Editionen, Handbücher, Lexika*

- Buchstab, Günter (Bearb.): Kohl: „Stetigkeit, Klugheit, Geduld und Zähigkeit.“ Die Protokolle des CDU-Bundesvorstands 1976–1980 (Forschungen und Quellen zur Zeitgeschichte 68). 2 Bände. Düsseldorf 2018.
- Ders. (Bearb.): Kohl: „Gelassenheit und Zuversicht.“ Die Protokolle des CDU-Bundesvorstands 1980–1983 (Forschungen und Quellen zur Zeitgeschichte 70). Düsseldorf 2018.
- Holzappel, Andreas (Hg.): Kürschners Handbuch der Bundesregierung. 19. Wahlperiode 2017–2021. März 2019. Rheinbreitbach 2019.
- Kost, Andres/Solar, Marcel (Hg.): Lexikon direkte Demokratie in Deutschland. Wiesbaden 2019.
- Löttel Holger (Hg.): Konrad Adenauer, Ludwig Erhard und die Soziale Marktwirtschaft (Adenauer. Rhöndorfer Ausgabe). Paderborn u. a. 2019.

### *Monographien, Aufsätze, Sammelbände*

#### Deutschland

- Abmeier, Karlies/Köhler, Thomas (Hg.): Monitor Religion und Politik. Ausgewählte Beiträge 2018. Sankt Augustin/Berlin 2018.
- Dies./Ehret, Patricia: Zur Bedeutung von Arbeit in der Katholischen Soziallehre, in: Thomas Köhler/Thomas Köster (Hg.): Arbeit einspuknnull. Neue Impulse für die Arbeitsmarktpolitik. Baden-Baden 2019, S. 25–39.
- Adenauer, Konrad <Enkel>: Mein Großvater Konrad Adenauer und Cadenabbia, in: Michael Borchard/Martin Falbisoner (Hg.): Giuseppe Moro & Konrad Adenauer. Der Kanzlerfotograf vom Comer See. München 2019, S. 8–9.
- Adenauer, Konrad <Enkel>: My Grandfather Konrad Adenauer and Cadenabbia, in: Michael Borchard/Martin Falbisoner (Eds.): Giuseppe Moro & Konrad Adenauer. The Chancellor's Photographer from Lake Como. München 2019, S. 8–9.
- Anter, Andreas/Frick, Verena (Hg.): Politik, Recht und Religion (Politika 18). Tübingen 2019.
- Beckmann, Christopher: „Heute, am 23. Mai 1949 ...“. Konrad Adenauer und die Verkündung des Grundgesetzes, in: Die Politische Meinung 64 (2019) Nr. 555, S. 14–18.
- Benedikt XVI.: Die Freiheit befreien. Glaube und Politik im dritten Jahrtausend. Mit einem Vorwort von Papst Franziskus (Schriften aus meiner Feder. Benedikt XVI. 2). Freiburg im Breisgau u. a. 2018.

- Bergsdorf, Wolfgang: Gefährdungen der Demokratie, in: Lutz Haarmann/Robert Meyer/Julia Rauschenbach (Hg.): Von der Bonner zur Berliner Republik. Politik im Spiegel praktischer Wissenschaft. Festschrift für Tilman Mayer zum 65. Geburtstag. Baden-Baden 2018, S. 235–249.
- Biebricher, Thomas: Geistig-moralische Wende. Die Erschöpfung des deutschen Konservatismus. Berlin 2019.
- Böhr, Christoph/Crawford, Claudia/Hoffmann, Lars: Politik und Christentum. Kohärenzen und Differenzen. Eine Russisch-Deutsche Sicht auf die Geschichte des 20. Jahrhunderts. Wiesbaden 2018.
- Bösch, Frank: Hilfe für Verfolgte. Christdemokratische Solidarität mit den „Boat People“, Afghanistan und Nicaragua in der 1970/80er Jahren, in: Historisch-Politische Mitteilungen 25 (2018), S. 57–76.
- Bok, Wolfgang: Der schwarze Baron. Wolfgang von Stetten: ein Leben für Politik und Schloß. Künzelsau 2018.
- Borchard, Michael: Die CDU, Helmut Kohl und das Ludwigshafener Programm, in: Historisch-Politische Mitteilungen 25 (2018), S. 123–134.
- Ders./Falbisoner, Martin (Hg.): Giuseppe Moro & Konrad Adenauer. Der Kanzlerfotograf vom Comer See. Mit einem Grußwort von Norbert Lammer. München 2019.
- Bruns, Christian: Das Wahlvorschlagsrecht auf Parteitag. Die Idealvorstellung der innerparteilichen Demokratie im Spiegel der Parteipraxis, in: Mitteilungen des Instituts für Parteienrecht und Parteienforschung 25 (2019) 1, S. 138–139.
- Bürgel, Stefan: Das Kreuz mit dem Atom. Die Debatte um die Kernenergie und die christlichen Grundwerte der CDU (Politische Parteien in Europa 10). Münster 2018.
- Brinkhaus, Ralph: „Der Star ist die Partei.“ Über Aufbrüche in der CDU, neue Gemeinsamkeiten mit der CSU und parteipolitische Perspektiven des Jahres 2019, in: Die Politische Meinung 64 (2019) Nr. 554, S. 110115.
- Ders.: „Wir sind gewählt, damit wir über den Tag hinausdenken.“, in: Entscheidung (2018/2019) Dezember/Februar, S. 911.
- Buchstab, Günter: Europa, Nationen und Regionen – Grundbedingungen politischer Gemeinschaftsbildung, in: Historisch-Politische Mitteilungen 25 (2018), S. 5–18.
- Cavazza, Stefano/Großbörling, Thomas/Jansen, Christian (Hg.): Massenparteien im 20. Jahrhundert. Christ- und Sozialdemokraten, Kommunisten und Faschisten in Deutschland und Italien (Aurora. Schriften der Villa Vigoni 5). Stuttgart 2018.
- Christlich-Demokratische Arbeitnehmerschaft Deutschlands: Bringt die Soziale Marktwirtschaft noch Wohlstand für Alle? Tarifbindung, Löhne, Renten, in: Soziale Ordnung 71 (2019) 1, S. 9–16.

- Christlich-Demokratische Union Deutschlands/Gemeindeverband Neunkirchen-Seelscheid (Hg.): 50 Jahre CDU Neunkirchen-Seelscheid. Ein Rückblick. Neunkirchen 2018.
- Christlich-Demokratische Union Deutschlands/Landesverband Baden-Württemberg: Heimat. Leben. Gestalten. Kommunalwahlprogramm 2019, beschlossen auf dem 72. Landesparteitag der CDU Baden-Württemberg, 21.–22. September 2018, Europa-Park Rust. Stuttgart 2018.
- Christlich-Demokratische Union Deutschlands/Landesverband Brandenburg: Zusammenhalt und Sicherheit für Brandenburg. Grundsatzprogramm der CDU Brandenburg, beschlossen vom 33. Landesparteitag, 23. November 2018. Potsdam 2018.
- Christlich-Demokratische Union Deutschlands/Landesverband Bremen: #Unser Bremen kann mehr. Wahlprogramm 2019 der CDU Bremen. Bremen 2019.
- Christlich-Demokratische Union Deutschlands/Landesverband Hessen (Hg.): Damit Hessen stark bleibt. Programm der CDU Hessen zur Landtagswahl 2018. Wiesbaden 2018.
- Christlich-Demokratische Union Deutschlands/Landesverband Mecklenburg-Vorpommern: Das Fundament der Heimat. Kommunalpolitische Leitlinien der CDU MV für Städte und Gemeinden in Mecklenburg-Vorpommern, beschlossen auf dem 34. Landesparteitag der CDU MV am 19. Januar 2019 in Rostock. Schwerin 2019.
- Debes, Martin: Thüringens erste Ministerpräsidentin. Christine Lieberknecht (2009–2014): in: Torsten Oppelland (Hg.): Politik und Regieren in Thüringen. Institutionen, Strukturen und Politikfelder im 21. Jahrhundert. Wiesbaden 2018, S. 141–159.
- Decker, Frank: Parteiendemokratie im Wandel. 2. aktualisierte u. überarbeitete Auflage. Baden-Baden 2018.
- Delank, Helge: Adolf Steckel. Auf der Suche nach dem politischen Ideal. Eine Biografie (1889–1955). Husum 2018.
- Dizinger, Liv/Eicker-Wolf/Rudolph, Michael (Hg.): Verlässlich gestaltet Perspektiven eröffnet? Bilanz und Aussicht der Landespolitik Hessen. Marburg 2018.
- Dunz, Kristina: Ich kann, ich will und ich werde. Annegret Kramp-Karrenbauer, die CDU und die Macht. Berlin 2018.
- Emunds, Bernhard (Hg.): Christliche Sozialethik – Orientierung welcher Praxis? Friedhelm Hengsbach SJ zu Ehren (Ethik und Gesellschaft 4). Baden-Baden 2018.
- Feldkamp, Michael F.: Der Parlamentarische Rat 1948–1949. Die Entstehung des Grundgesetzes. Überarbeitete Neuausgabe Göttingen 2019.
- Ders.: Reichskirche und politischer Katholizismus. Aufsätze zur Kirchengeschichte und kirchlichen Rechtsgeschichte der Neuzeit (Propyläen des christlichen Abendlandes 3). Aachen 2019.

- Gassert, Philipp: Von den Schwierigkeiten einer Historisierung: Warum wir uns an „1968“ als klare Konfrontation erinnern, in: *Historisch-Politische Mitteilungen* 25 (2018), S. 37–56.
- Gathmann, Moritz: Warten auf Amthor, in: Cicero (2019) Mai, S. 36–41.
- Gotto, Bernhard: Enttäuschung in der Demokratie. Erfahrung und Deutung von politischem Engagement in der Bundesrepublik Deutschland während der 1970er und 1980er Jahre (Quellen und Darstellungen zur Zeitgeschichte 119). Berlin 2018.
- Grabow, Karsten/Neu, Viola (Hg.): Das Ende der Stabilität? Parteien und Parteiensystem in Deutschland. Sankt Augustin/Berlin 2018.
- Ders./Pokorny, Sabine: Das Parteiensystem in Deutschland ein Jahr nach der Bundestagswahl (Das Ende der Stabilität? Parteien und Parteiensystem in Deutschland 1). Sankt Augustin/Berlin 2018.
- Große Kracht, Hermann-Josef: Gustav Gundlach SJ (1892–1963). Katholischer Solidarismus im Ringen um die Wirtschafts- und Sozialordnung. Paderborn 2019.
- Günther, Daniel: „Mut verbindet.“ Plädoyer für einen selbstbewussten Föderalismus, in: *Die Politische Meinung* 64 (2019) Nr. 555, S. 77–81.
- Güth, Luise: Die Blockparteien im SED-System der letzten DDR-Jahre. Wahrnehmung und Partizipation am Beispiel des Bezirks Rostock (Wissenschaftliche Beiträge. Geschichtswissenschaft 39). Marburg 2018.
- Haarmann, Lutz/Meyer, Robert/Rauschenbach, Julia (Hg.): Von der Bonner zur Berliner Republik. Politik im Spiegel praktischer Wissenschaft. Festschrift für Tilman Mayer zum 65. Geburtstag. Baden-Baden 2018.
- Hebel, Stephan: Merkel. Bilanz und Erbe einer Kanzlerschaft. Frankfurt am Main 2018.
- Henze, Arnd: Kann Kirche Demokratie? Wir Protestanten im Stresstest. Freiburg im Breisgau 2019.
- Hidalgo, Oliver: Politische Theologie. Beiträge zum untrennbaren Zusammenhang zwischen Religion und Politik. Wiesbaden 2018.
- Hoeres, Peter: Christliche Wurzeln einer europäischen Sozialen Marktwirtschaft? Die christliche Ordnung der Wirtschaft vom Mittelalter bis zur Gegenwart. Kurzer Sektionsüberblick, in: *Historisches Jahrbuch* 138 (2018), S. 3–5.
- Hoffmann, Gert: Von Irrwegen in die Verantwortung. Zeitzeuge und Gestalter in bewegten Zeiten. Essen 2018.
- Holtemöller, Oliver/Schult, Christoph/Zeddies, Götz: Zu den rentenpolitischen Plänen im Koalitionsvertrag 2018 von CDU, CSU und SPD: Konsequenzen, Finanzierungsoptionen und Reformbedarf, in: *Zeitschrift für Wirtschaftspolitik* 67 (2018) 3, S. 247–265.
- Holtwisch, Christoph (Red.): Die Soziale Marktwirtschaft – Made in Vreden. Alfred Müller-Armack im Herz-Jesu-Kloster in Vreden-Ellewick. Beiträge der Tagung „70 Jahre Soziale Marktwirtschaft“ – Made in Vreden am 28. Juni



- 2017 im Herz-Jesu-Kloster in Vreden-Ellewick, organisiert von der Stadt Vreden und dem Haus Fröchtling (Beiträge des Heimatvereins Vreden zur Landes- und Volkskunde 99). Borken 2019.
- Huber, Peter M./Müller, Peter: „Die Verfassung muss gelebt werden.“ Ein Gespräch über Anachronismen, Auszehrungen, Infarktgefahren und Ideen für den Gesetzgeber zum 70. Geburtstag des Grundgesetzes. [Interview mit Peter M. Huber und Peter Müller. Das Interview führte Katja Gelinsky]. Sankt Augustin/Berlin 2018.
- Hübner, Jörg: Protestantische Wirtschaftsethik und Soziale Marktwirtschaft. Verbindungslinien und Zusammenhänge zwischen 1937 und 1954, in: Zeitschrift für Theologie und Kirche 109 (2019) 2, S. 235–269.
- Kalina, Georg Hermann J.: Die Entmythologisierung der Obrigkeit. Tendenzen der evangelischen Ethik des Politischen in der frühen Bundesrepublik der 1950er und 1960er Jahre. Tübingen 2019.
- Kampmann, Christoph/Brechenmacher, Thomas: Konrad Reppen (1923–2017), in: Historisches Jahrbuch 138 (2019), S. 451–464.
- Kielinger, Thomas: Hans-Peter Schwarz als Ideengeber, in: Historisch-Politische Mitteilungen 25 (2018), S. 225–229.
- Klages, Helmut: Absturz der Parteiendemokratie? Die politische Lage in Deutschland. Frankfurt am Main 2018.
- Klausing, Christoph (Hg.): Die Kölner Leitsätze 1945 und heute. Eine Suche nach dem Markenkern der Christdemokratie (Politische Parteien in Europa 9). Münster 2018.
- Kleine, Nils: Die Energiepolitik der CDU zwischen 1972 und 2011. Konzepte, Programme, Debatten. Baden-Baden 2018.
- Köhler, Thomas/Köster, Thomas (Hg.): Arbeit einspunktnull. Neue Impulse für die Arbeitsmarktpolitik. Baden-Baden 2019.
- Konrad-Adenauer-Stiftung: Soziale Marktwirtschaft. Eine Quellensammlung zu ausgewählten Begriffen aus den Programmen der Christlich-Demokratischen Union. Hg. von Michael Borchard und Wolfgang Tischner. Koordination: Rita Anna Tüpper. Sankt Augustin/Berlin 2018.
- Konrad-Adenauer-Stiftung (Hg.): Deutschland. Das nächste Kapitel. Redaktion: Frauke Gottwald, Denise Feldner, Uta Hellweg (Magazin der Konrad-Adenauer-Stiftung). Sankt Augustin/Berlin 2018.
- Dies. (Hg.): Weltweit für den Rechtsstaat. Das Rechtsstaatsprogramm der Konrad-Adenauer-Stiftung. Redaktion: Franziska Rinke. Sankt Augustin/Berlin 2018.
- Knüppel, Michael: Geschichte des CDU-Stadtverbandes Vellmar. Nordhausen 2018.
- Kramp-Karrenbauer, Annegret: „Auf kommunalem Kurs“, in: Kommunalpolitische Blätter 71 (2019) 1, S. 12–15.

- Dies.: „Ich wünsche mir, dass sich die Junge Union noch vielfältiger aufstellt.“ Im Gespräch mit Annegret Kramp-Karrenbauer über Europa, Newsrooms, die Kampagnenfähigkeit der CDU und Netflix-Dokus, in: *Entscheidung* (2019) März/April, S. 7–10.
- Dies.: Mit Mut und Optimismus zu neuer Stärke. CDU im Aufbruch, in: *Souverän* 18 (2019) 1, S. 6–8.
- Kretschmer, Michael/Rödder, Andreas: „Bequemes Ressentiment“, in: *Cicero* (2019) August, S. 26–34.
- Krings, Günter: *Zuwanderung und Leitkultur*, in: *Evangelische Verantwortung* (2019) 5+6, S. 3–9.
- Kronenberg, Volker: *Neue Wege gehen. Schwarz-Grün in Hessen: Erwartungen Erfahrungen – Ergebnisse*. Sankt Augustin/Berlin 2018.
- Küppers, Arnd: „Zur Freiheit hat uns Christus befreit“, (Galater 5,1). Zum Verhältnis von Katholizismus und politischem Liberalismus (*Kirche und Gesellschaft* 458). Köln 2019.
- Küsters, Hanns Jürgen: *Nationaltheorie und Deutschlandpolitik*, in: Lutz Haarmann/Robert Meyer/Julia Rauschenbach (Hg.): *Von der Bonner zur Berliner Republik. Politik im Spiegel praktischer Wissenschaft*. Festschrift für Tilman Mayer zum 65. Geburtstag. Baden-Baden 2018, S. 273–302.
- Ders.: Hans-Peter Schwarz: *Von Adenauer zur Merkel. Lebenserinnerungen eines kritischen Zeitzeugen*, in: *Historisch-Politische Mitteilungen* 25 (2018), S. 247–254.
- Lammert, Norbert: *Demokratie braucht Demokraten. Freiheit bedeutet Verantwortung*. Leipzig 2019.
- Ders.: In Zeiten des Populismus. Anmerkungen zur Lage Europas und der Demokratie, in: *Die Politische Meinung* 64 (2019) 554, S. 14–18.
- Ders.: „Politische Bildung muss zum Engagement ermutigen.“ Norbert Lammert und Karl Schiewerling im Gespräch, in: *Soziale Ordnung* 71 (2019) 1, S. 24–26.
- Ders.: Weimar und wir. Die Bedeutung der katholischen Soziallehre für das Gesellschaftsmodell der Bundesrepublik, in: *Die Politische Meinung* 63 (2018) 553, S. 117–119.
- Ders.: Zwischen Konflikt und Konsens. Zur Debattenkultur in Deutschland, in: *Die Politische Meinung* 64 (2019) 557, S. 12–16.
- Laschet, Armin: *Das Erbe der Bonner Republik. Zukunft „made in Nordrhein-Westfalen“*, in: *Die Politische Meinung* 64 (2019) 555, S. 37–41.
- Ders.: „Religionen bieten Medizin gegen Ideologen an.“ Interview mit Ministerpräsident Armin Laschet, in: *Herder Korrespondenz* 73 (2019) 6, S. 18–21.
- Lier, Karl-Heinz B. van (Hg.): *Ohne Familie ist kein Staat zu machen. Zeit zum Umdenken*. Mit Unterstützung der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. Freiburg im Breisgau 2018.

- Lingen, Markus: Alfred Müller-Armack, in: Christoph Holtwisch (Red.): Die Soziale Marktwirtschaft – Made in Vreden. Alfred Müller-Armack im Herz-Jesu-Kloster in Vreden-Ellewick. Beiträge der Tagung „70 Jahre Soziale Marktwirtschaft“ – Made in Vreden am 28. Juni 2017 im Herz-Jesu-Kloster in Vreden-Ellewick, organisiert von der Stadt Vreden und dem Haus Früchtling (Beiträge des Heimatvereins Vreden zur Landes- und Volkskunde 99). Borken 2019, S. 125–146.
- Linnemann, Carsten: Spielregeln der Ordnungspolitik. Soziale Marktwirtschaft im 21. Jahrhundert, in: Die Politische Meinung 64 (2019) Nr. 555, S. 96–101.
- Löttel, Holger: In der Werkstatt des Kanzler-Biographen. Hans-Peter Schwarz und die Erschließung des Rhöndorier Adenauer-Nachlasses, in: Dominik Geppert/Hans Jörg Hennecke (Hg.): Interessen, Werte, Verantwortung. Deutsche Außenpolitik zwischen Nationalstaat, Europa und dem Westen. Zur Erinnerung an Hans-Peter Schwarz (Veröffentlichung der Stiftung Bundeskanzler-Adenauer-Haus). Paderborn 2019, S. 21–48.
- Loth, Wilfried: „Freiheit und Würde des Volkes.“ Katholizismus und Demokratie in Deutschland (Schriftenreihe Religion und Moderne 13). Frankfurt am Main 2018.
- Maier, Hans: Hans-Peter Schwarz: die Anfänge, in: Historisch-Politische Mitteilungen 25 (2018), S. 213–217.
- Maizière, Thomas de: Regieren. Innenansichten der Politik. Freiburg im Breisgau 2019.
- Merlio, Gilbert: Hans-Peter Schwarz und Ernst Jünger, in: Historisch-Politische Mitteilungen 25 (2018), S. 219–224.
- Meuffels, Otmar: Christsein im demokratischen Handeln. Trinitarische Einsichten – gesellschaftliche Interessen (Religion in Philosophy and Theology 96). Tübingen 2018.
- Möller, Horst: Lebt die Zeitgeschichte von der Biographie? Rudolf Morsey zum 90. Geburtstag, in: Historisch-Politische Mitteilungen 25 (2018), S. 193–207.
- Müller, Markus Hans-Peter: Neo-Ordoliberalismus. Ein Zukunftsmodell für die Soziale Marktwirtschaft. Wiesbaden 2019.
- Nagel, Anne C.: Ein Mensch und zwei Leben. Erwin Stein (1903–1992). Weimar 2018.
- Neu, Viola: Landtagswahl in Hessen am 28. Oktober 2018. Wahlanalyse: vorläufiges Wahlergebnis. Sankt Augustin/Berlin 2018.
- Dies.: Konsens und Entscheiden. Was können Prognosen und Wahlergebnisse über den Zustand der CDU als Volkspartei aussagen?, in: Entscheidung (2018/2019) Dezember/Februar, S. 12–13.
- Oberreuter, Heinrich: 1968 – Geburtsstunde der modernen CDU?, in: Historisch-Politische Mitteilungen 25 (2018), S. 183–191.
- Oppelland, Torsten (Hg.): Politik und Regieren in Thüringen. Institutionen, Strukturen und Politikfelder im 21. Jahrhundert. Wiesbaden 2018.

- Ders.: Profilierungsdilemma einer Regierungspartei in einem fragmentierten Parteiensystem. Die CDU in der Regierung Merkel III, in: Reimut Zohlnhöfer/Thomas Saalfeld (Hg.): Zwischen Stillstand, Politikwandel und Krisenmanagement. Eine Bilanz der Regierung Merkel 2013–2017. Wiesbaden 2018, S. 63–86.
- Ders.: Wahlkampf im Zeichen der Flüchtlingskrise. Die Strategien von CDU und CSU für die Bundestagswahl 2017 (Das Ende der Stabilität? Parteien und Parteiensystem in Deutschland 2). Sankt Augustin/Berlin 2018.
- Otzelberger, Manfred: Die Macht ist weiblich. Annegret Kramp-Karrenbauer: die Biografie. München 2018.
- Patch, William L.: Christian Democratic Workers and the Forging of German Democracy 1920–1980. Cambridge u. a. 2018.
- Petersen, Thomas: Helmut Kohl, die Bonner Hofgartenwiese und die NATO-Nachrüstung oder: die Demoskopie als Korrektiv zu den traditionellen Quellen der Zeitgeschichte, in: Lutz Haarmann/Robert Meyer/Julia Rauschenbach (Hg.): Von der Bonner zur Berliner Republik. Politik im Spiegel praktischer Wissenschaft. Festschrift für Tilman Mayer zum 65. Geburtstag. Baden-Baden 2018, S. 193–204.
- Ders.: 1968 und die Bewältigung der Diktatur im Spiegel der Demoskopie, in: Historisch-Politische Mitteilungen 25 (2018), S. 19–35.
- Peusch, Erhard: 50 Jahre CDU Ortsverband Werdorf 1968–2018. Werdorf 2018.
- Raabe, Stephan: Katholizismus und Konservatismus. Eine Verhältnisbestimmung, in: Die Neue Ordnung 73 (2019) 3, S. 175–189.
- Rauch, Andreas M.: Ludwig Erhard und die Soziale Marktwirtschaft, in: Die Neue Ordnung 73 (2019) 3, S. 233–237.
- Reddig, Pascal: Auftakt für ein neues Kapitel. Diskussion mit den Kandidaten für den CDU-Parteivorsitz, in: Entscheidung (2018/2019) Dezember/Februar, S. 16.
- Resing, Volker (Red.): Gelobtes Land. Wie Migration unsere Gesellschaft verändert (Herder Korrespondenz Spezial 2018,2). Freiburg im Breisgau 2018.
- Rhonheimer, Martin: Vom Subsidiaritätsprinzip zum Sozialstaat. Kontinuitäten und Brüche in der katholischen Soziallehre, in: Historisches Jahrbuch 138 (2018), S. 6–71.
- Riese, Christina: Hunger, Armut, soziale Frage. Sozialkatholische Ordnungsdiskurse im Deutschen Kaiserreich 1871–1918 (Veröffentlichungen der Kommission für Zeitgeschichte. Reihe B: Forschungen 136). Paderborn 2019.
- Rinke, Andreas: Die Welt der AKK. Was bewegt Deutschlands mögliche Kanzlerin?, in: Internationale Politik 74 (2019) 3, S. 59–64.
- Rödder, Andreas: Konservativ 21.0. Eine Agenda für Deutschland. München 2019.
- Ders.: Angst vor Deutschland? Zur Geschichte eines Problems, in: Historisch-Politische Mitteilungen 25 (2018), S. 231–238.

- Roose, Jochen: Das lebendige Grundgesetz. Grundrechte aus Sicht der Bevölkerung. Wertigkeit, Umsetzung, Grenzen (Forum empirische Sozialforschung). Sankt Augustin/Berlin 2019.
- Rosin, Philip: Abschied von der „Adenauer-CDU“. Innerparteiliche Veränderungen in Regierungs- und Oppositionszeit 1967–1971, in: Historisch-Politische Mitteilungen 25 (2018), S. 135–157.
- Sauermeister, Jochen (Hg.): Kirche – nur eine Moralagentur? Eine Selbstverortung. Freiburg im Breisgau 2019.
- Schäfer, Matthias: Soziale Marktwirtschaft als programmatische Politikgrundlage und Wahlkampfflokomotive. Alfred Müller-Armack als Doktorvater, in: Christoph Holtwisch (Red.): Die Soziale Marktwirtschaft – Made in Vreden. Alfred Müller-Armack im Herz-Jesu-Kloster in Vreden-Ellewick. Beiträge der Tagung „70 Jahre Soziale Marktwirtschaft“ – Made in Vreden am 28. Juni 2017 im Herz-Jesu-Kloster in Vreden-Ellewick, organisiert von der Stadt Vreden und dem Haus Früchtling (Beiträge des Heimatvereins Vreden zur Landes- und Volkskunde 99). Borken 2019, S. 125–146.
- Schäuble, Wolfgang: Glücksfall oder Sanierungsfall? Das Grundgesetz und die bundesstaatliche Ordnung, in: Die Politische Meinung 64 (2019) Nr. 555, S. 71–76.
- Ders.: Zur Zukunft von Deutschland in der Europäischen Union. Vortrag gehalten am 23. Oktober 2018 im Rahmen der „Jürgen Strube Lecture“ an der Universität Leipzig (Dresdner Vorträge zum Staatsrecht 11). Baden-Baden 2019.
- Schallenberg, Peter: Grundgesetz und Marktwirtschaft (Kirche und Gesellschaft 461). Köln 2019.
- Schavan, Annette: Gewissen bilden, nicht Gewissen ersetzen wollen, in: Jochen Sauermeister (Hg.): Kirche – nur eine Moralagentur? Eine Selbstverortung. Freiburg im Breisgau 2019, S. 81–95.
- Schebesta, Martin: Die soziale Marktwirtschaft. Kompass für aktuelle Herausforderungen. Welche Parteien halten Kurs? (Monitor Ordnungspolitik). Sankt Augustin/Berlin 2018.
- Scheliha, Arnulf von: Religionspolitik. Beiträge zur politischen Ethik und zur politischen Dimension des religiösen Pluralismus. Tübingen 2018.
- Schmidt, Daniel: Von der Kanzlerpartei zur „modernen Volkspartei“. Neuorientierung und Konflikt in der CDU nach 1969, in: Stefano Cavazza/Thomas Großbölting/Christian Jansen (Hg.): Massenparteien im 20. Jahrhundert. Christ- und Sozialdemokraten, Kommunisten und Faschisten in Deutschland und Italien (Aurora. Schriften der Villa Vigoni 5). Stuttgart 2018, S. 189–198.
- Schmitt, Karl: Regieren mit absoluter Mehrheit. Bernhard Vogel und Dieter Althaus 1999–2009, in: Torsten Oppelland (Hg.): Politik und Regieren in Thüringen. Institutionen, Strukturen und Politikfelder im 21. Jahrhundert. Wiesbaden 2018, S. 115–139.

- Schoser, Franz: Soziale Marktwirtschaft in Lehre und Wissenschaft. Alfred Müller-Armack als Doktorvater, in: Christoph Holtwisch (Red.): Die Soziale Marktwirtschaft – Made in Vreden. Alfred Müller-Armack im Herz-Jesu-Kloster in Vreden-Ellewick. Beiträge der Tagung „70 Jahre Soziale Marktwirtschaft“ – Made in Vreden am 28. Juni 2017 im Herz-Jesu-Kloster in Vreden-Ellewick, organisiert von der Stadt Vreden und dem Haus Früchtling (Beiträge des Heimatvereins Vreden zur Landes- und Volkskunde 99). Borken 2019, S. 99–104.
- Schuster, Armin: Menschlichkeit und Konsequenz. Aus dem CDU-Werkstattgespräch Migration, Sicherheit und Integration, in: Die Politische Meinung 64 (2019) Nr. 556, S. 90–93.
- Schwarz, Hans-Peter: Shënime për Adenauerin. Përktheu nga gjermanishtja Marsela Likaj. Fondacioni KonradAdenauer. Tirana 2018.
- Schwarz-Schilling, Christian: Kultur und Bildung. 50 spannende Jahre der hessischen Landespolitik (1967–2017). Frankfurt am Main 2018.
- Singhammer, Johannes: Christliche Kirchen und Parteien. Übereinstimmungen und Gegensätze (Hanns-Seidel-Stiftung. Akademie für Politik und Zeitgeschehen. Aktuelle Analysen 69). München 2019.
- Spahn, Jens: Gibt es eine Pflicht, sich mit dem eigenen Tod zu beschäftigen?, in: Entscheidung (2019) Juni/August, S. 19–23.
- Sternburg, Wilhelm von: Konrad Adenauer. Rheinländer und europäischer Staatsmann, in: Universitas 74 (2019) 4, S. 59–65.
- Stiftung Bundeskanzler Adenauer-Haus (Hg.): Konrad Adenauer. Der Kanzler aus Rhöndorf : [Katalog, Dauerausstellung Konrad Adenauer 1876–1967, Rheinländer, Deutscher, Europäer]. Redaktion: Jürgen Peter Schmied u. Corinna Franz. Darmstadt 2018.
- Tauber, Peter: Recht und Freiheit verteidigen. Innere Führung und deutsches Soldatentum 21. Jahrhundert, in: Die Politische Meinung 64 (2019) Nr. 556, S. 20–24.
- Teuchert, Felix: Die verlorene Gemeinschaft. Der Protestantismus und die Integration der Vertriebenen in die westdeutsche Gesellschaft (1945–1972) (Arbeiten zur Kirchlichen Zeitgeschichte. Reihe B: Darstellungen 72). Göttingen 2018.
- Verheyen, Sabine: Europa – unsere Zukunft!, in: Kommunalpolitische Blätter 71 (2019) 1, S. 28–29.
- Vieweg, Wolfgang: Nachhaltige Marktwirtschaft. Die Soziale Marktwirtschaft des 21. Jahrhunderts. Wiesbaden 2019.
- Voigt, Mario: Die CDU als digitalste Partei Deutschlands. Kommunikation in Echtzeit wird ein Schlüssel zur Zukunft der Union als Volkspartei sein, in: Entscheidung (2018/2019) Dezember/Februar, S. 14.
- Wambach, Kai: Vergessene Reformbemühungen – Rainer Barzels Vorsitz der CDU 1971–1973, in: Historisch-Politische Mitteilungen 25 (2018), S. 159–181.

- Welge, Helmut: Bundeskanzler Ludwig Erhard. Außenpolitiker im welt-politischen Wandel. Berlin 2018.
- Werhahn-Adenauer, Libet: Erinnerungen an meinen Vater Konrad Adenauer. Aufgeschrieben von Catharina Aanderud. Überlingen 2018.
- Wiliarty, Sarah Elise: The State of the CDU, in: *German Politics* 27 (2018) 1, S. 113–118.
- Wirtschaftsrat der CDU: Soziale Marktwirtschaft im digitalen Zeitalter. Freiburg im Breisgau 2019.
- Wölbern, Jan Philipp: Die „neuen Alten“ der CDU. Geschichte der Senioren-Union. Sankt Augustin/Berlin 2018.
- Wolfsteiner, Alfred: „Der stärkste Mann des Katholizismus in Deutschland.“ Pater Augustin Rösch und sein Kampf gegen den Nationalsozialismus. Regensburg 2018.
- Ziemiak, Paul: Dienst und Pflicht. Anreize zur Stärkung von Zusammenhalt, in: *Die Politische Meinung* 64 (2019) Nr. 556, S. 34–36.
- Ders.: Ein offenes Ohr für die Senioren-Union. Im Interview, in: *Souve-rän* 18 (2019) 1, S. 10–11.
- Ders.: 2019 – ein Jahr der großen Aufgaben, in: *Frau & Politik* 63 (2018) 6, S. 9–10.
- Zimmer, Matthias: Ehrenamt statt Egoismus. Eine Einordnung aus Sicht der CDU-Programmatik, in: *Die Politische Meinung* 64 (2019) Nr. 556, S. 29–33.
- Zohlnhöfer, Reimut/Saalfeld, Thomas (Hg.): Zwischen Stillstand, Politikwandel und Krisenmanagement. Eine Bilanz der Regierung Merkel 2013–2017. Wiesbaden 2018.

#### Europa, Asien, Lateinamerika – Internationale Kooperationen

- Bendel, Rainer (Hg.): Europa – Utopie – Vision. Zwischen Regionalismus, Nationalismus und Supranationalismus. Symposium zu Ehren von Erzbischof em. Dr. Robert Zollitsch zum 9. August am 22. September 2018 in Rottenburg-Bad Niedernau (Vertriebene – Integration – Verständigung 1). Münster 2019.
- Bitterlich, Joachim: „Kohlsche Europa- und Außenpolitik einmal mit anderen Augen betrachtet“, in: Michael Gehler u. a. (Hg.): *Deutschland, Europa, Imperien und die USA im Kontext von Kaltem Krieg und europäischer Integration (Historische Europa-Studien 13.1)*. Hildesheim 2018, S. 253–298.
- Bretherton, Luke: *Christ and the common life. Political theology and the case for democracy*. Grand Rapids 2019.
- Buchstab, Günter: Europa, Nationen und Regionen – Grundbedingungen poli-tischer Gemeinschaftsbildung, in: Rainer Bendel (Hg.): *Europa – Utopie – Vision. Zwischen Regionalismus, Nationalismus und Supranationalismus. Symposium zu Ehren von Erzbischof em. Dr. Robert Zollitsch zum 9. August*

- am 22. September 2018 in Rottenburg-Bad Niedernau (Vertriebene – Integration – Verständigung 1). Münster 2019. S. 25–49.
- Chamedes, Juliana: *A twentieth-century crusade. The Vatican's battle to remake Christian Europe*. Cambridge 2019.
- Franzius, Claudio/Mayer, Franz C./Neyer, Jürgen (Hg.): *Die Neuerfindung Europas. Bedeutung und Gehalte von Narrativen für die europäische Integration (Recht und Politik in der Europäischen Union 9)*. Baden-Baden 2019.
- Gehler, Michael u. a. (Hg.): *Deutschland, Europa, Imperien und die USA im Kontext von Kaltem Krieg und europäischer Integration (Historische Europa-Studien 13.1)*. 1 Teilband. Hildesheim 2018.
- Geppert, Dominik/Hennecke, Hans Jörg (Hg.): *Interessen, Werte, Verantwortung. Deutsche Außenpolitik zwischen Nationalstaat, Europa und dem Westen. Zur Erinnerung an Hans-Peter Schwarz (Veröffentlichung der Stiftung Bundeskanzler-Adenauer-Haus)*. Paderborn 2019.
- Ders./Gonschor, Marcus/Schönner, Hannes (Hg.): *Transnationale Parteienkooperation der europäischen Christdemokraten und Konservativen = Coopération transnationale des partis démocrates-chrétiens et conservateurs en Europe*. 2 Teilbände. Berlin 2018.
- Ghafar, Adel Abdel (Ed.): *The European Union and North Africa. Prospects and Challenges*. [In Zusammenarbeit mit der Konrad-Adenauer-Stiftung.] Washington, D.C. 2019.
- Glees, Anthony: *Europa und der Brexit*, in: *Historisch-Politische Mitteilungen* 25 (2018), S. 239–246.
- Göbel, Benedict/Köhler, Thomas (Hg.): *Integrationskontinent Europa. Integration von Zuwanderern im europäischen Vergleich*. Sankt Augustin/Berlin 2019.
- Grabow, Karsten: *Im Sinkflug? Stand und Perspektiven christlich-demokratischer Parteien in Europa (Analysen & Argumente 353)*. Konrad-Adenauer-Stiftung. Sankt Augustin/Berlin 2019.
- Joppke, Christian: *Der säkulare Staat auf dem Prüfstand. Religion und Politik in Europa und den USA*. Hamburg 2018.
- Kauder, Volker: *Europäische Union und der Nationalstaat*, in: Rainer Bendel (Hg.): *Europa – Utopie – Vision. Zwischen Regionalismus, Nationalismus und Supranationalismus. Symposium zu Ehren von Erzbischof em. Dr. Robert Zollitsch zum 9. August am 22. September 2018 in Rottenburg-Bad Niedernau (Vertriebene – Integration – Verständigung 1)*. Münster 2019. S. 89–99.
- Kerscher, Alena: *Christdemokratische Parteien und die Europäische Integration. Handlungsraum christdemokratischer Parteien jenseits des permissiven Konsenses (Empirische Studien zur Parteienforschung)*. Wiesbaden 2018.
- Küppers, Arnd: *Europa – sein christliches Erbe und seine Zukunft in Vielfalt (Analysen & Argumente 344)*. Konrad-Adenauer-Stiftung. Sankt Augustin/Berlin 2019.



- Lappenküper, Ulrich: Das couple Helmut Kohl – François Mitterrand und die europäische Einigung 1982 bis 1995, in: Michael Gehler u. a. (Hg.): Deutschland, Europa, Imperien und die USA im Kontext von Kaltem Krieg und europäischer Integration (Historische Europa-Studien 13.1). Hildesheim 2018, S. 319–332.
- Larres, Klaus: Angela Merkel and Donald Trump – Values, Interests, and the Future of the West, in: Ders./Ruth Wittlinger (Eds.): German-American Relations in the 21st Century. A Fragile Friendship. London 2019, S. 47–67.
- Ders./Wittlinger, Ruth (Eds.): German-American Relations in the 21st Century. A Fragile Friendship. London u. a. 2019.
- Leonardi, Rosaria: Cattolicesimo politico di Terra Jonica. Storia della Democrazia cristiana e del Partito cristiano sociale a Taranto dal 1943 al 1956. Bari 2018.
- Lesch, Walter: Christlich-sozialethische Politikberatung in den Strukturen der Europäischen Union, in: Bernhard Emunds (Hg.): Christliche Sozialethik – Orientierung welcher Praxis? Friedhelm Hengsbach SJ zu Ehren (Ethik und Gesellschaft 4). Baden-Baden 2018, S. 283–300.
- Luchi, Filippo Eugene/Pannocchia, Andrea: La politica dei Democratici Cristiani a Pietrasanta 1965–1970 e oltre. Massa 2019.
- Marchetti, Andreas/Lerch, Philipp/Piepenschnieder, Melanie (Hg.): Städte- und Gemeindepartnerschaften. Strukturen – Praxis – Zukunft in deutsch-französischer Perspektive = Les Jumelages de Villes et Communes (Handreichungen zur politischen Bildung 26). Sankt Augustin/Berlin 2019.
- Molano-Rojas, Andrés (Ed.): Colombia en context. Inquietudes, oportunidades y tareas pendientes. [Konrad-Adenauer-Stiftung, Instituto de Ciencia Política]. Bogotá 2018.
- Neuss, Beate/Nötzold, Antje (Hg.): Türkei – Schlüsselfaktor für die EU? Eine schwierige Partnerschaft in turbulenten Zeiten (Schriftenreihe des Arbeitskreises Europäische Integration e. V. 103). Baden-Baden 2018.
- Nitschke, Peter (Hg.): Gemeinsame Werte in Europa? Stärken und Schwächen im normativen Selbstverständnis der Europäischen Integration. Mit einem Vorwort von Hans-Gert Pötering. Baden-Baden 2019.
- Oettinger, Günther H.: „Wir sind auf Augenhöhe.“ Was Europa gefährdet und was die EU stärkt. Ein Interview mit Günther Oettinger, in: Internationale Politik 74 (2019) 3, S. 34–36.
- Pötering, Hans-Gert: Anwalt für die Freiheit. Zur Bedeutung des Europäischen Parlaments gestern und heute, in: Die Politische Meinung 64 (2019) Nr. 554, S. 72–77.
- Posselt, Bernd: Bernd Posselt erzählt Europa. Geschichte und Personen – Bauplan und Visionen. Regensburg 2019.
- Rodríguez Ruiz, Juan Roger: El estado peruano, ni confesional ni laico. El régimen de laicidad del Perú: autonomía e independencia y mutual coope-

- ración. [Instituto de Estudios Social Cristianos, Fundación Konrad Adenauer]. Lima 2018.
- Roose, Jochen: Union – Die Europapartei. Ergebnisse einer repräsentativen Bevölkerungsumfrage zu Werten Europas und europapolitischer Parteikompetenz (Analysen & Argumente 345). Konrad-Adenauer-Stiftung. Sankt Augustin/Berlin 2019.
- Roth, Michèle/Ulbert, Cornelia: Kooperation in einer post-westlichen Welt. Herausforderungen und Perspektiven (Globale Trends und Analysen). Bonn 2018.
- Rüttgers, Jürgen: Guten Morgen, Europa! Neue Motivation für ein vereintes Europa in Frieden, Freiheit und Vielfalt. Mit Beiträgen von Sigmar Gabriel und Franz Josef Radermacher. Baden-Baden 2019.
- Sangmeister, Hartmut/Wagner, Heike (Hg.): Die Entwicklungszusammenarbeit der Zukunft (Weltwirtschaft und internationale Zusammenarbeit 22). Baden-Baden 2019.
- Dies.: Entwicklungszusammenarbeit 4.0 – Digitalisierung und globale Verantwortung (Weltwirtschaft und internationale Zusammenarbeit 20). Baden-Baden 2018.
- Simms, Brendan: Die Briten und Europa. Tausend Jahre Konflikt und Kooperation. 2. Auflage. Stuttgart 2019.
- Woischnik, Jan (Ed. resp.): Novos desafios da política na América do Sul e na União Europeia (Série Relações Brasil-Europa 8). Rio de Janeiro 2018.
- Urigüen López de Sandalino, Natalia: A imagen y semejanza. La Democracia Cristiana Alemana y su aportación a la transición Española (Biblioteca de historia 87). Madrid 2018.
- Velásquez Castellanos, Iván: La Economía Social de Mercado (ESM) en Bolivia. Aplicaciones en una sociedad multiétnica. Ed. resp.: Gunter Rieck Moncayo, Programa Regional Políticas Sociales en América Latina. Santiago de Chile 2018.
- Weber, Manfred: Wir kämpfen für unser Europa!, in: Frau & Politik 65 (2019) 2, S. 4–6.
- Wildfeuer, Armin G.: „Auf der Grundlage gemeinsamer Werte.“ Das Narrativ der Wertegemeinschaft und das Ethos der Europäischen Union (Kirche und Gesellschaft 460). Köln 2019.
- Zapka, Klaus: Soziale Marktwirtschaft in der Europäischen Union. Rückkehr zum Laissez-faire-Prinzip. Wiesbaden 2019.

## Abstracts\*

*Thomas Brechenmacher:* Israel: the first 70 years. Did the Shoah play a role in the foundation of Israel? (pp. 5–14)

Shortly after the Second World War, it was argued that the Shoah represented an important, if not decisive factor in the founding of the state of Israel. This essay finds, however, that although the National Socialist murder of the Jews certainly had a moral-legitimizing function, it had no direct causal link to the foundation of the state of Israel.

*Matthias Oppermann:* 'Student carnival' – Raymond Aron and the events of May 1968 (pp. 15–25)

Raymond Aron was a French philosopher and sociologist. This essay outlines Aron's criticism of the '68 movement in France and Germany. Aron had witnessed the Nazi's assumption of power in Berlin and he drew clear parallels between the 1930s and the situation in German universities in the run up to 1968. Aron's own experiences led him to view '1968' as a dangerous attack on Western liberal civilization. However, he directed his strongest criticism not at the students participating in the protests but at their obsequious professors.

*Michael Schellhorn:* 'Never work with the Centre Party!' Alfred Hugenberg and the German Centre Party during the final phase of the Weimar Republic (1928–1933) (pp. 27–63)

This contribution discusses Alfred Hugenberg's views of the predominantly Catholic Centre Party in the final years of the Weimar Republic. In 1928, Hugenberg was appointed chair of the German National People's Party (DNVP). He opposed the republic, and by 1930 had come to view the Centre Party as an enemy. In Hugenberg's view, the party embodied the parliamentary system, a system that he hated and sought to abolish. Furthermore, he regarded the Centre Party's cooperation with the SPD at Reich level and particularly in Prussia as utterly reprehensible.

*Bertram Triebel:* The inner workings of a block party. The Thuringian CDU in the GDR and its members (pp. 65–85)

This article focuses on Thuringia's three district associations: Erfurt, Gera and Suhl. It examines CDU membership policy in the GDR from the mid-1950s to

---

\* Translated by Simon Philips.

the mid-1980s, a period that has been largely overlooked by researchers. The aim is to trace the developments that took place among the party's membership, developments that were also closely monitored by the SED. Alongside the need to demonstrate loyalty to the system, social ties in the local party often acted as the main motive for joining and remaining in the CDU in the GDR. Their local party provided members with an opportunity to meet like-minded people, which enabled them to speak more openly and to shape their local community in a manner that reflected their 'common social interests'.

*Norman Siewert:* Ernst Nolte and Armin Mohler – intellectuals spanning liberal and radical conservatism (pp. 87–116)

The correspondence between these two prominent intellectuals provides the basis for an investigation into the relationship between radical conservatism, with its rejection of liberal democracy, and liberal conservatism, which not only advocates the stability of a well-established order but also embraces evolutionary progress and social contradictions. Whereas Mohler became a prominent leader of anti-liberal right-wing conservatism after the Second World War, Nolte had long advocated a form of non-ideological conservatism that unequivocally affirmed the constitutional order. Only the wake of 1968, when Nolte noted that society was shifting to the left, and his stigmatisation as an outsider during the *Historikerstreit* in the 1980s prompted Nolte to move towards more radical conservative positions such as those favoured by Mohler.

*Rudolf Morsey:* Hans Buchheim's research project (1963–1966) 'The policies of the Adenauer government'. Early access to official documents in the Federal Chancellery – and the (overly) late publication of partial results (pp. 117–151)

The political scientist Hans Buchheim was the first to be granted access to previously unreleased files documenting Konrad Adenauer's policies in the Federal Chancellery. The files, which covered the period from 1963 to 1966, resulted in a series of individual studies. However, only parts of Buchheim's work were ever made available in print and long intervals occurred between his publications. This contribution describes the project's complex history and outlines the scientific framework that existed at a time when research into the Adenauer era was in its early stages. It also includes the personal memories of the author who was significantly involved in the project at the time.

*Peter Rütters*: Disagreement over the position of Father of the House in the German Bundestag (pp. 153–172)

In the past, the oldest member of parliament held the office of Father of the House. However, the 2017 amendment to the Rules of Procedure of the German Bundestag means that this office is now held by the Bundestag's longest serving member. Although the Alternative for Germany (AfD) maintains that the Rules of Procedure were amended to prevent a Father of the House from being selected from among its ranks, advocates of the reforms argue that individuals who hold the office must possess an appropriate level of parliamentary experience in order to be able to perform their duties. Giving due consideration to historical experiences, this contribution concludes that the legitimate endeavour to amend the Rules of Procedure was aimed at securing the competencies of the Bundestag's constitute assembly. Therefore, the amendment was based on far more than the mere circumstances surrounding the AfD gaining seats in the Bundestag.

*Andreas Schirmer*: Ludwig Erhard's estate in the Ludwig Erhard Foundation's archive (pp. 173–179)

The various materials that comprise the second Federal Chancellor's estate are held in the archives of the Ludwig Erhard Foundation. This contribution describes these holdings and explains which strands of research can be conducted with them.

*Hanns Jürgen Küsters*: An introduction to the 'Christian democrats in exile' conference (pp. 181–184)

Very little research has been undertaken into the fate of Christian democrats who have been forced into political exile. This article outlines important questions for future research and identifies significant approaches in this field.

*Rudolf Morsey*: Ludwig Kaas – an exile in Rome and in the Vatican (1933–1952) (pp. 185–205)

In March 1933, shortly after the Centre Party's parliamentary group provided its support to the Enabling Act, its chairman, Prelate Ludwig Kaas, who supported the act, travelled to Rome and to the Vatican. Kaas was intensively, albeit informally, involved in the negotiations over the Concordat between the Holy See and the German Reich undertaken at the Vatican. In 1936, Kaas, who had become largely isolated and faced harsh criticism from former colleagues, such as Heinrich Brüning, was made responsible for personnel and asset management

of St. Peter's Basilica and directing the Fabric of St. Peter. These positions also led Kaas, who was never to return to his home country, to manage the excavations undertaken at the site surrounding St. Peter's Basilica.

*Wolfgang Tischner: Christians in the Popular Front? The exiled KPD, the Catholic Church and the 'National Committee for a Free Germany' 1933–1945 (pp. 207–222)*

In 1935, and as a reaction to the NSDAP's assumption of power, the Communist International and, thus, the Communist Party of Germany (KPD) articulated the concept of the popular front. Subsequently, Christians and Christian parties were expected to ally themselves with the Communist International against 'fascism'. Moreover, in line with the Soviets' requirements, the 'National Committee for a Free Germany' (NKFD), which operated in exile in the Soviet Union, played an important role in the post-war planning undertaken by the KPD leadership. Its 'Working Group on Church Issues' developed a model that provided for the replacement of Christian-democratic parties with institutional guarantees for churches including parliamentary representation. Elements of this approach were implemented with the foundation of the CDU in the GDR and through the specific role that the party played in the GDR's political system.

*Oliver Salten: The exiled CDU – an overlooked actor in the Cold War (pp. 223–243)*

This contribution provides the first overview of the history of the exiled CDU from its foundation in 1950 until its dissolution in 1991. The party sought to provide representation to CDU members who had fled the Soviet Occupation Zone/GDR. This contribution particularly focuses on the party's tasks, its internal structure, and the relationship between the Eastern and the Germany Office of the CDU/CSU as well as the position of the exiled CDU within the CDU in the Federal Republic.

*Natalia Urigüen López de Sandaliano: Franco's repression of Spanish Christian democracy: The 'Munich Conspiracy' (pp. 245–255)*

In June 1962, 118 Spanish opposition politicians, including numerous Christian democrats, met in Munich at the Congress of the European Movement. They were members of various political currents who had arrived both from Spain and from exile, and who had come together to agree on common demands. The meeting thus marked the beginning of a new chapter in the history of the opposition to Franco's dictatorship. Franco's regime reacted harshly: it viewed the Christian democratic opposition as a threat due to its appeal to Catholicism, a basis which the regime claimed for itself.

## Résumés\*

*Thomas Brechenmacher:* Les 70 ans d'Israël. La Shoah comme facteur de la fondation de l'État? (p. 5–14)

La thèse selon laquelle la Shoah a été un facteur important, voire le facteur décisif de la fondation de l'État d'Israël a surgi dès le lendemain de la Seconde Guerre mondiale. L'essai fait ressortir que le génocide des Juifs par les nazis a certainement eu une vertu de moralisation et de légitimation, mais qu'il est impossible de démontrer une relation causale directe avec la fondation de l'État.

*Matthias Oppermann:* « Le carnaval des étudiants ». Raymond Aron et les événements de mai 1968 (p. 15–25)

L'article esquisse la posture critique du philosophe et sociologue français à l'égard du « mouvement de mai 68 » en France et en Allemagne. Raymond Aron y discernait des parallèles frappants avec la situation des universités allemandes peu avant l'arrivée au pouvoir des nazis, dont il avait à l'époque été lui-même témoin à Berlin. Au vu de ces expériences, Aron considérait « 1968 » comme une agression dangereuse de la civilisation libérale occidentale et critiquait particulièrement les professeurs qui cherchaient à pactiser avec les étudiants en colère.

*Michael Schellhorn:* « Avec le Zentrum, jamais! » Alfred Hugenberg et le Deutsche Zentrumspartei à la fin de la République de Weimar (1928–1933) (p. 27–63)

L'article se concentre sur l'attitude du président (à partir de 1928) du Parti populaire national allemand (Deutschnationale Volkspartei-DNVP) à l'égard du parti du Centre (Zentrum) pendant les dernières années de la République de Weimar. À compter de 1930, le Centre, de sensibilité catholique, devint l'ennemi de l'antirépublicain Hugenberg. Il incarnait à ses yeux le système parlementaire honni et il aspirait à l'éliminer. Hugenberg vilipendait tout autant la coopération du Centre et du SPD à l'échelle du Reich, particulièrement en Prusse.

*Bertram Triebel:* La vie interne d'un parti du bloc. La CDU thuringienne en RDA et ses membres (p. 65–85)

S'appuyant sur les fédérations des trois *Bezirke* d'Erfurt, Gera et Suhl, l'article étudie la politique d'adhésion de la CDU est-allemande entre le milieu des années 1950 et le mitan des années 1980, une période qui a peu retenu l'atten-

\* Traduit par Valentine Meunier.

tion de la recherche jusque-là. L'auteur retrace l'évolution des membres, attentivement surveillée par le SED. Outre une preuve de la loyauté, exigée, envers le système, les motivations pour adhérer et rester à la CDU étaient souvent les liens sociaux au sein de l'organisation locale du parti. On s'y sentait entre pairs, pouvait y parler plus librement et contribuer à créer, grâce à l'environnement local, une « communauté sociale d'intérêts ».

*Norman Siewert: Ernst Nolte et Armin Mohler – deux intellectuels entre conservatisme radical et libéral (p. 87–116)*

À l'appui de l'échange épistolaire entre les deux célèbres intellectuels, la contribution étudie les relations entre le conservatisme radical, antidémocratique, et le conservatisme libéral, qui plaidait certes pour la stabilité de l'ordre établi, mais qui acceptait le progrès évolutionnaire et les contradictions sociales. Tandis qu'après la Seconde Guerre mondiale, Mohler devint le précurseur d'un conservatisme de droite antilibéral, Nolte fit longtemps partie des avocats d'un conservatisme non idéologique, qui approuvait expressément le système de la Loi fondamentale. Il ne se rapprocha des conservateurs radicaux, et notamment des positions défendues par Mohler, qu'après avoir constaté un glissement vers la gauche de la société dans le sillage de « 1968 » et être devenu le marginal stigmatisé de la « querelle des historiens » dans les années 1980.

*Rudolf Morsey: Le projet de recherche (1963–1966) de Hans Buchheim sur « La politique du gouvernement Adenauer ». Un accès précoce aux archives officielles à la Chancellerie – mais une publication (trop) tardive des résultats (p. 117–151)*

Entre 1963 et 1966, le politologue Hans Buchheim fut le premier chercheur à pouvoir consulter librement les dossiers, encore non déclassifiés, relatifs à la politique de Konrad Adenauer à la Chancellerie. Toute une série de monographies a vu le jour sur cette base, mais elles ne furent publiées que partiellement et bien plus tard. La contribution retrace l'histoire complexe du projet et, en intégrant les souvenirs personnels de son principal auteur, esquisse les conditions de cette recherche embryonnaire sur l'ère Adenauer.

*Peter Rütters: Conflits sur la présidence du Bundestag par le ou la plus âgé·e du Parlement (p. 153–172)*

Depuis une modification du règlement du Bundestag en 2017, la présidence par le ou la doyen·ne n'est plus attribuée sur le critère de l'âge mais de l'ancienneté parlementaire des député·es. Alors que l'Alternative pour l'Allemagne (Alternative für Deutschland-AfD) a insinué que ce changement visait à barrer l'élec-



tion de l'un.e de ses membres, les partisans de la réforme ont argumenté qu'un exercice adéquat de la fonction requérait une vaste expérience parlementaire. La contribution révèle à la lumière de faits historiques que l'aspiration légitime à garantir la capacité d'action du Parlement par une modification réglementaire, également celle de son assemblée constituante, dépasse largement le cadre de l'entrée au Bundestag de l'Afd.

*Andreas Schirmer*: Le fonds Ludwig Erhard aux archives de la fondation Ludwig Erhard (p. 173–179)

L'article décrit les différentes parties du legs inventorié du second chancelier à la fondation Ludwig Erhard ainsi que les possibles champs de recherche qui peuvent être explorés à l'aide de ce matériel.

*Hanns Jürgen Küsters*: Introduction au colloque « Les chrétiens-démocrates en exil » (p. 181–184)

Le destin des chrétiens-démocrates contraints à l'exil pour des raisons politiques est un champ de recherche relativement délaissé à ce jour. L'article esquisse d'importants questionnements et approches de recherche.

*Rudolf Morsey*: Ludwig Kaas – exilé à Rome et au Vatican (1933–1952) (p. 185–205)

En mars 1933, peu après l'approbation par le parti du Centre (Zentrum) de la loi sur les pleins pouvoirs, qu'il soutint, Ludwig Kaas, prélat et président du Centre, se rendit à Rome et au Vatican. Là, il s'impliqua activement, bien que de manière officieuse, dans les négociations sur le concordat entre le Saint-Siège et le Reich. À compter de 1936, alors qu'il était très isolé et sévèrement critiqué par certains de ses anciens compagnons de route, tel Heinrich Brüning, Kaas fut responsable de l'administration du personnel et de l'économat de la basilique Saint-Pierre ainsi que de l'Œuvre de la cathédrale. Dans le cadre de ces fonctions, le prélat, qui ne rentra jamais en Allemagne, dirigea les fouilles sur le site de la basilique Saint-Pierre.

*Wolfgang Tischner*: Des chrétiens au Front populaire ? LE KPD en exil, l'Église catholique et le Nationalkomitee Freies Deutschland 1933–1945 (p. 207–222)

Sous l'effet de l'arrivée au pouvoir du NSDAP, l'Internationale communiste, et donc le KPD, élabora en 1935 le projet du Front populaire, une coalition contre le « fascisme », que devaient également rallier des chrétiens et les partis

chrétiens. Conformément à ces directives des Soviétiques, le « *Comité national pour une Allemagne libre* » (Nationalkomitee Freies Deutschland-NKFD) joua également un rôle important dans les plans d'après-guerre de la direction du KPD réfugiée à l'Union Soviétique. Son « groupe de travail sur les Affaires religieuses » élaborait un projet qui prévoyait des garanties institutionnelles pour les Églises, y compris une représentation parlementaire, plutôt que des partis chrétiens-démocrates. Certains éléments de cette conception furent appliqués par le biais de la CDU-Est et de sa fonction spécifique au sein du système politique de la RDA.

*Oliver Salten*: La CDU en exil – un acteur souvent négligé de la Guerre froide (p. 223–243)

L'article offre une première présentation exhaustive de l'histoire de la CDU en exil, qui se considérait comme la représentation des membres du parti ayant fui la SBZ/RDA – de ses premiers pas en 1950 à sa dissolution en 1991. Il rend compte des missions de la CDU en exil, de ses structures internes, de ses relations avec le siège en RDA ou le siège allemand de l'Union ainsi que du statut de l'organisation au sein du parti fédéral.

*Natalia Urigüen López de Sandalino* : Franco's repression of Spanish Christian Democracy : The « Munich Conspiracy » (p. 245–255)

En juin 1962, 118 politiciens de l'opposition espagnole, dont de nombreux démocrates-chrétiens, se réunirent à Munich dans le cadre d'un congrès du Mouvement européen. Les membres de différents camps politiques, venant d'Espagne ou en exil, s'accordèrent sur des revendications communes. La rencontre ouvrit ainsi un nouveau chapitre de l'histoire de l'opposition au dictateur Franco. Son gouvernement réagit très durement et considéra tout particulièrement l'opposition chrétienne-démocrate comme un péril, car, se référant au catholicisme, elle s'appuyait sur les fondements mêmes dont le régime se réclamait.

## Zusammenfassungen\*

*Thomas Brechenmacher:* 70 Jahre Israel. Die Shoah als Faktor der Staatsgründung? (S. 5–14)

Schon kurz nach dem Zweiten Weltkrieg wurde die These vertreten, die Shoah sei ein wichtiger, wenn nicht gar entscheidender Faktor für die Gründung des Staates Israel gewesen. Der Essay arbeitet heraus, dass der nationalsozialistische Judenmord sicherlich eine moralisch-legitimierende Funktion gehabt hat, ein unmittelbarer kausaler Zusammenhang mit der Staatsgründung aber nicht nachzuweisen ist.

*Matthias Oppermann:* „Studentischer Karneval“. Raymond Aron und die Ereignisse des Mai 1968 (S. 15–25)

Der Essay skizziert die kritische Haltung des französischen Philosophen und Soziologen Raymond Aron gegenüber der „68er“-Bewegung in Frankreich wie in Deutschland. Aron sah deutliche Parallelen zur Situation an den deutschen Universitäten kurz vor der Machteinsetzung der Nationalsozialisten, die er seinerzeit in Berlin als Augenzeuge erlebt hatte. Angesichts dieser Erfahrungen betrachtete Aron „68“ als gefährlichen Angriff auf die westliche liberale Zivilisation, wobei seine Kritik besonders sich bei den protestierenden Studenten anbietenden Professoren galt.

*Michael Schellhorn:* „Mit dem Zentrum niemals!“ Alfred Hugenberg und die Deutsche Zentrumspartei in der Endphase der Weimarer Republik (1928–1933) (S. 27–63)

Im Mittelpunkt des Beitrags steht die Haltung des (ab 1928) Vorsitzenden der Deutschnationalen Volkspartei (DNVP) gegenüber der katholisch geprägten Zentrumspartei in den letzten Jahren der Weimarer Republik. Ab 1930 avancierte das Zentrum für den Republikgegner Hugenberg endgültig zum Feind, das es in seinen Augen das verhasste parlamentarische System verkörperte, das er zu beseitigen trachtete. Auch die Zusammenarbeit des Zentrums mit der SPD auf Reichsebene und besonders in Preußen war in seinen Augen verachtenswert.

---

\* Zusammenfassungen von Christopher Beckmann.

*Bertram Triebel:* Innenleben einer Blockpartei. Die Thüringer CDU in der DDR und ihre Mitglieder (S. 65–85)

Der Beitrag befasst sich am Beispiel der drei Thüringer Bezirksverbände Erfurt, Gera und Suhl mit der Mitgliederpolitik der CDU der DDR in den von der Forschung bislang wenig beachteten Jahren zwischen Mitte der 1950er und Mitte der 1980er Jahre. Nachgezeichnet wird die von der SED aufmerksam beobachtete Mitgliederentwicklung. Motiv für Eintritt und den Verbleib in der CDU waren neben dem damit verbundenen Nachweis der geforderten Systemloyalität oftmals die sozialen Bindungen in der lokalen Parteiorganisation. Dort fühlte man sich unter Gleichgesinnten, konnte offener reden und das lokale Umfeld im Sinne einer „sozialen Interessengemeinschaft“ mitgestalten.

*Norman Siewert:* Ernst Nolte und Armin Mohler – zwei Intellektuelle zwischen Liberal- und Radikalkonservatismus (S. 87–116)

Anhand des Briefwechsels zwischen den beiden prominenten Intellektuellen wird das Verhältnis zwischen dem die liberale Demokratie ablehnenden Radikalkonservatismus und dem zwar für die Stabilität der gewachsenen Ordnung plädierenden, gleichwohl evolutionären Fortschritt und gesellschaftliche Widersprüche akzeptierenden Liberalismus untersucht. Während Mohler nach dem Zweiten Weltkrieg zum Vordenker eines antiliberalen Rechtskonservatismus avancierte, gehörte Nolte lange zu den Verfechtern eines unideologischen Konservatismus, die die Ordnung des Grundgesetzes nachdrücklich bejahten. Eine Annäherung an radikalkonservative, unter anderem von Mohler vertretene Positionen erfolgte erst, als Nolte im Gefolge der „68er“ einen Linksruck der Gesellschaft konstatierte und mit dem „Historikerstreit“ der 1980er Jahren zum stigmatisierten Außenseiter wurde.

*Rudolf Morsey:* Hans Buchheims Forschungsprojekt (1963–1966) „Die Politik der Bundesregierung Adenauer“. Früher Zugang zu amtlichem Schriftgut im Bundeskanzleramt – aber (zu) späte Publikation von Teilergebnissen (S. 117–151)

Als erster Wissenschaftler konnte der Politologe Hans Buchheim in den Jahren 1963 bis 1966 noch nicht freigegebene Akten zur Politik Konrad Adenauers im Bundeskanzleramt einsehen. Auf dieser Grundlage entstand eine Reihe von Einzelstudien, die aber nur partiell und mit großem zeitlichem Abstand veröffentlicht wurden. In dem Beitrag werden die komplizierte Geschichte des Projekts nachgezeichnet und – unter Einbeziehung persönlicher Erinnerungen des seinerzeit maßgeblich beteiligten Verfassers – die wissenschaftlichen Rahmenbedingungen der beginnenden Forschung zur Ära Adenauer skizziert.

*Peter Rütters*: Querelen um das Amt des Alterspräsidenten im Deutschen Bundestag (S. 153–172)

Seit einer Änderung der Geschäftsordnung des Deutschen Bundestages 2017 kommt die Alterspräsidentenschaft nicht mehr dem/der lebens- sondern dem/der dienstältesten Abgeordneten zu. Während die Alternative für Deutschland (AfD) unterstellte, dass damit ein Alterspräsident aus ihren Reihen verhindert werden sollte, argumentierten die Befürworter, dass ausreichende parlamentarische Erfahrungen Voraussetzung für die adäquate Ausübung des Amtes seien. Der Beitrag stellt vor dem Hintergrund historischer Erfahrungen heraus, dass das legitime Bestreben, durch Änderung der Geschäftsordnung die parlamentarische Handlungsfähigkeit auch für die konstituierende Sitzung des Bundestages sicherzustellen, weit über den Anlass hinausgeht, den die AfD mit ihrem Einzug in den Bundestag gab.

*Andreas Schirmer*: Der Nachlass Ludwig Erhards im Archiv der Ludwig-Erhard-Stiftung (S. 173–179)

Der Beitrag beschreibt die verschiedenen Teile des in der Ludwig-Erhard-Stiftung archivierten Nachlasses des zweiten Bundeskanzlers und die möglichen Forschungsfelder, die mit Hilfe der Materialien bearbeitet werden können.

*Hanns Jürgen Küsters*: Einführung zur Tagung „Christliche Demokraten im Exil“ (S. 181–184)

Das Schicksal Christlicher Demokraten, die aus politischen Gründen ins Exil gehen mussten, ist ein bislang vergleichsweise wenig bearbeitetes Forschungsfeld. Der Beitrag skizziert wichtige Fragestellungen und Forschungsansätze.

*Rudolf Morsey*: Ludwig Kaas – Exilant in Rom und im Vatikan (1933–1952) (S. 185–205)

Kurz nach der von ihm befürworteten Zustimmung der Zentrumsfraktion zum Ermächtigungsgesetz reiste deren Vorsitzender, Prälat Ludwig Kaas, im März 1933 nach Rom in den Vatikan. Dort war er intensiv, wenngleich informell, an den Verhandlungen über das Reichskonkordat zwischen dem Hl. Stuhl und dem Deutschen Reich beteiligt. Ab 1936 war der weitgehend isolierte, von früheren Weggefährten wie Heinrich Brüning zum Teil heftig kritisierte Kaas für die Personal- und Vermögensverwaltung und die Peterskirche und die Leitung der Dombauhütte zuständig. In diesem Amt erwarb sich der nie mehr in die Heimat zurückgekehrte Prälat mit der Leitung der Ausgrabungen auf dem Areal des Petersdoms große Anerkennung.

*Wolfgang Tischner:* Christen in der Volksfront? Die Exil-KPD, die katholische Kirche und das Nationalkomitee „Freies Deutschland“ 1933–1945 (S. 207–222)

Unter dem Eindruck der Regierungsübernahme der NSDAP artikulierten die kommunistische Internationale und somit auch die KPD 1935 das Konzept der Volksfront, nach dem auch Christen und christliche Parteien zu Bündnispartnern gegen den „Faschismus“ werden sollten. Entsprechend diesen Vorgaben der Sowjets spielte in den Nachkriegsplanungen der in Moskau exilierten Führung der KPD das „Nationalkomitee Freies Deutschland“ (NKFD) eine wichtige Rolle. Dessen „Arbeitskreis für kirchliche Fragen“ entwickelte ein Konzept, dass statt christlich-demokratischer Parteien institutionelle Garantien für die Kirchen inklusive einer parlamentarischen Vertretung vorsah. Elemente dieser Konzeption wurden mittels der Ost-CDU und ihrer spezifischen Rolle im politischen System der DDR umgesetzt.

*Oliver Salten:* Die Exil-CDU – ein wenig beachteter Akteur im Kalten Krieg (S. 223–243)

Der Beitrag bietet erstmals eine Gesamtdarstellung der Geschichte der sich als Repräsentation der geflüchteten aus der SBZ/DDR CDU-Mitglieder verstehenden Exil-CDU, von ihren Anfängen 1950 bis zur ihrer Auflösung 1991. Dabei werden insbesondere die Aufgaben der Exil-CDU, ihre innere Struktur, das Verhältnis zum Ost- beziehungsweise Deutschlandbüro der Union sowie die Stellung der Organisation innerhalb der Bundespartei näher betrachtet.

*Natalia Urigüen López de Sandaliano:* Franco's repression of Spanish Christian Democracy: The „Munich Conspiracy“ (S. 245–255)

Im Juni 1962 trafen sich in München im Rahmen eines Kongresses der Europäischen Bewegung 118 spanische Oppositionspolitiker, darunter zahlreiche Christdemokraten. Es handelte sich um Angehörige verschiedener politischer Lager, sowohl aus Spanien selbst als auch aus dem Exil, die sich auf gemeinsame Forderungen verständigten. Dadurch markierte das Treffen den Beginn eines neuen Kapitels in der Geschichte der Opposition gegen den Diktator Franco. Dessen Regierung reagierte mit großer Härte und betrachtete gerade die christlich-demokratische Opposition als Gefahr, da diese sich mit dem Katholizismus auf dieselbe Grundlage berief, die auch das Regime für sich in Anspruch nahm.

## Mitarbeiter dieses Bandes

- Thomas Brechenmacher*, Dr. phil., Professor für Neuere Geschichte mit dem Schwerpunkt deutsch-jüdische Geschichte an der Universität Potsdam
- Hanns Jürgen Küsters*, Dr. rer. pol.; bis 30.6.2018 Leiter der Hauptabteilung Wissenschaftliche Dienste/Archiv für Christlich-Demokratische Politik der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V., Sankt Augustin; apl. Professor für Wissenschaft von der Politik und Zeitgeschichte an der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität, Bonn
- Rudolf Morsey*, Dr. phil., Professor em. für Neuere und Neueste Geschichte, insbesondere Verfassungs- und Verwaltungsgeschichte an der Deutschen Hochschule für Verwaltungswissenschaften, Speyer
- Matthias Oppermann*, Dr. phil., Abteilungsleiter Zeitgeschichte, Hauptabteilung Wissenschaftliche Dienste/Archiv für Christlich-Demokratische Politik, Konrad-Adenauer-Stiftung e. V., Berlin; Privatdozent für Neuere Geschichte an der Universität Potsdam
- Peter Rütters*, Dr. phil., Privatdozent am Otto-Suhr-Institut für Politikwissenschaft, Freie Universität Berlin
- Oliver Salten*, Dr. phil., Wissenschaftlicher Mitarbeiter Abteilung Schriftgutarchiv, Hauptabteilung Wissenschaftliche Dienste/Archiv für Christlich-Demokratische Politik der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V., Sankt Augustin
- Michael Schellhorn*, M. A., Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Historischen Institut der Universität Potsdam
- Andreas Schirmer*, Dipl.-Sozialwirt, Wissenschaftlicher Mitarbeiter der Ludwig-Erhard-Stiftung e. V., Bonn
- Norman Siewert*, M. A., Doktorand am Historischen Institut der Universität Potsdam
- Wolfgang Tischner*, Dr. phil., Abteilungsleiter Publikationen/Bibliothek, Hauptabteilung Wissenschaftliche Dienste/Archiv für Christlich-Demokratische Politik der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V., Berlin
- Bertram Triebel*, Dr. phil., Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Historischen Institut der Friedrich-Schiller-Universität Jena
- Natalia Urigüen López de Sandaliano*, Dr. phil., Assistenzprofessorin an der Universidad Francisco de Vitoria, Madrid

# WIE KONSERVATISMUS NEU VERMESSEN WERDEN KANN



Joachim Klose |  
Norbert Lammert (Hg.)  
**Balanceakt für die Zukunft**  
Konservatismus als Haltung

2019. 373 Seiten, mit 1 s/w Abb., gebunden  
€ 45,00 D | € 47,00 A  
ISBN 978-3-525-31117-2

**eBook** € 37,99 D | € 39,10 A  
ISBN 978-3-647-31117-3

Angesichts einer zunehmenden Globalisierung befinden sich Gesellschaften im Wandel, müssen Werte immer wieder neu verteidigt und ausgehandelt werden und wird gesellschaftlicher Zusammenhalt durch ein Aufreiben der politischen Mitte zwischen den Rändern bedroht. Orientierungsverlust ist die Folge. Während Populisten auf diese komplexen Problemlagen allzu einfache Lösungen formulieren, will ein zeitgemäßer Konservatismus Veränderungsprozesse für alle erträglich gestalten. Als Anwalt der Mitte versteht er sich als Moderator dieser Prozesse und richtet seinen Blick dabei stets nach vorne, ohne das Gewonnene aus den Augen zu verlieren.

Mit Beiträgen von Herrmann Lübbe, Michael Stürmer, Jörg Baberowski, Werner J. Patzelt und vielen anderen unterbreitet dieses Buch Vorschläge, wie Konservatismus gegenwärtig neu vermessen werden kann.



**Vandenhoeck & Ruprecht Verlage**

[www.vandenhoeck-ruprecht-verlage.com](http://www.vandenhoeck-ruprecht-verlage.com)

Preisstand 1.10.2019









**Vandenhoeck & Ruprecht Verlage**

[www.vandenhoeck-ruprecht-verlage.com](http://www.vandenhoeck-ruprecht-verlage.com)

ISBN: 978-3-432-51845-5



9 783412 518455